

Monatsbericht September 2023

75. Jahrgang
Nr. 9

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-33512
E-Mail: www.bundesbank.de/kontakt

Internet: www.bundesbank.de

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
14. September 2023, 16:00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken kann unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	8
Wertpapiermärkte.....	10
Die deutsche Zahlungsbilanz im Juli 2023	11
■ Wirtschaftsstandort Deutschland: ausgewählte Aspekte der aktuellen Abhängigkeiten und mittelfristigen Herausforderungen	15
<i>Die Bedeutung Chinas als Lieferant wichtiger Vorprodukte für deutsche Unternehmen</i>	<i>21</i>
<i>Maßnahmen der deutschen Unternehmen in Reaktion auf die gestiegenen Energiekosten</i>	<i>26</i>
■ Heterogene Wirkungen der Geldpolitik im Euroraum?.....	37
<i>Zur Methodik des Vergleichs der geldpolitischen Effekte</i>	<i>44</i>
<i>Hat das Ankaufprogramm für Vermögenswerte (APP) unterschiedlich auf die Länder des Euroraums gewirkt?</i>	<i>51</i>
■ Modelle zur kurzfristigen Konjunkturprognose während der jüngsten Krisen.....	63
<i>Evaluation der Prognosegüte: Quervergleich zwischen den Modellen und Vergleich über die Zeit</i>	<i>70</i>
<i>Konjunkturanalyse am Beispiel des zweiten Quartals 2023</i>	<i>75</i>
■ Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zu EU-Haushalt und Extrahaushalt Next Generation EU im Jahr 2022.....	83
■ Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2022	91
<i>Methodische Erläuterungen</i>	<i>97</i>
<i>Ergebniseffekte der Zinswende bei Wertpapierbeständen im Bankbuch deutscher Kreditinstitute</i>	<i>109</i>

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58*
Konjunkturlage in Deutschland	66*
Außenwirtschaft	75*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	85*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

■ Kurzberichte

■ Konjunkturlage

Grundtendenzen

Wirtschaftsleistung dürfte im dritten Quartal etwas schrumpfen

Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte im dritten Quartal 2023 etwas schrumpfen. Mit spürbaren positiven Impulsen vom privaten Konsum ist kaum zu rechnen. Trotz des etwas nachlassenden Preisanstiegs, der kräftigen Lohnzuwächse und der guten Arbeitsmarktlage halten sich die privaten Haushalte noch mit Ausgaben zurück. Neben der Konsumzurückhaltung drückt auch die sich intensivierende Schwäche der Industrie die Wirtschaftsleistung. Die niedrigen und weiter sinkenden Auftragseingänge sowie die abnehmenden Auftragsbestände schlagen sich immer deutlicher in der Industrieproduktion nieder. Zu der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland dürften auch die gestiegenen Finanzierungskosten beitragen.

Privater Konsum

Indikatorenbild lässt zunächst noch schwachen privaten Konsum erwarten

Die Erholung des privaten Konsums verzögert sich wohl. Im Einzelhandel lagen die preis- und saisonbereinigten Umsätze im Juli unter den Umsätzen des Vorquartals.¹⁾ Hiervon sind viele Bereiche betroffen. Außerdem verschlechterte sich gemäß Umfragen des ifo Instituts die Lage im Gastgewerbe im Juli und August deutlich. Das für September prognostizierte GfK-Konsumklima trübte sich gegenüber der Vorperiode ein und liegt somit weiter auf einem niedrigen Niveau. Dagegen könnten Kfz-Käufe den privaten Konsum stützen. Hierauf deuten die bis August verfügbaren Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) zu den privaten Kfz-Zulassungen hin. Der schwache private Konsum wirkt sich auch negativ auf konsumnahe Bereiche des Dienstleistungssektors aus. Die stärker von der Industrie abhängigen Dienstleistungsbranchen leiden unter der Schwäche des Verarbeitenden Gewerbes. Insgesamt trübte sich daher gemäß Umfragen des

ifo Instituts die Einschätzung der Geschäftslage im Dienstleistungssektor deutlich ein. Auch der Purchasing Managers' Index für den Dienstleistungssektor fiel zum ersten Mal im laufenden Jahr unter die Expansionsschwelle.

Industrie

Die Industrieproduktion fiel im Juli sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vorquartal saisonbereinigt kräftig. Branchen, die zuvor noch die Industrieproduktion stützten, sackten kräftig ab. Dies betraf insbesondere die Herstellung von Kfz und Datenverarbeitungsgeräten. Für den August meldete der VDA zwar wieder etwas mehr produzierte Kfz, die Stückzahlen lagen aber weiterhin unter dem Stand des Vorquartals. Die energieintensiven Bereiche litten weiterhin unter hohen Energiepreisen. Laut den Umfragedaten des ifo Instituts verschlechterte sich die Lageeinschätzung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich. Zum ersten Mal seit Oktober 2020 fiel sie in den negativen Bereich. Diese Schwäche der Industrie dürfte sich fortsetzen. Darauf deutet zum Beispiel der industrielle Auftragseingang im Juli hin. Die Nachfrage nach Industriegütern sank gegenüber dem Vorquartal sowohl aus dem In- als auch dem Ausland stark. Für das Minus sind zwar insbesondere Großaufträge verantwortlich, die im Quartal zuvor erheblich gestiegen waren. Aber auch ohne Großaufträge gingen die Bestellungen gegenüber dem Vorquartal zurück. Der trendmäßige Nachfragerückgang setzte sich in den meisten Bereichen fort. Die gestiegenen Finanzierungskosten schlagen wohl negativ auf die Nachfrage nach Investitionsgütern durch. Außerdem federn die sinkenden Auftragsbestände die fehlenden Neuaufträge immer weniger ab. In der Folge deuten die Produk-

Industrieproduktion im Juli kräftig gesunken

¹⁾ Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saison- und kalenderbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2015 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2022 4. Vj.	101,4	97,1	104,6	106,8
2023 1. Vj.	101,3	94,7	106,3	102,6
2. Vj.	101,8	96,6	105,7	104,6
Mai	101,2	97,7	103,8	106,5
Juni	108,9	99,2	116,2	104,4
Juli	96,2	89,6	101,2	...
Produktion; 2015 = 100				
	Industrie			Baugewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleistungs-güter-produzenten	Investitions-güter-produzenten	
2022 4. Vj.	96,5	95,5	96,2	109,2
2023 1. Vj.	97,6	96,9	97,9	114,2
2. Vj.	97,1	95,2	97,7	111,9
Mai	97,5	94,9	99,5	113,2
Juni	96,5	95,2	96,2	109,7
Juli	94,8	94,5	93,4	112,6
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2022 4. Vj.	400,44	370,03	30,41	47,23
2023 1. Vj.	398,17	352,46	45,70	58,05
2. Vj.	393,85	344,39	49,45	68,55
Mai	131,28	116,61	14,66	21,96
Juni	131,55	112,84	18,71	22,56
Juli	129,50	111,82	17,68	23,07
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
Anzahl in 1 000				
2022 4. Vj.	45 741	816	2 520	5,5
2023 1. Vj.	45 852	802	2 527	5,5
2. Vj.	45 918	772	2 586	5,6
Juni	45 925	761	2 610	5,7
Juli	45 940	750	2 611	5,7
Aug.	...	739	2 629	5,7
Preise; 2015 = 100				
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Harmonisierte Verbraucherpreise
2022 4. Vj.	141,1	160,9	155,4	123,1
2023 1. Vj.	132,6	152,8	159,7	124,3
2. Vj.	126,5	149,4	161,0	125,6
Juni	124,8	148,5	.	125,9
Juli	124,2	146,9	.	126,0
Aug.	126,6

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saison- und kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

tionspläne für die nächsten drei Monate laut den Umfragen des ifo Instituts auf eine weiter sinkende wirtschaftliche Aktivität in der Industrie hin.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt blieb trotz des aktuell gedämpften wirtschaftlichen Umfelds bis zuletzt stabil. Im Juli stieg die Erwerbstätigkeit minimal um 15 000 Personen in saisonbereinigter Rechnung. Zuvor war der kräftige Beschäftigungszuwachs des Winters im Lauf des Frühjahres immer schwächer geworden und im Juni ganz zum Erliegen gekommen. Dies lag unter anderem an der sich abschwächenden Dynamik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Nach der aktuellen, bis Juni reichenden Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) stagnierte hier der Beschäftigungsstand zuletzt. Die schwache Konjunktur führte zu leichten Rückgängen in der Leiharbeit, dem Handel und auch im Verarbeitenden Gewerbe. Weiter positiv entwickelte sich dagegen die Beschäftigung in einigen Dienstleistungssektoren, die konjunkturellen Schwankungen weniger unterliegen. Dies betraf in erster Linie das Gesundheits- und Sozialwesen sowie den Öffentlichen Dienst, aber auch den IT-Sektor und einige unternehmensnahe Dienstleistungen. Die Inanspruchnahme von wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit verharrte im Juni weiter auf einem konjunkturell nur leicht erhöhten Niveau. Die Zahl der Anzeigen zur Kurzarbeit sank im Juli und August sogar ab. Dies könnte jedoch auch im Zusammenhang mit dem Auslaufen der letzten Sonderregelungen zur vereinfachten Inanspruchnahme der Kurzarbeit Ende Juni stehen. Eine konjunkturelle Entspannung lässt sich daher daraus nicht ablesen. Die Frühindikatoren lassen auch in den nächsten Monaten wenig Veränderung bei der Beschäftigung erwarten. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen sank weiter, ist aber immer noch recht hoch.

Stabiler Arbeitsmarkt: Beschäftigung im Juni minimal gestiegen, Aussichten verhalten

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im August saisonbereinigt leicht um 18 000 Personen auf

Arbeitslosigkeit leicht erhöht

2,63 Millionen Personen an. Die zugehörige Quote betrug rundungsbedingt weiterhin 5,7%. Die Zunahme betraf dabei sowohl das Versicherungssystem des SGB III, in dem sich vorwiegend konjunkturelle Entwicklungen bemerkbar machen, als auch das Grundsicherungssystem des SGB II. Somit erhöhten sowohl die schwache Konjunktur wie auch die Integrationsprozesse der Zuwanderer in das Erwerbspersonenpotenzial Deutschlands den Arbeitslosenbestand geringfügig. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit angesichts der derzeitigen Belastungen sehr stabil auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit hat sich zuletzt etwas verschlechtert und deutet auf einen weiteren langsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Herbst hin.

Rohstoffpreise

*Rohstoffpreise
zuletzt leicht
gestiegen*

Die Energie- und Rohstoffpreise zogen nach erheblichen Rückgängen in der ersten Jahreshälfte zuletzt insgesamt wieder etwas an. Auf den Rohölmärkten dürften vor allem die Produktionskürzungen Saudi-Arabiens und Russlands preisstützend gewirkt haben. Ein Fass der Sorte Brent kostete zuletzt 93 US-\$ und damit knapp 17% mehr als noch im Juli. Zukünftige Lieferungen werden mit merklichen Preisnachlässen gehandelt. Auch die europäischen Großhandelspreise für Gas zogen zuletzt etwas an und notieren am aktuellen Rand bei 36 € je Megawattstunde. Maßgeblich dafür waren Streiks bei australischen Flüssiggasexporteuren.

*Preise auf den
vorgelagerten
Wirtschafts-
stufen weiter
rückläufig*

Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen gingen die Preise im Juli saisonbereinigt zum Teil deutlich zurück. Dies gilt sowohl für die Einfuhren als auch für die inländischen gewerblichen Erzeugerpreise. Die Einfuhren verbilligten sich ohne Energie gerechnet etwas stärker als insgesamt. Dagegen war der Preisrückgang bei den inländischen Erzeugerpreisen hauptsächlich auf die Energiepreise zurückzuführen. Auch die Preise für Vorleistungsgüter gaben sichtbar nach. Insgesamt unterschritten vor allem die Einfuhrpreise ihren Vorjahresstand deutlich.

Inflationsrate

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt deutlich um 0,5%. Im Juli waren es lediglich 0,1% gewesen. Während die Preise für Energie wieder merklich zulegten, vergünstigten sich unverarbeitete Nahrungsmittel erneut etwas. Bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen war die Teuerung überdurchschnittlich, auch wegen der volatilen Komponenten Bekleidung und Reisen. In der Vorjahresbetrachtung sank die HVPI-Rate nur marginal von 6,5% auf 6,4%.²⁾ Dabei wirkte der Basiseffekt durch den temporären Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket von Juni bis August 2022 immer noch erhöhend. Die Kernrate ohne die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel stieg geringfügig von 6,2% auf 6,3%. Hier fällt der Basiseffekt, der auf das Neun-Euro-Ticket zurückgeht, zwar noch stärker ins Gewicht als bei der Gesamtrate. Aber auch ohne diesen Sondereffekt verharrte die Kernrate auf einem außerordentlich hohen Niveau von etwa 5½%.

*Inflationsrate
weiter auf
hohem Niveau*

In den kommenden Monaten dürften sowohl die HVPI-Gesamtrate als auch die Kernrate in Deutschland weiter sinken. So entfallen die erhöhenden Basiseffekte durch den Tankrabatt und das Neun-Euro-Ticket im September 2023. Außerdem werden die deutlichen Preisrückgänge auf den vorgelagerten Stufen wohl sukzessive an die Verbraucher weitergereicht werden. Dennoch dürfte die Inflationsrate vor dem Hintergrund eines robusten Lohnwachstums auch mittelfristig deutlich oberhalb von 2% liegen.

*Inflation dürfte
im Jahresverlauf
weiter
abnehmen*

²⁾ Der für nationale Zwecke berechnete Verbraucherpreisindex (VPI) sank im August ebenfalls geringfügig (von 6,2% auf 6,1%).

■ Öffentliche Finanzen³⁾

Gesetzliche Krankenversicherung

Höheres Defizit im zweiten Quartal 2023 infolge gesetzlich verordneten Rücklageneinsatzes

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV: Krankenkassen und Gesundheitsfonds zusammen) verzeichnete im zweiten Quartal 2023 ein Defizit von 2 ½ Mrd €. Im Vergleich zum Vorjahresquartal lag es 2 Mrd € höher. Die Ergebnisverschlechterung spiegelt die Gesetzeslage wider. Diese zielte darauf, mehr Rücklagen von Gesundheitsfonds und Kassen einzusetzen, um den Anstieg der durchschnittlichen Zusatzbeitragsätze zu begrenzen. Das Defizit fiel mit 2 Mrd € vor allem beim Gesundheitsfonds an.

Bundeszuschüsse für Sonderlasten liefen weitgehend aus; Beitragseinnahmen wuchsen kräftig

Die GKV-Einnahmen sanken im Vergleich zum Vorjahresquartal um 7 %. Ausschlaggebend war, dass der Bund deutlich weniger Mittel an den Gesundheitsfonds leistete: Wegen geringerer pandemie- und energiekrisenbezogener Leistungen erstattete er nur noch ½ Mrd € (Vorjahresquartal: 7 Mrd €). Auch die Sondermittel des Bundes zur Beitragsstabilisierung fielen im zweiten Quartal mit ½ Mrd € deutlich geringer aus als im Vorjahr (3 ½ Mrd €). Die Beitragseinnahmen wuchsen mit 6 ½ % weiterhin kräftig. Dabei stiegen die Zusatzbeitragsätze durchschnittlich um knapp 0,2 Prozentpunkte auf 1,5 %. Darum bereinigt nahmen die Beiträge immer noch stark zu (+ 5 ½ %). Ursächlich sind vor allem hohe nominale Zuwächse bei den Löhnen und Gehältern.

Ausgaben wegen auslaufender pandemiebezogener Aufwendungen zwar gesunken, aber Leistungsausgaben wuchsen deutlich

Die GKV-Ausgaben insgesamt gingen um 4 % gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Ausschlaggebend waren auslaufende pandemiebezogene Leistungen. Energiekrisenbezogene Ausgaben blieben eng begrenzt. Dagegen nahmen die eigentlichen Leistungsausgaben der Kassen mit 5 % stark zu. Dämpfend wirkte dabei sogar noch, dass die Aufwendungen für ärztliche Behandlungen nahezu unverändert zum Vorjahr blieben. Im Vorjahr waren offenbar umfangreiche Verpflichtungen bereits ausgabenwirksam gebucht worden, die sich später nicht realisierten. Dagegen wuchsen die besonders

gewichtigen Ausgaben für Krankenhausbehandlungen um 6 %.⁴⁾ Noch etwas kräftiger legten die Zahlungen für Heil- und Hilfsmittel zu (+ 8 %). Das Ausgabenplus für Arzneimittel blieb mit 2 % spürbar hinter früheren Zuwächsen zurück. Dabei wirkten sich offenbar die zuletzt eingeführten ausgabendämpfenden Maßnahmen aus.

Für das Gesamtjahr 2023 ließen die Ergebnisse des GKV-Schätzerkreises vom Herbst des vergangenen Jahres ein hohes Defizit im GKV-System erwarten: Dieses sollte sich auf etwa 8 Mrd € belaufen und aus Rücklagen finanziert werden (vor allem beim Gesundheitsfonds). Zudem leistet der Bund ein Darlehen von 1 Mrd €, das bis Ende 2026 zurückzuzahlen ist. Bei den Krankenkassen war ein Defizit von 2 Mrd € angelegt. Bereits berücksichtigt ist dabei der vom Bundesgesundheitsministerium auf 1,6 % festgelegte höhere rechnerische Zusatzbeitragsatz. Die Ausgaben der Kassen sollten um 4 ½ % gegenüber dem seinerzeit geschätzten Ergebnis für 2022 steigen.

Die bisherigen Entwicklungen deuten auf ein deutlich besseres Ergebnis hin: Die Entwicklung des Gesundheitsfonds startete von einem wesentlich günstiger als erwarteten Abschluss des vergangenen Jahres. Zudem setzte sich die sehr positive Entwicklung bei den Beitragseinnahmen aus dem Vorjahr fort. Im ersten Halbjahr lag das Plus (bereinigt um die veränderten Zusatzbeitragsätze) bei fast 6 % (+ 2 Prozentpunkte gegenüber Erwartung des Schätzerkreises vom Herbst 2022). Für den weiteren Jahresverlauf ist derzeit keine stärkere Abschwächung zu erwarten. Die Krankenkassen starteten ebenfalls von einem besser als erwar-

Gesamtjahr 2023: hohes geplantes Defizit im GKV-System

Ergebnis vermutlich deutlich günstiger als geplant

³ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal ausführlich dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

⁴ Zusammen mit den Finanzhilfen aus dem Gesundheitsfonds zum Ausgleich von Behandlungsausfällen durch die Pandemie und für Energiepreishilfen nahmen die Zahlungen an Krankenhäuser um 1 ½ % zu.

teten Jahresergebnis 2022. Dennoch könnte das Ergebnis der Kassen etwas ungünstiger ausfallen als erwartet. Denn die Zusatzbeitragsätze der Kassen blieben im Durchschnitt knapp 0,1 Prozentpunkte unter dem vom Bundesgesundheitsministerium ermittelten kostendeckenden Satz. Hinzu kommt, dass die Leistungsausgaben in der ersten Jahreshälfte mit 5 % etwa ½ Prozentpunkt stärker zunahmen als vom Schätzerkreis veranschlagt.

Soziale Pflegeversicherung

Zweites Quartal mit nahezu ausgeglichenem Ergebnis: verschobene Zuführungen an Vorsorgefonds entlasten

Das Ergebnis der sozialen Pflegeversicherung war im zweiten Quartal 2023 nahezu ausgeglichen.⁵⁾ Dabei entlastete, dass Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds von ½ Mrd € auf das Jahr 2024 verschoben wurden. Im Vorjahresquartal war ein Überschuss von ½ Mrd € angefallen, der allerdings im Wesentlichen auf zusätzlichen Bundesmitteln beruhte, die nun entfielen.

Beitragseinnahmen wuchsen weiter kräftig

Die Einnahmen gingen um 7 ½ % zurück. Ausschlaggebend waren entfallene Bundesmittel von 2 Mrd €. Darum bereinigt stiegen die Einnahmen um 6 %. Die Beitragseinnahmen legten anhaltend kräftig um 5 ½ % zu.

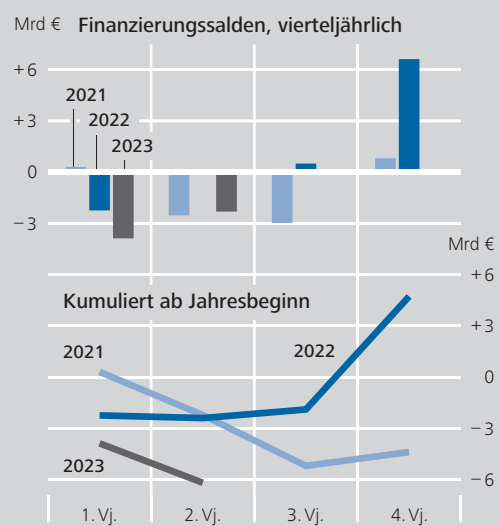
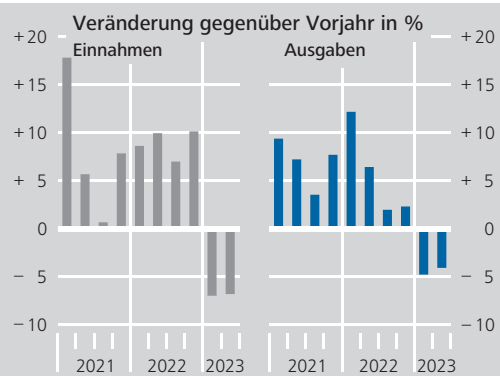
Ausgaben wegen entfallender pandemiebedingter Aufwendungen rückläufig; Kernaussgaben weiter kräftig gestiegen

Die Ausgaben sanken um 3 %. Neben den aufgeschobenen Zuführungen an den Vorsorgefonds entlasteten stark rückläufige pandemiebedingte Aufwendungen (gut –1 Mrd €). Die regulären Leistungsausgaben nahmen dagegen um 9 % zu. Damit stiegen die Kernaussgaben weiterhin wesentlich stärker als die Beiträge. Vor allem die Aufwendungen für ambulante und stationäre Pflege legten mit 11 % anhaltend stark zu. Die Geldleistungen stiegen um 7 % kräftig. Dabei blieben die Leistungssätze unverändert.

2023: Wegen Beitragssatzerhöhung deutlicher Überschuss angelegt

Insgesamt dürfte die Pflegeversicherung im laufenden Jahr einen deutlichen Überschuss erzielen. Im ersten Halbjahr verbuchte sie ein moderates Defizit von ½ Mrd €. Zur Jahresmitte stieg der Beitragssatz im Durchschnitt um 0,35

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung^{*)}



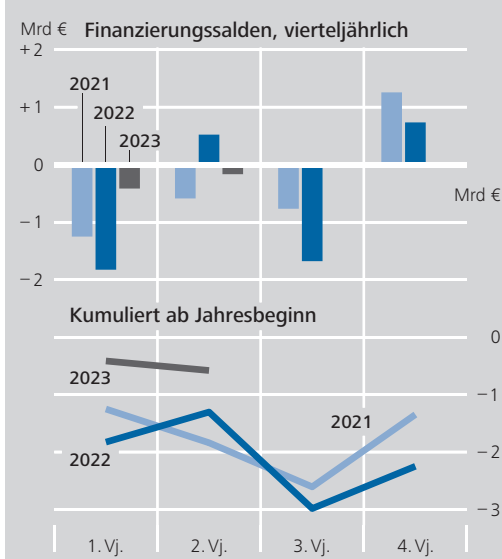
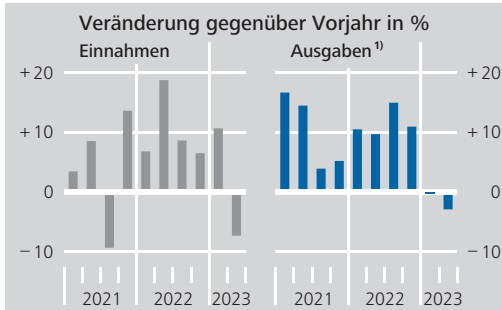
Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden.
 Deutsche Bundesbank

Prozentpunkte auf 3,4 % (nach Kinderzahl gestaffelt, Kinderlose: 4,0 %).⁶⁾ Dadurch fallen im zweiten Halbjahr zusätzliche Einnahmen von gut 3 Mrd € an. Hinzu kommt, dass auch im zweiten Halbjahr die Zahlungen an den Vorsorgefonds entfallen. Alles in allem ist so ein spür-

5 Die Darstellung bezieht sich auf den operativen Bereich, d. h. ohne Pflegevorsorgefonds. Dieser erhält seit 2015 Zuweisungen des operativen Zweiges, die den Einnahmen von 0,1 Prozentpunkten des Beitragssatzes entsprechen. Das so gebildete Vermögen soll im nächsten Jahrzehnt abgeschmolzen werden, um den erwarteten Anstieg des Beitragssatzes zu dämpfen.

6 Für besonders kinderreiche Versicherte sank der Beitragssatz sogar. Vgl. zu diesem und weiteren Elementen der Gesetzesänderung zur Jahresmitte: Deutsche Bundesbank (2023).

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. ¹ Einschl. der Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds. Im Jahr 2023 ist die Zuführung an den Pflegevorsorgefonds (fast 3% der Ausgaben) ausgesetzt.

Deutsche Bundesbank

barer Überschuss bei der Pflegeversicherung angelegt.

2024 Leistungs-
ausweitungen
und -anpassun-
gen, aber
zunächst noch
Überschuss
möglich

Im nächsten Jahr dürfte sich das Finanzergebnis verschlechtern. Die bereits verabschiedeten Leistungsausweitungen und -anpassungen sind dafür ausschlaggebend. Darüber hinaus ist vorgesehen, den jährlichen Bundeszuschuss von 1 Mrd € von 2024 bis 2027 auszusetzen. Im gleichen Zeitraum wird die Wiederbefüllung des Pflegevorsorgefonds um 1 Mrd € reduziert. Insofern entsteht im operativen Bereich der Pflegeversicherung keine Zusatzlast. Insgesamt sollten im nächsten Jahr die Mehreinnahmen durch die höheren Beitragssätze die Mehrausgaben über-

steigen. In den Folgejahren setzen die weiteren Leistungsdynamisierungen und die demografische Entwicklung die Pflegefinanzen zunehmend unter Druck.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Der Bruttoabsatz am deutschen Rentenmarkt lag im Juli 2023 mit 120,5 Mrd € unter dem Wert des Vormonats (168,7 Mrd €). Nach Berücksichtigung der Tilgungen und der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten nahm der Umlauf inländischer Rentenpapiere um 28,0 Mrd € zu (Juni: 22,9 Mrd €). Ausländische Titel wurden im Umfang von 0,5 Mrd € am deutschen Markt getilgt. Der Umlauf von in- und ausländischen Schuldverschreibungen in Deutschland nahm so im Ergebnis um 27,5 Mrd € zu.

Nettoemissionen
von Schuld-
verschreibungen
im Juli 2023

Die öffentliche Hand begab im Berichtsmont eigene Anleihen in Höhe von netto 27,0 Mrd €. Vor allem der Bund erhöhte seine Kapitalmarktverschuldung um per saldo 24,2 Mrd €. Im Ergebnis begab er vor allem zweijährige Schatzanweisungen (5,8 Mrd €) und zehnjährige Bundesanleihen (5,6 Mrd €), sowie unverzinsliche Schatzanweisungen und fünfjährige Obligationen (4,5 Mrd € bzw. 4,0 Mrd €). Die Länder und Gemeinden emittierten Anleihen für per saldo 2,8 Mrd €.

Gestiegene
Kapitalmarkt-
verschuldung
der öffentlichen
Hand

Heimische Kreditinstitute erhöhten im Juli ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 1,0 Mrd €. Begeben wurden im Ergebnis vor allem flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen sowie Hypothekendarlehen (1,1 Mrd € bzw. 0,7 Mrd €). Hingegen sank der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute um 0,9 Mrd €.

Nettoemissionen
der
Kreditinstitute

Inländische Unternehmen waren im Berichtsmont im Ergebnis kaum am Rentenmarkt aktiv. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften emittierten Schuldverschreibungen für netto 1,1 Mrd €,

Kapitalmarkt-
verschuldung der
Unternehmen
im Ergebnis
unverändert

während sonstige Finanzinstitute Anleihen in gleichem Umfang tilgten.

*Erwerb von
 Schuldverschrei-
 bungen*

Auf der Erwerberseite standen im Juli vor allem ausländische Investoren im Vordergrund. Sie nahmen hiesige Rentenwerte für netto 26,0 Mrd € in ihre Portfolios. Inländische Nichtbanken erwarben Schuldverschreibungen für per saldo 9,7 Mrd €. Dabei waren überwiegend ausländische Titel von Interesse. Inländische Kreditinstitute verringerten hingegen ihre Rentenportfolios um 8,5 Mrd €. Auch hier standen gebietsfremde Werte im Vordergrund.

Aktienmarkt

*Kaum Netto-
 emissionen
 deutscher Aktien*

Am deutschen Aktienmarkt wurden von inländischen Gesellschaften im Berichtsmonat neue Aktien für 0,5 Mrd € emittiert. Der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland stieg im gleichen Zeitraum um 4,2 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten ausländische Investoren; sie nahmen hiesige Aktien für netto 2,9 Mrd € in ihre Portfolios auf. Inländische Nichtbanken erwarben Dividendenwerte für per saldo 1,9 Mrd €, während hiesige Kreditinstitute ihr Aktienportfolio um netto 0,1 Mrd € verringerten.

Investmentfonds

*Niedrige Mittel-
 zuflüsse bei
 Investmentfonds*

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Juli einen Mittelzufluss von 6,4 Mrd €. Im Ergebnis flossen diese Gelder weit überwiegend in Spezialfonds (6,0 Mrd €), die institutionellen Anlegern vorbehalten sind. Unter den Anlageklassen profitierten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (5,3 Mrd €) und Offene Immobilienfonds (1,2 Mrd €). Einzig Aktienfonds nahmen Anteilscheine für 1,4 Mrd € zurück. Ausländische Fondsgesellschaften verzeichneten am deutschen Markt Mittelzuflüsse in Höhe von 10,5 Mrd €. Als Erwerber von Investmentfondsanteilen traten im Berichtsmonat im Ergebnis allein inländische Nichtbanken in Erscheinung (18,2 Mrd €). Hingegen verringerten

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2022		2023	
	Juli	Juni	Juli	Juni
Absatz inländischer Schuldverschreibungen ¹⁾	- 13,5	22,9	28,0	
darunter:				
Bankschuldverschreibungen	- 7,5	- 6,5	1,0	
Anleihen der öffentlichen Hand	- 17,0	24,1	27,0	
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	- 4,0	21,3	- 0,5	
Erwerb				
Inländer	- 6,4	38,5	1,5	
Kreditinstitute ³⁾	10,7	16,8	- 8,5	
Deutsche Bundesbank	- 13,7	- 8,9	0,3	
Übrige Sektoren ⁴⁾	- 3,4	30,6	9,7	
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	- 0,7	19,2	2,6	
Ausländer ²⁾	- 11,1	5,7	26,0	
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	- 17,5	44,2	27,5	

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Transaktionswerte. 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

ausländische Investoren und heimische Kreditinstitute ihr Fondsengagement um 0,9 Mrd € beziehungsweise 0,4 Mrd €.

Die deutsche Zahlungsbilanz im Juli 2023

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im Juli 2023 einen Überschuss von 18,7 Mrd €. Das Ergebnis lag um 9,7 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Dahinter standen ein niedrigerer Überschuss im Warenhandel und der abgeschmolzene Aktivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die neben Dienstleistungen auch Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

Im Warenhandel sank der positive Saldo um 5,0 Mrd € auf 18,8 Mrd €, da die Einkünfte stärker nachgaben als die Aufwendungen.

*Leistungsbilanz-
 überschuss
 kräftig zurück-
 gegangen*

*Aktivsaldo im
 Warenhandel
 gesunken*

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2022	2023	
	Juli	Juni	Juli ^{P)}
I. Leistungsbilanz	+ 7,8	+ 28,4	+ 18,7
1. Warenhandel	+ 7,8	+ 23,8	+ 18,8
Einnahmen	127,2	137,2	125,4
Ausgaben	119,4	113,4	106,6
nachrichtlich:			
Außenhandel ¹⁾	+ 4,4	+ 22,2	+ 16,4
Ausfuhr	127,6	138,9	126,9
Einfuhr	123,2	116,6	110,5
2. Dienstleistungen	- 6,1	- 4,9	- 8,1
Einnahmen	34,1	34,2	31,4
Ausgaben	40,1	39,1	39,4
3. Primäreinkommen	+ 13,0	+ 13,7	+ 13,4
Einnahmen	23,2	30,6	28,7
Ausgaben	10,2	16,8	15,3
4. Sekundäreinkommen	- 6,9	- 4,2	- 5,4
II. Vermögensänderungsbilanz	- 2,3	- 1,1	- 4,2
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	- 23,3	+ 59,2	+ 6,6
1. Direktinvestition	+ 18,1	+ 15,9	+ 3,8
Inländische Anlagen			
im Ausland	+ 6,6	+ 31,1	- 2,4
Ausländische Anlagen			
im Inland	- 11,5	+ 15,2	- 6,2
2. Wertpapieranlagen	+ 4,5	+ 15,0	- 15,7
Inländische Anlagen			
in Wertpapieren aus-			
ländischer Emittenten	- 9,1	+ 17,0	+ 12,2
Aktien ²⁾	- 5,3	- 4,8	+ 2,2
Investmentfonds-			
anteile ³⁾	+ 0,2	+ 0,4	+ 10,5
Kurzfristige Schuld-			
verschreibungen ⁴⁾	- 0,4	+ 0,5	- 0,6
Langfristige Schuld-			
verschreibungen ⁵⁾	- 3,7	+ 20,9	+ 0,1
Ausländische Anlagen in			
Wertpapieren inlän-			
discher Emittenten	- 13,6	+ 2,0	+ 27,9
Aktien ²⁾	- 0,7	- 2,4	+ 2,9
Investmentfonds-			
anteile	- 1,7	- 1,4	- 0,9
Kurzfristige Schuld-			
verschreibungen ⁴⁾	- 5,6	- 0,5	+ 0,4
Langfristige Schuld-			
verschreibungen ⁵⁾	- 5,5	+ 6,2	+ 25,5
3. Finanzderivate ⁶⁾	+ 5,1	- 3,6	- 1,2
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	- 50,6	+ 31,0	+ 19,8
Monetäre Finanz-			
institute ⁸⁾	+ 6,5	+ 23,4	- 0,1
darunter: kurzfristig	- 2,1	+ 23,1	- 3,9
Unternehmen und			
Privatpersonen ⁹⁾	- 21,3	+ 31,1	+ 10,6
Staat	+ 0,8	+ 2,7	- 1,1
Bundesbank	- 36,6	- 26,2	+ 10,5
5. Währungsreserven	- 0,5	+ 1,0	- 0,1
IV. Statistisch nicht aufglieder-			
bare Transaktionen ¹⁰⁾	- 28,9	+ 31,9	- 7,9

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 5 Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. 10 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen drehte sich der Aktivsaldo von 4,6 Mrd € im Juni in ein geringfügiges Defizit von 0,1 Mrd €. Dazu trug die Ausweitung des Passivsaldo in der Dienstleistungsbilanz um 3,2 Mrd € auf 8,1 Mrd € erheblich bei. Die Einnahmen verminderten sich insgesamt, vor allem aufgrund gesunkener Einkünfte im Bereich der Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienste sowie der sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Dagegen nahmen die Ausgaben etwas zu, auch wegen höherer Aufwendungen bei den Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum und insbesondere wegen des jahreszeitüblichen Anstiegs der Reiseverkehrausgaben. Hinzu kam die Ausweitung des Defizits bei den Sekundäreinkommen um 1,2 Mrd € auf 5,4 Mrd €. Dahinter standen vor allem geringere Einnahmen, bei denen gesunkene staatliche Einkünfte aus laufenden Steuern auf Einkommen und Vermögen eine wesentliche Rolle spielten. Demgegenüber blieben die Nettoeinkünfte bei den Primäreinkommen mit 13,4 Mrd € beinahe auf dem Stand des Vormonats von 13,7 Mrd €.

Im Juli prägte ein absehbares Ende steigender Leitzinsen in den USA die Stimmung an den internationalen Finanzmärkten. Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands ergaben sich Netto-Kapitalimporte von 15,7 Mrd € (nach Netto-Kapitalabflüssen von 15,0 Mrd € im Juni). Dabei erhöhten ausländische Anleger ihren Bestand an deutschen Wertpapieren (27,9 Mrd €). Im Ergebnis nahmen sie Anleihen (25,5 Mrd €), Aktien (2,9 Mrd €) und in geringem Umfang auch Geldmarktpapiere (0,4 Mrd €) in ihre Portfolios auf, trennten sich jedoch von Investmentzertifikaten (0,9 Mrd €). In umgekehrter Richtung kauften hiesige Anleger ausländische Wertpapiere für 12,2 Mrd €. Sie erwarben vornehmlich Investmentzertifikate (10,5 Mrd €), Aktien (2,2 Mrd €) und in sehr geringem Umfang auch Anleihen (0,1 Mrd €). Deutsche Investoren trennten sich jedoch von Geldmarktpapieren (0,6 Mrd €).

Überschuss der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen abgeschmolzen wegen höherer Defizite bei Dienstleistungen und Sekundäreinkommen

Netto-Kapitalzuflüsse im Wertpapierverkehr

Netto-Kapitalexporte bei Direktinvestitionen und ...

Die Transaktionen mit Finanzderivaten führten im Juli zu Mittelzuflüssen von 1,2 Mrd € (nach 3,6 Mrd € im Juni).

Die Direktinvestitionen verzeichneten im Juli Netto-Kapitalexporte von 3,8 Mrd € (15,9 Mrd € im Juni). Ausländische Unternehmen reduzierten ihre Direktinvestitionsmittel in Deutschland um 6,2 Mrd €. Dabei verringerten Konzernmütter ihr Beteiligungskapital an hiesigen Unternehmen (4,0 Mrd €). Ebenso sanken die über den konzerninternen Kreditverkehr bereitgestellten Mittel (2,2 Mrd €). Zwar wurden zusätzliche Mittel über Finanzkredite vergeben. In der Summe überwogen jedoch die Tilgungen von Handelskrediten. In umgekehrter Richtung zogen deutsche Unternehmen ebenfalls Mittel aus dem Ausland ab (2,4 Mrd €). Sie reduzierten das Kreditvolumen an ausländische Unternehmenseinheiten (4,3 Mrd €). Dabei überwogen auch hier die Tilgungen von Handelskrediten die durch Finanzkredite zusätzlich vergebenen Mittel. Allerdings erhöhten hiesige Unternehmen ihr Beteiligungskapital an verbundenen Einheiten im Ausland (1,9 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Juli per saldo Netto-Kapitalexporte von 19,8 Mrd € (nach 31,0 Mrd € im Juni). Die Netto-Auslandsforderungen der Monetären Finanzinstitute ohne Bundesbank sanken geringfügig um 0,1 Mrd €, diejenigen der Bundesbank stiegen um 10,5 Mrd €. Dabei gingen die TARGET-Forderungen an die EZB um 16,5 Mrd € zurück. Noch deutlicher sanken jedoch die ausländischen Einlagen bei der Bundesbank, vorwiegend von Ansässigen aus Ländern außerhalb des Euroraums. Bei Unternehmen und Privatpersonen ergaben sich Netto-Kapitalexporte (10,6 Mrd €), bei staatlichen Stellen Mittelzuflüsse (1,1 Mrd €).

... im übrigen Kapitalverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank reduzierten sich im Juli – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,1 Mrd €.

Währungsreserven

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2023), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, März 2023, S. 15 f.

Wirtschaftsstandort Deutschland: ausgewählte Aspekte der aktuellen Abhängigkeiten und mittelfristigen Herausforderungen

Die deutsche Wirtschaft steht unter erheblichem Anpassungsdruck. Der demografische Wandel belastet die Wachstumsperspektiven und verschärft die Konkurrenz um Fachkräfte. Im Außenhandel gibt es deutliche Abhängigkeiten von China. Eine plötzliche Entflechtung von China wäre wohl kurzfristig mit weitreichenden Beeinträchtigungen der Lieferketten und der Produktion verbunden. Für eine Verringerung der Abhängigkeit von importierter fossiler Energie und eine emissionsarme Energieversorgung zu vertretbaren Kosten kommt es darauf an, das Angebot an erneuerbaren Energien zu vergrößern und die Energienachfrage durch Effizienzsteigerungen zu mindern. Von der Digitalisierung können erhebliche Wachstumsimpulse ausgehen. Entscheidend ist dabei nicht nur die Herstellung digitaler Güter, sondern auch die Diffusion dieser Produkte in Form von Vorleistungen in andere Bereiche.

Noch zeigt sich die deutsche Wirtschaft insgesamt gut aufgestellt. Dem demografischen Wandel wirkte bisher unter anderem die Beschäftigung von Zugewanderten entgegen. Deutsche Unternehmen nutzen weiterhin in hohem Maß die Möglichkeiten, die sich auf internationalen Märkten ergeben. Den unmittelbaren Energiepreisschock federte die Industrie dank guter Ertrags- und Finanzungsverhältnisse und temporärer staatlicher Hilfen insgesamt recht gut ab. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist trotz der verschiedenen Belastungen im Mittel noch eher günstig. Sektorale Unterschiede dürften aber erheblich sein.

Nichtsdestotrotz gibt es breiter angelegten Handlungsdruck. Die zu bewältigenden Probleme sind komplex und teilweise miteinander verknüpft. Beispielsweise ist die Energieversorgung sicherzustellen und internationale Abhängigkeiten sollen sinken. Gleichzeitig erfordern die Klimaziele wohl weiter substanzielle Importe von speicherfähigen Energieträgern und bestimmten Rohstoffen. Für Transformationsprozesse wie Digitalisierung und Dekarbonisierung ist auf absehbare Zeit ein hohes Angebot an Fachkräften notwendig, welches der demografische Wandel verknappt. Das Ausmaß und Tempo des notwendigen Strukturwandels sind bei alledem nicht einfach abzuschätzen.

Der Staat kann zur Attraktivität des Standorts Deutschland beitragen, indem er für geeignete Rahmenbedingungen sorgt. Hierzu gehört Planbarkeit im Bereich der Energieversorgung, auch durch eine konsistente und vorhersehbare Klimapolitik. Transformative Prozesse wie Dekarbonisierung und Digitalisierung werden sich umso besser bewältigen lassen, wenn das Bildungssystem entsprechende Schlüsselqualifikationen und vor allem Anpassungsfähigkeit an strukturellen Wandel vermittelt. Eine stärkere Diversifizierung der Bezugsquellen im internationalen Handel – zum Beispiel durch regionale Freihandelsabkommen – würde das Risiko zu starker Abhängigkeiten von China verringern. Eine verbesserte Arbeitsmarktintegration von zugezogenen Personen sowie effizientere staatliche Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse würden die Attraktivität des Standorts Deutschland ebenfalls steigern. Die Politik unternimmt gegenwärtig einige Schritte in diese Richtung. Diese müssen allerdings auch umgesetzt und fortgeführt werden.

Deindustrialisierung Deutschlands?

„Geschäftsmodell Deutschland“ in Gefahr?

Seit längerem werden Zweifel am sogenannten „Geschäftsmodell Deutschland“ und seinen Zukunftsaussichten geäußert. Angesichts des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und weiterer geopolitischer Verwerfungen verschärfte sich die Debatte in den letzten Monaten. Das Geschäftsmodell Deutschland beruhe auf einer relativ stark industriebasierten Wirtschaft, die durch günstiges Gas aus Russland gestützt werde. Die Außenhandelserfolge gingen mit ausgeprägten Lieferkettenabhängigkeiten von „problematischen“ Staaten einher. Den beständig hohen Bedarf an Fachkräften befriedige man durch Zuwanderung. Diese Ausrichtung der deutschen Wirtschaft, so zeige sich, sei nicht nachhaltig. Infolge des Angriffskrieges Russlands stiegen die Energiekosten massiv. Die Arbeitskräfteknappheit im Inland könne nur noch erschwert durch Zuwanderung gedeckt werden, auch weil der demografische Wandel Nachbarländer teilweise sogar noch stärker erfasse. Die Stabilität der grenzüberschreitenden Lieferketten sei aufgrund der um sich greifenden geopolitischen Spannungen gefährdet. Deshalb sei das Geschäftsmodell Deutschland in Gefahr. Ohne weiteres, teilweise substanzielles wirtschaftspolitisches Eingreifen drohe eine Deindustrialisierung Deutschlands.

Energiekrise, internationale Abhängigkeiten und demografischer Wandel bedeutende Herausforderungen

Die Energieversorgung, internationale Abhängigkeiten sowie der demografische Wandel sind zweifelsfrei bedeutende Herausforderungen, denen sich die deutsche Wirtschaft gegenüber sieht. Die Einschätzung dieser Herausforderungen sollte mit einer Bestandsaufnahme der kritischen Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft beginnen. Auf dieser Basis lässt sich besser abschätzen, wie groß der Handlungsbedarf ist. Dabei sollte im Auge behalten werden, dass das Geschäftsmodell Deutschland nicht das Ergebnis staatlicher Planung und Gestaltung ist. Volkswirtschaftliche Strukturen ergeben sich aus komplexen marktwirtschaftlichen Prozessen innerhalb eines staatlichen Rahmens. Dabei passen sich Unternehmen an

dauernd an ein sich veränderndes Marktumfeld an, und geeignete staatliche Rahmenbedingungen können dies erleichtern.

Bedeutung der Industrie für die deutsche Wirtschaft

Die Industrie hat in Deutschland einen besonderen Stellenwert.¹⁾ Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Beschäftigung lag im vergangenen Jahr mit 18 % beziehungsweise 16 % deutlich höher als in den meisten anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Bemerkenswert ist auch, dass der Wertschöpfungsanteil der Industrie in Deutschland seit den 1990er Jahren bis zur Coronavirus-Pandemie stabil blieb. In der Pandemie ging er – wie auch in anderen Industrieländern – spürbar zurück. Die langsamer als andernorts verlaufende Verlagerung der Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dienstleistungsbereich erklärt sich auch durch die vergleichsweise hohen Produktivitätsgewinne der heimischen Industrie.²⁾ Gleichwohl stammt der mit Abstand größte Teil der Wertschöpfung in Deutschland wie auch in den anderen entwickelten Volkswirtschaften aus den Dienstleistungsbereichen (rund 60 %). Per se wäre eine gewisse Annäherung der Größe des Industriesektors an die Relationen in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht besorgniserregend, insbesondere wenn sie sich graduell vollzöge.

Große Bedeutung der Industrie in Deutschland

Gesamtwirtschaftlich fiel das Produktivitätswachstum in Deutschland seit den 1990er Jahren nicht systematisch höher oder niedriger aus als in Volkswirtschaften, in denen der sektorale Wandel hin zu Dienstleistungen schneller voranschritt. Eine Rolle spielte dabei auch der digitale Wandel. Wirtschaftssektoren, die überwiegend digitale Güter herstellen, wiesen in

Effizienzgewinne durch digitalen Wandel, aber im Zeitverlauf abnehmend

1 Der Begriff der Industrie bezieht sich im Folgenden auf das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland. Die restlichen Bereiche des Produzierenden Gewerbes sind nicht im Fokus, da sie zum einen Energieunternehmen umfassen, teilweise nur geringe Wertschöpfungsanteile am BIP haben (Bergbau) oder eher binnenwirtschaftlich orientiert sind (Baugewerbe).
2 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2021a).

den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich hohe Produktivitätszuwächse auf und waren damit eine maßgebliche Triebfeder des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums.³⁾ Eigene Analysen zeigen, dass neben Investitionen in Digitalgüter dabei auch digitale Vorleistungen, die über Produktionsverflechtungen in zahlreiche Güter einfließen, bedeutsam waren.⁴⁾ Jedoch ließen die auf die Digitalisierung zurückzuführenden Effizienzgewinne, ähnlich wie in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, im Zeitverlauf tendenziell nach.⁵⁾

Nachhaltiger Digitalisierungsschub nur unter Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen

Laut einer Umfrage der Bundesbank im Jahr 2022 gibt es Hinweise darauf, dass es seit der Pandemie in einigen Bereichen des Unternehmenssektors zu einem Digitalisierungsschub kam.⁶⁾ Es ist aber offen, wie persistent der Digitalisierungsschub und die damit verbundenen Veränderungen in den Arbeitsprozessen der Unternehmen sein werden. Für die zukünftige Produktivitätsentwicklung wird es maßgeblich sein, die Potenziale des digitalen Wandels stärker auszuschöpfen. Hierbei können von Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, aus denen eine leistungsfähige Digitalinfrastruktur entsteht, deutliche Anreizwirkungen ausgehen.

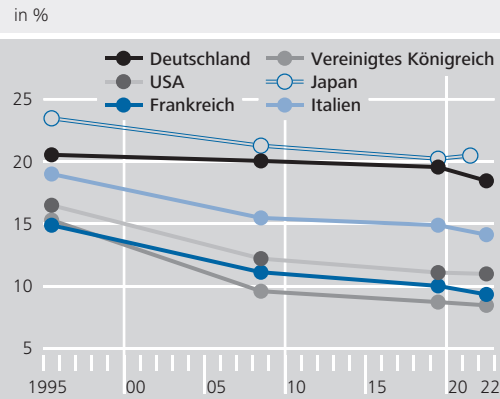
Herausforderungen nicht von der Hand zu weisen

Die aktuelle Diskussion um die deutsche Industrie ist jedoch vor dem Hintergrund der tiefgreifenden gleichzeitigen Herausforderungen zu sehen, die sich aus Dekarbonisierung, Demografie und Änderungen im internationalen Umfeld ergeben. Hinzu kommt, dass auch die Digitalisierung, wenn sie erfolgreich sein soll, deutliche Anpassungen im Unternehmenssektor erfordert. Die Herausforderungen für die Industrie, die von möglicherweise disruptiven Veränderungen in diesen vier Bereichen ausgeht, sind nicht von der Hand zu weisen.

Internationale Verflechtungen der deutschen Wirtschaft

Manche dieser Entwicklungen setzten erst in jüngster Zeit ein, die allermeisten haben jedoch

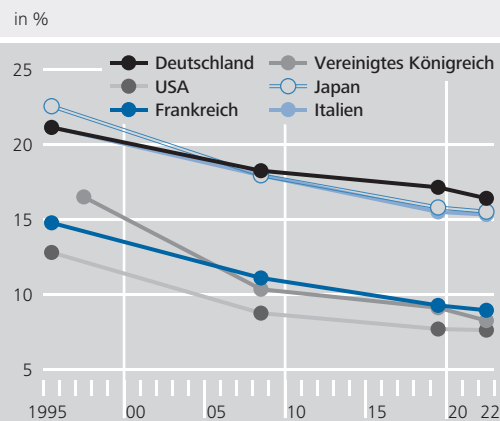
Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zum BIP^{*)}



Quellen: Weltbank und Bureau of Economic Analysis. * Angaben zwischen den Jahren 1995, 2008, 2019 und 2021/22 linear interpoliert.

Deutsche Bundesbank

Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung^{*)}



Quellen: Nationale Angaben. * Angaben zwischen den Jahren 1995 bzw. 1997, 2008, 2019 und 2022 linear interpoliert.

Deutsche Bundesbank

eine Vorgeschichte. So sieht sich die deutsche Wirtschaft bereits seit einiger Zeit mit einem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld konfrontiert. Der Welthandel verlor nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Schwung, nachdem er zuvor 30 Jahre stark gewachsen war. Maßgeblich für die Schwäche

Welthandel verlor nach globaler Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Schwung

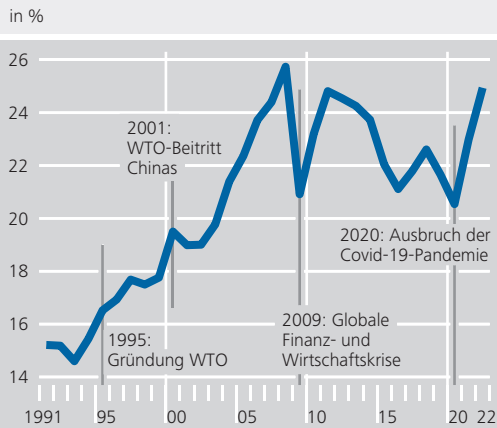
³ Die Digitalsektoren umfassen typischerweise Abschnitte des Verarbeitenden Gewerbes (Herstellung von EDV-, elektronischen und optischen Erzeugnissen; Herstellung von elektrischen Ausrüstungen) sowie Teile der Dienstleistungsbranche (Information und Telekommunikation). Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2023a).

⁴ Eine detaillierte Beschreibung des verwendeten Modells findet sich in Deutsche Bundesbank (2023a).

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a).

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a).

Weltweiter Handel im Verhältnis zur weltweiten Wirtschaftsleistung



Quellen: IWF, Weltbank und eigene Berechnungen. Deutsche Bundesbank

Anzahl neuer handelspolitischer Maßnahmen*) weltweit



Quelle: Global Trade Alert. * Den Waren- oder Dienstleistungsverkehr betreffend. Daten ohne Nachmeldungen für das jeweilige Berichtsjahr (Stichtag ist der 31. Dezember eines Jahres). Deutsche Bundesbank

des Welthandels war nicht nur das verlangsamte Wachstum der Weltwirtschaft. Auch der Anteil des Welthandels am globalen BIP stieg nicht weiter. Zum Teil spiegelte dies den Bedeutungszuwachs der Schwellenländer wider, deren BIP-Wachstum weniger handelsintensiv war.⁷⁾ Auch dürften die handelsfördernden Impulse sinkender Informations-, Kommunikations- und Transportkosten nachgelassen haben.⁸⁾ Zudem bremsten protektionistische Bestrebungen den Welthandel. Im Handelskonflikt zwischen den USA und China traten sie besonders deutlich zutage. Aber auch andernorts waren Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse auf dem Vormarsch. Laut der Datenbank

„Global Trade Alert“ erreichte die Zahl der neuen handelsbeschränkenden Maßnahmen weltweit in den vergangenen Jahren neue Höchststände.⁹⁾

Auch in Deutschland schritt nach der Erholung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 die Außenhandelsverflechtung nicht mehr so schnell voran.¹⁰⁾ Die Integration in internationale Wertschöpfungsketten ging sogar – ähnlich wie in anderen Industrieländern – leicht zurück. Dennoch übertraf der Offenheitsgrad denjenigen anderer bedeutender Industrieländer in Nordamerika, Europa und Asien weiterhin deutlich, und der Abstand vergrößerte sich teilweise sogar noch. Dies spricht dafür, dass deutsche Unternehmen bis zuletzt in höherem Maß die Möglichkeiten nutzten, die sich auf internationalen Märkten ergaben. Das betraf sowohl Absatzchancen auf ausländischen Märkten als auch die Möglichkeit, Waren aus ausländischer Produktion zu beziehen oder im Ausland fertigen zu lassen.

Intensive grenzüberschreitende Verflechtungen gehen jedoch auch mit Risiken und Abhängigkeiten einher. Dies zeigten die Lieferkettenstörungen in der Pandemie und infolge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine deutlich. Auch die geökonomischen Spannungen zwischen China und dem Westen rückten die Risiken aus Abhängigkeiten in den Fokus. Ein bedeutender Teil des kräftigen Wachstums der deutschen Exporte und noch stärker der Importe in den vergangenen zwei Jahrzehnten entfiel auf China.

China ist bei einzelnen Warengruppen, insbesondere bei Kraftwagen und Maschinen, ein wichtiger Absatzmarkt. Für den Warenexport

Deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Industrieländern mit deutlich höherer Außenhandelsquote

Zunehmende Bedeutung Chinas für den deutschen Handel

China einer von vielen Kunden der deutschen Industrie, ...

7 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2016).

8 Vgl.: Antràs (2020).

9 Global Trade Alert (<https://www.globaltradealert.org>) geht auf eine Initiative des Centre for Economic Policy Research (CEPR) zurück. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2020).

10 Die Abschwächung des Globalisierungstempos spielte dafür eine Rolle. Zum starken Anstieg der Außenhandelsquote 2022 trugen vor allem die erheblichen Preissteigerungen für Import- und Exportgüter bei.

der deutschen Wirtschaft insgesamt spielt es zwar ebenfalls eine wichtige, aber keine herausragende Rolle.¹¹⁾ Auch wenn man anhand von Input-Output-Tabellen den Anteil der deutschen Wertschöpfung näherungsweise berechnet, der in China verbraucht wird, ergibt sich das gleiche Bild. Weniger als 3 % der deutschen Wertschöpfung hängen von der Endnachfrage Chinas ab.¹²⁾

... aber als Lieferant mit teils größerer Bedeutung, ...

Aus der Perspektive der Warenimporte ist die Bedeutung Chinas allerdings ungleich größer. Zu den Waren, bei denen China wertmäßig einen großen Teil der Lieferungen ausmacht, gehören sowohl bestimmte Vorleistungsgüter (wie Akkus, Batterien und elektronische Bauteile) als auch Endprodukte aus dem Investitionsgüterbereich (Geräte zur Datenverarbeitung (DV) und Telekommunikationstechnik). Zudem weisen mehrere Endprodukte aus dem Konsumgüterbereich ausgeprägte China-Anteile auf (bspw. Unterhaltungselektronik und elektrische Haushaltsgeräte). Chinesische Vorleistungen machen vor allem bei der Produktion in den Wirtschaftszweigen DV-, elektronische und optische Geräte sowie elektrische Ausrüstungen einen deutlichen Teil der importierten Vorprodukte aus. Spürbare Anteile von Vorleistungen aus China gibt es auch in anderen Bereichen des Produzierenden Gewerbes wie der Bauwirtschaft und dem Maschinenbau.

... insbesondere bei einigen schwer ersetzba- ren Vorleistungen

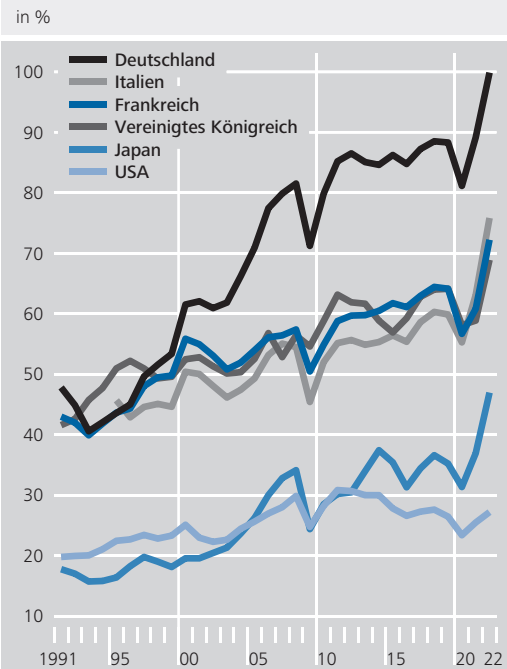
Weitere Einfuhren von Rohstoffen und Vorleistungen aus China sind zwar wertmäßig gering, lassen sich jedoch häufig nur schwer aus anderen Ländern ersetzen.¹³⁾ Laut einer Umfrage der Bundesbank setzen zahlreiche deutsche Unternehmen wichtige chinesische Vorleistungsgüter im Produktionsprozess ein, und die Ersatzmög-

11 2022 gingen rund 7 % der gesamten deutschen Warenexporte nach China. Damit war China das viertwichtigste Zielland für deutsche Ausfuhren.

12 Die Berechnungen basieren auf den internationalen Input-Output-Tabellen der OECD (Version 2022) für das Jahr 2020.

13 Laut Internationaler Energieagentur (IEA) fördert China 60 % der Seltenen Erden weltweit. Zudem sei die Veredelung von Seltenen Erden (zu 90 %), Lithium und Kobalt (jeweils zu zwischen 60 % und 70 %) in China konzentriert. Vgl.: Internationale Energieagentur (2021).

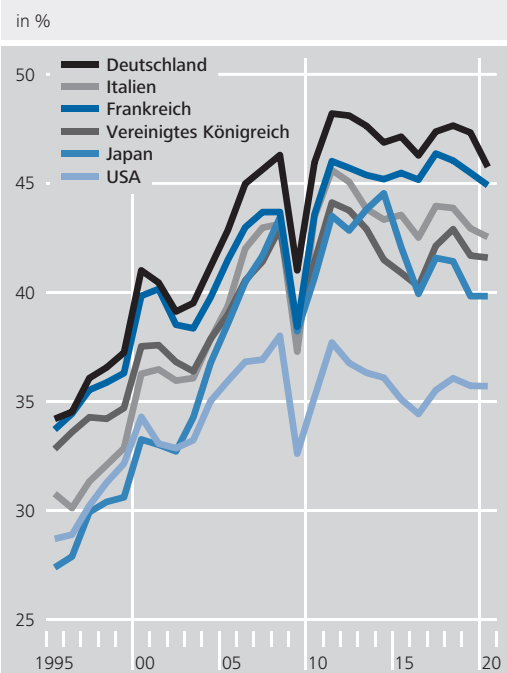
Außenhandelsquoten^{*)} ausgewählter Industrieländer



Quellen: Bureau of Economic Analysis, Cabinet Office of Japan, Eurostat, Office for National Statistics, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. * Summe von nominalen Exporten und Importen (Waren und Dienstleistungen) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Deutsche Bundesbank

Einbindung ausgewählter Industrieländer in internationale Wertschöpfungsketten^{*)}



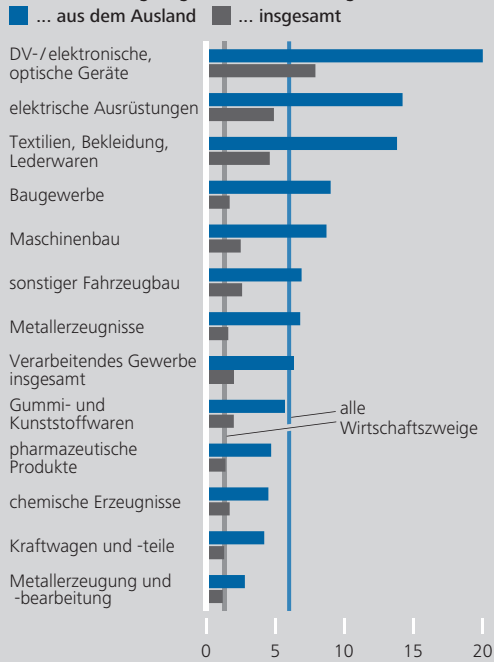
Quelle: OECD (2023) TIVA-Datenbasis und eigene Berechnungen. * Summe der ausländischen Wertschöpfung in den Bruttoexporten eines Landes und seiner Wertschöpfung in den Bruttoexporten des Auslands in Relation zu den Bruttoexporten des Landes.

Deutsche Bundesbank

Bedeutung der Vorleistungen aus China für die deutsche Produktion

in %

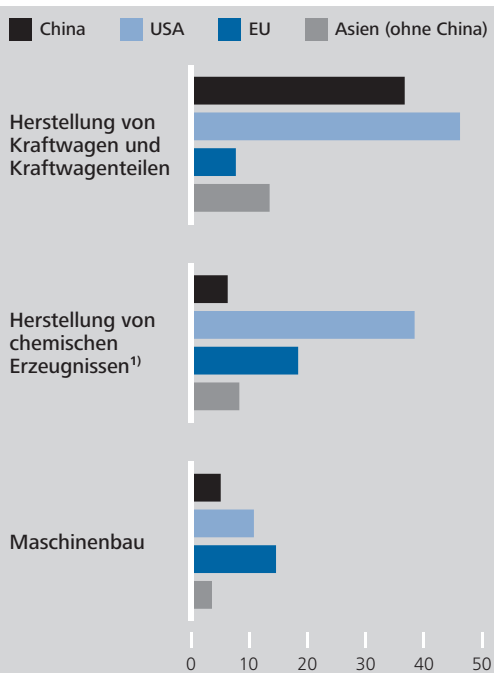
Anteil der Vorleistungen aus China an den im jeweiligen Wirtschaftszweig eingesetzten Vorleistungen...



Quelle: OECD (2021) ICIO-Datenbasis und eigene Berechnungen. Deutsche Bundesbank

Deutsche Direktinvestitionen einzelner Sektoren in wichtigen Regionen¹⁾

Mrd €, Stand: 2021



* Sektorabgrenzung nach Zugehörigkeit der deutschen Muttergesellschaften. ¹ Für China sowie Asien (ohne China) liegen Daten nur bis Ende 2019 vor.

Deutsche Bundesbank

lichkeiten für diese Güter sind häufig gering (vgl. Ausführungen zur Abhängigkeit von China auf S. 21f.). Dies betrifft insbesondere das Verarbeitende Gewerbe. Zwar ergriffen die deutschen Unternehmen bereits Maßnahmen, um den starken Fokus auf China beim Bezug von kritischen Vorleistungen zu verringern. Vielfach steht ein Abbau der Abhängigkeiten von China – gerade bei sehr schwierig zu ersetzenden Vorprodukten – noch aus. Eine plötzliche Entflechtung von China wäre wohl zumindest kurzfristig mit weitreichenden Beeinträchtigungen der Lieferketten und der Produktion in Deutschland verbunden.¹⁴⁾

Die Direktinvestitionsbestände deutscher Unternehmen sind laut den Bestandsangaben der von der Bundesbank erhobenen Direktinvestitionsstatistik weltweit breit gestreut. China lag als Standort deutscher Direktinvestitionen hinter den USA und Luxemburg (das ein wichtiger Holding-Standort ist) auf dem dritten Platz. Sein Anteil an den deutschen Direktinvestitionen betrug 2021 dennoch lediglich knapp 6 %. Im Vergleich hierzu sind die Umsätze und Vermögenseinkommen aus den Direktinvestitionen in China hoch. Die chinesischen Tochtergesellschaften deutscher Konzerne erwirtschafteten zuletzt Umsätze von 382 Mrd € und einen Gewinn von 23 Mrd €. Damit wurden in China 22 % der weltweiten Umsätze und 15 % der weltweiten Vermögenseinkommen Deutschlands aus Direktinvestitionen erzielt.¹⁵⁾

Umsätze und Vermögenseinkommen aus den Direktinvestitionen in China hoch

In der Vergangenheit profitierten hiesige Konzerne erheblich von der Internationalisierung über Direktinvestitionen und steigerten auf diese Weise ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit.¹⁶⁾ Auch wenn das Niveau der Direktinvestitionen in China aktuell vergleichsweise

Bedeutung Chinas für Direktinvestitionen ins Ausland zunehmend

¹⁴ Insbesondere wäre die Produktion von Waren betroffen, bei der kritische Vorleistungen eine Rolle spielen. Längerfristig dürfte jedoch ein Teil der chinesischen Vorprodukte durch in Deutschland oder anderen Ländern hergestellte Vorleistungen ersetzt werden können, was die Einbußen mildern würde.

¹⁵ Angaben zu Umsätzen für 2021, zu Vermögenseinkommen für 2022.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

Die Bedeutung Chinas als Lieferant wichtiger Vorprodukte für deutsche Unternehmen

Die vergangenen Jahre offenbarten das Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung, das von starken einseitigen Abhängigkeiten von Vorprodukten aus dem Ausland ausgeht. Die Coronavirus-Pandemie sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führten zu Lieferkettenstörungen. Die geopolitischen und wirtschaftlichen Spannungen zwischen China und westlichen Ländern rückten zuletzt China in den Blick der wirtschaftspolitischen Diskussion. Denn aus keinem anderen Land importierten deutsche Unternehmen 2022 mehr, darunter zahlreiche Vorprodukte. Die Abhängigkeit von China ist dabei nicht einfach aus aggregierten Handelsdaten ersichtlich, da dieser Blick bestehende Abhängigkeiten auf der Importseite unterschätzt. Denn auch Vorprodukte mit wertmäßig geringem Anteil an den insgesamt eingesetzten Vorleistungsgütern können für den Produktionsprozess unerlässlich und nur schwer aus anderen Ländern zu beschaffen sein. Dies sind zum Beispiel Rohstoffe, wie Seltene Erden, oder auch Lithium und Kobalt, deren Produktion und Weiterverarbeitung weltweit von China dominiert werden.¹⁾

Die Auswertung der Unternehmensumfrage der Bundesbank (BOP-F) für die Monate April bis Juni 2023 vermittelt ein detaillierteres Bild. Sie enthält zudem Informationen darüber, wie groß der Spielraum für deutsche Unternehmen ist, um den Bezug von Vorleistungsgütern aus China zu verringern.

Im abgefragten Zeitraum importierten 29 % der Unternehmen in Deutschland kritische Vorleistungsgüter aus China. Dies sind Waren oder Dienstleistungen, ohne die ein relevanter Teil des Produktionsprozesses oder der Geschäftstätigkeit eines Unterneh-

mens ausfallen, erheblich verzögert oder stark an Qualität verlieren würde.²⁾ Auffallend ist, dass der Großteil der Unternehmen die kritischen Vorleistungsgüter über heimische oder ausländische Zwischenhändler importiert. Viele der Unternehmen, die auf chinesische Zwischengüter angewiesen sind, unterhalten also keine direkten Importbeziehungen mit China. Sie sind aber dennoch stark auf Vorleistungen aus China angewiesen.

Im Verarbeitenden Gewerbe ist laut der BOP-F-Umfrage fast die Hälfte der Unternehmen auf chinesische Vorprodukte bei der Produktion angewiesen.³⁾ Außerdem schätzen diese Unternehmen die Möglichkeiten, kritische Vorprodukte aus China durch Produkte aus anderen Ländern zu ersetzen, größtenteils als gering ein. 80 % der von China abhängigen Industrieunternehmen geben an, dass der Bezug von Ersatzprodukten aus anderen Ländern schwierig bis sehr schwierig sei. Dabei sind insbesondere umsatzstärkere Unternehmen auf Vorprodukte aus China angewiesen und haben laut Umfrage wenig Ersatzspielraum. Insgesamt erwirtschafteten diejenigen Unternehmen, die kritische Vorprodukte aus China beziehen und die Ausweichmöglichkeiten als sehr gering bezeichnen, 2022 knapp ein Viertel der Umsätze des Verarbei-

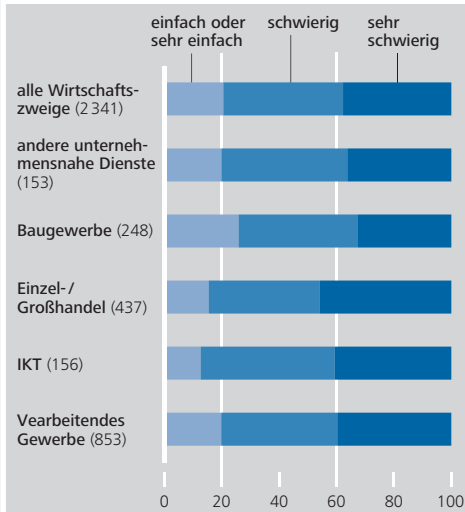
¹ Vgl.: Internationale Energieagentur (2023).

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d).

³ Dies deckt sich mit einer Umfrage des ifo Instituts, wonach 46 % der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe auf wichtige Vorleistungen aus China angewiesen sind. Vgl.: Baur und Flach (2022). Laut BOP-F-Umfrage beziehen auch andere Sektoren kritische Vorleistungsgüter aus China. Dies gilt insbesondere für den Groß- und Einzelhandel, aber auch das Baugewerbe oder den Bereich Informations- und Kommunikationsdienstleistungen.

Ersetzbarkeit kritischer Vorleistungsgüter aus China^{*)}

in %

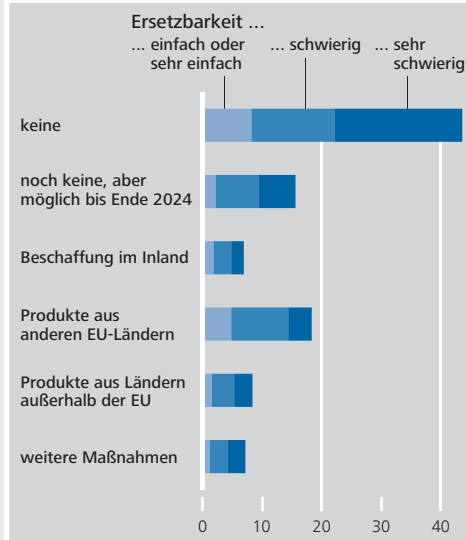


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von BOP-F-Umfrage im 2. Vj. 2023. * Gewichtete Angaben basierend auf der in Klammern angegebenen Anzahl an Unternehmen je Wirtschaftsbranche. BOP-F Frage: Stellen Sie sich bitte ein Szenario vor, in dem die Vorprodukte und Vorleistungen aus China plötzlich nicht mehr verfügbar sind. Wie einfach wäre es in einem solchen Szenario für Ihr Unternehmen, die fehlenden Produkte durch Vorprodukte und Vorleistungen aus anderen Ländern zu ersetzen?

Deutsche Bundesbank

Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von kritischen Vorleistungen aus China^{*)}

in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von BOP-F-Umfrage im 2. Vj. 2023. * Gewichtete Angaben basierend auf 853 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. BOP-F Frage: Wir würden gerne wissen, ob Ihr Unternehmen Maßnahmen umgesetzt hat bzw. aktuell umsetzt, um den Bezug von chinesischen Vorprodukten und Vorleistungen zu verringern.

Deutsche Bundesbank

tenden Gewerbes in Deutschland.⁴⁾ Der wirtschaftliche Schaden eines mehr oder weniger abrupten Abbruchs der Handelsbeziehungen mit China könnte in der kurzen bis mittleren Frist also erheblich sein.

Gut zwei Fünftel derjenigen Industrieunternehmen, die 2022 oder 2023 kritische Importe aus China bezogen, ergriffen bereits Maßnahmen, um den Bezug von chinesischen Vorprodukten oder Vorleistungen zu verringern. Dabei setzen diese Unternehmen vor allem auf den Import von Vorprodukten aus der Europäischen Union (18%), aber auch aus Drittländern (8%) oder auf die Beschaffung im Inland (7%). Weitere 16% dieser Unternehmen erwägen solche Maßnahmen für die nähere Zukunft.

Allerdings ergriffen mehr als zwei Fünftel der von China abhängigen Unternehmen keine Maßnahmen. In dieser Gruppe ist der Anteil derjenigen Unternehmen, die den Er-

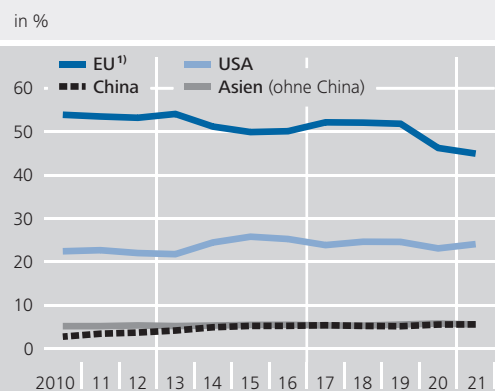
satz chinesischer Vorprodukte als sehr schwierig einschätzen, zudem auffallend hoch. Demnach steht ein Abbau der Abhängigkeiten von China gerade bei sehr schwierig zu ersetzenden Vorprodukten vielfach noch aus. Auch wenn einige Unternehmen bereits Schritte unternahmen, ihre Abhängigkeit zu verringern, kann es eine Zeit dauern, neue Lieferkapazitäten in anderen Regionen der Welt zu erschließen und neue Lieferbeziehungen aufzubauen.⁵⁾

⁴ Bezieht man auch jene Industrieunternehmen mit ein, welche die Substitution als schwierig bewerten, steigt der Umsatzanteil auf 57%.

⁵ Laut Einschätzung der Internationalen Energieagentur dauerte es bei Projekten zur Erschließung neuer Minenkapazitäten im Bereich kritischer Mineralien in der Vergangenheit ab Erkundung im Durchschnitt 16 Jahre bis zur Produktion. Vgl.: Internationale Energieagentur (2021).

niedrig ist, verdoppelte sich seit 2010 der Anteil Chinas an den gesamten deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Hierin spiegelt sich das robuste und im Weltmaßstab vergleichsweise starke Wachstum Chinas wider. Insbesondere für den Automobilssektor spielt China mit 29 % der deutschen Direktinvestitionen eine herausgehobene Rolle. Aber auch für den Maschinenbau (13 %) und die Herstellung von chemischen Erzeugnissen (8 %) ist China als Investitionsstandort wichtig. Dabei nutzen deutsche Unternehmen ihre chinesischen Tochtergesellschaften vor allem, um den Bezug wichtiger Vorleistungen sicherzustellen oder den chinesischen Absatzmarkt zu erschließen.

Anteil ausgewählter Regionen an den deutschen Direktinvestitionen im Ausland



¹ Bis 2019 einschließlich, ab 2020 ohne Vereinigtes Königreich.
 Deutsche Bundesbank

Diversifizierung der Handelspartner wichtig für Stabilität der Lieferketten

Angesichts steigender geopolitischer Spannungen und damit verbundener Risiken ist es für Unternehmen und Politik geboten, die gewachsene Struktur der Lieferketten und die weitere Ausweitung des Direktinvestitionsengagements in China zu überdenken. Das heißt vor allem, die Balance zwischen Effizienz und Resilienz an das geänderte Umfeld anzupassen. Stärker diversifizierte Bezugsquellen und eine veränderte Lagerhaltung können Risiken reduzieren.¹⁷⁾ Ein stärkerer Fokus auf Resilienz kann auch aus Effizienzgesichtspunkten gerechtfertigt sein. Dies gilt insbesondere, falls Unternehmen zuvor die wirtschaftlichen und politischen Risiken aus internationalen Wertschöpfungsketten nicht adäquat berücksichtigt hatten.¹⁸⁾ Aktuelle politische Initiativen zielen darüber hinaus darauf ab, dass Unternehmen Lieferketten stärker auf systemisch nahestehende Länder ausrichten. Andere Maßnahmen, wie beispielsweise der US-amerikanische Inflation Reduction Act, sehen sogar eine Verlagerung von Produktionsstandorten – zumeist im Fall von strategisch wichtigen Gütern – ins Inland vor. Auch auf EU-Ebene gibt es entsprechende Pläne, wie beispielsweise das EU-Chips-Gesetz, das Gesetz über kritische Rohstoffe oder von der EU finanziell unterstützte „Important Projects of Common European Interest“, unter anderem im Bereich der Batteriezellenfertigung.¹⁹⁾

Direkte staatliche Eingriffe in den internationalen Handel sollten sich grundsätzlich auf die Festlegung von Rahmenbedingungen beschränken. Denn Einschränkungen des internationalen Handels gehen in der Regel mit Wohlstandsverlusten einher, die je nach Bedeutung der Handelspartner beträchtlich ausfallen können.²⁰⁾ Hingegen erleichtern regionale Freihandelsabkommen Unternehmen, ihre Handelspartner

Freihandelsabkommen hierfür sinnvolle Instrumente

¹⁷ Laut Unternehmensumfragen prüfen einige Unternehmen, ihre Lieferketten widerstandsfähiger zu machen, indem sie bspw. ihre Bezugsquellen diversifizieren oder ihre Lagerhaltung erhöhen. Vgl.: Aksoy et al. (2022) sowie Deutsche Industrie- und Handelskammer (2021).

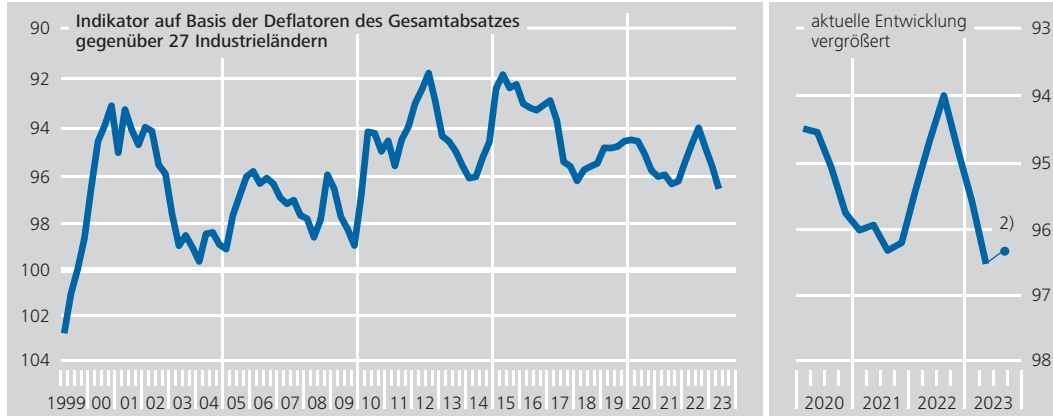
¹⁸ Dies ist bspw. der Fall, wenn Unternehmen nur ihr eigenes Risiko berücksichtigen und nicht jenes der Zulieferer, die ihrerseits auf andere Zulieferer angewiesen sind, oder falls aufgrund leistungsbezogener Bezahlung kurzfristige Gewinne höher bewertet werden als die mittelfristige Resilienz. Ebenso ist es möglich, dass Risiken aufgrund jüngerer Erfahrungen mit Lieferkettenstörungen neu bewertet werden. Eine teilweise Restrukturierung der Wertschöpfungsketten ist damit auch unter Effizienzgesichtspunkten gerechtfertigt.

¹⁹ Vgl. zum EU-Chips-Gesetz: Europäische Kommission (2022), zum Gesetz über kritische Rohstoffe: Europäische Kommission (2023a) und zum Important Projects of Common European Interest in der Batteriezellenfertigung: Europäische Kommission (2019).

²⁰ Vgl.: Dorn et al. (2022), Felbermayr et al. (2023) sowie Fuest et al. (2022).

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Durchschnitt seit 1975 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab¹⁾



1 Skala invertiert: Anstieg der Kurve (Rückgang der Werte) kennzeichnet eine Zunahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. **2** Letzter Stand: 12. September 2023.

Deutsche Bundesbank

zu diversifizieren.²¹⁾ So können die Unternehmen Abhängigkeiten von der Politik einzelner Staaten und das Risiko großflächiger Störungen von Lieferketten verringern.

Energiekostenbelastung deutscher Unternehmen

Gestiegene Energiekostenbelastung für die deutsche Wirtschaft ...

Die zweite wesentliche Herausforderung betrifft gestiegene Energiekosten. Die im Gefolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine rückläufigen Erdgaslieferungen aus Russland und die grundsätzlich erhöhte Unsicherheit über die Energieversorgung führten zu hohen Energiepreiserhöhungen. Auch in den kommenden Jahren dürften die Energiepreise in Deutschland höher liegen als vor Beginn des Krieges.²²⁾ Steigende Energiekosten sind jedoch nicht nur eine Folge kriegerischer Entwicklungen. Die Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels können ebenso zu höheren Preisen fossiler Energieträger beitragen. Dies könnte sich mit zunehmenden Dekarbonisierungsanstrengungen vor allem über steigende CO₂-Preise verstärken.

... aber bislang wohl verkraftbar

Die deutsche Industrie konnte den Energiepreisschock dank guter Ertrags- und Finanzungsverhältnisse zunächst gut abfedern.²³⁾ Laut Simulationsergebnissen der Bundesbank auf

Basis von hochgerechneten Unternehmensangaben für Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes waren die unmittelbaren Einbußen bei der Profitabilität der Unternehmen wohl verkraftbar.²⁴⁾ Auch die temporären staatlichen Stützungsmaßnahmen seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine trugen dazu bei. Größere Beeinträchtigungen gab

21 Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) wird seit 2017 vorläufig angewendet, da die Ratifizierung in einigen EU-Staaten noch aussteht. Beim Abkommen mit den Mercosur-Staaten steht eine formaljuristische Prüfung noch aus, bevor der Zustimmungs- und Ratifizierungsprozess der EU bzw. der Mitgliedsländer beginnen kann. Daneben gibt es u. a. noch laufende Verhandlungen der EU mit den ASEAN-Staaten und Australien. Die Verhandlungen zwischen der EU und Indien wurden zwischenzeitlich unterbrochen, aber im letzten Jahr wieder aufgenommen. Die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA ruhen hingegen seit Anfang 2017 und werden nicht fortgeführt.

22 Aktuelle Terminnotierungen deuten darauf hin, dass die Strom- und Gaspreise in Deutschland für die kommenden Jahre über den Spotpreisen vor Ausbruch des Krieges liegen.

23 Zu den Ertrags- und Finanzungsverhältnissen deutscher Unternehmen im Jahr 2021, dem Jahr vor der Energiekrise, vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b).

24 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023c).

es allerdings in den besonders energieintensiven Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes.²⁵⁾

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nach wie vor eher günstig

Trotz der vorübergehend starken Energieverteuerung im Vergleich zu wichtigen Partnerländern blieb die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gemessen an ihrem langfristigen Durchschnitt in den vergangenen Jahren eher günstig. Hierzu trug zeitweise die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bis September 2022 maßgeblich bei.²⁶⁾ Allerdings dürften die Belastungen aus dem Energiepreisanstieg in Sektoren mit weit überdurchschnittlichem Energiekostenanteil um ein Vielfaches höher sein. Hierzu zählen die Chemie- und die Papierindustrie, die Metallerzeugung sowie die Glas- und Keramikindustrie. Höhere Energiepreise in Deutschland im Vergleich zum Ausland könnten über eine schwächere Produktivitätsentwicklung und teilweise höhere Absatzpreise die preisliche Wettbewerbsfähigkeit perspektivisch verschlechtern.

Anpassung an hohe Energiekosten bereits absehbar, ...

Laut einer Umfrage der Bundesbank ergriffen die deutschen Unternehmen – auch in der Industrie – bereits Maßnahmen, um sich an die Energieverteuerung anzupassen (vgl. Ausführungen zu den Maßnahmen gegen die hohen Energiekosten auf S. 26 ff.). Dazu zählen zum einen kurzfristig wirkende Anpassungen wie Energieeinsparung oder Kostenweitergabe. Zum anderen planen sie, ihre Energieeffizienz zu erhöhen oder erneuerbare Energien stärker zum Einsatz zu bringen. Produktionsverlagerungen waren auch im Verarbeitenden Gewerbe, einschließlich der energieintensiven Bereiche, bislang eher selten. Zudem ist der Umsatzanteil derjenigen, die Verlagerungen planen, bislang eher gering. Hinweise auf eine breit angelegte Deindustrialisierung der deutschen Industrie ergeben sich laut der Umfrage nicht.²⁷⁾

... Beeinträchtigung des Wachstumspotenzials jedoch unvermeidlich

Nichtsdestotrotz beeinträchtigt der Energiekostenschub laut Schätzung der Bundesbank das mittelfristige Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft.²⁸⁾ Dauerhaft höhere Energiepreise führen demnach zu Einbußen am Produktionspotenzial, da Unternehmen tendenziell

– bei unvollkommenen Ersatzmöglichkeiten – den Energieeinsatz und die Produktion drosseln. Die angebotsseitigen Effekte höherer Energiepreise dürften deutlich stärker ausfallen als diejenigen der Pandemie.²⁹⁾

Energieversorgung während des Übergangs zu emissionsarmer Wirtschaft

Der Klimaschutz zählt gegenwärtig zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Aus der Transition hin zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft können sich erhebliche Belastungen für die Unternehmen ergeben. Hierzu zählen neben Kosten durch die Bepreisung von Emissionen die Verteuerung von emissionsintensiv produzierten Vorleistungen, Aufwendungen zur Emissionsvermeidung oder Verluste aus der Neubepreisung von Vermögenswerten. Die wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen dürften erheblich von der Art und Ausgestal-

Weitreichende Auswirkungen der Klimapolitik für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

25 Laut der Unternehmensbefragung der Bundesbank (BOP-F) des ersten Quartals 2023 belief sich der Anteil von Energiekosten an den gesamten Herstellungskosten 2022 im Verarbeitenden Gewerbe im Mittel auf weniger als 10 %; für das typische Industrieunternehmen (Median der Verteilung) belief sich der Anteil auf 5 %. Allerdings gibt es einige Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die sehr energieintensiv sind. Für Industrieunternehmen, die zu den 5 % der Unternehmen mit den höchsten Energiekostenanteilen gehören, beläuft sich der Anteil auf 30 % und mehr. So brach die Produktion in den energieintensiven Wirtschaftszweigen von Februar 2022 bis Juli 2023 – bis dahin liegen Daten vor – um etwa 17 % ein. Die Industrieproduktion insgesamt verringerte sich im gleichen Zeitraum dagegen nur um etwa 3 %; ohne die energieintensiven Zweige gerechnet blieb sie nahezu unverändert.

26 In den Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gehen neben dem nominalen effektiven Wechselkurs auch die Deflatoren des Gesamtabsatzes im Inland und im gewogenen Durchschnitt der betrachteten Handelspartner ein.

27 Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe erholte sich zwar nach den Anpassungen während der Pandemie seit Ende 2021 nur wenig. Ein Beschäftigungsabbau in der Industrie insgesamt ist jedoch seit dem starken Anstieg der Energiepreise bis Mitte 2023 nicht zu erkennen. Disaggregierte Branchenwerte zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in energieintensiven Industrien liegen erst bis Ende 2022 vor. Sie geben ebenso wenig Hinweise auf strukturelle Verschiebungen der Beschäftigung. Gleiches gilt für die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, die gegenüber dem Stand von Ende 2021 sogar ein wenig zulegen.

28 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b).

29 Für die Potenzialschäden der Pandemie vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).

Maßnahmen der deutschen Unternehmen in Reaktion auf die gestiegenen Energiekosten

Die kräftigen Energiepreisanstiege seit 2021 belasteten die deutsche Wirtschaft vor allem im vergangenen Jahr schwer. Zur Abfederung der unmittelbaren Auswirkungen auf Ertrag und Finanzierungsverhältnisse trug die im Mittel gute finanzielle Ausgangslage der deutschen Unternehmen bei.¹⁾ Zukünftig wird es aber zunehmend darauf ankommen, wie sie sich an die geänderten Rahmenbedingungen der Energieversorgung und -kosten anpassen. Auch davon hängt ab, wie sehr die Energieverteuerung das Wachstumspotenzial – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe – schwächt. Die Auswertung der Online-Unternehmensbefragung der Bundesbank (BOP-F) aus dem ersten Quartal 2023 bietet detaillierte Informationen über die jüngsten und für die Zukunft geplanten Anpassungsmaßnahmen deutscher Unternehmen. Diese Informationen sind in herkömmlichen Statistiken nicht enthalten.

Besonders viele Unternehmen reagierten 2022 auf die gestiegenen Energiekosten, indem sie Energie sparten – etwa beim Heizen, der Beleuchtung oder dem Warmwasserverbrauch. Umsatzgewichtet erhöhte zudem mehr als die Hälfte der Unternehmen 2022 ihre Absatzpreise. Viele Unternehmen gaben also zumindest teilweise die höheren Energiekosten an die Kunden weiter.²⁾ Unternehmen ergriffen zudem längerfristig wirkende Maßnahmen, welche die Energieeffizienz erhöhen oder erneuerbare Energien stärker zum Einsatz bringen sollen. In umsatzgewichteter Betrachtung investierte ein Drittel der Unternehmen 2022 in Energieeffizienz, während es 2021 noch ein Fünftel war.³⁾ Ein weiteres Viertel der Firmen plante 2022 zudem Investitionen dieser Art in naher Zukunft. Im Zusammenspiel mit den

Energieeinsparungen deckt sich dies mit Angaben, wonach sich das Wachstum der Energieproduktivität der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr im Vergleich mit dem Mittel der Vorjahre fast verdreifachte.⁴⁾

Produktionskürzungen oder Produktionsverlagerungen ins Ausland waren 2022 hingegen insgesamt recht selten. Knapp über 6 % der Unternehmen – gemessen an ihrem Umsatz – fuhren 2022 ihre Produktion wegen der hohen Energiekosten zurück. Weniger als 3 % des Umsatzes entfiel auf diejenigen Unternehmen, die Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagerten. Dabei könnten sich Produktionsverlagerungen allerdings zum Teil fortsetzen. Denn Unternehmen mit einem Umsatzanteil von insgesamt rund 4 % planten, wegen der gestiegenen Energiekosten Teile ihrer Produktion in der näheren Zukunft ins Ausland zu verlagern. Dazu passt, dass wegen der bislang gestiegenen Energiekosten umsatzgewichtet 4 % der Firmen planten, verstärkt energieintensive Produkte zu importieren. Derartige Vorhaben könnten Teile der hiesigen Produktion obsolet machen.

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023c).

² Eine DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2022 legt nahe, dass knapp 60 % der Unternehmen die hohen Energiepreise an die Kunden weitergaben. Vgl.: Deutsche Industrie- und Handelskammer (2022).

³ Investitionen in Energieeffizienz zielen auf die Verringerung des Energieverbrauchs ab; etwa im Gebäudebestand (z. B. energetische Dämmung, Austausch von Fenstern, Einbau einer Lüftungsanlage) oder bei technischen Anlagen (z. B. Anschaffung von Smart Meters, energieeffizienten IT-Anlagen, Beleuchtungssystemen, Produktionsanlagen, Kühlanlagen).

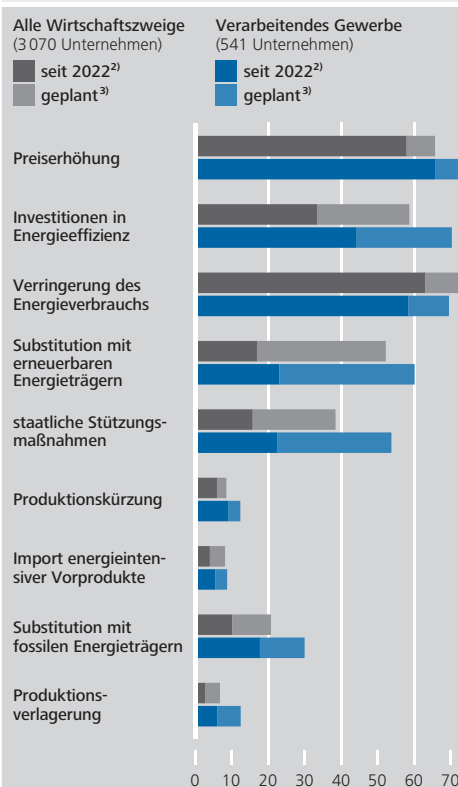
⁴ Das Wachstum der um Temperatureffekte bereinigten Primärenergieproduktivität (reales BIP je eingesetzte Energiemenge in Gigajoule) verdreifachte sich laut Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im vergangenen Jahr gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2021 nahezu. Dies war die höchste Wachstumsrate in einem Jahr seit 1991. Vgl.: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2023).

Der Energiepreisanstieg traf das Verarbeitende Gewerbe am härtesten, da dort der Primärenergiebedarf und der Gasverbrauch im Unternehmenssektor am höchsten ist.⁵⁾ Passend dazu ergriffen Unternehmen in der Industrie im Vergleich zu anderen Sektoren wie dem Baugewerbe und den Dienstleistungsbranchen häufiger Maßnahmen, die die Auswirkungen der Energiekrise abmildern sollen. Zwar wechselten 2022 – gemessen am Umsatz – deutlich mehr Unternehmen als 2021 von Gasversorgung zu anderen fossilen Energieträgern. Das ist jedoch wenig überraschend, denn der Gasverbrauch einiger großer Abnehmer konnte vermutlich deutlich schneller zum Beispiel durch Erdöl oder Kohle ersetzt werden als durch erneuerbare Energien. Bemerkenswert ist, dass auf diejenigen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die 2022 in Energieeffizienz investierten oder dies planten, circa zwei Drittel des Umsatzes entfiel. Auch der Umsatzanteil derjenigen Firmen, die gemäß den BOP-F-Angaben auf erneuerbare Energieversorgung umstellten oder dies planten, war mit 60 % beachtlich. Demnach sind die Anpassungsprozesse in der Industrie an die hohen Energiekosten – und die damit einhergehende Abkehr von fossilen Brennstoffen – bereits klar erkennbar.⁶⁾ Staatliche Stützungsmaßnahmen nahmen die Unternehmen 2022 vergleichsweise selten in Anspruch.⁷⁾

Produktionsverlagerungen waren auch im stärker betroffenen Verarbeitenden Gewerbe bislang eher selten. Wenn entsprechende Pläne angegeben werden, dann gehen sie vornehmlich von größeren Unternehmen aus. Umsatzgewichtet lag der Anteil derjenigen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die 2022 Teile ihrer Produktion verlagerten oder in der nahen Zukunft verlagern wollte, jeweils bei gut 6 %.⁸⁾ Die Gefahr, die von Produktionsverlagerungen aufgrund der gestiegenen Energiepreise

Maßnahmen deutscher Unternehmen in Reaktion auf die seit 2021 gestiegenen Energiepreise¹⁾

in %, gewichtet, basierend auf Umsatzangaben¹⁾



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BOP-F-Umfrage im 1. Vj. 2023. * BOP-F-Frage: Welche Maßnahmen wurden aufgrund der gestiegenen Energiekosten in Ihrem Unternehmen seit 2021 ergriffen oder werden für die nahe Zukunft geplant? **1** Umsatzangaben der Unternehmen winsorisiert bei p95. **2** Maßnahmen wurden ab 2022 ergriffen oder zusätzlich noch für die Zukunft geplant. **3** Maßnahmen sind ausschließlich für die Zukunft geplant.

Deutsche Bundesbank

ausgeht, scheint für die deutsche Industrie insgesamt auf Basis dieser Umfrage bislang begrenzt. Dies gilt auch mit Blick auf die

⁵ Vgl.: Statistisches Bundesamt (2022a, 2022b).

⁶ Die Umfrage enthält allerdings keine Angaben zum Umfang der Investitionen.

⁷ Vor allem große, sehr erdgasintensive Unternehmen nahmen Stützungsmaßnahmen in Anspruch. Aufgrund der zu Jahresbeginn 2023 eingeführten Preisbremsen und der Verlängerung geltender Entlastungsmaßnahmen stieg der Anteil an Unternehmen, die staatliche Stützungsmaßnahmen in Anspruch nahmen oder nehmen werden, jüngst jedoch merklich an.

⁸ Die Umfrage gibt keine Hinweise auf den Umfang der Produktionsverlagerungen.

energieintensiven Unternehmen.⁹⁾ Zwar kürzten unter den energieintensiven Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe 2022 – gemessen am Umsatz – circa 20 % ihre Produktion und 11 % planten dies für die nähere Zukunft.¹⁰⁾ Jedoch ist auch hier der Umsatzanteil derjenigen Unternehmen, die Teile ihrer Produktion 2022 verlagerten oder dies planten, mit knapp 6 % recht klein.

9 Die Energieintensität wird hier anhand des Energiekostenanteils an den gesamten Herstellungskosten gemessen. Unternehmen mit einem Anteil von über 10 % wurden als energieintensiv eingestuft.

10 Diese Angaben unterliegen aufgrund der geringeren Stichprobengröße als für den Unternehmenssektor insgesamt besonderer Unsicherheit.

tung der Eingriffe als auch den Branchencharakteristika – wie etwa der Emissionsintensität – abhängen.³⁰⁾ Diese ist typischerweise in energieintensiven Branchen, aber auch dem Wirtschaftszweig der Energieerzeugung selbst, vergleichsweise hoch.

Deutsche Energieversorgung stark abhängig von importierter fossiler Energie, was durch Ausweitung klimafreundlicher Energieerzeugung gemindert würde

Die Energieversorgung Deutschlands hängt nach wie vor erheblich von – weitgehend importierten – fossilen Energieträgern ab.³¹⁾ Die seit 2022 in Betrieb genommenen und für die nächsten Jahre geplanten Flüssiggas-Terminals mindern nur das Versorgungsrisiko bei Erdgas. Weitere Schritte sind nötig, um die Abhängigkeit von importierter fossiler Energie zu verringern. Sie stehen im Einklang mit den erforderlichen Anstrengungen, die erklärten Klimaziele (Reduktion von Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 65 %, Treibhausgasneutralität bis 2045) zu erreichen. Dafür ist die Ausweitung der heimischen Energiegewinnung durch emissionsarme erneuerbare Energien ein Baustein. Zudem muss der

Energieverbrauch zurückgefahren werden, wobei auch die Steigerung der Energieeffizienz eine Rolle spielen wird. Studien zufolge, die Transformationspfade zur Erreichung der gesteckten Klimaziele modellieren, würde Deutschland im Ergebnis zwar weiterhin Energie (dann nicht fossile Energieträger) importieren müssen, um den Energiebedarf zu decken. Der Umfang wäre netto jedoch geringer als vor der Transformation.³²⁾

Allerdings dürfte Energie auf dem Transformationspfad ein knappes Gut bleiben, da insbesondere die Nachfrage nach Strom stark steigen würde und eine enorme Ausweitung

30 Vgl. hierzu Simulationen mit dem multisektoralen Umwelt-DSGE-Modell EMuSe in: Deutsche Bundesbank (2022c).

31 Das gilt weiterhin, obwohl 2023 nur noch sehr geringe Energiemengen direkt aus Russland eingeführt wurden. Der Import von Flüssiggas wurde dagegen kräftig gesteigert.

32 Vgl.: Boston Consulting Group (2021), Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (2021), Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (2021), Prognoset al. (2021) sowie Stolten et al. (2021).

Energiewende erfordert starke Ausweitung der Stromerzeugung und zusätzliche Technologien

der Produktionskapazitäten erfordert. Damit einher ginge auch ein umfangreicher Bedarf an Technologien, zum Beispiel Speicher und Stromnetze, um die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Deckung des Energiebedarfs in Einklang zu bringen.³³⁾ Unter anderem deswegen erfordert der Wandel hin zu einer emissionsarmen Energieversorgung über einen längeren Zeitraum hohe Zusatzinvestitionen in den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock.³⁴⁾

Der Ausbau heimischer Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien ließe sich in Deutschland durch bessere Rahmenbedingungen forcieren. Stärkere Anreize zur Nutzung erneuerbarer Energien könnten durch den Einbezug aller

33 Zudem erscheint die Verminderung der Treibhausgasemissionen um 65 % von 1990 bis 2030 ambitioniert, da die jährliche Reduzierung im verbleibenden Zeitraum rechnerisch gut doppelt so stark ausfallen müsste wie im Durchschnitt der vergangenen 32 Jahre.

34 Vgl.: KfW Research (2021). Überdies dürften Kosten dafür entstehen, sich an die Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels anzupassen. Die Auswirkungen der Klimaschutzinvestitionen auf den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock sind a priori unklar, da den Zusatzinvestitionen gestiegene Abschreibungen gegenüberstehen. So muss bestehendes Anlagevermögen ersetzt werden, das ohne die Dekarbonisierung noch nicht das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht hätte. Die zusätzlichen Abschreibungen zu quantifizieren ist schwer möglich, da sie eine detaillierte Analyse des zur Dekarbonisierung nötigen Austauschs in den verschiedenen Bereichen des Kapitalstocks erfordert. Vgl.: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022).

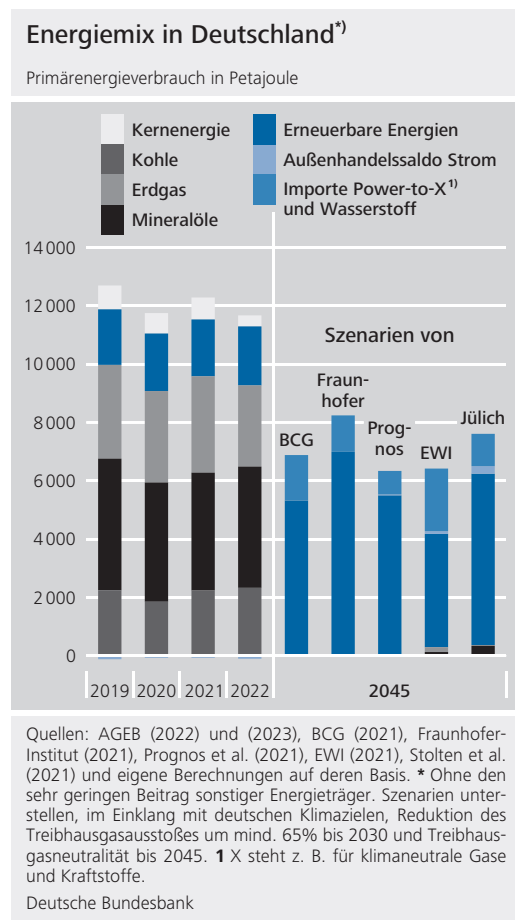
35 Außerdem würde der zügigere Abbau der kostenlos vergebenen Emissionszertifikate dazu beitragen. Dies erfordert auch, dass der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus entsprechend früher umgesetzt wird.

36 Der EU-Emissionshandel erfasst derzeit knapp 40 % der gesamten Treibhausgasemissionen der EU. Neben der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie ist auch der innereuropäische Luftverkehr im bestehenden Emissionshandelssystem enthalten. Diese Bereiche machen rund 5 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung aus. Ab 2024 soll auch die Schifffahrt einbezogen werden.

37 Für den Gebäudesektor, den Straßenverkehr sowie weitere Industriesektoren will die EU ab 2027 ein zusätzliches und eigenständiges Emissionshandelssystem schaffen.

38 Die Europäische Kommission will bis zum 31. Oktober 2031 prüfen, ob eine Integration beider Handelssysteme anzustreben ist.

39 Laut eigenen Szenario-Rechnungen unter Verwendung des Mehrsektoren-Umwelt-DSGE-Modells EMuSe sind die Kosten einer ungeordneten Klimapolitik höher als bei einer geordneten, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c). Während bei einer geordneten Klimapolitik eine stringente CO₂-Bepreisung frühzeitig implementiert und der Interventionsgrad graduell verschärft wird, wird bei einer ungeordneten Klimapolitik annahmegemäß merklich später, aber dafür umso stärker interveniert.



Sektoren in das EU-Emissionshandelssystem entstehen.³⁵⁾ Solch ein umfassender Emissionshandel würde die Kosten von CO₂-Emissionen vereinheitlichen und die Klimaziele transparent absichern. Der Emissionshandel der EU umfasst bislang die Bereiche Energie und energieintensive Industrie.³⁶⁾ Die Pläne der EU, ein zusätzliches Handelssystem für die Bereiche Gebäude und Verkehr einzurichten, gehen dabei zwar in die richtige Richtung.³⁷⁾ Aus Effizienzgründen scheint es aber sinnvoll, langfristig ein einheitliches System anzustreben, das alle Sektoren mit einem einheitlichen CO₂-Preis belegt.³⁸⁾ Eine konsistente und verlässliche Klimapolitik schafft die für Investitionen notwendige Planungssicherheit für Unternehmen und reduziert die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Klimapolitik.³⁹⁾

Weitere Ansatzpunkte zur Beschleunigung der Energiewende sind bedarfsgerechte Flächennutzungspläne sowie erheblich vereinfachte Genehmigungs- und schnellere gerichtliche

Bessere staatliche Rahmenbedingungen für Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig wie konsistente und verlässliche Klimapolitik ...

... sowie
effizientere
staatliche Ver-
waltungs- und
Genehmigungs-
prozesse

Überprüfungsverfahren für den Ausbau von Erzeugungsanlagen und Netzen. Sehr wichtig wäre darüber hinaus die Förderung von Forschung und Entwicklung – insbesondere im Hinblick auf einen kostengünstigen Ausgleich absehbar starker Schwankungen von Angebot und Nachfrage, zum Beispiel für Energiespeicher.

Preissignale bei
Energie zur
Emissions-
vermeidung
wichtig

Insbesondere die energieintensiven Industrien benötigen Zeit, sich an die zumindest Übergangsweise höheren Energiepreise anzupassen. Hierzu soll der vorgeschlagene Industriestrompreisdeckel beitragen. Jedoch steht insgesamt zu befürchten, dass solche Subventionen den Strukturwandel verlangsamen. Sie schwächen die Anreize zur Emissionsvermeidung, indem sie auch Strom aus fossilen Energieträgern fördern.⁴⁰⁾ Daher erscheint es zielführender, die verfügbaren Mittel für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energie einschließlich der Netzinfrastruktur zu verwenden.⁴¹⁾

■ Demografischer Wandel

Demografische
Veränderungen
belasten Arbeits-
angebot ...

Der demografische Wandel ist eine weitere große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft. Er mindert das Arbeitskräfteangebot und verschärft die Konkurrenz um Fachkräfte. Ab der zweiten Hälfte der 2020er Jahre sinkt die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dieser demografische Prozess setzte unter der einheimischen Bevölkerung bereits vor geraumer Zeit ein, wurde jedoch durch die Zuwanderung ausgeglichen. Da in den nächsten 15 Jahren die Babyboomer das Erwerbsalter verlassen, wird auch die Zuwanderung diesen Effekt voraussichtlich nicht mehr ausgleichen. Bedeutender für das rückläufige Arbeitsangebot ist der Altersstruktureffekt. Allein durch den höheren Anteil älterer Erwerbstätiger wird die Erwerbsquote der 15- bis 74-jährigen in Deutschland in wenigen Jahren sinken, selbst wenn die Erwerbsneigung in den einzelnen Altersgruppen weiter steigt. Der Anteil der Personen im Kern-erwerbsalter, in dem die Erwerbsquote am

höchsten ist, schwindet. Der Altersstruktureffekt dämpft voraussichtlich auch die durchschnittliche Arbeitszeit, da Ältere eine höhere Präferenz für Teilzeitarbeit haben.

Das rückläufige Arbeitsangebot dämpft perspektivisch auch die Sachkapitalbildung, da weniger Arbeitskräfte mit Kapital ausgestattet werden müssen.⁴²⁾ Auch die Produktivitätsentwicklung kann durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung gedämpft werden. Es gibt Hinweise, dass die individuelle Arbeitsproduktivität mit dem Alter tendenziell abnimmt und die Alterung die Innovationsfähigkeit und die Adaption neuer Technologien mindert.⁴³⁾ Zudem werden Ressourcen tendenziell vermehrt in Bereiche mit unterdurchschnittlicher Produktivität, wie Dienstleistungen zur Betreuung und Pflege der älteren Generation, umgelenkt. Diese Kanäle führen dazu, dass das demografisch rückläufige Arbeitsangebot das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft mittelfristig dämpft.

... und damit
das Produktions-
potenzial der
deutschen
Wirtschaft

Die potenzialdämpfenden Wirkungen ergeben sich unter dem Status quo der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Jedoch kann die Wucht der demografischen Entwicklung durch verstärkte Fachkräftezuwanderung abgemildert werden. Dabei sind Drittstaaten verstärkt in den Blick zu nehmen. Die bislang dominierende Erwerbsmigration aus anderen EU-Ländern wird aufgrund ähnlicher demografischer Entwicklungen nicht mehr die Rolle spielen können wie in der vergangenen Dekade. Die verschiedenen Initiativen der Bundesregierung auf diesem Ge-

Attraktivere
Fachkräfte-
zuwanderung
könnte Wucht
der demogra-
fischen Alterung
mildern

⁴⁰ Vgl.: Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2023a).

⁴¹ In diesem Zusammenhang legte die Europäische Kommission kürzlich einen Vorschlag zur Reform des Strommarktdesigns in der EU vor. Dieser soll durch den verstärkten Einsatz langfristiger Stromverträge und anderer Maßnahmen den Ausbau der erneuerbaren Energien in Europa beschleunigen und gleichzeitig die europäische Industrie durch stabilere Strompreise fördern. Vgl.: Europäische Kommission (2023b).

⁴² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2017).

⁴³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

biet weisen in die richtige Richtung.⁴⁴⁾ Auch die über die Fachkräftezuwanderung hinausgehende Zuwanderung sollte schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden, falls dauerhafte Perspektiven für den Verbleib in Deutschland gegeben sind.

Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitszeit

Um die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitszeiten über den erwarteten Trend hinaus zu erhöhen, sollte der institutionelle Rahmen vor allem in zweierlei Hinsicht angepasst werden. So könnte erstens die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen steigen, wenn es bessere Betreuungsangebote für Kinder (und ggf. Pflegebedürftige) gäbe und die Arbeitsanreize für Zweitverdienende im Abgabensystem stiegen.⁴⁵⁾ Um die Erwerbsleben bei steigender Lebenserwartung zu verlängern, erscheint es zweitens nahe liegend, das gesetzliche Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu binden. Dies stützt nicht nur die Wirtschaftskraft, sondern sorgt auch dafür, dass Beitrags- und Steuersätze weniger stark steigen müssen.⁴⁶⁾

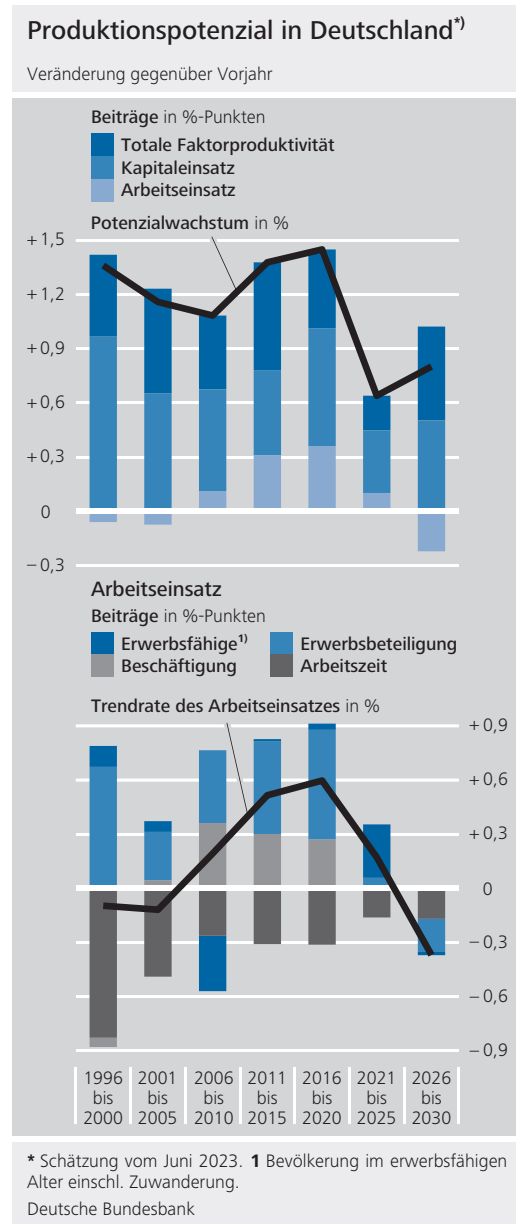
Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten für Transformation der Wirtschaft wichtig

Darüber hinaus können Unternehmen Anreize setzen, etwa durch flexiblere Arbeitszeitmodelle. Damit Transformationen gelingen und Produktivitätspotenziale gehoben werden können, bedarf es neben Investitionsanreizen qualifizierte Arbeitskräfte. Dies erfordert neben der Weiterbildung von Beschäftigten insbesondere mit Blick auf digitale Kompetenzen auch eine stärkere Konzentration auf die Ausbildung digitaler Fähigkeiten im Bildungssystem.

Fazit und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Deutsche Volkswirtschaft mittelfristig vor großen Herausforderungen wie Demografie, Lieferkettenabhängigkeit und emissionsarmer Energieversorgung, ...

Die Herausforderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft steht, sind komplex und vielfach miteinander verschränkt. Der demografische Wandel belastet die Wachstumsperspektiven und verschärft die Konkurrenz um Fachkräfte, die auch zur Bewerkstelligung der Energiewende und der digitalen Transformation benötigt werden. Im Außenhandel gibt es deutliche Abhängigkeiten von China. Eine plötzliche Entflech-



tung von China wäre wohl zumindest kurzfristig mit weitreichenden Beeinträchtigungen der Lieferketten und der Produktion in Deutschland verbunden. Sie würde auch den Fortschritt bei der zur Erreichung der Klimaziele notwendigen Umstellung auf erneuerbare Energien bremsen, der zum Teil auf Technologiekomponenten aus

⁴⁴ Dazu gehört die Ergänzung des 2020 eingeführten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sowie die Überführung der EU-BlueCard für Hochqualifizierte in nationales Recht und deren Öffnung für mittlere Qualifikationen sowie die Entfristung der Westbalkan-Regelung.

⁴⁵ Für einen Überblick vgl. z. B.: Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2021), S. 232 ff.

⁴⁶ Vgl. z. B. die Simulationen in: Deutsche Bundesbank (2022d).

China angewiesen ist. Mittel- und langfristig wird es darauf ankommen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die emissionsarme Energieversorgung verlässlich und die Energiekosten tragbar bleiben. Dies erfordert, dass das Angebot an erneuerbaren Energien vergrößert sowie die Energienachfrage gesenkt wird. Bei alledem ist das Ausmaß des erforderlichen sowie des zu erwartenden Strukturwandels schwer abzuschätzen.

... aber tendenziell gut aufgestellt

Bisher ist die deutsche Wirtschaft in weiten Teilen gut aufgestellt. Deutsche Unternehmen nutzen weiterhin in hohem Maß die Möglichkeiten, die sich auf internationalen Märkten ergeben. Mit Blick auf die Energiekrise scheinen die deutschen Unternehmen die unmittelbaren Auswirkungen aufgrund guter Ertrags- und Finanzungsverhältnisse und staatlicher Hilfen im Mittel gut abgefedert zu haben. Die Unternehmen ergriffen auch bereits Anpassungsmaßnahmen, um mit den höheren Energiepreisen zurechtzukommen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Mittel weiterhin günstig. Sie hat zudem gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine immer noch solide Infrastruktur, konsensorientierte Tarifparteien und vergleichsweise stabile Rahmenbedingungen. Internationale Standortrankings weisen gleichwohl auf den Handlungsbedarf hin.⁴⁷⁾ Der größte Aufholbedarf dürfte im Bereich der Digitalisierung bestehen.⁴⁸⁾ Von ihr können erhebliche Wachstumsimpulse ausgehen.⁴⁹⁾

Für Wettbewerbsfähigkeit und Transformation geeignete staatliche Rahmenbedingungen wichtig

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, den Strukturwandel mit verlässlichen Rahmenbedingungen zu begleiten. An etlichen Stellen kann die Politik staatlich verantwortete Bedingungen für den Standort Deutschland verbessern.⁵⁰⁾ Um private Investitionen für die Transformation hinreichend zu mobilisieren, ist eine verlässliche und konsistente Energie- und Klimapolitik elementar. Mit der Bepreisung von Treibhausgasemissionen durch den Zertifikatehandel steht hierfür ein effizientes Instrument zur Verfügung. Zudem müsste Deutschland Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Dazu gehört auch, die Verwaltung

und die staatliche Aufgabenerfüllung allgemein leistungsfähiger aufzustellen. Die Digitalisierung sollte hierfür einen wesentlichen Beitrag leisten können. Der Staat kann die Digitalisierungsanstrengungen der Unternehmen etwa dadurch unterstützen, indem er in Schulen digitale Kompetenzen stärker fördert sowie Verwaltungsprozesse digitalisiert.⁵¹⁾

Wenn das gesetzliche Rentenalter an die Entwicklung der Lebenserwartung älterer Menschen gebunden wird, kann dies die Erwerbsbeteiligung im demografischen Wandel stützen. Mit einem späteren Renteneintritt ließe sich das Arbeitskräftepotenzial stärker ausschöpfen. Darüber hinaus wären eine qualifizierte schulische Bildung zu gewährleisten und Zugewanderte bei der Integration in den Arbeitsmarkt besser zu unterstützen. Auch bedarf es eines Abgaben- und Sozialsystems, das Leistungs- und Erwerbsanreize erhält, demografiefest ist und eine politisch für angemessen erachtete Verteilung des Wohlstands sichert. Darüber hinaus steht an, die Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig zu machen. Nicht zielführend wäre, wenn der Staat den Eindruck erweckte, dass er bei jeder gesamtwirtschaftlichen Schwächephase oder bei Problemen im Unternehmenssektor einen breiten wirtschaftlichen Schutzschirm aufspannt.

Abgaben- und Sozialsystem demografiefest machen

Schließlich behindern solide Staatsfinanzen die wirtschaftliche Entwicklung nicht, sondern sind eine wichtige Voraussetzung dafür. Das gilt für

⁴⁷ Im Standortranking des World Economic Forum, das vor der Pandemie jährlich aktualisiert wurde, schnitt Deutschland regelmäßig gut ab, allerdings zuletzt mit rückläufiger Tendenz (– 4 Plätze auf Rang 7 von 141 Staaten), vgl.: Schwab (2019). Ein aktuelles Standortranking bietet etwa: International Institute for Management Development (2023). Dies zeigt ein ungünstigeres Bild und eine weitere Verschlechterung am aktuellen Rand: hier belegt Deutschland Rang 22 (–7) von 64 Staaten.

⁴⁸ Vgl.: Schwab (2019).

⁴⁹ Zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Digitalisierung vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a).

⁵⁰ Die Unternehmenssteuerbelastung in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch, vgl.: Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2023b). Umso wichtiger sind gute sonstige Standortbedingungen.

⁵¹ Vgl.: Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2021).

Solide Staatsfinanzen kein Gegensatz, sondern ein Fundament soliden Wachstums

Deutschland und den Euroraum. Dabei sichern wirksame Fiskalregeln solide Staatsfinanzen ab. Sie bedeuten nicht, dass wichtige politische Vorhaben zu unterlassen sind. Sie erfordern aber, dass Prioritäten gesetzt werden. Das heißt, Mehrbedarfe wären unmittelbar durch Minder- ausgaben oder Mehreinnahmen an anderer Stelle gegenzufinanzieren. Die Fiskalregeln wurden zuletzt von Bund und Ländern sehr weit ausgelegt. Es ist wichtig, künftig wieder auf glaubwürdige und bindende Fiskalregeln zu setzen. Dabei zieht die Schuldenbremse derzeit den Kreditrahmen vergleichsweise eng. Insofern wäre im Sinne stabiler Staatsfinanzen auch eine Reform vertretbar, welche die regulären Obergrenzen der Schuldenbremse moderat anhebt und gleichzeitig die Bindungswirkung wieder erhöht. Die Bundesbank hat Vorschläge für eine stabilitätsorientierte Reform gemacht.⁵²⁾ So

könnte der Defizitspielraum erweitert werden, wenn die Schuldenquote unter 60 % liegt. Sol- len Investitionen innerhalb der Grenzen priori- siert werden, könnten Spielräume für Netto- investitionen reserviert werden.

Der bei der Kabinettsklausur in Meseberg im August 2023 von der Bundesregierung vor- gestellte 10-Punkte-Plan ist mit Blick auf die Verbesserung staatlicher Rahmenbedingungen zu befürworten. Er geht auf wichtige struktu- relle Probleme und Schwachstellen ein, ist aber für die Bewältigung der Herausforderungen noch nicht ausreichend. Der Erfolg hängt auch von der Umsetzung und Fortführung der Schritte ab.

Meseberg- Beschlüsse gehen in die richtige Rich- tung – reichen aber noch nicht aus

52 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022e).

■ Literaturverzeichnis

Aksoy, C., A. Baur, L. Flach und B. Javorcik (2022), Wie reagieren Unternehmen auf Lieferketten- störungen? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, ifo Schnelldienst digital, 3, Nr. 7, 01–05.

Antràs, P. (2020), De-Globalisation? Global Value Chains in the Post-Covid-19 Age, NBER Working Papers, 28115, National Bureau of Economic Research, Inc.

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. – AGEb (2023), Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2022, März 2023.

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. – AGEb (2022), Auswertungstabellen zur Energiebilanz Deutschland, Daten für die Jahre von 1990 bis 2021, September 2022.

Baur, A. und L. Flach (2022), Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Wie abhängig ist Deutsch- land vom Reich der Mitte?, ifo Schnelldienst 4/2022, 75. Jahrgang, 13. April 2022.

Boston Consulting Group – BCG (2021), Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft, Gutachten für den BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie), Oktober 2021.

Deutsche Bundesbank (2023a), Zur Bedeutung der Digitalisierung für die Entwicklung der Arbeits- produktivität, Monatsbericht, März 2023, S. 45–67.

Deutsche Bundesbank (2023b), Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2021, Monatsbericht, März 2023, S. 69–84.

Deutsche Bundesbank (2023c), Auswirkungen höherer Energiekosten auf die Ertragskraft deutscher Industrieunternehmen, Monatsbericht, März 2023, S. 71–73.

Deutsche Bundesbank (2023d), Dokumentation zur Unternehmensstudie der Bundesbank (BOP-F), Fragebogen 13, Wellen 27–29, April – Juni 2023, S. 20.

Deutsche Bundesbank (2022a), Digitalisierung im deutschen Unternehmenssektor seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie, Monatsbericht, September 2022, S. 54–55.

Deutsche Bundesbank (2022b), Auswirkungen dauerhaft höherer Energiekosten auf das deutsche Produktionspotenzial, Monatsbericht, Dezember 2022, S. 29–30.

Deutsche Bundesbank (2022c), Klimawandel und Klimapolitik: Analysebedarf und -optionen aus Notenbanksicht, Monatsbericht, Januar 2022, S. 33–62.

Deutsche Bundesbank (2022d), Rentenversicherung: Langfristszenarien und Reformoptionen, Monatsbericht, Juni 2022, S. 49–63.

Deutsche Bundesbank (2022e), Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung, Monatsbericht, April 2022, S. 53–70.

Deutsche Bundesbank (2021a), Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum, Monatsbericht, Januar 2021, S. 15–47.

Deutsche Bundesbank (2021b), Grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen: Auswirkungen der Internationalisierung auf Unternehmen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2021, S. 15–31.

Deutsche Bundesbank (2021c), Pandemiebedingte Schäden am deutschen Produktionspotenzial bislang moderat, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 30–32.

Deutsche Bundesbank (2020), Folgen des zunehmenden Protektionismus, Monatsbericht, Januar 2020, S. 49–71.

Deutsche Bundesbank (2017), Demografischer Wandel, Zuwanderung und das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft, Monatsbericht, April 2017, S. 37–50.

Deutsche Bundesbank (2016), Zur Schwäche des Welthandels, Monatsbericht, März 2016, S. 13–37.

Deutsche Industrie- und Handelskammer (2022), Die deutsche Wirtschaft im Sog der Energiepreiskrise, DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022, S. 16.

Deutsche Industrie- und Handelskammer (2021), DIHK-Umfrage zu Lieferengpässen und Rohstoffknappheit, Blitzumfrage Lieferengpässe, August 2021.

Dorn, F., L. Flach, C. Fuest und L. Scheckenhofer (2022), Langfristige Effekte von Deglobalisierung und Handelskriegen auf die deutsche Wirtschaft, ifo Schnelldienst 9/2022, 75. Jahrgang, 14. September 2022.

Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln – EWI (2021), dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität. Klimaneutralität 2045 – Transformation der Verbrauchssektoren und des Energiesystems, Hrsg.: Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Oktober 2021.

Europäische Kommission (2023a), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020, COM/2023/160 final.

Europäische Kommission (2022), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz), COM/2022/46 final.

Europäische Kommission (2019), Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt öffentliche Förderung von 3,2 Mrd. EUR für paneuropäisches Forschungs- und Innovationsvorhaben von sieben Mitgliedstaaten zu allen Segmenten der Batterie-Wertschöpfungskette, Pressemitteilung vom 9. Dezember 2019, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_6705.

Felbermayr, G., H. Mahlkow und A. Sandkamp (2023), Cutting through the value chain: the long-run effects of decoupling the East from the West, *Empirica*, Vol. 50.

Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme – ISE (2021), Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem. Die deutsche Energiewende im Kontext gesellschaftlicher Verhaltensweisen, Update November 2021: Klimaneutralität 2045, November 2021.

Fuest, C., L. Flach, F. Dorn und L. Scheckenhofer (2022), Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell, Hrsg.: vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) Studie, erstellt vom ifo-Institut, August 2022.

Internationale Energieagentur (2021), The Role of Critical World Energy Outlook Special Report Minerals in Clean Energy Transitions, World Energy Outlook Special Report.

International Institute for Management Development (2023), World Competitiveness Yearbook, 2023.

KfW Research (2021), 5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung, Fokus Volkswirtschaft, Nr. 350.

Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2023a), Brückenstrompreis: Fehler aus der Vergangenheit fortführen?, ZEW policy brief, Nr. 06, Mai 2023.

Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2023b), Mannheim tax index – Update 2022, <https://www.zew.de/mannheim-tax-index>.

Prognos, Öko-Institut und Wuppertal-Institut (2021), Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, Juni 2021.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress, Frühjahr 2022.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2021), Transformation gestalten: Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit, Jahresgutachten 2021/22.

Schwab, K. (2019), The Global Competitiveness Report 2019, World Economic Forum.

Statistisches Bundesamt (2022a), Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Energiegesamtrechnung, Berichtszeitraum 2000–2020, Tabelle 3.1 Primärenergieverbrauch – Kraftwerksverluste und Eigenverbrauch beim Verbraucher, S. 57.

Statistisches Bundesamt (2022b), Fakten zur Gasversorgung: Erdgas wichtigster Energieträger für Industrie und private Haushalte, Pressemitteilung, Nr. N 044 vom 21. Juli 2022.

Stolten, D., P. Markewitz, T. Schöb, F. Kullmann, L. Kotzur et al. (2021), Strategien für eine treibhausgasneutrale Energieversorgung bis zum Jahr 2045, Kurzfassung, Forschungszentrum Jülich GmbH.

Heterogene Wirkungen der Geldpolitik im Euroraum?

Das Mandat des Eurosystems ist die Sicherung der Preisstabilität im Euroraum insgesamt. Der EZB-Rat trifft deshalb seine Entscheidungen mit Blick auf die Inflationsaussichten für den gesamten Euroraum. Für die Bestimmung des geldpolitischen Kurses muss der EZB-Rat zudem die Stärke der Transmission geldpolitischer Maßnahmen beurteilen. Disaggregierte, das heißt auch länder-spezifische Daten und Analysen helfen, das Verständnis und die Einschätzung der Inflationsentwicklung und der Transmissionsmechanismen zu verbessern. Damit leisten sie wichtige Beiträge zur geldpolitischen Entscheidungsfindung.

Die geldpolitischen Wirkungskanäle werden dabei auch von den strukturellen Gegebenheiten in den Volkswirtschaften des Euroraums beeinflusst. Da diese zum Teil deutliche Unterschiede aufweisen, ist zu vermuten, dass die einheitliche Geldpolitik des Eurosystems unterschiedlich stark auf die Mitgliedsländer wirkt. In der Tat liegen für den Euroraum einige empirische Studien vor, die auf solche Wirkungsunterschiede hindeuten. Auch für die USA finden Untersuchungen Evidenz für regionale Unterschiede in der Wirkung der Geldpolitik.

Dieser Aufsatz stellt die Ergebnisse verschiedener empirischer Untersuchungen über mögliche Unterschiede in der Wirkung der Geldpolitik auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Verbraucherpreise in den vier großen Euro-Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) vor. Dabei werden die Wirkungen unterschiedlicher geldpolitischer Instrumente empirisch untersucht. Es zeigt sich, dass Veränderungen der geldpolitischen Leitzinsen stärkere Auswirkungen auf das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und schwächere Auswirkungen in Spanien haben. Dies kann an der größeren Bedeutung zinssensitiver Branchen in Deutschland, einer größeren Flexibilität der Beschäftigung, einer stärkeren Exportorientierung und einem stärkeren Wettbewerb im Bankensystem liegen. Dagegen reagieren die Verbraucherpreise in Spanien am stärksten und in Deutschland am schwächsten.

In den letzten Jahren hat die Geldpolitik neben der klassischen Zinspolitik auch eine Reihe unkonventioneller Politikmaßnahmen ergriffen, beispielsweise Forward Guidance. Darunter versteht man Ankündigungen der geldpolitischen Entscheidungsträger über die zukünftige Entwicklung ihrer Leitzinssätze. Die Ergebnisse für dieses Instrument weisen auf stärkere Effekte der Geldpolitik sowohl auf das reale Bruttoinlandsprodukt als auch auf die Verbraucherpreise in Deutschland im Vergleich zu den anderen großen Euro-Ländern hin. Ergebnisse einer weiteren Studie liefern Anhaltspunkte dafür, dass auch das Ankaufprogramm für Staatsanleihen unterschiedlich auf die vier großen Euro-Länder gewirkt hat. Allerdings ist es noch zu früh, um aus den vorliegenden Studien ein abschließendes und einheitliches Bild über die relative Stärke der Wirkungen der verschiedenen geldpolitischen Instrumente auf die betrachteten Euro-Länder abzuleiten.

■ Einleitung

Große Bedeutung von Transmissionsanalysen in aktueller geldpolitischer Straffungsphase

Das Eurosystem hat auf die hohen Inflationsraten der letzten Jahre vorrangig mit einer starken Erhöhung der geldpolitischen Zinssätze reagiert, wobei Ausmaß und Geschwindigkeit der Zinserhöhungen in der Geschichte der Europäischen Währungsunion beispiellos waren. Diese Maßnahmen wirken über verschiedene Kanäle auf Erwartungen, finanzielle Größen, gesamtwirtschaftliche Nachfrage, Produktion und schließlich auf die Inflation. Empirische Analysen dieses Übertragungsprozesses betrachten typischerweise die Wirkung der Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt.

Strukturelle Unterschiede können zu heterogener Transmission der Geldpolitik führen

Die aggregierten, euroraumweiten Effekte setzen sich aus den Wirkungen der Geldpolitik auf die einzelnen Mitgliedsländer zusammen. Da zwischen den Volkswirtschaften zum Teil deutliche strukturelle Unterschiede bestehen, ist nicht zu erwarten, dass die Effekte der Geldpolitik in allen Ländern des Euroraums gleich sind.¹⁾ Die Unterschiede umfassen beispielsweise die relative Größe der verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren und Wirtschaftszweige, den Offenheitsgrad der Volkswirtschaft, die Wettbewerbsintensität in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, die Finanzierungsstruktur der Unternehmen, den Arbeitsmarkt und seine Institutionen, die Struktur des Finanzsektors, die Staatsaktivität, das Steuer- und Sozialsystem und das Vermögen und die Vermögensstruktur der Haushalte (z. B. die Bedeutung von Wohneigentum oder Aktien). Das Ausmaß der Unterschiede hat Konsequenzen für die Stärke, die relative Bedeutung und das zeitliche Muster des Übertragungsprozesses der einheitlichen, am Euroraum insgesamt ausgerichteten Geldpolitik in den verschiedenen Volkswirtschaften des Euroraums. Im Ergebnis können daraus unterschiedlich starke Reaktionen der Variablen am Ende der Wirkungsketten, also des realen Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate, in den einzelnen Mitgliedsländern des Euroraums resultieren.

Damit stellt sich die Frage, ob derartige heterogene Wirkungen der Geldpolitik im Euroraum oder in anderen großen Währungsräumen tatsächlich existieren. Empirische Untersuchungen für die USA finden Evidenz für regionale Unterschiede in der Wirkung der Geldpolitik der Federal Reserve (Carlino und DeFina (1998, 1999); Owyang und Wall (2009) sowie Pizzuto (2020)). Auch für den Euroraum gibt es bereits eine Reihe empirischer Arbeiten, die auf die Existenz länderspezifischer Unterschiede hindeuten. Dieser Aufsatz fasst die Ergebnisse von zwei neuen Analysen zu möglichen Unterschieden in den Wirkungen der Geldpolitik des Eurosystems zwischen den vier großen Euro-Ländern, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, zusammen und ordnet ihre Ergebnisse in die bereits vorliegende Evidenz aus anderen Studien ein. Beide Analysen nutzen einen Ansatz, der es erlaubt, statistisch fundierte Aussagen über die hier interessierenden länderübergreifenden Unterschiede in der Geldpolitik abzuleiten.²⁾ Dies erlaubt schließlich auch eine Diskussion über die Bedeutung länderspezifischer Transmissionsanalysen für das Eurosystem.

Empirische Untersuchungen finden länderspezifische Unterschiede in der geldpolitischen Transmission

■ Empirische Analysen möglicher heterogener Effekte der Geldpolitik des Eurosystems

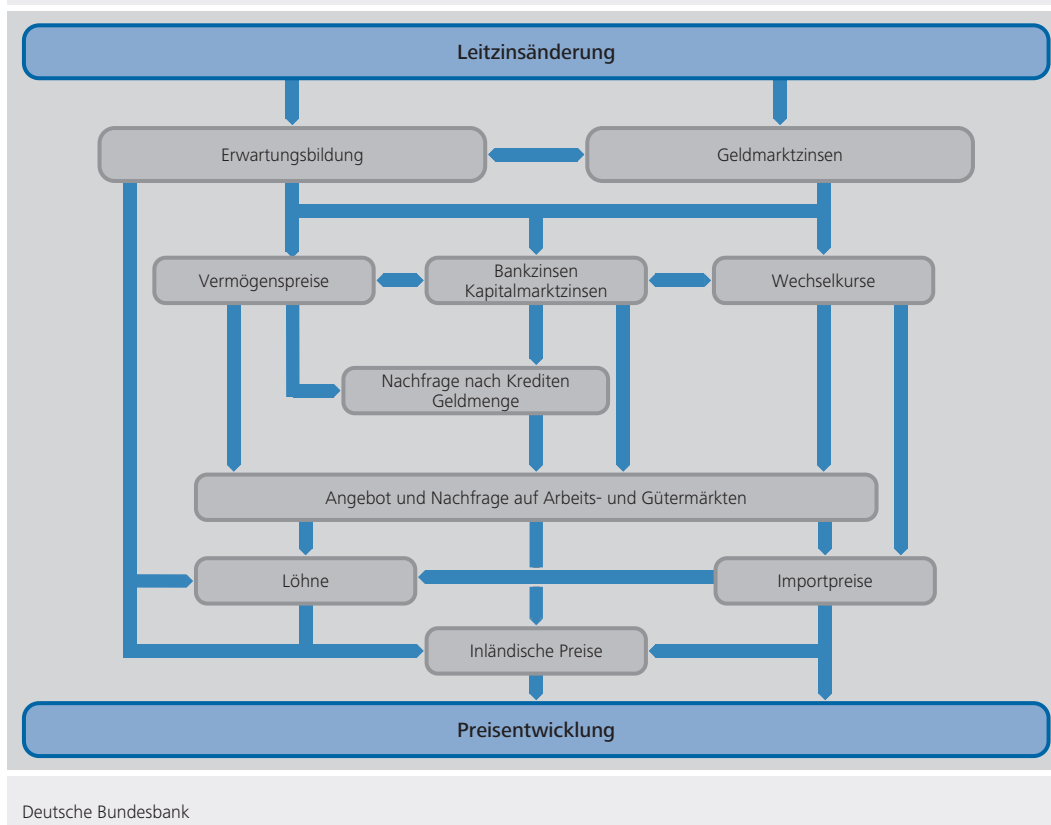
Zu möglichen regionalen Unterschieden in den Wirkungen der Geldpolitik innerhalb eines Landes oder zwischen Ländern einer Währungsunion gibt es eine Reihe empirischer Untersuchungen, die sich zum überwiegenden Teil

Mögliche Einflussfaktoren auf geldpolitische Transmission

¹ Einen Überblick über die strukturellen Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften des Euroraums bieten z. B.: European Banking Federation (2022) sowie Sondermann et al. (2019).

² Zu diesem Ansatz siehe: Mandler et al. (2022) und die Ausführungen auf S. 44 ff.

Wirkungszusammenhänge bei Leitzinsänderungen



mit den Wirkungen der Zinspolitik der Zentralbank beschäftigen.³⁾

Das oben stehende Schaubild zeigt eine einfache Darstellung der Wirkungskanäle einer Änderung der geldpolitischen Leitzinsen.⁴⁾ Die Stärke und relative Bedeutung der verschiedenen Wirkungsmechanismen dürfte dabei von strukturellen Gegebenheiten der verschiedenen Volkswirtschaften abhängen und somit zu Unterschieden in den Wirkungen der Geldpolitik zwischen den Volkswirtschaften des Euroraums führen. So reagieren bei intensiverem Wettbewerb im Bankensystem die Bankzinsen stärker auf Veränderungen der von der Geldpolitik beeinflussten Marktzinsen (vgl. z. B.: van Leuvensteijn et al. (2008)). Auf die Stärke der geldpolitischen Übertragung über Vermögenspreise, wie zum Beispiel Aktienkurse oder Immobilienpreise, wirkt unter anderem die Verbreitung von Aktienbesitz und Wohneigentum. Die Stärke des Wechselkurskanals sollte mit dem Grad der Offenheit der Volkswirtschaft, das heißt der

Bedeutung von Exporten und Importen zunehmen. Das Ausmaß, in dem sich durch die Geldpolitik verursachte Veränderungen der nominalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Veränderungen des realen Outputs niederschlagen, hängt auch von der Struktur des Arbeitsmarktes ab: Bei einer ausgeprägteren Rigidität des Reallohns sollten Output und Beschäftigung stärker auf Veränderungen der nominalen Nachfrage reagieren (vgl. z. B.: Abritti und Weber (2010)). Wie stark sich durch

³ Beispiele solcher Analysen für die USA sind: Carlino und DeFina (1998, 1999) sowie Owyang und Wall (2009); und für Australien: Vespignani (2015). Für einen Überblick über die Literatur zu länderspezifischen Effekten der Zinspolitik im Euroraum siehe: Mandler et al. (2022), S. 629 ff. Einen weiter gefassten Überblick über die empirische Evidenz zu regionalen Effekten der Geldpolitik bieten: Dominguez-Torres und Hierro (2019). Diese Literatur steht zudem in Beziehung zu jener über Spillover-Effekte der Geldpolitik der USA oder des Euroraums auf andere Volkswirtschaften, z. B.: Benecká et al. (2020), Bluwstein und Canova (2016), Crespo Cuaresma et al. (2019) sowie Georgiadis (2016).

⁴ Für eine schematische Darstellung der Wirkungsmechanismen von geldpolitischen Ankaufprogrammen siehe z. B.: Deutsche Bundesbank (2016), S. 35.

Verbreitete Nutzung von VAR-Modellen für die Analyse der geldpolitischen Transmission

geldpolitische Impulse Output und Inflation relativ zueinander verändern, hängt maßgeblich von der Steigung der Phillips-Kurve ab, in der sich ebenfalls strukturelle Eigenschaften der Volkswirtschaften niederschlagen.⁵⁾

Der Großteil der Analysen zu möglichen länder- oder regionenspezifischen Unterschieden in der Transmission verwendet zur Schätzung sogenannte vektorautoregressive (VAR-)Modelle. Diese Modelle betrachten dynamische Zusammenhänge zwischen mehreren Variablen.⁶⁾ Zur Schätzung der Wirkungen der Geldpolitik ist es nötig, die kausale Beziehung zwischen Veränderungen der geldpolitischen Instrumente, zum Beispiel der Leitzinsen, und Veränderungen der anderen Variablen zu isolieren. Dies wird dadurch erschwert, dass die Geldpolitik ihrerseits auf Veränderungen der anderen Variablen reagiert. Analysen mithilfe von VAR-Modellen stellen eine Reihe von Ansätzen zur Lösung dieses sogenannten Identifikationsproblems bereit.⁷⁾ Die in den nächsten Abschnitten vorgestellten Analysen nutzen VAR-Modelle, in denen geldpolitische Impulse mithilfe von Vorzeichenrestriktionen identifiziert werden, das heißt mithilfe von Annahmen darüber, in welche Richtung ein geldpolitischer Impuls die anderen Variablen im Modell beeinflusst (siehe die Erläuterungen auf S. 55 ff.).

Nutzung von Daten vor der Euro-Einführung führt zu Problem der Trennung von heterogener Transmission und unterschiedlichen geldpolitischen Reaktionsfunktionen

Eine Reihe von Studien für den Euroraum entstand zeitlich um den Beginn der Währungsunion oder in den ersten Jahren danach. Diese Analysen beruhen gezwungenermaßen ganz oder zu einem großen Teil auf Daten aus der Zeit vor der Einführung des Euro. Erst später entstandene Analysen konnten sich ausschließlich auf Daten aus der Zeit nach dem Beginn der Währungsunion stützen.⁸⁾ Bei der Nutzung von Daten aus der Zeit vor der Währungsunion entsteht das Problem, dass der Befund länderspezifischer Unterschiede in den Wirkungen der Geldpolitik seine Ursache auch in Unterschieden im Verhalten der jeweiligen nationalen Zentralbanken haben kann.⁹⁾ Die im Folgenden vorgestellten Untersuchungen nutzen nur Daten ab 1999, sodass mögliche Unterschiede im Ver-

halten der verschiedenen Zentralbanken vor Beginn der Währungsunion keine Rolle spielen.

Neben Untersuchungen zu länderspezifischen Effekten der Zinspolitik, das heißt der konventionellen Geldpolitik von Zentralbanken, gibt es auch Analysen zu möglichen unterschiedlichen Effekten unkonventioneller Geldpolitik (siehe Ausführungen auf S. 47 ff. und 51 ff.). Für den Euroraum beschäftigen sich diese Arbeiten zum Teil mit den Wirkungen unkonventioneller Geldpolitik im Allgemeinen, wie zum Beispiel Boeckx et al. (2017) oder Burriel und Galesi (2018), oder mit bestimmten unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen wie dem Ankaufprogramm für Staatsanleihen (z. B. Wieladek und Pascual (2016)).

Heterogene Wirkungen der Zinspolitik?

In der jüngsten Zinserhöhungsphase sind die geldpolitischen Leitzinsen wieder das vorrangige Instrument des Eurosystems. Damit stellt sich die Frage, ob es Unterschiede in der Wirkung von Leitzinsänderungen auf die einzelnen Volkswirtschaften des Euroraums gibt. Einen Beitrag zu dieser Diskussion bietet die Untersuchung von Mandler et al. (2022). In ihr werden die Unterschiede in der Wirkung der Zinspolitik des Eurosystems zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien im Rahmen eines empirischen Mehr-Länder-Modells analysiert. Grundlage dafür ist ein mit bayesianischen Methoden geschätztes vektorautoregressives (BVAR-)Modell, das die Wechselwirkungen zwischen allen im Modell für die verschiedenen Länder enthalte-

Mehr-Länder-BVAR-Modell zur Analyse der Wirkungen der Zinspolitik in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien

⁵ Zu Schätzungen der Steigung der Phillips-Kurve der Euro-Länder siehe z. B.: Ciccarelli und Osbat (2017).

⁶ Für einen Überblick über VAR-Modelle siehe z. B.: Kilian und Lütkepohl (2017).

⁷ Für einen Überblick über Identifikationsansätze siehe z. B.: Kilian und Lütkepohl (2017), Kap. 8–15.

⁸ Beispiele sind: Cavallo und Ribba (2015), Ciccarelli et al. (2013) sowie Georgiadis (2015).

⁹ Eine Diskussion dieses Problems bieten: Guiso et al. (2000). Die Verwendung von Daten aus der Zeit vor der Währungsunion erfordert deshalb eine sehr sorgfältige Modellierung der Geldpolitik, um für die Effekte möglicher Unterschiede in der geldpolitischen Reaktionsfunktion zu kontrollieren. Beispiele dafür sind: Mojon und Peersman (2001) sowie Ciccarelli und Rebucci (2006).

nen Variablen erfasst (siehe die Ausführungen auf S. 55 ff.). Die Einbeziehung aller betrachteten Länder in ein gemeinsames Modell ermöglicht eine statistisch rigorose Analyse möglicher geldpolitischer Wirkungsunterschiede (siehe die Ausführungen auf S. 44 ff.).

Einschätzung von Länderunterschieden mittels statistischer Verteilung der Länderdifferenzen der Effekte der Geldpolitik

Die Schaubilder auf Seite 42 f. zeigen die Hauptergebnisse dieser Analyse. Sie stellen die geschätzten statistischen Verteilungen der Länderunterschiede in den Reaktionen des realen BIP und des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) auf eine Zinserhöhung um 25 Basispunkte (bp) grafisch dar. Diese Verteilungen werden aus der Differenz der geschätzten Wirkung der Geldpolitik auf die betreffende Variable im ersten Land minus der Wirkung im zweiten Land berechnet.¹⁰⁾ Da das Modell in Bezug auf Zinserhöhungen und Zinssenkungen symmetrisch ist, gelten die Aussagen mit umgekehrtem Vorzeichen für eine Zinssenkung. Die einzelnen Abbildungen stellen diese Unterschiede für verschiedene Zeithorizonte nach dem restriktiven geldpolitischen Impuls für alle sechs möglichen Kombinationen der vier Länder dar. Aus der Lage der geschätzten Wahrscheinlichkeitsverteilung für ein Länderpaar im Vergleich zur Nulllinie kann man schließen, ob und in welcher Richtung sich der Effekt der Zinsänderung zwischen den beiden Ländern unterscheidet. Liegt die Verteilung relativ symmetrisch um null herum, gibt es keinen deutlichen Hinweis auf einen Unterschied in den Wirkungen der Geldpolitik. Liegt die Verteilung der Differenz weitgehend im negativen Bereich, so hat eine Zinserhöhung einen (mathematisch) kleineren Effekt auf die Variable im erstgenannten im Vergleich zum zweitgenannten Land. Im vorliegenden Fall bedeutet dies einen stärker negativen Effekt im ersten im Vergleich zum zweiten Land.¹¹⁾ Zur Erleichterung der Interpretation zeigt jede Abbildung ausgewählte Perzentile der geschätzten Wahrscheinlichkeitsverteilung der Länderdifferenz.¹²⁾ Weitergehende Erläuterungen dazu finden sich in den Ausführungen auf Seite 44 ff.

Die ersten drei Teilabbildungen zeigen, dass die Länderdifferenzen mit Deutschland an der ers-

ten Stelle für Zeithorizonte von bis zu vier Quartalen überwiegend im negativen Bereich liegen. Auch darüber hinaus, bis zu etwa sechs Quartalen, ist die Wahrscheinlichkeit für eine negative Differenz deutlich größer als für eine positive. Insgesamt weisen diese Ergebnisse somit darauf hin, dass das reale BIP in Deutschland nach einer Zinserhöhung stärker zurückgeht als in den anderen drei Ländern.

Das Ergebnis des Vergleichs unter den drei anderen Ländern hängt vom Zeithorizont ab: Die Ergebnisse für Frankreich und Italien relativ zu Spanien in den letzten beiden Abbildungen deuten auf eine kurzfristig negative Differenz, das heißt einen stärkeren Rückgang des realen BIP in den ersten Quartalen in Frankreich und in Italien im Vergleich zu Spanien hin. Danach sind jedoch keine systematischen Unterschiede mehr erkennbar.¹³⁾ Insgesamt liefert die Schätzung Hinweise auf eine stärkere kurz- bis mittelfristige Wirkung der Geldpolitik auf das reale BIP in Deutschland im Vergleich zu den anderen betrachteten Ländern, während die Wirkung auf das reale BIP in Spanien kurzfristig am schwächsten ist.¹⁴⁾

Im Ländervergleich reagiert reales BIP in Deutschland stärker auf Zinsänderungen, ...

10 Da das reale BIP und der HVPI in logarithmierten Niveaus in die Schätzung eingehen, sind die Effekte der Geldpolitik als prozentuale Abweichungen der Variablen von ihrem langfristigen Gleichgewicht zu interpretieren. Die Abbildungen zeigen somit die Differenz dieser prozentualen Abweichungen zwischen den beiden Ländern.

11 Die Identifikationsannahmen des Modells stellen eine negative Reaktion des realen BIP und des HVPI nur in der Periode der Zinserhöhung sicher. Die A-posteriori-Verteilung der BIP-Reaktion auf die Zinserhöhung weist in späteren Perioden in den einzelnen Ländern auch Masse oberhalb der Nulllinie auf, d. h. eine spätere positive Reaktion des Outputs auf eine Zinserhöhung kann nicht ausgeschlossen werden. Eine negative Differenz in der Abbildung bedeutet somit streng genommen, dass die Reaktion von Output oder HVPI im ersten Land kleiner, d. h. stärker negativ oder schwächer positiv ist, als im Zweiten.

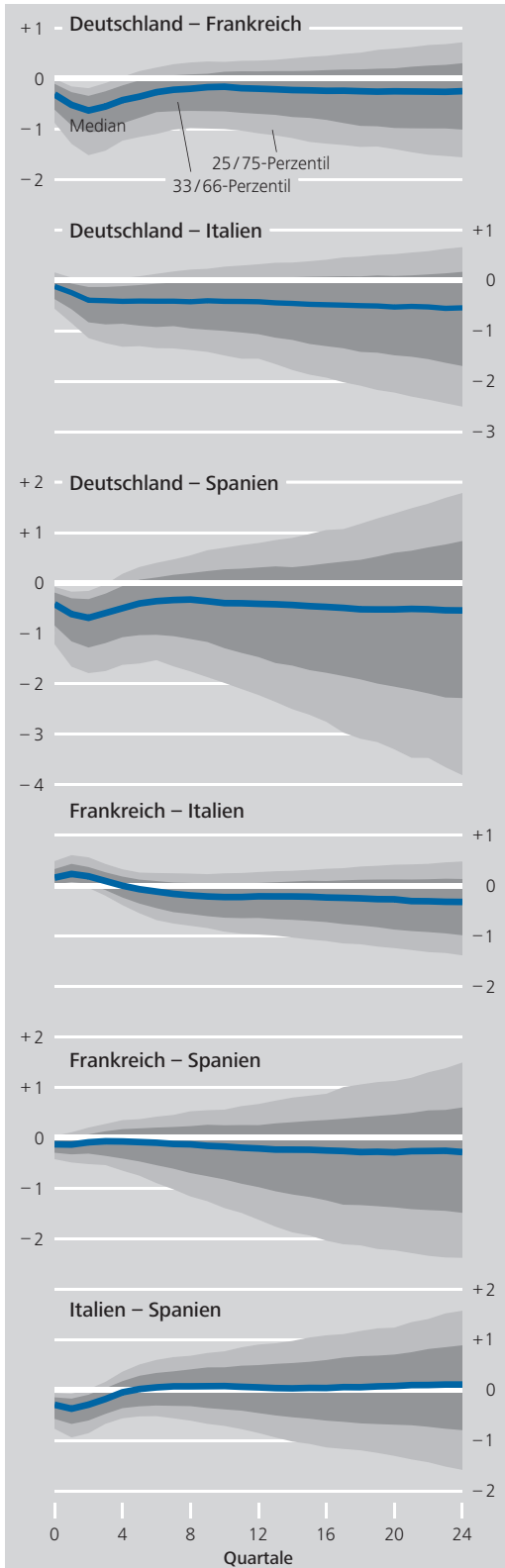
12 Das Perzentil der Ordnung p einer Wahrscheinlichkeitsverteilung einer Variablen x ist der Merkmalswert x_p , der vom Anteil p aller Realisationen nicht überschritten wird, d. h. mit $F(x)$ als der kumulierten Verteilungsfunktion gilt $F(x_p) = p$.

13 Die Differenz zwischen Frankreich und Italien ist zuerst positiv und wendet sich dann in den negativen Bereich. Das bedeutet, dass der reale Output in Frankreich nach einer Zinserhöhung zunächst weniger, danach aber tendenziell stärker zurückgeht als in Italien.

14 Langfristig verschwindet die Evidenz für diese Unterschiede, da das reale BIP jeweils zu seinen langfristigen Gleichgewichtswerten zurückkehrt und sich gleichzeitig die Unsicherheitsbänder mit zunehmendem Zeithorizont tendenziell verbreitern.

Ländervergleich der Wirkung der Geldpolitik auf das reale BIP¹⁾ hier: Zinserhöhung um 25 bp

in %



* Geschätzte Wahrscheinlichkeitsverteilung der Wirkung im erstgenannten minus der Wirkung im zweitgenannten Land.
 Deutsche Bundesbank

Die Abbildungen für den HVPI zeigen in den ersten drei Feldern eine überwiegend positive Differenz zwischen Deutschland und den anderen Ländern. Die positive Differenz ergibt sich daraus, dass von der negativen Reaktion des HVPI in Deutschland eine stärker negative Reaktion im anderen Land subtrahiert wird.¹⁵⁾ Das bedeutet, dass das Preisniveau in Deutschland nach einer Zinserhöhung weniger stark zurückgeht als in den anderen Ländern. Die letzten beiden Abbildungen mit den Differenzen zwischen Frankreich beziehungsweise Italien und Spanien weisen auf einen kurzfristig stärkeren Rückgang des HVPI in Spanien im Vergleich zu Italien und Frankreich hin.¹⁶⁾ Insgesamt deuten die Ergebnisse für die Verbraucherpreise auf die stärkste Reaktion auf die Geldpolitik in Spanien und die schwächste in Deutschland hin.¹⁷⁾

... Verbraucherpreise aber schwächer

Zusammengenommen weisen die Ergebnisse darauf hin, dass sich die Reihenfolge der Länder umkehrt, wenn es nicht mehr um das reale BIP, sondern um die Stärke der Wirkung der Zinspolitik auf die Verbraucherpreise geht. Dies muss kein Widerspruch sein, sondern kann als eine zwischen den Ländern unterschiedliche Steigung der gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion interpretiert werden, die den Zusammenhang zwischen dem realen BIP und dem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau beschreibt. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass sie in Deutschland flacher als in den anderen hier betrachteten Ländern ist.¹⁸⁾

Es stellt sich die Frage nach den Gründen für die aufgezeigten Unterschiede. In der Literatur zu

¹⁵ Siehe dazu auch die Erläuterung in Fußnote 11.
¹⁶ Ähnlich wie bei der BIP-Reaktion kehrt sich die Reihenfolge zwischen Frankreich und Italien nach wenigen Quartalen im Vergleich zu dem Zeitraum davor um.
¹⁷ Die Rangfolgen in Bezug auf die BIP- und Preiseffekte werden durch eine Reihe anderer Tests in Mandler et al. (2022) gestützt.
¹⁸ Die o. g. Ergebnisse beziehen sich auf die Beziehung zwischen dem Output, d. h. dem realen BIP, und dem Preisniveau. Sie sind konsistent mit der Evidenz für eine relativ flache Phillips-Kurve in Deutschland, vgl. z. B.: Ciccarelli und Osbat (2017) sowie Reichold et al. (2022). Die Phillips-Kurve beschreibt die Beziehung zwischen tatsächlicher Inflationsrate, erwarteter Inflationsrate und der Outputlücke, d. h. der Abweichung des Outputs vom Potenzialoutput.

Mögliche strukturelle Erklärungen für Unterschiede in der BIP-Reaktion

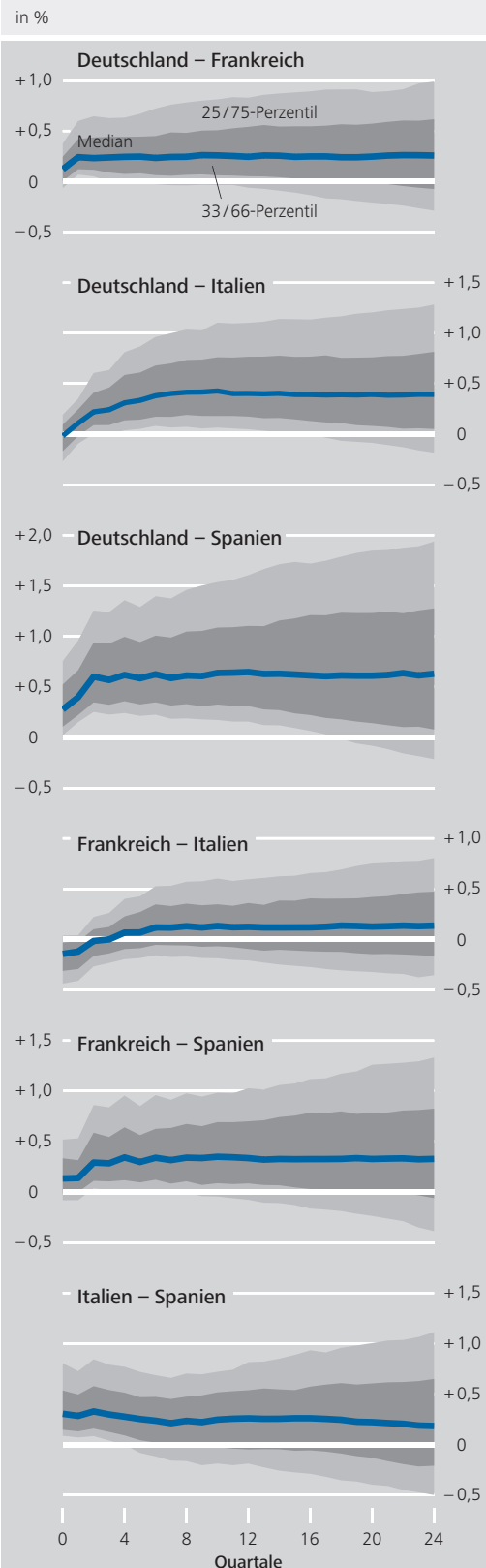
regionalen beziehungsweise länderspezifischen Effekten der Geldpolitik wird die Bedeutung verschiedener struktureller Einflussgrößen als Ursache für Unterschiede in der Wirkungsstärke der Geldpolitik zwischen Volkswirtschaften untersucht. Zu diesen Faktoren gehört die Bedeutung kapitalintensiver Sektoren oder Sektoren mit zinsensitiver Nachfrage wie des produzierenden Gewerbes (vgl. z. B.: Carlino und DeFina (1998, 1999) sowie Owyang und Wall (2009)), der Produktion langlebiger Güter oder des Bausektors (Georgiadis (2015)). Eine andere mögliche Ursache ist eine unterschiedliche Flexibilität des Arbeitsmarktes. So zeigt die Regressionsanalyse von Georgiadis (2015) beispielsweise, dass die Stärke der Wirkung der Geldpolitik auf das reale BIP signifikant von den Arbeitsmarktinstitutionen und dem Branchenmix abhängt. Weitere mögliche Erklärungen sind Unterschiede in der Bedeutung des Exportsektors und damit des Wechselkurskanals oder in der Wettbewerbsintensität im Bankensystem, die ihrerseits Auswirkungen auf die Zinsweitergabe haben kann.¹⁹⁾

Um die Bedeutung der verschiedenen möglichen Ursachen abzuschätzen, stellen Mandler et al. (2022) Indikatoren für die genannten Einflussfaktoren zusammen und überprüfen, inwieweit die stärkere BIP-Reaktion in Deutschland mit der relativen Position des Landes im Hinblick auf diese Indikatoren konsistent ist.²⁰⁾ Dabei zeigt sich, dass die stärkere BIP-Reaktion in Deutschland auf die Zinspolitik konsistent mit

¹⁹ Für eine Diskussion der verschiedenen Erklärungsansätze siehe: Mandler et al. (2022) und die darin enthaltenen Literaturangaben.

²⁰ Andere Studien testen mögliche Erklärungsansätze, indem sie den Tiefpunkt der BIP-Reaktion (Georgiadis (2015)) bzw. die über acht Quartale kumulierten Impulsantwortfunktionen (Carlino und DeFina (1998, 1999)) auf eine Konstante und eine oder mehrere erklärende Variablen regressieren. Da in der hier vorgestellten Analyse jedoch nur Ergebnisse für vier Länder vorliegen, ist eine vergleichbare Regressionsanalyse nicht möglich. Bei einer Regression auf eine Konstante und eine erklärende Variable würde nur noch ein Freiheitsgrad verbleiben, da auch die Residualvarianz geschätzt werden muss. Für die anderen Studien gilt dieses Problem nicht, da diese mehr Regionen bzw. Länder enthalten. Die Schätzung des Modells erfordert in diesen Fällen allerdings stärkere Restriktionen auf die Interaktion zwischen den Ländern oder die Berücksichtigung weniger Variablen pro Region.

Ländervergleich der Wirkung der Geldpolitik auf den HVPI*) hier: Zinserhöhung um 25 bp



* Geschätzte Wahrscheinlichkeitsverteilung der Wirkung im erstgenannten minus der Wirkung im zweitgenannten Land.
 Deutsche Bundesbank

Zur Methodik des Vergleichs der geldpolitischen Effekte

Der Kern der im Hauptteil des Aufsatzes zusammengefassten Studien von Mandler et al. (2022) sowie Mandler und Scharnagl (2023) ist ein Vergleich von geschätzten Reaktionen verschiedener makroökonomischer Variablen auf geldpolitische Schocks zwischen verschiedenen Ländern. Die dynamischen Effekte eines geldpolitischen Schocks werden normalerweise mithilfe von Impulsantwortfunktionen mit Unsicherheitsbändern dargestellt, die Informationen über die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Schätzung zusammenfassen. In den meisten Studien, die auf vektorautoregressiven (VAR-)Modellen beruhen, erfolgt die Untersuchung auf Unterschiede zwischen den Ländern oder Regionen durch den visuellen Vergleich dieser Impulsantwortfunktionen. Weisen die Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Impulsantwortfunktionen für eine Variable in zwei Ländern oder Regionen nur einen geringen Überlappungsgrad auf, so wird daraus auf einen Unterschied in den Effekten der Geldpolitik geschlossen.¹⁾

Dieser Vergleichsansatz ist jedoch mit Problemen verbunden. Das erste besteht darin, dass er nicht direkt auf das interessierende Phänomen abstellt – den Unterschied in den Impulsantwortfunktionen – sondern indirekt über die Betrachtung der Verteilungen der Impulsantwortfunktionen selbst, darauf zu schließen versucht.²⁾ Das zweite Problem ist, dass diese Vorgehensweise die beiden zu vergleichenden geschätzten Impulsantwortfunktionen als voneinander unabhängig behandelt. Tatsächlich dürften die Schätzfehler in den Impulsantwortfunktionen miteinander korreliert sein.³⁾ Drittens hat der Vergleich der Überlappung von Unsicherheitsintervallen im Vergleich zu einem direkten Test auf eine Differenz ungünstige statistische Eigenschaften.⁴⁾

Mandler et al. (2022) schlagen einen Ansatz zum Vergleich der Impulsantwortfunktionen zwischen Regionen vor, der die Korrelation der Schätzfehler berücksichtigt und direkt auf die Wahrscheinlichkeitsverteilung des Unterschieds zwischen den Impulsantworten fokussiert. Der Ansatz nutzt somit die in der gemeinsamen Verteilung enthaltenen Information, anstatt indirekt Aussagen aus dem Vergleich der Verteilungen der beiden Impulsantworten abzuleiten. Sie benutzen für ihre Analyse ein Mehr-Länder-Modell, in dem alle untersuchten Länder gleichzeitig enthalten sind. Die Korrelation zwischen den Schätzfehlern der Impulsantwortfunktionen der Länder wird somit im Rahmen des Modells mit erfasst.⁵⁾ Die bayesianischen Verfahren, mit denen das Modell geschätzt wird, nutzen stochastische Simulationen,

1 Der einfache Vergleich der Punktschätzer der Impulsantwortfunktionen ist dagegen nur eingeschränkt informativ, da er die mit den Schätzungen verbundene Unsicherheit ignoriert. Je größer die Schätzunsicherheit, desto ausgeprägter muss der Abstand der Punktschätzer sein, um auf einen Unterschied zwischen den Ländern hinzudeuten.

2 Der Unterschied zwischen den Impulsantwortfunktionen ist eine Eigenschaft der gemeinsamen Verteilung der Impulsantwortfunktionen der Länder. Der Vergleich der Impulsantwortfunktionen nutzt aber nur Informationen aus der Randverteilung oder nimmt implizit Unabhängigkeit zwischen den Impulsantwortfunktionen an. Unter dieser Annahme würden die Randverteilungen dieselben Informationen wie die gemeinsame Verteilung beinhalten.

3 Selbst, wenn die Impulsantwortfunktionen aus getrennt geschätzten Modellen für die einzelnen Länder berechnet worden sind, können die Schätzfehler dennoch korreliert sein, wenn in die einzelnen Modelle teilweise dieselben Daten eingehen oder die enthaltenen Daten zwischen den Modellen korreliert sind.

4 Siehe: Schenker und Gentleman (2001).

5 Dies ist nicht der Fall, wenn man die Impulsantwortfunktionen aus jeweils einzelnen, unabhängig voneinander geschätzten Modellen für die verschiedenen Regionen erzeugt. Für die Berücksichtigung der Korrelation der Schätzfehler muss nicht zwingend ein Modell wie das hier vorgestellte verwendet werden. Der Ansatz zum Vergleich der Impulsantwortfunktionen kann auch auf andere Ansätze für Mehr-Länder-Modelle übertragen werden, wie z. B. Factor-Augmented-VAR (FAVAR) oder Panel-VAR-Modelle.

um die Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Modellparameter zu erzeugen. Das Ergebnis ist eine große Anzahl an „Zügen“, von denen jeder jeweils einen kompletten Satz von Werten für die Modellparameter enthält. Die Gesamtheit dieser Züge ist eine Approximation an die geschätzte gemeinsame Verteilung der Modellparameter.⁶⁾ Aus jedem Zug für die Modellparameter können für alle Variablen Impulsantwortfunktionen auf einen geldpolitischen Schock berechnet werden. Zusammen genommen ergeben alle Züge damit eine Approximation an die gemeinsame Verteilung der Impulsantwortfunktionen aller Variablen und diese gemeinsame Verteilung spiegelt auch die Korrelation zwischen den Impulsantworten der verschiedenen Länder wider.

Die Fragestellung der Studie zielt auf mögliche Unterschiede zwischen den Impulsantwortfunktionen verschiedener Länder ab. Mandler et al. (2022) schlagen deshalb vor, für jeweils eine Variable, wie das Bruttoinlandsprodukt oder den Harmonisierten Verbraucherpreisindex, aus jedem Zug in der Schätzung die Differenz zwischen den Impulsantwortfunktionen zweier Länder zu berechnen. Aus der Gesamtheit der Züge resultiert so die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Differenz in der Wirkung der Geldpolitik auf diese Variable zwischen den beiden betrachteten Ländern, aus der, wie im Haupttext gezeigt, Schlussfolgerungen über mögliche Heterogenität in der geldpolitischen Transmission abgeleitet werden können.

Den Nutzen dieser Teststrategie kann man sich an einem Beispiel verdeutlichen. Es sei angenommen, die Impulsantwortfunktionen zweier Länder unterscheiden sich um einen konstanten, aber, im Verhältnis zur Schätzunsicherheit der Impulsantwortfunktionen, sehr kleinen Betrag. Zudem sei der Schätzfehler der Impulsantwortfunktionen

in den beiden Ländern perfekt positiv korreliert. Die oben beschriebene Berechnung der Differenzen resultiert in diesem Beispiel in einem konstanten und von null verschiedenen Wert, der eindeutig auf einen Unterschied in der Wirkung der Geldpolitik hinweist. Die Impulsantwortfunktionen mit ihren Unsicherheitsbändern überlappen sich in diesem Beispiel jedoch nahezu vollständig, sodass ihr visueller Vergleich keine erkennbaren Hinweise auf Unterschiede liefert.

Der Grundgedanke dieses Ansatzes kann von der Analyse länderspezifischer Unterschiede zwischen Impulsantwortfunktionen auf Unterschiede anderer aus Mehr-Länder-Modellen ableitbaren Größen ausgeweitet werden, wie zum Beispiel auf Schockerlegungen, Prognosen oder Simulationen. So untersuchen Mandler und Scharnagl (2020) Unterschiede zwischen den simulierten Effekten des Ankaufprogramms für Vermögenswerte (APP) des Eurosystems auf die großen Euroraum-Länder. Die Anwendungsmöglichkeit des Ansatzes reicht zudem über Analysen heterogener Effekte gemeinsamer (geld-, fiskalpolitischer oder anderer) Schocks in einer Währungsunion oder Regionen eines Landes hinaus. Er ist allgemein auf die Frage heterogener Effekte eines gemeinsamen Schocks über Einheiten, wie Länder, Wirtschaftszweige usw. anwendbar.⁷⁾

In ähnlicher Weise kann man auch die Frage nach unterschiedlichen Wirkungen verschie-

⁶ Die Gesamtheit der Züge approximiert die sog. A-posteriori-Verteilung der Modellparameter. Diese ergibt sich aus der Kombination der A-priori-Verteilung, d. h. Ex-ante-Annahmen über die Verteilung der Parameter, mit der Likelihood-Funktion, die die Informationen der Daten über die Parameter beinhaltet. Für eine Einführung in bayesianische Schätzansätze siehe z. B.: Koop (2003) sowie zu bayesianischen VAR-Modellen z. B.: Kilian und Lütkepohl (2017), Kap. 5.

⁷ Ein Beispiel dafür sind die in Fußnote 3 im Haupttext genannten Untersuchungen von Spillover-Effekten.

dener Schocks auf eine bestimmte Variable untersuchen. Ein Beispiel dafür ist der Vergleich der Effekte eines konventionellen geldpolitischen Schocks mit jenen eines Schocks auf die erwarteten geldpolitischen Zinsen in Mandler und Scharnagl (2023). Für diesen Zweck müssen allerdings die beiden Schocks durch eine geeignete Normierung vergleichbar gemacht werden.

Jede Abbildung der geschätzten Wahrscheinlichkeitsverteilung der Länderdifferenzen auf den Seiten 42 f. und 49 f. im Haupttext zeigt zur Erleichterung der Interpretation fünf Perzentile, das 25., 33., 50. (Median), 66. und 75. Perzentil. Als Beispiel sei an dieser Stelle die Interpretation der Differenzen der Reaktionen des realen BIP zwischen Deutschland und Frankreich und Deutschland und Italien auf Seite 42 erläutert.

Einen ersten Anhaltspunkt kann der Vergleich des Medians mit der Nulllinie bieten: Liegt der Median unterhalb (oberhalb) von null, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass die tatsächliche Differenz zwischen den beiden Ländern negativ (positiv) ist, größer als die Wahrscheinlichkeit einer positiven (negativen) Differenz. Für die Differenz der BIP-Reaktion zwischen Deutschland und Frankreich liegt in dem Quartal, in dem der Schock eintritt (Quartal null) und den darauf folgenden drei Quartalen das 75. Perzentil unterhalb der Nulllinie. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit für eine negative Differenz mindestens dreimal so groß ist, wie die Wahrscheinlichkeit für eine positive Differenz (mehr als 75% zu weniger als 25%). Danach liegt das 66. Perzentil bis etwa zwei Jahre nach dem Schock in der Nähe der Nulllinie, was ein Wahrscheinlichkeitsverhältnis von etwa zwei zu eins für eine negative versus eine positive Differenz anzeigt (etwa 66% zu etwa 33%). Da die Zinserhöhung negativ auf das reale BIP in

beiden Ländern wirkt, bedeutet eine negative Differenz, dass das reale BIP in Deutschland infolge der Zinssenkung stärker abnimmt als in Frankreich.⁸⁾ Abgesehen von der Periode, in der der Schock eintrifft, ist auch für den Vergleich zwischen Deutschland und Italien das 75. Perzentil der Differenz bis etwa vier Quartale nach dem Schock in der Nähe von null, das heißt das Wahrscheinlichkeitsverhältnis für eine negative Differenz zu einer positiven Differenz beträgt etwa drei zu eins. Über den darauf folgenden Zeithorizont bis etwa drei Jahre hinaus liegt das 66. Perzentil in der Nähe der Nulllinie, was ein Wahrscheinlichkeitsverhältnis von etwa zwei zu eins für eine negative versus eine positive Differenz anzeigt. Zusammen genommen weisen diese Ergebnisse auf eine negative Differenz und damit auf einen stärkeren Rückgang des realen BIP in Deutschland hin. Die anderen abgebildeten Länderdifferenzen können durch Nutzung der in den Perzentilen enthaltenen Informationen entsprechend interpretiert werden.

⁸ Siehe dazu auch Fußnote 11 im Haupttext auf S. 41.

einer größeren Bedeutung des produzierenden Gewerbes und der Produktion langlebiger Güter, einem schwächeren Schutz von Beschäftigungsverhältnissen, einer größeren Bedeutung von Exporten und einem stärkeren Wettbewerb im Bankensystem als in den anderen betrachteten Ländern ist.²¹⁾

Erklärung der Unterschiede für die Entwicklung der Preise erweist sich als schwierig

Die Suche nach den Ursachen für die Länderunterschiede in der Preisreaktion erweist sich als deutlich schwieriger. Die Analyse von Abbritti und Weber (2010) zum Einfluss von Arbeitsmarktinstitutionen auf konjunkturelle Schwankungen zeigt, dass eine ausgeprägtere Reaktion der Beschäftigung – und damit auch des Outputs – auf einen geldpolitischen Impuls in Verbindung mit einer schwächeren Reaktion der Inflationsrate eintritt, wenn das betreffende Land eine Kombination aus relativ geringer Flexibilität der Reallöhne und hoher Flexibilität der Beschäftigung aufweist. Zwar liefern die oben genannten Indikatoren zum Schutz von Beschäftigungsverhältnissen für Deutschland Hinweise auf eine höhere Flexibilität des Beschäftigungsvolumens im Vergleich zu den anderen hier betrachteten Ländern. Zugleich sprechen andere Indikatoren aber nicht für eine stärkere Reallohnrigidität.²²⁾

Ergebnisse vorhandener Studien für die Euro-Länder nicht einheitlich

Das Ergebnis der hier vorgestellten Analyse einer stärkeren Reaktion des realen BIP in Deutschland findet sich auch in einigen anderen Studien wie zum Beispiel jener von Georgiadis (2015), die auch nur Daten aus der Zeit nach Einführung des Euro verwendet. Über die vorhandenen empirischen Untersuchungen insgesamt sind die Ergebnisse für die relative Reihenfolge der Euro-Länder sowohl im Hinblick auf die BIP- als auch die Preiseffekte aber nicht einheitlich.²³⁾ Die vorhandenen empirischen Analysen unterscheiden sich im Hinblick auf die Schätzperioden, die Modellstrukturen, die enthaltenen Variablen und die genutzten Identifikationsverfahren für geldpolitische Impulse, was den Vergleich der Ergebnisse erschwert. Zudem verzichtet ein Großteil der Studien – im Unterschied zu den hier präsentierten Analysen – auf eine rigorose statistische Teststrate-

gie und beschränkt sich überwiegend auf einen visuellen oder tabellarischen Vergleich der geschätzten Effekte der Geldpolitik, sodass unklar bleibt, wie diese Ergebnisse von einem statistischen Standpunkt aus einzuschätzen sind.²⁴⁾ Weitere Forschung ist nötig, um einen Konsens über die Unterschiede und ihre Determinanten zu schaffen.

Heterogene Wirkung von Veränderungen der Zins-erwartungen?

Neben Veränderungen der geldpolitischen Leitzinsen stehen Zentralbanken weitere Instrumente zur Verfügung, um Einfluss auf die Entwicklung der Verbraucherpreise zu nehmen. Im Euroraum kamen diese Instrumente insbesondere im Gefolge der globalen Finanzkrise und der Europäischen Staatsschuldenkrise zum Einsatz, als dem EZB-Rat durch die Senkung der geldpolitischen Leitzinsen in die Nähe der effektiven Zinsuntergrenze nur noch wenig Spielraum für weitere expansive Impulse durch die konventionelle Geldpolitik verblieb. Zu diesen Instrumenten gehört die sogenannte Forward Guidance, eine explizite Kommunikation über den zukünftigen Pfad der geldpolitischen Zinsen mit dem Ziel der Beeinflussung der Zinserwartungen. Veränderungen der Erwartungen über

Forward Guidance wirkt über Veränderungen von Zins-erwartungen

²¹ Es gibt jedoch auch Indikatoren für volkswirtschaftliche Strukturmerkmale, bei deren Reihung sich eine mit den Ergebnissen der empirischen Analyse nicht konsistente Reihenfolge ergibt. Damit kann dieser Ansatz nur grobe Anhaltspunkte für mögliche Ursachen liefern.

²² Solche Indikatoren sind z. B. der gewerkschaftliche Organisationsgrad oder die Abdeckung durch Tarifverträge, siehe z. B.: Babecky et al. (2010). Diese Indikatoren sprechen jedoch nicht für eine stärkere Reallohnrigidität in Deutschland. Georgiadis (2015) regressiert den Tiefpunkt der Reaktion des Preisniveaus auf mögliche erklärende Größen, wie Branchenmix und Arbeitsmarktinstitutionen. Lediglich der Regressionskoeffizient der Branchenstruktur weist einen auf dem 10 %-Niveau signifikant von null verschiedenen Wert auf.

²³ Siehe dazu: Mandler et al. (2022). Einen umfassenden Überblick über die empirischen Analysen zu Unterschieden in den Wirkungen der Geldpolitik auf die wirtschaftliche Aktivität bieten: Dominguez-Torres und Hierro (2019).

²⁴ Ausgenommen hiervon ist Ciccarelli und Rebucci (2006), in dem die Autoren die statistische Signifikanz der Unterschiede zwischen den Ländern mithilfe des Kolmogorov-Smirnov-Tests prüfen.

die zukünftige Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze wirken gemäß der Erwartungshypothese der Zinsstruktur auf die mittel- bis längerfristigen Kapitalmarktzinsen. Zudem kann diese Kommunikation die Unsicherheit über die zukünftigen geldpolitischen Zinssätze verringern und über diesen Kanal auch auf die längerfristigen Zinsen wirken.²⁵⁾

Grundsätzlich können Zentralbanken Forward Guidance verwenden, um die Zinserwartungen in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Kommunikation wurde auch schon vor der Finanzkrise von Zentralbanken genutzt, um auf die Zinserwartungen einzuwirken, jedoch waren die Ankündigungen damals weniger explizit in Bezug auf den zukünftigen Pfad der geldpolitischen Zinsen.²⁶⁾ In der Negativzinsphase nutzte der EZB-Rat Forward Guidance, um zusätzliche expansive geldpolitische Impulse zu setzen, obwohl der kurzfristige Geldmarktzinssatz die effektive Zinsuntergrenze erreicht hatte.²⁷⁾

Transmission von Impulsen auf Zinserwartungen könnte sich von jener von Leitzinsänderungen unterscheiden

Da konventionelle Leitzinsänderungen ebenfalls zu einem bedeutenden Teil über Änderungen der Erwartungen wirken (siehe das Schaubild auf S. 39), könnte man vermuten, dass die Wirkungen von Forward Guidance auf die Volkswirtschaften des Euroraums den Wirkungen von Leitzinsänderungen recht ähnlich sind. Ein wesentlicher Unterschied besteht aber darin, dass Forward Guidance stärker auf den mittleren Teil der Zinsstrukturkurve wirkt, während Leitzinsänderungen stärker auf das kurzfristige Ende wirken.²⁸⁾ Es ist deshalb sinnvoll, die Frage länderspezifischer Unterschiede in den Wirkungen der Geldpolitik auch für den Fall der Forward Guidance zu untersuchen. So analysieren Mandler und Scharnagl (2023), ob Veränderungen der Erwartungen über den zukünftigen kurzfristigen Geldmarktzins unterschiedlich auf die vier großen Volkswirtschaften des Euroraums wirken. Diese Analyse kann als eine Annäherung an die Wirkungen von Forward Guidance interpretiert werden (siehe dazu die Erläuterungen auf S. 55 ff.).

Das für die Untersuchung genutzte Modell lehnt sich an jenes aus dem vorhergehenden Abschnitt an, enthält aber im Unterschied dazu Erwartungsvariablen, um die Effekte von Veränderungen der Zinserwartungen erfassen zu können. Als Indikator für die Geldpolitik wird der Dreimonatszins verwendet, da für diesen Erwartungen aus den Consensus Forecasts verfügbar sind. Eine kurze Beschreibung des Modells findet sich auf Seite 55 ff.

Um Erwartungsgrößen erweitertes BVAR-Modell

Die Schaubilder auf Seite 49 f. zeigen die Ergebnisse des Ländervergleichs der Reaktionen des realen BIP und des HVPI auf einen Anstieg des in einem Jahr erwarteten Dreimonatszins um 25 bp.²⁹⁾ Für die Reaktion des realen BIP auf den erwarteten Zinsanstieg liegen die geschätzten Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Differenzen zwischen Deutschland und den drei anderen Ländern für die ersten vier bis sechs Quartale überwiegend im negativen Bereich. Das bedeutet, dass das BIP nach dem restriktiven Zinserwartungsimpuls in Deutschland stärker zurückgeht als in den anderen drei Ländern, also stärker auf den geldpolitischen Impuls rea-

Reales BIP reagiert in Deutschland stärker auf Veränderung des erwarteten geldpolitischen Zinssatzes

²⁵ Für eine Erläuterung von Forward Guidance siehe: Deutsche Bundesbank (2013). Eine Reihe von Analysen mit unterschiedlichen Modellen zu den Wirkungen von Forward Guidance ist zusammengefasst in: Taskforce on Rate Forward Guidance and Reinvestment (2022).

²⁶ Nelson (2021) beschreibt die Herausbildung von Forward Guidance als Politikinstrument am Beispiel der Federal Reserve.

²⁷ Einen Überblick über die Forward Guidance des Eurosystems und ihrer Veränderungen im Zeitverlauf bieten: Hartmann und Smets (2018) sowie Rostagno et al. (2019).

²⁸ Vgl.: Taskforce on Rate Forward Guidance and Reinvestment (2022), S. 26 ff., sowie Altavilla et al. (2019). Mandler und Scharnagl (2023) vergleichen die Wirkungen von Leitzinsänderungen mit jenen von geldpolitisch verursachten Veränderungen von Zinserwartungen und finden, dass letztere in einigen Ländern des Euroraums tendenziell stärker auf Output und Preise wirken. Eine Ursache dafür ist, dass Erwartungsschocks eine persistenterere Reaktion des kurzfristigen Zinssatzes bewirken als konventionelle geldpolitische Impulse.

²⁹ Die Ergebnisse in Mandler und Scharnagl (2023) beziehen sich auf einen erwarteten Rückgang des Dreimonatszinses um 10 bp. Für die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der zuvor vorgestellten Analyse wurden die Ergebnisse für einen erwarteten Anstieg des Dreimonatszinses um 25 bp neu berechnet.

giert.³⁰⁾ Das Schaubild weist außerdem darauf hin, dass das reale BIP in Italien am wenigsten auf die Erwartungsänderung reagiert, mit Frankreich und Spanien zwischen den beiden Extremen.³¹⁾ Die Unterschiede zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und Spanien auf der anderen Seite bauen sich im Zeitverlauf wieder ab, während die Abweichung des Effekts in Italien eine gewisse Persistenz aufweist.

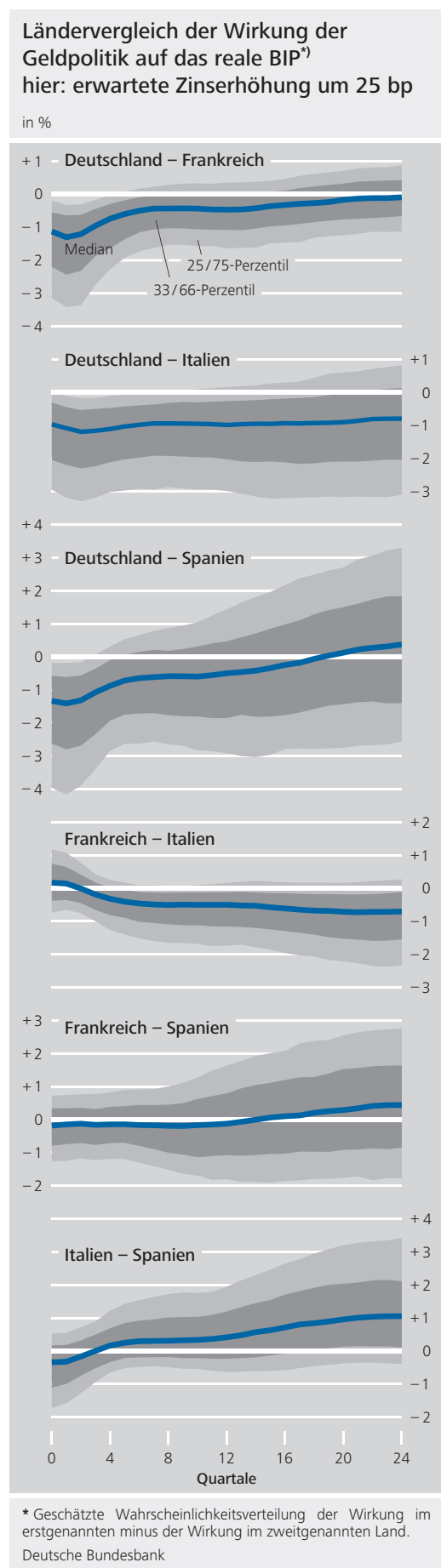
Unterschiede in Reaktion der Verbraucherpreise sind weniger deutlich

Die Unterschiede in den Reaktionen des HVPI zwischen den Ländern sind weniger deutlich ausgeprägt. Die geschätzten Wahrscheinlichkeitsverteilungen für den Vergleich von Deutschland mit den anderen drei Ländern deuten auf einen stärkeren negativen Effekt der erwarteten Zinserhöhung auf die Verbraucherpreise in Deutschland hin. Für die anderen Länder sind die Unterschiede schwächer und lassen keine klare Schlussfolgerung zu. Da das hier genutzte Modell symmetrisch ist, sind für den Fall eines Rückgangs der Erwartungen für den zukünftigen geldpolitischen Zinssatz die entsprechend umgekehrten Effekte auf das reale BIP und die Verbraucherpreise zu erwarten.

Wie ein konventioneller Zinsimpuls führt auch eine Veränderung der Zinserwartungen bei einem gleichbleibenden tatsächlichen Zinssatz zu einer stärkeren Veränderung des realen BIP in Deutschland. Jedoch reagiert das Preisniveau in Deutschland auf den Erwartungsimpuls stärker als in den anderen Ländern, während es auf den konventionellen Zinsimpuls schwächer rea-

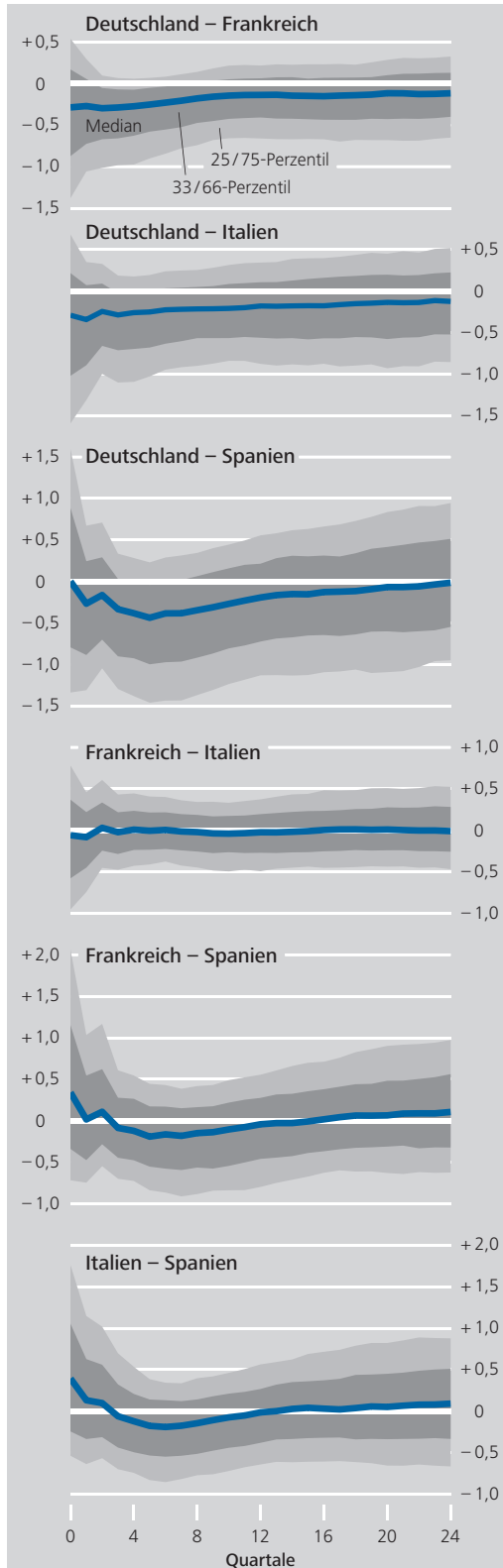
30 Genauer bedeutet eine negative Differenz, dass das reale BIP im ersten Land stärker sinkt oder weniger stark ansteigt als im zweiten Land. Da die Vorzeichenrestriktion sich in diesem Modell nur auf den Durchschnitt der Länder bezieht, befindet sich ein Teil der Wahrscheinlichkeitsmasse der Impulsantwortfunktionen des realen BIP auch im positiven Bereich.

31 Die Verteilung der Differenz zwischen Frankreich und Spanien zeigt keine klare Richtung. Dagegen ist die Differenz zwischen Frankreich und Italien ab etwa vier Quartalen überwiegend im negativen und zwischen Italien und Spanien im positiven Bereich.



Ländervergleich der Wirkung der Geldpolitik auf den HVPI^{*)}
hier: erwartete Zinserhöhung um 25 bp

in %



* Geschätzte Wahrscheinlichkeitsverteilung der Wirkung im erstgenannten minus der Wirkung im zweitgenannten Land.
 Deutsche Bundesbank

giert.³²⁾ Dies muss keinen Widerspruch darstellen, sondern könnte daran liegen, dass ein geldpolitischer Impuls in Form von Forward Guidance in Deutschland stärkeren Einfluss auf die Preiserwartungen der Produzenten als eine Leitzinsänderung hat. Für sich genommen würde dieser Effekt die Wirkung von Forward Guidance auf die Verbraucherpreise (relativ zu einer Leitzinsänderung) verstärken. Sofern dieser Effekt in anderen Ländern nicht oder nur in abgeschwächter Form eintritt, kann dies die Länderreihenfolge verändern.³³⁾

Mandler und Scharnagl (2023) untersuchen mögliche Begründungen für die stärkere BIP-Reaktion in Deutschland auf die Erwartungsänderung mithilfe von Erweiterungen des Modells um zusätzliche Variablen. Dieser Ansatz bietet sich hier im Unterschied zur Analyse im vorangegangenen Abschnitt an, da das Modell in seiner Basisversion weniger Variablen enthält und deshalb leichter um weitere Größen er-

Modellerweiterungen deuten auf persistenterere Wirkungen auf Finanzierungsbedingungen in Deutschland hin

32 Mandler und Scharnagl (2023) identifizieren zusätzlich zu dem Zinserwartungsschock einen konventionellen geldpolitischen Zinsschock – allerdings mit dem Dreimonatszins als geldpolitischem Indikator. Der Ländervergleich der Effekte dieses Zinsimpulses zeigt, dass das reale BIP in Deutschland stärker auf die konventionelle Zinspolitik reagiert als in den anderen Ländern, wie in Mandler et al. (2022). Die Reaktion des HVPI ist wieder in Spanien am stärksten. In dieser Hinsicht erscheinen die Ergebnisse für die konventionelle Geldpolitik robust. Die Rangfolge der jeweils anderen Länder verändert sich z. T. im Vergleich zu Mandler et al. (2022) und hängt vom betrachteten Zeithorizont der Reaktion ab. Beide Modelle unterscheiden sich u. a. im Schätzzeitraum, den enthaltenen Variablen und den Identifikationsannahmen für die geldpolitischen Impulse. Als Robustheitstest wurde das Modell in Mandler et al. (2022) neu mit den auf S. 56 beschriebenen Restriktionen auf die Länderdurchschnitte der Output- und Preisreaktionen geschätzt und somit an die Identifikationsannahmen des späteren Modells angenähert. Dies führt zu einer Abschwächung der Länderunterschiede in der BIP-Reaktion, sie bleibt jedoch weiterhin am stärksten in Deutschland. Die Preisreaktion bleibt dagegen weiter am stärksten in Spanien. Dies deutet darauf hin, dass dieser Identifikationsansatz nicht die Unterschiede in den Ergebnissen treibt.

33 Modelltheoretisch zielt dieses Argument darauf ab, dass sich das Gleichgewicht in einer Volkswirtschaft bei einem geldpolitischen Impuls nicht nur entlang einer gegebenen gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion bewegt, sondern sich diese bei Änderungen der Preiserwartungen auch vertikal verschiebt. Unterschiedlich starke Reaktionen des Preisniveaus für die beiden verschiedenen geldpolitischen Impulse können somit mit derselben Steigung der gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion konsistent sein, sofern die Preiserwartungen verschieden stark auf die beiden Impulse reagieren.

Hat das Ankaufprogramm für Vermögenswerte (APP) unterschiedlich auf die Länder des Euroraums gewirkt?

Mandler und Scharnagl (2020) untersuchen mithilfe eines BVAR-Modells, ob das APP des Eurosystems unterschiedlich stark auf die vier großen Volkswirtschaften des Euroraums gewirkt hat. Das Ankaufprogramm sollte expansive geldpolitische Impulse in einer Phase setzen, in der die konventionelle Geldpolitik kaum noch Spielraum für weitere Zinssenkungen hatte.¹⁾ Die empirische Analyse schätzt und vergleicht die Effekte des Ankaufprogramms von Anfang 2015, als es beschlossen wurde, bis zur erstmaligen Beendigung der Nettoankäufe Ende 2018. Im Unterschied zu den beiden Studien im Haupttext werden jedoch nicht Impulsantwortfunktionen auf einen geldpolitischen Schock verglichen, sondern simulierte Effekte des APP auf die vier Länder.

Das Modell besteht aus einem Euroraum-Block von Variablen und einem länderspezifischen Block.²⁾ Der länderspezifische Block enthält für Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP), den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Bankkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, den Kreditzins und die Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren. Der Euroraum-Block besteht aus Finanzvariablen für den Euroraum insgesamt, dem European Overnight Index Average (EONIA), einem Aktienkursindex, dem nominalen effektiven Wechselkurs, dem CISS³⁾, der Renditedifferenz zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen (excess bond premium), der durchschnittlichen Rendite von Staatsanleihen mit einer jeweils fünf- und zehnjährigen Restlaufzeit und der Differenz zwischen den Staatsanleiherenditen in Deutschland und dem Euroraum-Durchschnitt mit fünf Jahren Restlaufzeit.

Die Simulation der APP-Effekte wird als Ergebnis einer Sequenz von geldpolitischen Schocks berechnet. Zu diesem Zweck werden zwei geldpolitische Schocks mithilfe von Vorzeichenrestriktionen identifiziert, ein konventioneller geldpolitischer, das heißt zinspolitischer Schock und ein unkonventioneller geldpolitischer Schock. Für den konventionellen geldpolitischen Schock wird angenommen, dass ein Rückgang des EONIA die Staatsanleiherenditen im Euroraum und in den einzelnen Ländern fallen lässt und dass das reale BIP und der HVPI im Durchschnitt über die vier Länder steigen.⁴⁾ Die Identifikation des unkonventionellen Geldpoliticschocks baut auf den dokumentierten Finanzmarkteffekten von geldpolitischen Ankaufprogrammen auf (z. B. Altavilla et al. (2021)). Der Schock führt zu einem Anstieg des Aktienkursindex, einer Abwertung des Euro und einem Rückgang der Staatsanleiherenditen. Darüber hinaus wird angenommen, dass der CISS und die excess bond premium abnehmen, das heißt die Wertpapierkäufe Risikoprämien vermindern, und die Renditedifferenz zwischen deutschen Staatsanleihen und dem Euroraum-Durchschnitt fällt, das heißt die deutsche Staatsanleiherendite weniger stark zurückgeht als der Durchschnitt im Euroraum insgesamt. Weiterhin führt der unkonventionelle Geld-

¹ Zu den Transmissionsmechanismen geldpolitischer Kaufprogramme, siehe z. B.: Deutsche Bundesbank (2016).

² Zu den Details des Modells, siehe: Mandler und Scharnagl (2020).

³ Der CISS ist ein Indikator für Stress im Finanzsystem. Er fasst die Bedeutung von Friktionen und Anspannungen im Finanzsystem in einem Indikator zusammen, siehe: Holló et al. (2012).

⁴ Bei der Berechnung der Durchschnitte werden die länderspezifischen Variablen mit den jeweiligen BIP gewichtet. Die Vorzeichenrestriktion ist weniger restriktiv als die Annahme, der geldpolitische Schock führe zu einem Anstieg des BIP und des HVPI in jedem Land.

politikschock zu einem Anstieg des BIP und des HVPI im Durchschnitt über die Länder. Der Unterschied zwischen dem unkonventionellen und dem konventionellen geldpolitischen Schock besteht darin, dass ersterer keinen Effekt auf den EONIA hat.⁵⁾ Alle diese Restriktionen gelten in der Periode, in der die Schocks eintreten.

Die Simulation der Effekte des APP beruht auf einer Folge expansiver unkonventioneller geldpolitischer Impulse. Diese Impulse sind so kalibriert, dass ihre Effekte auf die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen den Revisionen in den Annahmen über diese Rendite in den makroökonomischen Projektionen des Eurosystems im Analysezeitraum entsprechen. Diese Annahmen spiegeln die Markterwartungen zum Zeitpunkt der jeweiligen Projektion wider. Die Simulation unterstellt damit, dass diese Erwartungsrevisionen in erster Linie durch die unkonventionelle Geldpolitik und vor allem durch das APP getrieben worden sind.⁶⁾ Für sich genommen, würden die expansiven Wirkungen der unkonventionellen Geldpolitikschocks zu einem Anstieg des EONIA gemäß der im Modell geschätzten geldpolitischen Reaktionsfunktion führen. Um diesen, die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen konterkarierenden Effekt zu vermeiden, werden die unkonventionellen mit konventionellen Geldpolitikschocks kombiniert, so dass der EONIA auf seiner Basislinie verharrt.⁷⁾

Auf die simulierten Effekte des APP wird der auf Seite 44 ff. beschriebene Vergleichsansatz angewandt. Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass das APP auf das reale BIP in Frankreich schwächer gewirkt hat als in den anderen Ländern. Die Unterschiede zwischen Deutschland, Italien und Spanien sind nicht stark genug ausgeprägt, um eine klare Rangfolge zu erkennen. Die Auswirkungen auf die Verbraucherpreise

waren den Schätzungen zufolge am stärksten in Spanien und am schwächsten in Italien mit Deutschland und Frankreich zwischen den beiden Extremen. Insgesamt zeigt die Analyse, dass auch Deutschland vom APP profitiert hat und die Effekte des Programms dort keineswegs die Schwächsten unter den betrachteten Ländern waren.

5 Die Identifikation eines unkonventionellen geldpolitischen Schocks über die Zinsstruktur mit der zentralen Annahme, dass ein unkonventioneller Geldpolitikschock auf den Langfristzins, aber nicht auf den kurzfristigen Geldmarktzins wirkt, folgt Baumeister und Benati (2013).

6 Die unkonventionellen Geldpolitikschocks erfassen alle geldpolitischen Maßnahmen, die gemäß den bei der Identifikation getroffenen Annahmen auf die Zinsstruktur wirken. Dazu gehört z. B. auch Forward Guidance. Streng genommen schätzen die Simulationen also die zusammengefassten Effekte verschiedener unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen. Bei der Interpretation wird davon ausgegangen, dass der größte Anteil davon auf das APP zurückzuführen ist.

7 Zu den Details der Simulation siehe: Mandler und Scharnagl (2020). Hinter dieser Vorgehensweise steht die Tatsache, dass der Spielraum des Eurosystems für weitere Zinssenkungen durch die effektive Zinsuntergrenze begrenzt wurde und das APP expansive geldpolitische Impulse setzen sollte. Eine konventionelle Geldpolitik, die diesen expansiven geldpolitischen Impulsen entgegenwirken würde, war deshalb unwahrscheinlich.

weitert werden kann. Sie wiederholen die Schätzung mit Modellvarianten, die für jedes der Länder entweder die Rendite von Staatsanleihen mit zweijähriger Restlaufzeit, die Renditedifferenz zwischen Unternehmens- und Staatsanleihen (excess bond premium; vgl.: Gilchrist und Mojon (2018)), die realen Investitionen oder gleichzeitig die Buchkredite an nicht-finanzielle Unternehmen und den entsprechenden Kreditzins enthalten. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Veränderung des erwarteten kurzfristigen Zinssatzes in Deutschland zu einer persistenteren Veränderung der Finanzierungskosten führt als in anderen Ländern und eine stärkere Wirkung auf Kredite und Investitionen hat.

Ein anderes wichtiges unkonventionelles geldpolitisches Instrument des Eurosystems war das Ankaufprogramm für Vermögenswerte (APP). Mandler und Scharnagl (2020) analysieren mögliche Unterschiede in den Wirkungen des APP auf die vier großen Euro-Länder, wieder mithilfe eines Mehr-Länder-BVAR-Modells (siehe die Erläuterungen auf S. 51 f.). Anstelle des Effekts eines einmaligen geldpolitischen Impulses vergleichen sie die mit dem Modell simulierten Effekte des APP über den Zeitraum von Anfang 2015 bis Ende 2018. Ihre Ergebnisse deuten darauf hin, dass das APP auf das BIP in Frankreich im Ländervergleich schwächer gewirkt hat. Die Unterschiede zwischen Deutschland, Italien und Spanien sind für eine Schlussfolgerung nicht stark genug ausgeprägt. Die geschätzte Wirkung auf den HVPI ist in Spanien am stärksten und in Italien am schwächsten, während Deutschland und Frankreich mit ähnlichen Wirkungen dazwischen liegen. Auch zu den APP-Effekten kommen verschiedene Studien jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen.³⁴⁾

Bedeutung regionaler Unterschiede in der geldpolitischen Transmission für die Geldpolitik

Die vorliegenden Studien zu länderspezifischen Unterschieden in den Wirkungen der Geldpolitik im Euroraum geben, zusammen mit den hier vorgestellten Untersuchungen, Hinweise darauf, dass die einheitliche Geldpolitik des Eurosystems unterschiedlich auf die Volkswirtschaften des Euroraums wirkt. Dies gilt nicht nur für die konventionelle Zinspolitik des Eurosystems, sondern auch für unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen wie beispielsweise Forward Guidance. Einige der Analysen liefern Anhaltspunkte dafür, welche strukturellen Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften dabei eine Rolle spielen könnten. Die dazu vorliegenden Untersuchungen berücksichtigen jedoch typischerweise nur eine überschaubare Anzahl struktureller Einflussfaktoren, und es bleibt offen, wie stark deren Bedeutung, auch relativ zueinander, für die Erklärung der Unterschiede ist.

Allerdings unterscheiden sich die Ergebnisse der Studien, die Hinweise auf unterschiedliche Wirkungen der Geldpolitik auf die Euro-Länder dokumentieren, hinsichtlich der relativen Reihenfolge der darin untersuchten Länder.³⁵⁾ Die Gesamtschau auf die Literatur legt eine gewisse Sensitivität der Ergebnisse unter anderem im

Literatur liefert Hinweise auf heterogene Effekte der Geldpolitik des Eurosystems

Rangfolge der Länder ist nicht robust über die vorhandenen Studien

³⁴ Auch die Schätzungen von Boeckx et al. (2017) sowie Burriel und Galesi (2018) zeigen unter den vier Ländern die stärksten Auswirkungen auf die Preise in Spanien. Im Unterschied zu Mandler und Scharnagl (2020) schätzen sie jedoch einen im Vergleich zu den anderen Ländern stärkeren BIP-Effekt in Deutschland. Wieladek und Pascual (2016) schätzen den stärksten Preiseffekt in Deutschland und den stärksten BIP-Effekt in Spanien. Diese Studien vergleichen jedoch den Effekt eines einmaligen unkonventionellen geldpolitischen Impulses, während die Analyse auf S. 51 f. simulierte Gesamteffekte des APP über mehrere Jahre vergleicht.

³⁵ Siehe dazu die Diskussion auf S. 47. So ist z. B. in der Analyse von Georgiadis (2015) die Outputreaktion auf einen Zinsimpuls unter den hier betrachteten vier Ländern in Frankreich am schwächsten, während die Analyse im Abschnitt „Heterogene Wirkungen der Zinspolitik?“ in Frankreich eine stärkere Reaktion als in Italien und Spanien ergibt. Während die Outputreaktion in Deutschland in der Analyse im selben Abschnitt am stärksten ist, schätzen z. B. Ciccarelli et al. (2013) größere Effekte der Geldpolitik auf das reale BIP der stärker von der Finanz- und Staatsschuldenkrise betroffenen Euro-Länder.

Hinblick auf den Schätzzeitraum, die Modellstruktur und die Identifikationsannahmen nahe. Die konkrete Länderreihenfolge sollte deshalb nicht überbewertet werden, bis es diesbezüglich zu einem Konsens gekommen ist. Darüber hinaus kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sich diese Reihenfolge im Zeitverlauf ändert, zum Beispiel aufgrund von Strukturreformen. Im Folgenden geht es deshalb nicht um die Ergebnisse für einzelne Länder, sondern um die grundsätzlicheren Implikationen von regionalen Unterschieden in der geldpolitischen Transmission für die Geldpolitik des Eurosystems.

Disaggregierte Analysen liefern wichtige Informationen für geldpolitische Entscheidungsfindung

Das Mandat des Eurosystems ist die Sicherung der Preisstabilität im Euroraum insgesamt. Als Konsequenz hat der EZB-Rat das Preisstabilitätsziel anhand des HVPI für den Euroraum als Ganzem definiert. Länderspezifische Entwicklungen können somit auf der Zielebene der Geldpolitik keine Rolle spielen. Dies muss aber nicht notwendigerweise für die darunter liegende Ebene gelten, auf der es um die Kalibrierung des Einsatzes der geldpolitischen Instrumente geht (vgl.: Angelini et al. (2008)). Dies darf aber nicht mit einer Geldpolitik verwechselt werden, die sich in erster Linie an nationalen Gegebenheiten ausrichtet: Das Mandat der Geldpolitik des Eurosystems bezieht sich auf Preisstabilität im Euroraum als Ganzem und länderspezifische Besonderheiten sind in diesem Zusammenhang nur insoweit von Bedeutung, wie sie für die Inflationsentwicklung im Euroraum relevant sind. Obgleich der EZB-Rat somit seine Entscheidungen mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum insgesamt trifft, liefern disaggregierte, das heißt auch länderspezifische Daten wichtige Informationen für die geldpolitische Entscheidungsfindung. Sie helfen bei der Verbesserung des Verständnisses und der Einschätzung der aggregierten Inflationsentwicklung und der Transmissionsmechanismen der Geldpolitik in Euroraum (vgl.: Issing (2004)). So haben seit Beginn der Währungs-

union nicht nur länderspezifische Daten, sondern auch Einzeldaten, zum Beispiel über Banken, für die Analyse der geldpolitischen Transmission an Bedeutung gewonnen.³⁶⁾

Das Eurosystem nutzt für die Vorbereitung der geldpolitischen Entscheidungsfindung neben Modellen auf der aggregierten Euroraum-Ebene auch verschiedene Mehr-Länder-Modelle, die Unterschiede in den Wirkungszusammenhängen erfassen.³⁷⁾ In diese Kategorie gehören auch die in diesem Aufsatz vorgestellten Modelle. Die wichtigen gesamtwirtschaftlichen Projektionen beruhen auf Prognosen für die einzelnen Euroraum-Länder, die auf die Ebene des Euroraums aggregiert werden.³⁸⁾

EZB-Rat nutzt alle relevanten Informationen

Abschließend ist zu betonen, dass es nicht Aufgabe der Geldpolitik ist, Unterschiede in der Wirkungsweise der Geldpolitik zwischen den Ländern einzuebnen. Die empirische Evidenz spricht dafür, dass hinter diesen Unterschieden strukturelle und institutionelle Bestimmungsfaktoren stehen, die in die Kompetenz anderer, insbesondere nationaler Politikbereiche fallen. Unterschiedliche regionale Wirkungen der Geldpolitik sind außerdem kein spezifisches Problem einer Währungsunion wie des Euroraums. So geben empirische Analysen für die USA auch Hinweise darauf, dass die Geldpolitik der Federal Reserve nicht homogen im gesamten Land wirkt (z. B. Carlino und DeFina (1998, 1999) sowie Pizzuto (2020)).

Strukturelle und institutionelle Bestimmungsfaktoren heterogener Transmission im Kompetenzbereich anderer Politikfelder

³⁶ Siehe den Überblick über die Entwicklung der monetären und finanziellen Analyse in: Deutsche Bundesbank (2023). Einen Überblick über die in Einzeldaten zum Preissetzungsverhalten enthaltenen Informationen über den Inflationsprozess und die Transmission auf Euroraum-Ebene bieten: Dedola et al. (2023).

³⁷ Ein Beispiel dafür ist das BASE-Modell des EZB-Stabs, siehe: Angelini et al. (2019).

³⁸ Einen Überblick über die Projektionen bietet: Europäische Zentralbank (2016). Diese Vorgehensweise nutzt die Expertise auf nationaler Ebene und ermöglicht die Berücksichtigung national unterschiedlicher Datenquellen und Institutionen.

■ Anhang: Kurzdarstellung der verwendeten Modelle

Die Analyse der Unterschiede in den Wirkungen der Zinspolitik zwischen den vier großen Euroraum-Ländern in Mandler et al. (2022) nutzt ein mit bayesianischen Methoden geschätztes vektorautoregressives (BVAR-)Mehr-Länder-Modell.³⁹ Dieser flexible Ansatz erfasst mögliche Wechselwirkungen zwischen allen im Modell für die verschiedenen Länder enthaltenen Variablen. Die gemeinsame Einbeziehung aller betrachteten Länder in das empirische Modell ist zudem eine Voraussetzung für die statistische Analyse der geldpolitischen Wirkungsunterschiede (siehe die Ausführungen auf S. 44 ff.).

Die Schätzung des Modells beruht auf vierteljährlichen Daten vom ersten Quartal 1999 bis zum dritten Quartal 2014. Damit wird die darauf folgende Phase ausgeschlossen, in der das Eurosystem die geldpolitische Ausrichtung vor allem über die Ankaufprogramme für Vermögenswerte steuerte. Das Modell enthält für jedes der vier Länder das reale BIP, den HVPI, die Geldmenge M3, die Kredite an den nichtfinanziellen Privatsektor und die Rendite von Staatsanleihen mit fünfjähriger Restlaufzeit. Als weitere Variablen sind die Rendite von Staatsanleihen der Vereinigten Staaten mit fünfjähriger Restlaufzeit und ein U.S.-Schattenzins enthalten, um mögliche Einflüsse der Geldpolitik der Federal Reserve oder der internationalen Kapitalmärkte zu erfassen.⁴⁰

Als Indikator für die Geldpolitik dient der Schattenzins von Wu und Xia (2016) für den Euroraum. Die Ergebnisse sind bei Verwendung des Geldmarktzins für Übernachtskredite (EONIA) qualitativ sehr ähnlich. Das Eurosystem reagiert mit seiner Geldpolitik auf die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum insgesamt. Zwar deckt das Modell nicht alle Euroraum-Volkswirtschaften ab, aber die vier enthaltenen Länder umfassen im Schätzzeitraum mehr als drei Viertel des realen BIP des Euroraums. Damit sollte eine ausreichend gute empirische Modellierung der geldpolitischen Reaktion des Eurosystems auf die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum möglich sein.

Die Schätzung der Wirkungen der Zinspolitik erfordert die Trennung der kausalen Effekte der Geldpolitik auf die anderen Variablen von der endogenen Reaktion der Geldpolitik auf Veränderungen des makroökonomischen Umfelds. Dazu werden sogenannte geldpolitische Schocks mithilfe von Vorzeichenrestriktionen identifiziert: In der Untersuchung wird angenommen, dass eine Erhöhung des geld-

politischen Zinssatzes innerhalb desselben Quartals zu einem Rückgang des realen BIP und des HVPI in allen Ländern führt.⁴¹ Mithilfe dieser Annahme können aus dem geschätzten Modell die Reaktionen aller Variablen auf eine Zinserhöhung des Eurosystems, die sogenannten Impulsantwortfunktionen, berechnet werden.

Die Analyse der Wirkungen von Veränderungen der Zinserwartungen ist der Studie von Mandler und Scharnagl (2023) entnommen. Das darin verwendete Modell ist ähnlich aufgebaut wie jenes zur Analyse von tatsächlichen Zinsänderungen. Im Vergleich zum oben beschriebenen Modell enthält es jedoch weniger länderspezifische Variablen und wurde stattdessen in Anlehnung an D'Amico und King (2023) um Erwartungsvariablen erweitert, die es erlauben, die Effekte von Erwartungsschocks zu erfassen.

Das Modell enthält für jedes Land das reale BIP und den HVPI. Für den Euroraum insgesamt enthält es das reale BIP, den HVPI, die Durchschnittsrendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren, einen Aktienkursindex und den Dreimonatszinssatz auf dem Geldmarkt als Indikator für die Geldpolitik. Weitere Variablen sind der Ölpreis und die Rendite von U.S.-Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren. Ergänzt werden diese Variablen um Consensus-Erwartungen für den Euroraum insgesamt über das zukünftige reale BIP, den zukünftigen HVPI

³⁹ Für eine genaue Beschreibung des Modells und des Schätzansatzes siehe: Mandler et al. (2022). Mandler et al. (2016, 2017) stellen frühere Versionen dieser Analyse dar, die im Veröffentlichungsprozess zu der hier zusammengefassten Version weiterentwickelt wurde.

⁴⁰ Ein Schattenzins ist ein hypothetischer Zinssatz für Übernachtskredite auf dem Geldmarkt, der sich ohne eine bindende effektive Zinsuntergrenze eingestellt hätte. Er wird mithilfe von Zinssätzen unterschiedlicher Laufzeiten aus einem Zinsstrukturmodell geschätzt. Der Schattenzins reagiert sowohl auf Veränderungen der kurzfristigen Zinssätze, d. h. auf die konventionelle Geldpolitik der Zentralbank als auch auf unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen, die auf Zinsen mittlerer und längerer Laufzeiten wirken. Einen Überblick über Konstruktion und Interpretation des Schattenzinses bietet: Deutsche Bundesbank (2017).

⁴¹ Eine weitere Annahme ist, dass ein Anstieg des realen BIP oder des Preisniveaus in einem Land, für sich genommen, zu einer Erhöhung des geldpolitischen Zinses im selben Quartal führt, d. h. es wird angenommen, dass die Koeffizienten der aktuellen Outputs und Preisniveaus in der geldpolitischen Reaktionsfunktion positiv sind, siehe: Arias et al. (2019).

und den zukünftigen Dreimonatszins.⁴²⁾ Die Verwendung des Dreimonatszinses als Indikator für die Geldpolitik ergibt sich daraus, dass Consensus-Erwartungen zwar für den Dreimonatszins, nicht aber für den Übernachtzinssatz oder einen Schattenzins im Euroraum vorliegen. Mandler und Scharnagl (2023) schätzen drei Modellvarianten, die sich hinsichtlich des Zeithorizonts der Erwartungsvariablen – zwei, vier oder sechs Quartale in der Zukunft – unterscheiden. Die im Haupttext zusammengefassten Ergebnisse beziehen sich auf das Modell, das Erwartungsvariablen mit einem Horizont von vier Quartalen einschließt. Die Analysen für die anderen Erwartungshorizonte führen zu derselben Reihung der Länder hinsichtlich der Effekte der Geldpolitik.⁴³⁾

Im Fokus dieser Analyse stehen die kausalen Effekte einer Veränderung der Zinserwartungen. Die dazu erforderliche Identifikation eines Zinserwartungsschocks erfolgt mithilfe von Vorzeichen- und Nullrestriktionen:⁴⁴⁾ Diesen Annahmen zufolge führt ein Anstieg des erwarteten Dreimonatszinses zu einem Rückgang sowohl des aktuellen als auch des erwarteten realen BIP und des HVPI im Euroraum. Zudem sinkt der Aktienkursindex und die Staatsanleiherendite steigt. Auf den aktuellen Dreimonatszins hat der Zinserwartungsschock annahmegemäß keine Wirkung (Nullrestriktion). Diese Anforderung trennt die Effekte einer Veränderung des erwarteten Dreimonatszinses von jenen einer Änderung des aktuellen Dreimonatszinses. Alle diese Restriktionen gelten für das Quartal, in dem der Schock eintritt. Wie in D'Amico und King (2017) wird zusätzlich die Konsistenz von Veränderungen des erwarteten und der späteren tatsächlichen Veränderung des Dreimonatszinses verlangt (Prognosekonsistenz): Wenn der in einem Jahr erwartete Dreimonatszins um eine bestimmte Anzahl Basispunkte abnimmt, muss auch der tatsächliche Dreimonatszins vier Quartale nach dem Impuls um diese Anzahl Basispunkte gefallen sein. Ähnliche Konsistenzannahmen werden für die tatsächlichen und die erwarteten Veränderungen des realen BIP und des HVPI getroffen. Für die länderspezifischen realen BIP und Verbraucherpreise nehmen Mandler und Scharnagl (2023) an, dass ein Anstieg des erwarteten Dreimonatszinses im selben Quartal zu einem Rückgang der mit den realen BIP der jeweiligen Länder gewichteten Durchschnitte des BIP und des HVPI führen. Diese Annahmen sind weniger restriktiv als eine negative Reaktion des realen BIP und des HVPI in jedem einzelnen Land zu verlangen.

Der Schätzzeitraum beginnt auch bei dieser Analyse mit dem ersten Quartal 1999, endet aber mit dem

vierten Quartal 2018. Zwar nutzte der EZB-Rat das Instrument der Forward Guidance vor allem in der 2014 beginnenden Negativzinsphase, um zusätzliche expansive geldpolitische Impulse zu setzen. Dennoch wurden die Zinserwartungen auch vorher schon durch die Kommunikation des Eurosystems beeinflusst, auch in Fällen, in denen sich die tatsächlichen geldpolitischen Leitzinsen nicht veränderten. Unter der Annahme, dass die Wirkungen dieser Erwartungsänderungen jenen einer expliziteren Zins-Forward Guidance ähnlich sind, sind deshalb auch die Daten aus der Zeit vor 2013 in dieser Hinsicht informativ.

Die Effekte von Forward Guidance werden auch in strukturellen makroökonomischen Modellen analysiert.⁴⁵⁾ In dem hier verwendeten BVAR-Modell verändert sich der für einen bestimmten zukünftigen Zeitpunkt erwartete kurzfristige Zinssatz, und der tatsächliche Wert dieses Zinssatzes zu diesem späteren Zeitpunkt muss mit dieser Erwartungsänderung konsistent sein, das heißt von der ursprünglichen Basislinie um denselben Betrag abweichen. Davor und danach ist der Verlauf des kurzfristigen Zinssatzes aber unrestringiert, abgesehen davon, dass er nicht sofort auf die Erwartungsänderung reagieren darf. Dies ist vergleichbar mit der Modellierung von Forward Guidance in dem strukturellen Modell von Giannoni et al. (2015). Auch sie erlauben dem kurzfristigen Zinssatz eine endogene Reaktion auf die Auswirkungen der angekündigten und erwarteten zukünftigen Änderung des geldpolitischen Zinssatzes.⁴⁶⁾ Der hier vorgestellte Modellierungsansatz ist jedoch weniger gut vergleichbar mit einigen anderen

42 Die Wachstums- und Inflationserwartungen aus der Consensus-Umfrage werden für die Analyse in Erwartungen über das Output- und Preisniveau umgerechnet. Das reale BIP und der HVPI für den Euroraum werden in das Modell einbezogen, um eine Verbindung zwischen den realisierten und den erwarteten Größen herzustellen.

43 Für die anderen Ergebnisse siehe: Mandler und Scharnagl (2023) und den dazu gehörenden Online Appendix.

44 Die Darstellung in der veröffentlichten Studie bezieht sich auf einen expansiven Erwartungsschock, d. h. auf einen erwarteten Rückgang des Dreimonatszinses. Für eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit jenen der anderen Studie beschreiben der Haupttext und diese Erläuterungen einen erwarteten Zinsanstieg. Da das Modell symmetrisch ist, ergeben sich diese Ergebnisse einfach durch entsprechende Umkehrung der Vorzeichen.

45 Einen Überblick bietet Taskforce on Rate Forward Guidance and Reinvestment (2022), Abschnitt 3.

46 Ihr Modell ermöglicht es Ihnen aber, im Unterschied zu der hier vorgestellten Analyse, sicherzustellen, dass der tatsächliche Pfad des geldpolitischen Zinses nach der Ankündigung einer zukünftigen Änderung durch die Zentralbank vollständig von den Agenten antizipiert wird.

strukturellen Modellen. In ihnen wird Forward Guidance so modelliert, dass nach der Ankündigung über die zukünftige Zinspolitik der geldpolitische Zinssatz auf dem Ausgangspfad verbleibt und erst zu dem Zeitpunkt, auf den sich die Ankündigung bezog, von dem ursprünglichen, das heißt vor der Ankündigung erwarteten Zinspfad abweicht (z. B. Levin et al. (2010) sowie McKay et al. (2016)).

■ Literaturverzeichnis

Abbritti, M. und S. Weber (2010), Labor market institutions and the business cycle: Unemployment rigidities versus real wage rigidities, Europäische Zentralbank, Working Paper, No. 1183.

Altavilla, C., L. Brugnolini, R. Gürkaynak, R. Motto und G. Ragusa (2019), Measuring euro area monetary policy, *Journal of Monetary Economics*, 108, S. 162–179.

Altavilla, C., G. Carboni und R. Motto (2021), Asset purchase programs and financial markets: Lessons from the euro area, *International Journal of Central Banking*, 17 (70), S. 1–48.

Angelini, E., N. Bokan, K. Christoffel, M. Ciccarelli und S. Zimic (2019), Introducing ECB-BASE: The blueprint of the new ECB semi-structural model for the euro area, Europäische Zentralbank, Working Paper, No. 2315.

Angelini, P., P. Del Giovane, S. Siviero und D. Terlizzese (2008), Monetary policy in a monetary union: What role for regional information?, *International Journal of Central Banking*, 4 (3), S. 1–28.

Arias, J., D. Caldara und J. Rubio-Ramírez (2019), The systematic component of monetary policy in SVARs: An agnostic identification procedure, *Journal of Monetary Economics*, 101, S. 1–13.

Babecký, J., P. Du Caju, T. Kosma, M. Lawless, J. Messina und T. Rõõm (2010), Downward nominal and real wage rigidity: Survey evidence from European firms, *Scandinavian Journal of Economics*, 112 (4), S. 884–910.

Baumeister, C. und L. Benati (2013), Unconventional monetary policy and the great recession: Estimating the macroeconomic effects of a spread compression at the zero lower bound, *International Journal of Central Banking*, 9 (2), S. 165–212.

Benecká, S., L. Fadejeva und M. Feldkircher (2020), The impact of euro area monetary policy on Central and Eastern Europe, *Journal of Policy Modeling*, 42 (6), S. 1310–1333.

Boeckx, J., M. Dossche und G. Peersman (2017), Effectiveness and transmission of the ECB's balance sheet policies, *International Journal of Central Banking*, 13 (1), S. 297–333.

Bluwstein, K. und F. Canova (2016), Beggar-thy-neighbor? The international effects of ECB unconventional monetary policy measures, *International Journal of Central Banking*, 12 (3), S. 69–120.

Burriel, P. und A. Galesi (2018), Uncovering the heterogeneous effects of ECB unconventional monetary policies across euro area countries, *European Economic Review*, 101, S. 210–29.

Carlino, G. und R. DeFina (1999), The differential regional effects of monetary policy: Evidence from the U.S. states, *Journal of Regional Science*, 39 (2), S. 339–358.

Carlino, G. und R. DeFina (1998), The differential regional effects of monetary policy, *The Review of Economics and Statistics*, 80 (4), S. 572–578.

Cavallo, A. und A. Ribba (2015), Common macroeconomic shocks and business cycle fluctuations in euro area countries, *International Review of Economics and Finance*, 38, S. 377–392.

Ciccarelli, M., A. Maddaloni und J.-L. Peydró (2013), Heterogeneous transmission mechanism: Monetary policy and financial fragility in the Eurozone, *Economic Policy*, 28(75), S. 459–512.

Ciccarelli, M. und C. Osbat (Hrsg., 2017), Low inflation in the euro area: Causes and consequences, Europäische Zentralbank, Occasional Paper, No. 181.

Ciccarelli, M. und A. Rebucci (2006), Has the transmission mechanism of European monetary policy changed?, *European Economic Review*, 50 (3), S. 737–776.

Crespo Cuaresma, J., G. Doppelhofer, M. Feldkircher und F. Huber (2019), Spillovers from US monetary policy: Evidence from a time varying parameter global vector auto-regressive model, *Journal of the Royal Statistical Society Series A*, 182 (3), S. 831–861.

D’Amico, S. und T. King (2023), What does anticipated monetary policy do? *Journal of Monetary Economics*, 138, S. 123–139.

D’Amico, S. und T. King (2017), What does anticipated monetary policy do? Federal Reserve Bank of Chicago, Working Paper, No. 2015–10, Revised April 2017.

Dedola, L., E. Gautier, A. Nakov, S. Santoro, L. Henkel, B. Fagandini und E. De Veirman (2022), Some implications of micro price-setting evidence for inflation dynamics and monetary transmission, Europäische Zentralbank, Occasional Paper, No. 321.

Deutsche Bundesbank (2023), Von der monetären Säule zur monetären und finanziellen Analyse, Monatsbericht, Januar 2023, S. 15–53.

Deutsche Bundesbank (2017), Geldpolitische Indikatoren an der Zinsuntergrenze auf Basis von Zinsstrukturmodellen, Monatsbericht, September 2017, S. 13–34.

Deutsche Bundesbank (2016), Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euroraum, Monatsbericht, Juni 2016, S. 29–54.

Deutsche Bundesbank (2013), „Forward Guidance“ – Orientierung über die zukünftige Ausrichtung der Geldpolitik, Monatsbericht, August 2013, S. 31 ff.

Dominguez-Torres, H. und L. Hierro (2019), The regional effects of monetary policy: A survey of the empirical literature, *Journal of Economic Surveys*, 33 (2), S. 604–638.

Europäische Zentralbank (2016), A guide to the Eurosystem/ECB staff macroeconomic projection exercises.

European Banking Federation (2022), Banking in Europe: EBF Facts & Figures 2022.

Georgiadis, G. (2016), Determinants of global spillovers from US monetary policy, *Journal of International Money and Finance*, 67, 41–67.

Georgiadis, G. (2015), Examining asymmetries in the transmission of monetary policy in the euro area: Evidence from a mixed cross-section global VAR model, *European Economic Review*, 75, S. 195–215.

Giannoni, M., C. Patterson und M. Del Negro (2015), The forward guidance puzzle, *Society for Economic Dynamics*, 2015 Meeting Papers, No. 1529.

Gilchrist, S. und B. Mojon (2018), Credit risk in the euro area, *Economic Journal*, 128 (608), S. 118–158.

Guiso, L., A. Kashyap, F. Panetta und D. Terlizzese (2000), Will a common European monetary policy have asymmetric effects?, *Banca d'Italia, Temi di Discussione*, No. 384.

Hartmann, P. und F. Smets (2018), The European Central Bank's monetary policy during its first 20 years, *Brookings Papers on Economic Activity*, Fall, S. 1–118.

Holló, D., M. Kremer und M. Lo Duca (2012), CISS – a composite indicator of stress in the financial system, *Europäische Zentralbank, Working Paper*, No. 1426.

Issing, O. (2004), Dinner speech at the ECB workshop on "Monetary policy implications of heterogeneity in a currency area" in Frankfurt on 13 and 14 December 2004.

Kilian, L. und H. Lütkepohl (2017), *Structural Vector Autoregressive Analysis*, Cambridge University Press.

Koop, G. (2003), *Bayesian Econometrics*, Wiley.

Levin, A., D. López-Salido, E. Nelson und T. Yun (2010), Limitations on the effectiveness of forward guidance at the zero lower bound, *International Journal of Central Banking*, 6 (1), 143–189.

Mandler, M. und M. Scharnagl (2023), The effects of shocks to interest-rate expectations in the euro area: estimates at the country level, *Journal of Forecasting*, 42 (3), S. 643–656.

Mandler, M. und M. Scharnagl (2020), Estimating the effects of the Eurosystem's asset purchase programme at the country level, *Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank*, Nr. 29/2020.

Mandler, M., M. Scharnagl und U. Volz (2022), Heterogeneity in euro area monetary policy transmission: evidence from a large multicounty BVAR model, *Journal of Money, Credit and Banking*, 54 (2–3), S. 627–649.

Mandler, M., M. Scharnagl und U. Volz (2017), *Wirkt die gemeinsame Geldpolitik unterschiedlich auf die Länder des Euroraums?*, Deutsche Bundesbank, Research Brief, 13. Ausgabe – Juni 2017.

Mandler, M., M. Scharnagl und U. Volz (2016), *Heterogeneity in euro area monetary policy transmission: evidence from a large multicounty BVAR model*, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 03/2016.

McKay, A., E. Nakamura und J. Steinsson (2016), *The power of forward guidance revisited*, *American Economic Review*, 106 (10), S. 3133–3158.

Mojon, B. und G. Peersman (2001), *A VAR description of the effects of monetary policy in the individual countries of the euro area*. Europäische Zentralbank, Working Paper, No. 92.

Nelson, E. (2021), *The emergence of forward guidance as a monetary policy tool*, Federal Reserve Board, Finance and Economics Discussion Series, No. 2021–033.

Owyang, M. und H. Wall (2009), *Regional VARs and the channels of monetary policy*, *Applied Economics Letters*, 16 (12), S. 1191–1194.

Pizzuto, P. (2020), *Regional effects of monetary policy in the U.S.: An empirical reassessment*, *Economics Letters*, 190, S. 1–6.

Reichold, K., M. Wagner, M. Damjanović und M. Drenkovska (2022), *Sources and channels of nonlinearities and instabilities of the Phillips curve: Results for the euro area and its member states*, Institut für Höhere Studien, Working Paper, No 40.

Rostagno, M., C. Altavilla, G. Carboni, W. Lemke, R. Motto, A. Saint Guilhem und J. Yiangou (2019), *A tale of two decades: The ECB's monetary policy at 20*, Europäische Zentralbank, Working Paper, No. 2346.

Schenker, N. und J. Gentleman (2001), *On judging the significance of differences by examining the overlap between confidence intervals*, *The American Statistician*, 55 (3), S. 182–186.

Sondermann, D., A. Consolo, V. Gunnella, G. Koester, K. Lambrias, P. López-García, C. Nerlich, F. Petroulakis, L. Saiz und R. Serafini (2019), *Economic structures 20 years into the euro*, Europäische Zentralbank, Occasional Paper Series, No. 224.

Taskforce on Rate Forward Guidance and Reinvestment (2022), *Rate forward guidance in an environment of large central bank balance sheets: A Eurosystem stock-taking assessment*, Europäische Zentralbank, Occasional Paper, No. 290.

Van Leuvensteijn, M., C. Kok Sørensen, J. Bikker und A. van Rixtel (2008), *Impact of bank competition on the interest-rate pass-through in the euro area*, Europäische Zentralbank, Working Paper, No. 885.

Vespignani, J. (2015), *On the differential impact of monetary policy across states/territories and its determinants in Australia: Evidence and new methodology from a small open economy*, *Journal of International Financial Markets, Institutions & Money*, 34, S. 1–13.

Wieladek, T. und A. Pascual (2016), The European Central Bank's QE: A new hope? Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper, No. 11309.

Wu, J. und F. Xia (2016), Measuring the macroeconomic impact of monetary policy at the zero lower bound, *Journal of Money, Credit and Banking*, 48(2–3), S. 253–291.

Modelle zur kurzfristigen Konjunkturprognose während der jüngsten Krisen

Die kurzfristige Konjunkturanalyse in der Bundesbank zielt auf eine belastbare Einschätzung der Wirtschaftslage und der unmittelbaren Aussichten ab. Dabei steht die vierteljährliche Wachstumsrate des saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Fokus. Ökonometrische Prognosemodelle spielen hierfür eine zentrale Rolle. Sie werden durch Expertenwissen der Konjunkturprognostiker ergänzt. Durch diese Verzahnung entsteht die endgültige konjunkturelle Einschätzung der Bundesbank.

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine brachten erhebliche Herausforderungen für die Konjunkturanalyse und -prognose mit sich. Die wiederholten Eindämmungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie und ihre nachfolgenden Lockerungen führten zu massiven Schwankungen der Wirtschaftsaktivität sowie zu hoher Unsicherheit über die Lage und die Perspektiven der Wirtschaft. Diese Unsicherheit wurde durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkt. Beide Ereignisse brachten wirtschaftliche Belastungen mit sich, die in den herkömmlichen Modellen im Werkzeugkasten der Bundesbank und anderer Prognostiker nicht adäquat abgebildet waren. Es war so nicht möglich, zeitnah belastbare modellbasierte Prognosen zu liefern. Dementsprechend bekam die Expertise der Konjunkturfachleute eine hervorgehobene Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund wurden Anpassungen und Ergänzungen am Werkzeugkasten für die Kurzfristprognose vorgenommen. Darüber hinaus wurden neue Methoden und Modelle eingeführt, die die Wirtschaftsaktivität auf einer höheren Frequenz als der vierteljährlichen modellieren. Dazu gehören die Schätzung eines monatlichen BIP, ein wöchentlicher Aktivitätsindex sowie die Entwicklung eines wöchentlichen BIP-Indikators.

Die Treffsicherheit der überarbeiteten und neuen BIP-Prognosemodelle ist für das jeweils laufende Quartal sowie das jeweils gerade abgelaufene Quartal im Mittel höher als diejenige eines einfachen Vergleichsmodells, bei dem die BIP-Rate anhand des historischen Durchschnitts fortgeschrieben wird. Für das Brückengleichungsmodell, welches insgesamt die höchste Treffsicherheit aufweist, ist dies auch für die Prognosen ein Quartal voraus der Fall. Die mit Ausbruch der Pandemie massiv verschlechterte Prognosegüte der Modelle verbesserte sich seit Ende 2020 wieder erheblich. Sie reicht aber noch nicht wieder an die Zeit vor der Corona-Pandemie heran. Deshalb dürften das Wissen und das Urteilsvermögen der Konjunkturfachleute auf absehbare Zeit eine hervorgehobene Bedeutung behalten.

Herausforderungen in der Konjunkturprognose seit der Pandemie für Modelle und Fachleute

Konjunkturana- lyse wichtig für geldpolitische Entscheidungen

Eine zeitnahe und treffsichere Einschätzung der aktuellen Konjunkturlage und -aussichten spielt für geldpolitische Entscheidungen eine wichtige Rolle. Die kurzfristige Konjunkturanalyse der Bundesbank zielt darauf ab, die gesamtwirtschaftliche Aktivität und ihre Einflussfaktoren verlässlich einzuschätzen. Dabei steht die Wachstumsrate des realen BIP im laufenden sowie in den darauf folgenden ein bis zwei Quartalen im Vordergrund.¹⁾ Die Bundesbank teilt ihre qualitative Einschätzung der Konjunktur in Deutschland der Öffentlichkeit regelmäßig in ihren Monatsberichten mit. Die Prognose für die kurze Frist geht zudem in quantitativer Form als Aufsatzpunkt in die halbjährlichen makroökonomischen Projektionen für die deutsche Wirtschaft ein.²⁾

Ergänzung von ökonomischen Methoden mit Wissen der Fachleute

Die laufende Konjunkturanalyse in der Bundesbank basiert auf der Verzahnung von quantitativen Methoden mit qualitativen Ansätzen. Das bedeutet, dass ökonomische Modelle die Grundlage für die kurzfristige Konjunkturprognose bilden. Diese wird dann mithilfe des Fach- und Erfahrungswissens der Konjunkturexperten abgerundet. Dadurch werden die verschiedenen Modellergebnisse eingeordnet und zusammengeführt, und es können Informationen in die Konjunktüreinschätzung einfließen, die von den reinen Modellprognosen nicht vollständig erfasst werden können.

Drei Prognosemodelle vor der Corona-Pandemie

In der Konjunkturanalyse und -prognose der Bundesbank haben sich vor der Corona-Pandemie drei Prognosemodelle etabliert: Ein Brückengleichungsmodell, ein dynamisches Faktormodell und ein vektorautoregressives (VAR) Modell. Diese Modelle folgen zwar unterschiedlichen Ansätzen; gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie unterschiedliche Wirtschaftsindikatoren beinhalten, um möglichst viele Bereiche der wirtschaftlichen Aktivität abzudecken. Zudem können sie Daten verarbeiten, die in unter-

schiedlichen Frequenzen vorliegen und bei denen am aktuellen Rand aufgrund von Publikationsverzögerungen Beobachtungen fehlen.³⁾

Die Krisen der vergangenen drei Jahre stellten Prognosemodelle und Konjunkturanalyse vor erhebliche Herausforderungen. Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung getroffenen Maßnahmen führten zu historisch beispiellosen Eingriffsmaßnahmen in die wirtschaftlichen Abläufe. Sie verursachten ab dem März 2020 plötzliche und sehr starke Schwankungen in der wirtschaftlichen Aktivität. In Deutschland gab es BIP-Schwankungen in diesem Ausmaß bis dahin noch nie.⁴⁾ Zudem stieg die Unsicherheit über die konjunkturelle Lage erheblich an. Als sich die pandemiebezogenen Unsicherheiten Anfang 2022 allmählich zurückbildeten, kamen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf die Wirtschaft neue beträchtliche Unwägbarkeiten hinzu. So drohten zeitweise erhebliche Verwerfungen auf den Energiemärkten. Auf diese Umstände waren die herkömmlichen Modelle nicht vorbereitet, und es bestanden erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit ihrer Ergebnisse. Dadurch bekam zum einen das Expertenwissen der Konjunkturfachleute eine stärkere Rolle in der praktischen Konjunkturanalyse. Zum anderen erforderten die abrupten Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rasche und größere Anpassungen

Große Herausforderungen für Prognosemodelle und Konjunkturanalyse durch Corona-Pandemie und Ukrainekrieg

¹ Bis das Statistische Bundesamt das BIP und die detaillierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das abgelaufene Quartal veröffentlicht, umfasst die laufende Konjunkturbeobachtung auch dieses Quartal.

² Der Projektionszeitraum beträgt etwa drei Jahre. Sie werden halbjährlich im Rahmen der Stabsprojektionen des Eurosystems erstellt und gehen in die Projektionen für den Euroraum ein, vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a).

³ Zu diesen Aspekten und den Details der in der Bundesbank eingesetzten Kurzfristprognosemodelle vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a).

⁴ Der BIP-Rückgang im zweiten Quartal 2020 betrug etwa das elffache der durchschnittlichen Fluktuationen im BIP, gemessen an der Standardabweichung zwischen 1991 und 2019. Eine solche Bewegung gab es bis dahin weder seit 1991 in Deutschland noch in den verfügbaren vierteljährlichen BIP-Raten für Westdeutschland zwischen 1970 und 1990.

an den Prognosemodellen und an dem gesamten Instrumentarium der Konjunkturanalyse.⁵⁾

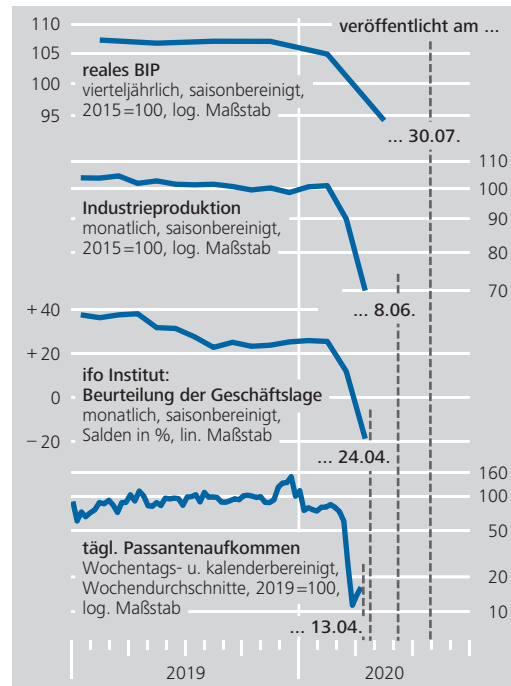
Aktivitätsschwankungen teils erst deutlich verzögert, teils gar nicht durch Modelle erfasst; Prognosen zudem durch hohe Volatilität in den Daten erschwert

Die Schwierigkeiten der Modelle lagen unter anderem an der Publikationsverzögerung der meisten monatlichen Konjunkturindikatoren. Dadurch konnten die Informationen über die möglichen Auswirkungen auf die Konjunktur nur mit einer zeitlichen Verzögerung in die Modelle einbezogen werden. Manche Effekte, wie die angeordneten Geschäftsschließungen zur Vermeidung von Kontakten und Ansteckungen, konnten auch kaum abgebildet werden. Sie wurden durch die herkömmlichen Daten nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfasst.⁶⁾ Außerdem verstärkten die Aktivitätsschwankungen die Unsicherheit der Modellschätzungen und reduzierten damit die Belastbarkeit der Prognosen. Darüber hinaus waren die üblichen Prognosemodelle nicht dazu geeignet, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie die massiven Verwerfungen auf den Energiemärkten in der Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine adäquat zu berücksichtigen. All dies erhöhte die Prognoseunsicherheit und schwächte damit die Verlässlichkeit der Modellergebnisse.

Aus Lösungsansätzen in der Fachliteratur vor allem stochastische Volatilität und hochfrequente Wirtschaftsindikatoren vielversprechend

Unsicherheit und der Umgang mit ihr sowie größere Ausschläge in der wirtschaftlichen Aktivität sind für Prognostiker nichts fundamental Neues. Es existieren unterschiedliche Ansätze zum Umgang mit derartigen Herausforderungen. In Bezug auf die ökonometrische Modellschätzung ist es beispielsweise ein möglicher Ansatz, die durch die Pandemie entstandenen Ausreißer in den Daten aus der Schätzung zu entfernen.⁷⁾ Auf diese Weise kann der unerwünschte Einfluss von starken Schwankungen in den Daten auf die Modellschätzung zwar vermieden werden. Allerdings wäre dieser Ansatz nicht in der Lage, die durch die Pandemie ungewöhnlich stark gestiegene Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung und die historisch beispiellosen Eingriffsmaßnahmen angemessen zu erfassen. Daher wird auch vorgeschlagen, eine zeitvariable und an die Daten-Ausreißer angepasste Residual-Volatilität zu

Zeitliche Verzögerungen der Datenveröffentlichungen am Beispiel des 2. Vj. 2020



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut und Hystreet. Deutsche Bundesbank

modellieren (stochastische Volatilität).⁸⁾ Dadurch können die Modellschätzung und die Prognose verbessert werden. Zudem kann bei den Konjunkturprognosen auch deren Unsicherheit berücksichtigt werden. Um in Zeiten sehr rascher Wirtschaftsschwankungen zeitnahe Konjunktursignale zu erhalten, wurden schließlich in der Frühphase der Corona-Pandemie auch hochfrequente wirtschaftliche Sammelindikatoren entwickelt, die unter anderem auf zeitnah ver-

⁵ Die Weiterentwicklung des Werkzeugkastens für die kurzfristige Konjunkturprognose ist grundsätzlich ein kontinuierlicher Prozess. Daher werden die eingesetzten Modelle in regelmäßigen Abständen überprüft. Die letzte routinemäßige Aktualisierung fand 2018 statt, vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a). Bei den Anpassungen seither standen die Folgen der Krisen im Vordergrund.

⁶ So trafen manche Eindämmungsmaßnahmen die Teile der Dienstleistungsbranche, in denen es zu häufigen zwischenmenschlichen Kontakten kommt, wie bspw. das Friseurgewerbe oder die Veranstaltungsbranche, besonders massiv. Solche Dienstleistungen werden in Deutschland durch die üblichen Konjunkturindikatoren weder zeitnah noch vollständig erfasst.

⁷ Vgl. u. a.: Schorfheide und Song (2021).

⁸ Vgl. u. a.: Carriero et al. (2022) sowie Lenza und Primiceri (2022).

fügbaren, täglichen oder wöchentlichen Indikatoren basieren.⁹⁾

Anpassungen im Modell-Werkzeugkasten

Kurzfristprognosemodelle der Bundesbank angepasst

Die Kurzfristprognosemodelle in der Bundesbank wurden entsprechend dieser Vorschläge aus der wissenschaftlichen Literatur überarbeitet. Der Fokus lag dabei vor allem darauf, die Prognosemodelle gegenüber großen Schwankungen in den Daten und einem Wirtschaftsumfeld mit hoher Unsicherheit widerstandsfähiger zu machen. Dadurch sollten sie sowohl in ruhigen als auch in turbulenten Konjunkturphasen belastbare Prognosen liefern. Im Folgenden werden die Überarbeitungen bei den etablierten Prognosemodellen der Bundesbank vorgestellt.

Pandemie machte Anpassungen am Brückengleichungsmodell nötig

Das Brückengleichungsmodell der Bundesbank besteht aus einem System von einzelnen Prognosegleichungen. Dabei orientiert sich dieses System am Aufbau der VGR. Das BIP-Aggregat lässt sich damit zum einen direkt prognostizieren. Zum anderen kann eine BIP-Prognose auch über die Aggregation der anhand monatlicher Konjunkturindikatoren erstellten Prognosen der entstehungs- und verwendungsseitigen Komponenten berechnet werden.¹⁰⁾ Trotz ihres umfassenden Aufbaus konnten die Brückengleichungen die Auswirkungen der Pandemie und der zu ihrer Eindämmung ergriffenen Maßnahmen auf die Wirtschaftsaktivität nur unzulänglich erfassen. Die vergleichsweise raschen und starken Schwankungen der Wirtschaftsaktivität führten zu einem Überschießen der Prognosen in beide Richtungen, wenn sich die Pandemielage bereits gedreht hatte. Um die Widerstandsfähigkeit des Modells gegenüber solchen starken Aktivitätsschwankungen zu erhöhen, wurden verschiedene Modifikationen dahingehend untersucht, ob sie die Prognosegüte während der Pandemie verbessern, ohne sie in der Zeit vor der Pandemie nennenswert zu verschlechtern.¹¹⁾

Als zielführend stellte sich heraus, den Einsatz von verzögerten Variablen in den Modellgleichungen zu reduzieren. Verzögerte Variablen verbessern zwar in normalen Zeiten die Anpassung der Schätzgleichungen an die Daten und dadurch im Mittel auch die Prognosegüte. In Zeiten hoher und unsystematischer Volatilität führen sie aber häufig zu Fehlsignalen. Daher wurde auf verzögerte endogene und exogene Variablen in den Brückengleichungen auf Quartalsfrequenz verzichtet. Auch in den vorgelagerten Gleichungen zur Fortschreibung der Indikatoren auf Monatsfrequenz werden keine verzögerten endogenen Variablen mehr eingesetzt.¹²⁾

Eine weitere Anpassung betrifft die BIP-Komponenten, die zuvor – mangels geeigneter Frühindikatoren – mit naiven Prognosen¹³⁾ fortgeschrieben wurden.¹⁴⁾ Diese Komponenten werden jetzt mit der gleichen Wachstumsrate fortgeschrieben wie die übergeordneten Bereiche, für die es in der Regel verlässliche Indikatoren gibt. Die Anpassung basiert auf der Annahme, dass ähnliche Bereiche der Wirt-

Auf verzögerte endogene Variablen in den Modellgleichungen verzichtet ...

... und bei einigen BIP-Komponenten naive Fortschreibung modifiziert

9 Vgl. u. a.: Lewis et al. (2020) sowie Woloszko (2020).

10 Sowohl für die Entstehungs- als auch die Verwendungsseite werden je eine direkte BIP-Prognose und je zwei Prognosen mit unterschiedlich tief disaggregierten Varianten erstellt. Die Prognosen auf beiden Seiten werden jeweils gemittelt. Anschließend werden die beiden so berechneten entstehungs- und verwendungsseitigen Prognosen gewichtet zu einer finalen BIP-Prognose zusammengefasst. Für eine ausführliche Beschreibung des in der Bundesbank verwendeten Brückengleichungsmodells vgl.: Pinkwart (2018) sowie Deutsche Bundesbank (2018a).

11 Im Vergleich zu dem in Deutsche Bundesbank (2018a) beschriebenen Brückengleichungsmodell wurden noch weitere Änderungen vorgenommen. Dabei wurde bspw. der zugrunde liegende Datensatz um 100 Zeitreihen, die vor allem zusätzlich verfügbare Details aus den Unternehmensumfragen des ifo Instituts und von S&P Global enthalten, auf insgesamt 233 monatliche Indikatoren erweitert. Auch wurden Spezifikationen der Prognose einzelner BIP-Komponenten angepasst, und die in einigen Gleichungen genutzten Fehlerkorrekturmechanismen wurden deaktiviert. Der Fehlerkorrekturmechanismus ist zwar in einigen Fällen theoretisch sinnvoll. Empirisch hat sich jedoch gezeigt, dass dieser nicht zu einer Verbesserung der Prognosegüte beiträgt.

12 Verzögerte exogene Variablen sind aber aufgrund der Vorlaufeigenschaften der verwendeten Frühindikatoren weiterhin enthalten.

13 Naive Prognosen sind solche gemäß historischer Mittelwerte oder auf Basis autoregressiver Prozesse.

14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a), S. 21.

schaft von ähnlichen Einflussfaktoren angetrieben werden.¹⁵⁾

Auch VAR-Modell mit Ausbruch der Pandemie vor besonderen Herausforderungen

Das VAR-Modell ist als bayesianisch geschätztes, gemischt-frequentes Modell konzipiert, mit einer Quartalsvariable – dem BIP – und einem Kranz an monatlichen Indikatoren.¹⁶⁾ Dazu zählen sowohl harte Indikatoren wie die Industrieproduktion, die Produktion im Bauhauptgewerbe und die realen Einzelhandelsumsätze, als auch weiche umfragebasierte Indikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex.¹⁷⁾ Die starken Schwankungen in den Daten zu Beginn der Pandemie verzerrten die Parameterschätzung. Diese Verzerrungen wurden dann über die umfangreichen Wechselwirkungen fortgeschrieben. Das wirkte sich negativ auf die Qualität der Prognosen aus.

Zeitvariable Residualvarianz stabilisiert das VAR-Modell in Zeiten hoher Volatilität

In der Version des VAR-Modells, welche vor Beginn der Pandemie in der Praxis der Kurzfristprognose zum Einsatz kam, wurden alle Modellparameter als zeitkonstant betrachtet.¹⁸⁾ Mit der Überarbeitung wurde zeitliche Variation in der Volatilität zugelassen. Sie kann helfen, starke Schwankungen in den Daten aufzunehmen und so einer Verzerrung der Parameterschätzung entgegenzuwirken.¹⁹⁾ Dies macht Prognosen bei großen Schwankungen robuster, ohne dabei an Prognosegüte in normalen Zeiten einzubüßen.

Datengestützte Bestimmung der Dynamik der zeitvariablen Volatilität verbessert Prognosegüte des VAR-Modells deutlich

Eine weitere Verbesserung des VAR-Modells konnte im Bereich der bayesianischen Modellschätzung erreicht werden. In VAR-Modellen mit zeitvariabler Volatilität werden für Parameter, die die Dynamik der zeitvariablen Volatilität bestimmen, oftmals Werte aus der Literatur herangezogen.²⁰⁾ Mit der angepassten Modellvariante werden diese Parameter stattdessen datengestützt bestimmt.²¹⁾ Dadurch können die Parameter passgenauer geschätzt und die Prognosegüte deutlich verbessert werden.²²⁾

Das Faktormodell wurde mit einem neu konzipierten Modell derselben Klasse ersetzt.²³⁾ Es handelt sich dabei um ein dynamisches Faktormodell, welches in der Lage ist, Indikatoren mit unterschiedlichen Publikationsfrequenzen und

–verzögerungen zu verarbeiten. Darüber hinaus berücksichtigt es stochastische Volatilität in den Residuen. Damit können starke Schwankungen in den Daten teilweise in den zeitvariablen Residuen erfasst und eine potenzielle Verzerrung der Parameterschätzung abgemildert werden.

Bei dem neuen Faktormodell werden eine Vielzahl von Modellspezifikationen geschätzt.²⁴⁾ Sie ergeben sich durch sämtliche Kombinationen aus dem BIP und einem Satz monatlicher Indi-

Faktormodell wurde neu konzipiert und insbesondere um stochastische Volatilität erweitert

15 Bspw. wurden für die folgenden Bereiche der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor zuvor Mittelwertprognosen verwendet: Transport, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, öffentliche Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit sowie sonstige Dienstleistungen. Jetzt wird angenommen, dass diese Bereiche der gleichen Dynamik wie die Dienstleistungen ohne diese Sektoren folgen. Von dieser Anpassung ausgenommen sind die Komponenten der staatlichen Nachfrage (Konsum und Investitionen). Sie werden weiterhin mit der Mittelwert-Prognose fortgeschrieben. Ein prozyklisches Verhalten wäre hier ökonomisch nicht plausibel – insbesondere in Zeiten von Wirtschaftskrisen.

16 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a), S. 21, sowie Götz und Hauzenberger (2021).

17 Den monatlichen Indikatorenansatz ergänzen die Anzahl der Erwerbstätigen, die Auftragseingänge in der Industrie und die realen Ex- und Importe.

18 Diese Version des VAR-Modells folgte im Wesentlichen dem Modell von Schorfheide und Song (2015), vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a).

19 Für methodische Details vgl.: Götz und Hauzenberger (2021).

20 Vgl. dazu insbesondere: Schorfheide und Song (2015) sowie Götz und Hauzenberger (2021).

21 Vgl.: Chan (2023).

22 Darüber hinaus wurde der monatliche Indikatorenansatz um eine „Wettervariable“ ergänzt: dem ifo Indikator zu witterungsbedingten Behinderungen am Bau. Im VAR-Modell geht dieser Indikator in die Gleichung der Produktion im Bauhauptgewerbe ein – und zwar exogen mit einem zeitgleichen und einem verzögerten Wert. Auf alle anderen Variablen entfaltet sich der Wetterkanal dann über die Interdependenzen mit dem Bauhauptgewerbe. Für exogene Indikatoren erfolgt die Fortschreibung außerhalb des Modells. Für die witterungsbedingten Behinderungen am Bau werden dazu die langjährigen Mittelwerte der einzelnen Monate herangezogen. Durch diese Erweiterung wird der aufgrund des Klimawandels zunehmenden Bedeutung von witterungsbezogenen Schwankungen in der Aktivität Rechnung getragen.

23 Für einen umfangreichen Überblick zu dem Modell, dem Schätzverfahren und den technischen Feinheiten vgl.: Eraslan und Schröder (2023).

24 Die Modellschätzung beruht auf einem neu entwickelten, schnellen Algorithmus. Dieser basiert auf dem Algorithmus von Koop und Korobilis (2014), der für ein gemischt-frequentes Modell erweitert wurde. Das Schätzverfahren ermöglicht es, eine große Menge von Modellspezifikationen schneller zu schätzen als mit bayesianischen oder frequentistischen Schätzverfahren.

Vielzahl von Modellspezifikationen ergibt empirische Prognoseverteilung

katoren.²⁵⁾ Als Zielgröße taucht das BIP-Wachstum in jeder Spezifikation des Faktormodells auf. Die Anzahl der Faktoren wird für jede Modellspezifikation vor jedem Modelldurchlauf neu geschätzt.²⁶⁾ Bei jedem Modelldurchlauf bilden die 32 767 Punktprognosen des BIP-Wachstums (je eine pro Modellspezifikation) eine empirische Prognoseverteilung. Diese Verteilung wird dann wiederum genutzt, um zwei kombinierte Punktprognosen für das BIP-Wachstum zu generieren: eine nicht gewichtete Median-Prognose und eine anhand der vergangenen Güte gewichtete Prognose.²⁷⁾

Neue Methoden und Modelle im Werkzeugkasten

Übergang von herkömmlichen Modellen zu neuartigen Methoden ...

Die traditionellen Kurzfristprognosemodelle in der Bundesbank beruhen zwar auch auf der Modellierung des vierteljährlichen BIP. Überwiegend kommen aber Schätzmethoden mit herkömmlichen monatlichen Konjunktur- sowie umfragebasierten Stimmungsindikatoren zum Einsatz. Während letztere immerhin zum Ende des Berichtsmonats verfügbar sind, werden die Konjunkturindikatoren der amtlichen Statistik erst mit einer Verzögerung von ein bis zwei Monaten veröffentlicht. In der Pandemie änderte sich die Wirtschaftsaktivität aber in einigen Phasen bereits innerhalb eines Quartals oder sogar innerhalb eines Monats erheblich. Diese Schwankungen können mit vierteljährlichen oder selbst monatlichen Indikatoren nur unzulänglich oder erst spät erfasst werden. Daher wurden in der Bundesbank nach Ausbruch der Corona-Pandemie einige seinerzeit unkonventionelle Methoden eingesetzt. Sie modellieren die Wirtschaftsaktivität auf einer höheren Frequenz als der vierteljährlichen. Diese Ansätze berücksichtigen zum Teil auch neuartige Indikatoren, die auf wöchentlicher oder täglicher Frequenz und daher rascher verfügbar sind.

... wie die Schätzung eines monatlichen BIP

In einem solchen Ansatz wird mithilfe einer regressionsbasierten Interpolation ein monatliches BIP geschätzt.²⁸⁾ Dabei fließen fünf mo-

natliche Konjunkturindikatoren in die Schätzung ein: Industrieproduktion, reale Einzelhandelsumsätze, reale Warenexporte, Produktion im Bauhauptgewerbe und reale Umsätze im Gastgewerbe.²⁹⁾ Bei der Schätzung wird eine nicht beobachtbare monatliche Reihe des BIP auf monatliche Indikatorvariablen regressiert. Dabei wird sichergestellt, dass der Quartalsdurchschnitt des geschätzten monatlichen BIP dem veröffentlichten vierteljährlichen BIP entspricht.

Für die Kurzfristprognose wird das vierteljährliche BIP mit der oben beschriebenen Methode interpoliert und über den aktuellen Rand hinaus fortgeschrieben. In einem ersten Schritt werden die Indikatoren für die Monate mit noch nicht veröffentlichten Daten fortgeschrieben. Hierfür werden die jeweiligen Prognosen aus dem Brückengleichungsmodell verwendet. In einem zweiten Schritt wird dann das monatliche BIP berechnet – einschließlich der Prognose für das vierteljährliche BIP. Dieser im Folgenden MBIP-

Für die Kurzfristprognose wird das monatliche BIP über den aktuellen Rand hinaus fortgeschrieben

25 Der Datensatz beinhaltet neben dem vierteljährlichen BIP 15 monatliche Indikatoren: Industrieproduktion, Auftragseingänge in der Industrie, Produktion im Bauhauptgewerbe, Warenexporte und -importe, Anzahl Erwerbstätiger, Umsätze in der Industrie, im Gastgewerbe sowie im Einzelhandel, Verbraucherpreisindex, HWWI-Rohstoffpreisindex, DAX, EURIBOR-Zinssatz für drei Monate sowie ifo Geschäftslage und -erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Die Indikatoren sind ggf. kalender-, saison- und preisbereinigt. Dabei entstehen $2^{15}-1 = 32\,767$ unterschiedliche Modellspezifikationen mit zwei bis 16 Indikatoren.

26 Die Anzahl der Faktoren für jede Modellspezifikation wird anhand des statistischen Kriteriums von Bai und Ng (2002) geschätzt.

27 Die gewichtete Punktprognose wird anhand dynamischer Modellmittelung („dynamic model averaging“) berechnet, vgl.: Raftery et al. (2010). Bei dieser Methode bekommen die Modellspezifikationen, die in der jüngsten Vergangenheit zu kleineren Prognosefehlern führten, ein höheres Gewicht. Diese Gewichte werden nach jeder neuen BIP-Veröffentlichung aktualisiert. Die gewichteten Prognosen stehen in der praktischen Konjunkturanalyse sowie in diesem Aufsatz im Fokus.

28 Die Methode zur Interpolation basiert auf einem Verfahren von Chow und Lin (1971). Für die Anwendung des Verfahrens auf Deutschland vgl.: Deutsche Bundesbank (2021); für die Anwendung auf den Euroraum vgl.: Mönch und Uhlig (2005) sowie Deutsche Bundesbank (2020a).

29 Bei der Wahl der monatlichen Indikatoren wurden der Erklärungsgehalt für die monatliche BIP-Schätzung sowie die Vorzeichen und Stabilität der geschätzten Parameter für verschiedene Modellkonstellationen untersucht. Als Maß für den Erklärungsgehalt wird – wie in Mönch und Uhlig (2005) – das Verhältnis der Varianz der Veränderung des geschätzten monatlichen BIP zur Summe aus der Varianz der Veränderung des geschätzten monatlichen BIP und der Varianz des Residuums verwendet.

Modell genannte Ansatz zeichnet also ein Bild der Veränderungen der Wirtschaftsaktivität innerhalb eines Quartals. Das ist vor allem dann von Vorteil, wenn sich die Aktivität klar in eine Richtung entwickelt und damit einen Über- oder Unterhang für das Folgequartal erzeugt. Das MBIP-Modell war zudem ein nützliches Hilfsmittel für die Konjunkturfachleute, um modellferne Informationen zur Pandemielage in einer transparenten und modellbasierten Weise für ihre Experteneinschätzung nutzbar zu machen: So konnten beispielsweise auf die modellbasierten Fortschreibungen der Umsätze im Gastgewerbe oder im Einzelhandel Abschläge basierend auf Expertenwissen vorgenommen werden, wenn etwa Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschärft wurden. Dies verbesserte die damit erstellten Hilfsprognosen in diesen Phasen erheblich, da solche abrupten Anpassungen in den reinen Modellprognosen nicht zeitnah erfasst werden.

sind die WAI-Werte wegen der Betrachtung gleitender 13-Wochen-Abschnitte innerhalb eines Quartals nicht leicht zu interpretieren. Zudem stellt der WAI auch keine Prognosen für die vierteljährlichen BIP-Wachstumsraten dar.

Im Hinblick auf die Einschränkungen des WAI wurde als Weiterentwicklung ein dynamisches Faktormodell zur Schätzung eines wöchentlichen BIP-Indikators (WBIP-Indikator) entwickelt.³⁴⁾ Der WBIP-Indikator wird dabei als gemeinsamer Treiber der in unterschiedlicher Frequenz vorliegenden Indikatoren³⁵⁾ berechnet. Das Modell beruht auf wöchentlichen Wachstumsraten und kann die unbeobachteten, wöchentlichen BIP-Wachstumsraten näherungsweise abbilden. Zudem werden beobachtete Daten von monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren berücksichtigt. Der WBIP-Indikator aggregiert sich sowohl in Wachstumsraten als auch im Niveau annähernd zu dem beobachteten vierteljährlichen BIP auf.

... Entwicklung eines wöchentlichen BIP-Indikators

Wöchentlicher Aktivitätsindex

Der wöchentliche Aktivitätsindex (WAI) der Bundesbank wurde in der frühen Phase der Corona-Pandemie entwickelt.³⁰⁾ Er setzt sich neben dem BIP und der Industrieproduktion aus wöchentlich oder sogar täglich und sehr zeitnah verfügbaren Indikatoren zusammen. Diese seinerzeit unkonventionellen Indikatoren wurden nach zwei Kriterien ausgewählt: Sie sollten erstens verschiedene Bereiche der Wirtschaft abdecken und zweitens relevante Informationen für die realwirtschaftliche Aktivität enthalten. Zu ihnen zählen beispielsweise das Passantenaufkommen in innerstädtischen Einzelhandelsstraßen und Kreditkartenzahlungen, welche teilweise das Konsumverhalten erfassen, oder Indikatoren auf Basis von Google-Suchanfragen zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die sich auf den Arbeitsmarkt beziehen.³¹⁾

Guter Gleichlauf mit dem BIP-Wachstum, allerdings keine modellbasierten Prognosen; daher ...

Der WAI³²⁾ wird als gemeinsamer Treiber der zugrunde liegenden Indikatoren³³⁾ berechnet. Er liefert eine zeitnahe Einschätzung der aktuellen realwirtschaftlichen Aktivität. Dabei weist er auch einen guten Gleichlauf mit dem vierteljährlichen BIP-Wachstum auf. Allerdings

30 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020b) sowie Eraslan und Götz (2021). Seit Juni 2020 ist der WAI mit wöchentlichen Aktualisierungen auf der Website www.bundesbank.de/wai veröffentlicht. Der WAI lehnt sich an den von der Federal Reserve Bank of New York veröffentlichten Weekly Economic Index (WEI) für die US-Wirtschaft an, vgl.: Lewis et al. (2020).

31 Quelle der Ursprungswerte für die Google-Suchanfragen: Google Trends; für den Indikator Passantenaufkommen: Hystreet bezogen vom Statistischen Bundesamt; für den Indikator Kreditkartenzahlungen: Fable Data. Für die aktuellen Indikatoren im WAI und deren Quellen vgl. Methodik unter: www.bundesbank.de/wai.

32 Der WAI basiert auf gleitenden 13-Wochen-Durchschnitten der Indikatoren und deren 13-Wochen-Wachstumsraten. Er bewegt sich um seinen Mittelwert, der aufgrund seiner Konstruktion bei null liegt. Daher gibt er die trendbereinigte Wachstumsrate der realwirtschaftlichen Aktivität an. Für die Methodik und technischen Details des WAI vgl.: Eraslan und Götz (2021).

33 Die Indikatoren, die ursprünglich täglich verfügbar sind, fließen in die Berechnung als wöchentliche Durchschnitte ein. Die Indikatoren sind ggf. kalender-, saison- und preisbereinigt. Vgl. Ollech (2023) für Details zur Saisonbereinigung hochfrequenter Indikatoren.

34 Vgl.: Eraslan und Reif (2023).

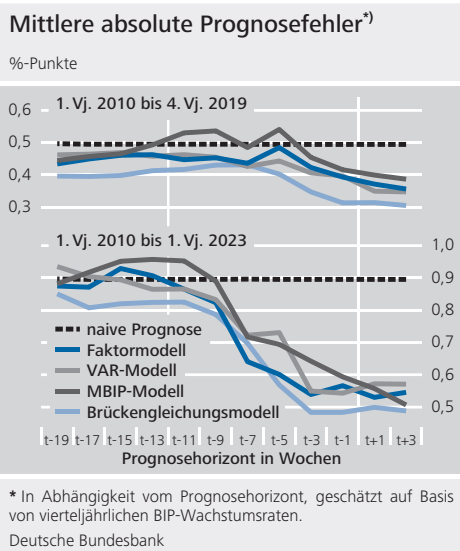
35 Ähnlich wie der WAI basiert der WBIP-Indikator auf einem Datensatz, der aus wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren mit unterschiedlichem Veröffentlichungskalender besteht. Dieser wurde allerdings gegenüber dem WAI um weitere herkömmliche Konjunkturindikatoren erweitert, um den Erklärungsgehalt des WBIP-Indikators in Bezug auf das vierteljährliche BIP zu verbessern.

Evaluation der Prognosegüte: Quervergleich zwischen den Modellen und Vergleich über die Zeit

Die in der Konjunkturanalyse eingesetzten Kurzfristprognosemodelle für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werden im Folgenden anhand ihrer historischen Prognosegüte evaluiert.¹⁾ Dazu werden die Prognosefehler der Modelle in der Vergangenheit berechnet. Die Zielgröße für die Prognoseevaluation ist die vierteljährliche Wachstumsrate des saison- und kalenderbereinigten realen BIP. Die Prognosegüte bemisst sich anhand des mittleren absoluten Fehlers (MAF). Der MAF ergibt sich für jeden Prognosehorizont aus dem arithmetischen Mittel der betragsmäßigen Differenz zwischen den prognostizierten und den realisierten Werten.²⁾

Der Evaluationszeitraum reicht vom ersten Quartal 2010 bis zum ersten Quartal 2023. Die Prognosegüte anhand der MAF wird für zwei Perioden veranschaulicht. Der erste Zeitraum vom ersten Quartal 2010 bis zum vierten Quartal 2019 umfasst die mit Blick auf die deutsche Konjunktur vergleichsweise ruhigen Zeiten nach der Finanzkrise und vor der Corona-Pandemie. Die zweite Periode erstreckt sich über den gesamten Evaluationszeitraum. Damit deckt sie auch die

außerordentlich starken Aktivitätsschwankungen und die erhöhte Unsicherheit in der Zeit nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie und dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab. In beiden Perioden werden die MAF der Kurzfristprognosemodelle dem MAF eines einfachen („naiven“) Vergleichsmodells gegenübergestellt. Bei Letzterem wird die BIP-Wachstumsrate mit ihrem historischen Mittelwert fortgeschrieben. Die Kurzfristprognosemodelle können mit der Zeit zunehmend mehr Informationen berücksichtigen. Daher ist zu erwarten, dass ihre Prognosefehler mit sich verkürzendem Prognosehorizont abnehmen.³⁾



1 Die Prognoseevaluation basiert auf dem Datenstand vom 25. Mai 2023. Da die historischen Prognosen auf Basis eines finalen Datenstandes berechnet werden, findet diese Übung in „Pseudo-Echtzeit“ statt. Damit wurde zwar die jeweilige Datenverfügbarkeit repliziert, historische Datenrevisionen konnten jedoch nicht berücksichtigt werden. Für jedes Zielquartal werden zwei Prognosen pro Monat berechnet. Die erste Prognose für ein Zielquartal wird etwa eine Woche nach Veröffentlichung der Schnellschätzung für das Quartal zwei Quartale zuvor berechnet, also 19 Wochen vor dem Ende des prognostizierten Quartals. Im zweiwöchigen Rhythmus werden dann Prognosen für das Zielquartal berechnet, bis zur Veröffentlichung der Zielgröße. Dementsprechend wird der Prognosehorizont in Wochen relativ zum prognostizierten Quartal angegeben und erstreckt sich von $t-19$ bis $t+3$, wobei t das Quartalsende bezeichnet. So geben die Horizonte von $t-19$ bis $t-13$ die Prognosen ein Quartal im Voraus an, und die Horizonte $t-11$ bis $t-1$ decken die Prognosen für das laufende Quartal ab. Da das BIP erst etwa vier Wochen nach Ende des Referenzquartals veröffentlicht wird, werden bis zu diesem Zeitpunkt ($t+1$ und $t+3$) auch Prognosen für das vergangene Quartal erstellt.

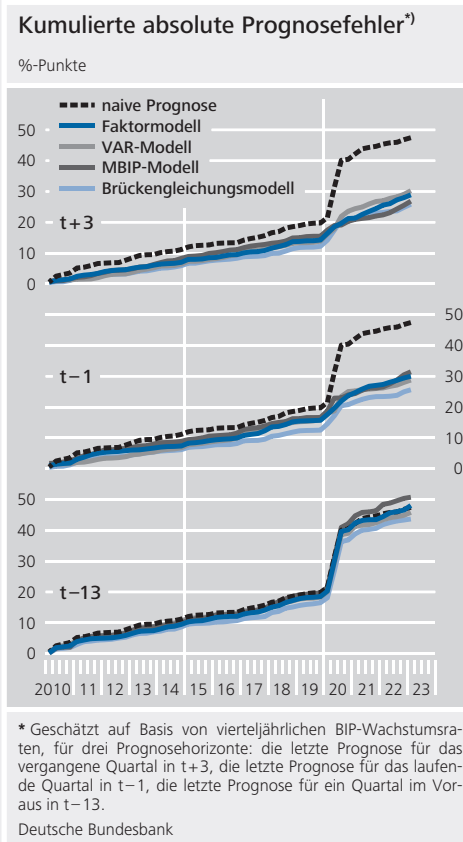
2 Bspw. bedeutet ein MAF von 0,2, dass die Prognose im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte um die tatsächlichen Werte schwankt.

3 Das Faktormodell berechnet anhand der vergangenen Prognosegüte gewichtete Prognosen für das BIP-Wachstum. In der konjunkturanalytischen Praxis der Bundesbank wird bei dieser Gewichtung die Prognosegüte anhand von Echtzeitdaten berücksichtigt. Allerdings liegen nicht für alle betrachteten Modelle vollständige Echtzeitdatensätze vor. Daher wurde in dieser Evaluation auch für das Faktormodell die Gewichtung anhand des finalen Datenstandes berechnet. Damit wird eine bessere Vergleichbarkeit mit den anderen Modellen gewährleistet.

Im 2019 endenden Evaluationszeitraum prognostizieren die Kurzfristprognosemodelle nahezu über den gesamten Prognosehorizont besser als die naive Prognose. Eine Ausnahme bildet teilweise das MBIP-Modell. Die Treffsicherheit der Modelle steigt aufgrund der zunehmenden Informationen tendenziell, je näher man dem Veröffentlichungstermin kommt. Ein Quervergleich über die Modelle zeigt, dass das Brückengleichungsmodell fast über alle Prognosehorizonte im Durchschnitt die höchste Treffsicherheit aufweist. VAR- und Faktormodell schneiden etwas schlechter ab. Das MBIP-Modell weist die geringste Treffsicherheit auf.

Im gesamten Evaluationszeitraum bis Anfang 2023 sind die durchschnittlichen Prognosefehler für alle Modelle deutlich höher. Darin schlägt sich die im zusätzlich betrachteten Zeitraum ab 2020 durch die Auswirkungen der Pandemie und des Ukrainekriegs verschlechterte Prognosefähigkeit nieder.⁴⁾ Für die längeren Prognosehorizonte sind die Modelle nun einer naiven Prognose nicht immer überlegen. Dies gilt nicht für das Brückengleichungsmodell, das sich zugleich auch im Quervergleich erneut über fast alle Prognosehorizonte treffsicherer als die übrigen Modelle erweist.

Ergänzend wird der kumulative absolute Fehler (KAF) berechnet. Dieser summiert für einen bestimmten Prognosehorizont die absoluten Prognosefehler über die Zeit auf. Damit fasst er die Entwicklung der Prognosefehler über den Evaluationszeitraum zusammen. Dies hat den Vorteil, dass Perioden mit besonders hohen Prognosefehlern leicht erkennbar sind. Sie zeichnen sich durch eine steilere Steigung oder einen sprunghaften Anstieg des KAF aus. Zur Veranschaulichung werden drei bestimmte Horizonte betrachtet: Die jeweils letzte, kurz vor Veröffentlichung der Schnellschätzung erstellte Prognose für das bereits vergangene Quartal



($t+3$), die jeweils letzte für das laufende Quartal erstellte Prognose ($t-1$) und die jeweils letzte Prognose, die für ein Quartal im Voraus berechnet wird ($t-13$).

Laut der KAF schneiden die Kurzfristprognosemodelle ebenso wie nach den MAF für die kürzeren Prognoseperioden, $t+3$ und $t-1$, besser ab als das Vergleichsmodell. Auch die Abstufung hinsichtlich der Treffsicherheit zwischen den Modellen ist ähnlich: Das Brückengleichungsmodell kumuliert die geringsten Fehler, Faktor- und VAR-Modell liegen etwas darüber und nah beieinander, und das MBIP-Modell liegt nochmals etwas höher.

⁴ Da die hier verwendeten Prognosemodelle ihre Prognosegüte aus der Identifikation von historischen Zusammenhängen zwischen Variablen beziehen und insbesondere die Schwankungen während der Coronapandemie historisch einmalig waren, ist die Verschlechterung der Treffsicherheit wenig überraschend.

Die außerordentlich großen Prognosefehler für die ersten drei Quartale des Jahres 2020 aufgrund der Corona-Pandemie machen sich in den KAF deutlich bemerkbar: Für alle Modelle springen sie sprunghaft nach oben. Dabei zeigt sich für die Horizonte $t+3$ und $t-1$, dass die Fehler der Prognosemodelle deutlich weniger ansteigen als die des Vergleichsmodells. Die Prognosemodelle schlugen sich also in dieser Phase besser als die Vergleichsprognose. Am geringsten ist dabei der Anstieg beim MBIP-Modell; es konnte somit die starken Aktivitätsschwankungen jener Zeit am besten antizipieren. Für $t-13$ zeigt sich allerdings im gleichen Zeitraum kein Vorteil der Prognosemodelle gegenüber dem Vergleichsmodell. Die KAF steigen für alle Modelle in ähnlicher Größenordnung an. Allgemein ist zwar die Treffsicherheit der Prognosen im Durchschnitt für längere Horizonte geringer. Aber hier zeigt sich vor allem, dass die Prognosemodelle die Corona-Pan-

demie und deren Auswirkungen so weit im Voraus schlicht nicht erkennen konnten.

Ab dem vierten Quartal 2020 verbesserte sich die Prognosegüte für alle drei Horizonte im Vergleich zu Anfang 2020 zwar wieder erheblich, sie ist aber immer noch merklich beeinträchtigt.⁵⁾ Die Treffsicherheit der Kurzfristprognosemodelle reicht noch nicht wieder an die Zeit vor der Corona-Pandemie heran. In Anbetracht des volatilen wirtschaftlichen Umfelds der vergangenen drei Jahre ist dies aber auch nicht verwunderlich.

⁵⁾ Dies zeigt sich an der etwas steileren Steigung der KAF im Vergleich mit jener vor 2020.

*Wöchentliche
Prognosen
für das BIP-
Wachstum*

Der WBIP-Indikator weist in Bezug auf die laufende Konjunkturbeobachtung einige Vorteile gegenüber dem WAI auf. Er ist vor allem auch innerhalb eines Quartals eingängig interpretierbar. So kann beispielsweise jede Woche die Änderung(-srate) des BIP gegenüber dem Vorquartal berechnet werden. Zudem kann das Modell jede Woche rein datenbasierte Prognosen für das vierteljährliche BIP-Wachstum (sowie für das BIP-Niveau) generieren.

zweite Quartal 2023, für das die BIP-Wachstumsrate jüngst veröffentlicht wurde, wird in stärker detaillierter Form in den Erläuterungen auf den Seiten 75 ff. diskutiert. Diese Illustrationen bieten einen Blick hinter die Kulissen der praktischen Konjunkturanalyse und -prognose in der Bundesbank. Sie verdeutlichen insbesondere die Probleme, welche sich für die Konjunkturanalyse während der Corona-Pandemie ergaben. Die Prognosen werden dabei so dargestellt, wie sie sich unter dem fortlaufenden Zustrom neuer Informationen tatsächlich ergeben haben – also in Echtzeit. Neben den modell-

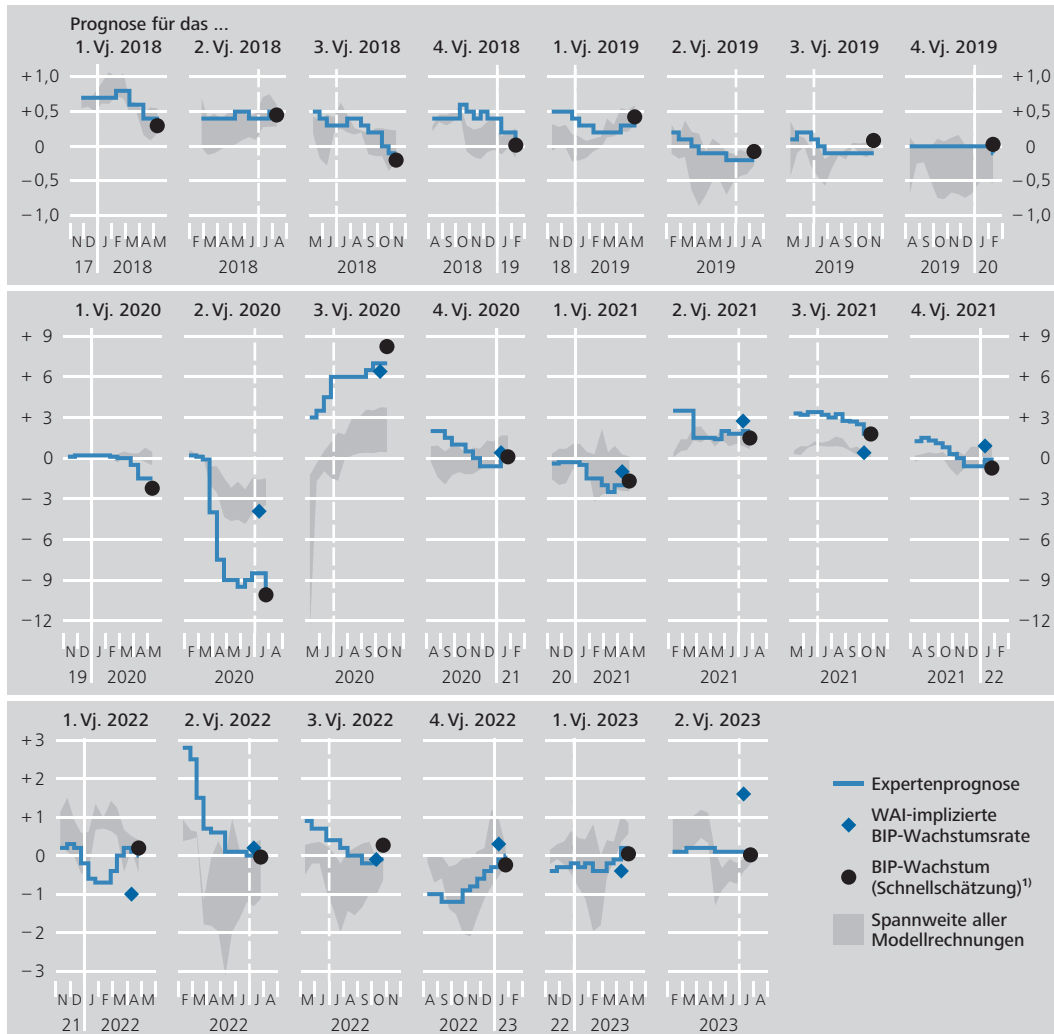
Die kurzfristige Konjunkturprognose für das BIP-Wachstum von 2018 bis 2023 in der Praxis

*Kurzfristprognosen und
Experten-
einschätzung
in Echtzeit*

Der Einsatz der Prognosemodelle und der Experteneinschätzung in der Praxis der Konjunkturanalyse wird anhand der zweimal im Monat erstellten Kurzfristprognosen für das deutsche BIP im Zeitraum vom ersten Quartal 2018 bis zum zweiten Quartal 2023 veranschaulicht. Das

Kurzfristprognosen für das BIP-Wachstum in Echtzeit

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Seit Juli 2020 basiert die BIP-Schnellschätzung auf Informationen, die etwa 30 Tage nach Ende des Zielquartals zur Verfügung stehen. Bis dahin erschien das BIP erstmals etwa 45 Tage nach Quartalsende.
 Deutsche Bundesbank

basierten Prognosen³⁶) werden auch die Prognosen der Konjunkturfachleute ausgewiesen. Diese enthalten insbesondere das Erfahrungswissen der Expertinnen und Experten, aber auch Informationen zu Sonderfaktoren, die nicht oder nur unzureichend in den Modellen erfasst werden. Auf diese Art und Weise kann die Zusammensetzung von modellbasierten Prognosen und Experteneinschätzung unter unterschiedlichen konjunkturellen Rahmenbedingungen veranschaulicht werden.

Nachdem die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 mit starken Wachstumsraten in eine Phase der Hochkonjunktur eingetreten war, verlor das BIP-

Wachstum in den Jahren 2018 und 2019 deutlich an Dynamik. Diese Wachstumsabschwächung wurde von den Modellen grundsätzlich

36 Die überarbeiteten Modelle sowie die neuen Methoden wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die praktische Konjunkturanalyse integriert. Bspw. wurde der WAI zeitnah nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie entwickelt und schon im zweiten Quartal 2020 in Betrieb genommen. Das Brückengleichungsmodell wurde zwischen dem dritten Quartal 2020 und dem ersten Quartal 2022 schrittweise überarbeitet und in das Tagesgeschäft integriert. Das MBIP-Modell ist seit Anfang 2022 in Betrieb, während das überarbeitete VAR-Modell seit dem dritten Quartal 2022 im Einsatz ist. Das neue Faktormodell hat sein Vorgängermodell im Tagesgeschäft erst im ersten Quartal 2023 abgelöst. Daher stammen die modellbasierten Prognosen teilweise von Modellvarianten vor und teilweise nach der Überarbeitung, also so, wie sie zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung tatsächlich berechnet wurden.

Konjunkturelle Abkühlung 2018/19 von Modellen angezeigt und von Fachleuten richtig eingeordnet

gut angezeigt. Allerdings sorgten Sonderfaktoren für einige Schwankungen, welche sowohl die Modellprognosen als auch die Konjunkturanalyse der Fachleute erschwerten. Darunter fielen insbesondere die Schwierigkeiten der deutschen Automobilindustrie mit der Umstellung auf ein neues EU-weites Abgasmessverfahren im Sommer 2018.³⁷⁾ Im Laufe des Jahres 2019 überzeichneten die Modelle die Abkühlung dann allerdings und zeigten mit deutlich negativen Wachstumsraten konjunkturelle Warnzeichen an. Die Konjunkturfachleute hielten zwar eine technische Rezession im Sinne von zwei aufeinander folgenden Quartalen mit negativen BIP-Wachstumsraten im Zuge der konjunkturellen Abkühlung für möglich. Sie erwarteten aber keine Rezession im Sinne eines deutlichen, breit angelegten und länger anhaltenden Rückgangs der Wirtschaftsleistung bei unterausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten.³⁸⁾ Im Großen und Ganzen trafen die Expertinnen und Experten mit ihrer Einschätzung die Wirtschaftsentwicklung 2018/19 gut, wenngleich sie teilweise ein wenig zu optimistisch waren.

Konjunkturfachleute erkannten massiven Wirtschaftseinbruch nach Ausbruch der Pandemie deutlich besser als Modelle, ...

Als die Corona-Pandemie im März 2020 auch Deutschland erreichte, brachte sie massive Schwierigkeiten für die Prognosemodelle mit sich. Die Modelle erkannten den Absturz der Wirtschaftsleistung erst mit deutlicher Verzögerung. Auch dann erfassten sie den BIP-Rückgang bei Weitem nicht in der tatsächlichen Größenordnung. In dieser Situation bekam das Expertenwissen der Konjunkturfachleute eine erheblich größere Bedeutung. Sie reagierten rascher auf die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und passten ihre Prognose für die ersten beiden Quartale 2020 schnell und tief nach unten an. Letztlich trafen sie die gemeldeten BIP-Rückgänge gemessen an deren Dimension und der hohen Unsicherheit bemerkenswert gut. Dabei waren Informationen, die in die klassischen Prognosemodelle nicht oder nur unzureichend eingingen, essenziell. Dies betraf insbesondere die Pandemielage und die Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Eindämmungs-

maßnahmen. Dabei kamen beispielsweise Abschätzungen mithilfe von stark disaggregierten sektoralen Betrachtungen der betroffenen Branchen zum Tragen. Hierzu wurden unter anderem zeitnah verfügbare hochfrequente Daten, wie beispielsweise der Lkw-Mautindex, herangezogen.³⁹⁾ Der WAI lieferte zudem zeitnah recht treffende Signale zur aktuellen Wirtschaftslage.⁴⁰⁾ Schließlich wurden mithilfe des makroökonomischen Modells der Bundesbank⁴¹⁾ im Hinblick auf die Pandemie alternative makroökonomische Szenarien erstellt, die auch eine Abschätzung ihrer BIP-Wirkungen über die Verwendungskomponenten enthielten.⁴²⁾

Nachdem die Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen gelockert wurden, deutete sich eine starke Gegenbewegung im dritten Quartal 2020 an. Auch hier erkannten die Modelle die Erholung nur langsam und in einer geringeren Größenordnung. Die Fachleute erwarteten hingegen bereits frühzeitig einen kräftigen BIP-Anstieg. Dabei half insbesondere das entsprechende Signal des WAI. Im weiteren Verlauf der Pandemie schwankte das BIP-Wachstum dann nicht mehr ganz so stark. Im Winter 2020/21 zeigten die Modelle zwar eine große Uneinigkeit. Ihre Prognosen lagen insgesamt aber deutlich näher an den realisierten BIP-Wachstumsraten als zu Beginn der Pandemie. Die Expertenprognose war in der gleichen Periode erneut recht treffsicher. Im Frühjahr 2021 überschätzten die Konjunkturfachleute allerdings die Stärke der Erholung nach den Lockerungen der Schutzmaßnahmen etwas, während die Modelle sie eher unterschätzten. Bei der Überschätzung der Fachleute spielte eine Rolle, dass die zu dieser Zeit in vielen Branchen stark zunehmenden Lieferengpässe bei Vorleistungen unterschätzt wurden. Ende 2021 wurden die Auswirkungen der erneut verschärften Pande-

... unterschätzten 2021 aber die Auswirkungen der Lieferengpässe

³⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018b).

³⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).

³⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020c).

⁴⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020d).

⁴¹ Vgl. Haertel et al. (2022) für einen Überblick über das makroökonomische Modell der Bundesbank.

⁴² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020e) sowie Work stream on Eurosystem modelling (2021).

Konjunkturanalyse am Beispiel des zweiten Quartals 2023

Die Praxis der Konjunkturanalyse für Deutschland in der Bundesbank richtet sich am Veröffentlichungskalender wichtiger Konjunktur- und Stimmungsindikatoren aus. Während in der zweiten Woche eines jeden Monats üblicherweise die harten Konjunkturindikatoren der amtlichen Statistik (vor allem Daten aus der Industrie) erscheinen, werden die weichen Indikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex in der Regel in der vierten Woche eines Monats veröffentlicht. Dementsprechend werden die Modellprognosen und die konjunkturelle Einschätzung der Fachleute in einem halbmonatlichen Rhythmus aktualisiert.¹⁾ Im Folgenden wird die praktische Konjunkturanalyse anhand der Echtzeit-Prognosen der überarbeiteten Kurzfristprognosemodelle sowie der Experteneinschätzung für das zweite Quartal 2023 detailliert erläutert.²⁾

Anfang Februar 2023 stellte sich die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft robuster dar als in der Bundesbank-Projektion vom Dezember 2022 erwartet.³⁾ Daher veranschlagten die Konjunkturfachleute zunächst eine leicht positive Wachstumsrate (0,1%). Damit positionierten sie sich noch am unteren Rande des Spektrums der

Modellprognosen. Zwei Wochen später wurde dann mit der Veröffentlichung der VGR-Details für das vierte Quartal 2022 durch das Statistische Bundesamt auch die zugehörige BIP-Rate revidiert – auf einen stärker als zuvor ausgewiesenen Rückgang, der nahezu den Umfang aus der Dezember-Projektion erreichte.⁴⁾ Andererseits verbesserten sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen gemäß Umfragen des ifo Instituts weiter. Zudem nahm die Unsicherheit bezüglich der Energieversorgung kontinuierlich ab, und die Energiepreise sanken deutlich.

Darüber hinaus stellte sich Anfang März heraus, dass es im Januar im Produzierenden Gewerbe zu einer kräftigen Gegenbewegung nach dem Rücksetzer im Dezember

1 Zudem wird der wöchentliche Aktivitätsindex für die deutsche Wirtschaft (WAI) wöchentlich auf der Website der Bundesbank aktualisiert.

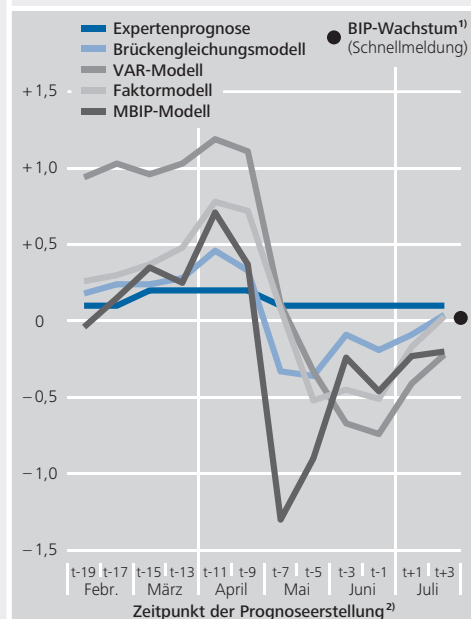
2 Der Horizont der Kurzfristprognose wurde nach der Veröffentlichung der Schnellschätzung für das vierte Quartal 2022 Anfang Februar auf das zweite Quartal 2023 erweitert. Bis zur Veröffentlichung der entsprechenden BIP-Schnellmeldung Ende Juli wurden fortan für das zweite Quartal im halbmonatlichen Rhythmus Prognosen erstellt.

3 In der Projektion war für das zweite Quartal 2023 ein leichtes Minus erwartet worden, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d).

4 Dieser Rückgang war allerdings von einem breitflächigen, kräftigen Rücksetzer vieler Konjunkturindikatoren im Dezember getrieben. Hierfür waren nicht nur konjunkturelle, sondern auch vorübergehende Effekte wie ein außerordentlich hoher Krankenstand sowie eine ungewöhnlich kalte Witterung in den zwei Wochen vor Weihnachten 2022 verantwortlich.

Kurzfristprognosen für das 2. Vj. 2023

Veränderung gegenüber Vorquartal in %, Stichtagsbezogene Werte



Quelle für die BIP-Schnellmeldung: Statistisches Bundesamt. **1** Preis-, saison- und kalenderbereinigt. **2** t bezeichnet das Ende des prognostizierten Quartals. Die erste Prognose wird 19 Wochen vor dem Quartalsende, also in t-19, erstellt. Deutsche Bundesbank

gekommen war.⁵⁾ Dies deutete darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft möglicherweise etwas schneller erholte als zuvor erwartet. In diesem Umfeld erhöhten sich die Modellprognosen für das zweite Quartal. Im Einklang damit wurde auch die Experteneinschätzung ein wenig nach oben angepasst (auf 0,2 %).⁶⁾

Im April sah es sogar danach aus, dass die Aktivität der deutschen Wirtschaft zum Start des Jahres 2023 nicht wie zuvor erwartet abermals gesunken war, sondern etwas zugelegt haben könnte. Insbesondere die Industrieproduktion stieg auch im Februar kräftig, und die Nachfrageabschwächung schien angesichts stark steigender Auftragsgänge überwunden. Vor dem Hintergrund gut gefüllter Auftragsbücher und nachlassender Lieferengpässe war sogar ein vorübergehender Schub für die Industrie denkbar. Die Konjunkturfachleute leiteten daraus seinerzeit aber noch keine Aufwärtsrevision für das zweite Quartal ab.⁷⁾

Die Ende April vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Schnellmeldung für das BIP-Wachstum im ersten Vierteljahr 2023 lag mit einer Stagnation dann leicht unter den Erwartungen der Fachleute. Weitaus überraschender waren allerdings die kurze Zeit später veröffentlichten, außerordentlich schwachen Industriedaten für März. Insbesondere die stark gesunkenen Auftragsgänge ließen bezweifeln, dass der Tiefpunkt bei der industriellen Nachfrage tatsächlich bereits durchschritten worden war.⁸⁾ Zudem hatte sich gemäß ifo Umfragen das Geschäftsklima verschlechtert. Die Modellprognosen brachen angesichts dieser neuen Daten teilweise regelrecht ein. Ein gegensätzliches Signal kam hingegen vom WAI, der in dieser Phase weiterhin eine Expansion anzeigte.

Zwar wurde auch die Experteneinschätzung Anfang Mai zurückgestuft. Aber die Prognose wurde nur leicht auf 0,1% gesenkt.

Dabei spielte eine Rolle, dass der hohe Auftragsbestand und nachlassende Lieferengpässe die Effekte einer schwachen Nachfrage auf die Produktion weiter abfedern sollten.⁹⁾ Zudem erschien es nach wie vor wahrscheinlich, dass der private Konsum seine Talsohle durchschritten hatte, da die realen verfügbaren Einkommen dank der nachlassenden Inflation und spürbar steigender Löhne wohl nicht mehr sanken. Dies stützte offenbar auch den Dienstleistungssektor, für den die Umfrageergebnisse unter Unternehmen und Einkaufsmanagern Ende Mai tendenziell positiv ausfielen. Auch da die Indikatoren mit Bezug auf den Dienstleistungssektor in den Kurzfristprognosemodellen eher unterrepräsentiert sind, schien eine im Vergleich zu den Modellen positivere Sicht angemessen.¹⁰⁾ Auch den

5 Die auch für den Rücksetzer im Dezember verantwortlichen, vorübergehenden Faktoren hatten offensichtlich eine größere Bedeutung als zunächst gedacht. Möglicherweise legten Unternehmen im Produzierenden Gewerbe ihre Produktion angesichts des hohen Krankenstandes sowie der hohen Energiepreise und der Kalenderkonstellation mit ungewöhnlich vielen Arbeitstagen rund um die Feiertage früher oder länger still als sonst üblich. Zudem war die Witterung im Januar ungewöhnlich mild, nachdem der Dezember zum großen Teil noch von einer außergewöhnlich ungünstigen Witterung geprägt gewesen war. Daher könnte es im Bau nicht nur zu Auf-, sondern wohl auch zu Nachholeffekten gekommen sein.

6 Angesichts der schwachen Auslandsnachfrage, der nach wie vor hohen Inflation sowie der weiteren geldpolitischen Straffung war eine wesentliche Verbesserung allerdings noch nicht in Sicht. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b).

7 Zu dieser vorsichtigen Grundhaltung der Fachleute trug bei, dass sich das ifo Geschäftsklima aufgrund einer etwas gesunkenen Lageeinschätzung nur leicht verbesserte.

8 In der Folge wurde mit Veröffentlichung der VGR-Details am 24. Mai das BIP-Wachstum für das erste Vierteljahr 2023 spürbar abwärtsrevidiert (auf – 0,3 %).

9 Zwar verharrte die Industrieproduktion gemäß Anfang Juni veröffentlichter Daten im April nahezu auf dem aufwärtsrevidierten, aber immer noch gedrückten Stand vom März. Zudem gab der industrielle Auftragsgang weiter leicht nach. Allerdings stieg die Produktion von Pkw den nicht amtlichen Angaben des Verbandes der Automobilindustrie zufolge im Mai kräftig an.

10 Ähnliches gilt mit Blick auf den Staatskonsum, der in den Kurzfristprognosemodellen kaum erfasst wird. Für diesen war nach dem gemäß damaligem Datenstand überraschend starken Rückgang im ersten Quartal mit einer gewissen Gegenbewegung im zweiten Quartal zu rechnen.

am 31. Mai abgeschlossenen, neuen makro-ökonomischen Projektionen der Bundesbank lag für das zweite Quartal 2023 ein leichtes BIP-Wachstum zugrunde.¹¹⁾

Diese Einschätzung für das zweite Quartal änderte sich auch nicht, als Ende Juni ein deutlich eingetrübtes Geschäftsklima veröffentlicht wurde. Denn dies wurde hauptsächlich durch die Geschäftserwartungen getrieben, die vor allem das dritte Quartal betrafen. Außerdem signalisierten Umfragen ein weiteres Nachlassen der Lieferengpässe in Industrie und im Bau. Nach Eingang der harten Daten Anfang Juli verbesserten sich die meisten Modellprognosen etwas. Der industrielle Auftragseingang stieg wieder kräftig an, auch wenn er in der Grundtendenz weiter rückläufig blieb. Zudem zeigte sich der Arbeitsmarkt nach wie vor stabil. Daher blieb die Einschätzung, dass das reale BIP im zweiten Quartal wohl leicht gestiegen sei, unverändert bei 0,1%. Sie lag damit

noch etwas oberhalb der Spannweite der Modellprognosen.

Ende Juli veröffentlichte das Statistische Bundesamt in seiner Schnellmeldung eine Stagnation des BIP für das zweite Vierteljahr 2023. Das war geringfügig weniger als zuletzt von den Konjunkturfachleuten erwartet worden war. Für den Zeitraum von Anfang Februar bis Ende Juli insgesamt war ihre Einschätzung recht stabil, aber etwas zu optimistisch. Die Modelle waren hingegen erst deutlich zu optimistisch und danach lange deutlich zu pessimistisch. Diese Schwankungen waren beim Brückengleichungsmodell am wenigsten ausgeprägt.

11 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a).

mielage auf die Wirtschaft hingegen durch Modelle und Fachleute gut abgeschätzt. Für das erste Quartal 2022 blieben die Expertinnen und Experten dagegen angesichts fortbestehender Einschränkungen noch lange zu pessimistisch, während die Modelle eine zu starke Erholung anzeigten.

Der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 führte zu einer sehr hohen Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung. Die Spannweite der Modellprognosen nahm erneut stark zu. Aufgrund der erheblich eingetrübten Unternehmenserwartungen zeigten einige Modelle einen starken Wirtschaftseinbruch an. Dahinter stand die Sorge, dass es insbesondere im Zuge eines Stopps russischer Gaslieferungen nach Deutschland zu massiven Verwerfungen an den Energiemärkten kommen könnte, bis hin zu angeordneten Rationierungen. Diesen Risiken trug die Bundesbank zunächst mit Simulationen von adversen Risikoszenarien Rechnung.⁴³⁾ In der Basislinie

blieben die Konjunkturfachleute für das Sommerhalbjahr 2022 zugleich eher zuversichtlich und trafen damit die relativ robuste Entwicklung der deutschen Wirtschaft recht gut.

Als allerdings im Sommer klar wurde, dass Deutschland weitgehend ohne russische Gaslieferungen durch den anstehenden Winter kommen musste, trübten sich die Aussichten für das Winterhalbjahr 2022/23 ein. Die Modelle zeigten eine deutlich rückläufige Wirtschaftsleistung an, und die Fachleute korrigierten ihre Einschätzung kräftig nach unten. Im Monatsbericht September warnten sie vor einer erhöhten Rezessionsgefahr.⁴⁴⁾ In den kommenden Monaten zeichnete sich dann aber zunehmend ab, dass die deutsche Wirtschaft besser mit den geänderten Rahmenbedingungen zurechtkommen würde als zunächst befürchtet. Die Energiekrise bedeutete dennoch eine erhebliche

Nach Stopp russischer Gaslieferungen nach Deutschland sahen Modelle und Fachleute eingetrübten Ausblick für das Winterhalbjahr 2022/23

43 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a, 2022b).

44 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c).

Stark erhöhte Prognoseunsicherheit mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Belastung. In der Dezember-Projektion wurde daher für das vierte Quartal 2022 ein BIP-Rückgang um 0,6 % veranschlagt. Für das erste Quartal 2023 wurde ein weiterer Rückgang (um 0,3 %) erwartet.⁴⁵⁾ Tatsächlich kam die deutsche Wirtschaft noch etwas besser durch den Winter als damals unterstellt.⁴⁶⁾ Die Industrie trotzte der Energiekrise und der schwächelnden Nachfrage dank nachlassender Lieferengpässe und eines hohen Auftragsbestandes. Eine Gasmanngelage wurde dank teilweise witterungsbegünstigter Einsparungen und erhöhter (Flüssig-)Gaslieferungen zunehmend unwahrscheinlich. Der Pessimismus der Unternehmen mit Blick auf die Zukunft nahm gemäß den Umfrageindikatoren breitflächig ab.

Fazit: Prognosemodelle bleiben wichtigstes Werkzeug für Konjunkturanalyse

Eine Evaluation der Kurzfristprognosemodelle anhand ihrer Prognosegüte zeigt, dass die angepassten Modelle für das laufende und gegebenenfalls das gerade abgelaufene Quartal im Mittel informative Prognosen für das Wirtschaftswachstum liefern (vgl. die Ausführungen auf S. 70 ff.). Das gilt sowohl im Zeitraum von 2010 bis 2019 als auch im Zeitraum von 2010 bis zum ersten Quartal 2023. Das angepasste Brückengleichungsmodell, welches insgesamt die höchste Treffsicherheit aufweist, schafft dies auch für die Prognosen ein Quartal voraus. Zudem hat sich die mit Ausbruch der Pandemie massiv verschlechterte Treffsicherheit der Modellprognosen seit Ende 2020 wieder erheblich verbessert. Damit unterstreichen die Evaluationsergebnisse die wichtige Rolle der Prognosemodelle als wertvolle Hilfsmittel für die praktische Konjunkturanalyse. Zugleich reicht die Prognosegüte aber noch nicht wieder an die Zeit vor der Corona-Pandemie heran. Das Expertenwissen der Konjunkturfachleute dürfte somit noch auf absehbare Zeit eine hervorgehobene Bedeutung behalten.

Treffsicherheit der Modellprognosen mit Ausbruch der Pandemie massiv verschlechtert und auch gegenwärtig noch nicht wieder so gut wie vor Pandemie

Sobald die deutsche Wirtschaft nachhaltig in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt, dürfte sich die Güte der Prognosemodelle weiter verbessern. Zugleich sind die Arbeiten am Werkzeugkasten für die Kurzfristprognose mit den jüngsten Überarbeitungen nicht abgeschlossen. Eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Modelle ist notwendig, um ihre Leistungsfähigkeit unter sich ändernden konjunkturellen Rahmenbedingungen zu erhalten.

Regelmäßige Überprüfung der Modelle weiterhin geboten

Der technologische Fortschritt ermöglicht zudem die Berücksichtigung neuer Daten und Methoden. Beispielsweise könnten zukünftig Medieninformationen mithilfe von computergestützter Textanalyse genutzt werden, um hochfrequente Konjunkturindikatoren zu generieren. Mit deren Hilfe können konjunkturelle Schwankungen zeitnah modellbasiert erfasst werden.⁴⁷⁾ Auch neu verfügbare Methoden, etwa im Bereich des maschinellen Lernens und der Künstlichen Intelligenz, können in die Konjunkturanalyse und -prognose einbezogen werden.⁴⁸⁾ Die Eignung solcher und anderer neuer Daten und Methoden für die Prognose des deutschen BIP zu überprüfen, bleibt eine ständige Aufgabe.

Berücksichtigung neuer Daten und Methoden in der Konjunkturprognose

⁴⁵ Für die Erwartung einer rückläufigen Wirtschaftsaktivität spielten vor allem die unmittelbaren Auswirkungen der Energiekrise eine Rolle, insbesondere die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte aufgrund der hohen Inflation und die durch die hohen Energiepreise belastete Industrie. Hinzu kamen aber auch Bremseffekte einer schwachen Auslandsnachfrage für die Exportwirtschaft, von der hohen Unsicherheit und den gestiegenen Finanzierungskosten gedämpfte Investitionen sowie ein Rückgang des Staatskonsums angesichts auslaufender pandemiebezogener Ausgaben. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d).

⁴⁶ Das Statistische Bundesamt meldete für das vierte Quartal 2022 zunächst einen BIP-Rückgang um 0,2 % und für das erste Quartal 2023 eine Stagnation. Für beide Quartale wurden die Angaben danach zwar noch merklich revidiert. Der jüngste Datenstand weist demnach in beiden Quartalen einen BIP-Rückgang auf. Dieser fällt aber milder aus als in der Dezember-Projektion erwartet.

⁴⁷ Vgl. inter alia: Thorsrud (2020) sowie Barbaglia et al. (2023).

⁴⁸ Vgl. inter alia: Babii et al. (2022) sowie Coulombe et al. (2022).

■ Literaturverzeichnis

Babii, A., E. Ghysels und J. Striaukas (2022), Machine Learning Time Series Regressions With an Application to Nowcasting, *Journal of Business & Economic Statistics*, 40 (3), S. 1094-1106.

Bai, J. und S. Ng (2002), Determining the Number of Factors in Approximate Factor Models, *Econometrica*, 2002, 70, S. 191–221.

Barbaglia, L., S. Consoli und S. Manzan (2023), Forecasting with Economic News, *Journal of Business & Economic Statistics*, 41 (3), S. 708-719.

Carriero, A., T.E. Clark, M. Marcellino und E. Mertens (2022), Addressing COVID-19 Outliers in BVARs with Stochastic Volatility, *The Review of Economics and Statistics* 2022.

Chan, J.C.C. (2023), Comparing stochastic volatility specifications for large Bayesian VARs, *Journal of Econometrics*, 235 (2), S. 1419–1446.

Chow, G.C. und A. Lin (1971), Best Linear Unbiased Interpolation, Distribution, and Extrapolation of Time Series by Related Series, *The Review of Economics and Statistics*, 53 (4), S. 372–375.

Coulombe, P.G., M. Leroux, D. Stevanovic und S. Surprenant (2022), How is machine learning useful for macroeconomic forecasting? *Journal of Applied Econometrics*, 37 (5), S. 920–964.

Deutsche Bundesbank (2023a), Mühsame Erholung bei hoher, nur allmählich nachlassender Inflation – Perspektiven der deutschen Wirtschaft bis 2025, *Monatsbericht*, Juni 2023, S. 13–37.

Deutsche Bundesbank (2023b), Konjunktur in Deutschland, *Monatsbericht*, Februar 2023, S. 51–63.

Deutsche Bundesbank (2022a), Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario, *Monatsbericht*, April 2022, S. 15–31.

Deutsche Bundesbank (2022b), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, *Monatsbericht*, Juni 2022, S. 15–47.

Deutsche Bundesbank (2022c), Kurzberichte, *Monatsbericht*, September 2022, S. 5–15.

Deutsche Bundesbank (2022d), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2023 bis 2025, *Monatsbericht*, Dezember 2022, S. 17–45.

Deutsche Bundesbank (2021), Schätzung des monatlichen realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland und Anwendung in der kurzfristigen Konjunkturprognose, *Monatsbericht*, August 2021, S. 68–69.

Deutsche Bundesbank (2020a), Zur monatlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Euroraum, *Monatsbericht*, Mai 2020, S. 22.

Deutsche Bundesbank (2020b), Ein wöchentlicher Aktivitätsindex für die deutsche Wirtschaft, *Monatsbericht*, Mai 2020, S. 71–73.

- Deutsche Bundesbank (2020c), Kurzberichte, Monatsbericht, April 2020, S. 5–15.
- Deutsche Bundesbank (2020d), Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht, Mai 2020, S. 71–73.
- Deutsche Bundesbank (2020e), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2020 bis 2022, Monatsbericht, Juni 2020, S. 15–34.
- Deutsche Bundesbank (2019), Kurzberichte, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 5–12.
- Deutsche Bundesbank (2018a), Modelle zur kurzfristigen Konjunkturprognose: eine Aktualisierung, Monatsbericht, September 2018, S. 15–29.
- Deutsche Bundesbank (2018b), Konjunktur in Deutschland, Monatsbericht, November 2018, S. 46–55.
- Eraslan, S. und T. Götz (2021), An unconventional weekly economic activity index for Germany, *Economics Letters*, 2021, 204, 109881.
- Eraslan, S. und M. Reif (2023), A latent weekly GDP indicator for Germany, Deutsche Bundesbank Technical Paper, im Erscheinen.
- Eraslan, S. und M. Schröder (2023), Nowcasting GDP with a pool of factor models and a fast estimation algorithm, *International Journal of Forecasting*, 39 (3), S. 1460–1476.
- Götz, T. und K. Hauzenberger (2021), Large mixed-frequency VARs with a parsimonious time-varying parameter structure, *Econometrics Journal*, 24 (3), S. 442–461.
- Haertel, T., B. Hamburg und V. Kusin (2022), The macroeconometric model of the Bundesbank revisited, Deutsche Bundesbank Technical Paper, 01/2022.
- Koop, G. und D. Korobilis (2014), A new index of financial conditions, *European Economic Review*, 71, S. 101–116.
- Lenza, M. und G. E. Primiceri (2022), How to estimate a vector autoregression after March 2020, *Journal of Applied Econometrics*, 37 (4), S. 688–699.
- Lewis, D. J., K. Mertens und J. H. Stock (2020), Weekly Economic Index, <https://www.newyorkfed.org/research/policy/weekly-economic-index>.
- Ollech, D. (2023), Economic analysis using higher-frequency time series: challenges for seasonal adjustment, *Empirical Economics*, 64 (3), 1375–1398.
- Pinkwart, N. (2018), Short-term forecasting economic activity in Germany: a supply and demand side system of bridge equations, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 36/2018.
- Raftery, A. E., M. Kárný und P. Ettler (2010), Online Prediction Under Model Uncertainty via Dynamic Model Averaging: Application to a Cold Rolling Mill, *Technometrics*, 52:1, S. 52–66.

Schorfheide, F. und D. Song (2021), Real-time forecasting with a (standard) mixed-frequency VAR during a Pandemic, NBER Working Paper No. 29535, Dezember 2021.

Schorfheide, F. und D. Song (2015), Real-time forecasting with a mixed-frequency VAR, *Journal of Business and Economic Statistics*, 33 (3), S. 366–380.

Thorsrud, L.A. (2020), Words are the New Numbers: A Newsy Coincident Index of the Business Cycle, *Journal of Business & Economic Statistics*, 38 (2), S. 393–409.

Woloszko, N. (2020), Tracking activity in real time with Google Trends, OECD Economics Department Working Papers, No. 1634.

Work stream on Eurosystem modelling (2021), Review of macroeconomic modelling in the Eurosystem: current practices and scope for improvement, Box 15, Bundesbank pandemic scenarios in the June 2020 BMPE, ECB Occasional Paper, No 267.

Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zu EU-Haushalt und Extrahaushalt Next Generation EU im Jahr 2022

Der EU-Haushalt umfasste im vergangenen Jahr 168 Mrd € oder gut 1% des Bruttonational-einkommens der EU (EU-BNE). Davon floss der größte Teil als zweckgebundene Transfers. Vorübergehend leistet auch der Extrahaushalt Next Generation EU (NGEU) Transfers an die Mitgliedstaaten. 2022 beliefen sich diese auf 62 Mrd € oder knapp ½ % des EU-BNE.

Der EU-Haushalt und NGEU finanzieren diverse Ausgaben. Im Ergebnis werden finanzielle Mittel zugunsten leistungsschwächerer Mitgliedstaaten umverteilt. Diese erhalten relativ hohe Transfers. Gleichzeitig finanzieren alle Mitgliedstaaten die EU in etwa proportional zu ihrer Wirtschaftskraft. An den EU-Haushalt zahlen die Mitgliedstaaten laufende Beiträge von knapp 1% ihres BNE. Dagegen finanzieren sie die NGEU-Transfers zunächst über gemeinsame Schulden. Ab 2028 sollen diese Schulden aus dem EU-Haushalt getilgt werden. Daher finanzieren die Mitgliedstaaten auch NGEU in etwa gemäß ihren BNE-Anteilen.

2022 waren neun der 27 EU-Staaten Nettozahler, wenn der EU-Haushalt und NGEU zusammen betrachtet werden. Das heißt, sie zahlten mehr ein als sie an Transfers erhielten. In Relation zum nationalen BNE war der Nettobeitrag Deutschlands mit knapp 1% am höchsten, gefolgt von den Nettobeiträgen der Niederlande und Schwedens. Die höchsten Nettotransfers erhielten Kroatien mit 4% und Bulgarien mit 3½ % des jeweiligen BNE. NGEU hatte dabei einen erheblichen Anteil an der Umverteilung. Beispielsweise läge der Nettobeitrag Deutschlands ohne NGEU bei nur ½ % des BNE.

Die Mittel der zu NGEU gehörenden Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) fließen unterschiedlich schnell an die Länder. Über alle Länder hinweg zahlte die Europäische Kommission in den ersten beiden Jahren (2021 und 2022) gut ein Viertel der bis 2026 vorgesehenen ARF-Transfers. Während einige Länder bislang noch keine ARF-Mittel abriefen, flossen etwa nach Spanien, Kroatien und Italien bereits 40% der für sie vorgesehenen Transfers. Deutschland rief 8% ab, allerdings keine Mittel in 2022.

■ Einleitung

Aufsatz bebildert Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zur EU

Ein regelmäßiger Überblick der Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zur EU ist Teil der Berichterstattung der Bundesbank zu den Öffentlichen Finanzen.¹⁾ Die Europäische Kommission veröffentlicht üblicherweise in der zweiten Jahreshälfte die Finanzströme des Vorjahres. Diese umfassen neben dem EU-Haushalt auch den zeitlich befristeten Extrahaushalt NGEU. Dieser Aufsatz zeigt unter anderem die resultierenden Nettobeiträge der Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr.²⁾

■ Nettobeiträge aus Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt und zu NGEU

Nettobeiträge zeigen Umverteilung innerhalb der EU an

Über den EU-Haushalt und NGEU ergeben sich für die einzelnen Mitgliedstaaten Nettobeiträge. Fällt der Nettobeitrag positiv aus, so ist das Land Nettoempfänger, das heißt, es erhält mehr aus dem Haushalt als es einzahlt. Demgegenüber ist ein Land mit einem negativen Nettobeitrag Nettozahler.

■ EU-Haushalt

Länder mit geringerer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erhalten tendenziell mehr Mittel aus dem EU-Haushalt

Die jährlichen Ausgaben des EU-Haushalts beschließen die Mitgliedstaaten in einem Mehrjährigen Finanzrahmen. Dieser erstreckt sich über sieben Jahre. Der aktuelle Mehrjährige Finanzrahmen gilt für 2021 bis 2027. Der größte Teil der Ausgaben fließt den Mitgliedstaaten zu. Dabei erhalten in der Regel Länder mit geringerer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (gemessen an ihrem BNE pro Kopf) überproportional hohe Transfers aus dem EU-Haushalt. Daneben umfasst der EU-Haushalt Verwaltungsausgaben sowie Transfers an Staaten außerhalb der EU, etwa für Entwicklungshilfe oder humanitäre Leistungen. Die Verwaltungsausgaben fließen nicht in die Berechnung der Nettobeiträge ein.

Die Einnahmen des EU-Haushalts speisen sich neben Zolleinnahmen weit überwiegend aus laufenden Zahlungen der Mitgliedstaaten. Diese werden als EU-Eigenmittel bezeichnet. Daneben entfällt ein kleinerer Teil beispielsweise auf Einnahmen der europäischen Wettbewerbsbehörde aus Kartellstrafen oder Strafzahlungen der Mitgliedstaaten. In die Berechnung der Nettobeiträge fließen lediglich die laufenden Zahlungen der Mitgliedstaaten ein. Insgesamt betrachtet orientieren sie sich stark an der jeweiligen Wirtschaftsleistung. Daher zahlen die Mitgliedstaaten in Relation zu ihrem BNE ähnlich viel in den EU-Haushalt ein.

Wirtschaftskraft bestimmt Höhe der Zahlungen an den EU-Haushalt

■ NGEU

2020 einigten sich die Mitgliedstaaten wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus der Corona-Pandemie auf den Extrahaushalt NGEU. Er umfasst Transfers von insgesamt rund 420 Mrd €, die 2021 bis 2026 an die Mitgliedstaaten fließen sollen.³⁾ Zudem umfasst er Kredite an die Mitgliedstaaten von bis zu 390 Mrd €. Im Unterschied zum EU-Haushalt finanzieren die Mitgliedstaaten NGEU zunächst über gemeinsame Schulden statt über laufende Zahlungen. Den Schuldendienst (Zins und Rückzahlung) der aufgenommenen Schulden für Kredite leisten die kreditnehmenden Mitgliedstaaten selbst. Die für die Transfers aufgenommenen Schulden müssen alle Mitgliedstaaten von 2028 bis 2058 sukzessive gemeinsam über den regulären EU-Haushalt tilgen. Sie haben sich verpflichtet, dem EU-Haushalt dafür ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Derzeit ist angelegt, dass die Mitgliedstaaten den EU-Haushalt auch künftig überwiegend entsprechend ihrer BNE-Anteile finanzieren werden. Daher liegt es nahe, auch

NGEU-Transfers zunächst über Schulden und später über EU-Haushalt finanziert

¹ Der Fokus der Berichterstattung liegt auf Transfers des EU-Haushalts und des Extrahaushalts NGEU. Kreditprogramme der EU, wie z. B. Mikrofinanzhilfen oder NGEU-Kredite, werden nicht betrachtet.

² Die Bundesbank berichtete im Oktober 2022 erstmals über die Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt einschl. NGEU. Für eine ausführliche Beschreibung der Methodik vgl.: Deutsche Bundesbank (2022).

³ Alle Zahlen zu NGEU sind in laufenden Preisen angegeben.

bei NGEU Finanzierungslasten und Nettobeiträge der Mitgliedstaaten anhand ihres BNE-Anteils abzuschätzen. Der so ermittelte Nettobeitrag entspricht dem Betrag, der sich ergäbe, wenn die Mitgliedstaaten NGEU-Transfers schon heute über laufende Zahlungen an den regulären EU-Haushalt finanzieren würden.

Im Folgenden werden die so ermittelten Nettobeiträge des EU-Haushalts und von NGEU für 2022 dargestellt.

■ Entwicklung 2022

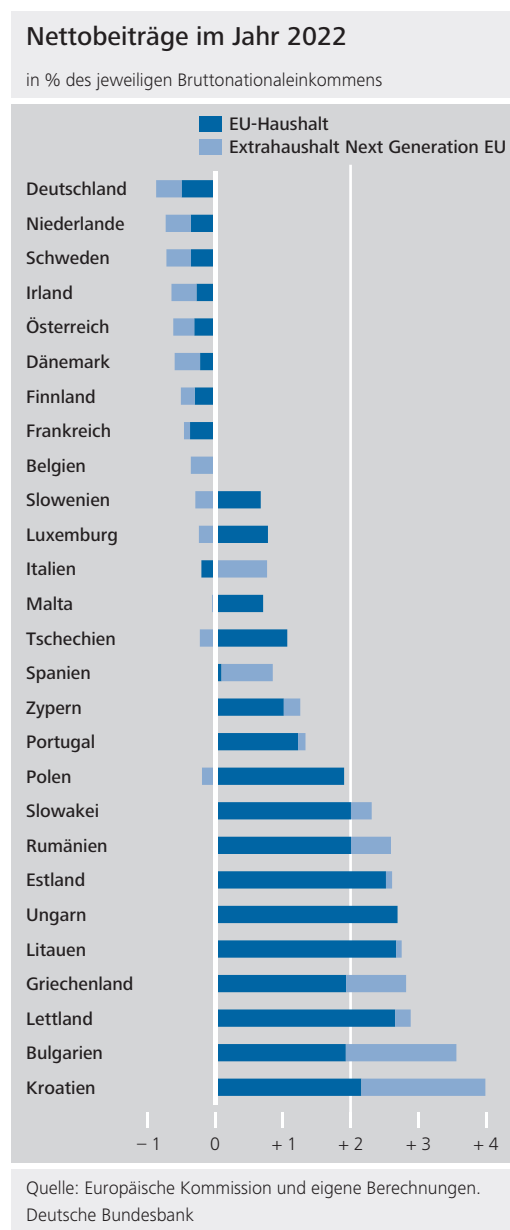
Nettobeiträge insgesamt

Neun Länder waren Nettozahler, 18 Nettoempfänger

NGEU begünstigt ebenso wie der EU-Haushalt die leistungsschwächeren Mitgliedstaaten. Allerdings rufen die Mitgliedstaaten die für sie vorgesehenen Mittel über die Jahre nicht gleichmäßig ab. Daher schwanken die NGEU Nettobeiträge von Jahr zu Jahr teils erheblich. Betrachtet man EU-Haushalt und NGEU zusammen, so waren 2022 neun der 27 EU-Staaten Nettozahler (siehe nebenstehendes Schaubild).⁴⁾ Deutschland zahlte mit knapp 1 % des nationalen BNE netto am meisten. Danach folgten die Niederlande, Schweden, Irland, Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich und Belgien. In all diesen Ländern erhöhte NGEU die Nettoszah-lungen deutlich. In den meisten netto zahlen-den Mitgliedstaaten (darunter auch Deutsch-land) machte NGEU rund die Hälfte des Netto-beitrags aus, obwohl NGEU nur halb so um-fangreich war wie der EU-Haushalt. Dies liegt daran, dass mit Italien und Spanien zwei große Mitgliedstaaten einen besonders großen Anteil der ihnen zustehenden NGEU-Mittel abriefen. In Frankreich war der Anstieg des Nettobeitrags durch NGEU weniger ausgeprägt während Bel-gien erst durch NGEU zum Nettozahler wurde.

Einfluss von NGEU auf Netto-beitrag in Spanien und Italien beson-ders groß

Die verbleibenden 18 EU-Staaten waren Netto-empfänger. Kroatien und Bulgarien erhielten mit 4 % und gut 3 ½ % die höchsten Netto-transfers in Relation zum jeweiligen nationalen BNE. Es folgten Lettland, Griechenland, Litauen,

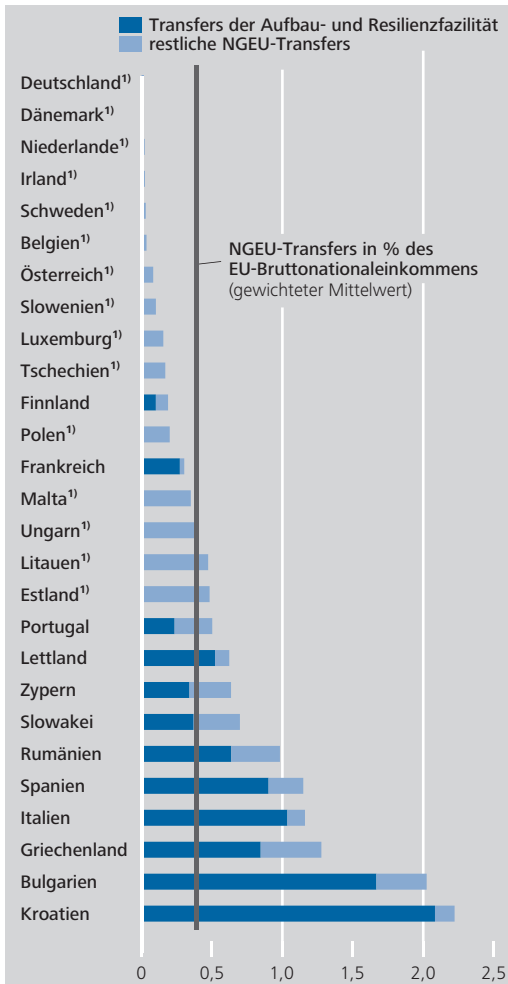


Ungarn, Estland, Rumänien und die Slowakei mit jeweils über 2 % des BNE. In den großen Volkswirtschaften Italien und Spanien hatte NGEU einen besonders großen Anteil an den Nettotransfers. So war Italien ohne NGEU Nettozahler. Spanien erhielt deutlich höhere Nettotransfers aus NGEU als aus dem EU-Haus-halt. In Slowenien, Luxemburg, Malta, Tsche-chien, Polen und Ungarn standen Nettozuflüsse

⁴ Die Zahlen basieren auf Zahlungsströmen zum EU-Haus-halt, die die Europäische Kommission auf ihrer Homepage veröffentlicht. Vgl.: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/2021-2027/spending-and-revenue_en. Für das BNE wurden die aktuel-len Daten der Ameco-Datenbank verwendet.

Next Generation EU (NGEU)-Transfers an die Mitgliedstaaten im Jahr 2022

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
 1 In diese Länder flossen 2022 keine Transfers der Aufbau- und Resilienzfazilität.
 Deutsche Bundesbank

Um die für sie vorgesehenen ARF-Mittel zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten allerdings bestimmte Anforderungen erfüllen. Dazu vereinbarten sie mit der Europäischen Kommission Aufbau- und Resilienzpläne. Dort sind Meilensteine definiert, die die Länder erreichen müssen. Bis zu 13 % der ihnen zustehenden Mittel können sie vorerst ungeprüft als Vorfinanzierung abrufen. Beantragt ein Mitgliedstaat weitere Mittel, muss er nachweisen, dass er die hierfür vereinbarten Meilensteine erfüllt hat. Erst danach darf die Europäische Kommission die Mittel auszahlen.

2022 flossen insgesamt 62 Mrd € an NGEU-Transfers an die Mitgliedstaaten (davon 47 Mrd € aus der ARF). Sie entsprechen knapp ½ % des EU-BNE und lagen 8 Mrd € über dem Vorjahreswert. Die NGEU-Transfers unterscheiden sich deutlich zwischen den Mitgliedstaaten (siehe nebenstehendes Schaubild). Nur zwölf der 27 Mitgliedstaaten erhielten ARF-Transfers, davon Kroatien und Bulgarien mit 2 % beziehungsweise 1,7 % des BNE die verhältnismäßig höchsten. Es folgten Italien, Spanien und Griechenland mit 0,8 % bis 1,0 % des BNE. Finnland rief mit 0,1 % des BNE lediglich die Vorfinanzierung ab.

Europäische Kommission zahlte 2022 NGEU-Transfers von 62 Mrd €

aus dem EU-Haushalt einer (deutlich geringeren) Nettobelastung aus NGEU gegenüber.

NGEU: Transfers fließen unterschiedlich schnell ab

Für die ARF gelten besondere Anforderungen

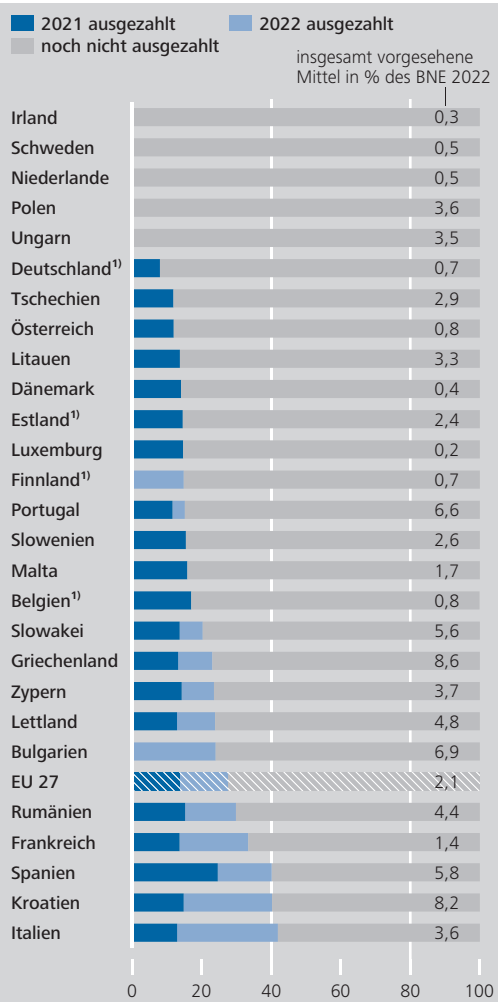
Das Kernstück der NGEU-Transfers bildet die Aufbau- und Resilienzfazilität. Auf sie entfallen 80 % der gesamten Transfers. Die verbleibenden 20 % an NGEU-Transfers stocken bestehende Programme des EU-Haushalts auf. Kumuliert über alle Jahre betrachtet fließen die ARF-Mittel vereinbarungsgemäß überproportional in leistungsschwächere Mitgliedstaaten.

Die Divergenz zwischen den Ländern mit Blick auf die ARF-Transfers nahm 2022 weiter zu (siehe linkes Schaubild auf S. 87). Insgesamt zahlte die Europäische Kommission in den ersten beiden Jahren der sechsjährigen Laufzeit von ARF 28 % der Gesamtmittel aus. Nach Rumänien, Frankreich, Spanien, Kroatien und Italien flossen bereits 30 % bis gut 40 % der ihnen zustehenden Mittel. Mit Ausnahme von Frankreich steht diesen Ländern ein im Verhältnis zum BNE überproportional großer Anteil an den ARF-Mitteln zu. Fünf Länder erhielten bis dato gar keine ARF-Transfers. Darunter auch Ungarn und Polen, für die ebenfalls überproportional viele ARF-Mittel vorgesehen sind. Ihre Mittel hält die Europäische Kommission bislang wegen Konflikten mit der Rechtsstaatsklausel zurück. Vier Länder, darunter auch Deutschland, riefen bis Ende 2022 lediglich die Vorfinanzierung ab.

ARF-Transfers fließen unterschiedlich schnell ab

Transfers der Aufbau- und Resilienz-fazilität an die Mitgliedstaaten

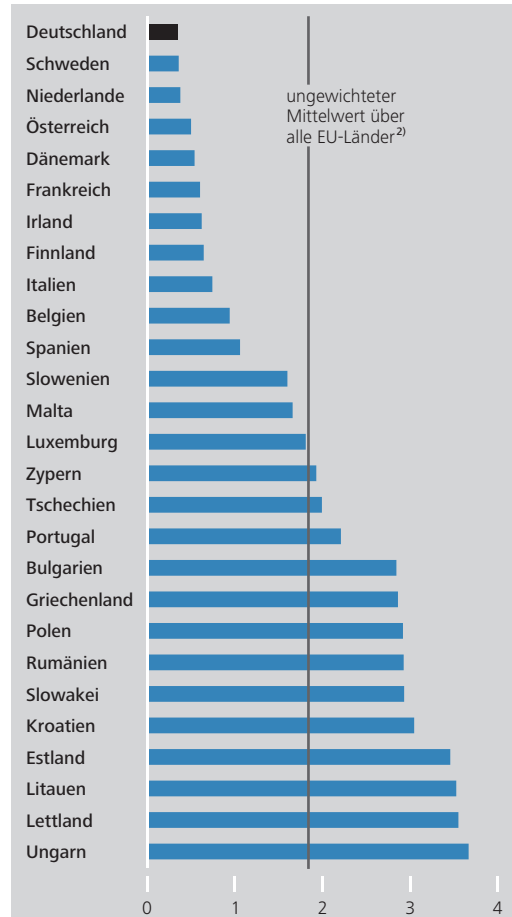
in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
¹ Diese Länder erhielten bis Ende 2022 nur die Vorfinanzierung.
 Deutsche Bundesbank

Transfers aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedstaaten im Jahr 2022

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens, operative Ausgaben¹⁾



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
¹ Ausgaben ohne Verwaltung und Schuldendienst für den Extrahaushalt Next Generation EU. ² Der unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ländergrößen gewichtete Mittelwert lag bei knapp 0,9% des EU-BNE.
 Deutsche Bundesbank

EU-Haushalt: stetige Entwicklung

EU-Haushalt umfasste 2022 168 Mrd €

Der reguläre EU-Haushalt 2022 umfasste Ausgaben von rund 168 Mrd €. ⁵⁾ Dies entspricht gut 1% des EU-BNE. Davon entfielen gut 10 Mrd € auf Verwaltungsausgaben, die nicht in die Berechnung der Nettobeiträge einfließen. Ihr Anteil lag unverändert bei 6% der Gesamtausgaben. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Ausgaben für den NGEU-Schuldendienst. Sie umfassen bislang nur Zinszahlungen und waren mit 47 Mio € noch vernachlässigbar gering. 24 Mrd € der Ausgaben deckten Zolleinnahmen, die ebenfalls bei der Berechnung der Nettobei-

träge außen vor bleiben. Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung fielen sie um 3 Mrd € höher aus als 2021.

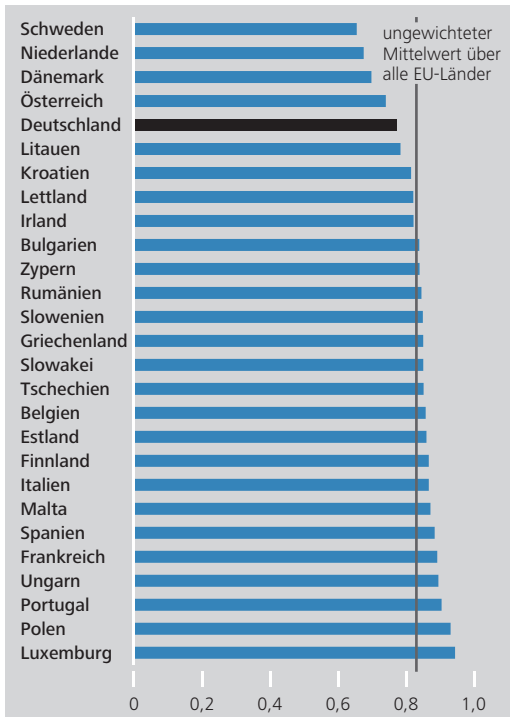
Die operativen Ausgaben des Jahres 2022 betragen 157 Mrd € (Ausgaben ohne Verwaltung und NGEU-Schuldendienst). Der größte Anteil entfiel wie üblich auf Ausgaben der Kohäsionspolitik, gefolgt von Ausgaben der Agrarpolitik. Auf diese beiden Kategorien zusammen entfielen mehr als zwei Drittel der Ausgaben. Die restlichen 38 Mrd € verteilten sich auf die Bereiche Forschung und Infrastruktur, Auswärtiges

Breite Streuung der Transfers aus dem EU-Haushalt

⁵ Vgl.: Europäische Kommission (2023).

Zahlungen der Mitgliedstaaten an den EU-Haushalt im Jahr 2022

in % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Handeln sowie Sicherheit und Unionsbürgerschaft. Die Höhe der Transfers, die den Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt zufließen, unterschieden sich ebenso wie in den Vorjahren deutlich (siehe rechtes Schaubild auf S. 87). Ungarn hatte mit gut 3 1/2 % des BNE die höchste, Deutschland, Schweden und die Niederlande mit knapp 1/2 % die niedrigste Quote.

Die Zahlungen der Mitgliedstaaten an den EU-Haushalt lagen in Relation zum BNE 2022 wie üblich deutlich näher beieinander als die empfangenen Transfers (siehe oben stehendes Schaubild). Sie deckten 130 Mrd € der Ausgaben. Im (ungewichteten) Durchschnitt zahlten die Mitgliedstaaten gut 0,8 % ihres BNE an den EU-Haushalt. Die Spanne zwischen dem Land mit den niedrigsten und dem Land mit den höchsten Zahlungen (in Relation zum BNE) betrug 0,3 Prozentpunkte.

Deutlich geringere Streuung bei Zahlungen der Mitgliedstaaten

Umverteilung über EU-Haushalt und NGEU mit ähnlichem Muster

Über den EU-Haushalt verteilen die Mitgliedstaaten üblicherweise finanzielle Mittel von leistungsstärkeren zu leistungsschwächeren Ländern um. Diese Tendenz zeigt sich auch im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen sowie bei den insgesamt vorgesehenen NGEU-Transfers (siehe Schaubilder auf S. 89). Beim EU-Haushalt hatten im Durchschnitt der ersten beiden Jahre bis auf Italien alle Nettozahler ein größeres BNE pro Kopf als der EU-weite Durchschnitt. Umgekehrt lag in diesem Zeitraum das BNE pro Kopf der Nettoempfänger mit Ausnahme von Luxemburg⁶ unter dem EU-Durchschnitt.

Nettobeiträge korrelieren weiterhin mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Fazit

Der EU-Haushalt verteilt in erster Linie über seine Ausgabenseite finanzielle Mittel von leistungsstärkeren zu leistungsschwächeren EU-Staaten um. Darauf zielt etwa die Kohäsionspolitik auch explizit ab. NGEU folgt diesem Umverteilungsprinzip und erhöht den Umfang der Umverteilung.

NGEU erhöht Umfang der Umverteilung

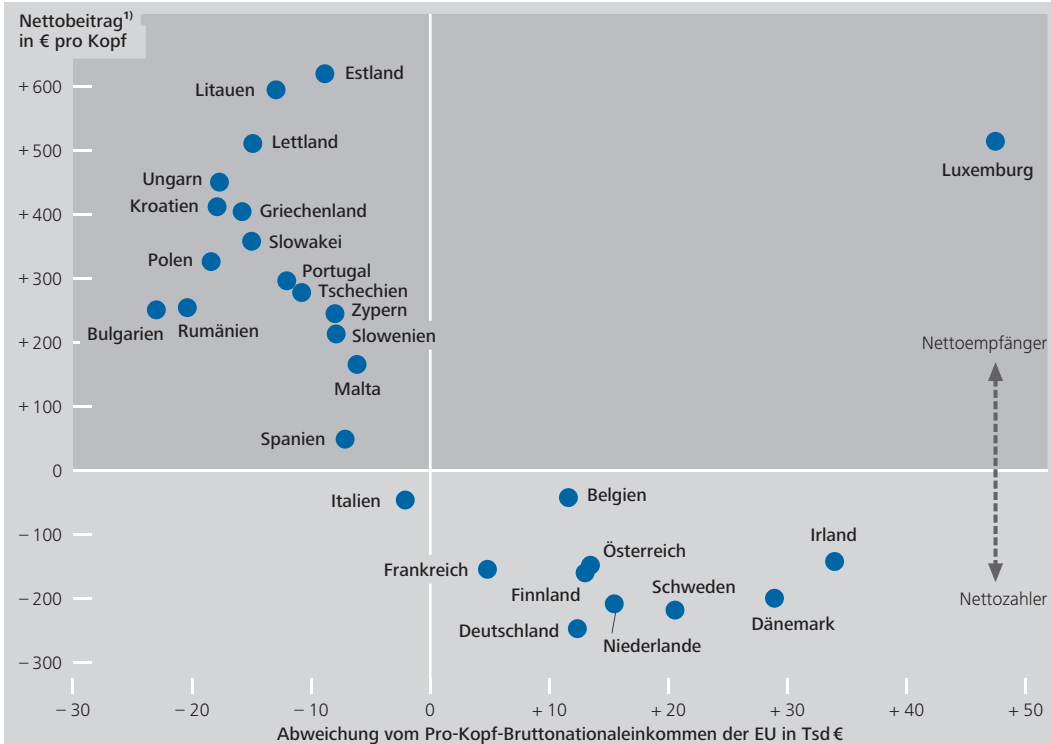
Da die Mitgliedstaaten die NGEU-Transfers außerhalb des EU-Haushalts über Schulden finanzieren, verschieben sie ihre diesbezüglichen Finanzierungslasten in die Zukunft. Weder ihre Defizite noch ihre Schuldenstände lassen diese Lasten erkennen (jeweils in der Maastricht-Abgrenzung). Bei der Analyse der Staatsfinanzen sollten diese künftigen Belastungen aber bereits jetzt berücksichtigt werden – etwa bei Berechnungen zur fiskalischen Tragfähigkeit. Es wäre folgerichtig, diese Finanzierungslasten auch im

NGEU-Transfers bei Fiskalanalyse und Fiskalregeln mit in den Blick nehmen

⁶ Luxemburg erhält in Relation zu seiner Wirtschaftskraft vergleichsweise hohe Zahlungen aus dem Forschungsprogramm Horizont Europa. 2022 lagen die Zahlungen aus diesem Programm mit knapp 1 % des BNE fast so hoch wie die gesamten Zahlungen Luxemburgs an den EU-Haushalt. 2021 lag der Zufluss mit 0,5 % des luxemburgischen BNE ebenfalls deutlich über dem europäischen Mittel. Zum Vergleich: In die anderen Länder fließen aus diesem Programm im Schnitt weniger als 0,1 % ihres BNE.

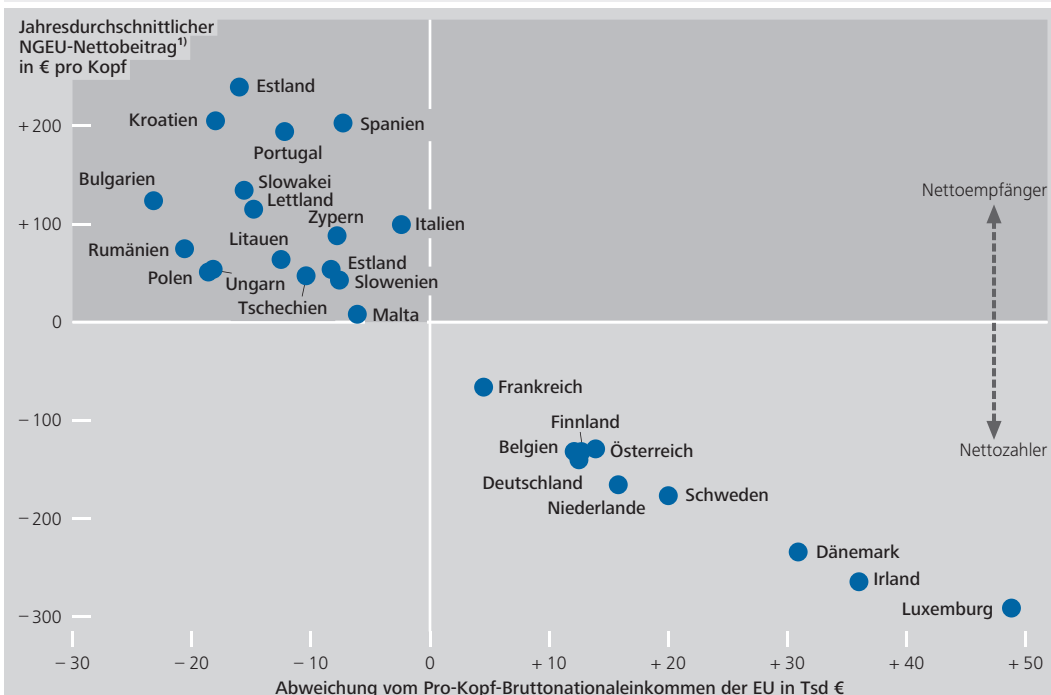
Nettobeiträge zum EU-Haushalt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU-Staaten

Durchschnitt 2021/22



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. 1 Verwaltungsausgaben und Zölle sind nicht enthalten.
 Deutsche Bundesbank

Geplante Transfers des Extrahaushalts Next Generation EU (NGEU) und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen. 1 Entspricht einem Sechstel der Differenz zwischen der einem Land insgesamt vorzugeleiteten NGEU-Transfers und dem Finanzierungsanteil des Landes an den gesamten vorzugeleiteten NGEU-Transfers.
 Deutsche Bundesbank

Rahmen der Reform der europäischen Fiskalregeln zeitnah mit ins Bild zu nehmen. Bei den nationalen Haushaltsregeln wie der deutschen

Schuldenbremse läge es nahe, die jährlich aufgenommenen NGEU-Schulden anteilig auf die Kreditspielräume des Bundes anzurechnen.

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2022), Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zu EU-Haushalt und Extrahaushalt Next Generation EU im Jahr 2021, Monatsbericht, Oktober 2022, S. 37 ff.

Europäische Kommission (2023), European Commission, Directorate-General for Budget, Consolidated annual accounts of the European Union: Integrated financial and accountability reporting 2022, Publications Office of the European Union, 2023.

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2022

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute hat sich im Jahr 2022 tendenziell verschlechtert. Zwar stieg der Jahresüberschuss vor Steuern im Aggregat leicht an (+1,4%) und lag mit 27,4 Mrd € weiterhin deutlich oberhalb des langfristigen Mittels. Allerdings war hierfür ein Sondereffekt bei einem Institut aus der Gruppe der Großbanken ausschlaggebend. Dieser führte zu einer deutlichen Verbesserung des Saldos der anderen und außerordentlichen Rechnung, ohne die der aggregierte Jahresüberschuss vor Steuern gegenüber dem Jahr 2021 gesunken wäre. Das gestiegene Zinsniveau wirkte sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bankengruppen aus, sodass die meisten Bankengruppen im Berichtsjahr teils deutlich geringere Jahresüberschüsse auswiesen als im Jahr 2021.

Insgesamt gingen vom stark gestiegenen Zinsniveau im Jahr 2022 sowohl ertragssteigernde als auch ertragsbelastende Effekte aus. Einerseits trug es im Berichtsjahr maßgeblich zur Verbesserung des Zinsüberschusses der deutschen Banken insgesamt bei. Dessen außergewöhnlich kräftiger Anstieg um 11,4% war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Zinssätze im Kreditgeschäft schneller und stärker stiegen als im Einlagengeschäft. Damit erwies sich der Zinsüberschuss als Haupttreiber für den deutlichen Anstieg der operativen Erträge (+11,8%). Der Provisionsüberschuss verblieb dagegen auf dem Vorjahresniveau und war anders als im Jahr 2021 unbedeutend für die Verbesserung der operativen Erträge.

Andererseits führte das gestiegene Zinsniveau im Jahr 2022 zu einem deutlichen Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands auf das nahezu Viereinhalbfache des Vorjahreswertes; er lag mit 16,2 Mrd € zudem deutlich über seinem langfristigen Mittel. Auslöser waren vor allem hohe Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere sowie eine erhöhte Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Darüber hinaus stiegen auch die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Jahr 2021 um 3,3% an. Zusammen mit dem gestiegenen Netto-Bewertungsaufwand wog dies den Anstieg der operativen Erträge mehr als auf.

Im laufenden Jahr bestimmen weiterhin hohe Preissteigerungsraten, die Straffung der Geldpolitik und hohe Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, inwieweit der fortgesetzte Anstieg des Zinsniveaus die Ertragslage der deutschen Banken mittelfristig stützt. Insgesamt nehmen ertragsbelastende Risiken zu: So dürfte sich der Anstieg der Bestandsmarge im Kredit- und Einlagengeschäft, der maßgeblich zur Verbesserung des Zinsüberschusses im Jahr 2022 beigetragen hat, als nicht nachhaltig erweisen, wenn der zu erwartende Wettbewerbsdruck zu steigenden Zinssätzen auf Kundeneinlagen führt. Ebenso ist zu erwarten, dass ein sinkendes Kreditneugeschäft sowie eine Zunahme von Kreditausfällen die Ertragslage der nächsten Jahre belasten werden.

Geschäftsumfeld und strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Das Jahr 2022 war erneut geprägt von zahlreichen Herausforderungen für die deutschen Kreditinstitute. Die Beeinträchtigungen der gesamtwirtschaftlichen Lage infolge der Coronavirus-Pandemie schwächten sich zwar im Jahresverlauf immer weiter ab. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Lieferengpässe, Risiken der Energieversorgung und eine hohe Inflation belasteten jedoch die deutsche Konjunktur.¹⁾ Vor dem Hintergrund schnell steigender Verbraucherpreise beendete das Eurosystem zudem im Sommer 2022 die achtjährige Phase negativer Zinssätze.

Für den deutschen Bankensektor resultierten vor allem aus dem Ende der Niedrigzinsphase ertragssteigernde Effekte. Das geänderte Geschäftsumfeld wirkte sich aber auch auf Verwundbarkeiten aus, die sich während der letzten Jahre im Umfeld niedriger Zinsen und geringerer Inflation aufgebaut hatten.²⁾ Insbesondere Zinsänderungsrisiken realisierten sich im Jahresverlauf 2022 deutlich, mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage. Kreditrisiken traten dagegen zunächst nicht auf breiter Front ein. Wie bereits während der Coronavirus-Pandemie leistete die deutsche Fiskalpolitik auch im schwierigen Geschäftsumfeld des Jahres 2022 einen wesentlichen Stabilisierungsbeitrag. Insgesamt erwies sich das deutsche Bankensystem weiterhin als robust und erfüllte auch im Berichtsjahr seine Funktionen uneingeschränkt.³⁾

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Mit einem Anstieg um 1,9% entwickelte sich das reale kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland weniger dynamisch als zu Jahresbeginn erwartet.⁴⁾ Zwar stieg die deutsche Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 nach dem Wegfall von Corona-Beschränkungen erstmals wieder über das Niveau vor Beginn der Coronavirus-Pandemie. Die Auswirkungen des

Krieges Russlands gegen die Ukraine belasteten die deutsche Wirtschaft allerdings stark. Insbesondere die Unsicherheit über die Energieversorgung und ihre Kosten, verstärkte Lieferengpässe und Verbraucherpreise, die so schnell stiegen wie seit 70 Jahren nicht mehr, belasteten Industrie und Verbraucher. Schließlich verschlechterte sich dadurch auch das makrofinanzielle Umfeld des deutschen Bankensektors.

Vor dem Hintergrund der Unsicherheit hinsichtlich der Energieversorgung und hoher Inflation beschloss der Bundestag staatliche Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte. Hierzu zählten Zahlungen an Gas-handelsunternehmen sowie die Strom- und Gaspreisbremsen ebenso wie die Freistellung von „Inflationsausgleichsprämien“ der Arbeitgeber von Steuern und Sozialbeiträgen. Dies stützte die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2022 trotz der gleichzeitig ausgelaufenen staatlichen Stützungsmaßnahmen aus der Coronavirus-Pandemie.

Insgesamt dürften die fiskalpolitischen Maßnahmen auch dazu beigetragen haben, dass die Quote notleidender Kredite weiterhin unauffällig war.⁵⁾ Vor diesem Hintergrund besteht die zuletzt im Finanzstabilitätsbericht der Bundesbank 2022 ausgedrückte Sorge,⁶⁾ dass Banken ihren Risikobewertungen möglicherweise zu optimistische Annahmen zugrunde legen. Dadurch könnten Banken die Risiken von Kreditausfällen und Zinsänderungen unterschätzen und die Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten wie Immobilien überschätzen mit der Folge, dass die Ertragslage in der Zukunft unerwartet belastet wird. Zur Stärkung der Widerstandskraft des deutschen Bankensektors verkündete die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsauf-

Umfangreiche fiskalpolitische Hilfen sowie ...

... makroprudenzielles Maßnahmenpaket der BaFin wirkten stabilisierend

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine belasteten deutsche Konjunktur

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 12.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 47 ff.

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 21, sowie Deutsche Bundesbank (2022a), S. 16.

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 9.

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 20.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a), S. 10 f.

sicht (BaFin) daher bereits im Januar 2022 ein makroprudenzielles Maßnahmenpaket.⁷⁾

Geldpolitik beendete Expansionskurs der letzten Jahre und erhöhte Leitzinsen deutlich

Die im Jahresverlauf 2022 schnell gestiegene Inflation veranlasste das Eurosystem, seine Geldpolitik anzupassen. Um die Teuerungsraten zum mittelfristigen Zielwert zurückzubringen, wurden die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) wie geplant im März 2022 beendet. Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) wurden zu Anfang Juli 2022 eingestellt. Zudem wurden die Leitzinsen bis Jahresende in mehreren Schritten deutlich um insgesamt 2,5 Prozentpunkte erhöht. Dadurch endete auch die seit acht Jahren andauernde Phase negativer Zinssätze. Der Satz für die Einlagefazilität stieg im Zeitraum Juli bis Dezember 2022 von – 0,5 % auf 2,0 % und erreichte damit wieder den Stand von Ende 2008. Außerdem wurden im Oktober 2022 im Zuge der geldpolitischen Normalisierung auch die Zinssätze und weitere Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) angepasst.⁸⁾

Aktien- und Anleihemärkte unter Druck wegen hoher Inflationserwartungen und geldpolitischer Straffung

Die internationalen Aktienmärkte gaben seit Beginn des Jahres 2022 deutlich nach. Die in vielen Ländern gestiegenen Langfristzinsen sowie Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung, die bis zum dritten Quartal zunahm, lasteten auf den Kursen. Dabei waren die Börsen in Europa – auch in Deutschland – unmittelbar nach Kriegsbeginn in der Ukraine relativ am stärksten von Kursverlusten betroffen. Hierin spiegelte sich die Abhängigkeit der europäischen Länder von russischen Rohstoffen, insbesondere Erdgas, wider. Seit dem Ende des dritten Quartals 2022 verzeichneten die internationalen und auch die europäischen Aktienmärkte hingegen teils deutliche Kursgewinne. Dazu trug insbesondere die besser als erwartete Konjunkturerwartung bei. Im Euroraum reduzierten Meldungen über umfangreiche Flüssiggaslieferungen und hohe Gasspeicherstände zudem die Unsicherheit über die Energieversorgung. In der Folge stiegen europäische Akti-

enindizes deutlich stärker als zum Beispiel die Kurse in den USA.⁹⁾

An den Anleihemärkten der großen Währungsräume stiegen die nominalen Renditen von Staatsanleihen seit Jahresbeginn sehr deutlich. Dies galt auch für die Renditen zehnjähriger Bundeswertpapiere, die Ende Dezember 2022 mit über 2,6 % ihren höchsten Wert seit mehr als zehn Jahren erreichten.¹⁰⁾ Maßgeblich für diese Entwicklung dürften vor allem zwei Faktoren gewesen sein: Erstens erwarteten die Marktteilnehmer angesichts der anhaltend hohen Inflationsraten eine weitere Straffung der Geldpolitik. Zweitens stiegen die Terminprämien, die von Anlegern bei langfristigen Anleihen für die Übernahme von Kursänderungsrisiken verlangt wurden. Hierzu dürfte auch die Einstellung der Nettoankäufe des Eurosystems beigetragen haben.¹¹⁾

Bilanzielle und strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor

Die Konsolidierung im deutschen Bankensektor setzte sich auch im Berichtsjahr weiter fort. Im Verlauf des Jahres 2022 sank die Gesamtzahl der Kreditinstitute um 61 auf 1 395 Institute. Der Rückgang fiel damit etwas höher aus als im Vorjahr und war in erster Linie auf Fusionen

Konsolidierung im deutschen Bankensektor setzte sich fort

⁷ Das makroprudenzielle Maßnahmenpaket sieht vor, den antizyklischen Kapitalpuffer auf 0,75 % der inländischen Risikoposition zu erhöhen und einen sektoralen Systemrisikopuffer von 2 % für Kredite einzuführen, die mit im Inland gelegenen Wohnimmobilien besichert sind. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 21.

⁸ Mit Wirkung zum 23. November 2022 und bis zur Fälligkeit oder vorzeitigen Rückzahlung wurden die Zinssätze für die GLRG III an den Durchschnitt der geltenden EZB-Leitzinsen über diesen Zeitraum indexiert. Den Banken wurden außerdem drei Termine zur freiwilligen vorzeitigen Rückzahlung angeboten. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 14, sowie Deutsche Bundesbank (2022b), S. 25.

⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b), S. 47 f., Deutsche Bundesbank (2022c), S. 48, sowie Deutsche Bundesbank (2022d), S. 51.

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b), S. 42.

¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 42, Deutsche Bundesbank (2022c), S. 40, sowie Deutsche Bundesbank (2022d), S. 47 f.

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft

Stand am Jahresende

Bankengruppe	Zahl der Institute ¹⁾			Zahl der Zweigstellen ¹⁾			Zahl der Beschäftigten ²⁾		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Alle Bankengruppen	1 519	1 456	1 395	24 060	21 697	20 432	551 976	540 365	535 081
Kreditbanken	270	261	246	6 453	5 199	4 825	³⁾ 151 600	³⁾ 146 900	³⁾ 145 700
Großbanken	3	3	3	5 146	4 037	3 719	.	.	.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	151	151	141	1 142	1 013	954	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	116	107	102	165	149	152	.	.	.
Landesbanken	6	6	6	210	179	144	27 150	27 150	26 900
Sparkassen	377	371	362	8 318	7 732	7 326	200 700	194 950	191 000
Kreditgenossenschaften	818	771	735	7 765	7 297	6 881	⁴⁾ 138 150	⁴⁾ 135 500	⁴⁾ 134 550
Realkreditinstitute	10	9	8	37	32	31	.	.	.
Bausparkassen	18	18	18	1 259	1 239	1 205	⁵⁾ 12 500	⁵⁾ 12 900	⁵⁾ 12 900
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben	20	20	20	18	19	20	⁶⁾ 21 876	⁶⁾ 22 965	⁶⁾ 24 031

1 Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistiken, Tabellen der Statistischen Fachreihe IV. Strukturzahlen, Gesamtinstitute, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der monatlichen Bilanzstatistik und der Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen. 2 Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, ohne Deutsche Bundesbank. Quellen: Angaben aus Verbänden sowie eigene Berechnungen. 3 Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. 4 Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. 5 Nur im Innendienst Beschäftigte. 6 Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform), bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben und bei der DZ Bank AG.

Deutsche Bundesbank

– vornehmlich von Kreditgenossenschaften – zurückzuführen.¹²⁾

Auch die Zahl der inländischen Zweigstellen verringerte sich weiter deutlich. Der Rückgang fiel mit rund 6 % aber etwas geringer aus als im Vorjahr (2021: rund – 10 %). Erneut dürfte diese Entwicklung sowohl auf den Einfluss der Digitalisierung mit zunehmender Verbreitung des Online-Bankings als auch auf Maßnahmen zur Kostensenkung in einem Umfeld intensiven Wettbewerbs zurückzuführen gewesen sein.¹³⁾

Die jahresdurchschnittliche aggregierte Bilanzsumme¹⁴⁾ der deutschen Kreditinstitute wuchs auch im Jahr 2022, obwohl das Eurosystem seine Geldpolitik deutlich straffte. Die Wachstumsrate erreichte mit 12,0 % mehr als das Vierfache des Vorjahresniveaus.¹⁵⁾ Dabei dürfte auch der Brexit weiter nachgewirkt haben.¹⁶⁾ Fast die Hälfte des Anstiegs der aggregierten Bilanzsumme im Berichtsjahr resultierte aus dem Bilanzwachstum der Regional- und sons-

tigen Kreditbanken (+ 37,1%). Letzteres wurde hauptsächlich getrieben durch die Fusion eines Instituts mit ausländischen Geschäftseinheiten, die bislang nicht in den Daten erfasst wurden. So war dieses Institut für mehr als 85 % des Bilanzwachstums der Regional- und sonstigen Kreditbanken und für knapp 40 % des Wachstums der aggregierten Bilanzsumme verantwortlich. Daneben weiteten auch die Großbanken ihre Bilanzsumme um 10,4 % aus, nachdem sie im Jahr 2021 noch einen Rückgang in

Bilanzwachstum setzte sich trotz geldpolitischer Straffung fort

12 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023c). Im Jahr 2021 war ohne Sonderfaktoren (71 Institute galten mit Inkrafttreten des Wertpapierinstitutsgesetzes nicht mehr als Kreditinstitute; 43 britische Zweigniederlassungen fielen im Zuge des Brexits weg) ein Rückgang um 46 Institute zu verzeichnen.

13 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023c).

14 Näheres hierzu siehe methodische Erläuterungen auf S. 97.

15 Das hohe Wachstum dürfte allerdings zum Teil auf einen statistischen Sondereffekt zurückzuführen sein. So wurden Derivate in der monatlichen Bilanzstatistik im Berichtsjahr erstmals brutto ausgewiesen, wogegen in den Vorjahren ein Nettoausweis erfolgte.

16 Näheres hierzu siehe auch: Deutsche Bundesbank (2022d), Erläuterungen auf S. 71 f.

etwa gleicher Höhe ausgewiesen hatten. Damit trugen die Großbanken im Berichtsjahr knapp ein Viertel zum Wachstum der jahresdurchschnittlichen aggregierten Bilanzsumme bei. Demgegenüber stieg die Bilanzsumme der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften mit 3,8 % beziehungsweise 5,1 % im Jahr 2022 langsamer als im Vorjahr (2021: jeweils + 7,7 %).

Guthaben bei der Zentralbank nicht länger Wachstumstreiber auf der Aktivseite der aggregierten Bankbilanz

Mit Blick auf die Aktivseite der aggregierten Bankbilanz leisteten die Guthaben bei der Zentralbank, von denen im Jahr 2021 der stärkste Wachstumsimpuls ausging, laut den Daten der monatlichen Bilanzstatistik im Berichtsjahr keinen Wachstumsbeitrag. Die Einstellung der Nettoankäufe des Eurosystems im Rahmen des PEPP und des APP im März beziehungsweise Juli 2022 sowie der Verzicht auf neue Serien im Rahmen der GLRG III beendeten den Wachstumstrend der Vorjahre. Bestandsverringern wirkten im Berichtsjahr vor allem die Rückzahlung der beiden ersten fälligen Serien der GLRG III sowie die vorzeitige Rückzahlung zum Teil noch laufender Serien. Insgesamt gingen die Verbindlichkeiten deutscher Banken gegenüber dem Eurosystem um rund 9 % zurück. Zudem schichteten die deutschen Banken im September 2022 in großem Umfang Guthaben ihrer Girokonten bei der Zentralbank in die Einlagefazilität um, da ab September 2022 über die Mindestreservepflicht hinausgehende Guthaben nicht mehr verzinst wurden. Die Verzinsung der Einlagefazilität stieg hingegen im Zuge der geldpolitischen Straffung zeitgleich auf 0,75 % und dann sukzessive weiter an.¹⁷⁾

Kreditvergabe an Nichtbanken erneut stark gewachsen

Anders als die Guthaben bei der Zentralbank leistete die Kreditvergabe auch im Jahr 2022 einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum der Aktivseite der aggregierten Bankbilanz. Die deutschen Kreditinstitute weiteten ihre Kreditvergabe im Inland erneut stark aus, obwohl im Jahresverlauf die Zinssätze für Kredite kräftig stiegen. Mit 5,4 % übertraf das jahresdurchschnittliche Wachstum nicht nur den Vorjahreswert (+ 3,2 %) deutlich, es verzeichnete damit auch die höchste Wachstumsrate der letzten 20 Jahre. Insbesondere die Vergabe von Buchkred-

iten an den deutschen Privatsektor, das heißt inländische nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte, stieg während der ersten drei Quartale 2022 kräftig an. Erst im vierten Quartal schwächte sich das Wachstum deutlich ab. Dies stellte allerdings bis zu einem gewissen Grad eine Gegenbewegung zum außergewöhnlich hohen Wachstum der Vorquartale dar, zu dem auch staatliche Stabilisierungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die Energieversorgung beigetragen hatten.¹⁸⁾

Das stärkste Wachstum (+ 19,4 %) verzeichneten kurzfristige Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte. Insbesondere nichtfinanzielle Unternehmen hatten bereits zu Beginn des Jahres 2022 einen hohen Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel aufgrund der Lieferkettenprobleme und Materialengpässe, die seit der Coronavirus-Pandemie bestanden. Ab dem Ende des ersten Quartals 2022 erhöhte sich der Finanzierungsbedarf und damit die Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen weiter. Die wichtigsten Gründe dürften die zusätzliche Unsicherheit durch den Krieg in der Ukraine und dessen wirtschaftliche Folgen, Absicherung gegen steigende Zinsen sowie die weiter anziehende Inflation gewesen sein.¹⁹⁾ Im dritten Quartal 2022 verstärkte zudem ein Sondereffekt die Kreditvergabe an Unternehmen: Ein großer Teil der Netto-Kreditvergabe entfiel auf direkt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergebene staatliche Hilfskredite an Energieunternehmen.²⁰⁾

Neben den kurzfristigen wuchsen auch mittel- und langfristige Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte im Berichtsjahr deutlich. Für dieses Wachstum waren erneut in erster Linie die Wohnungsbaukredite verantwortlich. Mit jahresdurchschnittlich 6,6 % fiel deren Ausweitung aller-

¹⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 53 f.

¹⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b), S. 35.

¹⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c), S. 34, sowie Deutsche Bundesbank (2022d), S. 41.

²⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 35.

dings etwas geringer als im Jahr 2021 (+7,1%). Ab dem dritten Quartal 2022 schwächte sich das Wachstum der Wohnungsbaukredite immer weiter ab, nachdem sich der Wachstumstrend des Vorjahres im ersten Halbjahr 2022 zunächst fortgesetzt hatte. Der allgemeine inflationsbedingte Kaufkraftverlust, deutlich gestiegene Baupreise sowie gestiegene Finanzierungskosten dämpften die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten. Hinzu kam, dass die Banken angesichts gesteigerter Kreditausfallrisiken die Kreditbedingungen im Neugeschäft weiter deutlich verschärften und die Ablehnungsquote erheblich anstieg.²¹⁾

Der Vergleich zwischen den Bankengruppen zeigt dabei ein uneinheitliches Bild. Während die Großbanken die Wohnungsbaukreditvergabe mit jahresdurchschnittlich 4,4% deutlich weniger stark ausweiteten als noch im Vorjahr (2021: +6,6%), setzte sich das Wachstum bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften nahezu ungebremst fort. Mit 7,6% beziehungsweise 8,5% lag die Wachstumsrate der Wohnungsbaukredite bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften nur geringfügig unter den Vorjahreswerten (2021: +7,7% bzw. +8,8%).

Anhaltendes Einlagenwachstum, allerdings geringere Wachstumsrate

Auf der Passivseite der aggregierten Bankbilanz erreichte das Volumen der Einlagen inländischer Nichtbanken bei deutschen Kreditinstituten im Jahr 2022 mit rund 4 097 Mrd € einen neuen historischen Höchststand. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate war mit 3,6% allerdings geringer als im Jahr 2021; sie bewegte sich eher auf dem Niveau des langfristigen Mittels von 3,5%. Dabei schwankte die Wachstumsgeschwindigkeit im Jahresverlauf 2022 teils erheblich. So weiteten nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte ihre Einlagen bei deutschen Banken insbesondere im ersten und dritten Quartal des Berichtsjahres deutlich aus. Im zweiten und vierten Quartal 2022 war der Zuwachs dagegen weniger dynamisch. Dabei dürften vor allem die Unsicherheit über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und deutlich ein-

getrübte Wirtschaftsaussichten zunächst zu einer erhöhten Liquiditätshaltung beigetragen haben.²²⁾ Im Jahresverlauf dürfte sich bei den Marktakteuren in einem Umfeld hoher Inflationsraten und steigender Zinsen allerdings das Bewusstsein für die hohen Opportunitätskosten der Geldhaltung verstärkt haben. Zusammen mit steigenden Ausgaben für Vorleistungen beziehungsweise Konsumgüter dürfte dies das Einlagenwachstum gebremst haben.²³⁾

Vor diesem Hintergrund wuchsen die Bestände an Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei deutschen Kreditinstituten insgesamt deutlich langsamer als im Vorjahr. Die Wachstumsrate erreichte im Jahr 2022 mit 4,0% weniger als die Hälfte des Vorjahreswertes. Demgegenüber stiegen die Bestände an Termineinlagen im Berichtsjahr um 6,6%, nachdem diese über zehn Jahre kontinuierlich gesunken waren. Ein Vergleich der Bankengruppen zeigt vor allem bei den Landesbanken (+31,3%) und den Sparkassen (+20,1%) hohe Zuwächse. Aber auch bei den Großbanken und den Kreditgenossenschaften erhöhten sich die Termineinlagen mit jeweils rund 12% kräftig.

Das starke Wachstum konzentrierte sich in erster Linie auf kurzfristige Termineinlagen. Sowohl nichtfinanzielle Unternehmen als auch private Haushalte schichteten verstärkt Sichteinlagen, kurzfristige Spareinlagen sowie längerfristige Termin- und Spareinlagen in kurzfristige Termineinlagen um, da die Zinsen für diese Einlagen im Jahresverlauf 2022 deutlich stärker stiegen als die Zinsen für andere Einlagenformen.²⁴⁾

Auch das bilanzielle Eigenkapital verzeichnete im Berichtsjahr ein kräftiges Wachstum, das mit 5,2% mehr als dreimal so hoch ausfiel als noch

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 37, sowie Deutsche Bundesbank (2023b), S. 37.

²² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 34f., sowie Deutsche Bundesbank (2022c), S. 34.

²³ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d), S. 40, sowie Deutsche Bundesbank (2023b), S. 34.

²⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023b), S. 34.

Methodische Erläuterungen

Die vorliegenden Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) beruhen auf den veröffentlichten Jahresabschlüssen der Einzelinstitute gemäß den Vorgaben des Handelsgesetzbuches und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute. Sie unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Konzeption als auch der Ausgestaltung und der Abgrenzung von den international üblichen IFRS-Rechnungslegungsstandards¹⁾ für kapitalmarktorientierte Bankengruppen, sodass ein Vergleich der jeweiligen Geschäftsergebnisse oder bestimmter Bilanz- und GuV-Positionen zwischen dem nationalen und internationalen Rechnungslegungsrahmen aus methodischer Sicht nicht möglich ist. Aus Gründen der Vergleichbarkeit innerhalb Deutschlands empfiehlt sich für Zwecke der Ertragsanalyse die Betrachtung der Einzelabschlüsse. Die Werte für das bilanzielle Eigenkapital, die Bilanzsumme und sonstige Bestandsgrößen werden nicht den Jahresabschlüssen entnommen, sondern als jahresdurchschnittliche Werte auf der Grundlage der Gesamtinstitutsmeldungen zur monatlichen Bilanzstatistik bestimmt.

Zum Berichtskreis der GuV-Statistik gehören sämtliche Banken, die Monetäre Finanzinstitute (MFI) sind, die die CRR-Kreditinstituts-Definition nach Artikel 4 Absatz 1 Nummer 1 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 erfüllen und ihren Sitz in Deutschland haben. Zweigstellen ausländischer Banken, die von den Vorschriften des § 53 KWG befreit sind, Banken in Liquidation sowie Banken mit einem Geschäftsjahr unter zwölf Monaten (Rumpfgeschäftsjahr) bleiben bei dieser Ertragsanalyse unberücksichtigt.

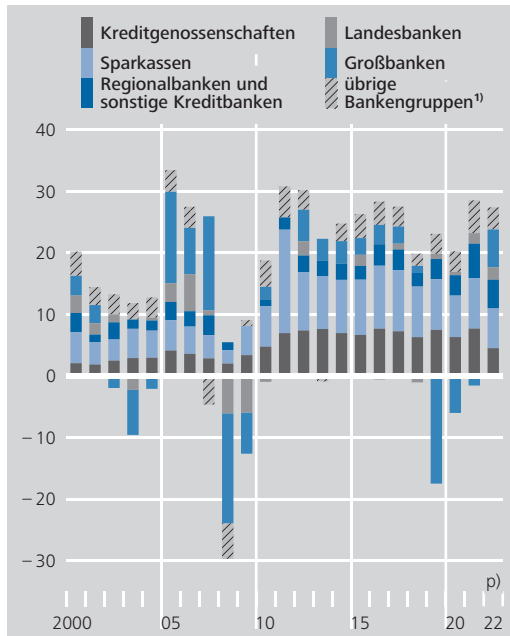
Mit Beginn der Währungsunion 1999 ist der für die Geldmengenberechnung und mone-

täre Analyse maßgebliche Berichtskreis von der Europäischen Zentralbank einheitlich für den gesamten Euroraum festgelegt und als MFI-Sektor bezeichnet worden. In Abweichung zum bis dahin für die Analyse der Bundesbank maßgeblichen Berichtskreis gehören dazu auch Bausparkassen. Wenn nicht explizit ein anderer Zeitraum erwähnt ist, umfassen die Berechnungen zum längerfristigen Durchschnitt die Jahre seit Beginn der Währungsunion, das heißt von 1999 bis 2022.

¹ Die auf den International Financial Reporting Standards (IFRS) basierenden Abschlüsse sind z. B. für Fragestellungen der makroprudenziellen Analyse und Überwachung von Relevanz, die sich auf systemisch relevante Banken und deren internationale Geschäftsaktivitäten (einschl. der Auslandstöchter) konzentrieren. Vgl. hierzu im Einzelnen: Deutsche Bundesbank (2013).

Jahresüberschuss vor Steuern der Kreditinstitute²⁵⁾

Mrd €



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Bilanzielles Eigenkapital deutlich stärker gestiegen als im Vorjahr

im Jahr 2021.²⁵⁾ Dabei wuchs insbesondere das bilanzielle Eigenkapital der Regional- und sonstigen Kreditbanken mit rund 16 % stark überdurchschnittlich.²⁶⁾ Mit rund 7 % stieg aber auch das Eigenkapital der Kreditgenossenschaften überdurchschnittlich, während die Sparkassen mit knapp 4 % hinter dem Niveau des Aggregats zurückblieben. Das bilanzielle Eigenkapital der Großbanken ging dagegen um rund 1 % zurück.

Ertragslage, Profitabilität und Wirtschaftlichkeit

Laut den Daten der Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken²⁷⁾ stieg der aggregierte Jahresüberschuss vor Steuern der deutschen Kreditinstitute gegenüber dem Vorjahr geringfügig an. Dennoch hat sich die Ertragslage der deutschen Banken im Berichtsjahr tendenziell verschlechtert. So war letztlich ein Sondereffekt bei einer Großbank für den

Anstieg des aggregierten Jahresüberschusses ausschlaggebend. Das betreffende Institut realisierte im Berichtsjahr hohe Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, durch die sich der Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung deutlich verbesserte. Ohne diese Verbesserung wäre der aggregierte Jahresüberschuss vor Steuern gegenüber dem Jahr 2021 gesunken.

Das im Zuge der geldpolitischen Straffung stark gestiegene Zinsniveau hatte sowohl ertragssteigernde als auch ertragsbelastende Effekte. Einerseits trug der Zinsanstieg zwar maßgeblich zur Verbesserung des Zinsüberschusses bei, der wiederum Haupttreiber für den deutlichen Zuwachs bei den operativen Erträgen war. Andererseits ließen vor allem hohe Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere sowie ein höherer Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft den Netto-Bewertungsaufwand der deutschen Banken im Jahr 2022 stark ansteigen. Diese gegenläufigen Effekte des gestiegenen Zinsniveaus wirkten unterschiedlich stark auf die Ertragslage der einzelnen Bankengruppen. Darüber hinaus stiegen auch die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen gegenüber dem Jahr

²⁵ Zu dieser Entwicklung dürfte auch die Verbesserung der Ertragslage im Jahr 2021 beigetragen haben, wobei die deutschen Kreditinstitute ihren Jahresüberschuss vor Steuern gegenüber 2020 nahezu verdoppeln konnten. Bei der Interpretation der Angaben zur Eigenkapitalbasis ist zu berücksichtigen, dass die im jeweiligen Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss zugeführten Beträge das bilanzielle Eigenkapital erst im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses erhöhen, während Entnahmen aus der Eigenkapitalposition spätestens nach Aufstellung des Jahresabschlusses abzuziehen sind.

²⁶ Hierbei dürfte zusätzlich zur Verbesserung der Ertragslage im Jahr 2021 die zuvor bereits erwähnte Fusion bei einem Institut aus der Gruppe der Regional- und sonstigen Kreditbanken Haupttreiber des Anstiegs gewesen sein. Aber auch der Brexit dürfte weiter nachgewirkt haben. Näheres hierzu siehe: Deutsche Bundesbank (2022d), Erläuterungen auf S. 71 f.

²⁷ Die Statistik über die Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV-Statistik) der Banken wird auf jährlicher Basis erstellt. Dabei werden die mit dem Jahresabschluss ermittelten Gewinn- und Verlustrechnungen (Einzelabschlüsse nach Handelsgesetzbuch (HGB)) ausgewertet, die die Banken gemäß § 26 KWG der Bundesbank einzureichen haben. Da sich die Jahresabschlüsse jeweils auf das Gesamtinstitut (jedoch nicht auf den Konzern) beziehen, sind die Aufwendungen und Erträge der Auslandsfilialen miterfasst. Vgl. auch methodische Erläuterungen auf S. 97.

Wichtige Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2022 ^{p)}

in % der operativen Erträge

Position	Alle Banken- gruppen	Groß- banken	Regional- banken und sonstige Kredit- banken	Landes- banken	Spar- kassen	Kredit- genossen- schaften	Real- kredit- institute	Bauspar- kassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unter- stüt- zungs- aufgaben
Zinsüberschuss	64,9	63,2	53,8	65,0	67,8	70,8	105,4	92,3	61,9
Provisionsüberschuss	26,9	35,8	28,3	16,1	28,4	24,8	- 5,1	- 6,2	23,6
Nettoergebnis des Handels- bestandes	6,9	14,3	9,2	18,2	0,0	0,0	0,0	0,0	13,8
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	1,3	- 13,4	8,7	0,7	3,7	4,4	- 0,3	13,9	0,7
Operative Erträge	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 67,3	- 89,8	- 60,5	- 62,6	- 62,0	- 62,5	- 47,3	- 78,2	- 59,4
davon:									
Personalaufwand	- 34,3	- 40,6	- 27,9	- 29,2	- 37,6	- 35,1	- 23,0	- 35,1	- 29,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 33,0	- 49,2	- 32,6	- 33,4	- 24,4	- 27,5	- 24,3	- 43,1	- 29,4
Bewertungsergebnis	- 11,5	- 2,5	- 12,6	- 16,3	- 13,9	- 16,1	- 15,0	- 4,6	- 10,9
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 1,7	13,7	- 11,1	0,2	- 5,2	- 3,4	- 11,1	- 4,9	- 1,4

Deutsche Bundesbank

2021 moderat an. Zusammen mit dem Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands wog dies die Verbesserung der operativen Erträge mehr als auf.

Jahresüberschuss

In der Gesamtbetrachtung steigerten die deutschen Kreditinstitute ihren aggregierten Jahresüberschuss vor Steuern²⁸⁾ im Jahr 2022 um 1,4 % auf 27,4 Mrd €. Damit zeigte sich im Berichtsjahr nur noch ein leichter Zuwachs, nachdem sich der Jahresüberschuss im Jahr 2021 nahezu verdoppelt hatte. Insgesamt lag das Niveau aber weiterhin deutlich über dem langfristigen Mittel von 18,4 Mrd €.

Anders als im Jahr 2021 basierte der Anstieg des aggregierten Jahresüberschusses im Berichtsjahr nicht auf einer breiten Verbesserung der Jahresergebnisse über die betrachteten Bankengruppen hinweg. Insbesondere von dem

im Zuge der geldpolitischen Straffung stark gestiegenen Zinsniveau gingen sowohl ertragssteigernde als auch ertragsbelastende Auswirkungen aus, die sich wie erwartet sehr unterschiedlich in den einzelnen Bankengruppen realisierten.²⁹⁾ So konnten im Jahr 2022 lediglich die Großbanken, die Landesbanken und die Bausparkassen ihren Jahresüberschuss vor Steuern steigern. Das deutliche Wachstum bei den Landesbanken und den Bausparkassen basierte auf einem vergleichsweise niedrigen Vorjahresniveau³⁰⁾ und war kaum relevant für die Verbesserung des Jahresüberschusses auf aggregierter Ebene. Ganz anders die Großbanken: Insbesondere der massive Anstieg ihres

²⁸ Der Jahresüberschuss vor Steuern errechnet sich aus den operativen Erträgen abzüglich Verwaltungsaufwendungen und Netto-Bewertungsaufwand zuzüglich Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung.

²⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022e), S. 93 f., Erläuterungen „Abschätzung des Effektes einer Zinswende auf die Zinsmarge der deutschen Kreditinstitute“.

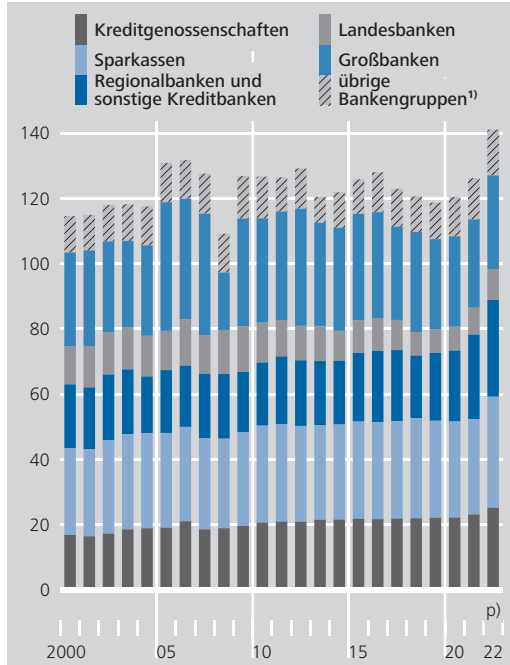
³⁰ Die Landesbanken steigerten ihren Jahresüberschuss vor Steuern um 0,3 Mrd € (+ 18,0%), die Bausparkassen um 0,2 Mrd € (+ 101,1%).

Jahresüberschuss vor Steuern stieg leicht trotz des schwierigen makroökonomischen Umfelds und der Straffung der Geldpolitik

Jahresüberschuss vor Steuern nur in wenigen Bankengruppen gestiegen

Operative Erträge der Kreditinstitute*)

Mrd €



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.

Deutsche Bundesbank

Jahresergebnisses um 7,7 Mrd € trieb die Steigerung in der Gesamtbetrachtung. Die Großbanken realisierten damit im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss vor Steuern von 6,1 Mrd €, nachdem sie im Jahr 2021 noch einen Fehlbetrag ausgewiesen hatten. Allerdings waren rund zwei Drittel des Anstiegs auf den Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung zurückzuführen, der sich primär durch Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren bei einem Institut stark verbesserte.

Die übrigen betrachteten Bankengruppen,³¹⁾ und hierunter insbesondere die Realkreditinstitute, die Kreditgenossenschaften und die Sparkassen, wiesen teils deutlich gesunkene Jahresüberschüsse vor Steuern aus. Der Rückgang bei den Realkreditinstituten um knapp 70 % resultierte in erster Linie aus einem stark verringerten Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung und war nicht durch den Zinsanstieg ver-

ursacht. Bei den Kreditgenossenschaften und den Sparkassen sanken die Jahresüberschüsse im Berichtsjahr ebenfalls kräftig um 41,2 % beziehungsweise 21,1 %. Ursächlich für den Rückgang war in beiden Fällen maßgeblich der Netto-Bewertungsaufwand, der sich infolge des gestiegenen Zinsniveaus gegenüber 2021 deutlich erhöhte.

Operative Erträge und ihre Komponenten

Von den operativen Erträgen³²⁾ ging im Jahr 2022 ein besonders starker Wachstumsimpuls auf den Jahresüberschuss vor Steuern aus. Im Berichtsjahr stiegen die operativen Erträge der deutschen Kreditinstitute um 14,9 Mrd € (+ 11,8 %) und damit sowohl absolut wie auch relativ betrachtet mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr. Vor allem ein starker Anstieg des Zinsüberschusses, aber auch ein deutlich gestiegenes Handelsergebnis trieben die Verbesserung der operativen Erträge.

Operative Erträge im Berichtsjahr stark gestiegen

Im Gegensatz zum Vorjahr wiesen im Jahr 2022 alle betrachteten Bankengruppen höhere operative Erträge aus. Die absolut höchsten Zuwächse verzeichneten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften mit 4,8 Mrd € beziehungsweise 2,1 Mrd €. ³³⁾ Zusammen waren diese beiden Bankengruppen damit für nahezu die Hälfte des gesamten Anstiegs der operativen Erträge verantwortlich. Aber auch die Großbanken und die Landesbanken leisteten mit Anstiegen um 1,6 Mrd € beziehungsweise 1,3 Mrd € wesentliche Beiträge zum Gesamtwachstum.

Operative Erträge in allen Bankengruppen durchgängig gestiegen

Der Zinsüberschuss war nach wie vor die wichtigste Ertragsquelle der deutschen Banken. Sein

³¹ Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

³² Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

³³ Der sehr hohe Anstieg der operativen Erträge der Regional- und sonstigen Kreditbanken um 3,7 Mrd € war zum Teil das Ergebnis des Wachstums eines Instituts dieser Gruppe durch Fusionen mit ausländischen Geschäftseinheiten.

Zinsüberschuss insgesamt deutlich gestiegen und Haupttreiber des Anstiegs der operativen Erträge

Anteil von rund 65 % an den operativen Erträgen blieb im Vergleich zum Jahr 2021 unverändert. Insgesamt profitierte das operative Geschäft der deutschen Banken vom Ende der langjährigen Niedrigzinsphase. Vor allem das im Zuge der geldpolitischen Straffung signifikant gestiegene Zinsniveau führte zu einem beachtlichen Anstieg des Zinsüberschusses. Mit 11,4 % erreichte die Wachstumsrate des Zinsüberschusses mehr als das Achtfache ihres Vorjahreswertes. Zudem trug der Zinsüberschuss gut 60 % zum Anstieg der operativen Erträge bei und war damit deren größter Wachstumstreiber.

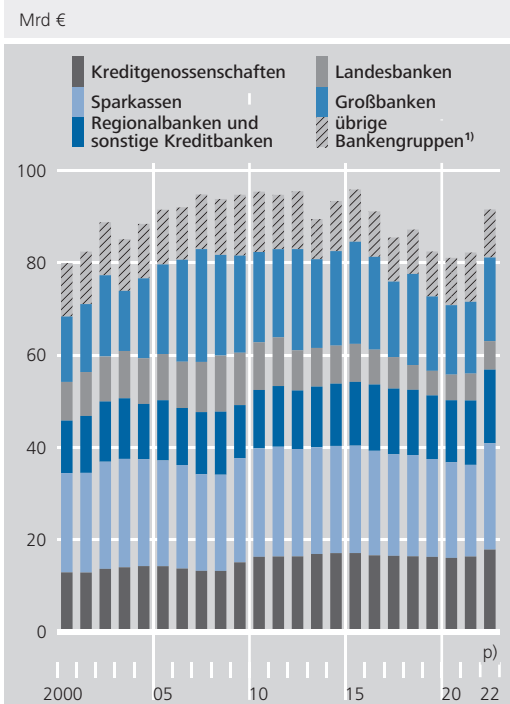
Anders als im Jahr 2021 ging der Zuwachs im Berichtsjahr zu rund 90 % auf den Zinsüberschuss im engeren Sinne, das heißt den Ergebnisbetrag aus dem zinsbezogenen Geschäft, zurück. Mit 11,9 % wuchs der Zinsüberschuss im engeren Sinne sogar noch etwas stärker als der Zinsüberschuss insgesamt. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen, die ebenfalls im Zinsüberschuss enthalten sind, stiegen zwar ebenfalls an. Im Gegensatz zum Vorjahr leisteten sie im Jahr 2022 jedoch nur einen geringen Wachstumsbeitrag.

Insgesamt verbesserte sich der Zinsüberschuss auf einer breiten Basis. Nahezu alle Bankengruppen³⁴⁾ wiesen zumeist starke Zuwächse aus. Besonders stark fiel der Anstieg bei den Großbanken (+ 16,5 %) und den Sparkassen (+ 16,0 %) aus.³⁵⁾ Bei den Kreditgenossenschaften war die Verbesserung des Zinsüberschusses mit 9,2 % dagegen weniger deutlich.

Zinsmarge insgesamt weiterhin auf Tiefstand, in einzelnen Bankengruppen aber deutlich verbessert

Die Zinsmarge (Zinsüberschuss im Verhältnis zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme) sank im Berichtsjahr allerdings insgesamt erneut leicht um 0,01 Prozentpunkte auf einen neuen Tiefstand von 0,86 %. Die aggregierte jahresdurchschnittliche Bilanzsumme stieg im Jahr 2022 so stark, dass die Verbesserung des Zinsüberschusses letztlich nicht zu einem Anstieg der Zinsmarge in der Gesamtbetrachtung führte.

Zinsüberschuss der Kreditinstitute^{*)}



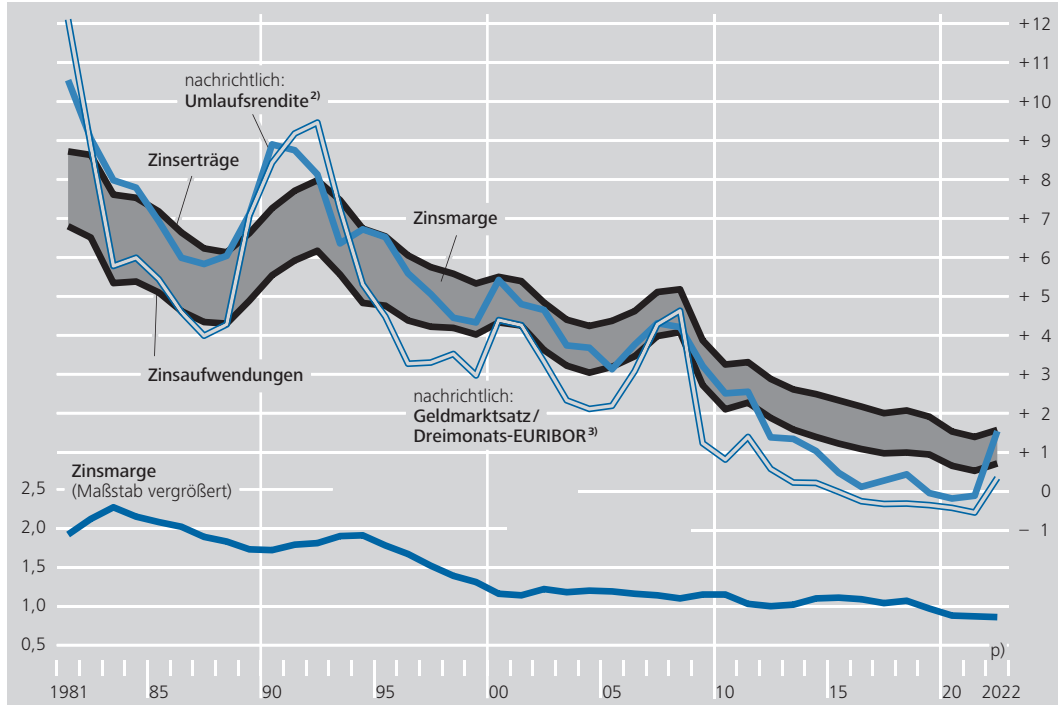
* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Mit Blick auf einzelne Bankengruppen zeigen sich jedoch große Unterschiede. So steigerten insbesondere die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften ihre Zinsmargen gegenüber dem Jahr 2021 deutlich um 0,16 Prozentpunkte beziehungsweise 0,06 Prozentpunkte. Zudem erwirtschafteten sie im Berichtsjahr mit 1,47 % beziehungsweise 1,53 % weiterhin die höchsten Zinsmargen aller betrachteten Bankengruppen. Die Zinsmarge der Großbanken erreichte hingegen trotz einer Verbesserung um 0,04 Prozentpunkte lediglich 0,67 %. Die Regional- und sonstigen Kreditbanken wiesen zwar den größten Rückgang (– 0,17 Prozentpunkte) unter den

³⁴ Großbanken, Regional- und sonstige Kreditbanken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Bausparkassen steigerten ihre Zinsüberschüsse. Lediglich Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben verzeichneten leichte Rückgänge.
³⁵ Die Regional- und sonstigen Kreditbanken wiesen ebenfalls einen kräftigen Anstieg des Zinsüberschusses um 14,3 % aus. Allerdings dürften hier insbesondere bei einem Institut Fusionen mit ausländischen Geschäftseinheiten den Zuwachs verstärkt haben.

Zinserträge und Zinsaufwendungen der Kreditinstitute

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme¹⁾



1 Bis einschl. 1998 in % des jahresdurchschnittlichen Geschäftsvolumens. **2** Durchschnittliche Rendite inländischer Inhaberschuldverschreibungen insgesamt. **3** Quelle: Eigene Berechnung von Monatsdurchschnitten aus Tageswerten des European Money Markets Institute (EMMI). Bis einschl. 1998 Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld in Frankfurt am Main.
 Deutsche Bundesbank

betrachteten Bankengruppen aus.³⁶⁾ Dennoch lag ihre Zinsmarge mit 0,84 % höher als die der Großbanken.

Das Wachstum des Zinsüberschusses resultierte generell daraus, dass die Zinserträge stärker stiegen als die Zinsaufwendungen. Absolut betrachtet stiegen im Berichtsjahr insbesondere die Zinserträge im engeren Sinne um insgesamt 34,6 Mrd € (+ 28,4 %). Die Zinsaufwendungen erhöhten sich demgegenüber um 26,0 Mrd € (+ 52,6 %).³⁷⁾

Ursächlich für diese Entwicklung dürfte insbesondere das infolge der geldpolitischen Straffung veränderte Zinsumfeld gewesen sein. So stiegen die Zinssätze für Neukredite, besonders im wachstumsstarken Geschäft mit Wohnungsbaukrediten, sehr schnell und unerwartet stark bei gleichzeitig dynamischem Kreditwachstum.³⁸⁾ Dagegen stiegen die Zinssätze für täglich fällige Einlagen, auf die laut monatlicher Bilanzstatistik im Jahr 2022 rund zwei Drittel

des gesamten jahresdurchschnittlichen Einlagenvolumens entfielen, nur geringfügig.³⁹⁾ Laut den Daten der MFI-Zinsstatistik setzte ein Anstieg der durchschnittlichen Zinssätze hier erst mit den Leitzinserhöhungen ab Juli 2022 ein.⁴⁰⁾

Zinserträge im Jahr 2022 insgesamt stärker gestiegen als Zinsaufwendungen

36 Das fusionsbedingt außerordentlich starke Wachstum der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme übte einen negativen Effekt auf die Zinsmarge der Regional- und sonstigen Kreditbanken aus, der den positiven Effekt aus dem Anstieg des Zinsüberschusses überwog.

37 Im langfristigen Vergleich lagen die Zinserträge im engeren Sinne rund 40 % und die Zinsaufwendungen rund 60 % unter ihrem jeweiligen langfristigen Mittel.

38 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d), S. 39.

39 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d), S. 39.

40 Zwischen Januar und Juni 2022 sank der durchschnittliche Zinssatz auf täglich fällige Einlagen privater Haushalte von - 0,0149 % auf - 0,0196 %. Zwischen Juli und Dezember 2022 stieg der Zinssatz dann auf + 0,0915 %. Der durchschnittliche Zinssatz auf täglich fällige Einlagen nicht-finanzieller Unternehmen entwickelte sich ähnlich: Zwischen Januar und Juni 2022 sank er von - 0,1423 % auf - 0,1463 %, bevor ab Juli bis Dezember 2022 ein Anstieg auf + 0,1147 % erfolgte.

Darüber hinaus erzielten die Institute im Jahr 2022 Zinserträge aus den in der Einlagefazilität des Eurosystems gehaltenen Guthaben.⁴¹⁾ Und auch die GLRG III leisteten im Jahr 2022 erneut einen Beitrag zum Zinsüberschuss. Dieser fiel jedoch wesentlich geringer aus als noch im Jahr zuvor, da das Eurosystem im Oktober 2022 die Konditionen für die dritte Serie der GLRG III änderte.⁴²⁾ Zusammen entfielen rund 2,4 % der gesamten Zinserträge der deutschen Kreditinstitute auf Zinserträge aus der Einlagefazilität und aus Refinanzierungsgeschäften mit dem Eurosystem.

Bei Betrachtung der einzelnen Bankengruppen ergab sich ein ähnliches Bild: Mit wenigen Ausnahmen⁴³⁾ stiegen die Zinserträge stärker als die Zinsaufwendungen. Allerdings gab es teils deutliche Unterschiede mit Blick auf das Ausmaß der jeweiligen Anstiege. So wiesen insbesondere die Großbanken sowie die Regional- und sonstigen Kreditbanken im Vergleich zur aggregierten Betrachtung über alle Bankengruppen sowohl bei Zinserträgen als auch bei Zinsaufwendungen deutlich höhere Wachstumsraten aus. Bei den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften wuchsen die Zinserträge dagegen weniger stark als in der Gesamtbetrachtung. Die Zinsaufwendungen der Kreditgenossenschaften blieben im Vergleich zum Jahr 2021 nahezu unverändert. Die Sparkassen reduzierten ihre Zinsaufwendungen um rund ein Fünftel.

Diese Unterschiede dürften letztlich auf verschiedene Geschäftsmodelle zurückzuführen sein. Einerseits dürften die niedrigen Zinssätze für Wohnungsbaukredite der letzten Jahre aufgrund langer Zinsbindungsfristen gerade für die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften im Berichtsjahr weiterhin bestimmend für die Zinserträge gewesen sein. Die starken Zinsanstiege für Wohnungsbaukredite seit Anfang 2022 konnten für sie erst mit zeitlicher Verzögerung über das Neugeschäft ertragssteigernd wirken. So entfielen laut den Daten der monatlichen Bilanzstatistik auf die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften im Jahresdurchschnitt 2022

rund 33 % beziehungsweise rund 25 % des gesamten Bestandes an Wohnungsbaukrediten. Der Anteil der Großbanken lag in diesem Kreditsegment bei lediglich rund 15 %, die Regional- und sonstigen Kreditbanken erreichten nur knapp 8 % des Gesamtbestandes.

Andererseits dürfte insbesondere die sehr langsame Erhöhung der Zinssätze für täglich fällige Einlagen⁴⁴⁾ den Anstieg der Zinsaufwendungen von Sparkassen und Kreditgenossenschaften gebremst haben. Laut den Daten der monatlichen Bilanzstatistik hielten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften im Jahr 2022 knapp ein Drittel beziehungsweise gut ein Fünftel des jahresdurchschnittlichen Gesamtbestandes an täglich fälligen Einlagen. Auf die Großbanken entfiel zwar ebenfalls knapp ein Fünftel des Gesamtbestandes täglich fälliger Einlagen. Allerdings hielten sie zugleich rund 17 % der gesamten Termineinlagen, deren Zinssätze im Jahr 2022 deutlich schneller und stärker stiegen als die Zinsen auf täglich fällige Einlagen.⁴⁵⁾ Die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften hielten dagegen lediglich gut 3 % beziehungsweise knapp 6 % des Gesamtbestandes der gesamten Termineinlagen.

Insgesamt führten unterschiedliche Geschwindigkeiten und Ausmaße der Zinserhöhungen für Kredite und Einlagen ab Anfang 2022 zu einem deutlichen Anstieg der Neugeschäftsmarge. Ab

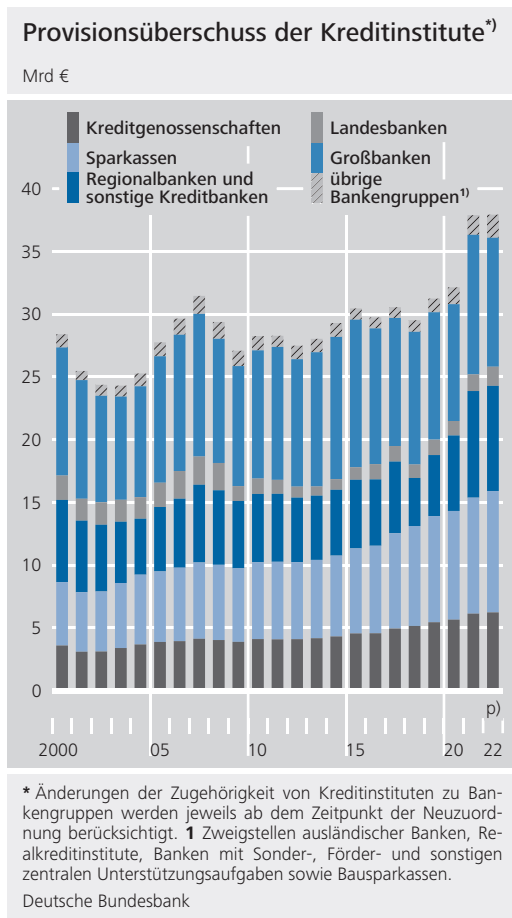
41 Ab Juli 2022 fielen Negativzinsen auf die in der Einlagefazilität des Eurosystems hinterlegten Bestände weg; ab September 2022 wurden letztere mit positiven Sätzen verzinst. Laut dem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank realisierten die deutschen Kreditinstitute dadurch im Jahr 2022 insgesamt Zinserträge i. H. v. 2,0 Mrd €. Im Vorjahr führte die Negativverzinsung in der Einlagefazilität für die deutschen Banken noch zu Zinsaufwendungen i. H. v. 4,8 Mrd €. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 61.

42 Im Jahr 2022 realisierten die deutschen Kreditinstitute Zinserträge i. H. v. 2,0 Mrd € aus negativ verzinsten Refinanzierungsgeschäften mit dem Eurosystem. Im Vorjahr waren es noch 4,0 Mrd €. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023a), S. 61.

43 Bei den Realkreditinstituten stiegen Zinserträge und Zinsaufwendungen im gleichen Umfang. Bei den Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben stiegen die Zinsaufwendungen stärker als die Zinserträge. Bei den Bausparkassen gingen die Zinsaufwendungen stärker zurück als die Zinserträge.

44 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d), S. 56 f.

45 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d), S. 55 f.



darauf hin, dass die deutschen Kreditinstitute in der Gesamtbetrachtung das gestiegene Geschäftsvolumen nicht zur Stärkung des Provisionsgeschäfts nutzen konnten.

Dass sich das Wachstum des Provisionsüberschusses des Vorjahres im Jahr 2022 nicht fortsetzte, dürfte Resultat gegenläufiger Entwicklungen in den verschiedenen Teilbereichen des Provisionsgeschäfts gewesen sein. Profitieren konnten die deutschen Kreditinstitute insgesamt vor allem vom Kredit-, Karten- und Zahlungsverkehrsgeschäft. Rückläufig entwickelte sich dagegen insbesondere das Wertpapier- und Depotgeschäft mit Kunden, das im Jahr 2021 noch ein wesentlicher Treiber für die Verbesserung des Provisionsüberschusses war, aber auch das Emissions- und Beratungsgeschäft.

Anders als im Vorjahr zeigt sich beim Vergleich der Bankengruppen im Berichtsjahr eine heterogene Entwicklung. Einen Rückgang des Provisionsüberschusses verzeichneten vor allem die Großbanken (–7,6%) sowie die Regional- und sonstigen Kreditbanken (–1,3%). Trotz des Rückgangs trugen diese beiden Bankengruppen im Jahr 2022 knapp die Hälfte zum gesamten Provisionsüberschuss der deutschen Kreditinstitute bei.

Entwicklung des Provisionsergebnisses in den Bankengruppen heterogen

Mitte 2022 stieg dann auch die Marge im Bestandsgeschäft, wobei die zeitliche Verzögerung die Folge langer Zinsbindungsfristen war – insbesondere bei Wohnungsbaukrediten.⁴⁶⁾

Der Provisionsüberschuss war im Jahr 2022 zwar weiterhin die zweitwichtigste Ertragsquelle der deutschen Kreditinstitute. Sein Anteil an den operativen Erträgen ging gegenüber dem Vorjahr aber um rund 3 Prozentpunkte auf rund 27% zurück.

Der Provisionsüberschuss trug damit im Gegensatz zum Jahr 2021 nicht zur Verbesserung der operativen Erträge im Berichtsjahr bei. Provisionserträge und Provisionsaufwendungen stiegen im Jahr 2022 in gleichem Umfang, sodass der Provisionsüberschuss unverändert auf dem Vorjahresniveau von 37,9 Mrd € verblieb. Die Provisionsmarge ging aufgrund des starken Bilanzwachstums um 0,04 Prozentpunkte zurück und lag mit 0,36% nur noch geringfügig über ihrem langfristigen Mittel. Dies deutet

Im Gegensatz dazu verzeichneten die Landesbanken (+15,1%), die Sparkassen (+4,6%) und die Kreditgenossenschaften (+1,6%) teils deutliche Anstiege beim Provisionsüberschuss.

Die unterschiedlichen Entwicklungen beim Provisionsüberschuss übertrugen sich auch auf die Provisionsmarge im Vergleich zwischen den Bankengruppen. Nach Anstiegen im Vorjahr wiesen die Großbanken sowie die Regional- und sonstigen Kreditbanken im Jahr 2022 rückläufige Provisionsmargen aus. In beiden Fällen übten ein hohes Bilanzwachstum und gesunkene Provisionsüberschüsse Druck auf die Provisionsmargen aus. Bei den Großbanken war der

Entwicklung der Provisionsmarge in den Bankengruppen ebenfalls heterogen

Provisionsergebnis stagnierte auf Vorjahresniveau und trug anders als im Jahr 2021 nicht zur Verbesserung der operativen Erträge bei

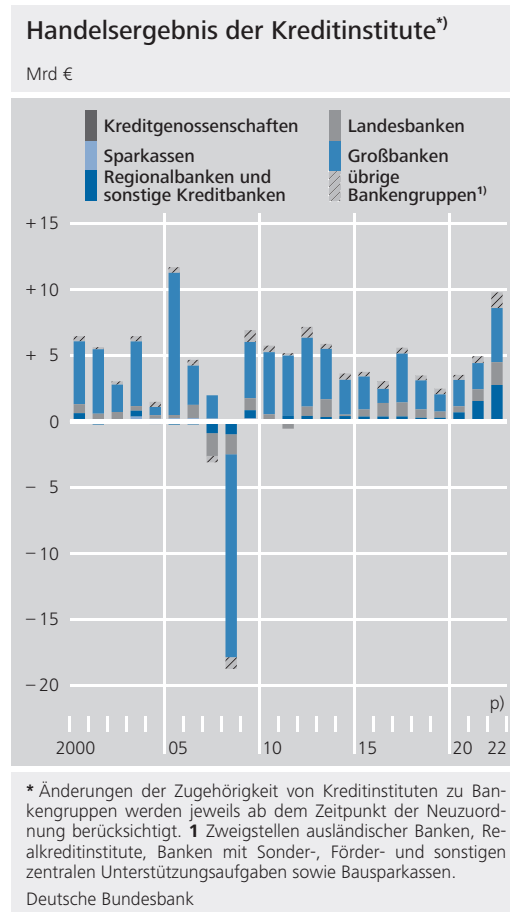
46 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023d), S. 58.

Rückgang der Provisionsmarge um 0,07 Prozentpunkte jeweils rund zur Hälfte auf den Anstieg der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme und auf den gesunkenen Provisionsüberschuss zurückzuführen. Bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken resultierte der deutliche Rückgang der Provisionsmarge um 0,17 Prozentpunkte vor allem aus dem überdurchschnittlich hohen Anstieg der Bilanzsumme. Diese Entwicklungen deuten bei beiden Bankengruppen auf ein generell rückläufiges Provisionsgeschäft hin, obwohl die Geschäftsvolumina insgesamt zunahm. Die Provisionsmargen der Großbanken sowie der Regional- und sonstigen Kreditbanken lagen nach dem Rückgang im Berichtsjahr mit 0,38 % beziehungsweise 0,44 % nahe am Gesamtniveau aller deutschen Banken.

Demgegenüber erzielten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften erheblich überdurchschnittliche Provisionsmargen von 0,61 % beziehungsweise 0,54 %. Dabei blieb die Provisionsmarge der Sparkassen auf dem Niveau des Vorjahres. Der positive Effekt aus dem Anstieg des Provisionsüberschusses glich hier den dämpfenden Effekt aus dem Anstieg der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme aus. Dies deutet darauf hin, dass die Sparkassen ihr Provisionsergebnis im Jahr 2022 vor allem durch ein höheres Geschäftsvolumen steigerten. Die Kreditgenossenschaften konnten hingegen die Ausweitung des Geschäftsvolumens offenbar nicht zur Stärkung des Provisionsgeschäfts nutzen. Hier sank die Provisionsmarge leicht um 0,01 Prozentpunkte, da der dämpfende Effekt aus dem Anstieg der Bilanzsumme den positiven Effekt aus dem Anstieg des Provisionsüberschusses überwog.

Handelsergebnis hat sich nahezu verdoppelt und war zugleich zweiter Haupttreiber für den Anstieg der operativen Erträge insgesamt

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes war im Jahr 2022 nach dem Zinsüberschuss der zweitwichtigste Wachstumsfaktor für die operativen Erträge. Der Anstieg des Handelsergebnisses um 4,8 Mrd € trug rund ein Drittel zum gesamten Wachstum der operativen Erträge bei. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Nettoergebnis des Handelsbestandes zudem auf 9,8

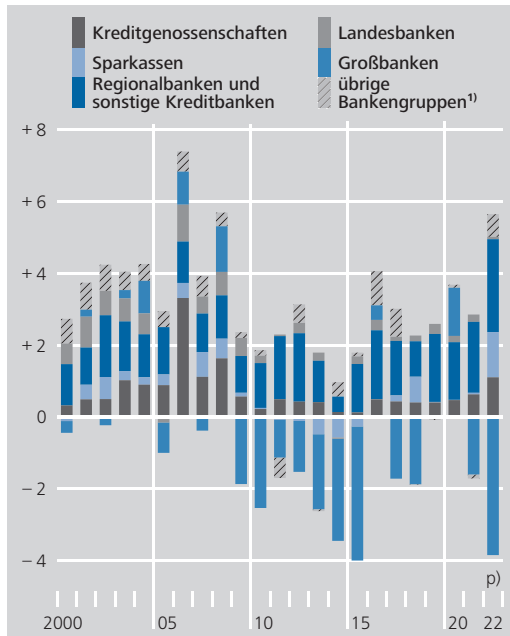


Mrd € nahezu verdoppelt, wodurch sein Anteil an den operativen Erträgen von knapp 4 % im Jahr 2021 auf knapp 7 % im Berichtsjahr stieg.

Wie bereits in den Vorjahren stellte das Handelsergebnis auch im Berichtsjahr in erster Linie für die Großbanken, die Regional- und sonstigen Kreditbanken sowie die Landesbanken eine wesentliche Ertragsquelle dar. Alle drei Bankengruppen erzielten eine deutliche Steigerung ihrer Handelsergebnisse. Die Großbanken konnten ihr Handelsergebnis gegenüber dem Jahr 2021 auf 4,1 Mrd € mehr als verdoppeln und erwirtschafteten im Berichtsjahr gut 40 % des gesamten Handelsergebnisses. Die Regional- und sonstigen Kreditbanken steigerten ihr Handelsergebnis gegenüber dem Vorjahr um gut 80 % auf 2,7 Mrd € und erwirtschafteten knapp 30 % des gesamten Handelsergebnisses. Die Verbesserung dürfte hierbei zum Teil auf Fusionen bei einem Institut der Bankengruppe mit ausländischen Geschäftseinheiten zurückzuführen sein. Auch die Landesbanken konnten

Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen der Kreditinstitute¹⁾

Mrd €



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Banken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

ihr Handelsergebnis im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppeln und trugen mit 1,7 Mrd € einen Anteil von knapp 20 % zum gesamten Handelsergebnis bei.

Insgesamt resultierte die Verbesserung des Handelsergebnisses vorwiegend aus Bewertungsgewinnen bei Derivaten und aus dem Verkauf von Absicherungsinstrumenten sowie Kapitalmarktfinanzierungen. Vor dem Hintergrund des geänderten Zinsumfelds und der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit infolge der geopolitischen Spannungen bestand hier eine erhöhte Nachfrage auf Kundenseite. Außerdem trugen auch Währungs- und Warengeschäfte zum Anstieg bei.

Das sonstige betriebliche Ergebnis⁴⁷⁾ stieg im Berichtsjahr um knapp 58 % auf 1,8 Mrd €. Für die operativen Erträge insgesamt sowie für deren Anstieg im Jahr 2022 war das sonstige betriebliche Ergebnis jedoch unbedeutend.

Sonstiges betriebliches Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert

Der Anstieg des sonstigen betrieblichen Ergebnisses wurde primär von den Sparkassen, den Kreditgenossenschaften sowie den Regional- und sonstigen Kreditbanken getragen. Sie lösten vor allem Rückstellungen auf, die in den vorherigen Jahren beispielsweise für Restrukturierungen sowie Rechts- und Prozessrisiken gebildet wurden.

Gedämpft wurde der Gesamtanstieg des sonstigen betrieblichen Ergebnisses durch die Großbanken. Eine deutliche Ausweitung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierte deren sonstiges betriebliches Ergebnis stark. Hauptursache dafür waren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen.

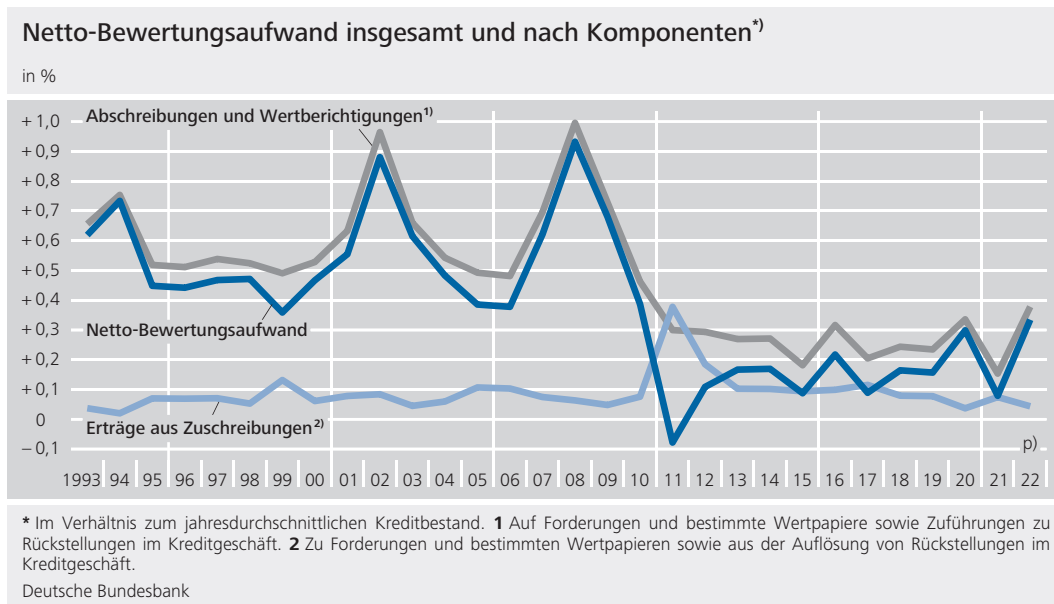
Netto-Bewertungsaufwand

Der Netto-Bewertungsaufwand⁴⁸⁾ der deutschen Kreditinstitute erhöhte sich im Jahr 2022 deutlich und wirkte dadurch stark negativ auf den aggregierten Jahresüberschuss vor Steuern. Nach einem Anstieg um 12,6 Mrd € lag der Netto-Bewertungsaufwand im Berichtsjahr mit 16,2 Mrd € beim Viereinhalbfachen des Vorjahresniveaus. Dieser Wert lag zudem sowohl über dem langfristigen Mittel (13,6 Mrd €) als auch oberhalb des Niveaus von 2020 (13,3 Mrd €), als die Kreditrisikovorsorge vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie deutlich zunahm. Der Zuwachs

Starker Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands kompensierte einen Großteil der Verbesserung der operativen Erträge und bremste das Wachstum des Jahresüberschusses erheblich

⁴⁷ Sammelposition für diejenigen Erträge und Aufwendungen des operativen Geschäfts, die keine Verbindung zum Zins-, Provisions- oder Handelsergebnis haben. Sie enthält Leasingaufwendungen und -erträge, das Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben, Abschreibungen auf Leasinggegenstände, sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge, sonstige Steuern sowie Entnahmen aus dem und Zuführungen zum Fonds zur bauspartechnischen Absicherung (nur bei Bausparkassen).

⁴⁸ Der Netto-Bewertungsaufwand umfasst Ergebniswirkungen aus Wertberichtigungen sowie Zu- und Abschreibungen auf Buchforderungen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve. Darüber hinaus werden dort Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Auflösung und Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft und stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB berücksichtigt. Allerdings ist aufgrund der nach HGB erlaubten Überkreuzkompensation aus dem Jahresabschluss nicht ersichtlich, in welchem Ausmaß stille Vorsorgereserven gebildet oder aufgelöst wurden.



des Netto-Bewertungsaufwands wog die Verbesserung der operativen Erträge im Jahr 2022 zu rund 85 % auf.

Haupttreiber des starken Anstiegs waren hohe Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft. Sie lagen im Berichtsjahr mit 18,3 Mrd € gut beim Zweieinhalbfachen des Vorjahreswertes und damit über dem langfristigen Mittel von 17,4 Mrd €. Gleichzeitig verringerten sich die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft gegenüber 2021 um knapp 40 % auf 2,1 Mrd €.

Auf Sparkassen und Kreditgenossenschaften entfiel der Großteil des Anstiegs des Netto-Bewertungsaufwands

Der Großteil des Anstiegs des Netto-Bewertungsaufwands im Jahr 2022 entfiel auf die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften. Sie waren zusammen für fast 70 % des gesamten Anstiegs verantwortlich. Mit 4,7 Mrd € beziehungsweise 4,1 Mrd € lag der Netto-Bewertungsaufwand der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften zudem weit über dem jeweiligen langfristigen Mittel (2,3 Mrd € bzw. 1,7 Mrd €). Dabei zeigte sich innerhalb dieser Bankengruppen im Berichtsjahr ein recht einheitliches Bild: Mehr als 80 % der Sparkassen und fast 90 % der Kreditgenossenschaften verzeich-

neten Anstiege ihres Netto-Bewertungsaufwands gegenüber dem Jahr 2021. Insbesondere hohe Kurswertverluste infolge des gestiegenen Zinsniveaus und hieraus resultierende Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve wirkten belastend, obwohl teilweise auf vorhandene Vorsorgereserven oder Zinssicherungsgeschäfte zur Kompensation zurückgegriffen wurde. Darüber hinaus wurden auch Wertpapiere der Liquiditätsreserve vom Umlauf- in das Anlagevermögen umgewidmet. Dadurch wurden unmittelbare Ertragswirkungen zwar teilweise vermieden, es kam jedoch zum Aufbau stiller Lasten.⁴⁹⁾

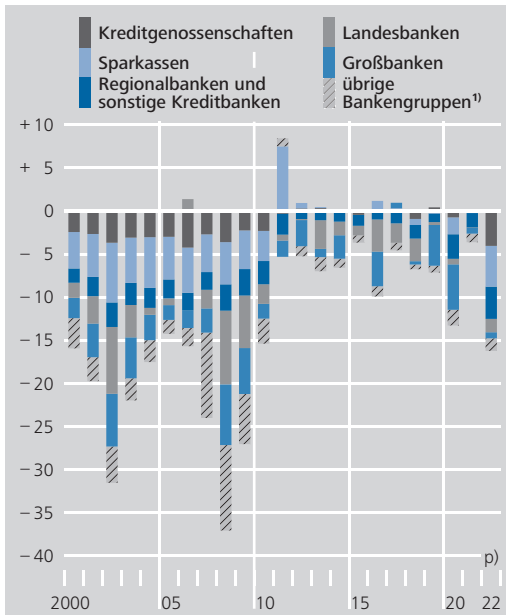
Eine gestiegene Risikovorsorge im Kreditgeschäft war für die Sparkassen und Kreditgenossenschaften trotz des gesamtwirtschaftlich herausfordernden Umfelds hingegen insgesamt weniger von Bedeutung.

Im Gegensatz zu den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften trugen die Großbanken im Jahr 2022 kaum zum Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands insgesamt bei. Anders als zu Beginn der Coronavirus-Pandemie bildeten die Großbanken im Berichtsjahr wie auch schon im Jahr zuvor per saldo kaum neue Risikovorsorge. Dies war allerdings in erster Linie darauf zurück-

⁴⁹ Näheres hierzu vgl. Erläuterungen auf S. 109 f.

Risikovorsorge der Kreditinstitute (Bewertungsergebnis)*)

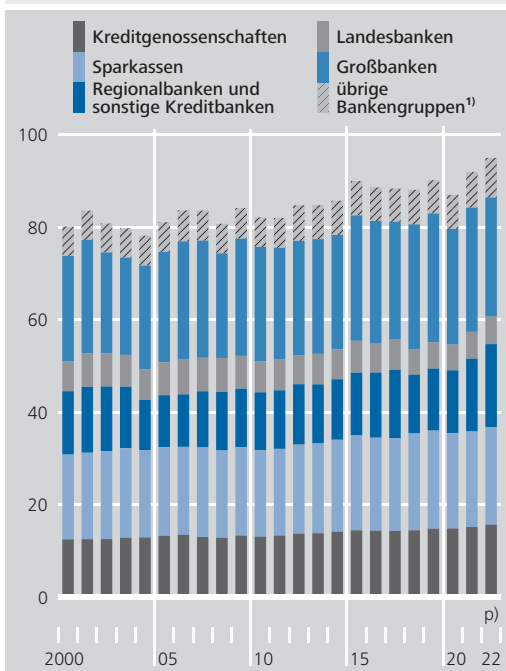
Mrd €



* Netto-Bewertungsaufwand ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft. Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neu-zuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Ban-ken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und son-stigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

Verwaltungsaufwand der Kreditinstitute*)

Mrd €



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Ban-kengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neu-zuordnung berücksichtigt. ¹ Zweigstellen ausländischer Ban-ken, Realkreditinstitute, Banken mit Sonder-, Förder- und son-stigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Bausparkassen.
 Deutsche Bundesbank

zuführen, dass der Netto-Bewertungsertrag bei einem Institut in dieser Bankengruppe den Netto-Bewertungsaufwand bei einem anderen Institut aus der Gruppe nahezu vollständig aus-glich.

Das Bild bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken war ebenfalls uneinheitlich. Während gut 60 % der Institute in dieser Bankengruppe ihren Netto-Bewertungsaufwand im Vorjahres-vergleich ausweiteten, wiesen die übrigen einen geringeren Netto-Bewertungsaufwand aus als im Vorjahr. Im Aggregat hat sich der Netto-Bewertungsaufwand der Regional- und son-stigen Kreditbanken im Jahr 2022 auf 3,7 Mrd € mehr als verdoppelt.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen⁵⁰⁾ stiegen im Jahr 2022 moderat um 3,0 Mrd € (+ 3,3 %). Mit Blick auf den Jahresüberschuss vor Steuern des Berichtsjahres fiel der Anstieg grundsätzlich zwar weniger stark ins Gewicht als noch im Vorjahr. Zusammen mit der deutlichen Erhö-hung des Netto-Bewertungsaufwands zehrte der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen allerdings die Verbesserung der operativen Erträge mehr als auf, sodass sich ein negativer Nettoeffekt auf den Jahresüberschuss vor Steuern ergab.

Moderater Anstieg der Verwaltungsaufwendungen zehrte zusammen mit dem Anstieg des Netto-Bewertungsaufwands die Verbesserung der operativen Erträge mehr als auf

Wie bereits im Jahr 2021 trugen auch im Be-richtsjahr gestiegene Personalaufwendungen und höhere andere Verwaltungsaufwendungen gleichermaßen zum Anstieg der Verwaltungsaufwendungen insgesamt bei. Aufgrund nahezu gleich großer Anstiege um 1,7 Mrd € beziehungsweise 1,3 Mrd € blieben die Anteile der Personal- und der anderen Verwaltungsaufwendungen am gesamten Verwaltungsauf-

Höhere Personalaufwendungen und höhere andere Verwaltungsaufwendungen trugen gleichermaßen zum Gesamtanstieg der Verwaltungsaufwendungen bei

⁵⁰⁾ Die Verwaltungsaufwendungen umfassen Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten bspw. Investitionen in die Produktentwicklung, die Informationstechnologie und die Digitalisierung. Darüber hinaus schließen die anderen Verwaltungsaufwendungen auch Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen mit ein.

Ergebniseffekte der Zinswende bei Wertpapierbeständen im Bankbuch deutscher Kreditinstitute

Der deutliche Anstieg des Zinsniveaus führte im Jahr 2022 vor allem bei festverzinslichen Wertpapieren zu Kursverlusten.¹⁾ Zinsbedingte Kursverluste entstanden aber auch bei Aktien, da sich ein höheres Zinsniveau unter anderem nachteilig auf die Bewertung von Unternehmen auswirken kann.

Nach den Regelungen des Handelsgesetzbuches (HGB) sind Wertpapiere je nach Halteabsicht unterschiedlich im Jahresabschluss der Kreditinstitute zu bewerten. Im Bankbuch²⁾ erfolgt die Bewertung von Wertpapieren nach dem Niederstwertprinzip. Dies schließt den Ansatz eines höheren Wertes als dem bisher ausgewiesenen Buchwert in der Bilanz aus. Wenn der Marktwert eines Wertpapiers über dem bisher angesetzten Buchwert liegt, bauen sich stille Reserven in Höhe der positiven Differenz aus aktuellem Markt- und Buchwert auf. Wenn der Marktwert eines Wertpapiers hingegen unter den bisher angesetzten Buchwert sinkt, sind zwei unterschiedliche Ansätze zu berücksichtigen. Je nach Halteabsicht werden Wertpapiere im Bankbuch entweder dem Umlaufvermögen oder dem Anlagevermögen

zugeordnet.³⁾ Im Umlaufvermögen gilt das strenge Niederstwertprinzip, welches stets eine Abschreibung auf den niedrigeren Marktwert erfordert, auch wenn die Unterschreitung des Buchwerts nur als temporär anzunehmen ist. Im Anlagevermögen gilt das gemilderte Niederstwertprinzip. Sofern die Wertminderung nicht als dauerhaft zu betrachten ist, kann ein eventuell anfallender Abschreibungsbedarf hierbei entfallen. Derartige unrealisierte Verluste bauen sich als stille Lasten auf.⁴⁾ Weder stille Reserven noch stille Lasten sind in der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich.

Als Folge der zuvor beschriebenen Bewertungsansätze war im Jahr 2022 ein Großteil der Kursverluste von Wertpapieren des Bankbuchs, die vorwiegend durch den Anstieg des Zinsniveaus entstanden, nicht in den Jahresergebnissen der nach HGB bilanzierenden

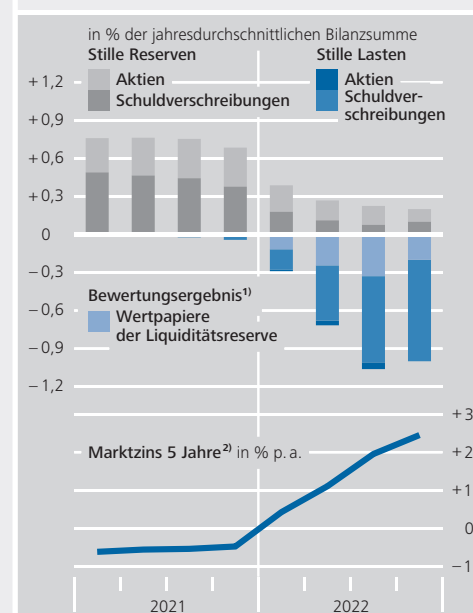
1 Zinserhöhungen führen bei bereits laufenden Wertpapieren mit fester Verzinsung zu Kursverlusten, weil die dann höhere marktübliche Rendite nur durch fallende Kurse erreicht werden kann. Im Jahr 2022 spiegelte sich dies z. B. im Rückgang des Deutschen Rentenindex um 12,8 % wider.

2 Das Bankbuch umfasst alle bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes, worunter z. B. Zentralbankguthaben, Kredite oder Wertpapiere (einschl. Wertpapiere der Liquiditätsreserve), die dem Anlagebestand zugeordnet sind, fallen. Vgl.: Institut der Wirtschaftsprüfer (2012), Teilziffer 14.

3 Bei einer dauerhaften Halteabsicht dürfen Wertpapiere im Anlagevermögen geführt werden. Dabei sind allerdings z. B. im Rahmen der Jahresabschlussprüfung Nachweise für die Dauerhalteabsicht und Dauerhaltetfähigkeit der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere zu erbringen.

4 Entsprechende stille Lasten bauen sich aufgrund des Pull-to-Par-Effekts gegen Laufzeitende des Wertpapiers wieder ab. Der Pull-to-Par-Effekt besteht darin, dass sich der Marktwert eines festverzinslichen Wertpapiers gegen Laufzeitende schrittweise dem Rückzahlungsbetrag (Nominalwert) nähert.

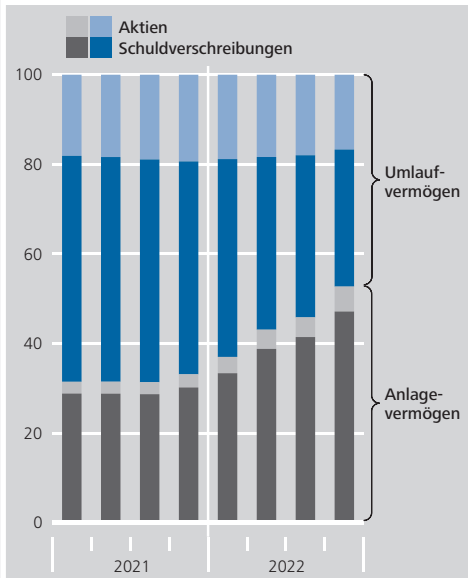
Wichtige Kenngrößen zur Bewertung von Wertpapieren des Bankbuchs¹⁾



* Nach HGB bilanzierende Institute. **1** Negative Werte entsprechen Abschreibungen. **2** Der Marktzins entspricht den Renditen im Euroraum gemäß EZB-Zinsstrukturkurven zu Schuldverschreibungen mit AAA-Rating zum jeweiligen Quartalsende.
 Deutsche Bundesbank

Zuordnung der Wertpapiere des Bankbuchs zum Anlage- und Umlaufvermögen⁵⁾

in %, Stand am Quartalsende



* Anteile von Wertpapieren im Bankbuch deutscher HGB-Institute, die im Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bzw. im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet werden.
 Deutsche Bundesbank

deutschen Kreditinstitute sichtbar. Insgesamt machten Kursverluste im Jahr 2022 rund 1,5 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme dieser Institute aus. Zu rund einem Drittel (0,5 % von 1,5 %) wurden Kursverluste zunächst durch den Verbrauch stiller Reserven kompensiert; deren Bestand verringerte sich von 0,7 % auf 0,2 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme. Diese Entwicklung kann im Schaubild auf Seite 109 über die Quartale hinweg nachvollzogen werden.

Rund die Hälfte der Kursverluste im Jahr 2022 zeigte sich allerdings in Form des Anstiegs stiller Lasten (0,8 % von 1,5 %). Nur knapp ein Sechstel (0,2 % von 1,5 %) der Kursverluste zeigte sich ergebniswirksam in Form von Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens.

Zwischen einzelnen Instituten können sich die Abschreibungsbedarfe einerseits aufgrund unterschiedlicher Wertpapierbestände⁵⁾, andererseits aber auch aufgrund der Halteabsicht der Wertpapiere und der daraus resultierenden

Bewertungsmethode unterscheiden. Das Schaubild auf Seite 110 zeigt die Entwicklung der Anteile von Wertpapieren des Bankbuchs, die im Umlauf- beziehungsweise im Anlagevermögen gehalten wurden, für das Aggregat der deutschen Kreditinstitute. Während noch bis zum Jahr 2021 konstant nur etwa jedes dritte Wertpapier dem Anlagevermögen zugeordnet wurde, erhöhte sich dieser Anteil im Jahr 2022 schrittweise auf 53 %. Auch auf Ebene der einzelnen Institute sind Anteilsverschiebungen sichtbar: Während Ende 2021 noch rund 70 % der Institute ihre Wertpapiere vollständig im Umlaufvermögen hielten, waren es Ende 2022 nur noch 23 % der Institute.

Für die Anteilsverschiebungen im Jahr 2022 bei nahezu unverändertem Gesamtbestand gibt es grundsätzlich zwei Erklärungsansätze: Erstens kann der Anteil des Anlagevermögens im Bankbuch durch den Verkauf oder die Rückzahlung (bei Fälligkeit) von Wertpapieren des Umlaufvermögens gestiegen sein, wenn die hierdurch erzielten Mittel in Form von Wertpapieren des Anlagevermögens wieder neu angelegt wurden. Zweitens kam es zu Umwidmungen noch nicht fälliger Wertpapiere vom Umlauf- in das Anlagevermögen.⁶⁾ Die Umwidmung ermöglicht die Rücknahme von Abschreibungen, die seit der letzten Prüfung des Buchwerts ergebniswirksam verbucht wurden, und erhöht die stillen Lasten in entsprechendem Umfang. Ein Teil der im Jahr 2022 entstandenen stillen Lasten entfällt somit auch auf umgewidmete Wertpapiere.

⁵ Wertpapiere des Bankbuchs nehmen einen unterschiedlichen Stellenwert für die Bilanzen der deutschen Kreditinstitute ein. Dies zeigt sich darin, dass Wertpapiere des Bankbuchs Anfang 2022 rund ein Fünftel der aggregierten Bankbilanz ausmachten. Auf Einzelinstitutebene bestand allerdings die Bilanz bei jedem zehnten Institut zu mehr als einem Drittel aus Wertpapieren des Bankbuchs.

⁶ Eine Umwidmung von Wertpapieren aus dem Umlauf- in das Anlagevermögen ist zulässig, sofern sie auf Beschluss der Geschäftsführung erfolgt und die dauerhafte Halteabsicht nachvollziehbar gemacht werden kann.

Aufgliederung des außerordentlichen Ergebnisses

Mio €

Position	2020	2021	2022 P)
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 5 822	- 3 547	- 2 445
Erträge (insgesamt)	4 247	5 720	6 155
Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1 350	2 144	5 182
aus Verlustübernahme	590	1 210	33
Außerordentliche Erträge	2 307	2 366	940
Aufwendungen (insgesamt)	- 10 069	- 9 267	- 8 600
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- 2 839	- 1 494	- 3 394
aus Verlustübernahme	- 328	- 318	- 568
Außerordentliche Aufwendungen	- 3 972	- 3 585	- 981
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 2 930	- 3 870	- 3 657

Deutsche Bundesbank

wand mit knapp 51 % beziehungsweise 49 % weiterhin stabil.⁵¹⁾ Dabei resultierte der Anstieg der Personalaufwendungen vorrangig aus einmaligen Inflationsausgleichszahlungen sowie inflationsbedingten Anpassungen von Pensionsverpflichtungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen vor allem aufgrund von IT-Kosten sowie Investitionen in die Digitalisierung und die Cyber- und Informationssicherheit. Daneben erhöhten sich auch die Aufwendungen in Zusammenhang mit der europäischen Bankenabgabe und dem gesetzlichen Einlagen-sicherungs-fonds.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich in allen Bankengruppen⁵²⁾ außer bei den Großbanken. Insbesondere die Regional- und sonstigen Kreditbanken trugen mit einem Anstieg ihrer Verwaltungsaufwendungen um 14,1% zur Gesamterhöhung bei.⁵³⁾ Auch die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften verzeichneten Anstiege ihrer Verwaltungsaufwendungen um 2,1% beziehungsweise 3,4%. Lediglich die Ver-

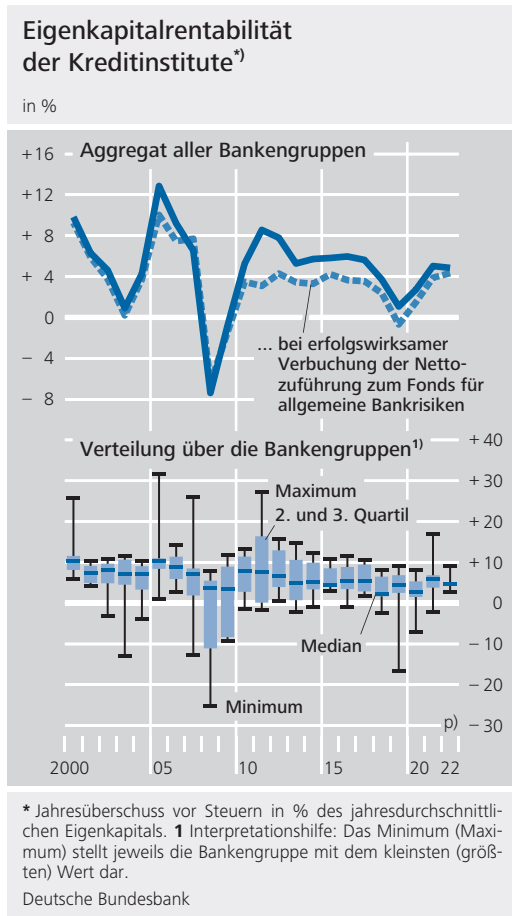
waltungsaufwendungen der Großbanken gingen um 4,1% zurück.

51 Im Vergleich der betrachteten Bankengruppen waren die Anteile der Personalaufwendungen bei den Sparkassen mit rund 61% und bei den Kreditgenossenschaften mit rund 56% aufgrund ihres personalintensiven Geschäftsmodells mit vielen Filialen in der Fläche im Berichtsjahr weiterhin überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Personalaufwendungen der Großbanken lag dagegen bei rund 45%.

52 Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute, Bausparkassen sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

53 Bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken dürften allerdings auch Fusionen eines Instituts mit ausländischen Geschäftseinheiten maßgeblich zum Gesamtanstieg beigetragen haben.

Anstieg des Verwaltungsaufwands in fast allen Bankengruppen zu beobachten



fürte dazu, dass die Großbanken im Jahr 2022 einen Nettoertrag in der anderen und außerordentlichen Rechnung von 3,9 Mrd € auswiesen, nachdem im Vorjahr noch ein Nettoaufwand verbucht wurde. Zudem glich der starke Anstieg bei den Großbanken insbesondere die Verschlechterungen der Salden der anderen und außerordentlichen Rechnung der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften sowie der Realkreditinstitute mehr als aus. Bei den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften gingen die Salden der anderen und außerordentlichen Rechnung gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mrd € beziehungsweise 0,7 Mrd € zurück. Hauptursache waren in beiden Fällen deutlich erhöhte Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, die auch im Zusammenhang mit der Zinswende gestanden haben dürften. Der Rückgang des Saldos der Realkreditinstitute um 1,3 Mrd € wurde dagegen primär durch gesunkene Erträge aus Verlustübernahme verursacht.

Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung

Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung verbesserte sich deutlich und war letztlich ausschlaggebend für den leichten Anstieg des Jahresüberschusses vor Steuern

Der Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung⁵⁴⁾ war im Berichtsjahr letztlich ausschlaggebend dafür, dass der Jahresüberschuss vor Steuern insgesamt leicht anstieg. Ohne den Anstieg des Saldos der anderen und außerordentlichen Rechnung um gut 30 % (absolut: 1,1 Mrd €) wäre der Jahresüberschuss vor Steuern im Berichtsjahr leicht gesunken.⁵⁵⁾

Der Anstieg des Saldos der anderen und außerordentlichen Rechnung wurde im Jahr 2022 erneut maßgeblich durch die Großbanken getrieben. Eine gestiegene Beteiligungsbewertung bei einem Institut erhöhte die Erträge in der anderen und außerordentlichen Rechnung der Großbanken stark. Darüber hinaus reduzierten sich die Aufwendungen in der anderen und außerordentlichen Rechnung gegenüber dem Jahr 2021 deutlich. Der aus beiden Entwicklungen resultierende Anstieg um 5,0 Mrd €

Profitabilität und Wirtschaftlichkeit

Eigenkapitalrentabilität

In der Gesamtbetrachtung ging die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zum jahresdurchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital) im Jahr 2022 um 0,18 Prozentpunkte auf 4,85 % zurück. Im Vergleich zum

Rückgang der Eigenkapitalrentabilität weist auf verringerte Profitabilität hin

⁵⁴ Die andere und außerordentliche Rechnung erfasst Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere, Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren, Aufwendungen und Erträge aus Verlustübernahme, außerordentliche Aufwendungen und Erträge sowie aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne.
⁵⁵ Der stark erhöhte Netto-Bewertungsaufwand und der gestiegene Verwaltungsaufwand hatten in Summe einen stärkeren negativen Effekt auf den Jahresüberschuss als die gesamte Verbesserung der operativen Erträge an positiver Ertragswirkung auf den Jahresüberschuss entfaltete.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen⁷⁾

in %

Bankengruppe	2018	2019	2020	2021	2022 ⁸⁾
Alle Bankengruppen	3,73 (2,41)	1,07 (– 0,41)	2,71 (1,12)	5,03 (3,22)	4,85 (3,88)
Kreditbanken darunter:	2,07 (1,54)	– 7,70 (– 8,99)	– 1,56 (– 2,95)	2,65 (1,41)	6,09 (6,01)
Großbanken	1,14 (1,24)	– 16,63 (– 17,58)	– 7,08 (– 8,22)	– 2,26 (– 2,13)	9,12 (12,29)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	3,30 (1,89)	4,44 (2,69)	4,10 (2,46)	6,00 (3,81)	4,32 (2,30)
Landesbanken	– 2,45 (– 3,89)	2,03 (1,55)	1,29 (0,84)	4,02 (2,26)	4,77 (2,72)
Sparkassen	7,19 (4,83)	6,86 (4,83)	5,36 (3,36)	6,27 (4,22)	4,77 (2,84)
Kreditgenossenschaften	8,19 (5,50)	9,17 (6,57)	7,31 (4,98)	8,37 (6,19)	4,59 (3,46)
Realkreditinstitute	2,09 (0,88)	5,31 (3,75)	8,06 (1,40)	16,91 (5,73)	5,99 (3,76)
Bausparkassen	2,21 (1,02)	3,83 (2,95)	1,66 (0,86)	1,41 (0,50)	2,79 (1,65)

* Jahresüberschuss vor Steuern (in Klammern: nach Steuern) in % des jahresdurchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital).

Deutsche Bundesbank

Vorjahr vergrößerte sich dadurch die Differenz zum langfristigen Mittel.⁵⁶⁾ Dies deutet aus mehreren Gründen auf eine leichte Verschlechterung der Profitabilität hin. Erstens erhöhte sich der aggregierte Jahresüberschuss vor Steuern nur geringfügig. Zweitens war für die Verbesserung des Jahresüberschusses letztlich der Anstieg des Saldos der anderen und außerordentlichen Rechnung ausschlaggebend, der das Ergebnis des positiven Saldos der Großbanken war. Drittens stieg das jahresdurchschnittliche bilanzielle Eigenkapital stark an. Dies hatte einen negativen Effekt auf die Eigenkapitalrentabilität, der mehr als dreieinhalbmal so groß war wie der positive Effekt aus dem leichten Anstieg des Jahresüberschusses.

Rückgänge waren vor allem bei den Realkreditinstituten (– 10,92 Prozentpunkte)⁵⁸⁾ und den Kreditgenossenschaften (– 3,78 Prozentpunkte) zu beobachten. Aber auch die Eigenkapitalrentabilität der Sparkassen ging um 1,50 Prozentpunkte zurück.

Dabei war in allen Fällen vorrangig der Jahresüberschuss vor Steuern für den Rückgang verantwortlich. Bei den Realkreditinstituten war dieser aufgrund des stark gesunkenen Saldos der anderen und außerordentlichen Rechnung auf niedrigem Niveau relativ deutlich zurückgegangen. Bei den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften war dagegen in erster Linie

Eigenkapitalrentabilität der meisten Bankengruppen gesunken, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß

Für eine generelle Verschlechterung der Profitabilität spricht zudem, dass außer den Großbanken, den Landesbanken und den Bausparkassen im Jahr 2022 alle anderen Bankengruppen⁵⁷⁾ eine geringere Eigenkapitalrentabilität auswiesen als im Jahr zuvor. Vergleichsweise hohe

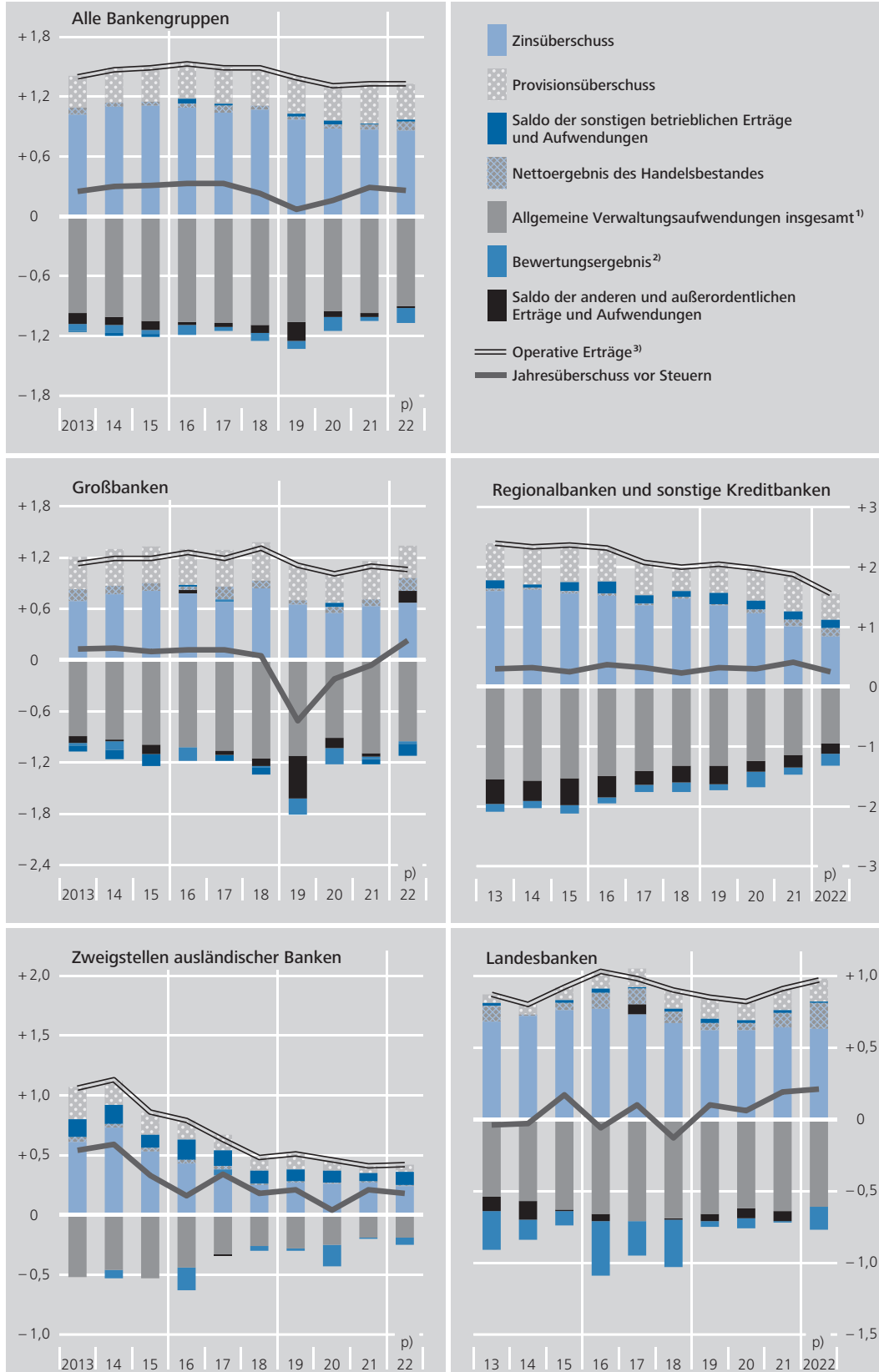
⁵⁶ Im Jahr 2021 war die Eigenkapitalrentabilität deutlich gestiegen und lag mit 5,1% nahezu gleichauf mit dem langfristigen Mittel von 5,2%.

⁵⁷ Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

⁵⁸ Im Jahr 2021 war vor allem ein außergewöhnlich hoher positiver Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung ursächlich für die hohe Eigenkapitalrentabilität.

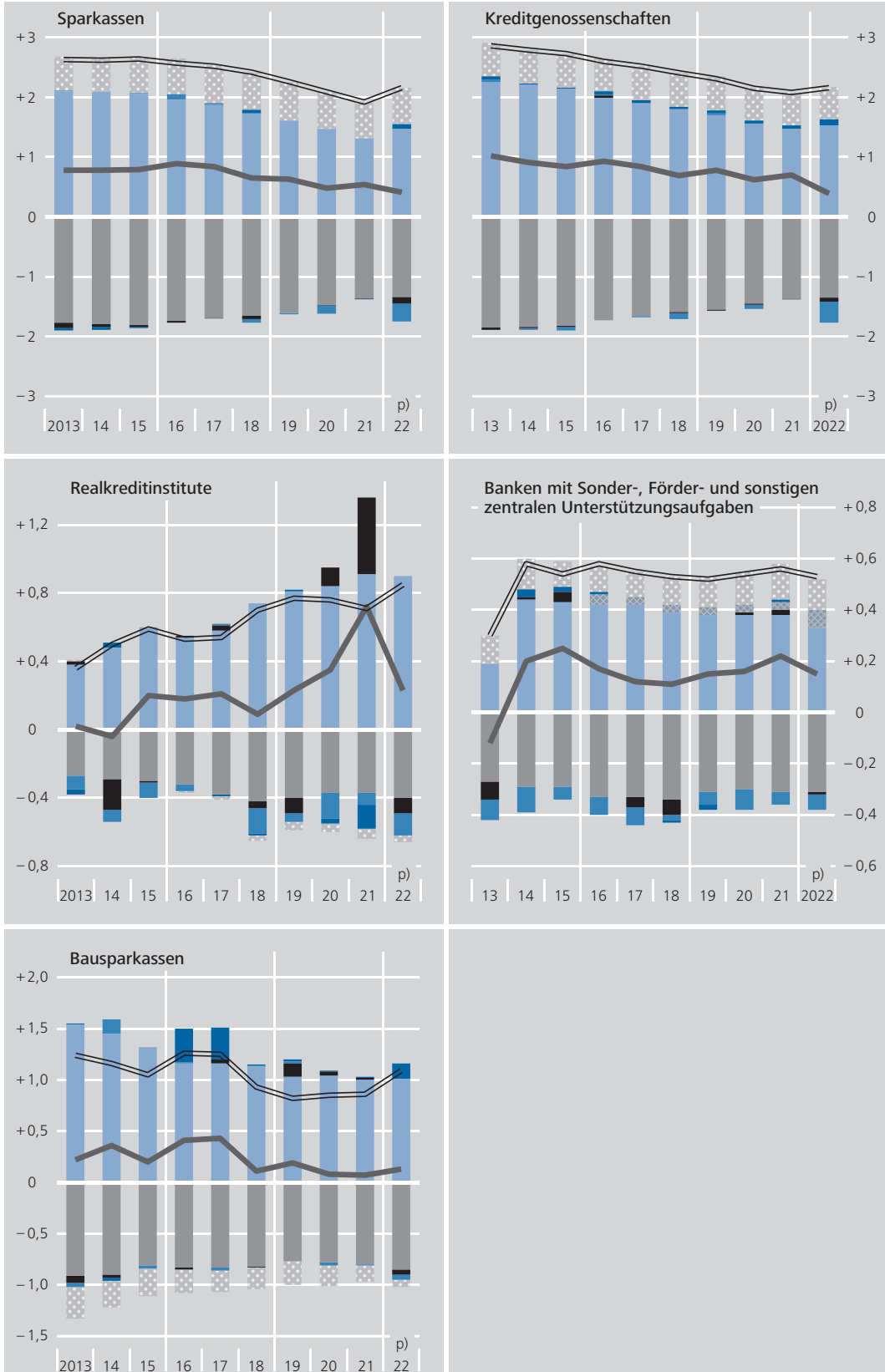
Gesamtkapitalrendite und ihre Komponenten nach Bankengruppen¹⁾

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme, unterschiedliche Maßstäbe in den Grafiken



* Änderungen der Zugehörigkeit von Kreditinstituten zu Bankengruppen werden jeweils ab dem Zeitpunkt der Neuordnung berücksichtigt. **1** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Werte und Sachanlagen. **2** Netto-Bewertungsaufwand oh-
 Deutsche Bundesbank

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme, unterschiedliche Maßstäbe in den Grafiken



ne Sach- und Finanzanlagengeschäft. 3 Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

der stark gestiegene Netto-Bewertungsaufwand für den Rückgang des Jahresüberschusses vor Steuern verantwortlich. Im Ergebnis belief sich die Eigenkapitalrentabilität der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften im Jahr 2022 auf 4,77 % beziehungsweise 4,59 % und lag damit knapp unter dem Niveau für das Aggregat aller deutschen Banken. Im Vorjahr wiesen diese beiden Bankengruppen noch deutlich überdurchschnittliche Eigenkapitalrentabilitäten aus.

Demgegenüber verzeichneten die Großbanken unter allen betrachteten Bankengruppen den größten Anstieg ihrer Eigenkapitalrentabilität. Nachdem sie aufgrund des Jahresfehlbetrags 2021 mit – 2,26 % noch negativ war, stieg die Eigenkapitalrentabilität der Großbanken im Berichtsjahr sehr deutlich um 11,38 Prozentpunkte auf 9,12 %. Damit wiesen die Großbanken im Jahr 2022 unter allen betrachteten Bankengruppen mit Abstand die höchste Eigenkapitalrentabilität aus. Der starke Anstieg wurde nahezu ausschließlich durch die massive Verbesserung des Jahresüberschusses vor Steuern hervorgerufen, die in erster Linie auf den stark gestiegenen Saldo der anderen und außerordentlichen Rechnung zurückging.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme) entwickelte sich grundsätzlich im Gleichlauf zur Eigenkapitalrentabilität. Hauptsächlich das außergewöhnlich hohe Wachstum der jahresdurchschnittlichen aggregierten Bilanzsumme verursachte einen Rückgang der Gesamtkapitalrentabilität gegenüber dem Vorjahr um 0,03 Prozentpunkte. Der geringe Anstieg des Jahresüberschusses vor Steuern hatte hingegen keinen wesentlichen Effekt. Im Gegensatz zur Eigenkapitalrentabilität lag die Gesamtkapitalrentabilität im Jahr 2022 trotz des Rückgangs mit 0,26 % weiterhin über dem langfristigen Mittel von 0,22 %.

Gesamtkapitalrentabilität insgesamt ebenfalls gesunken

Auch mit Blick auf die Bankengruppen ergibt sich ein ähnliches Bild wie im Fall der Eigenkapitalrentabilität: Anstiege verzeichneten auch hier lediglich die Großbanken (+ 0,29 Prozentpunkte), die Bausparkassen (+ 0,06 Prozentpunkte) und die Landesbanken (+ 0,02 Prozentpunkte). Die Gesamtkapitalrentabilität der Großbanken verbesserte sich insbesondere aufgrund des stark gestiegenen Jahresüberschusses auf 0,23 %, nachdem sie im Jahr 2021 noch knapp im negativen Bereich lag.

Besonders starke Rückgänge der Gesamtkapitalrentabilität wiesen dagegen die Realkreditinstitute und die Kreditgenossenschaften, aber auch die Regional- und sonstigen Kreditbanken sowie die Sparkassen aus. Bei den Realkreditinstituten führte fast ausschließlich der stark gesunkene Jahresüberschuss zu einer kräftigen Verringerung der Gesamtkapitalrentabilität um 0,49 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu resultierte die Verringerung der Gesamtkapitalrentabilität bei den Regional- und sonstigen Kreditbanken um 0,16 Prozentpunkte primär aus der stark gestiegenen Bilanzsumme.

Auch die Gesamtkapitalrentabilität der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften sank deutlich um 0,13 Prozentpunkte beziehungsweise 0,31 Prozentpunkte. Haupttreiber war in beiden Fällen der kräftige Rückgang des Jahresüberschusses vor Steuern. Mit 0,41 % beziehungsweise 0,39 % lag die Gesamtkapitalrentabilität der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften dennoch deutlich über dem Niveau des Aggregats über alle deutschen Kreditinstitute.

Wirtschaftlichkeit

Gemessen an der Aufwand-Ertrags-Relation in weiter Abgrenzung (Verwaltungsaufwendungen relativ zu den operativen Erträgen) verbesserte sich die Wirtschaftlichkeit der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2022 deutlich. Die Aufwand-Ertrags-Relation sank im Berichtsjahr insgesamt auf 67,3 % (Vorjahr: 72,9 %) und lag damit erstmals seit 2012 wieder leicht unterhalb des langfristigen Mittels von 68,2 %. Zwar war

Wirtschaftlichkeit gegenüber Vorjahr insgesamt deutlich verbessert

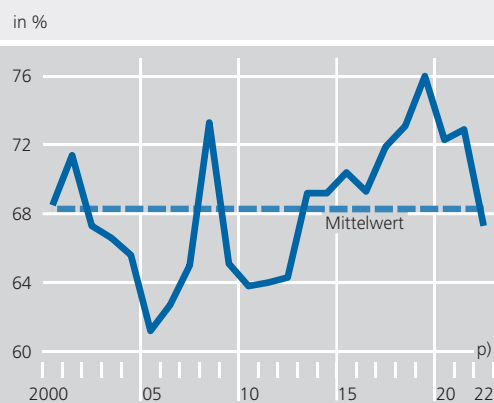
der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2022 erneut nicht unerheblich. Allerdings stiegen die operativen Erträge fast fünfmal so stark, sodass die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen weniger ins Gewicht fielen als im Vorjahr.

Besonders deutlich fiel die Verbesserung bei den Großbanken aus, nachdem diese im Jahr 2021 noch die größte Verschlechterung der Aufwand-Ertrags-Relation unter allen betrachteten Bankengruppen ausgewiesen hatten. Der Rückgang um 9,4 Prozentpunkte resultierte im Berichtsjahr sowohl aus gestiegenen operativen Erträgen als auch aus gesunkenen Verwaltungsaufwendungen. Dennoch war die Aufwand-Ertrags-Relation der Großbanken mit 89,8 % weiterhin deutlich höher als bei den übrigen betrachteten Bankengruppen⁵⁹⁾. Innerhalb der Gruppe der Großbanken gab es zudem stark unterschiedliche Entwicklungen auf Einzelinstitutsebene.

Deutlich einheitlicher war das Bild hingegen innerhalb der Gruppe der Sparkassen: Nahezu durchgängig wiesen sie Rückgänge ihrer Aufwand-Ertrags-Relationen aus. Die Sparkassen verzeichneten damit auch insgesamt einen deutlichen Rückgang ihrer Aufwand-Ertrags-Relation um 8,7 Prozentpunkte. Zudem lag sie mit 62,0 % unter dem Niveau des Aggregats über alle deutschen Banken und unterhalb des langfristigen Mittels für die Sparkassen. Die Verbesserung war im Wesentlichen auf den Anstieg ihrer operativen Erträge zurückzuführen.

Verglichen mit den Sparkassen fiel der Rückgang der Aufwand-Ertrags-Relation bei den Kreditgenossenschaften mit 3,4 Prozentpunkten eher moderat aus. Relativ zu den Verwaltungsaufwendungen stiegen die operativen Erträge hier vergleichsweise schwach. Zudem war die Entwicklung auf Einzelinstitutsebene etwas weniger einheitlich als bei den Sparkassen: Gut zwei Drittel der Kreditgenossenschaften verzeichneten einen Rückgang ihrer Aufwand-Ertrags-Relation. Insgesamt lag die Aufwand-Ertrags-Relation der Kreditgenossenschaften

Relation des Verwaltungsaufwands zu operativen Erträgen der Kreditinstitute^{*)}



* Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

Aufwand-Ertrags-Relation nach Bankengruppen

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation zu den operativen Erträgen ¹⁾		
	2020	2021	2022 ^{p)}
Alle Bankengruppen	72,3	72,9	67,3
Kreditbanken	77,7	79,9	74,6
Großbanken	90,3	99,2	89,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	62,4	60,6	60,5
Zweigstellen ausländischer Banken	53,2	46,2	44,8
Landesbanken	75,9	70,6	62,6
Sparkassen	70,1	70,7	62,0
Kreditgenossenschaften	67,2	65,9	62,5
Realkreditinstitute	49,0	52,5	47,3
Bausparkassen	91,4	93,6	78,2
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben	56,2	55,5	59,4

¹ Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

mit 62,5 % nur geringfügig höher als die der Sparkassen.

⁵⁹ Regional- und sonstige Kreditbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Landesbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Realkreditinstitute, Bausparkassen sowie Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben.

■ Ausblick

Geschäftsumfeld für deutsche Kreditinstitute weiterhin schwierig

Im laufenden Jahr wird das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute weiterhin von hohen Preissteigerungsraten, der Straffung der Geldpolitik sowie einer anhaltend hohen Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Die deutsche Wirtschaftsleistung stagnierte im zweiten Quartal 2023, nachdem sie im Winterhalbjahr zurückgegangen war. Vor allem gestiegene Finanzierungskosten dämpften zuletzt Investitionen im Inland, was vor allem die Industrie und die Baubranche belastete.⁶⁰⁾

Eurosystem setzt Kurs der geldpolitischen Straffung fort

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Inflationsraten setzte das Eurosystem den Kurs der geldpolitischen Straffung weiter fort. Der EZB-Rat beschloss im Mai 2023, die Bestände aus dem APP in einem maßvollen Tempo zu verringern. Seit Juli 2023 werden zudem keine Tilgungsbeträge aus dem APP mehr angelegt. Darüber hinaus setzte das Eurosystem die Leitzinserhöhungen fort, verringerte im Mai 2023 aber die Schrittgröße von 50 auf 25 Basispunkte.⁶¹⁾

Unsichere Ertragsaussichten für die deutschen Kreditinstitute

Inwieweit das steigende Zinsniveau nach kurzfristiger Belastung die Ertragslage der deutschen Banken mittelfristig stützt, bleibt abzuwarten. Im anhaltend schwierigen ökonomischen Umfeld nehmen ertragsbelastende Risiken bei den Instituten zu. Zwar ist zu erwarten, dass sich der weitere Wertberichtigungsbedarf auf festverzinsliche Wertpapiere infolge kleinerer Zins-

schritte des Eurosystems und reduzierter Zinserwartungen der Märkte im laufenden Jahr verringert. Ob die zuletzt beobachtete Verbesserung des Zinsüberschusses allerdings weiter anhält, bleibt offen. Insbesondere dürfte sich der Anstieg der Bestandsmarge im Kredit- und Einlagengeschäft⁶²⁾ der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2022 als nicht nachhaltig erweisen: Auf der Aufwandsseite dürften sich hier steigende Einlagenzinsen niederschlagen, sollte der Wettbewerb um Einlagen und damit die Zinsweitergabe im Einlagengeschäft steigen. Zudem kommt das Kreditneugeschäft sowohl durch nachfrage- als auch durch angebotsseitige Faktoren zunehmend unter Druck, was über eine sinkende Neugeschäftsmarge ebenfalls die Bestandsmarge reduzieren könnte. Eine schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung könnte zusätzlich zu einem Anstieg von Kreditausfällen führen.

Die Ertragslage der deutschen Institute dürfte außerdem künftig verstärkt von strukturellen Änderungen wie Digitalisierung und Klimaerwägungen beeinflusst werden. Zuletzt stellten zudem Cyber- und Informationsrisiken zunehmend Herausforderungen für die deutschen Kreditinstitute dar, die zu steigenden Investitionsbedarfen und damit höheren Verwaltungsaufwendungen führen dürften.

Zusätzliche Herausforderungen durch Digitalisierung, Klimaschutz und Cyber-Risiken

⁶⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023e), S. 8.

⁶¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023f), S. 8.

⁶² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023g), S. 39.

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2023a), Geschäftsbericht, 2022.

Deutsche Bundesbank (2023b), Monatsbericht, Februar 2023.

Deutsche Bundesbank (2023c), Bankstellenentwicklung im Jahr 2022, Pressenotiz vom 7. Juli 2023.

Deutsche Bundesbank (2023d), Monatsbericht, Juni 2023.

Deutsche Bundesbank (2023e), Monatsbericht, August 2023.

Deutsche Bundesbank (2023f), Monatsbericht, Mai 2023.

Deutsche Bundesbank (2023g), Monatsbericht, Juli 2023.

Deutsche Bundesbank (2022a), Finanzstabilitätsbericht, 2022.

Deutsche Bundesbank (2022b), Monatsbericht, November 2022.

Deutsche Bundesbank (2022c), Monatsbericht, Mai 2022.

Deutsche Bundesbank (2022d), Monatsbericht, August 2022.

Deutsche Bundesbank (2022e), Monatsbericht, September 2022.

Deutsche Bundesbank (2013), Finanzstabilitätsbericht, 2013.

Institut der Wirtschaftsprüfer (2012), Stellungnahme des Bankenfachausschusses BFA 3 „Einzel-
fragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“
vom 30. August 2012.

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ^{*)}

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen ¹⁾	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute ¹⁾	Bausparkassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
		insgesamt	darunter:							
			Großbanken ¹⁾	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ¹⁾						
Zinserträge ²⁾										
2016	2,17	1,58	1,30	2,37	2,81	2,64	2,55	4,01	2,89	2,15
2017	2,00	1,54	1,26	2,25	2,74	2,42	2,33	3,35	2,63	1,78
2018	2,07	1,82	1,62	2,45	3,10	2,17	2,13	2,99	2,42	1,67
2019	1,91	1,58	1,41	2,09	3,23	2,03	2,00	2,80	2,34	1,52
2020	1,53	1,13	0,92	1,74	2,79	1,78	1,77	2,49	2,11	1,15
2021	1,39	0,98	0,90	1,21	2,93	1,58	1,63	2,35	1,92	0,93
2022	1,57	1,26	1,38	1,17	2,94	1,67	1,68	2,39	1,74	1,36
Zinsaufwendungen										
2016	1,08	0,61	0,52	0,85	2,04	0,68	0,55	3,47	1,73	1,73
2017	0,97	0,66	0,58	0,89	2,02	0,56	0,43	2,78	1,47	1,36
2018	0,99	0,82	0,77	0,98	2,43	0,44	0,33	2,25	1,29	1,28
2019	0,94	0,74	0,76	0,73	2,61	0,42	0,30	1,99	1,32	1,13
2020	0,65	0,40	0,37	0,52	2,17	0,30	0,21	1,65	1,07	0,77
2021	0,52	0,23	0,27	0,20	2,28	0,27	0,16	1,43	0,91	0,55
2022	0,71	0,54	0,71	0,33	2,31	0,21	0,15	1,49	0,73	1,03
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss (Zinsmarge)										
2016	1,09	0,97	0,78	1,52	0,77	1,96	1,99	0,54	1,16	0,42
2017	1,04	0,87	0,68	1,36	0,73	1,87	1,90	0,58	1,16	0,42
2018	1,07	1,00	0,84	1,47	0,67	1,73	1,80	0,74	1,13	0,39
2019	0,97	0,84	0,65	1,36	0,62	1,61	1,70	0,81	1,03	0,38
2020	0,88	0,73	0,55	1,23	0,62	1,47	1,56	0,84	1,04	0,38
2021	0,87	0,75	0,63	1,01	0,64	1,31	1,47	0,91	1,00	0,38
2022	0,86	0,72	0,67	0,84	0,63	1,47	1,53	0,90	1,01	0,33
Saldo der Provisionserträge und -aufwendungen = Provisionsüberschuss (Provisionsmarge)										
2016	0,36	0,45	0,42	0,56	0,12	0,60	0,55	-0,01	-0,23	0,10
2017	0,37	0,45	0,43	0,54	0,13	0,64	0,57	-0,02	-0,21	0,10
2018	0,36	0,43	0,45	0,40	0,13	0,63	0,57	-0,03	-0,21	0,11
2019	0,37	0,42	0,41	0,48	0,14	0,64	0,57	-0,05	-0,23	0,12
2020	0,35	0,39	0,34	0,55	0,13	0,62	0,55	-0,05	-0,20	0,13
2021	0,40	0,49	0,45	0,61	0,15	0,61	0,55	-0,06	-0,16	0,14
2022	0,36	0,39	0,38	0,44	0,16	0,61	0,54	-0,04	-0,07	0,12

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ^{o)} Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, ab 2016 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. Anmerkungen 1 und 2 siehe S. 122.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Sparkassen ¹⁾	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute ¹⁾	Bausparkassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
		insgesamt	Großbanken ¹⁾	darunter: Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ¹⁾						
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen										
2016	1,06	1,14	1,02	1,49	0,66	1,74	1,73	0,32	0,83	0,33
2017	1,07	1,14	1,06	1,41	0,71	1,69	1,66	0,38	0,83	0,33
2018	1,09	1,17	1,15	1,32	0,69	1,65	1,59	0,42	0,82	0,34
2019	1,06	1,16	1,12	1,32	0,66	1,61	1,55	0,40	0,77	0,31
2020	0,95	0,98	0,91	1,24	0,62	1,47	1,45	0,37	0,78	0,30
2021	0,97	1,07	1,09	1,14	0,64	1,36	1,37	0,37	0,80	0,31
2022	0,90	0,92	0,95	0,95	0,61	1,34	1,35	0,40	0,85	0,31
Nettoergebnis des Handelsbestandes										
2016	0,04	0,04	0,04	0,04	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04
2017	0,07	0,12	0,15	0,03	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2018	0,04	0,07	0,09	0,03	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2019	0,03	0,04	0,05	0,02	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2020	0,04	0,07	0,07	0,06	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2021	0,05	0,09	0,08	0,11	0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03
2022	0,09	0,14	0,15	0,14	0,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,07
Betriebsergebnis vor Bewertung										
2016	0,47	0,39	0,23	0,83	0,38	0,83	0,87	0,21	0,43	0,25
2017	0,42	0,30	0,13	0,67	0,27	0,83	0,86	0,16	0,42	0,23
2018	0,40	0,31	0,16	0,68	0,21	0,77	0,81	0,28	0,11	0,18
2019	0,33	0,21	-0,01	0,73	0,18	0,65	0,76	0,38	0,04	0,21
2020	0,36	0,28	0,10	0,75	0,20	0,62	0,71	0,39	0,07	0,23
2021	0,36	0,27	0,01	0,74	0,27	0,56	0,71	0,34	0,05	0,25
2022	0,43	0,31	0,11	0,62	0,36	0,82	0,81	0,45	0,24	0,21
Bewertungsergebnis										
2016	-0,10	-0,14	-0,16	-0,10	-0,38	0,09	0,01	-0,04	0,01	-0,07
2017	-0,04	-0,02	0,03	-0,12	-0,24	0,02	-0,02	0,01	-0,03	-0,07
2018	-0,08	-0,06	-0,02	-0,16	-0,33	-0,06	-0,10	-0,15	0,01	-0,02
2019	-0,08	-0,16	-0,19	-0,10	-0,04	-0,02	0,04	-0,05	0,02	-0,05
2020	-0,14	-0,21	-0,19	-0,26	-0,07	-0,14	-0,07	-0,15	-0,03	-0,08
2021	-0,04	-0,06	-0,03	-0,12	-0,01	-0,01	0,00	-0,07	-0,01	-0,05
2022	-0,15	-0,09	-0,03	-0,20	-0,16	-0,30	-0,35	-0,13	-0,05	-0,06

Anmerkungen *, ^o siehe S. 121. **1** Ab 2018 Zuordnung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG zur Bankengruppe „Großbanken“, 2020 Fusion mit der Deutsche Bank AG. Ab 2018 Zuordnung der HSH Nordbank (jetzt Hamburg Commercial Bank AG) zur Bankengruppe „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und der Landesbank Berlin zur Bankengruppe „Sparkassen“. 2018 bis 2021 Zuordnung der DSK Hyp AG (vormals SEB AG) zur Bankengruppe „Realkreditinstitute“. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken ¹⁾	Spar-kassen ¹⁾	Kreditgenossen-schaften	Real-kredit-institute ¹⁾	Bauspar-kassen	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungs-aufgaben
		ins-gesamt	darunter:							
			Groß-banken ¹⁾	Regional-banken und sonstige Kredit-banken ¹⁾						
Betriebsergebnis										
2016	0,37	0,25	0,08	0,73	0,00	0,92	0,88	0,17	0,44	0,18
2017	0,37	0,28	0,16	0,55	0,03	0,85	0,84	0,17	0,40	0,15
2018	0,32	0,25	0,14	0,51	-0,12	0,71	0,71	0,14	0,11	0,17
2019	0,26	0,05	-0,20	0,63	0,14	0,62	0,80	0,32	0,06	0,16
2020	0,22	0,07	-0,09	0,49	0,13	0,48	0,63	0,24	0,04	0,15
2021	0,32	0,21	-0,02	0,62	0,26	0,55	0,71	0,27	0,05	0,20
2022	0,28	0,22	0,08	0,42	0,21	0,52	0,46	0,32	0,19	0,16
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen										
2016	-0,03	-0,06	0,04	-0,36	-0,05	-0,03	0,04	0,01	-0,02	0,00
2017	-0,04	-0,10	-0,05	-0,23	0,07	-0,01	0,00	0,03	0,04	-0,04
2018	-0,08	-0,14	-0,09	-0,28	-0,01	-0,06	-0,02	-0,04	-0,01	-0,06
2019	-0,19	-0,43	-0,50	-0,31	-0,05	0,00	-0,02	-0,09	0,13	0,00
2020	-0,06	-0,14	-0,12	-0,18	-0,07	-0,01	-0,02	0,11	0,04	0,01
2021	-0,04	-0,10	-0,04	-0,21	-0,07	-0,01	-0,01	0,45	0,02	0,02
2022	-0,02	0,01	0,14	-0,17	0,00	-0,11	-0,07	-0,09	-0,05	-0,01
Jahresüberschuss vor Steuern										
2016	0,33	0,19	0,12	0,37	-0,06	0,89	0,93	0,18	0,41	0,17
2017	0,33	0,18	0,12	0,32	0,10	0,84	0,84	0,21	0,43	0,12
2018	0,23	0,10	0,05	0,23	-0,13	0,65	0,69	0,09	0,11	0,11
2019	0,07	-0,39	-0,71	0,32	0,10	0,63	0,78	0,23	0,19	0,15
2020	0,16	-0,07	-0,22	0,30	0,06	0,48	0,62	0,35	0,08	0,16
2021	0,29	0,11	-0,06	0,41	0,19	0,54	0,70	0,72	0,07	0,22
2022	0,26	0,23	0,23	0,25	0,21	0,41	0,39	0,23	0,13	0,15
Jahresüberschuss nach Steuern										
2016	0,24	0,13	0,09	0,26	-0,11	0,63	0,67	0,14	0,34	0,17
2017	0,24	0,13	0,09	0,20	0,05	0,60	0,58	0,13	0,37	0,13
2018	0,15	0,08	0,05	0,13	-0,20	0,44	0,47	0,04	0,05	0,09
2019	-0,03	-0,45	-0,75	0,20	0,07	0,44	0,56	0,16	0,15	0,12
2020	0,06	-0,13	-0,25	0,18	0,04	0,30	0,42	0,06	0,04	0,12
2021	0,18	0,06	-0,06	0,26	0,11	0,36	0,52	0,24	0,02	0,14
2022	0,21	0,23	0,30	0,13	0,12	0,24	0,29	0,14	0,08	0,12

Anmerkungen *, ^o siehe S. 121. Anmerkung 1 siehe S. 122.

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute ^{*)}

Geschäftsjahr	Zahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Nettoergebnis des Handelsbestandes	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+6+9+10)
			Zinsüberschuss (Sp. 4–5)	Zinserträge ²⁾	Zinsaufwendungen	Provisionsüberschuss (Sp. 7–8)	Provisionserträge	Provisionsaufwendungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Mrd €											
2015	1 679	8 605,6	95,9	200,9	105,0	30,5	44,5	14,1	3,7	– 2,2	127,9
2016	1 611	8 355,0	91,1	181,5	90,4	29,7	43,2	13,5	3,0	4,1	128,0
2017	1 538	8 251,2	85,5	165,4	79,9	30,6	44,2	13,6	5,6	1,3	122,9
2018	1 484	8 118,3	87,2	167,8	80,6	29,5	43,1	13,6	3,5	0,4	120,6
2019	1 440	8 532,7	82,5	162,8	80,4	31,2	45,8	14,5	2,5	2,5	118,7
2020	1 408	9 206,9	81,1	140,5	59,4	32,1	46,7	14,5	3,5	3,7	120,4
2021	1 358	9 476,1	82,2	131,6	49,4	37,9	53,6	15,7	4,9	1,2	126,2
2022	1 301	10 609,2	91,6	167,0	75,4	37,9	54,6	16,7	9,8	1,8	141,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2016	– 4,1	– 2,9	– 4,9	– 9,6	– 13,9	– 2,3	– 3,0	– 4,4	– 18,4	.	0,1
2017	– 4,5	– 1,2	– 6,2	– 8,9	– 11,6	2,7	2,3	1,3	82,9	– 67,9	– 4,0
2018	– 3,5	– 1,6	2,0	1,4	0,8	– 3,4	– 2,4	– 0,2	– 37,7	– 70,1	– 1,9
2019	– 3,0	5,1	– 5,4	– 3,0	– 0,3	5,8	6,1	6,8	– 28,8	545,6	– 1,6
2020	– 2,2	7,9	– 1,7	– 13,7	– 26,0	2,9	2,0	0,2	42,3	46,4	1,5
2021	– 3,6	2,9	1,4	– 6,3	– 16,8	17,9	14,9	8,2	40,2	– 68,8	4,8
2022	– 4,2	12,0	11,4	26,9	52,6	0,1	1,8	6,0	98,3	57,5	11,8
in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme											
2015	.	.	1,11	2,33	1,22	0,35	0,52	0,16	0,04	– 0,03	1,49
2016	.	.	1,09	2,17	1,08	0,36	0,52	0,16	0,04	0,05	1,53
2017	.	.	1,04	2,00	0,97	0,37	0,54	0,17	0,07	0,02	1,49
2018	.	.	1,07	2,07	0,99	0,36	0,53	0,17	0,04	0,00	1,49
2019	.	.	0,97	1,91	0,94	0,37	0,54	0,17	0,03	0,03	1,39
2020	.	.	0,88	1,53	0,65	0,35	0,51	0,16	0,04	0,04	1,31
2021	.	.	0,87	1,39	0,52	0,40	0,57	0,17	0,05	0,01	1,33
2022	.	.	0,86	1,57	0,71	0,36	0,51	0,16	0,09	0,02	1,33

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, bis 2015 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken, ab Deutsche Bundesbank

2016 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Er-

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			Betriebs- ergebnis vor Bewertung (Sp. 11 – 12)	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 15 + 16)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahresüber- schuss vor Steuern (Sp. 17 + 18)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	Jahresüber- schuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 19 – 20)	Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13 + 14)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insgesamt ⁴⁾								
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Mrd €										
90,0	46,0	44,0	37,9	- 3,5	34,4	- 7,8	26,6	8,4	18,1	2015
88,7	44,6	44,0	39,4	- 8,8	30,6	- 2,8	27,8	7,9	19,9	2016
88,4	44,6	43,8	34,5	- 3,6	30,9	- 3,4	27,5	7,5	20,0	2017
88,1	44,3	43,9	32,4	- 6,8	25,7	- 6,8	18,9	6,7	12,2	2018
90,2	44,4	45,7	28,5	- 6,7	21,8	- 16,1	5,6	7,8	- 2,2	2019
87,0	44,2	42,8	33,4	- 13,3	20,1	- 5,8	14,3	8,4	5,9	2020
92,0	46,7	45,3	34,2	- 3,6	30,6	- 3,5	27,0	9,8	17,3	2021
95,0	48,4	46,6	46,1	- 16,2	29,8	- 2,4	27,4	5,5	21,9	2022
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
- 1,5	- 3,1	0,1	4,0	- 150,3	- 10,9	63,9	4,6	- 6,7	9,9	2016
- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 12,2	58,7	1,0	- 20,8	- 1,0	- 4,3	0,4	2017
- 0,3	- 0,6	0,1	- 6,0	- 86,9	- 16,9	- 101,0	- 31,5	- 11,2	- 39,1	2018
2,3	0,4	4,3	- 12,2	0,7	- 15,2	- 136,2	- 70,1	16,6	.	2019
- 3,5	- 0,5	- 6,4	17,2	- 97,7	- 7,6	63,9	153,3	7,5	.	2020
5,7	5,7	5,7	2,4	72,7	52,0	39,1	89,1	16,3	192,5	2021
3,3	3,6	2,9	34,8	- 347,8	- 2,4	31,1	1,4	- 43,6	26,9	2022
in % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme										
1,05	0,53	0,51	0,44	- 0,04	0,40	- 0,09	0,31	0,10	0,21	2015
1,06	0,53	0,53	0,47	- 0,10	0,37	- 0,03	0,33	0,09	0,24	2016
1,07	0,54	0,53	0,42	- 0,04	0,37	- 0,04	0,33	0,09	0,24	2017
1,09	0,55	0,54	0,40	- 0,08	0,32	- 0,08	0,23	0,08	0,15	2018
1,06	0,52	0,54	0,33	- 0,08	0,26	- 0,19	0,07	0,09	- 0,03	2019
0,95	0,48	0,47	0,36	- 0,14	0,22	- 0,06	0,16	0,09	0,06	2020
0,97	0,49	0,48	0,36	- 0,04	0,32	- 0,04	0,29	0,10	0,18	2021
0,90	0,46	0,44	0,43	- 0,15	0,28	- 0,02	0,26	0,05	0,21	2022

träge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Auf-

wendungen. **4** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung).

Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zins- überschuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Alle Bankengruppen											
2017	1 538	8 251 175	85 486	165 387	79 901	30 559	44 190	13 631	5 572	1 304	122 921
2018	1 484	8 118 298	87 202	167 777	80 575	29 522	43 124	13 602	3 470	390	120 584
2019	1 440	8 532 738	82 453	162 805	80 352	31 244	45 765	14 521	2 469	2 518	118 684
2020	1 408	9 206 853	81 074	140 502	59 428	32 142	46 689	14 547	3 513	3 686	120 415
2021	1 358	9 476 130	82 227	131 647	49 420	37 891	53 625	15 734	4 926	1 150	126 194
2022	1 301	10 609 156	91 564	167 001	75 437	37 934	54 613	16 679	9 767	1 811	141 076
Kreditbanken											
2017	172	3 532 639	30 887	54 373	23 486	16 027	23 832	7 805	4 074	– 83	50 905
2018	167	3 404 697	34 140	62 134	27 994	14 514	22 145	7 631	2 462	– 779	50 337
2019	165	3 591 261	30 191	56 720	26 529	15 154	23 252	8 098	1 560	1 959	48 864
2020	164	3 966 453	28 807	44 739	15 932	15 439	23 385	7 946	2 670	3 074	49 990
2021	166	3 995 423	29 941	39 134	9 193	19 708	28 382	8 674	3 511	489	53 649
2022	156	4 779 020	34 496	60 211	25 715	18 764	28 258	9 494	6 840	– 1 070	59 030
Großbanken ⁷⁾											
2017	4	2 400 315	16 369	30 216	13 847	10 205	12 929	2 724	3 701	– 1 712	28 563
2018	4	2 346 111	19 751	37 924	18 173	10 573	13 478	2 905	2 196	– 1 866	30 654
2019	4	2 475 076	16 126	34 920	18 794	10 154	13 650	3 496	1 302	– 32	27 550
2020	3	2 748 655	15 052	25 257	10 205	9 311	12 495	3 184	2 000	1 341	27 704
2021	3	2 461 038	15 568	22 111	6 543	11 124	14 085	2 961	1 985	– 1 595	27 082
2022	3	2 716 868	18 137	37 394	19 257	10 278	13 743	3 465	4 101	– 3 840	28 676
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ⁷⁾											
2017	149	1 048 189	14 237	23 545	9 308	5 712	10 779	5 067	350	1 516	21 815
2018	145	962 520	14 149	23 562	9 413	3 827	8 543	4 716	261	986	19 223
2019	142	1 013 378	13 784	21 153	7 369	4 864	9 456	4 592	252	1 892	20 792
2020	139	1 094 301	13 435	19 073	5 638	6 015	10 759	4 744	660	1 605	21 715
2021	139	1 382 623	13 956	16 740	2 784	8 496	14 160	5 664	1 514	1 975	25 941
2022	129	1 895 932	15 953	22 127	6 174	8 383	14 366	5 983	2 729	2 586	29 651
Zweigstellen ausländischer Banken											
2017	19	84 135	281	612	331	110	124	14	23	113	527
2018	18	96 066	240	648	408	114	124	10	5	101	460
2019	19	102 807	281	647	366	136	146	10	6	99	522
2020	22	123 497	320	409	89	113	131	18	10	128	571
2021	24	151 762	417	283	– 134	88	137	49	12	109	626
2022	24	166 220	406	690	284	103	149	46	10	184	703
Landesbanken ⁷⁾											
2017	8	940 293	6 833	25 797	18 964	1 238	2 867	1 629	1 059	114	9 244
2018	6	803 978	5 365	24 895	19 530	1 074	2 408	1 334	634	160	7 233
2019	6	862 346	5 327	27 818	22 491	1 226	2 617	1 391	466	280	7 299
2020	6	898 328	5 559	25 055	19 496	1 152	2 697	1 545	456	174	7 341
2021	6	905 608	5 826	26 496	20 670	1 326	3 118	1 792	886	204	8 242
2022	6	977 020	6 178	28 753	22 575	1 526	3 152	1 626	1 729	65	9 498

Anmerkungen *, 1 bis 7 siehe S. 128 f.

Deutsche Bundesbank

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁵⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Alle Bankengruppen												
88 389	44 563	43 826	34 532	- 3 619	30 913	- 3 398	27 515	7 536	19 979	- 16 777	3 202	2017
88 135	44 282	43 853	32 449	- 6 763	25 686	- 6 831	18 855	6 692	12 163	- 13 116	- 953	2018
90 191	44 447	45 744	28 493	- 6 719	21 774	- 16 133	5 641	7 806	- 2 165	7 223	5 058	2019
87 023	44 210	42 813	33 392	- 13 282	20 110	- 5 822	14 288	8 388	5 900	- 1 312	4 588	2020
92 004	46 747	45 257	34 190	- 3 625	30 565	- 3 547	27 018	9 759	17 259	- 8 511	8 748	2021
94 999	48 427	46 572	46 077	- 16 233	29 844	- 2 445	27 399	5 500	21 899	- 9 678	12 221	2022
Kreditbanken												
40 400	17 160	23 240	10 505	- 540	9 965	- 3 536	6 429	1 885	4 544	- 4 064	480	2017
39 899	16 558	23 341	10 438	- 1 992	8 446	- 4 918	3 528	906	2 622	- 4 264	- 1 642	2018
41 481	16 933	24 548	7 383	- 5 743	1 640	- 15 611	- 13 971	2 356	- 16 327	18 097	1 770	2019
38 867	16 909	21 958	11 123	- 8 336	2 787	- 5 412	- 2 625	2 334	- 4 959	6 467	1 508	2020
42 882	19 257	23 625	10 767	- 2 361	8 406	- 4 004	4 402	2 060	2 342	2 234	4 576	2021
44 022	20 043	23 979	15 008	- 4 540	10 468	622	11 090	151	10 939	- 2 008	8 931	2022
Großbanken ⁷⁾												
25 324	10 489	14 835	3 239	666	3 905	- 1 126	2 779	559	2 220	- 433	1 787	2017
26 944	10 660	16 284	3 710	- 382	3 328	- 2 179	1 149	- 97	1 246	22	1 268	2018
27 806	10 807	16 999	- 256	- 4 723	- 4 979	- 12 479	- 17 458	988	- 18 446	21 922	3 476	2019
25 003	10 532	14 471	2 701	- 5 270	- 2 569	- 3 415	- 5 984	960	- 6 944	7 344	400	2020
26 866	11 614	15 252	216	- 665	- 449	- 1 080	- 1 529	- 84	- 1 445	2 659	1 214	2021
25 761	11 651	14 110	2 915	- 707	2 208	3 922	6 130	- 2 125	8 255	- 3 276	4 979	2022
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken ⁷⁾												
14 795	6 538	8 257	7 020	- 1 252	5 768	- 2 405	3 363	1 257	2 106	- 3 612	- 1 506	2017
12 702	5 781	6 921	6 521	- 1 574	4 947	- 2 739	2 208	945	1 263	- 4 258	- 2 995	2018
13 391	5 998	7 393	7 401	- 997	6 404	- 3 131	3 273	1 294	1 979	- 3 794	- 1 815	2019
13 560	6 251	7 309	8 155	- 2 846	5 309	- 1 997	3 312	1 329	1 983	- 884	1 099	2020
15 727	7 528	8 199	10 214	- 1 674	8 540	- 2 927	5 613	2 045	3 568	- 414	3 154	2021
17 946	8 270	9 676	11 705	- 3 737	7 968	- 3 299	4 669	2 185	2 484	1 241	3 725	2022
Zweigstellen ausländischer Banken												
281	133	148	246	46	292	- 5	287	69	218	- 19	199	2017
253	117	136	207	- 36	171	0	171	58	113	- 28	85	2018
284	128	156	238	- 23	215	- 1	214	74	140	- 31	109	2019
304	126	178	267	- 220	47	0	47	45	2	7	9	2020
289	115	174	337	- 22	315	3	318	99	219	- 11	208	2021
315	122	193	388	- 96	292	- 1	291	91	200	27	227	2022
Landesbanken ⁷⁾												
6 699	3 083	3 616	2 545	- 2 257	288	656	944	443	501	- 741	- 240	2017
5 538	2 789	2 749	1 695	- 2 625	- 930	- 91	- 1 021	603	- 1 624	- 128	- 1 752	2018
5 729	2 805	2 924	1 570	- 337	1 233	- 410	823	196	627	- 575	52	2019
5 574	2 773	2 801	1 767	- 643	1 124	- 586	538	185	353	- 527	- 174	2020
5 815	2 828	2 987	2 427	- 50	2 377	- 665	1 712	748	964	- 1 154	- 190	2021
5 943	2 772	3 171	3 555	- 1 550	2 005	16	2 021	868	1 153	- 1 187	- 34	2022

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Mio €									
		Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ¹⁾	Zinsabhängiges Geschäft			Provisionsgeschäft			Netto- ergebnis des Handels- bestan- des	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Aufwen- dungen	Operative Erträge ³⁾ (Sp. 3+ 6+9+10)
			Zins- überschuss (Sp. 4–5)	Zins- erträge ²⁾	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 7–8)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Sparkassen⁷⁾											
2017	390	1 179 915	22 018	28 577	6 559	7 590	8 069	479	6	169	29 783
2018	386	1 267 726	21 949	27 541	5 592	7 965	8 778	813	1	718	30 633
2019	380	1 315 579	21 217	26 758	5 541	8 458	9 405	947	10	17	29 702
2020	377	1 407 118	20 741	24 986	4 245	8 660	9 646	986	5	8	29 414
2021	371	1 516 119	19 873	23 966	4 093	9 242	10 309	1 067	11	44	29 170
2022	362	1 573 071	23 058	26 317	3 259	9 668	10 740	1 072	9	1 259	33 994
Kreditgenossenschaften											
2017	915	868 255	16 475	20 250	3 775	4 957	6 071	1 114	10	437	21 879
2018	875	911 385	16 375	19 424	3 049	5 160	6 318	1 158	4	408	21 947
2019	841	957 859	16 251	19 151	2 900	5 456	6 718	1 262	6	407	22 120
2020	814	1 029 671	16 027	18 239	2 212	5 663	6 955	1 292	10	474	22 174
2021	770	1 108 885	16 326	18 122	1 796	6 141	7 507	1 366	11	634	23 112
2022	733	1 165 801	17 828	19 634	1 806	6 240	7 568	1 328	10	1 109	25 187
Realkreditinstitute⁷⁾											
2017	13	236 414	1 360	7 921	6 561	– 48	158	206	0	– 35	1 277
2018	11	233 165	1 732	6 975	5 243	– 80	97	177	6	– 27	1 631
2019	10	234 978	1 908	6 576	4 668	– 109	116	225	0	15	1 814
2020	10	241 909	2 024	6 020	3 996	– 123	109	232	0	– 72	1 829
2021	9	232 447	2 121	5 452	3 331	– 144	122	266	0	– 335	1 642
2022	8	235 064	2 117	5 620	3 503	– 102	121	223	0	– 6	2 009
Bausparkassen											
2017	20	227 924	2 634	5 995	3 361	– 481	1 226	1 707	0	701	2 854
2018	20	233 865	2 653	5 661	3 008	– 500	1 295	1 795	0	14	2 167
2019	19	237 363	2 438	5 566	3 128	– 548	1 309	1 857	0	52	1 942
2020	18	242 190	2 520	5 103	2 583	– 493	1 270	1 763	0	30	2 057
2021	18	249 553	2 505	4 785	2 280	– 389	1 295	1 684	0	26	2 142
2022	18	259 381	2 607	4 508	1 901	– 174	1 834	2 008	0	393	2 826
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben											
2017	20	1 265 735	5 279	22 474	17 195	1 276	1 967	691	423	1	6 979
2018	19	1 263 482	4 988	21 147	16 159	1 389	2 083	694	363	– 104	6 636
2019	19	1 333 352	5 121	20 216	15 095	1 607	2 348	741	427	– 212	6 943
2020	19	1 421 184	5 396	16 360	10 964	1 844	2 627	783	372	– 2	7 610
2021	18	1 468 095	5 635	13 692	8 057	2 007	2 892	885	507	88	8 237
2022	18	1 619 799	5 280	21 958	16 678	2 012	2 940	928	1 179	61	8 532
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken⁸⁾											
2017	34	765 500	8 801	12 037	3 236	3 589	5 218	1 629	812	891	14 093
2018	33	763 177	9 252	12 327	3 075	3 042	4 711	1 669	436	– 340	12 390
2019	32	849 008	9 683	12 911	3 228	3 520	5 338	1 818	546	1 184	14 933
2020	34	973 655	9 350	11 328	1 978	4 640	6 756	2 116	539	650	15 179
2021	35	1 236 335	9 238	10 296	1 058	6 858	9 737	2 879	1 526	242	17 864
2022	31	1 872 399	10 869	15 104	4 235	7 018	10 163	3 145	2 994	1 037	21 918

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. **1** Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen, ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Realkreditinstitute und ab 2021 ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben. **2** Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. **3** Summe aus Zins-, Provisions- und Nettoergebnis des Handelsbestandes sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. **4** Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). **5** Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich unselbstständigen Bau-

Deutsche Bundesbank

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen												Geschäftsjahr
insgesamt (Sp. 13+14)	Personalaufwand	andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt ⁴⁾	Betriebsergebnis vor Bewertung (Sp. 11-12)	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 15+16)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 17+18)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 19-20)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁶⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 21+22)	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Sparkassen ⁷⁾												
19 991	12 646	7 345	9 792	283	10 075	- 153	9 922	2 861	7 061	- 5 517	1 544	2017
20 930	13 012	7 918	9 703	- 704	8 999	- 786	8 213	2 694	5 519	- 4 070	1 449	2018
21 211	13 079	8 132	8 491	- 296	8 195	41	8 236	2 437	5 799	- 4 390	1 409	2019
20 630	12 832	7 798	8 784	- 1 960	6 824	- 88	6 736	2 513	4 223	- 2 923	1 300	2020
20 637	12 606	8 031	8 533	- 209	8 324	- 155	8 169	2 675	5 494	- 4 190	1 304	2021
21 063	12 772	8 291	12 931	- 4 730	8 201	- 1 753	6 448	2 610	3 838	- 2 660	1 178	2022
Kreditgenossenschaften												
14 382	8 583	5 799	7 497	- 186	7 311	- 33	7 278	2 199	5 079	- 3 774	1 305	2017
14 520	8 564	5 956	7 427	- 926	6 501	- 172	6 329	2 078	4 251	- 2 978	1 273	2018
14 858	8 518	6 340	7 262	419	7 681	- 174	7 507	2 124	5 383	- 4 154	1 229	2019
14 899	8 533	6 366	7 275	- 745	6 530	- 192	6 338	2 020	4 318	- 3 119	1 199	2020
15 235	8 665	6 570	7 877	- 34	7 843	- 122	7 721	2 007	5 714	- 4 440	1 274	2021
15 746	8 832	6 914	9 441	- 4 052	5 389	- 851	4 538	1 114	3 424	- 2 295	1 129	2022
Realkreditinstitute ⁷⁾												
897	411	486	380	32	412	75	487	171	316	- 722	- 406	2017
975	449	526	656	- 341	315	- 95	220	128	92	- 795	- 703	2018
929	428	501	885	- 125	760	- 217	543	160	383	- 229	154	2019
896	405	491	933	- 357	576	271	847	700	147	19	166	2020
862	404	458	780	- 156	624	1 043	1 667	1 102	565	166	731	2021
951	462	489	1 058	- 301	757	- 223	534	199	335	- 124	211	2022
Bausparkassen												
1 891	719	1 172	963	- 61	902	89	991	155	836	- 622	214	2017
1 921	696	1 225	246	22	268	- 14	254	137	117	13	130	2018
1 838	647	1 191	104	49	153	303	456	105	351	- 139	212	2019
1 880	661	1 219	177	- 82	95	108	203	98	105	95	200	2020
2 005	752	1 253	137	- 16	121	53	174	113	61	26	87	2021
2 209	991	1 218	617	- 129	488	- 138	350	143	207	- 112	95	2022
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben												
4 129	1 961	2 168	2 850	- 890	1 960	- 496	1 464	- 178	1 642	- 1 337	305	2017
4 352	2 214	2 138	2 284	- 197	2 087	- 755	1 332	146	1 186	- 894	292	2018
4 145	2 037	2 108	2 798	- 686	2 112	- 65	2 047	428	1 619	- 1 387	232	2019
4 277	2 097	2 180	3 333	- 1 159	2 174	77	2 251	538	1 713	- 1 324	389	2020
4 568	2 235	2 333	3 669	- 799	2 870	303	3 173	1 054	2 119	- 1 153	966	2021
5 065	2 555	2 510	3 467	- 931	2 536	- 118	2 418	415	2 003	- 1 292	711	2022
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾												
8 817	4 070	4 747	5 276	- 590	4 686	- 1 819	2 867	808	2 059	- 565	1 494	2017
8 717	4 064	4 653	3 673	- 994	2 679	- 992	1 687	586	1 101	- 518	583	2018
9 612	4 611	5 001	5 321	- 164	5 157	- 1 952	3 205	1 189	2 016	2 664	4 680	2019
9 531	4 587	4 944	5 648	- 1 869	3 779	- 1 255	2 524	1 175	1 349	846	2 195	2020
12 134	6 350	5 784	5 730	- 581	5 149	- 495	4 654	2 483	2 171	647	2 818	2021
13 730	6 651	7 079	8 188	- 2 140	6 048	- 2 052	3 996	815	3 181	- 768	2 413	2022

sparkassen. **6** Einschl. Gewinn- und Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus dem bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. **7** Ab 2018 Zuordnung der DB Privat- und Firmenkundenbank AG zur Bankengruppe „Großbanken“, 2020 Fusion mit der Deutsche Bank AG. Ab 2018 Zuordnung der HSH Nordbank (jetzt Hamburg Commercial Bank AG) zur Bankengruppe „Regio-

nalbanken und sonstige Kreditbanken“ und der Landesbank Berlin zur Bankengruppe „Sparkassen“. 2018 bis 2021 Zuordnung der DSK Hyp AG (vormals SEB AG) zur Bankengruppe „Realkreditinstitute“. **8** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen (rechtlich selbstständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute ¹⁾

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Aufwendungen, Mrd €											
		insgesamt	Zinsauf- wendun- gen	Provisions- aufwen- dungen	Netto- aufwand des Han- delsbe- standes	Roh- ergebnis aus Waren- verkehr und Neben- betrieben	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						andere Verwal- tungsauf- wendun- gen ¹⁾
							insgesamt	Personalaufwand		Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		insgesamt	
								insgesamt	Löhne und Gehälter	zusammen	darunter: für Alters- versor- gung		
2014	1 715	262,8	117,4	13,3	0,4	0,0	82,0	44,0	35,3	8,7	3,2	38,0	
2015	1 679	256,6	105,0	14,1	0,5	0,0	86,0	46,0	36,4	9,6	3,7	39,9	
2016	1 611	240,9	90,4	13,5	0,2	0,0	84,4	44,6	36,1	8,6	2,7	39,8	
2017	1 538	224,1	79,9	13,6	0,0	0,0	84,0	44,6	35,6	8,9	2,9	39,4	
2018	1 484	226,9	80,6	13,6	0,0	0,0	83,6	44,3	34,6	9,7	3,9	39,4	
2019	1 440	242,0	80,4	14,5	0,1	0,0	84,8	44,4	34,9	9,6	3,6	40,3	
2020	1 408	211,0	59,4	14,5	0,1	0,0	82,6	44,2	34,7	9,5	3,6	38,3	
2021	1 358	204,0	49,4	15,7	0,0	0,0	87,1	46,7	36,4	10,3	4,4	40,4	
2022	1 301	247,8	75,4	16,7	0,0	0,0	90,5	48,4	36,6	11,9	6,0	42,1	

Geschäfts- jahr	Erträge, Mrd €									
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge					Erträge aus Gewinn- gemein- schaften, Gewinnabfüh- rungs- oder Teilgewinn- abführungs- verträgen
		insgesamt	aus Kredit- und Geld- markt- geschäften	aus festver- zinslichen Wertpapieren und Schuld- buchforde- rungen	insgesamt	aus Aktien und anderen nicht festver- zinslichen Wertpapieren	aus Betei- ligungen ²⁾	aus Anteilen an ver- bundenen Unternehmen		
2014	280,2	196,4	170,2	26,1	11,3	6,3	1,1	4,0	3,1	
2015	274,7	183,1	160,1	22,9	15,0	6,7	1,8	6,5	2,8	
2016	260,8	166,8	147,1	19,7	10,0	5,8	1,3	2,9	4,7	
2017	244,1	151,0	134,4	16,5	11,0	6,9	1,1	3,0	3,4	
2018	239,1	152,4	136,9	15,5	10,0	5,3	1,1	3,5	5,4	
2019	239,8	152,2	137,5	14,7	7,6	4,8	1,1	1,7	3,0	
2020	216,9	131,4	119,1	12,3	6,0	3,5	0,6	1,9	3,2	
2021	221,2	121,8	111,8	10,0	7,1	4,0	1,3	1,7	2,7	
2022	269,7	156,5	144,7	11,7	8,1	3,9	1,2	3,0	2,4	

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. ¹ Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wertberich- Deutsche Bundesbank

tigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, gekürzt um Abschrei- bungen auf Leasinggegenstände („enge“ Abgrenzung). In allen anderen Tabellen

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		Sonstige betriebliche Aufwendungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Sonstige Steuern	Aufgrund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abführungs-vertrages abgeführte Gewinne	Geschäfts-jahr
zusammen	darunter: auf Leasing-gegenstände									
5,5	1,8	16,4	10,5	3,5	0,6	1,5	7,6	0,2	3,9	2014
5,9	1,8	17,9	7,2	3,6	1,2	2,5	8,4	0,3	4,1	2015
6,6	2,3	13,8	12,7	3,7	0,9	1,8	7,9	0,3	4,7	2016
7,0	2,6	14,8	8,3	1,5	0,6	2,3	7,5	0,3	4,3	2017
7,4	2,9	15,2	10,0	1,7	0,5	1,7	6,7	0,2	5,7	2018
9,2	3,7	14,7	10,0	12,2	0,9	3,2	7,8	0,3	4,1	2019
8,5	4,0	12,2	14,9	2,8	0,3	4,0	8,4	0,2	2,9	2020
9,4	4,5	16,0	7,0	1,5	0,3	3,6	9,8	0,3	3,9	2021
9,4	5,0	22,9	18,3	3,4	0,6	1,0	5,5	0,3	3,7	2022

Provisions-erträge	Nettoertrag des Handelsbestandes	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	Sonstige betriebliche Erträge		Außerordentliche Erträge	Erträge aus Verlustübernahme	Geschäfts-jahr
					zusammen	darunter: aus Leasing-geschäften			
42,6	4,0	0,2	4,0	1,7	15,7	4,5	0,8	0,4	2014
44,5	4,2	0,2	3,8	1,9	17,6	4,7	0,5	1,1	2015
43,2	3,3	0,2	4,0	3,4	20,3	5,5	4,9	0,0	2016
44,2	5,6	0,2	4,7	3,1	18,8	6,0	1,6	0,6	2017
43,1	3,5	0,2	3,3	0,9	18,5	6,3	1,2	0,7	2018
45,8	2,5	0,2	3,3	1,6	21,0	8,4	1,9	0,7	2019
46,7	3,6	0,2	1,6	1,4	20,0	9,1	2,3	0,6	2020
53,6	4,9	0,2	3,4	2,1	21,7	10,5	2,4	1,2	2021
54,6	9,8	0,2	2,1	5,2	29,8	11,4	0,9	0,0	2022

sind „andere Verwaltungsaufwendungen“ weit abgegrenzt. 2 Einschl. Geschäfts-guthaben bei Genossenschaften.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze.....	43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten.....	64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten.....	65*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels	69*
6. Arbeitsmarkt.....	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank.....	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 7)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2021 Dez.	10,0	7,0	7,0	7,1	6,1	3,9	-0,5	-0,58	0,1	
2022 Jan.	9,4	7,0	6,7	6,8	6,2	4,4	-0,3	-0,58	0,4	
Febr.	9,3	6,9	6,5	6,6	6,3	4,4	-0,6	-0,58	0,8	
März	9,1	6,8	6,5	6,5	6,1	4,4	-0,8	-0,58	0,9	
April	8,6	6,6	6,4	6,3	6,4	5,0	-0,2	-0,58	1,4	
Mai	8,3	6,3	6,1	6,1	6,2	5,1	-0,1	-0,59	1,7	
Juni	7,5	6,2	6,0	6,0	6,3	5,4	-0,2	-0,58	2,2	
Juli	7,0	6,1	5,9	6,0	5,9	5,4	-0,2	-0,51	1,9	
Aug.	6,8	6,3	6,2	6,0	5,7	5,7	-0,4	-0,09	1,8	
Sept.	5,3	5,9	6,0	5,7	5,5	5,7	-0,4	0,36	2,6	
Okt.	3,5	5,0	4,9	5,2	5,1	5,3	-0,7	0,66	3,0	
Nov.	2,1	4,5	4,6	4,4	4,8	5,2	-0,1	1,37	2,7	
Dez.	0,2	3,4	3,8	3,8	3,9	4,4	0,5	1,57	2,8	
2023 Jan.	-1,3	2,6	3,1	3,2	3,0	3,7	1,2	1,90	2,9	
Febr.	-3,1	1,7	2,6	2,6	2,5	3,3	1,8	2,28	3,0	
März	-4,7	1,1	2,1	2,0	2,0	2,9	2,3	2,57	3,1	
April	-5,7	0,5	1,4	1,5	1,4	2,4	2,3	2,90	3,0	
Mai	-7,0	-0,1	0,9	1,0	0,9	2,2	3,1	3,08	3,0	
Juni	-8,0	-0,5	0,6	0,4	0,4	1,6	3,5	3,24	3,0	
Juli	-9,2	-1,4	-0,4	...	0,1	1,3	3,9	3,40	3,1	
Aug.	3,64	3,2	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5 Euro Short-Term Rate. 6 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43*. 7 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				gegenüber dem US-Dollar	Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2021 Dez.	+ 32 673	+ 9 198	+ 29 655	+ 14 131	+ 24 902	+ 115	- 8 674	- 820	1,1304	97,0	91,4
2022 Jan.	- 6 164	- 11 333	- 9 364	- 289	+ 51 258	+ 3 062	- 61 075	- 2 321	1,1314	96,6	91,3
Febr.	+ 7 045	+ 7 880	+ 44 277	+ 43 551	- 6 431	- 3 857	+ 9 488	+ 1 526	1,1342	96,8	91,8
März	+ 5 369	+ 1 384	- 19 759	+ 23 697	- 136 572	+ 2 624	+ 90 586	- 95	1,1019	95,8	91,5
April	- 14 980	- 13 116	- 28 199	+ 17 249	+ 33 628	+ 21 864	- 100 232	- 708	1,0819	95,0	90,1
Mai	- 28 980	- 7 752	+ 61 702	+ 120 438	+ 23 540	+ 1 396	- 84 882	+ 1 210	1,0579	95,4	90,5
Juni	- 4 363	- 7 997	+ 14 518	+ 8 784	- 86 875	+ 3 074	+ 87 721	+ 1 814	1,0566	95,7	90,7
Juli	- 15 845	- 12 961	+ 16 882	- 7 759	+ 48 281	+ 10 520	- 35 796	+ 1 636	1,0179	93,9	89,2
Aug.	- 29 623	- 30 402	- 5 830	- 28 702	- 59 182	+ 12 420	+ 67 471	+ 2 163	1,0128	93,4	88,9
Sept.	- 21 601	- 12 400	- 47 235	+ 69 983	- 166 756	+ 15 515	+ 30 551	+ 3 472	0,9904	93,9	p) 89,8
Okt.	- 16 676	- 8 515	+ 22 133	- 315	- 21 109	+ 2 237	+ 37 390	+ 3 931	0,9826	94,5	p) 91,2
Nov.	+ 5 763	+ 7 390	- 5 984	- 18 557	- 26 773	+ 1 364	+ 37 469	+ 513	1,0201	95,7	p) 92,1
Dez.	+ 19 429	+ 8 558	+ 42 466	+ 4 113	+ 56 720	- 7 707	- 15 482	+ 4 823	1,0589	96,8	p) 92,5
2023 Jan.	- 12 657	- 14 379	+ 20 784	+ 5 700	+ 32 042	- 568	- 7 665	- 8 725	1,0769	97,1	p) 92,6
Febr.	+ 10 520	+ 21 029	+ 507	+ 53 020	- 28 109	+ 10 410	- 23 433	- 11 381	1,0715	97,0	p) 92,7
März	+ 34 357	+ 43 607	+ 26 319	- 4 081	- 100 376	+ 5 676	+ 123 453	+ 1 647	1,0706	97,3	p) 92,9
April	+ 3 013	+ 14 665	- 29 781	+ 8 950	+ 33 694	+ 951	- 71 527	- 1 849	1,0968	98,4	p) 93,8
Mai	- 12 461	+ 23 342	+ 22 052	- 36 528	+ 58 816	+ 13 307	- 14 902	+ 1 358	1,0868	98,0	p) 93,2
Juni	+ 36 769	+ 42 739	+ 78 070	+ 13 365	- 14 246	- 7 297	+ 83 855	+ 2 393	1,0840	98,2	p) 93,5
Juli	1,1058	99,2	p) 94,6
Aug.	1,0909	99,0	p) 94,8

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2020	- 6,1	- 5,4	- 3,8	- 1,0	- 2,4	- 7,5	- 9,0	6,6	- 9,0	- 8,5	- 2,3
2021	5,6	6,3	3,2	7,2	3,2	6,4	8,4	15,1	7,0	13,1	4,3
2022	3,3	3,2	1,8	- 0,5	1,6	2,5	5,9	9,4	3,7	6,2	2,8
2022 1.Vj.	5,4	5,3	4,3	3,1	3,5	4,5	8,5	8,8	6,5	7,8	6,6
2.Vj.	4,2	4,1	1,6	0,2	2,7	4,1	7,4	9,3	5,0	8,7	3,5
3.Vj.	2,3	2,1	1,2	- 0,5	1,2	1,1	3,9	9,4	2,4	5,3	0,6
4.Vj.	1,7	1,6	0,2	- 4,2	- 0,7	0,3	4,5	10,2	1,1	3,5	1,2
2023 1.Vj.	1,1	1,4	0,1	- 3,7	0,4	1,0	1,8	1,1	2,1	2,8	0,8
2.Vj.	0,5	0,9	- 0,6	- 2,9	- 0,7	0,4	2,8	- 0,7	0,1	2,7	- 0,5
Industrieproduktion ²⁾											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2020	- 7,7	- 3,8	- 9,6	- 2,8	- 3,2	- 10,9	- 2,1	14,5	- 11,5	- 3,4	- 1,8
2021	8,9	16,8	4,6	12,8	4,2	5,9	10,4	28,3	12,2	6,4	6,5
2022	2,2	- 0,7	- 0,3	- 2,3	4,0	- 0,2	2,4	18,9	0,4	1,6	0,8
2022 1.Vj.	1,6	6,4	- 1,3	4,2	5,7	- 0,3	4,9	7,6	1,5	2,9	4,0
2.Vj.	2,0	- 5,1	- 1,3	2,5	8,0	- 0,1	3,1	14,9	2,1	2,5	3,6
3.Vj.	3,4	- 3,6	1,9	- 5,0	3,5	0,2	3,6	21,0	0,0	2,4	- 2,6
4.Vj.	2,1	- 0,2	- 0,6	- 10,4	- 0,6	- 0,4	- 1,8	29,8	- 2,2	- 1,4	- 1,2
2023 1.Vj.	0,3	- 2,9	0,4	- 9,7	1,0	- 0,4	1,9	7,8	- 1,5	- 1,7	- 6,0
2.Vj.	- 1,2	- 4,4	p) - 0,1	- 14,2	- 2,9	1,4	0,8	4,2	- 3,9	0,1	- 6,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾											
in % der Vollaustattung											
2020	74,5	75,6	77,3	67,7	76,9	73,8	71,0	69,1	53,3	67,8	72,0
2021	81,4	80,1	84,9	78,1	81,2	81,1	75,7	78,0	76,5	75,0	75,3
2022	82,2	79,1	85,2	71,7	81,0	81,8	75,9	79,8	78,4	77,0	75,0
2022 2.Vj.	82,5	80,0	84,9	69,2	80,7	82,2	76,8	81,2	78,8	79,9	75,6
3.Vj.	81,9	79,0	85,1	74,5	81,2	81,7	74,5	79,2	78,4	75,9	75,7
4.Vj.	81,4	77,2	84,9	71,7	80,7	80,6	75,5	79,8	77,9	74,3	73,3
2023 1.Vj.	81,4	76,7	84,6	71,1	78,4	81,0	74,8	79,2	77,4	77,6	72,6
2.Vj.	81,2	77,3	84,2	69,9	76,6	82,0	73,8	...	77,4	78,2	73,8
3.Vj.	80,2	75,1	82,9	63,2	77,9	82,2	76,3	...	77,0	78,5	72,7
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2020	7,9	5,6	3,6	7,0	7,8	7,8	16,3	5,6	9,2	7,6	8,1
2021	7,7	s) 6,3	3,6	s) 6,2	s) 7,7	s) 7,9	s) 14,8	s) 6,3	s) 9,5	s) 7,7	s) 7,6
2022	6,7	s) 5,5	p) 3,1	s) 5,6	s) 6,8	s) 7,3	s) 12,5	s) 4,5	s) 8,1	s) 6,8	s) 6,9
2023 März	6,5	5,6	2,9	5,9	6,6	7,1	11,2	4,1	7,8	6,6	6,0
April	6,5	5,6	2,9	6,2	7,0	7,3	11,6	4,1	7,8	6,5	6,2
Mai	6,5	5,6	2,9	6,7	7,1	7,3	11,2	4,1	7,7	6,6	6,4
Juni	6,4	5,6	2,9	7,1	7,2	7,3	11,0	4,2	7,5	6,7	6,6
Juli	6,4	5,5	2,9	7,2	7,4	7,4	10,8	4,1	7,6	6,8	6,6
Aug.	4,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2020	0,3	0,4	s) 0,4	- 0,6	0,4	0,5	- 1,3	- 0,5	- 0,1	0,0	0,1
2021	2,6	3,2	s) 3,2	4,5	2,1	2,1	0,6	2,4	1,9	2,7	3,2
2022	8,4	10,3	8,7	19,4	7,2	5,9	9,3	8,1	8,7	10,7	17,2
2023 März	6) 6,9	4,9	7,8	15,6	6,7	6,7	5,4	7,0	8,1	10,5	17,2
April	7,0	3,3	7,6	13,2	6,3	6,9	4,5	6,3	8,6	8,9	15,0
Mai	6,1	2,7	6,3	11,2	5,0	6,0	4,1	5,4	8,0	8,3	12,3
Juni	5,5	1,6	6,8	9,0	4,1	5,3	2,8	4,8	6,7	8,3	8,1
Juli	5,3	1,7	6,5	6,2	4,2	5,1	3,5	4,6	6,3	8,0	6,6
Aug.	s) 5,3	s) 2,4	6,4	s) 4,3	s) 3,4	5,7	3,5	4,9	s) 5,5	8,4	5,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁷⁾											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2020	- 7,1	- 9,0	- 4,3	- 5,5	- 5,6	- 9,0	- 9,7	- 5,0	- 9,7	- 7,3	- 4,4
2021	- 5,3	- 5,5	- 3,6	- 2,4	- 2,8	- 6,5	- 7,1	- 1,6	- 9,0	- 2,5	- 7,1
2022	- 3,6	- 3,9	- 2,5	- 0,9	- 0,9	- 4,7	- 2,3	1,6	- 8,0	0,4	- 4,4
Staatliche Verschuldung ⁷⁾											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2020	97,2	112,0	68,7	18,5	74,7	114,6	206,3	58,4	154,9	87,0	42,0
2021	95,4	109,1	69,0	17,6	72,6	112,9	194,6	55,4	149,9	78,4	43,7
2022	91,5	105,1	66,1	18,4	73,0	111,6	171,3	44,7	144,4	68,4	40,8

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit										
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)																				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %																				
- 0,0	- 0,9	- 8,1	- 3,9	- 6,5	- 8,3	- 3,3	- 4,2	- 11,3	- 4,4	2020										
6,0	7,2	12,3	6,2	4,6	5,5	4,9	8,2	5,5	6,6	2021										
1,9	1,4	6,9	4,3	4,8	6,7	1,7	2,5	5,5	5,6	2022										
4,8	2,6	8,0	6,4	9,2	11,4	3,0	10,2	6,8	6,7	2022 1.Vj.										
1,7	2,3	9,9	5,2	6,4	8,0	1,3	8,6	6,9	5,9	2.Vj.										
1,8	3,8	4,7	3,0	2,0	5,0	1,3	3,3	5,1	5,5	3.Vj.										
- 0,3	- 2,2	5,3	2,9	2,3	2,8	1,2	0,2	3,3	4,6	4.Vj.										
- 2,4	- 0,3	5,0	1,9	1,9	2,8	1,0	0,8	4,5	3,1	2023 1.Vj.										
0,7	...	3,9	- 0,3	- 1,1	1,7	1,5	1,4	1,7	2,1	2.Vj.										
Industrieproduktion 2)																				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %																				
- 1,9	- 10,8	- 0,3	- 3,9	- 5,9	- 7,3	- 8,5	- 5,2	- 9,8	- 7,3	2020										
20,2	8,4	0,1	5,0	11,4	3,5	10,3	10,2	7,5	6,4	2021										
9,4	- 1,3	2,8	2,6	6,7	- 0,0	- 3,9	1,2	3,0	1,1	2022										
23,5	0,1	- 2,1	2,1	11,7	- 2,9	- 2,4	6,4	1,7	3,0	2022 1.Vj.										
9,2	- 1,6	- 4,0	4,7	8,4	2,0	- 3,2	2,8	5,0	3,0	2.Vj.										
10,0	- 0,3	7,7	2,4	5,5	1,3	- 1,4	1,7	4,5	- 1,0	3.Vj.										
- 2,5	- 3,3	10,0	1,3	1,9	- 0,3	- 8,4	- 5,7	0,7	- 0,4	4.Vj.										
- 11,7	- 4,3	13,8	- 3,6	0,2	1,3	- 3,4	- 3,4	1,6	- 1,3	2023 1.Vj.										
- 0,4	- 7,1	7,5	- 9,4	- 0,9	- 4,9	0,6	- 4,2	- 2,0	0,6	2.Vj.										
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)																				
in % der Vollaustattung																				
73,0	72,5	70,7	78,2	79,5	74,9	79,5	78,4	74,4	51,5	2020										
76,7	82,0	76,8	82,4	87,1	79,2	82,2	84,5	77,8	51,3	2021										
77,4	80,8	64,7	83,7	87,7	81,9	83,3	84,9	78,7	58,2	2022										
78,2	79,9	64,6	84,2	88,8	82,4	83,9	85,1	80,0	58,8	2022 2.Vj.										
76,8	81,4	67,6	83,9	87,9	81,6	83,5	84,1	78,9	58,3	3.Vj.										
76,1	79,8	63,6	82,6	85,6	81,6	83,0	84,0	77,2	60,4	4.Vj.										
69,7	74,3	65,7	82,9	87,1	81,5	80,2	83,1	77,1	59,8	2023 1.Vj.										
70,5	75,5	53,3	82,5	86,3	83,6	84,0	83,9	76,3	60,9	2.Vj.										
67,0	72,0	69,4	81,3	84,6	80,9	83,0	83,0	76,2	62,7	3.Vj.										
Standardisierte Erwerbslosenquote 4)																				
in % der zivilen Erwerbspersonen																				
s)	8,6	s)	6,8	s)	4,4	s)	3,9	s)	5,4	s)	6,9	s)	6,7	s)	5,0	s)	15,5	s)	7,6	2020
s)	7,1	s)	5,4	s)	3,4	s)	4,2	s)	6,2	s)	6,6	s)	6,9	s)	4,8	s)	14,8	s)	7,5	2021
s)	5,9	s)	4,6	s)	2,9	s)	3,6	s)	4,8	s)	6,1	s)	6,2	s)	4,0	s)	13,0	s)	6,8	2022
7,6	4,9	2,8	3,5	4,5	6,8	6,0	3,7	12,5	6,3	2023 März										
6,5	5,0	2,7	3,4	5,1	6,5	5,9	3,8	12,1	6,2	April										
6,1	5,0	2,6	3,5	4,7	6,4	5,9	3,7	11,9	6,2	Mai										
5,8	5,2	2,5	3,5	5,1	6,3	5,8	3,7	11,7	6,3	Juni										
6,4	5,2	2,5	3,6	5,6	6,3	5,8	3,5	11,6	6,7	Juli										
...	Aug.										
Harmonisierter Verbraucherpreisindex																				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %																				
1,1	0,0	0,8	1,1	1,4	- 0,1	2,0	- 0,3	- 0,3	- 1,1	2020										
4,6	3,5	0,7	2,8	2,8	0,9	2,8	2,0	3,0	2,3	2021										
18,9	8,2	6,1	11,6	8,6	8,1	12,1	9,3	8,3	8,1	2022										
15,2	2,9	7,1	4,5	9,2	8,0	14,8	10,4	3,1	6,1	2023 März										
13,3	2,7	6,4	5,8	9,4	6,9	14,0	9,2	3,8	3,9	April										
10,7	2,0	6,3	6,8	8,7	5,4	12,3	8,1	2,9	3,6	Mai										
8,2	1,0	6,2	6,4	7,8	4,7	11,3	6,6	1,6	2,8	Juni										
7,2	2,0	5,6	5,3	7,0	4,3	10,3	5,7	2,1	2,4	Juli										
6,4	3,5	s)	5,0	3,4	s)	7,6	6,1	2,4	3,0	Aug.										
Staatlicher Finanzierungssaldo 7)																				
in % des Bruttoinlandsprodukts																				
- 6,5	- 3,4	- 9,7	- 3,7	- 8,0	- 5,8	- 5,4	- 7,7	- 10,1	- 5,8	2020										
- 1,2	0,7	- 7,8	- 2,4	- 5,8	- 2,9	- 5,4	- 4,6	- 6,9	- 2,0	2021										
- 0,6	0,2	- 5,8	0,0	- 3,2	- 0,4	- 2,0	- 3,0	- 4,8	2,1	2022										
Staatliche Verschuldung 7)																				
in % des Bruttoinlandsprodukts																				
46,3	24,5	52,9	54,7	82,9	134,9	58,9	79,6	120,4	113,8	2020										
43,7	24,5	55,1	52,5	82,3	125,4	61,0	74,5	118,3	101,2	2021										
38,4	24,6	53,4	51,0	78,4	113,9	57,8	69,9	113,2	86,5	2022										

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Beeinflusst durch eine befris-

tete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 6 Ab 2023 einschließlich Kroatien. 7 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Euroraum 1)

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)	
		zusammen	darunter Wertpapiere										zusammen
2021 Dez.	52,7	27,6	20,1	25,1	22,6	- 62,4	- 205,6	- 143,3	4,3	18,0	- 0,8	- 25,1	12,1
2022 Jan.	173,3	98,0	- 10,3	75,4	64,8	7,9	141,4	133,5	- 19,9	- 14,8	- 0,1	9,3	- 14,3
Febr.	110,9	44,4	2,0	66,5	73,8	- 14,7	82,3	97,0	- 24,6	- 12,6	- 0,4	- 3,5	- 8,1
März	149,8	104,5	26,4	45,3	36,0	4,3	- 23,7	- 28,1	- 2,2	2,8	- 0,7	- 21,8	17,5
April	111,9	96,8	20,2	15,2	5,2	- 101,6	- 79,2	22,3	5,5	- 10,5	- 0,2	1,5	14,7
Mai	107,2	65,1	- 18,8	42,1	49,5	- 51,8	40,4	92,2	- 17,8	3,1	- 3,2	- 21,2	3,6
Juni	116,2	83,6	- 8,8	32,6	33,5	99,5	- 25,9	- 125,4	20,3	- 4,8	- 0,4	1,0	24,4
Juli	29,8	58,6	- 3,0	- 28,8	- 28,8	- 27,6	63,7	91,3	4,6	- 11,7	- 0,4	- 3,6	20,3
Aug.	- 10,7	26,1	- 18,8	- 36,8	- 31,2	46,9	69,4	22,5	- 15,8	- 22,1	0,8	1,9	3,6
Sept.	86,6	83,1	- 0,1	3,4	2,2	- 53,1	- 199,8	- 146,8	12,9	- 16,4	- 0,4	3,6	26,1
Okt.	- 12,5	0,1	- 6,1	- 12,6	- 9,7	- 0,8	169,5	170,3	- 11,3	- 14,7	0,0	11,5	- 8,1
Nov.	93,0	84,0	31,0	9,0	14,3	14,6	- 40,6	- 55,2	35,8	1,7	- 0,1	34,6	- 0,4
Dez.	- 122,2	- 88,9	- 0,9	- 33,2	- 41,3	- 0,0	- 257,1	- 257,1	43,7	10,0	- 0,1	1,1	32,7
2023 Jan.	- 10,2	- 0,7	- 14,4	- 9,5	- 4,2	11,6	126,7	115,1	31,4	- 6,2	1,8	57,5	- 21,8
Febr.	7,5	- 13,3	3,2	20,9	29,8	8,5	0,4	- 8,1	12,7	- 1,3	1,3	10,0	2,7
März	33,6	40,8	11,7	- 7,2	- 9,7	74,8	112,1	37,3	30,1	10,8	1,0	5,9	12,4
April	- 10,7	22,8	29,5	- 33,5	- 29,2	- 21,0	- 21,4	- 0,4	9,0	9,3	1,0	4,0	- 5,2
Mai	0,9	46,7	33,3	- 45,7	- 50,0	1,2	22,2	21,1	35,7	- 0,3	2,0	26,6	7,4
Juni	1,8	- 12,3	- 13,2	14,0	20,9	119,0	18,3	- 100,7	44,5	1,2	2,5	27,3	13,5
Juli	- 46,5	6,1	4,7	- 52,6	- 52,2	39,8	107,7	67,9	34,1	1,0	2,5	19,0	11,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)	
		zusammen	darunter: Wertpapiere										zusammen
2021 Dez.	12,8	10,9	6,8	2,0	4,7	- 122,9	- 47,1	75,8	- 2,3	9,1	- 0,2	- 13,2	2,0
2022 Jan.	40,4	31,0	1,4	9,4	7,5	111,9	72,2	- 39,7	- 4,0	- 1,1	- 0,8	12,6	- 14,8
Febr.	32,7	27,6	3,4	5,2	7,2	16,0	21,9	5,9	5,1	- 1,3	- 0,2	7,0	- 0,4
März	37,0	23,3	4,1	13,7	12,9	- 44,2	- 22,2	22,0	6,1	- 2,0	- 0,2	4,1	4,2
April	19,0	18,9	2,7	0,1	- 4,5	19,1	- 13,0	- 32,1	4,4	- 2,7	- 0,2	3,2	4,1
Mai	39,1	28,5	3,5	10,6	13,5	- 29,8	- 0,9	28,9	2,0	- 2,4	- 0,1	2,0	2,5
Juni	32,6	25,5	- 4,1	7,1	4,8	- 22,4	- 9,4	13,0	3,8	- 3,1	- 0,2	- 3,8	10,8
Juli	18,2	30,6	10,6	- 12,4	- 13,4	42,7	4,3	- 38,5	9,3	- 2,0	- 0,2	8,5	3,0
Aug.	26,0	39,4	- 0,2	- 13,4	- 11,4	- 50,3	6,7	57,1	3,0	- 0,0	- 0,1	0,8	2,3
Sept.	21,5	23,1	0,1	- 1,7	- 4,5	- 27,4	1,6	29,0	4,1	- 0,3	- 0,0	- 0,6	5,0
Okt.	12,8	10,5	- 0,2	2,3	1,9	45,1	20,4	- 24,7	- 7,6	- 1,2	0,2	3,2	- 9,8
Nov.	25,4	26,2	1,4	- 0,9	0,8	38,0	8,9	- 29,1	9,8	1,9	0,2	7,1	0,6
Dez.	- 28,8	- 19,6	- 2,4	- 9,3	- 8,2	- 37,1	- 71,9	- 34,8	- 0,5	- 3,7	0,4	- 1,9	4,8
2023 Jan.	27,5	16,9	- 0,2	10,7	8,9	63,0	29,8	- 33,3	- 14,3	2,7	1,0	3,1	- 21,0
Febr.	9,2	8,3	- 0,2	0,9	1,8	58,4	- 2,0	- 60,3	3,3	0,6	1,2	- 2,1	3,5
März	4,8	8,1	6,4	- 3,4	- 3,7	- 12,4	10,5	23,0	15,5	6,0	1,6	4,4	3,5
April	- 3,7	13,0	1,2	- 16,7	- 20,2	62,7	- 15,2	- 77,9	5,0	2,0	1,5	- 3,0	4,5
Mai	5,2	11,7	- 1,2	- 6,5	- 4,8	9,8	16,5	6,7	16,8	2,7	2,2	6,1	5,7
Juni	1,5	- 1,9	4,1	3,4	5,4	7,6	- 6,6	- 14,3	9,7	- 0,9	2,7	- 0,3	8,2
Juli	5,1	6,8	- 1,1	- 1,7	- 4,7	34,2	8,3	- 25,9	24,8	- 0,3	3,0	10,1	12,0

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. 4 Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				zusammen	Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)							
					zusammen	Bargeld-umlauf									
- 44,5	- 43,1	0,0	91,2	121,7	120,4	20,6	99,8	- 2,3	3,6	- 33,4	- 7,4	- 7,1	2021 Dez.		
68,1	95,1	0,0	- 3,7	- 3,6	- 39,5	1,0	- 40,5	23,3	12,6	57,2	- 26,2	9,1	2022 Jan.		
44,6	36,4	0,0	39,3	68,0	73,8	9,1	64,6	- 13,8	8,0	9,4	- 37,1	- 0,4	Febr.		
13,7	49,0	0,0	97,1	108,4	88,1	22,5	65,6	16,3	4,0	- 17,6	- 0,2	- 2,2	März		
- 22,1	- 98,6	0,0	103,0	65,2	64,0	11,2	52,8	- 1,1	2,3	25,1	20,2	16,5	April		
- 28,9	55,4	0,0	53,6	63,4	67,3	7,8	59,6	- 15,9	11,9	4,7	- 10,1	- 5,2	Mai		
69,6	67,9	0,0	73,2	79,5	52,3	6,6	45,7	24,1	3,1	- 32,5	- 1,0	11,1	Juni		
- 31,2	-137,3	0,0	159,5	126,7	74,8	8,6	66,2	46,7	5,1	23,7	- 2,1	18,0	Juli		
- 80,3	69,0	0,0	79,0	71,5	20,1	- 4,6	24,8	41,3	10,0	- 22,6	6,8	7,4	Aug.		
7,3	21,4	0,0	1,5	- 1,7	- 100,9	- 1,4	- 99,5	99,8	- 0,6	- 19,5	- 8,4	21,6	Sept.		
- 5,4	64,4	0,0	- 57,5	- 76,7	- 157,1	- 0,4	- 156,8	85,4	- 5,0	4,4	36,7	- 25,4	Okt.		
- 10,5	- 4,3	0,0	70,3	20,8	- 30,0	- 3,5	- 26,5	59,2	- 8,3	27,4	22,3	16,6	Nov.		
- 84,5	- 61,6	0,0	3,5	13,3	- 61,3	11,6	- 72,9	59,8	14,8	- 46,5	2,8	10,5	Dez.		
- 38,7	123,7	0,0	- 132,9	- 149,0	- 231,2	- 13,2	- 217,9	76,0	6,2	35,1	6,6	- 8,0	2023 Jan.		
20,3	25,0	0,0	- 41,8	- 63,1	- 135,2	- 3,5	- 131,7	72,1	0,0	- 2,2	- 6,4	29,7	Febr.		
30,5	33,8	0,0	16,5	9,7	- 104,1	3,9	- 108,0	119,3	- 5,5	- 25,7	20,6	9,5	März		
- 26,5	- 14,5	0,0	- 0,8	- 17,9	- 52,5	4,1	- 56,7	46,1	- 11,4	6,7	11,5	0,1	April		
- 104,5	84,1	0,0	- 33,4	- 44,4	- 94,0	1,7	- 95,7	53,0	- 3,5	29,6	- 2,9	5,1	Mai		
24,6	43,7	0,0	13,1	22,6	- 61,0	3,1	- 64,1	94,4	- 10,8	- 11,2	- 1,6	- 2,0	Juni		
- 29,5	14,4	0,0	- 10,8	- 32,9	- 95,3	3,1	- 98,3	72,6	- 10,3	4,1	8,6	- 5,4	Juli		

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte						
27,8	- 135,3	5,3	4,5	- 0,4	- 12,8	9,1	1,6	- 0,3	0,3	1,7	2021 Dez.			
- 38,1	166,0	1,3	0,8	28,4	22,4	9,3	0,3	- 1,2	0,0	- 2,4	2022 Jan.			
2,5	14,4	3,0	2,2	26,8	23,3	1,1	0,3	1,1	0,1	0,8	Febr.			
- 0,1	- 13,2	5,8	4,2	- 0,1	- 7,4	8,4	- 1,6	0,5	0,2	- 0,1	März			
- 3,0	32,9	3,4	2,3	3,7	- 3,4	10,4	- 0,4	- 2,0	- 0,2	- 0,6	April			
22,5	- 30,3	3,4	2,7	15,1	22,5	- 7,4	- 1,2	0,4	0,2	0,7	Mai			
14,9	- 37,5	3,7	0,5	29,0	19,6	7,5	- 1,6	0,6	- 0,0	2,9	Juni			
- 38,2	55,3	- 5,3	9,1	34,6	5,7	23,6	- 1,7	4,3	0,1	2,6	Juli			
- 24,1	- 71,1	- 11,7	12,5	67,9	56,8	13,9	- 2,4	- 1,8	- 0,1	1,4	Aug.			
4,7	- 1,1	3,3	0,3	- 13,6	- 56,8	45,1	- 5,3	- 2,6	0,1	6,0	Sept.			
5,1	65,9	0,1	0,1	- 5,4	- 32,1	36,8	- 3,3	- 0,2	0,1	- 6,7	Okt.			
22,6	13,6	- 0,0	- 0,3	17,3	12,6	4,3	- 5,5	3,2	0,0	2,7	Nov.			
- 16,3	- 24,6	2,1	2,4	- 24,6	- 37,6	19,0	- 4,1	- 2,0	0,1	0,0	Dez.			
- 42,9	147,9	2,3	- 5,1	- 0,2	- 37,1	38,4	- 6,5	- 0,1	- 0,2	5,4	2023 Jan.			
12,9	50,9	1,1	- 0,7	0,4	- 33,2	32,6	- 8,0	1,3	- 0,1	7,8	Febr.			
27,1	- 34,8	2,3	0,9	- 15,5	- 45,7	31,8	- 10,4	- 0,2	0,3	8,7	März			
- 39,0	86,7	1,9	0,7	6,3	- 11,7	25,3	- 10,2	0,7	0,2	1,9	April			
- 11,8	3,1	2,6	0,9	6,9	- 6,1	18,4	- 10,3	- 0,2	- 0,1	5,2	Mai			
- 9,8	8,4	1,7	1,1	0,8	- 29,2	36,7	- 10,0	- 0,3	- 0,0	3,6	Juni			
- 5,8	20,1	1,6	1,3	0,2	- 22,5	31,5	- 10,3	0,3	0,3	1,0	Juli			

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva											
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen					öffentliche Haushalte					
insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)				
Euroraum (Mrd €) 1)												
2021 Juni	30 989,4	20 890,5	14 652,6	12 234,6	1 529,8	888,3	6 237,8	1 004,8	5 233,1	6 398,7	3 700,3	
Juli	31 313,9	21 028,4	14 708,1	12 278,0	1 543,4	886,7	6 320,4	1 011,3	5 309,1	6 504,5	3 781,0	
Aug.	31 438,2	21 047,9	14 684,9	12 261,1	1 533,4	890,4	6 363,1	1 002,3	5 360,8	6 653,6	3 736,6	
Sept.	31 472,9	21 133,7	14 757,3	12 330,9	1 535,1	891,4	6 376,4	993,6	5 382,8	6 619,9	3 719,3	
Okt.	31 778,8	21 201,7	14 817,8	12 379,4	1 548,1	890,3	6 384,0	987,7	5 396,3	6 825,2	3 751,9	
Nov.	32 193,4	21 381,5	14 911,5	12 478,0	1 542,5	891,0	6 470,1	985,8	5 484,2	6 917,4	3 894,5	
Dez.	31 777,4	21 384,4	14 917,2	12 462,9	1 567,3	887,0	6 467,2	988,5	5 478,8	6 738,7	3 654,2	
2022 Jan.	32 417,1	21 571,9	15 046,8	12 609,0	1 553,2	884,6	6 525,0	999,2	5 525,9	6 914,5	3 930,7	
Febr.	32 601,8	21 629,0	15 075,6	12 645,3	1 553,7	876,6	6 553,4	991,8	5 561,6	7 011,4	3 961,5	
März	32 937,3	21 737,1	15 176,1	12 722,0	1 587,4	866,7	6 561,1	1 001,4	5 559,7	6 996,1	4 204,1	
April	33 570,1	21 764,2	15 254,0	12 805,3	1 597,6	851,1	6 510,1	1 011,3	5 498,8	7 063,0	4 742,9	
Mai	33 482,5	21 816,2	15 304,5	12 878,2	1 568,2	858,1	6 511,7	1 003,9	5 507,8	7 013,2	4 653,1	
Juni	33 886,1	21 886,0	15 373,6	12 973,4	1 569,1	831,1	6 512,4	1 003,0	5 509,4	7 064,5	4 935,5	
Juli	33 877,7	21 984,6	15 451,5	13 043,7	1 578,6	829,2	6 533,1	1 003,0	5 530,1	7 216,9	4 676,2	
Aug.	34 342,9	21 872,4	15 459,5	13 080,1	1 553,7	825,7	6 413,0	996,9	5 416,1	7 301,6	5 168,9	
Sept.	34 619,1	21 901,4	15 558,0	13 191,3	1 544,9	821,7	6 343,4	998,1	5 345,2	7 241,7	5 476,0	
Okt.	34 551,1	21 891,6	15 553,1	13 190,6	1 533,0	829,6	6 338,5	995,2	5 343,3	7 336,9	5 322,6	
Nov.	34 226,4	22 012,4	15 628,2	13 228,7	1 559,1	840,4	6 384,2	990,2	5 394,1	7 207,7	5 006,2	
Dez.	33 866,7	21 792,9	15 515,8	13 124,7	1 555,4	835,7	6 277,1	998,9	5 278,2	6 873,2	5 200,6	
2023 Jan.	33 828,5	21 883,5	15 553,3	13 171,9	1 545,6	835,8	6 330,2	1 000,3	5 330,0	6 982,9	4 962,1	
Febr.	34 114,7	21 860,3	15 543,2	13 157,7	1 540,9	844,6	6 317,1	991,3	5 325,9	7 003,0	5 251,5	
März	33 955,0	21 921,0	15 575,3	13 175,7	1 552,2	847,4	6 345,7	995,3	5 350,3	7 101,4	4 932,6	
April	33 942,0	21 905,2	15 597,6	13 165,2	1 566,3	866,2	6 307,6	991,1	5 316,5	7 040,8	4 996,0	
Mai	34 134,1	21 917,1	15 648,8	13 183,8	1 595,6	869,4	6 272,9	995,4	5 272,9	7 152,5	5 064,5	
Juni	34 050,3	21 903,4	15 626,2	13 177,9	1 577,9	870,4	6 277,1	988,5	5 288,7	7 082,2	5 064,7	
Juli	34 265,5	21 852,9	15 629,5	13 174,9	1 579,5	875,1	6 223,5	988,2	5 235,2	7 169,2	5 243,4	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2021 Juni	7 277,1	5 009,8	3 786,4	3 290,4	220,8	275,2	1 223,4	282,3	941,1	1 325,1	942,1	
Juli	7 362,7	5 062,4	3 808,5	3 310,2	221,9	276,4	1 253,9	284,4	969,5	1 317,4	982,9	
Aug.	7 395,2	5 087,3	3 824,6	3 325,1	221,4	278,1	1 262,8	280,8	982,0	1 336,0	971,9	
Sept.	7 398,6	5 110,8	3 840,8	3 336,4	224,7	279,7	1 270,1	280,7	989,4	1 335,1	952,6	
Okt.	7 461,0	5 147,0	3 874,5	3 363,5	228,6	282,4	1 272,5	284,4	988,0	1 385,2	928,8	
Nov.	7 575,0	5 210,7	3 904,2	3 389,9	229,0	285,3	1 306,4	280,7	1 025,7	1 396,4	967,9	
Dez.	7 475,8	5 212,1	3 914,7	3 393,2	237,0	284,5	1 297,4	278,0	1 019,5	1 355,9	907,8	
2022 Jan.	7 787,0	5 243,9	3 944,7	3 422,9	235,8	286,0	1 299,2	279,9	1 019,3	1 433,6	1 109,5	
Febr.	7 871,3	5 262,9	3 968,5	3 445,2	238,0	285,3	1 294,3	277,8	1 016,5	1 464,4	1 144,0	
März	7 997,7	5 280,7	3 990,2	3 464,4	240,6	285,2	1 290,6	278,6	1 012,0	1 447,5	1 269,5	
April	8 259,4	5 278,9	4 008,0	3 481,9	240,1	286,1	1 270,9	283,2	987,7	1 464,0	1 516,5	
Mai	8 228,4	5 304,5	4 034,5	3 506,0	240,8	287,7	1 270,0	280,3	989,7	1 445,0	1 479,0	
Juni	8 413,5	5 322,6	4 058,9	3 537,6	237,8	283,5	1 263,7	282,5	981,2	1 466,1	1 624,8	
Juli	8 287,9	5 375,0	4 096,1	3 560,3	252,7	283,2	1 278,8	283,6	995,2	1 481,5	1 431,4	
Aug.	8 546,0	5 364,5	4 132,0	3 600,0	249,1	282,9	1 232,5	281,5	951,0	1 492,4	1 689,0	
Sept.	8 857,6	5 356,3	4 153,9	3 624,8	246,1	283,0	1 202,4	284,3	918,1	1 502,4	1 998,8	
Okt.	8 826,7	5 366,0	4 163,6	3 634,6	245,9	283,1	1 202,4	284,8	917,5	1 509,0	1 951,8	
Nov.	8 653,9	5 402,0	4 189,2	3 656,3	249,8	283,1	1 212,8	283,4	929,4	1 502,4	1 749,6	
Dez.	8 626,1	5 345,2	4 165,8	3 636,7	245,9	283,2	1 179,4	283,2	896,1	1 417,3	1 863,7	
2023 Jan.	8 561,4	5 377,1	4 178,3	3 652,7	245,9	279,7	1 198,8	285,0	913,9	1 443,8	1 740,5	
Febr.	8 712,0	5 371,7	4 186,6	3 662,2	243,6	280,9	1 185,1	284,0	901,1	1 443,9	1 896,4	
März	8 573,5	5 388,1	4 193,6	3 661,9	252,1	279,6	1 194,5	284,2	910,3	1 457,2	1 728,2	
April	8 559,3	5 383,7	4 206,2	3 672,7	252,4	281,1	1 177,5	287,7	889,8	1 435,7	1 739,8	
Mai	8 612,3	5 390,9	4 218,3	3 686,3	252,1	279,9	1 172,6	286,1	886,4	1 468,3	1 753,1	
Juni	8 647,9	5 387,4	4 215,9	3 679,0	255,5	281,4	1 171,5	284,2	887,4	1 433,5	1 826,9	
Juli	8 779,6	5 390,2	4 222,0	3 685,7	255,6	280,6	1 168,3	287,2	881,1	1 439,0	1 950,5	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem).
1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Euroraum (Mrd €) 1)											
1 423,2	15 270,2	13 971,9	14 119,8	8 947,0	697,4	150,4	1 822,0	2 466,2	36,8	2021 Juni	
1 437,6	15 380,5	14 062,4	14 230,8	9 052,5	705,3	153,6	1 817,0	2 466,2	36,3	Juli	
1 439,2	15 441,7	14 094,7	14 252,2	9 086,6	706,2	151,2	1 809,9	2 462,4	35,9	Aug.	
1 444,5	15 482,5	14 115,3	14 279,8	9 133,9	700,2	140,0	1 806,7	2 463,3	35,6	Sept.	
1 450,3	15 542,2	14 177,1	14 350,0	9 205,6	707,1	148,0	1 795,5	2 458,8	34,9	Okt.	
1 456,3	15 548,8	14 218,9	14 375,7	9 255,0	697,0	143,3	1 786,3	2 459,8	34,3	Nov.	
1 477,0	15 617,2	14 347,7	14 502,1	9 363,7	704,9	131,3	1 805,2	2 463,5	33,6	Dez.	
1 477,9	15 694,2	14 327,3	14 526,9	9 353,8	706,6	135,3	1 820,2	2 479,3	31,8	2022 Jan.	
1 487,0	15 787,1	14 373,0	14 561,7	9 412,4	688,4	134,3	1 807,7	2 487,3	31,6	Febr.	
1 509,6	15 891,2	14 465,7	14 650,6	9 490,5	703,7	123,5	1 809,6	2 492,1	31,2	März	
1 520,7	15 934,3	14 521,8	14 712,1	9 555,8	705,4	123,5	1 802,0	2 494,3	31,0	April	
1 528,5	15 950,4	14 568,7	14 740,8	9 597,9	684,9	120,2	1 803,2	2 506,6	27,9	Mai	
1 535,1	16 100,5	14 633,1	14 810,3	9 643,8	704,8	123,4	1 800,3	2 510,4	27,5	Juni	
1 543,7	16 184,3	14 738,3	14 937,4	9 735,4	741,0	127,1	1 791,0	2 515,8	27,1	Juli	
1 539,1	16 161,9	14 793,1	14 985,4	9 754,1	781,5	125,9	1 770,0	2 526,0	28,0	Aug.	
1 537,7	16 199,4	14 785,2	15 036,4	9 688,0	913,3	125,5	1 756,3	2 525,7	27,6	Sept.	
1 537,2	16 095,8	14 708,2	14 936,7	9 521,8	993,0	130,3	1 741,7	2 522,3	27,6	Okt.	
1 533,7	16 084,9	14 722,7	14 917,6	9 457,0	1 042,9	134,6	1 741,1	2 514,5	27,6	Nov.	
1 545,3	15 997,1	14 765,9	14 929,6	9 389,2	1 099,5	133,9	1 749,5	2 530,0	27,6	Dez.	
1 533,4	15 876,9	14 667,4	14 844,9	9 228,1	1 163,7	146,1	1 746,4	2 532,0	28,7	2023 Jan.	
1 529,9	15 843,6	14 625,0	14 773,2	9 083,9	1 223,7	157,3	1 746,5	2 531,8	30,0	Febr.	
1 533,8	15 891,6	14 649,1	14 788,4	8 989,9	1 311,7	174,0	1 756,9	2 524,7	31,1	März	
1 537,9	15 848,9	14 649,2	14 784,7	8 939,0	1 346,2	187,9	1 765,7	2 513,9	32,1	April	
1 539,7	15 718,1	14 616,7	14 756,8	8 855,8	1 387,7	200,0	1 768,2	2 510,9	34,2	Mai	
1 542,7	15 760,6	14 649,1	14 756,0	8 759,3	1 455,7	218,6	1 768,3	2 517,0	37,2	Juni	
1 545,9	15 694,3	14 617,6	14 723,7	8 665,7	1 511,2	232,0	1 768,5	2 506,7	39,6	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
325,1	4 311,0	4 035,3	3 890,5	2 619,4	139,3	31,9	537,5	537,0	25,5	2021 Juni	
328,8	4 313,9	4 047,3	3 911,3	2 645,8	136,0	31,4	536,0	536,7	25,2	Juli	
329,0	4 333,1	4 065,2	3 923,1	2 659,1	135,6	31,3	535,7	536,4	25,0	Aug.	
329,8	4 340,5	4 064,1	3 919,8	2 662,1	132,2	31,2	533,6	535,8	24,8	Sept.	
331,4	4 354,3	4 080,9	3 950,3	2 681,4	143,0	31,1	534,8	535,5	24,6	Okt.	
332,6	4 390,5	4 107,1	3 968,0	2 710,9	132,5	30,3	534,6	535,5	24,3	Nov.	
337,1	4 425,2	4 113,0	3 968,5	2 691,5	141,2	30,1	544,6	537,0	24,1	Dez.	
337,9	4 418,1	4 139,2	4 006,8	2 737,3	135,4	29,7	543,6	537,4	23,4	2022 Jan.	
340,1	4 444,1	4 161,0	4 017,1	2 752,3	132,4	29,4	542,3	537,7	23,1	Febr.	
344,3	4 441,6	4 159,0	4 014,6	2 755,3	130,7	29,3	540,4	536,0	22,9	März	
346,7	4 445,6	4 158,1	4 019,8	2 754,8	140,0	29,4	537,7	535,1	22,7	April	
349,4	4 478,3	4 170,7	4 016,7	2 769,9	125,8	29,7	534,8	533,9	22,6	Mai	
349,9	4 517,1	4 194,6	4 031,6	2 787,1	127,8	30,1	531,9	532,3	22,4	Juni	
359,0	4 507,6	4 222,4	4 070,3	2 813,6	142,1	31,0	530,6	530,6	22,3	Juli	
371,5	4 552,6	4 289,4	4 135,2	2 870,1	153,3	30,6	530,7	528,3	22,2	Aug.	
371,8	4 541,5	4 267,4	4 135,1	2 834,9	193,7	30,9	530,3	523,0	22,2	Sept.	
371,8	4 546,8	4 270,2	4 140,4	2 804,0	233,2	31,6	529,3	519,8	22,4	Okt.	
371,5	4 578,7	4 283,7	4 146,3	2 806,0	240,1	32,1	531,0	514,4	22,6	Nov.	
374,0	4 534,2	4 260,8	4 119,2	2 764,3	260,2	34,1	527,1	510,4	23,0	Dez.	
368,9	4 489,3	4 257,7	4 126,0	2 749,9	286,6	36,9	529,6	499,1	24,0	2023 Jan.	
368,1	4 496,6	4 250,9	4 106,5	2 706,5	314,2	39,1	530,3	491,2	25,2	Febr.	
369,0	4 505,7	4 236,8	4 090,4	2 667,4	336,4	42,4	536,3	481,0	26,8	März	
369,8	4 473,0	4 248,0	4 104,2	2 660,3	360,2	46,1	538,3	471,0	28,3	April	
370,7	4 470,7	4 257,0	4 104,8	2 647,5	373,8	50,3	541,8	460,8	30,5	Mai	
371,7	4 460,3	4 259,3	4 096,2	2 616,5	400,5	54,1	541,0	450,9	33,2	Juni	
373,1	4 455,2	4 258,4	4 105,2	2 603,2	426,7	57,6	540,7	440,7	36,2	Juli	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotennumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarkt-fonds-anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
Euroraum (Mrd €) 1)													
2021 Juni	709,3	441,2	314,0	46,6	16,3	42,0	18,8	3,5	245,8	245,8	600,5	1 982,6	1 333,7
Juli	709,6	440,1	313,9	45,6	16,6	42,0	18,6	3,5	254,6	254,5	622,6	1 999,4	1 334,0
Aug.	736,1	453,5	329,1	43,9	17,0	42,0	18,0	3,4	243,0	243,0	628,1	1 988,5	1 334,0
Sept.	742,6	460,1	334,6	46,3	16,6	41,3	18,1	3,3	260,8	260,7	597,0	2 013,4	1 344,0
Okt.	740,3	451,9	323,3	48,1	18,0	41,6	17,7	3,3	272,2	272,2	630,3	2 040,1	1 356,4
Nov.	691,5	481,6	349,8	50,3	19,1	41,7	17,5	3,3	267,7	267,6	654,8	2 046,7	1 355,2
Dez.	646,7	468,4	337,4	49,7	19,4	41,1	17,6	3,2	234,3	233,1	647,5	2 019,7	1 346,8
2022 Jan.	711,0	456,2	306,6	67,4	19,6	41,2	17,6	3,8	291,8	291,6	621,2	2 049,2	1 351,4
Febr.	755,6	469,9	314,1	73,5	19,8	41,3	17,6	3,7	301,3	301,1	584,0	2 044,8	1 358,7
März	769,7	470,9	304,7	82,5	20,5	42,4	17,3	3,4	283,8	283,6	583,8	2 026,7	1 358,6
April	747,7	474,5	306,7	83,4	21,2	42,6	17,2	3,4	310,1	309,9	604,0	2 073,8	1 362,8
Mai	718,8	490,8	316,7	88,4	22,3	43,3	16,8	3,3	313,0	312,9	593,9	2 038,0	1 337,7
Juni	788,4	501,8	325,2	90,9	22,9	43,3	16,2	3,2	281,2	281,1	592,9	2 069,3	1 361,0
Juli	757,2	489,8	302,8	100,4	24,2	42,9	16,2	3,3	306,0	305,9	590,8	2 090,9	1 361,1
Aug.	676,9	499,6	309,1	104,6	24,0	42,5	16,1	3,2	283,8	283,7	597,5	2 113,5	1 375,1
Sept.	684,3	478,8	281,7	111,2	24,5	42,3	16,0	3,2	264,8	264,7	589,1	2 153,5	1 415,1
Okt.	678,9	489,8	287,2	109,2	24,3	41,5	14,7	3,2	268,8	268,8	625,8	2 130,5	1 416,5
Nov.	668,8	498,6	306,2	109,2	25,1	40,8	14,2	3,2	295,4	295,4	648,0	2 159,0	1 441,3
Dez.	584,0	483,5	296,0	103,6	27,2	40,2	13,5	3,0	248,3	248,3	650,9	2 166,2	1 474,6
2023 Jan.	551,2	480,7	283,1	113,0	27,5	40,6	12,8	3,7	284,0	284,0	657,6	2 204,8	1 510,2
Febr.	572,0	498,4	297,4	115,1	28,7	40,3	13,2	3,7	281,6	281,5	651,2	2 259,2	1 531,4
März	602,7	500,6	288,6	125,7	28,4	39,6	14,7	3,6	255,3	255,2	671,9	2 257,1	1 551,2
April	576,2	488,0	277,8	123,3	29,7	39,4	14,2	3,6	261,7	261,3	683,3	2 253,0	1 560,9
Mai	471,5	489,8	277,1	126,7	29,3	39,4	13,8	3,5	291,9	287,8	680,4	2 299,9	1 590,5
Juni	496,0	508,6	287,8	134,7	29,4	39,3	14,0	3,4	280,4	280,3	678,9	2 318,9	1 602,5
Juli	466,5	504,1	281,1	137,7	28,4	39,4	14,0	3,5	284,1	283,4	687,6	2 404,2	1 646,1
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2021 Juni	179,3	241,2	152,9	39,9	13,0	32,8	2,4	0,2	9,0	9,0	2,3	515,5	294,6
Juli	167,3	235,3	148,0	38,9	13,3	32,5	2,4	0,2	9,6	9,6	2,2	518,3	295,1
Aug.	168,1	241,8	155,7	37,3	13,9	32,4	2,4	0,2	9,7	9,7	2,2	522,4	303,1
Sept.	175,2	245,6	158,2	39,8	13,4	31,7	2,3	0,2	11,2	11,2	2,2	530,1	305,5
Okt.	171,3	232,7	142,7	40,9	14,8	31,8	2,3	0,2	10,8	10,8	2,1	547,9	316,4
Nov.	178,4	244,1	155,2	38,8	16,1	31,6	2,2	0,2	6,1	6,1	1,8	556,5	324,8
Dez.	206,2	250,5	161,9	39,1	16,4	30,7	2,3	0,2	5,8	4,8	2,1	547,6	316,3
2022 Jan.	168,1	243,3	139,1	54,6	16,5	30,7	2,2	0,2	4,7	4,7	2,2	562,8	325,1
Febr.	170,6	256,3	147,8	59,2	16,3	30,6	2,2	0,2	5,8	5,8	2,3	572,5	338,8
März	170,6	256,4	137,6	68,8	17,0	30,7	2,2	0,1	6,3	6,3	2,4	581,5	354,8
April	167,6	258,2	137,6	70,0	17,6	30,6	2,2	0,2	4,4	4,4	2,2	596,5	357,3
Mai	190,1	271,4	144,2	75,3	18,5	31,1	2,2	0,2	4,8	4,8	2,4	596,8	359,0
Juni	205,0	280,5	147,7	80,5	19,0	31,0	2,2	0,1	5,4	5,4	2,3	604,2	362,6
Juli	166,8	270,4	128,3	89,0	20,2	30,6	2,2	0,1	9,8	9,8	2,4	613,8	369,1
Aug.	142,7	274,6	129,4	92,2	20,4	30,4	2,2	0,1	8,0	8,0	2,3	625,7	384,5
Sept.	147,4	259,1	109,0	96,6	20,8	30,3	2,2	0,1	5,4	5,4	2,4	640,0	395,3
Okt.	152,5	253,9	108,1	93,1	20,5	30,1	2,1	0,1	5,2	5,2	2,5	633,9	398,1
Nov.	175,5	256,9	114,7	88,9	21,5	29,8	1,9	0,1	8,3	8,3	2,5	634,2	402,6
Dez.	159,2	255,8	117,3	83,2	23,9	29,6	1,8	0,1	6,3	6,3	2,6	631,2	409,3
2023 Jan.	116,4	246,9	99,4	92,2	23,8	29,8	1,6	0,1	6,1	6,1	2,4	639,6	417,9
Febr.	129,3	260,8	110,3	94,6	24,6	29,7	1,5	0,1	7,5	7,5	2,3	651,5	427,1
März	156,4	258,8	102,2	101,4	24,1	29,6	1,4	0,1	7,2	7,2	2,6	658,0	440,3
April	117,4	251,4	97,3	97,8	25,4	29,5	1,3	0,1	7,9	7,9	2,7	654,9	446,8
Mai	105,6	260,2	104,8	99,5	25,0	29,7	1,2	0,1	7,7	7,7	2,6	670,7	458,1
Juni	95,9	268,2	106,1	106,5	24,9	29,5	1,1	0,1	7,3	7,3	2,6	671,6	452,8
Juli	90,0	260,0	96,6	109,2	23,7	29,5	0,9	0,1	7,6	7,6	2,9	680,0	457,6

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4. S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) 3)							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)		
Euroraum (Mrd €) 1)													
8,1	16,1	1 958,5	4 957,1	2 979,9	26,4	3 503,6	0,0	10 840,5	14 260,2	14 997,7	6 842,7	180,3	2021 Juni
17,0	17,1	1 965,3	5 043,1	3 024,8	1,1	3 550,3	0,0	10 960,7	14 390,6	15 167,9	6 888,8	180,9	Juli
12,0	16,3	1 960,3	5 189,9	3 024,5	– 15,9	3 499,0	0,0	11 013,2	14 436,0	15 208,7	6 876,0	182,3	Aug.
15,9	17,7	1 979,7	5 212,8	2 997,6	– 16,5	3 480,9	0,0	11 076,3	14 484,8	15 233,7	6 864,2	187,4	Sept.
23,0	17,6	1 999,5	5 409,6	2 999,7	– 49,4	3 483,7	0,0	11 143,4	14 565,2	15 366,5	6 874,5	188,2	Okt.
19,3	17,8	2 009,6	5 499,4	3 037,4	1,1	3 681,3	0,0	11 226,8	14 637,9	15 451,7	6 912,5	189,7	Nov.
12,3	18,0	1 989,3	5 370,5	3 026,8	12,7	3 371,8	0,0	11 346,9	14 759,5	15 543,1	6 899,2	195,0	Dez.
22,0	18,5	2 008,7	5 541,7	3 001,7	22,9	3 716,5	0,0	11 310,7	14 760,1	15 545,1	6 907,4	196,0	2022 Jan.
33,4	5,7	2 005,7	5 629,5	2 994,0	16,8	3 757,2	0,0	11 386,8	14 829,4	15 584,4	6 883,9	195,0	Febr.
30,7	6,2	1 989,8	5 610,2	3 003,0	38,0	3 991,1	0,0	11 476,3	14 939,5	15 683,4	6 879,4	195,1	März
39,0	16,2	2 018,6	5 747,7	2 979,2	– 2,7	4 402,9	0,0	11 556,5	15 025,5	15 810,2	6 876,8	197,2	April
34,0	15,6	1 988,4	5 795,3	2 915,9	15,6	4 332,0	0,0	11 618,3	15 081,4	15 855,4	6 782,0	199,0	Mai
47,8	14,4	2 007,0	5 719,3	2 905,2	25,9	4 656,7	0,0	11 679,1	15 172,2	15 942,0	6 786,6	199,4	Juni
15,1	16,4	2 059,5	5 862,8	2 970,9	7,7	4 320,5	0,0	11 761,8	15 310,5	16 065,4	6 894,6	203,9	Juli
16,7	19,0	2 077,8	5 914,8	2 890,5	33,9	4 808,0	0,0	11 775,4	15 377,1	16 136,7	6 812,0	196,7	Aug.
34,9	19,5	2 099,1	5 898,7	2 845,0	16,1	5 114,8	0,0	11 681,0	15 419,3	16 179,6	6 773,5	195,9	Sept.
3,8	24,0	2 102,8	6 038,5	2 819,3	38,9	4 996,2	0,0	11 519,5	15 336,1	16 114,0	6 736,2	196,0	Okt.
23,7	22,8	2 112,5	5 881,3	2 857,3	66,8	4 700,0	0,0	11 474,5	15 337,0	16 165,7	6 782,4	199,7	Nov.
31,7	23,2	2 111,2	5 553,4	2 817,9	57,5	4 830,1	0,0	11 396,7	15 330,3	16 146,7	6 749,5	192,2	Dez.
17,6	27,8	2 159,4	5 636,6	2 861,7	85,2	4 688,3	0,0	11 214,6	15 230,8	16 062,3	6 840,5	191,1	2023 Jan.
47,0	30,4	2 181,8	5 670,8	2 810,9	81,4	4 986,3	0,0	11 082,0	15 172,7	16 028,3	6 813,2	191,8	Febr.
54,0	30,4	2 172,6	5 657,4	2 893,2	89,4	4 705,3	0,0	10 971,3	15 173,5	16 032,9	6 897,1	182,0	März
50,1	32,9	2 170,0	5 633,5	2 885,4	113,5	4 724,8	0,0	10 914,2	15 152,2	16 026,9	6 896,2	182,4	April
57,0	32,8	2 210,1	5 725,5	2 908,2	158,1	4 812,3	0,0	10 827,7	15 119,1	16 007,2	6 863,6	178,1	Mai
55,8	32,9	2 230,2	5 583,1	2 885,6	148,8	4 851,3	0,0	10 744,8	15 136,6	16 015,9	6 964,0	177,5	Juni
51,7	31,1	2 321,4	5 592,4	2 906,6	187,5	4 962,9	0,0	10 646,5	15 099,0	15 999,8	7 078,9	176,3	Juli
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
9,8	6,9	498,8	1 088,8	775,4	– 1 149,4	1 724,5	485,9	2 772,3	3 535,7	3 563,7	1 870,2	0,0	2021 Juni
9,8	7,0	501,5	1 031,5	795,8	– 1 075,6	1 767,0	490,0	2 793,9	3 552,6	3 581,2	1 891,2	0,0	Juli
12,7	6,5	503,2	1 068,1	793,5	– 1 088,4	1 754,6	492,9	2 814,8	3 571,7	3 602,8	1 889,9	0,0	Aug.
13,1	7,0	510,1	1 165,5	781,6	– 1 156,2	1 723,6	497,5	2 820,3	3 575,1	3 608,5	1 881,9	0,0	Sept.
13,3	7,2	527,5	1 165,8	783,9	– 1 110,5	1 706,6	500,8	2 824,1	3 591,6	3 625,0	1 902,8	0,0	Okt.
14,5	7,4	534,6	1 227,7	803,0	– 1 154,8	1 744,2	504,5	2 866,1	3 621,4	3 651,2	1 928,3	0,0	Nov.
16,1	7,5	524,0	1 305,6	796,1	– 1 297,0	1 690,3	509,8	2 853,4	3 619,4	3 651,0	1 919,7	0,0	Dez.
13,6	7,7	541,5	1 271,1	778,4	– 1 169,6	1 919,3	511,1	2 876,4	3 652,3	3 680,4	1 917,7	0,0	2022 Jan.
14,7	7,5	550,4	1 275,8	774,8	– 1 172,9	1 969,0	514,2	2 900,0	3 677,2	3 707,4	1 921,4	0,0	Febr.
14,8	7,3	559,5	1 299,3	781,2	– 1 190,8	2 076,2	520,0	2 892,9	3 677,0	3 707,8	1 934,7	0,0	März
14,6	7,1	574,8	1 284,0	769,2	– 1 168,1	2 325,6	523,3	2 892,4	3 686,8	3 715,1	1 935,2	0,0	April
14,9	7,3	574,6	1 307,0	748,6	– 1 199,2	2 289,8	526,8	2 914,0	3 699,5	3 728,9	1 911,8	0,0	Mai
18,7	6,6	578,9	1 317,0	743,1	– 1 255,4	2 479,8	530,5	2 934,8	3 726,6	3 759,7	1 907,5	0,0	Juni
21,2	6,8	585,8	1 287,5	779,7	– 1 189,6	2 276,7	525,2	2 941,9	3 757,1	3 797,3	1 949,2	0,0	Juli
21,8	7,6	596,2	1 349,3	739,6	– 1 271,6	2 540,1	513,5	2 999,5	3 826,5	3 866,3	1 919,1	0,0	Aug.
27,5	8,1	604,3	1 385,2	711,9	– 1 287,1	2 858,3	516,8	2 944,0	3 811,2	3 854,6	1 899,2	0,0	Sept.
19,1	9,7	605,0	1 355,1	693,8	– 1 215,2	2 804,7	516,8	2 912,1	3 812,3	3 848,8	1 880,8	0,0	Okt.
20,8	11,2	602,2	1 310,2	714,6	– 1 191,2	2 596,7	516,8	2 920,8	3 819,7	3 862,5	1 900,3	0,0	Nov.
20,2	11,7	599,3	1 265,7	690,1	– 1 230,4	2 726,5	518,9	2 881,6	3 795,1	3 835,9	1 869,2	0,0	Dez.
24,0	13,1	602,4	1 226,5	689,1	– 1 117,5	2 625,9	521,2	2 849,3	3 789,5	3 835,2	1 874,9	0,0	2023 Jan.
29,3	15,8	606,4	1 171,8	668,4	– 1 073,2	2 787,2	522,2	2 816,8	3 782,0	3 836,8	1 860,1	0,0	Febr.
36,2	17,5	604,3	1 188,0	700,6	– 1 129,7	2 641,2	524,5	2 769,6	3 756,4	3 819,8	1 897,7	0,0	März
37,0	18,5	599,4	1 107,1	704,2	– 1 028,5	2 637,8	526,4	2 757,6	3 759,4	3 825,5	1 899,8	0,0	April
41,3	19,6	609,9	1 122,4	715,6	– 1 038,1	2 660,7	529,0	2 752,4	3 762,9	3 834,1	1 927,5	0,0	Mai
44,6	19,2	607,9	1 099,9	709,8	– 1 026,8	2 723,1	530,7	2 722,6	3 760,6	3 834,2	1 921,6	0,0	Juni
44,5	20,1	615,4	1 070,5	724,0	– 996,4	2 835,8	532,2	2 699,8	3 758,6	3 833,7	1 946,0	0,0	Juli

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für

den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2021 Aug.												
Sept.	826,7	0,2	2 213,2	0,0	4 378,9	766,6	0,0	1 499,9	635,7	790,4	3 726,2	5 992,8
Okt.												
Nov.	835,1	0,2	2 209,9	0,0	4 512,3	738,5	0,0	1 507,4	671,3	833,7	3 806,5	6 052,4
Dez.	839,2	0,2	2 208,8	0,0	4 655,6	745,0	0,0	1 521,4	628,3	965,7	3 843,3	6 109,7
2022 Jan.												
Febr.	877,7	0,3	2 201,5	0,0	4 750,2	734,2	0,0	1 540,6	582,0	1 160,5	3 812,3	6 087,1
März	887,2	0,3	2 201,3	0,0	4 842,0	746,0	0,0	1 550,6	642,6	1 091,1	3 900,8	6 197,3
April	913,2	0,4	2 199,8	0,0	4 889,2	714,9	0,0	1 575,9	667,8	1 116,7	3 927,3	6 218,1
Mai												
Juni	934,2	0,5	2 198,8	0,0	4 939,1	681,3	0,0	1 591,5	624,1	1 129,1	4 046,1	6 319,0
Juli	943,7	1,0	2 149,4	0,0	4 958,8	678,7	0,0	1 604,0	667,6	1 158,0	3 943,3	6 226,0
Aug.												
Sept.	950,1	1,7	2 124,9	0,0	4 954,8	707,0	0,0	1 585,3	553,9	1 249,2	3 936,1	6 228,5
Okt.												
Nov.	955,8	4,0	2 118,8	0,0	4 948,3	4 490,0	0,0	1 563,7	536,7	1 104,4	332,0	6 385,7
Dez.	960,4	1,9	1 947,1	0,0	4 946,1	4 521,5	0,0	1 560,8	492,5	1 066,9	213,8	6 296,2
2023 Jan.												
Febr.	940,4	1,2	1 303,3	0,1	4 942,1	4 051,6	0,0	1 565,6	372,8	1 001,6	195,6	5 812,7
März	916,8	0,9	1 233,3	0,0	4 939,0	4 103,0	0,0	1 553,9	380,2	861,8	191,1	5 848,0
April												
Mai	945,0	1,4	1 117,7	0,1	4 905,6	3 996,1	0,0	1 559,8	360,6	870,5	182,7	5 738,6
Juni	948,2	1,6	1 100,5	0,1	4 884,1	4 126,4	0,0	1 563,7	256,4	806,6	181,6	5 871,7
Juli												
Aug.	927,8	10,9	682,0	0,1	4 853,0	3 704,4	0,0	1 567,0	254,4	770,5	177,4	5 448,9
Deutsche Bundesbank												
2021 Aug.												
Sept.	199,0	0,1	436,7	0,0	950,8	210,7	0,0	365,0	204,3	-240,8	1 045,3	1 621,0
Okt.												
Nov.	200,3	0,1	439,1	0,0	978,5	204,4	0,0	367,4	217,7	-235,2	1 061,6	1 633,3
Dez.	201,3	0,0	440,3	0,0	1 015,8	206,4	0,0	370,9	220,4	-219,4	1 077,1	1 654,4
2022 Jan.												
Febr.	212,4	0,3	421,7	0,0	1 034,0	204,5	0,0	374,6	205,6	-165,1	1 048,8	1 627,9
März	215,6	0,1	421,7	0,0	1 057,9	211,8	0,0	378,1	191,1	-193,7	1 108,0	1 698,0
April	223,9	0,1	420,8	0,0	1 068,7	197,7	0,0	384,9	196,7	-189,1	1 123,3	1 705,9
Mai												
Juni	230,4	0,1	420,2	0,0	1 087,4	189,9	0,0	388,0	196,9	-183,1	1 147,4	1 725,3
Juli	231,7	0,3	409,1	0,0	1 084,3	185,8	0,0	390,3	214,9	-175,4	1 109,7	1 685,8
Aug.												
Sept.	232,1	0,3	403,6	0,0	1 076,8	228,5	0,0	379,5	157,9	-161,8	1 108,8	1 716,8
Okt.												
Nov.	231,7	0,8	400,5	0,0	1 071,5	1 304,0	0,0	379,0	127,2	-231,4	125,9	1 808,8
Dez.	232,4	0,5	352,5	0,0	1 079,2	1 346,6	0,0	378,8	121,0	-242,4	60,5	1 785,9
2023 Jan.												
Febr.	229,8	0,4	231,9	0,1	1 076,8	1 234,6	0,0	377,2	77,8	-205,4	54,8	1 666,7
März	228,9	0,4	212,8	0,0	1 077,0	1 263,7	0,0	374,5	69,2	-242,5	54,2	1 692,4
April												
Mai	239,2	0,7	200,2	0,1	1 066,1	1 228,0	0,0	375,7	73,4	-221,1	50,1	1 653,9
Juni	241,7	0,7	198,9	0,1	1 056,8	1 256,3	0,0	377,2	54,7	-241,8	52,0	1 685,4
Juli												
Aug.	236,2	1,5	142,4	0,1	1 048,8	1 175,5	0,0	377,5	49,9	-222,5	48,4	1 601,5

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlusses zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 5,0	+ 0,1	+ 17,2	± 0,0	+ 134,4	+ 30,0	± 0,0	+ 14,1	- 16,6	+ 55,9	+ 73,1	+ 117,3	2021 Aug. Sept.
+ 8,4	± 0,0	- 3,3	± 0,0	+ 133,4	- 28,1	± 0,0	+ 7,5	+ 35,6	+ 43,3	+ 80,3	+ 59,6	Okt.
+ 4,1	± 0,0	- 1,1	± 0,0	+ 143,3	+ 6,5	± 0,0	+ 14,0	- 43,0	+ 132,0	+ 36,8	+ 57,3	Nov. Dez.
+ 38,5	+ 0,1	- 7,3	± 0,0	+ 94,6	- 10,8	± 0,0	+ 19,2	- 46,3	+ 194,8	- 31,0	- 22,6	2022 Jan.
+ 9,5	± 0,0	- 0,2	± 0,0	+ 91,8	+ 11,8	± 0,0	+ 10,0	+ 60,6	- 69,4	+ 88,5	+ 110,2	Febr. März
+ 26,0	+ 0,1	- 1,5	± 0,0	+ 47,2	- 31,1	± 0,0	+ 25,3	+ 25,2	+ 25,6	+ 26,5	+ 20,8	April
+ 21,0	+ 0,1	- 1,0	± 0,0	+ 49,9	- 33,6	± 0,0	+ 15,6	- 43,7	+ 12,4	+ 118,8	+ 100,9	Mai
+ 9,5	+ 0,5	- 49,4	± 0,0	+ 19,7	- 2,6	± 0,0	+ 12,5	+ 43,5	+ 28,9	- 102,8	- 93,0	Juni
+ 6,4	+ 0,7	- 24,5	± 0,0	- 4,0	+ 28,3	± 0,0	- 18,7	-113,7	+ 91,2	- 7,2	+ 2,5	Juli
+ 5,7	+ 2,3	- 6,1	± 0,0	- 6,5	+3 783,0	± 0,0	- 21,6	- 17,2	- 144,8	-3 604,1	+ 157,2	Aug. Sept.
+ 4,6	- 2,1	- 171,7	± 0,0	- 2,2	+ 31,5	± 0,0	- 2,9	- 44,2	- 37,5	- 118,2	- 89,5	Okt.
- 20,0	- 0,7	- 643,8	+ 0,1	- 4,0	- 469,9	± 0,0	+ 4,8	-119,7	- 65,3	- 18,2	- 483,5	2023 Jan.
- 23,6	- 0,3	- 70,0	- 0,1	- 3,1	+ 51,4	± 0,0	- 11,7	+ 7,4	- 139,8	- 4,5	+ 35,3	Febr. März
+ 28,2	+ 0,5	- 115,6	+ 0,1	- 33,4	- 106,9	± 0,0	+ 5,9	- 19,6	+ 8,7	- 8,4	- 109,4	April
+ 3,2	+ 0,2	- 17,2	± 0,0	- 21,5	+ 130,3	± 0,0	+ 3,9	-104,2	- 63,9	- 1,1	+ 133,1	Mai
- 20,4	+ 9,3	- 418,5	± 0,0	- 31,1	- 422,0	± 0,0	+ 3,3	- 2,0	- 36,1	- 4,2	- 422,8	Juni
Deutsche Bundesbank												
+ 1,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 32,3	+ 6,5	± 0,0	+ 3,0	- 2,5	+ 29,9	- 0,9	+ 8,6	2021 Aug. Sept.
+ 1,3	+ 0,0	+ 2,4	- 0,0	+ 27,8	- 6,4	± 0,0	+ 2,4	+ 13,4	+ 5,7	+ 16,3	+ 12,3	Okt.
+ 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 0,0	+ 37,3	+ 2,1	± 0,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 15,7	+ 15,6	+ 21,1	Nov. Dez.
+ 11,1	+ 0,2	- 18,6	+ 0,0	+ 18,2	- 2,0	± 0,0	+ 3,7	- 14,7	+ 54,3	- 28,3	- 26,6	2022 Jan.
+ 3,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 23,9	+ 7,4	± 0,0	+ 3,5	- 14,5	- 28,6	+ 59,2	+ 70,1	Febr. März
+ 8,2	- 0,0	- 0,9	- 0,0	+ 10,8	- 14,2	± 0,0	+ 6,8	+ 5,6	+ 4,6	+ 15,2	+ 7,9	April
+ 6,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 18,7	- 7,7	± 0,0	+ 3,0	+ 0,2	+ 6,0	+ 24,1	+ 19,4	Mai
+ 1,3	+ 0,2	- 11,1	- 0,0	- 3,1	- 4,1	± 0,0	+ 2,4	+ 18,0	+ 7,7	- 37,7	- 39,5	Juni
+ 0,4	+ 0,0	- 5,5	- 0,0	- 7,5	+ 42,7	± 0,0	- 10,8	- 57,1	+ 13,5	- 0,9	+ 31,0	Juli
- 0,5	+ 0,5	- 3,1	+ 0,0	- 5,3	+1 075,5	± 0,0	- 0,6	- 30,7	- 69,6	- 982,9	+ 92,0	Aug. Sept.
+ 0,7	- 0,4	- 48,0	+ 0,0	+ 7,7	+ 42,7	± 0,0	- 0,1	- 6,2	- 11,0	- 65,4	- 22,9	Okt.
- 2,5	- 0,1	- 120,6	+ 0,1	- 2,4	- 112,0	± 0,0	- 1,6	- 43,2	+ 37,0	- 5,6	- 119,3	2023 Jan.
- 1,0	+ 0,0	- 19,1	- 0,0	+ 0,2	+ 29,1	± 0,0	- 2,7	- 8,6	- 37,1	- 0,7	+ 25,7	Febr. März
+ 10,3	+ 0,2	- 12,7	+ 0,0	- 11,0	- 35,7	± 0,0	+ 1,2	+ 4,1	+ 21,4	- 4,1	- 38,5	April
+ 2,6	+ 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 9,3	+ 28,3	± 0,0	+ 1,4	- 18,7	- 20,7	+ 1,9	+ 31,5	Mai
- 5,6	+ 0,8	- 56,5	- 0,0	- 8,0	- 80,8	± 0,0	+ 0,4	- 4,7	+ 19,3	- 3,5	- 83,9	Juni
												Juli
												Aug.

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem ¹⁾										
2023 Febr. 10.	7 872,2	593,0	503,7	230,2	273,5	17,1	12,3	12,3	–	
17.	7 873,6	593,0	505,3	230,2	275,0	16,6	12,3	12,3	–	
24.	7 839,4	593,0	507,8	230,5	277,3	15,6	12,4	12,4	–	
März 3.	7 830,8	593,0	507,6	230,5	277,1	15,1	12,1	12,1	–	
10.	7 829,4	593,0	506,6	230,5	276,1	15,4	12,5	12,5	–	
17.	7 831,9	593,0	507,7	230,5	277,2	14,8	13,0	13,0	–	
24.	7 835,9	593,0	508,7	230,5	278,2	14,0	14,0	14,0	–	
31.	7 729,6	632,9	501,7	229,1	272,6	15,2	13,6	13,6	–	
April 7.	7 729,3	632,9	501,5	229,1	272,4	14,4	12,7	12,7	–	
14.	7 730,9	632,9	501,8	229,1	272,7	13,9	12,6	12,6	–	
21.	7 714,2	632,9	498,8	229,1	269,6	15,7	12,6	12,6	–	
28.	7 719,8	632,9	499,0	229,4	269,6	14,2	12,9	12,9	–	
Mai 5.	7 716,9	632,9	500,7	230,3	270,5	13,2	12,8	12,8	–	
12.	7 728,5	632,9	499,0	230,4	268,7	14,5	12,9	12,9	–	
19.	7 730,1	632,9	500,6	230,4	270,2	13,7	12,9	12,9	–	
26.	7 713,7	632,8	500,2	230,4	269,9	13,9	13,8	13,8	–	
Juni 2.	7 712,7	632,8	500,8	230,5	270,3	13,9	13,4	13,4	–	
9.	7 714,4	632,8	500,5	231,0	269,6	14,1	13,4	13,4	–	
16.	7 709,7	632,8	502,4	231,0	271,4	13,1	13,7	13,7	–	
23.	7 710,6	632,8	500,3	231,1	269,2	14,8	13,8	13,8	–	
30.	7 219,7	609,3	497,5	229,1	268,5	13,3	15,8	15,8	–	
Juli 7.	7 206,9	609,3	499,1	229,1	270,0	12,1	13,9	13,9	–	
14.	7 205,5	609,3	497,7	229,0	268,6	13,7	14,1	14,1	–	
21.	7 186,9	609,3	496,6	228,9	267,6	14,3	14,2	14,2	–	
28.	7 189,3	609,3	497,8	229,0	268,8	12,9	14,2	14,2	–	
Aug. 4.	7 164,6	609,3	497,0	229,1	267,9	14,0	14,1	14,1	–	
11.	7 166,5	609,3	498,2	229,6	268,6	13,3	14,2	14,2	–	
18.	7 153,1	609,3	498,7	230,0	268,7	13,6	14,3	14,3	–	
25.	7 154,9	609,3	497,9	230,0	268,0	13,9	14,3	14,3	–	
Sept. 1.	7 168,2	609,3	498,7	231,3	267,4	14,2	14,1	14,1	–	
Deutsche Bundesbank										
2023 Febr. 10.	2 772,5	184,0	92,1	58,1	34,0	0,0	–	–	–	
17.	2 760,1	184,0	91,8	58,1	33,7	0,0	–	–	–	
24.	2 709,2	184,0	92,9	58,1	34,9	0,0	–	–	–	
März 3.	2 736,1	184,0	92,3	58,1	34,2	0,0	–	–	–	
10.	2 725,7	184,0	92,0	58,1	33,9	0,0	–	–	–	
17.	2 738,8	184,0	92,3	58,1	34,3	0,0	–	–	–	
24.	2 713,8	184,0	92,5	58,1	34,4	0,0	0,3	0,3	–	
31.	2 775,1	196,4	91,7	57,4	34,3	0,0	0,3	0,3	–	
April 7.	2 723,0	196,4	91,6	57,4	34,2	0,0	0,0	0,0	–	
14.	2 718,4	196,4	91,6	57,4	34,2	0,0	–	–	–	
21.	2 673,2	196,4	91,8	57,4	34,3	0,0	–	–	–	
28.	2 675,9	196,4	91,8	57,4	34,4	0,0	–	–	–	
Mai 5.	2 683,5	196,4	91,9	57,8	34,1	0,0	–	–	–	
12.	2 699,7	196,4	91,9	57,8	34,1	0,0	0,1	0,1	–	
19.	2 675,2	196,4	91,9	57,8	34,1	0,0	0,1	0,1	–	
26.	2 689,2	196,3	91,9	57,8	34,1	0,0	0,1	0,1	–	
Juni 2.	2 675,0	196,3	91,9	57,8	34,1	0,0	–	–	–	
9.	2 664,6	196,3	92,3	58,2	34,1	0,0	–	–	–	
16.	2 671,3	196,3	92,3	58,2	34,1	0,0	–	–	–	
23.	2 646,6	196,3	92,4	58,2	34,2	0,0	–	–	–	
30.	2 590,6	189,0	91,8	57,9	33,9	0,0	1,9	1,9	–	
Juli 7.	2 569,4	189,0	91,8	57,9	33,8	0,0	–	–	–	
14.	2 551,9	189,0	91,7	57,9	33,9	0,0	–	–	–	
21.	2 550,2	189,0	91,7	57,9	33,8	0,0	–	–	–	
28.	2 547,0	189,0	91,7	57,9	33,8	0,0	–	–	–	
Aug. 4.	2 562,8	189,0	91,9	58,0	33,9	0,0	–	–	–	
11.	2 552,0	189,0	91,6	58,0	33,7	0,0	–	–	–	
18.	2 559,4	189,0	92,2	58,2	34,0	0,0	–	–	–	
25.	2 550,9	189,0	92,0	58,2	33,7	0,0	–	–	–	
Sept. 1.	2 577,3	189,0	91,9	58,2	33,6	0,0	–	–	–	

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerooperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenfinanzierungsfazität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem 1)													
1 259,0	1,0	1 258,0	–	–	0,1	–	27,6	5 121,5	4 945,2	176,3	21,5	316,5	2023 Febr. 10.
1 258,8	0,8	1 258,0	–	–	0,0	–	35,4	5 119,0	4 942,6	176,5	21,5	311,6	17.
1 222,2	1,2	1 220,9	–	–	0,0	–	36,2	5 121,0	4 942,9	178,2	21,5	309,7	24.
1 221,8	0,8	1 220,9	–	–	0,0	–	29,5	5 116,0	4 937,6	178,3	21,5	314,1	März 3.
1 221,8	0,9	1 220,9	–	–	–	–	25,8	5 115,3	4 936,4	178,9	21,5	317,4	10.
1 221,9	1,0	1 220,9	–	–	0,0	–	40,2	5 108,7	4 930,1	178,5	21,5	311,1	17.
1 222,0	1,0	1 220,9	–	–	0,1	–	45,3	5 106,3	4 928,2	178,2	21,5	311,1	24.
1 102,4	1,7	1 100,5	–	–	0,2	–	41,1	5 087,5	4 909,7	177,9	21,5	313,8	31.
1 101,7	1,2	1 100,5	–	–	0,0	–	36,9	5 093,2	4 914,8	178,4	21,5	314,5	April 7.
1 102,1	1,6	1 100,5	–	–	–	–	35,7	5 083,8	4 905,1	178,7	21,5	326,6	14.
1 102,0	1,5	1 100,5	–	–	0,0	–	37,1	5 076,0	4 895,0	181,0	21,5	317,6	21.
1 102,6	1,9	1 100,4	–	–	0,2	–	33,1	5 078,5	4 895,7	182,8	21,5	325,2	28.
1 101,6	1,2	1 100,4	–	–	0,0	–	37,1	5 072,9	4 892,5	180,4	21,5	324,3	Mai 5.
1 101,8	1,3	1 100,4	–	–	–	–	37,2	5 081,4	4 900,1	181,2	21,5	327,5	12.
1 101,9	1,4	1 100,4	–	–	–	–	38,2	5 076,8	4 895,2	181,6	21,5	331,7	19.
1 102,6	2,0	1 100,4	–	–	0,1	–	37,7	5 064,0	4 879,3	184,7	21,5	327,3	26.
1 103,2	2,5	1 100,7	–	–	–	–	37,7	5 067,3	4 881,1	186,2	21,5	322,2	Juni 2.
1 102,1	1,3	1 100,7	–	–	0,1	–	36,4	5 066,9	4 880,2	186,7	21,5	326,8	9.
1 101,9	1,2	1 100,7	–	–	0,1	–	42,1	5 054,0	4 867,8	186,2	21,5	328,3	16.
1 102,0	1,2	1 100,7	–	–	0,1	–	43,1	5 052,9	4 866,2	186,7	21,5	329,4	23.
616,7	18,6	598,0	–	–	0,2	–	42,6	5 045,1	4 858,9	186,2	21,0	358,4	30.
610,5	12,5	598,0	–	–	0,0	–	41,9	5 047,8	4 860,1	187,7	21,0	351,2	Juli 7.
609,9	11,8	598,0	–	–	0,1	–	33,6	5 050,5	4 860,6	189,9	21,0	355,8	14.
608,1	10,0	598,0	–	–	0,1	–	38,2	5 031,5	4 841,8	189,8	21,0	353,7	21.
611,7	11,0	600,4	–	–	0,2	–	33,9	5 027,2	4 837,3	189,8	21,0	361,4	28.
607,8	7,4	600,4	–	–	0,0	–	35,6	5 011,7	4 822,4	189,4	21,0	354,1	Aug. 4.
606,1	5,7	600,4	–	–	0,0	–	29,3	5 014,2	4 824,7	189,4	21,0	361,1	11.
605,9	5,2	600,4	–	–	0,3	–	30,2	4 999,3	4 808,8	190,5	21,0	360,8	18.
606,4	5,9	600,4	–	–	0,0	–	28,3	4 999,8	4 808,3	191,6	21,0	364,0	25.
608,9	7,0	601,9	–	–	0,1	–	31,1	5 001,9	4 809,5	192,4	21,0	369,1	Sept. 1.
Deutsche Bundesbank													
222,5	0,4	222,1	–	–	0,1	–	7,7	1 084,1	1 084,1	–	4,4	1 177,6	2023 Febr. 10.
222,4	0,3	222,1	–	–	0,0	–	7,8	1 078,1	1 078,1	–	4,4	1 171,5	17.
208,9	0,7	208,2	–	–	0,0	–	7,8	1 075,4	1 075,4	–	4,4	1 135,7	24.
208,6	0,4	208,2	–	–	0,0	–	9,2	1 077,8	1 077,8	–	4,4	1 159,8	März 3.
208,6	0,4	208,2	–	–	0,0	–	7,3	1 072,3	1 072,3	–	4,4	1 157,0	10.
208,6	0,4	208,2	–	–	0,0	–	7,4	1 072,3	1 072,3	–	4,4	1 169,7	17.
208,7	0,6	208,2	–	–	–	–	8,5	1 071,0	1 071,0	–	4,4	1 144,2	24.
199,6	0,8	198,8	–	–	0,1	–	7,1	1 072,4	1 072,4	–	4,4	1 203,2	31.
199,2	0,4	198,8	–	–	0,0	–	8,3	1 074,3	1 074,3	–	4,4	1 148,8	April 7.
199,2	0,5	198,8	–	–	0,0	–	8,4	1 066,2	1 066,2	–	4,4	1 152,0	14.
199,3	0,5	198,8	–	–	0,0	–	7,8	1 057,6	1 057,6	–	4,4	1 115,9	21.
200,2	1,1	198,9	–	–	0,2	–	9,0	1 059,2	1 059,2	–	4,4	1 114,8	28.
199,7	0,8	198,9	–	–	0,0	–	8,2	1 061,6	1 061,6	–	4,4	1 121,4	Mai 5.
199,7	0,8	198,9	–	–	–	–	5,7	1 064,2	1 064,2	–	4,4	1 137,4	12.
199,6	0,7	198,9	–	–	–	–	8,4	1 055,8	1 055,8	–	4,4	1 118,6	19.
199,7	0,8	198,9	–	–	0,1	–	8,8	1 057,1	1 057,1	–	4,4	1 130,9	26.
199,9	1,0	198,9	–	–	–	–	7,6	1 058,4	1 058,4	–	4,4	1 116,5	Juni 2.
199,5	0,5	198,9	–	–	0,1	–	9,1	1 057,0	1 057,0	–	4,4	1 105,9	9.
199,5	0,5	198,9	–	–	0,1	–	11,3	1 050,0	1 050,0	–	4,4	1 117,5	16.
199,5	0,5	198,9	–	–	0,1	–	10,3	1 050,5	1 050,5	–	4,4	1 093,3	23.
134,0	2,8	131,1	–	–	0,2	–	10,3	1 048,1	1 048,1	–	4,4	1 111,0	30.
132,6	1,5	131,1	–	–	0,0	–	11,6	1 048,8	1 048,8	–	4,4	1 091,2	Juli 7.
132,5	1,3	131,1	–	–	0,1	–	9,8	1 048,9	1 048,9	–	4,4	1 075,6	14.
132,5	1,3	131,1	–	–	0,1	–	11,4	1 047,8	1 047,8	–	4,4	1 073,4	21.
133,2	1,7	131,2	–	–	0,2	–	12,3	1 048,6	1 048,6	–	4,4	1 067,8	28.
132,1	0,9	131,2	–	–	0,0	–	11,5	1 049,2	1 049,2	–	4,4	1 084,6	Aug. 4.
131,9	0,7	131,2	–	–	0,0	–	12,0	1 050,2	1 050,2	–	4,4	1 072,9	11.
131,8	0,2	131,2	–	–	0,3	–	13,0	1 039,8	1 039,8	–	4,4	1 089,1	18.
132,2	1,0	131,2	–	–	0,0	–	10,0	1 038,8	1 038,8	–	4,4	1 084,5	25.
132,5	1,3	131,2	–	–	0,1	–	12,0	1 039,5	1 039,5	–	4,4	1 107,9	Sept. 1.

-preisen bewertet. 1 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknoten- lauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2023 Febr. 10.	7 872,2	1 555,7	4 320,4	180,6	4 138,6	–	–	1,3	34,4	–	452,5	356,1	96,4
17.	7 873,6	1 554,2	4 333,7	165,0	4 167,4	–	–	1,3	32,6	–	466,6	372,5	94,1
24.	7 839,4	1 553,8	4 285,3	172,0	4 112,0	–	–	1,3	29,5	–	496,1	402,5	93,6
März 3.	7 830,8	1 554,0	4 310,5	170,7	4 138,5	–	–	1,3	37,1	–	455,8	361,6	94,2
10.	7 829,4	1 553,4	4 336,5	176,9	4 158,3	–	–	1,3	29,7	–	444,8	354,8	90,0
17.	7 831,9	1 554,5	4 175,9	234,9	3 939,8	–	–	1,3	33,6	–	570,5	425,4	145,1
24.	7 835,9	1 553,3	4 223,7	174,9	4 047,5	–	–	1,3	37,0	–	510,0	418,0	92,1
31.	7 729,6	1 556,6	4 034,3	197,4	3 836,6	–	–	0,4	61,1	–	497,4	400,9	96,5
April 7.	7 729,3	1 563,7	4 167,8	158,7	4 008,7	–	–	0,4	36,0	–	442,4	350,8	91,6
14.	7 730,9	1 561,1	4 172,9	155,7	4 016,8	–	–	0,4	35,4	–	446,7	356,9	89,8
21.	7 714,2	1 558,8	4 181,6	164,9	4 016,3	–	–	0,4	31,9	–	442,2	354,7	87,5
28.	7 719,8	1 563,6	4 163,5	181,2	3 981,9	–	–	0,4	35,3	–	471,3	381,1	90,2
Mai 5.	7 716,9	1 563,6	4 271,2	204,8	4 066,1	–	–	0,3	37,0	–	362,4	275,9	86,5
12.	7 728,5	1 562,2	4 302,7	171,2	4 131,2	–	–	0,3	39,5	–	352,4	265,1	87,3
19.	7 730,1	1 562,2	4 280,8	156,3	4 124,2	–	–	0,3	40,8	–	375,4	289,9	85,4
26.	7 713,7	1 563,6	4 290,6	155,7	4 134,6	–	–	0,3	39,5	–	349,4	261,5	87,9
Juni 2.	7 712,7	1 565,5	4 321,5	157,5	4 163,7	–	–	0,3	40,7	–	327,4	233,4	94,1
9.	7 714,4	1 565,5	4 343,6	162,5	4 180,7	–	–	0,3	37,4	–	318,3	228,0	90,3
16.	7 709,7	1 564,4	4 309,6	193,6	4 115,6	–	–	0,3	37,2	–	337,6	239,8	97,8
23.	7 710,6	1 563,8	4 289,7	185,2	4 104,4	–	–	0,1	41,0	–	351,1	255,9	95,2
30.	7 219,7	1 566,1	3 751,3	174,5	3 576,8	–	–	0,0	51,9	–	353,0	258,1	94,9
Juli 7.	7 206,9	1 568,2	3 836,7	166,9	3 669,8	–	–	0,0	34,3	–	318,4	230,9	87,6
14.	7 205,5	1 568,8	3 827,8	156,4	3 671,4	–	–	0,0	32,3	–	338,9	250,6	88,2
21.	7 186,9	1 567,7	3 791,3	157,3	3 634,0	–	–	0,0	33,9	–	346,8	260,8	86,0
28.	7 189,3	1 569,0	3 770,2	185,1	3 585,1	–	–	0,0	32,8	–	370,5	281,6	88,9
Aug. 4.	7 164,6	1 569,4	3 818,4	168,0	3 650,3	–	–	0,0	30,9	–	305,9	219,0	86,9
11.	7 166,5	1 569,6	3 821,8	177,2	3 644,6	–	–	0,0	33,2	–	311,2	224,6	86,5
18.	7 153,1	1 567,0	3 812,6	149,5	3 663,0	–	–	0,0	33,7	–	305,5	219,0	86,5
25.	7 154,9	1 563,1	3 815,8	148,6	3 667,1	–	–	0,0	35,1	–	313,6	227,8	85,8
Sept. 1.	7 168,2	1 562,3	3 821,1	163,6	3 657,5	–	–	0,0	37,2	–	311,9	220,8	91,1
Deutsche Bundesbank													
2023 Febr. 10.	2 772,5	375,0	1 340,8	52,9	1 286,6	–	–	1,3	9,2	–	79,0	52,2	26,8
17.	2 760,1	374,8	1 325,5	44,6	1 279,6	–	–	1,3	9,5	–	98,9	72,2	26,6
24.	2 709,2	374,7	1 301,2	45,3	1 254,6	–	–	1,3	8,6	–	92,0	66,5	25,5
März 3.	2 736,1	374,2	1 318,6	45,9	1 271,5	–	–	1,3	13,2	–	94,8	70,6	24,2
10.	2 725,7	374,4	1 333,4	50,2	1 281,9	–	–	1,3	8,2	–	78,7	55,5	23,2
17.	2 738,8	374,9	1 275,0	62,5	1 211,3	–	–	1,2	10,5	–	127,7	103,7	24,0
24.	2 713,8	374,7	1 276,1	48,7	1 226,2	–	–	1,2	9,1	–	104,1	80,2	24,0
31.	2 775,1	374,3	1 256,6	53,3	1 203,0	–	–	0,3	18,4	–	125,6	100,9	24,7
April 7.	2 723,0	377,3	1 283,3	38,8	1 244,1	–	–	0,3	10,7	–	102,0	77,7	24,3
14.	2 718,4	376,1	1 289,6	37,7	1 251,5	–	–	0,3	12,3	–	96,4	73,8	22,7
21.	2 673,2	375,4	1 265,2	42,6	1 222,3	–	–	0,3	10,4	–	80,4	60,3	20,1
28.	2 675,9	376,0	1 262,9	50,9	1 211,7	–	–	0,3	12,4	–	91,7	68,5	23,2
Mai 5.	2 683,5	375,9	1 298,9	66,2	1 232,5	–	–	0,3	13,0	–	70,5	50,6	19,9
12.	2 699,7	376,3	1 317,2	46,8	1 270,1	–	–	0,3	11,8	–	74,1	53,8	20,3
19.	2 675,2	377,2	1 300,0	39,7	1 260,0	–	–	0,3	11,7	–	78,3	58,6	19,7
26.	2 689,2	378,4	1 302,1	38,7	1 263,1	–	–	0,3	11,3	–	91,3	71,1	20,2
Juni 2.	2 675,0	376,6	1 314,2	38,7	1 275,3	–	–	0,3	11,7	–	69,5	48,2	21,2
9.	2 664,6	377,3	1 306,8	45,3	1 261,2	–	–	0,3	11,5	–	71,6	49,8	21,8
16.	2 671,3	377,7	1 312,0	58,1	1 253,6	–	–	0,3	9,1	–	72,2	47,7	24,6
23.	2 646,6	377,3	1 285,3	52,8	1 232,4	–	–	0,0	10,6	–	73,5	51,0	22,5
30.	2 590,6	376,6	1 202,5	49,1	1 153,3	–	–	0,0	14,4	–	71,8	48,1	23,7
Juli 7.	2 569,4	377,7	1 228,2	42,2	1 185,9	–	–	0,0	10,6	–	64,6	42,1	22,5
14.	2 551,9	378,0	1 201,0	41,8	1 159,2	–	–	0,0	7,7	–	78,2	57,6	20,6
21.	2 550,2	377,5	1 209,1	42,2	1 166,9	–	–	0,0	9,1	–	65,8	45,0	20,8
28.	2 547,0	378,6	1 193,6	59,1	1 134,4	–	–	0,0	8,4	–	74,7	54,0	20,7
Aug. 4.	2 562,8	378,1	1 227,7	51,2	1 176,5	–	–	0,0	6,8	–	57,1	37,9	19,2
11.	2 552,0	378,2	1 221,6	63,1	1 158,4	–	–	0,0	8,4	–	55,9	35,8	20,1
18.	2 559,4	377,9	1 222,5	35,6	1 186,9	–	–	0,0	9,4	–	60,4	40,3	20,0
25.	2 550,9	377,7	1 223,6	34,7	1 188,8	–	–	0,0	9,3	–	56,8	38,4	18,5
Sept. 1.	2 577,3	375,8	1 244,3	42,7	1 201,6	–	–	0,0	10,9	–	59,0	38,7	20,3

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungs-

verfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungsrechte	Sonstige Passiva ²⁾	Intra-Euro-system-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ¹⁾	Neubewer-tungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Aus-weisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbind-lichkeiten	Verbind-lichkeiten aus der Kredit-fazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ³⁾										
311,5	10,9	5,1	5,1	–	182,4	293,7	–	589,1	116,4	2023 Febr. 10.
289,6	10,9	5,0	5,0	–	182,4	293,0	–	589,1	116,4	17.
278,8	10,8	6,1	6,1	–	182,4	290,9	–	589,1	116,4	24.
280,7	10,3	5,6	5,6	–	182,4	284,6	–	589,1	120,7	März 3.
275,2	10,3	5,3	5,3	–	182,4	282,0	–	589,1	120,7	10.
305,0	10,4	5,4	5,4	–	182,4	284,3	–	589,1	120,7	17.
316,5	10,9	5,3	5,3	–	182,4	286,9	–	589,1	120,8	24.
357,4	11,1	5,3	5,3	–	180,3	283,8	–	622,2	120,2	31.
305,8	11,2	5,3	5,3	–	180,3	274,6	–	622,2	120,2	April 7.
298,1	11,6	5,1	5,1	–	180,3	277,4	–	622,2	120,2	14.
287,2	11,6	5,1	5,1	–	180,3	273,2	–	622,2	120,2	21.
271,6	11,0	5,5	5,5	–	180,3	275,5	–	622,2	120,2	28.
265,4	11,0	5,2	5,2	–	180,3	278,5	–	622,2	120,2	Mai 5.
255,7	11,3	5,1	5,1	–	180,3	277,0	–	622,2	120,2	12.
252,4	11,4	7,0	7,0	–	180,3	277,6	–	622,2	120,2	19.
253,1	11,4	7,6	7,6	–	180,3	275,7	–	622,2	120,2	26.
245,4	11,7	7,5	7,5	–	180,3	270,3	–	622,2	120,2	Juni 2.
237,8	12,2	7,1	7,1	–	180,3	269,8	–	622,2	120,2	9.
248,5	12,5	7,1	7,1	–	180,3	270,3	–	622,2	120,2	16.
252,0	13,0	6,7	6,7	–	180,3	270,6	–	622,2	120,2	23.
300,3	13,4	6,6	6,6	–	178,4	281,5	–	597,0	120,2	30.
258,8	13,5	6,5	6,5	–	178,4	274,9	–	597,0	120,2	Juli 7.
250,5	13,6	6,0	6,0	–	178,4	272,1	–	597,0	120,2	14.
257,1	13,5	6,7	6,7	–	178,4	274,2	–	597,0	120,2	21.
255,9	13,8	4,4	4,4	–	178,4	277,1	–	597,0	120,2	28.
253,5	13,7	3,8	3,8	–	178,4	273,4	–	597,0	120,2	Aug. 4.
245,7	13,9	4,5	4,5	–	178,4	271,0	–	597,0	120,2	11.
245,9	14,3	6,3	6,3	–	178,4	272,4	–	597,0	120,2	18.
238,9	14,5	5,5	5,5	–	178,4	272,7	–	597,0	120,2	25.
242,4	14,3	4,3	4,3	–	178,4	279,1	–	597,0	120,2	Sept. 1.
Deutsche Bundesbank										
177,2	0,2	0,1	0,1	–	47,0	35,3	521,2	181,7	5,7	2023 Febr. 10.
160,3	0,2	– 0,0	– 0,0	–	47,0	35,3	521,2	181,7	5,7	17.
141,3	0,2	0,9	0,9	–	47,0	34,7	521,2	181,7	5,7	24.
141,9	0,0	0,5	0,5	–	47,0	36,4	522,2	181,7	5,5	März 3.
138,4	0,0	– 0,0	– 0,0	–	47,0	35,9	522,2	181,7	5,5	10.
158,7	0,0	– 0,0	– 0,0	–	47,0	35,4	522,2	181,7	5,5	17.
158,4	0,0	– 0,0	– 0,0	–	47,0	34,8	522,2	181,7	5,5	24.
196,8	0,2	0,0	0,0	–	46,5	33,4	524,5	193,2	5,5	31.
147,6	0,2	0,0	0,0	–	46,5	32,1	524,5	193,2	5,5	April 7.
142,6	0,2	0,0	0,0	–	46,5	31,4	524,5	193,2	5,5	14.
141,7	0,2	0,2	0,2	–	46,5	30,0	524,5	193,2	5,5	21.
131,2	0,1	0,3	0,3	–	46,5	29,6	526,4	193,2	5,5	28.
122,1	0,1	0,0	0,0	–	46,5	31,3	526,4	193,2	5,5	Mai 5.
114,2	0,1	0,0	0,0	–	46,5	34,4	526,4	193,2	5,5	12.
101,3	0,1	0,0	0,0	–	46,5	35,0	526,4	193,2	5,5	19.
99,2	0,1	0,0	0,0	–	46,5	35,2	526,4	193,2	5,5	26.
94,2	0,1	0,0	0,0	–	46,5	34,5	529,0	193,2	5,5	Juni 2.
88,4	0,1	0,0	0,0	–	46,5	34,6	529,0	193,2	5,5	9.
91,4	0,1	0,0	0,0	–	46,5	34,7	529,0	193,2	5,5	16.
90,7	0,1	0,1	0,1	–	46,5	34,8	529,0	193,2	5,5	23.
122,0	0,2	–	–	–	46,0	35,4	530,7	185,5	5,5	30.
85,1	0,2	–	–	–	46,0	35,4	530,7	185,5	5,5	Juli 7.
83,7	0,2	–	–	–	46,0	35,4	530,7	185,5	5,5	14.
85,2	0,1	–	–	–	46,0	35,5	530,7	185,5	5,5	21.
88,1	0,1	–	–	–	46,0	35,7	530,7	185,5	5,5	28.
88,4	0,1	0,2	0,2	–	46,0	35,0	532,2	185,5	5,5	Aug. 4.
83,3	0,1	0,0	0,0	–	46,0	35,1	532,2	185,5	5,5	11.
82,7	0,1	0,5	0,5	–	46,0	36,5	532,2	185,5	5,5	18.
76,6	0,1	0,5	0,5	–	46,0	37,0	532,2	185,5	5,5	25.
77,9	0,1	0,2	0,2	–	46,0	36,7	535,1	185,5	5,5	Sept. 1.

NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. ² Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ³ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			an Banken im Inland				an Banken in anderen Mitgliedsländern		an Nichtbanken im Inland			Unternehmen und Privatpersonen	
			insgesamt	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	insgesamt	zusammen	zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2021 Okt.	9 395,0	47,8	2 979,8	2 490,1	2 221,1	269,0	489,7	356,2	133,5	4 322,0	3 832,5	3 437,3	3 117,5
Nov.	9 495,5	48,1	3 008,0	2 519,5	2 253,4	266,1	488,5	355,4	133,1	4 352,1	3 856,4	3 459,8	3 138,9
Dez.	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022 Jan.	9 717,0	47,7	3 029,2	2 522,4	2 258,2	264,2	506,8	375,0	131,8	4 378,1	3 875,3	3 484,8	3 162,4
Febr.	9 842,7	47,7	3 082,6	2 564,8	2 299,1	265,8	517,8	383,9	133,9	4 396,3	3 889,1	3 504,4	3 181,6
März	9 962,9	50,0	3 066,9	2 546,2	2 281,9	264,3	520,7	387,1	133,7	4 426,8	3 916,4	3 526,5	3 204,1
April	10 268,8	51,0	3 112,2	2 578,0	2 313,7	264,2	534,2	400,5	133,8	4 434,6	3 929,2	3 546,3	3 223,8
Mai	10 258,0	50,0	3 122,7	2 592,6	2 326,2	266,4	530,1	397,8	132,3	4 460,3	3 949,5	3 567,4	3 244,7
Juni	10 428,9	51,8	3 096,5	2 570,9	2 306,2	264,7	525,6	394,1	131,5	4 494,4	3 969,5	3 589,6	3 268,8
Juli	10 267,9	42,3	3 086,0	2 557,4	2 291,5	266,0	528,6	396,8	131,8	4 528,3	4 008,2	3 627,9	3 293,6
Aug.	10 627,2	23,6	3 166,4	2 625,3	2 359,2	266,1	541,1	409,1	132,0	4 555,4	4 039,2	3 664,4	3 331,1
Sept.	11 063,0	20,7	3 268,0	2 714,2	2 442,2	272,0	553,7	419,7	134,0	4 579,6	4 057,2	3 685,0	3 351,1
Okt.	11 036,0	20,0	3 259,8	2 696,8	2 424,2	272,6	563,0	416,3	146,7	4 591,1	4 077,8	3 699,7	3 365,9
Nov.	10 762,4	19,1	3 180,1	2 630,6	2 360,1	270,5	549,5	403,2	146,2	4 610,5	4 089,4	3 715,1	3 379,3
Dez.	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2023 Jan.	10 585,0	18,2	3 085,7	2 550,5	2 288,2	262,3	535,1	383,8	151,4	4 600,1	4 080,1	3 706,1	3 372,3
Febr.	10 760,9	18,0	3 085,7	2 541,4	2 274,9	266,5	544,3	390,6	153,8	4 614,2	4 094,2	3 714,7	3 381,3
März	10 553,8	17,9	3 041,3	2 497,8	2 229,3	268,4	543,5	391,2	152,3	4 620,6	4 094,7	3 718,2	3 386,0
April	10 564,3	18,9	3 047,7	2 507,0	2 237,3	269,7	540,7	384,5	156,2	4 630,5	4 096,8	3 721,7	3 390,4
Mai	10 653,7	18,2	3 091,2	2 550,3	2 279,7	270,6	541,0	383,4	157,5	4 642,2	4 103,4	3 733,0	3 400,9
Juni	10 577,7	17,7	2 967,0	2 434,5	2 166,3	268,2	532,5	371,5	161,0	4 646,7	4 108,0	3 734,5	3 397,1
Juli	10 743,2	17,2	3 002,4	2 456,4	2 188,8	267,6	546,0	384,8	161,2	4 651,1	4 114,5	3 738,2	3 402,0
Veränderungen 3)													
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8
2015	- 191,4	0,3	- 18,2	- 12,1	66,1	- 78,2	- 6,1	6,6	- 12,8	64,8	64,1	68,1	56,6
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	- 29,2	- 49,7	- 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	- 3,8	- 2,3	- 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	- 18,8	- 16,2	- 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	0,8	5,7	11,7	- 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2022	1 170,5	- 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6
2021 Nov.	95,5	0,3	26,6	29,2	32,2	- 3,0	- 2,5	- 2,1	- 0,5	30,6	25,2	22,1	21,0
Dez.	- 326,2	1,6	- 218,7	- 186,4	- 183,6	- 2,8	- 32,2	- 31,2	- 1,0	- 0,9	4,7	9,4	9,1
2022 Jan.	340,3	- 1,9	238,6	189,0	186,9	2,1	49,6	49,7	- 0,1	28,1	15,4	16,2	14,9
Febr.	128,5	- 0,0	52,7	41,4	39,7	1,7	11,3	9,1	2,2	20,4	15,8	21,3	20,9
März	119,7	2,2	- 15,5	- 18,4	- 17,2	- 1,2	2,9	3,0	- 0,1	31,4	27,6	22,2	22,6
April	283,1	1,0	41,6	30,8	30,8	0,0	10,8	10,6	0,2	7,5	12,8	19,7	19,4
Mai	1,1	- 1,0	12,4	15,3	12,8	- 2,5	- 2,9	- 1,5	- 1,3	27,4	21,2	21,6	21,3
Juni	178,6	1,7	- 28,2	- 22,2	- 20,6	- 1,6	- 6,0	- 5,3	- 0,6	32,9	19,9	22,0	23,7
Juli	- 177,9	- 9,5	- 12,8	- 14,2	- 15,0	0,8	1,4	1,4	0,0	29,7	36,0	36,0	22,6
Aug.	359,0	- 18,7	83,5	71,7	70,7	1,0	11,8	11,3	0,4	28,1	31,4	36,5	37,5
Sept.	428,4	- 2,9	99,8	88,6	82,4	6,2	11,3	9,0	2,3	27,0	17,2	19,5	18,7
Okt.	- 19,3	- 0,7	- 6,7	- 17,0	- 17,7	0,6	10,3	- 2,4	12,7	12,4	21,1	15,3	15,5
Nov.	- 245,9	- 0,9	- 75,9	- 65,0	- 63,0	- 2,0	- 10,9	- 10,5	- 0,5	21,4	13,0	17,1	15,1
Dez.	- 225,1	0,9	- 240,0	- 196,2	- 189,2	- 7,1	- 43,8	- 41,2	- 2,6	- 24,0	- 8,4	- 9,9	- 11,6
2023 Jan.	87,5	- 1,8	155,0	122,2	119,3	2,8	32,8	24,0	8,9	22,8	6,5	8,1	8,0
Febr.	167,0	- 0,2	- 0,8	- 9,1	- 13,4	4,3	8,3	5,8	2,5	13,4	13,6	7,9	8,3
März	- 195,2	- 0,1	- 42,8	- 43,2	- 45,0	1,8	0,4	1,9	- 1,5	8,2	2,0	5,0	6,2
April	16,7	1,0	7,7	9,8	8,1	1,7	- 2,1	- 6,0	3,9	11,0	3,0	4,2	5,1
Mai	74,7	- 0,7	40,7	42,6	41,9	0,7	- 2,0	- 3,2	1,3	11,2	6,5	11,2	10,4
Juni	- 65,9	- 0,5	- 121,0	- 113,5	- 112,5	- 1,1	- 7,5	- 11,0	3,5	4,7	5,5	2,5	- 1,7
Juli	166,4	- 0,5	35,4	21,9	22,5	- 0,5	13,5	13,3	0,2	5,5	7,5	4,5	5,7

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit	
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite			
öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere					
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014	
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015	
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016	
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017	
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018	
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019	
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020	
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021	
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022	
319,9	395,1	249,7	145,4	489,5	356,0	244,3	133,4	30,3	103,2	1 134,6	889,6	910,9	2021 Okt.	
320,9	396,5	247,8	148,8	495,7	361,6	249,6	134,1	28,5	105,6	1 137,3	892,4	950,0	Nov.	
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	Dez.	
322,4	390,6	246,9	143,6	502,7	377,7	260,4	125,0	28,5	96,5	1 171,3	925,2	1 090,8	2022 Jan.	
322,8	384,8	244,7	140,0	507,2	381,4	262,7	125,8	28,6	97,2	1 190,1	939,6	1 125,9	Febr.	
322,3	390,0	245,2	144,8	510,4	379,5	259,4	130,9	29,0	101,9	1 169,2	921,9	1 249,9	März	
322,5	382,9	246,5	136,4	505,4	378,8	257,8	126,7	32,2	94,4	1 174,5	926,0	1 496,5	April	
322,7	382,1	244,5	137,7	510,9	383,7	260,7	127,1	31,4	95,7	1 166,1	917,3	1 458,8	Mai	
320,9	379,9	244,9	135,0	524,9	388,1	268,4	136,8	33,2	103,6	1 182,4	925,1	1 603,8	Juni	
334,3	380,3	245,8	134,5	520,2	383,8	266,0	136,4	33,4	103,0	1 199,9	941,5	1 411,5	Juli	
333,3	374,8	243,4	131,4	516,2	387,1	268,6	129,1	33,7	95,4	1 211,7	952,6	1 670,0	Aug.	
333,9	372,2	244,5	127,7	522,4	390,5	273,1	132,0	35,4	96,6	1 220,9	961,0	1 973,8	Sept.	
333,8	378,1	246,0	132,1	513,3	385,7	268,4	127,6	34,4	93,2	1 234,2	975,7	1 930,8	Okt.	
335,9	374,2	246,3	127,9	521,1	394,0	276,5	127,1	32,7	94,4	1 224,6	963,4	1 728,1	Nov.	
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	Dez.	
333,8	374,0	250,3	123,7	520,1	393,5	280,2	126,6	30,2	96,4	1 161,9	904,0	1 719,2	2023 Jan.	
333,5	379,5	248,2	131,3	520,0	393,3	279,2	126,8	31,3	95,4	1 167,6	904,4	1 875,3	Febr.	
332,2	376,5	248,9	127,6	526,0	397,5	275,7	128,4	30,9	97,5	1 168,5	902,6	1 705,4	März	
331,2	375,1	250,9	124,2	533,7	405,8	280,9	128,0	32,3	95,7	1 149,9	883,9	1 717,3	April	
332,1	370,5	249,8	120,7	538,7	407,7	284,6	131,0	31,9	99,1	1 177,7	912,0	1 724,4	Mai	
337,4	373,4	248,7	124,7	538,7	403,1	279,6	135,6	31,0	104,5	1 150,6	886,7	1 795,7	Juni	
336,2	376,4	252,1	124,3	536,6	407,3	282,8	129,3	30,7	98,7	1 156,3	895,0	1 916,2	Juli	
Veränderungen 3)														
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014	
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015	
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	- 51,4	- 55,0	- 51,4	2016	
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017	
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	29,0	18,9	14,8	2018	
7,3	- 17,7	- 8,6	- 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	- 32,1	- 33,3	330,3	2019	
0,2	- 2,4	- 1,7	- 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	- 0,4	0,7	- 9,7	- 8,2	108,8	2020	
17,8	- 19,1	- 6,1	- 13,1	21,1	35,5	22,6	- 14,3	- 1,1	- 13,2	71,7	84,9	- 203,7	2021	
16,9	- 14,4	1,9	- 16,3	19,3	20,7	24,4	- 1,4	2,6	- 3,9	15,0	- 0,8	793,3	2022	
1,1	- 3,0	- 0,9	- 4,0	5,5	4,8	4,4	0,6	- 1,6	2,2	- 4,5	- 3,6	42,4	2021 Nov.	
0,3	- 4,7	- 2,6	- 2,2	- 5,6	0,9	- 5,3	- 6,5	- 0,1	- 6,3	- 45,9	- 41,0	- 62,3	Dez.	
1,3	- 0,8	1,8	- 2,6	12,7	14,8	16,0	- 2,1	0,2	- 2,2	72,3	66,7	3,3	2022 Jan.	
0,5	- 5,5	- 2,1	- 3,4	4,6	3,7	2,5	0,9	0,1	0,8	20,6	15,8	34,9	Febr.	
- 0,4	5,5	0,5	5,0	3,8	- 1,7	- 3,3	5,5	0,4	5,1	- 22,2	- 19,2	123,7	März	
0,2	- 6,8	1,4	- 8,2	- 5,3	- 1,6	- 2,7	- 3,7	3,2	- 6,9	- 13,8	- 14,2	246,6	April	
0,3	- 0,4	- 2,0	1,6	6,2	5,4	3,3	0,8	- 0,8	1,7	- 1,0	- 2,0	- 36,6	Mai	
- 1,7	- 2,1	0,4	- 2,5	13,0	3,0	6,1	10,0	1,9	8,1	- 10,0	- 18,2	182,3	Juni	
13,4	0,0	0,9	- 0,8	- 6,3	- 5,2	- 2,9	- 1,1	0,1	- 1,3	7,8	8,0	- 193,2	Juli	
- 1,0	- 5,1	- 2,3	- 2,8	- 3,3	3,4	2,5	- 6,7	0,4	- 7,0	7,2	6,5	258,9	Aug.	
0,8	- 2,4	1,1	- 3,5	9,9	3,3	4,0	6,6	1,7	4,8	0,7	0,1	303,7	Sept.	
- 0,3	5,9	1,4	- 4,4	- 8,7	- 4,4	- 4,6	- 4,3	- 1,0	- 3,3	19,7	20,4	- 44,0	Okt.	
2,0	- 4,1	0,0	- 4,1	8,4	9,2	9,6	- 0,8	- 1,7	0,9	8,8	4,8	- 199,3	Nov.	
1,8	1,5	0,9	0,6	- 15,6	- 9,3	- 6,2	- 6,4	- 1,9	- 4,5	- 75,0	- 69,5	112,9	Dez.	
0,1	- 1,6	2,3	- 3,9	16,3	9,4	10,0	6,9	- 0,6	7,5	33,4	27,8	- 121,8	2023 Jan.	
- 0,4	5,6	- 2,0	- 7,7	- 0,2	- 0,7	- 1,4	0,5	1,1	- 0,7	- 1,7	- 6,6	156,4	Febr.	
- 1,2	- 3,0	0,8	- 3,7	6,1	4,6	- 3,0	1,5	- 0,4	1,9	9,6	6,5	- 170,1	März	
- 1,0	- 1,2	2,1	- 3,3	8,0	8,5	5,4	- 0,5	1,4	- 1,9	- 14,9	- 15,4	11,9	April	
0,9	- 4,7	- 1,2	- 3,5	4,6	1,5	3,2	3,2	- 0,4	3,6	16,5	17,4	7,1	Mai	
4,2	3,0	- 1,1	4,1	- 0,9	- 5,5	- 5,9	4,6	- 0,9	5,5	- 9,4	- 8,3	60,3	Juni	
- 1,2	3,0	3,4	- 0,4	- 2,0	4,1	3,2	- 6,1	- 0,3	- 5,7	5,5	8,3	120,5	Juli	

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungsdaten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanzsumme 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 331,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2021 Okt.	9 395,0	1 690,9	1 364,7	326,2	4 140,0	3 942,6	2 657,0	725,5	206,4	560,1	535,6	151,4	78,1
Nov.	9 495,5	1 718,6	1 374,9	343,8	4 154,1	3 956,1	2 678,9	717,4	200,2	559,8	535,5	151,4	82,5
Dez.	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022 Jan.	9 717,0	1 725,2	1 363,7	361,5	4 195,2	3 979,5	2 686,4	732,3	215,9	560,7	537,4	166,7	86,2
Febr.	9 842,7	1 743,7	1 369,7	374,0	4 209,7	3 993,9	2 699,7	733,4	217,5	560,8	537,7	169,3	90,1
März	9 962,9	1 737,5	1 367,8	369,8	4 212,3	3 990,1	2 690,3	740,9	226,7	559,0	536,1	177,7	99,4
April	10 268,8	1 766,8	1 384,4	382,3	4 223,7	4 003,6	2 700,1	745,6	234,6	557,9	535,2	175,5	93,4
Mai	10 258,0	1 765,9	1 393,7	372,2	4 236,1	4 013,3	2 718,3	738,4	229,4	556,5	534,0	176,2	97,1
Juni	10 428,9	1 744,4	1 384,7	359,7	4 235,0	4 008,2	2 708,8	744,7	238,3	554,7	532,4	180,5	102,7
Juli	10 267,9	1 772,1	1 383,3	388,9	4 267,6	4 041,3	2 722,8	765,6	259,2	552,9	530,7	179,5	99,0
Aug.	10 627,2	1 785,7	1 403,5	382,2	4 322,0	4 089,0	2 760,7	777,8	272,2	550,5	528,3	185,0	103,0
Sept.	11 063,0	1 814,5	1 415,7	398,8	4 342,6	4 105,7	2 748,5	812,0	306,6	545,2	523,1	191,1	102,4
Okt.	11 036,0	1 837,4	1 419,0	418,4	4 359,6	4 122,0	2 741,6	838,3	334,6	542,1	519,8	190,0	92,4
Nov.	10 762,4	1 773,7	1 345,0	428,7	4 401,0	4 132,6	2 752,4	843,3	344,7	536,8	514,3	193,1	97,3
Dez.	10 517,9	1 618,6	1 331,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023 Jan.	10 585,0	1 642,4	1 231,2	411,2	4 392,0	4 124,2	2 706,4	895,1	397,6	522,7	498,8	188,7	94,3
Febr.	10 760,9	1 633,5	1 226,0	407,5	4 391,4	4 113,2	2 670,6	926,7	428,4	515,9	490,8	191,2	97,2
März	10 553,8	1 618,0	1 210,4	407,6	4 368,3	4 092,1	2 625,3	959,7	462,3	507,2	480,5	197,9	98,8
April	10 564,3	1 632,8	1 227,7	405,1	4 370,1	4 099,8	2 620,9	980,3	482,3	498,6	470,4	199,5	93,6
Mai	10 653,7	1 622,7	1 229,8	392,9	4 384,2	4 108,2	2 613,0	1 004,7	504,1	490,6	460,2	201,6	97,9
Juni	10 577,7	1 530,6	1 149,6	381,0	4 378,1	4 110,1	2 586,3	1 040,5	541,1	483,3	450,2	196,6	90,9
Juli	10 743,2	1 563,1	1 159,9	403,2	4 382,2	4 115,4	2 569,0	1 070,5	571,9	475,9	439,9	197,0	90,1
Veränderungen 4)													
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	0,3
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	- 30,6	- 14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	- 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	- 30,6	- 6,6	- 3,4	- 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	- 74,7	- 34,9	- 14,5	- 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	- 45,8	- 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	- 15,6	- 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	- 27,5	- 26,3	18,4	12,8
2021 Nov.	95,5	26,4	9,6	16,7	12,9	12,5	21,1	- 8,4	- 6,2	- 0,3	- 0,1	- 0,3	4,2
Dez.	- 326,2	- 90,4	- 36,3	- 54,1	- 24,3	- 24,3	- 29,6	3,9	3,7	1,4	1,6	2,4	- 11,9
2022 Jan.	340,3	93,8	23,2	70,6	64,3	47,0	36,5	10,9	11,9	- 0,4	0,3	12,6	15,3
Febr.	128,5	19,3	6,1	13,2	14,2	14,6	13,4	1,1	1,6	0,1	0,3	2,2	3,5
März	119,7	- 6,6	- 2,1	- 4,5	2,2	- 4,2	- 9,7	7,3	9,2	- 1,8	- 1,6	8,3	9,3
April	283,1	25,1	15,6	9,5	8,0	11,0	7,5	4,1	7,2	- 0,6	- 0,4	- 3,1	- 6,6
Mai	1,1	0,7	9,8	- 9,1	13,6	10,6	18,9	- 6,9	- 5,0	- 1,3	- 1,2	1,0	3,9
Juni	178,6	- 24,2	- 9,7	- 14,5	- 2,8	- 6,6	- 10,7	5,9	8,5	- 1,8	- 1,6	4,1	5,6
Juli	- 177,9	24,6	- 1,6	26,2	29,3	30,8	13,0	19,6	19,9	- 1,8	- 1,7	- 2,0	- 3,9
Aug.	359,0	15,5	23,0	- 7,5	53,6	47,1	37,2	12,4	12,9	- 2,4	- 2,4	5,3	3,8
Sept.	428,4	25,2	11,7	13,5	19,0	15,4	- 13,3	34,0	34,1	- 5,3	- 5,3	5,6	- 0,9
Okt.	- 19,3	24,2	3,8	20,3	17,2	16,2	- 7,3	26,6	28,2	- 3,1	- 3,3	- 0,7	- 9,7
Nov.	- 245,9	- 60,3	- 73,0	12,7	45,6	21,3	14,3	12,2	10,1	- 5,3	- 5,4	- 3,2	5,4
Dez.	- 225,1	- 152,7	- 112,7	- 40,0	- 55,4	- 37,3	- 39,2	5,6	9,4	- 3,7	- 4,1	- 11,9	- 12,8
2023 Jan.	87,5	23,3	0,0	23,3	49,1	30,9	- 10,4	46,7	44,0	- 5,5	- 6,4	8,2	10,1
Febr.	167,0	- 10,3	- 5,6	- 4,7	- 1,8	- 11,8	- 36,4	31,3	30,7	- 6,7	- 7,9	2,1	2,7
März	- 195,2	- 13,4	- 14,7	1,3	- 21,7	- 20,0	- 44,1	32,8	33,5	- 8,7	- 10,3	7,1	1,8
April	16,7	15,5	17,5	- 1,9	2,4	8,1	- 4,1	20,8	20,2	- 8,6	- 10,1	1,8	- 5,1
Mai	74,7	- 12,3	- 1,5	- 13,8	11,6	7,3	- 8,6	23,9	21,4	- 8,0	- 10,2	0,7	4,0
Juni	- 65,9	- 90,3	- 79,4	- 11,0	- 6,3	1,5	- 26,3	35,0	36,1	- 7,3	- 9,9	- 4,7	- 6,9
Juli	166,4	32,5	10,3	22,2	4,2	5,4	- 17,3	30,1	30,9	- 7,3	- 10,3	0,4	- 0,8

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2 Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo- geschäften mit Nicht- banken im Euro- Währungsgebiet	Geldmarkt- fonds- anteile 3)	Begebene Schuld- verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht- Euro- Währungs- gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivposi- tionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentral- staaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende																
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014			
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015			
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016			
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017			
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018			
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019			
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020			
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021			
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022			
70,9	23,4	2,4	2,2	46,1	45,2	7,4	2,2	1 118,0	24,6	866,7	729,5	840,3	2021 Okt.			
66,4	17,4	2,4	2,2	46,6	45,5	4,2	2,1	1 123,9	26,0	883,1	736,5	872,8	Nov.			
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	Dez.			
78,1	20,3	2,4	2,2	48,9	45,5	3,0	2,3	1 126,9	25,3	907,4	721,2	1 036,0	2022 Jan.			
76,8	19,8	2,4	2,2	46,4	42,8	2,4	2,4	1 141,1	26,2	945,9	717,7	1 080,0	Febr.			
75,9	19,0	2,4	2,2	44,5	42,1	2,8	2,5	1 148,9	25,9	926,4	736,8	1 195,6	März			
79,8	22,5	2,4	2,2	44,6	42,2	2,3	2,3	1 161,1	26,3	939,2	734,6	1 438,9	April			
76,8	19,9	2,3	2,1	46,6	42,8	1,9	2,5	1 164,1	27,7	958,5	732,3	1 396,8	Mai			
75,5	19,1	2,3	2,1	46,2	43,0	2,0	2,5	1 164,7	32,2	945,7	752,0	1 582,6	Juni			
78,1	23,2	2,3	2,1	46,8	44,0	4,2	2,5	1 177,1	35,9	926,6	743,6	1 374,2	Juli			
79,7	24,3	2,3	2,1	47,9	44,0	4,8	2,4	1 183,7	38,6	950,2	741,8	1 636,6	Aug.			
86,4	31,2	2,3	2,1	45,9	43,3	3,2	2,5	1 203,3	45,8	987,2	758,0	1 951,6	Sept.			
95,4	39,7	2,2	2,1	47,6	44,9	4,0	2,6	1 202,6	39,4	980,8	751,8	1 897,2	Okt.			
93,5	31,3	2,2	2,0	75,4	71,1	4,7	2,6	1 202,3	42,2	939,7	747,3	1 691,1	Nov.			
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	Dez.			
92,3	30,4	2,2	2,0	79,1	73,8	3,9	2,5	1 205,2	47,4	890,6	728,9	1 719,6	2023 Jan.			
91,8	30,0	2,2	1,9	87,0	82,5	5,0	2,4	1 221,5	55,6	901,8	724,9	1 880,4	Febr.			
97,0	28,5	2,1	1,9	78,2	73,3	4,7	2,6	1 231,2	64,6	863,1	734,8	1 731,0	März			
103,7	33,9	2,1	1,9	70,8	65,9	5,4	2,8	1 235,3	67,3	856,2	735,7	1 726,0	April			
101,6	30,7	2,1	1,8	74,4	62,4	6,0	2,6	1 257,4	72,5	888,2	746,8	1 745,8	Mai			
103,6	32,5	2,0	1,8	71,4	64,0	4,8	2,6	1 253,9	75,7	853,4	749,6	1 804,7	Juni			
104,8	33,2	2,0	1,7	69,8	62,1	6,5	2,9	1 262,1	76,5	855,0	757,0	1 914,4	Juli			
Veränderungen 4)																
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014			
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015			
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	116,1	26,4	- 39,5	2016			
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017			
- 6,4	- 4,1	- 0,1	- 0,1	2,1	2,1	- 2,6	0,3	30,0	- 5,9	- 36,0	7,4	10,3	2018			
2,0	0,6	- 0,1	- 0,1	1,4	1,4	5,6	- 0,5	22,3	0,1	- 47,9	30,0	329,1	2019			
17,0	14,3	- 0,1	- 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	- 9,3	61,6	- 1,5	108,5	2020			
3,1	- 8,0	- 0,2	- 0,1	- 5,5	- 5,0	- 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	- 207,9	2021			
5,8	8,5	- 0,3	- 0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022			
- 4,5	- 6,1	- 0,0	- 0,0	0,7	0,4	- 3,2	- 0,1	1,7	1,4	11,7	- 5,9	40,3	2021 Nov.			
14,3	5,4	0,0	0,0	- 2,4	- 2,0	- 2,0	0,2	- 14,2	1,4	- 127,3	- 4,6	- 63,4	Dez.			
- 2,7	- 2,6	- 0,0	- 0,0	4,7	2,0	0,7	- 0,0	13,4	- 2,3	146,6	- 18,3	39,8	2022 Jan.			
- 1,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 2,7	- 0,5	0,1	15,0	1,0	39,4	- 3,2	44,2	Febr.			
- 1,0	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 2,0	- 0,6	0,3	0,2	6,9	- 0,3	- 20,7	19,0	118,4	März			
- 3,6	3,2	- 0,0	- 0,0	0,1	0,0	- 0,5	- 0,3	3,4	0,2	0,4	- 5,8	252,8	April			
- 2,9	- 2,5	- 0,0	- 0,0	2,0	0,6	- 0,4	0,2	6,4	1,4	23,9	- 1,0	- 42,4	Mai			
- 1,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	- 0,4	0,2	0,1	- 0,0	- 4,8	4,3	- 6,3	17,6	199,0	Juni			
1,9	3,7	- 0,0	- 0,0	0,5	1,1	2,1	0,1	9,1	3,5	- 24,8	- 10,5	- 207,8	Juli			
1,6	1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	0,0	0,6	- 0,1	4,1	2,7	20,1	- 3,1	268,3	Aug.			
6,5	6,7	- 0,0	- 0,0	- 2,0	- 0,7	- 1,6	0,1	15,8	7,0	31,8	14,9	323,1	Sept.			
9,1	8,7	- 0,0	- 0,0	1,7	1,6	0,8	0,1	1,8	- 6,3	- 2,8	- 5,3	- 55,3	Okt.			
- 8,6	- 8,3	- 0,0	- 0,0	27,5	25,8	0,8	0,0	7,4	2,4	- 29,9	- 1,1	- 208,4	Nov.			
1,0	0,9	- 0,0	- 0,0	- 6,3	- 4,3	- 1,3	0,1	- 11,5	- 1,2	- 132,1	1,9	125,9	Dez.			
- 1,9	- 1,8	- 0,0	- 0,0	9,9	6,9	0,5	- 0,2	22,4	6,6	95,0	- 17,6	- 85,0	2023 Jan.			
- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 7,9	- 8,7	- 1,2	- 0,1	13,0	8,1	6,9	- 5,0	163,2	Febr.			
5,3	- 1,4	- 0,0	- 0,0	- 8,8	- 9,2	- 0,3	0,3	13,6	9,2	- 33,8	11,2	- 151,2	März			
- 6,9	5,5	- 0,0	- 0,0	- 7,4	- 7,4	0,7	0,1	5,7	2,7	- 4,9	1,8	- 4,7	April			
- 3,3	- 3,5	- 0,0	- 0,0	- 3,6	- 3,5	0,6	- 0,1	16,8	5,0	25,6	9,2	23,2	Mai			
2,1	2,0	- 0,0	- 0,0	- 3,0	1,6	- 1,1	- 0,0	0,4	4,1	- 28,3	3,6	56,2	Juni			
1,2	0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 1,9	1,7	0,3	7,7	0,2	1,6	8,0	110,4	Juli			

rungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusam-

men mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung						
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					
Alle Bankengruppen														
2023 Febr.	1 385	10 825,7	74,4	3 673,4	3 187,8	481,7	4 976,6	485,3	3 779,4	0,2	693,0	96,1	2 005,1	
März	1 385	10 617,5	72,8	3 630,6	3 143,2	483,4	4 983,5	488,3	3 777,1	0,2	701,1	96,4	1 834,2	
April	1 384	10 627,8	74,6	3 618,8	3 128,7	485,3	4 991,8	492,5	3 782,2	0,2	699,8	96,9	1 845,7	
Mai	1 383	10 716,8	68,0	3 694,9	3 203,2	487,4	5 004,1	490,7	3 797,9	0,2	698,6	97,4	1 852,5	
Juni	1 375	10 639,8	70,5	3 543,4	3 053,2	485,6	5 003,9	478,6	3 795,4	0,2	711,0	97,4	1 924,6	
Juli	1 370	10 805,6	87,6	3 563,9	3 073,6	485,0	5 011,3	486,5	3 804,7	0,1	700,4	97,3	2 045,4	
Kreditbanken 6)														
2023 Juni	241	4 906,4	25,1	1 649,2	1 559,6	89,2	1 624,4	316,2	1 039,4	0,1	259,5	31,8	1 576,0	
Juli	241	5 071,0	31,4	1 680,5	1 590,2	89,4	1 626,3	322,7	1 043,3	0,1	251,2	31,8	1 701,0	
Großbanken 7)														
2023 Juni	3	2 471,9	12,1	652,6	619,2	33,4	743,9	154,4	454,6	0,0	131,3	26,1	1 037,2	
Juli	3	2 545,3	18,3	675,3	641,6	33,8	741,7	155,8	456,0	0,0	126,4	26,2	1 083,7	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
2023 Juni	131	1 911,1	8,6	646,6	593,8	52,4	727,9	112,2	491,8	0,1	119,2	4,1	523,8	
Juli	131	2 015,0	9,7	665,3	612,2	52,3	733,4	118,5	494,4	0,1	115,9	4,0	602,5	
Zweigstellen ausländischer Banken														
2023 Juni	107	523,5	4,4	350,0	346,6	3,4	152,6	49,6	93,0	-	9,0	1,6	14,9	
Juli	107	510,7	3,4	339,8	336,5	3,3	151,2	48,4	92,9	-	8,9	1,6	14,7	
Landesbanken														
2023 Juni	6	931,8	3,6	355,8	301,8	53,4	434,4	46,6	346,7	0,0	36,1	9,6	128,4	
Juli	6	937,7	10,0	357,1	302,9	53,3	435,8	47,3	347,5	0,0	35,3	9,6	125,2	
Sparkassen														
2023 Juni	358	1 548,9	21,7	269,0	150,5	118,6	1 216,7	54,1	994,3	-	167,7	16,3	25,2	
Juli	356	1 551,9	20,7	271,1	152,9	118,2	1 218,7	54,7	996,0	-	167,5	16,3	25,1	
Kreditgenossenschaften														
2023 Juni	727	1 155,7	13,8	207,4	97,8	109,1	885,1	34,7	730,8	0,0	119,6	19,9	29,6	
Juli	724	1 157,6	12,2	210,3	100,8	108,9	885,9	34,0	732,9	0,0	119,0	20,0	29,3	
Realkreditinstitute														
2023 Juni	7	222,3	0,2	16,9	10,0	6,8	199,9	3,6	182,1	-	14,2	0,1	5,3	
Juli	7	222,0	0,1	16,4	9,5	6,9	199,7	3,8	181,8	-	14,2	0,1	5,7	
Bausparkassen														
2023 Juni	18	259,5	0,2	44,0	28,2	15,8	211,4	1,4	187,6	.	22,4	0,3	3,7	
Juli	18	259,5	0,2	43,7	27,9	15,8	211,6	1,3	188,0	.	22,3	0,3	3,8	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
2023 Juni	18	1 615,1	5,9	1 001,1	905,4	92,7	432,1	22,0	314,5	0,0	91,5	19,5	156,5	
Juli	18	1 605,9	13,0	984,9	889,3	92,6	433,4	22,7	315,2	-	91,0	19,4	155,3	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)														
2023 Juni	138	2 448,5	11,7	891,9	853,6	37,9	701,3	151,6	415,8	0,1	127,2	4,3	839,2	
Juli	138	2 562,9	10,7	890,8	852,1	37,8	706,0	157,3	417,7	0,1	124,1	4,2	951,1	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)														
2023 Juni	31	1 925,0	7,3	541,9	507,0	34,5	548,8	102,0	322,9	0,1	118,2	2,7	824,3	
Juli	31	2 052,2	7,4	551,0	515,7	34,5	554,7	108,8	324,8	0,1	115,2	2,7	936,4	

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

(Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termeinlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)								
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
2 312,9	740,8	1 572,0	4 615,5	2 906,1	486,7	655,8	78,5	521,1	495,5	45,8	1 296,2	592,4	2 008,6	2023	Febr.
2 270,4	713,0	1 557,4	4 579,8	2 856,6	496,6	662,4	76,8	512,3	485,1	52,1	1 312,4	596,4	1 858,4		März
2 270,3	681,4	1 588,9	4 590,6	2 840,7	520,8	666,9	82,4	503,5	474,9	58,7	1 308,3	598,5	1 860,2		April
2 288,9	733,9	1 554,9	4 608,9	2 843,2	531,5	672,8	86,6	495,5	464,5	65,9	1 342,1	603,8	1 873,2		Mai
2 175,4	699,0	1 476,4	4 587,8	2 806,5	548,2	672,4	73,8	488,1	454,5	72,6	1 332,1	608,1	1 936,3		Juni
2 212,4	717,3	1 495,1	4 591,0	2 786,1	572,0	672,5	81,2	480,7	444,1	79,7	1 335,1	610,3	2 056,8		Juli
Kreditbanken 6)															
1 144,2	540,6	603,5	1 833,7	1 194,3	288,8	246,3	72,0	84,4	74,3	20,0	202,9	210,8	1 514,7	2023	Juni
1 171,1	555,5	615,6	1 847,1	1 192,5	302,8	245,8	79,1	84,7	72,1	21,3	205,1	212,2	1 635,5		Juli
Großbanken 7)															
406,4	172,3	234,0	852,3	528,5	172,8	76,4	37,3	73,5	64,1	1,1	152,2	79,6	981,4	2023	Juni
427,1	186,2	240,9	861,1	529,6	180,1	76,2	42,9	74,2	62,4	1,1	154,1	79,6	1 023,4		Juli
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
455,8	208,5	247,2	774,6	521,3	74,6	149,2	34,6	10,7	9,9	18,8	49,9	114,1	516,7	2023	Juni
473,6	223,0	250,6	780,0	519,3	81,1	149,2	36,1	10,2	9,4	20,1	50,3	115,6	595,6		Juli
Zweigstellen ausländischer Banken															
282,1	159,8	122,3	206,9	144,5	41,3	20,7	0,0	0,3	0,3	0,1	0,8	17,1	16,7	2023	Juni
270,4	146,2	124,1	206,0	143,7	41,5	20,5	0,0	0,3	0,3	0,1	0,7	17,1	16,5		Juli
Landesbanken															
245,3	47,2	198,1	294,6	145,2	72,3	71,7	1,2	4,8	4,8	0,5	206,5	43,1	142,3	2023	Juni
252,6	50,2	202,3	295,5	144,6	74,6	71,1	1,6	4,7	4,7	0,6	207,7	43,1	138,8		Juli
Sparkassen															
173,4	3,7	169,6	1 163,0	806,0	60,5	15,1	–	242,5	225,8	38,9	19,4	140,3	52,8	2023	Juni
175,7	4,6	171,2	1 161,3	799,7	64,7	15,4	–	238,3	221,4	43,2	19,8	140,8	54,3		Juli
Kreditgenossenschaften															
163,3	3,7	159,6	846,1	576,8	74,4	26,3	–	155,9	149,2	12,8	8,1	104,8	33,4	2023	Juni
163,7	3,7	160,1	846,3	570,2	81,4	27,9	–	152,6	145,5	14,2	8,1	104,9	34,6		Juli
Realkreditinstitute															
44,4	3,5	40,8	56,3	2,9	6,9	46,4	0,5	–	–	–	105,7	8,9	7,0	2023	Juni
42,8	3,5	39,3	55,7	2,8	6,6	46,2	0,4	–	–	–	107,0	8,9	7,5		Juli
Bausparkassen															
36,8	3,0	33,9	194,8	3,9	2,1	188,2	–	0,4	0,4	0,2	6,1	13,0	8,8	2023	Juni
37,5	3,6	33,9	194,2	3,8	2,0	187,8	–	0,4	0,4	0,2	6,1	13,0	8,7		Juli
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
368,1	97,3	270,8	199,3	77,4	43,2	78,3	0,1	–	–	–	783,2	87,2	177,3	2023	Juni
369,0	96,2	272,8	190,9	72,5	39,9	78,3	0,2	–	–	–	781,3	87,2	177,4		Juli
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
696,1	368,5	327,5	764,7	519,9	121,4	102,4	40,1	11,5	11,1	9,5	49,6	99,0	839,2	2023	Juni
701,8	368,9	332,9	761,7	511,6	126,3	102,2	42,1	11,0	10,6	10,5	50,0	100,3	949,1		Juli
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
414,0	208,7	205,3	557,8	375,4	80,1	81,7	40,1	11,2	10,8	9,5	48,8	81,9	822,5	2023	Juni
431,4	222,6	208,8	555,7	368,0	84,8	81,7	42,0	10,7	10,3	10,4	49,3	83,2	932,7		Juli

fähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen

Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle 1.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken". 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	-	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	-	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2022 Febr.	47,2	1 094,0	1 453,6	1 204,6	-	0,3	248,7	10,0	3 826,5	3 426,0	0,2	5,0	395,3
März	49,5	1 086,3	1 442,6	1 195,1	-	0,3	247,3	10,0	3 853,8	3 449,0	0,2	3,3	401,3
April	50,4	1 200,5	1 360,3	1 112,8	-	0,6	246,9	9,9	3 866,6	3 470,0	0,2	3,5	392,9
Mai	49,4	1 122,8	1 452,7	1 202,9	-	0,7	249,1	9,9	3 886,7	3 488,9	0,2	3,2	394,4
Juni	51,1	1 090,9	1 462,8	1 214,8	-	0,8	247,2	9,8	3 906,6	3 513,4	0,2	3,7	389,3
Juli	41,6	1 084,2	1 454,9	1 206,8	-	0,8	247,2	9,8	3 945,0	3 539,1	0,2	3,6	402,2
Aug.	23,1	1 126,7	1 480,7	1 232,0	-	1,3	247,5	9,9	3 976,0	3 574,3	0,1	3,9	397,7
Sept.	20,4	1 224,4	2 573,9	2 319,2	-	1,4	253,2	9,8	3 993,6	3 595,3	0,2	3,6	394,5
Okt.	19,7	86,6	2 592,3	2 337,0	-	1,5	253,7	10,0	4 014,1	3 611,6	0,2	4,3	398,0
Nov.	18,8	88,4	2 524,4	2 271,2	-	1,5	251,7	11,1	4 025,7	3 625,3	0,2	3,6	396,7
Dez.	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	-	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023 Jan.	18,0	89,5	2 443,6	2 198,1	-	1,0	244,5	12,7	4 016,2	3 622,4	0,1	4,3	389,4
Febr.	17,8	52,2	2 471,9	2 222,2	-	1,0	248,8	12,8	4 030,2	3 629,4	0,1	2,9	397,9
März	17,7	53,5	2 426,8	2 175,1	-	1,0	250,7	12,6	4 030,5	3 634,7	0,1	4,3	391,4
April	18,7	54,2	2 434,7	2 182,3	-	1,1	251,3	12,7	4 032,5	3 641,2	0,1	3,2	388,1
Mai	18,1	48,7	2 483,6	2 230,4	-	0,8	252,4	12,7	4 039,0	3 650,5	0,1	2,2	386,2
Juni	17,5	51,6	2 366,1	2 114,1	-	0,9	251,0	12,7	4 042,1	3 645,6	0,1	2,9	393,5
Juli	17,0	69,9	2 369,8	2 118,4	-	1,1	250,3	12,8	4 048,7	3 653,9	0,1	3,2	391,6
Veränderungen *)													
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	- 80,7	- 4,3	- 0,0	- 0,4	- 75,9	- 0,1	+ 68,9	+ 54,1	- 0,0	- 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	-	- 0,9	- 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	- 0,1	- 0,1	- 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	- 0,0	+ 0,0	- 20,1	- 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	- 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	- 81,0	- 76,6	+ 0,0	+ 0,1	- 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	- 0,1	- 0,5	- 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	- 63,0	- 61,1	- 0,0	- 0,2	- 1,6	- 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	- 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	- 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	- 0,1	+ 0,7	- 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	- 0,0	- 0,2	- 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	- 2,2	+ 6,6
2022	- 29,6	- 836,6	+ 938,0	+ 938,1	-	+ 0,2	- 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	- 0,1	+ 0,1	- 3,3
2022 Febr.	- 0,2	+ 28,0	+ 13,1	+ 11,5	-	- 0,4	+ 2,0	- 0,1	+ 15,1	+ 18,4	+ 0,0	+ 1,9	- 5,2
März	+ 2,3	- 7,8	- 10,9	- 9,5	-	- 0,0	- 1,4	- 0,0	+ 27,3	+ 23,0	- 0,0	- 1,7	+ 6,0
April	+ 0,9	+ 114,2	- 82,3	- 82,3	-	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	+ 13,1	+ 21,3	+ 0,0	+ 0,2	- 8,4
Mai	- 1,0	- 77,7	+ 92,4	+ 90,0	-	+ 0,1	+ 2,3	- 0,0	+ 20,1	+ 18,9	- 0,1	- 0,3	+ 1,5
Juni	+ 1,7	- 31,9	+ 10,1	+ 11,9	-	+ 0,1	- 1,9	- 0,1	+ 19,9	+ 24,5	- 0,0	+ 0,5	- 5,1
Juli	- 9,5	- 6,8	- 7,5	- 7,6	-	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 36,1	+ 23,5	+ 0,0	- 0,1	+ 12,7
Aug.	- 18,5	+ 42,5	+ 29,0	+ 28,3	-	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 30,9	+ 35,1	- 0,0	+ 0,3	- 4,5
Sept.	- 2,7	- 1 004,3	+ 1 092,9	+ 1 087,0	-	+ 0,2	+ 5,7	- 0,0	+ 16,5	+ 19,9	+ 0,1	- 0,3	- 3,2
Okt.	- 0,7	- 35,8	+ 18,5	+ 17,8	-	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 20,7	+ 16,6	- 0,0	+ 0,7	+ 3,5
Nov.	- 0,8	+ 1,8	- 67,6	- 65,5	-	- 0,0	- 2,1	+ 1,1	+ 12,0	+ 13,9	- 0,0	- 0,7	- 1,3
Dez.	+ 1,0	- 19,9	- 177,4	- 169,9	-	- 0,5	- 7,0	+ 1,0	- 9,6	- 11,7	+ 0,0	- 0,9	+ 2,9
2023 Jan.	- 1,8	+ 22,2	+ 96,7	+ 96,7	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 9,2	- 0,1	+ 1,6	- 10,3
Febr.	- 0,2	- 37,4	+ 28,6	+ 24,3	-	+ 0,0	+ 4,3	+ 0,2	+ 13,3	+ 6,3	- 0,0	- 1,5	+ 8,5
März	- 0,1	+ 1,3	- 45,1	- 47,0	-	+ 0,0	+ 1,9	- 0,1	+ 0,9	+ 6,0	+ 0,0	+ 1,4	- 6,5
April	+ 1,0	+ 0,7	+ 7,8	+ 7,2	-	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 2,1	+ 6,5	+ 0,0	- 1,2	- 3,2
Mai	- 0,7	- 5,5	+ 48,9	+ 48,1	-	- 0,3	+ 1,1	- 0,0	+ 6,5	+ 9,4	+ 0,0	- 1,0	- 1,9
Juni	- 0,5	+ 2,9	- 116,9	- 115,7	-	+ 0,1	- 1,3	+ 0,0	+ 4,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,7	+ 7,4
Juli	- 0,5	+ 18,4	+ 3,7	+ 4,3	-	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 6,6	+ 8,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
-	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
-	25,7	78,7	1 369,7	140,5	1 229,2	0,0	16,6	4 037,8	2 704,5	748,5	560,9	23,9	33,8	2022 Febr.
-	25,8	78,7	1 367,7	137,7	1 230,1	0,0	16,5	4 033,7	2 695,7	755,2	559,0	23,9	33,8	März
-	25,9	78,7	1 384,4	140,6	1 243,8	0,0	16,7	4 046,7	2 705,6	759,4	557,9	23,8	33,8	April
-	26,2	78,6	1 393,7	142,7	1 251,0	0,0	17,1	4 056,8	2 724,3	752,1	556,6	23,8	33,6	Mai
-	26,1	78,8	1 384,7	147,1	1 237,6	0,0	16,9	4 051,8	2 714,4	758,8	554,8	23,8	33,4	Juni
-	25,9	80,3	1 383,3	134,3	1 249,0	0,0	16,6	4 086,4	2 729,0	780,4	553,0	24,1	33,0	Juli
-	25,9	79,8	1 403,5	136,0	1 267,5	-	16,5	4 134,3	2 766,8	792,0	550,6	25,0	33,0	Aug.
-	25,8	80,2	1 415,7	149,2	1 266,5	0,0	16,7	4 149,9	2 755,6	823,1	545,2	25,9	33,2	Sept.
-	25,8	80,4	1 419,0	138,1	1 280,9	0,0	16,1	4 168,4	2 748,7	849,3	542,2	28,1	33,6	Okt.
-	25,9	80,2	1 345,0	135,4	1 209,6	0,0	16,1	4 205,6	2 767,9	869,3	536,9	31,5	34,8	Nov.
-	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	Dez.
-	25,6	80,0	1 231,2	142,6	1 088,7	0,0	15,6	4 199,7	2 722,8	913,5	522,7	40,6	36,9	2023 Jan.
-	25,6	80,2	1 226,0	140,7	1 085,3	0,0	15,6	4 197,1	2 687,7	947,9	516,0	45,5	37,2	Febr.
-	24,6	80,3	1 210,4	137,0	1 073,4	0,0	15,2	4 167,4	2 639,8	968,6	507,2	51,7	36,4	März
-	24,7	80,9	1 227,7	140,8	1 086,9	0,0	15,2	4 167,3	2 632,0	978,5	498,6	58,3	36,5	April
-	24,7	81,1	1 229,8	137,8	1 091,9	0,0	15,1	4 172,9	2 623,9	993,0	490,6	65,4	36,6	Mai
-	24,4	81,2	1 149,6	134,0	1 015,6	0,0	14,6	4 176,3	2 600,9	1 020,0	483,3	72,1	36,5	Juni
-	24,4	81,0	1 159,9	134,9	1 025,0	0,0	14,6	4 180,1	2 582,2	1 042,8	475,9	79,1	36,7	Juli
Veränderungen *)														
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,7	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	- 0,7	+ 0,1	- 8,6	+ 1,6	- 10,2	+ 0,0	- 0,3	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 3,4	- 4,1	- 1,4	2019
-	+ 5,7	- 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	- 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	2020
-	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	- 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	2021
-	- 0,1	+ 1,7	- 104,6	+ 8,8	- 113,4	- 0,0	- 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	- 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
-	+ 0,0	+ 0,1	+ 6,0	+ 3,3	+ 2,7	- 0,0	+ 0,2	+ 11,9	+ 13,6	- 1,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	2022 Febr.
-	+ 0,1	+ 0,0	- 1,9	- 2,8	+ 0,8	-	- 0,0	- 4,1	- 9,0	+ 6,6	- 1,8	+ 0,0	-	März
-	+ 0,2	- 0,0	+ 16,7	+ 3,0	+ 13,7	-	+ 0,2	+ 13,0	+ 9,5	+ 4,2	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	April
-	+ 0,3	- 0,1	+ 9,4	+ 2,2	+ 7,2	- 0,0	+ 0,3	+ 10,1	+ 18,8	- 7,3	- 1,3	+ 0,0	- 0,2	Mai
-	- 0,1	+ 0,2	- 9,0	+ 4,4	- 13,4	- 0,0	- 0,2	- 5,0	- 9,9	+ 6,7	- 1,8	- 0,0	- 0,1	Juni
-	- 0,2	+ 1,5	- 1,1	- 12,4	+ 11,2	-	- 0,3	+ 33,5	+ 14,3	+ 20,7	- 1,8	+ 0,3	- 0,5	Juli
-	- 0,0	+ 0,1	+ 23,3	+ 1,8	+ 21,6	- 0,0	- 0,1	+ 48,1	+ 37,8	+ 11,8	- 2,4	+ 0,9	+ 0,0	Aug.
-	- 0,0	+ 0,4	+ 12,2	+ 13,2	- 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 15,6	- 11,4	+ 31,3	- 5,3	+ 0,9	+ 0,2	Sept.
-	- 0,0	+ 0,1	+ 3,5	- 10,9	+ 14,4	+ 0,0	- 0,5	+ 17,4	- 8,0	+ 26,2	- 3,1	+ 2,2	+ 0,4	Okt.
-	+ 0,1	- 0,1	- 73,9	- 2,6	- 71,3	- 0,0	- 0,1	+ 45,3	+ 20,9	+ 26,3	- 5,3	+ 3,4	+ 1,3	Nov.
-	- 0,3	+ 0,1	- 113,2	- 8,5	- 104,7	- 0,0	- 0,4	- 43,4	- 47,1	+ 4,2	- 3,7	+ 3,2	+ 1,1	Dez.
-	- 0,0	- 0,4	- 0,3	+ 5,8	- 6,1	+ 0,0	- 0,1	+ 37,6	- 2,9	+ 40,0	- 5,5	+ 6,0	+ 1,0	2023 Jan.
-	- 0,0	+ 0,2	- 5,2	- 1,9	- 3,4	-	- 0,0	- 2,5	- 35,0	+ 34,4	- 6,7	+ 4,8	+ 0,4	Febr.
-	- 0,3	+ 0,1	- 15,2	- 3,7	- 11,5	-	- 0,4	- 29,6	- 47,3	+ 20,2	- 8,7	+ 6,2	- 0,1	März
-	+ 0,0	+ 1,1	+ 17,3	+ 3,8	+ 13,5	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 7,9	+ 9,8	- 8,6	+ 6,6	+ 0,0	April
-	+ 0,0	+ 0,2	+ 2,1	- 3,0	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	+ 5,6	- 7,9	+ 14,5	- 8,0	+ 7,1	+ 0,1	Mai
-	- 0,4	+ 0,1	- 79,7	- 3,7	- 76,0	+ 0,0	- 0,5	+ 2,3	- 23,0	+ 26,0	- 7,3	+ 6,7	- 0,1	Juni
-	+ 0,0	- 0,1	+ 10,3	+ 0,9	+ 9,4	-	- 0,0	+ 3,8	- 18,7	+ 22,9	- 7,3	+ 7,0	+ 0,2	Juli

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.
4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank.
5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu

Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8	
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5	
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7	
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6	
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5	
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1	
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5	
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5	
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9	
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6	
2022 Febr.	0,5	1 222,3	998,7	734,3	264,4	1,6	222,0	3,6	923,5	615,2	191,4	423,7	9,4	298,9	
März	0,5	1 224,2	999,2	729,8	269,4	1,0	224,1	3,6	906,5	597,4	171,8	425,6	10,3	298,9	
April	0,6	1 229,5	1 003,6	734,1	269,6	1,6	224,3	3,6	914,4	612,0	180,9	431,1	13,1	289,2	
Mai	0,6	1 222,8	996,5	730,7	265,8	1,7	224,7	3,6	914,3	609,9	182,1	427,9	13,5	290,9	
Juni	0,6	1 232,7	1 007,2	742,2	265,0	2,2	223,3	3,6	929,1	612,4	181,1	431,2	13,7	303,0	
Juli	0,6	1 248,0	1 021,1	748,0	273,1	2,7	224,2	3,5	929,4	615,7	177,0	438,7	12,7	301,0	
Aug.	0,5	1 266,1	1 038,5	756,2	282,4	3,4	224,2	3,4	931,5	624,9	183,9	441,0	13,4	293,2	
Sept.	0,3	1 287,8	1 057,9	771,9	286,0	4,2	225,8	3,8	935,5	629,4	185,2	444,2	12,4	293,7	
Okt.	0,3	1 296,6	1 065,2	787,3	277,9	3,1	228,3	3,4	931,2	629,3	182,0	447,3	12,5	289,5	
Nov.	0,2	1 273,7	1 043,2	766,3	276,9	2,9	227,6	3,5	938,8	631,7	187,5	444,2	12,5	294,6	
Dez.	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6	
2023 Jan.	0,2	1 195,3	963,1	700,1	263,0	2,7	229,5	4,0	941,0	633,6	190,9	442,7	20,1	287,3	
Febr.	0,2	1 201,5	965,7	701,9	263,8	2,9	232,9	4,2	946,4	635,5	190,5	444,9	15,8	295,1	
März	0,2	1 203,8	968,2	704,1	264,0	2,9	232,7	4,3	953,0	630,8	187,8	443,0	12,5	309,8	
April	0,2	1 184,1	946,5	681,7	264,8	3,6	234,0	4,2	959,3	633,6	191,7	441,9	13,9	311,8	
Mai	0,2	1 211,3	972,8	706,0	266,8	3,4	235,1	4,2	965,1	638,1	193,4	444,7	14,6	312,4	
Juni	0,2	1 177,3	939,1	681,7	257,4	3,6	234,6	4,3	961,8	628,4	181,4	447,0	15,8	317,6	
Juli	0,2	1 194,1	955,3	694,8	260,5	4,1	234,7	4,3	962,7	637,4	190,4	447,0	16,4	308,9	
Veränderungen *)															
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7	
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0	
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5	
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4	
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7	
2019	- 0,0	- 4,1	- 11,3	- 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8	
2020	- 0,0	- 32,0	- 22,4	- 6,6	- 15,8	+ 0,9	- 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1	
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	- 2,5	- 15,8	- 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	- 3,2	+ 1,4	
2022	- 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	- 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	- 6,7	
2022 Febr.	+ 0,2	+ 23,2	+ 22,1	+ 20,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 12,7	+ 5,2	+ 4,6	+ 0,5	- 0,8	+ 8,4	
März	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 5,8	+ 4,3	- 0,6	+ 2,1	+ 0,0	- 18,3	- 18,9	- 20,1	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2	
April	+ 0,1	- 9,7	- 10,2	- 4,6	- 5,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,0	- 1,7	+ 6,8	+ 6,8	+ 0,0	+ 2,8	- 11,3	
Mai	+ 0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,1	- 1,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,2	- 1,1	+ 0,4	+ 2,2	
Juni	+ 0,0	- 15,4	- 14,4	- 10,3	- 4,1	+ 0,5	- 1,6	+ 0,0	+ 9,7	- 1,7	- 2,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 11,2	
Juli	- 0,0	+ 8,4	+ 7,3	+ 1,7	+ 5,6	+ 0,5	+ 0,7	- 0,1	- 4,7	- 0,7	- 5,3	+ 4,6	- 1,1	- 2,9	
Aug.	- 0,1	+ 13,9	+ 13,2	+ 6,0	+ 7,2	+ 0,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 7,7	+ 6,3	+ 1,4	+ 0,7	- 8,4	
Sept.	- 0,2	+ 15,0	+ 12,6	+ 11,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,4	- 0,2	+ 1,6	- 1,0	+ 2,9	
Okt.	+ 0,0	+ 13,4	+ 11,9	+ 18,2	- 6,3	- 1,0	+ 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 1,4	- 2,9	+ 4,3	+ 0,0	- 3,6	
Nov.	- 0,1	- 9,4	- 8,7	- 13,4	+ 4,7	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 16,5	+ 9,7	+ 5,5	+ 4,2	- 0,0	+ 6,8	
Dez.	- 0,0	- 112,4	- 106,8	- 104,0	- 2,8	- 1,2	- 4,4	+ 0,2	- 19,9	- 11,2	- 12,7	+ 1,5	+ 2,4	- 11,1	
2023 Jan.	- 0,0	+ 48,2	+ 40,6	+ 46,3	- 5,7	+ 1,1	+ 6,5	+ 0,3	+ 30,0	+ 19,5	+ 18,6	+ 0,9	+ 5,3	+ 5,2	
Febr.	+ 0,0	+ 0,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,1	+ 3,3	+ 0,2	+ 1,6	- 1,2	- 1,3	+ 0,1	- 4,4	+ 7,2	
März	- 0,0	+ 9,2	+ 9,2	+ 6,2	+ 3,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 11,2	- 1,1	- 1,5	+ 0,4	- 3,3	+ 15,5	
April	+ 0,0	- 17,0	- 19,0	- 20,9	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,3	- 0,1	+ 8,2	+ 4,4	+ 4,5	- 0,1	+ 1,5	+ 2,4	
Mai	+ 0,0	+ 16,9	+ 16,2	+ 18,0	- 1,8	- 0,2	+ 0,9	- 0,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	
Juni	+ 0,0	- 17,7	- 17,6	- 9,9	- 7,6	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 8,7	- 11,1	+ 2,4	+ 1,2	+ 5,6	
Juli	- 0,0	+ 20,2	+ 19,5	+ 15,0	+ 4,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 3,0	+ 10,5	+ 9,6	+ 0,9	+ 0,7	- 8,2	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016	
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017	
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018	
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	-	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020	
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021	
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	-	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022	
11,1	16,0	1 130,4	640,4	490,0	349,8	140,2	0,0	361,2	194,5	166,7	87,0	79,7	0,1	2022 Febr.	
11,1	15,7	1 113,8	632,7	481,1	349,8	131,3	0,0	361,6	200,0	161,6	82,0	79,6	0,1	März	
11,1	15,7	1 113,7	600,6	513,2	381,7	131,4	0,0	384,6	201,5	183,2	102,6	80,6	0,1	April	
11,1	15,7	1 127,5	640,4	487,1	351,4	135,7	0,0	382,0	217,1	164,9	85,0	79,9	0,2	Mai	
11,0	15,9	1 100,2	625,5	474,7	340,6	134,1	0,0	387,6	222,7	164,9	82,5	82,4	0,3	Juni	
10,6	15,8	1 107,4	608,8	498,6	359,0	139,6	0,0	390,2	221,6	168,6	87,5	81,1	0,3	Juli	
10,6	15,8	1 120,4	610,9	509,5	360,5	149,0	0,0	400,4	231,3	169,2	87,4	81,8	0,2	Aug.	
10,6	15,9	1 169,6	639,0	530,6	373,0	157,6	0,0	409,1	231,4	177,7	95,7	82,0	0,2	Sept.	
10,6	15,9	1 188,9	657,6	531,3	372,1	159,2	0,0	401,8	220,0	181,8	100,0	81,8	0,2	Okt.	
10,6	15,8	1 150,7	612,1	538,7	385,9	152,7	-	414,1	235,1	179,0	91,2	87,7	0,1	Nov.	
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	-	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	Dez.	
10,4	15,6	1 089,4	601,2	488,3	344,5	143,8	-	405,1	213,5	191,5	101,9	89,6	0,2	2023 Jan.	
10,4	15,8	1 086,8	600,1	486,7	345,1	141,6	-	418,4	218,4	200,0	109,9	90,1	0,2	Febr.	
10,4	15,9	1 060,0	576,0	484,0	329,3	154,7	-	412,5	216,8	195,7	98,9	96,9	0,3	März	
10,4	15,9	1 042,6	540,6	502,0	343,8	158,2	-	423,3	208,8	214,6	116,6	97,9	0,3	April	
10,4	16,1	1 059,1	596,1	462,9	299,9	163,0	0,0	436,0	219,3	216,7	116,7	100,0	0,3	Mai	
10,2	16,0	1 025,8	565,0	460,8	302,6	158,2	0,0	411,5	205,6	205,9	107,3	98,6	0,4	Juni	
10,2	16,1	1 052,5	582,4	470,1	311,1	159,0	0,0	410,9	203,9	207,0	107,9	99,1	0,3	Juli	
Veränderungen *)															
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	+ 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016	
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,2	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017	
- 0,2	- 2,2	- 23,9	- 23,4	- 0,4	+ 2,1	- 2,6	- 0,0	- 11,9	- 0,2	- 11,8	- 5,7	- 6,0	- 0,2	2018	
- 0,3	- 0,9	- 9,5	- 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	- 2,9	- 1,8	- 1,1	- 0,0	2019	
- 0,2	- 3,9	+ 83,8	+ 87,8	- 4,1	- 34,7	+ 30,6	-	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020	
- 0,2	- 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	- 0,0	2021	
- 0,7	- 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	- 13,0	- 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022	
+ 0,0	- 0,0	+ 33,4	+ 5,7	+ 27,8	+ 28,3	- 0,5	-	+ 21,2	+ 17,0	+ 4,2	+ 5,0	- 0,8	-	2022 Febr.	
- 0,1	- 0,3	- 18,3	- 8,5	- 9,8	- 0,7	- 9,1	-	- 0,1	+ 5,3	- 5,4	- 5,3	- 0,1	- 0,0	März	
+ 0,0	- 0,1	- 13,2	- 39,6	+ 26,4	+ 27,6	- 1,1	-	+ 19,2	- 0,6	+ 19,8	+ 19,1	+ 0,6	-	April	
- 0,0	+ 0,0	+ 18,7	+ 42,5	- 23,8	- 28,6	+ 4,8	-	- 1,1	+ 16,4	- 17,5	- 16,9	- 0,5	+ 0,1	Mai	
- 0,1	+ 0,1	- 21,2	- 5,8	- 15,4	- 13,0	- 2,4	-	+ 3,5	+ 4,7	- 1,2	- 3,4	+ 2,2	+ 0,0	Juni	
- 0,5	- 0,1	- 0,3	- 20,0	+ 19,7	+ 16,2	+ 3,5	+ 0,0	+ 0,1	- 2,2	+ 2,3	+ 4,0	- 1,8	- 0,0	Juli	
+ 0,1	+ 0,0	+ 9,7	+ 0,3	+ 9,4	+ 0,3	+ 9,2	- 0,0	+ 8,9	+ 9,1	- 0,2	- 0,7	+ 0,5	- 0,0	Aug.	
+ 0,0	+ 0,0	+ 42,5	+ 25,4	+ 17,2	+ 9,4	+ 7,7	-	+ 6,9	- 0,7	+ 7,5	+ 7,5	- 0,0	+ 0,0	Sept.	
-	+ 0,0	+ 22,6	+ 20,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 1,9	-	- 5,9	- 10,8	+ 5,0	+ 4,9	+ 0,1	- 0,1	Okt.	
- 0,0	- 0,0	- 24,1	- 41,3	+ 17,2	+ 17,4	- 0,2	- 0,0	+ 5,3	+ 13,1	- 7,9	- 7,4	- 0,5	- 0,0	Nov.	
- 0,2	- 0,0	- 145,0	- 128,3	- 16,7	- 6,9	- 9,8	-	- 40,7	- 37,2	- 3,5	- 6,2	+ 2,7	- 0,0	Dez.	
- 0,0	- 0,1	+ 93,8	+ 122,3	- 28,4	- 30,8	+ 2,4	-	+ 35,9	+ 18,1	+ 17,8	+ 17,9	- 0,1	+ 0,0	2023 Jan.	
+ 0,0	+ 0,2	- 7,0	- 3,5	- 3,5	- 0,9	- 2,6	-	+ 11,6	+ 4,1	+ 7,5	+ 7,2	+ 0,3	+ 0,1	Febr.	
+ 0,0	+ 0,2	- 21,8	- 21,5	- 0,3	- 13,9	+ 13,6	-	- 3,9	- 0,8	- 3,1	- 10,0	+ 7,0	+ 0,1	März	
+ 0,0	+ 0,0	- 15,3	- 34,3	+ 19,0	+ 15,2	+ 3,8	-	+ 11,7	- 7,7	+ 19,3	+ 18,1	+ 1,2	- 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,2	+ 10,1	+ 52,6	- 42,5	- 46,3	+ 3,8	+ 0,0	+ 9,2	+ 9,5	- 0,3	- 1,2	+ 0,9	- 0,0	Mai	
- 0,2	- 0,0	- 26,4	- 26,1	- 0,3	+ 3,9	- 4,2	-	- 23,1	- 13,1	- 9,9	- 8,7	- 1,2	+ 0,1	Juni	
- 0,0	+ 0,1	+ 29,1	+ 18,5	+ 10,7	+ 9,5	+ 1,1	-	+ 0,4	- 1,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,6	- 0,0	Juli	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige		
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	-0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2022 Febr.	3 826,5	3 426,2	267,4	246,9	246,1	0,8	20,5	16,3	4,2	3 559,1	3 195,3
März	3 853,8	3 449,2	273,6	254,8	254,0	0,8	18,9	16,3	2,5	3 580,1	3 209,5
April	3 866,6	3 470,2	277,5	257,9	257,0	0,9	19,6	17,1	2,5	3 589,1	3 226,2
Mai	3 886,7	3 489,1	280,1	262,5	261,5	1,0	17,6	15,4	2,2	3 606,6	3 242,6
Juni	3 906,6	3 513,5	290,8	271,4	270,5	0,9	19,5	16,6	2,8	3 615,7	3 255,8
Juli	3 945,0	3 539,3	291,4	271,8	270,9	0,8	19,6	16,8	2,8	3 653,7	3 293,5
Aug.	3 976,0	3 574,4	305,0	287,3	286,4	0,8	17,7	14,7	3,1	3 671,0	3 314,3
Sept.	3 993,6	3 595,5	311,0	292,8	292,2	0,6	18,2	15,2	3,0	3 682,6	3 329,1
Okt.	4 014,1	3 611,8	308,7	288,9	288,4	0,5	19,9	16,1	3,8	3 705,3	3 347,5
Nov.	4 025,7	3 625,4	310,7	292,9	292,6	0,4	17,7	14,5	3,2	3 715,0	3 359,0
Dez.	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2023 Jan.	4 016,2	3 622,5	303,2	282,5	281,9	0,5	20,7	17,0	3,8	3 713,1	3 360,2
Febr.	4 030,2	3 629,5	297,8	279,9	279,2	0,7	18,0	15,8	2,2	3 732,4	3 371,2
März	4 030,5	3 634,8	305,0	285,1	284,4	0,7	19,9	16,3	3,6	3 725,5	3 369,3
April	4 032,5	3 641,3	304,1	283,3	282,8	0,6	20,8	18,2	2,6	3 728,4	3 374,4
Mai	4 039,0	3 650,6	299,7	281,0	280,2	0,8	18,7	17,4	1,3	3 739,3	3 388,0
Juni	4 042,1	3 645,7	300,3	280,5	279,6	0,9	19,8	17,8	2,0	3 741,8	3 388,7
Juli	4 048,7	3 653,9	299,4	277,4	276,6	0,9	21,9	19,6	2,3	3 749,3	3 395,5
Veränderungen *)											
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	- 0,1	- 4,9	- 2,8	- 2,1	+ 143,4	+ 157,9
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8
2022 Febr.	+ 15,1	+ 18,4	+ 6,2	+ 6,0	+ 5,8	+ 0,2	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 9,0	+ 14,9
März	+ 27,3	+ 23,0	+ 6,2	+ 7,9	+ 7,9	- 0,0	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	+ 21,0	+ 14,2
April	+ 13,1	+ 21,4	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 9,3	+ 17,0
Mai	+ 20,1	+ 18,8	+ 2,6	+ 4,6	+ 4,5	+ 0,0	- 2,0	- 1,7	- 0,3	+ 17,5	+ 16,4
Juni	+ 19,9	+ 24,5	+ 10,8	+ 8,9	+ 9,0	- 0,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,6	+ 9,1	+ 13,2
Juli	+ 36,1	+ 23,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 35,8	+ 35,6
Aug.	+ 30,9	+ 35,1	+ 13,7	+ 15,5	+ 15,5	+ 0,0	- 1,9	- 2,1	+ 0,3	+ 17,2	+ 20,8
Sept.	+ 16,5	+ 20,0	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,6	- 0,2	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	+ 11,7	+ 14,8
Okt.	+ 20,7	+ 16,6	- 2,0	- 3,6	- 3,5	- 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 22,7	+ 18,5
Nov.	+ 12,0	+ 13,9	+ 2,2	+ 4,4	+ 4,5	- 0,1	- 2,1	- 1,5	- 0,6	+ 9,7	+ 11,8
Dez.	- 9,6	- 11,7	- 13,9	- 12,8	- 12,7	- 0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	+ 4,2	+ 1,8
2023 Jan.	+ 0,6	+ 9,2	+ 6,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,2	+ 4,1	+ 2,6	+ 1,4	- 6,1	+ 0,3
Febr.	+ 13,3	+ 6,3	- 6,0	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 19,3	+ 11,0
März	+ 0,9	+ 6,0	+ 7,6	+ 5,7	+ 5,7	- 0,0	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,4	- 6,7	- 1,8
April	+ 2,1	+ 6,5	- 0,9	- 1,7	- 1,7	- 0,1	+ 0,9	+ 1,9	- 1,1	+ 3,0	+ 5,1
Mai	+ 6,5	+ 9,4	- 4,4	- 2,3	- 2,6	+ 0,3	- 2,1	- 0,8	- 1,2	+ 10,9	+ 13,6
Juni	+ 4,4	- 3,7	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 2,7	+ 0,9
Juli	+ 6,6	+ 8,3	- 1,0	- 3,1	- 3,1	- 0,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,2	+ 7,5	+ 6,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen						an öffentliche Haushalte							
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018	
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020	
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021	
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022	
2 935,4	313,8	2 621,6	259,9	24,6	363,8	228,5	13,9	214,5	135,4	–	1,1	2022 Febr.	
2 950,1	316,1	2 633,9	259,4	24,7	370,7	228,8	13,7	215,1	141,8	–	1,1	März	
2 966,8	317,3	2 649,5	259,4	24,9	362,9	229,5	13,7	215,8	133,5	–	1,0	April	
2 983,1	319,7	2 663,4	259,5	25,1	364,0	229,1	13,7	215,4	134,9	–	1,0	Mai	
2 998,2	322,2	2 675,9	257,6	25,0	360,0	228,2	13,6	214,6	131,7	–	1,0	Juni	
3 022,5	327,7	2 694,9	271,0	24,9	360,2	229,0	13,5	215,5	131,2	–	1,0	Juli	
3 044,6	335,4	2 709,1	269,8	24,9	356,6	228,7	13,5	215,2	127,9	–	1,0	Aug.	
3 058,8	339,5	2 719,3	270,2	24,8	353,5	229,3	13,8	215,4	124,3	–	1,0	Sept.	
3 077,4	344,8	2 732,7	270,1	24,8	357,8	229,9	13,8	216,1	127,9	–	1,0	Okt.	
3 086,6	344,9	2 741,7	272,4	24,8	356,0	231,7	13,9	217,8	124,3	–	1,0	Nov.	
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	Dez.	
3 090,3	349,9	2 740,4	269,9	24,6	352,9	233,4	13,8	219,5	119,5	–	1,0	2023 Jan.	
3 102,0	355,3	2 746,7	269,2	24,5	361,2	232,5	13,7	218,8	128,7	–	1,1	Febr.	
3 101,5	354,8	2 746,7	267,8	23,6	356,2	232,6	13,6	219,0	123,6	–	1,0	März	
3 107,6	355,6	2 752,0	266,8	23,6	354,0	232,7	13,9	218,8	121,2	–	1,0	April	
3 120,7	360,8	2 760,0	267,2	23,7	351,4	232,4	13,6	218,8	119,0	–	1,0	Mai	
3 117,4	360,0	2 757,5	271,3	23,3	353,1	230,9	13,4	217,6	122,2	–	1,0	Juni	
3 125,3	362,1	2 763,3	270,2	23,4	353,8	232,4	13,5	218,9	121,4	–	1,0	Juli	
Veränderungen *)													
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016	
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017	
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018	
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019	
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020	
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021	
+ 169,9	+ 33,5	+ 136,4	+ 14,9	– 0,1	– 15,7	+ 2,5	– 0,7	+ 3,3	– 18,2	–	– 0,0	2022	
+ 14,8	+ 1,0	+ 13,8	+ 0,1	+ 0,0	– 6,0	– 0,7	– 0,0	– 0,6	– 5,3	–	– 0,0	2022 Febr.	
+ 14,7	+ 2,3	+ 12,4	– 0,5	+ 0,1	+ 6,8	+ 0,4	– 0,2	+ 0,6	+ 6,5	–	– 0,0	März	
+ 17,0	+ 1,5	+ 15,6	– 0,0	+ 0,2	– 7,7	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	– 8,4	–	– 0,0	April	
+ 16,4	+ 2,5	+ 13,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,1	– 0,4	– 0,0	– 0,3	+ 1,4	–	– 0,0	Mai	
+ 15,1	+ 2,5	+ 12,6	– 1,9	– 0,1	– 4,1	– 0,9	– 0,0	– 0,8	– 3,2	–	– 0,0	Juni	
+ 22,5	+ 4,4	+ 18,1	+ 13,1	– 0,2	+ 0,2	+ 0,7	– 0,1	+ 0,8	– 0,5	–	– 0,0	Juli	
+ 22,0	+ 7,7	+ 14,3	– 1,2	– 0,0	– 3,6	– 0,2	– 0,0	– 0,2	– 3,3	–	+ 0,0	Aug.	
+ 14,3	+ 4,0	+ 10,4	+ 0,5	– 0,1	– 3,1	+ 0,5	– 0,2	+ 0,7	– 3,6	–	+ 0,0	Sept.	
+ 18,6	+ 5,3	+ 13,4	– 0,2	– 0,0	+ 4,2	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	+ 3,6	–	– 0,0	Okt.	
+ 9,4	+ 0,1	+ 9,3	+ 2,4	+ 0,0	– 2,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,4	– 3,6	–	+ 0,0	Nov.	
+ 0,3	+ 4,0	– 3,7	+ 1,6	– 0,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,4	–	– 0,0	Dez.	
+ 4,4	+ 1,2	+ 3,3	– 4,2	+ 0,0	– 6,4	– 0,3	– 0,3	– 0,0	– 6,1	–	– 0,0	2023 Jan.	
+ 11,7	+ 5,4	+ 6,4	– 0,7	– 0,1	+ 8,3	– 0,9	– 0,1	– 0,7	+ 9,2	–	+ 0,1	Febr.	
– 0,4	– 0,5	+ 0,0	– 1,4	– 0,3	– 4,8	+ 0,3	– 0,0	+ 0,3	– 5,1	–	– 0,0	März	
+ 6,1	+ 0,8	+ 5,3	– 1,0	+ 0,0	– 2,1	+ 0,1	+ 0,3	– 0,2	– 2,3	–	+ 0,0	April	
+ 13,2	+ 5,2	+ 8,0	+ 0,4	+ 0,1	– 2,7	– 0,4	– 0,3	– 0,0	– 2,3	–	– 0,0	Mai	
– 3,2	– 1,3	– 2,0	+ 4,1	– 0,3	+ 1,8	– 1,5	– 0,2	– 1,2	+ 3,2	–	– 0,0	Juni	
+ 8,0	+ 1,8	+ 6,2	– 1,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,3	– 0,8	–	– 0,0	Juli	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:													
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2021	3 147,5	1 591,4	1 678,2	1 373,0	305,2	1 701,5	477,2	146,1	128,3	98,0	140,4	55,9	55,6	186,3
2022 2.Vj.	3 268,7	1 636,4	1 731,4	1 412,8	318,5	1 784,8	494,5	160,2	132,6	104,4	153,4	57,0	56,4	200,2
3.Vj.	3 351,0	1 659,4	1 758,3	1 433,0	325,2	1 845,3	503,1	163,6	147,5	107,3	163,3	56,9	64,9	202,3
4.Vj.	3 365,3	1 676,5	1 773,9	1 448,0	325,8	1 852,2	509,1	160,0	137,7	108,8	155,1	56,3	65,2	211,9
2023 1.Vj.	3 385,9	1 687,3	1 779,0	1 457,3	321,7	1 872,4	512,9	162,8	138,1	110,9	157,5	56,1	63,1	222,8
2.Vj.	3 397,0	1 701,4	1 787,6	1 471,4	316,3	1 879,4	517,7	162,6	137,7	112,5	159,2	56,3	61,9	221,5
Kurzfristige Kredite														
2021	231,8	–	6,9	–	6,9	202,7	4,4	31,6	9,1	18,0	36,4	3,3	3,9	35,0
2022 2.Vj.	270,5	–	7,0	–	7,0	239,5	4,6	44,7	11,6	20,1	42,2	3,9	4,3	42,2
3.Vj.	292,2	–	7,4	–	7,4	260,7	4,9	46,2	24,4	21,1	45,3	3,6	4,2	42,2
4.Vj.	279,4	–	7,4	–	7,4	248,9	5,0	41,6	12,1	20,8	44,7	3,3	3,8	49,8
2023 1.Vj.	284,4	–	7,6	–	7,6	253,6	5,3	43,4	8,1	21,9	46,5	3,4	3,7	54,0
2.Vj.	279,6	–	7,6	–	7,6	248,9	5,4	42,3	7,7	22,6	46,8	3,8	3,6	50,4
Mittelfristige Kredite														
2021	314,5	–	40,5	–	40,5	239,5	20,6	28,3	5,4	19,3	20,8	4,3	12,3	52,0
2022 2.Vj.	322,2	–	42,0	–	42,0	249,2	22,2	29,1	5,8	21,0	22,3	4,3	13,3	53,7
3.Vj.	339,5	–	43,2	–	43,2	265,9	23,1	30,5	6,0	21,6	23,4	4,3	22,2	54,4
4.Vj.	348,7	–	43,4	–	43,4	275,8	23,5	31,2	6,5	22,2	24,3	4,1	23,0	56,2
2023 1.Vj.	354,8	–	42,8	–	42,8	283,5	23,7	32,5	9,2	22,4	24,8	4,1	21,0	59,3
2.Vj.	360,0	–	42,8	–	42,8	289,3	24,1	34,0	8,0	22,8	26,9	4,1	19,1	61,3
Langfristige Kredite														
2021	2 601,2	1 591,4	1 630,9	1 373,0	257,8	1 259,3	452,2	86,2	113,8	60,8	83,2	48,3	39,4	99,3
2022 2.Vj.	2 675,9	1 636,4	1 682,3	1 412,8	269,5	1 296,0	467,7	86,5	115,2	63,4	88,9	48,8	38,8	104,4
3.Vj.	2 719,3	1 659,4	1 707,6	1 433,0	274,6	1 318,6	475,1	86,8	117,1	64,7	94,6	49,0	38,6	105,6
4.Vj.	2 737,1	1 676,5	1 723,1	1 448,0	275,1	1 327,5	480,6	87,2	119,0	65,8	86,1	48,9	38,4	105,9
2023 1.Vj.	2 746,7	1 687,3	1 728,6	1 457,3	271,3	1 335,3	483,9	86,9	120,8	66,6	86,1	48,6	38,4	109,5
2.Vj.	2 757,5	1 701,4	1 737,2	1 471,4	265,9	1 341,2	488,2	86,3	122,1	67,1	85,5	48,5	39,2	109,7
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2022 2.Vj.	+ 65,0	+ 22,2	+ 29,9	+ 20,5	+ 9,4	+ 42,7	+ 9,1	+ 9,4	– 1,7	+ 3,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 7,1
3.Vj.	+ 79,0	+ 23,4	+ 26,9	+ 20,5	+ 6,4	+ 58,5	+ 8,6	+ 2,5	+ 14,9	+ 2,7	+ 9,6	– 0,1	+ 8,5	+ 2,0
4.Vj.	+ 16,5	+ 17,2	+ 15,4	+ 14,8	+ 0,6	+ 8,9	+ 5,9	– 3,2	– 9,9	+ 1,4	– 2,7	– 0,6	+ 0,3	+ 10,2
2023 1.Vj.	+ 20,4	+ 11,3	+ 4,8	+ 8,6	– 3,8	+ 19,9	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,1	– 0,2	– 2,1	+ 10,6
2.Vj.	+ 12,4	+ 11,5	+ 9,1	+ 11,5	– 2,4	+ 8,2	+ 5,3	– 0,1	– 0,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,2	– 0,9	– 0,2
Kurzfristige Kredite														
2022 2.Vj.	+ 16,6	–	+ 0,0	–	+ 0,0	+ 15,4	+ 0,1	+ 8,2	– 2,4	+ 0,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 4,2
3.Vj.	+ 20,2	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 19,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 12,8	+ 0,9	+ 2,8	– 0,3	– 0,2	+ 0,1
4.Vj.	– 11,8	–	– 0,0	–	– 0,0	– 10,8	+ 0,1	– 4,3	– 12,3	– 0,3	– 0,5	– 0,3	– 0,3	+ 7,8
2023 1.Vj.	+ 4,7	–	+ 0,2	–	+ 0,2	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8	– 4,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,2	– 0,1	+ 3,9
2.Vj.	– 3,7	–	– 0,0	–	– 0,0	– 3,6	+ 0,1	– 1,1	– 0,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	– 0,0	– 2,4
Mittelfristige Kredite														
2022 2.Vj.	+ 6,4	–	+ 1,2	–	+ 1,2	+ 7,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,9
3.Vj.	+ 16,1	–	+ 0,9	–	+ 0,9	+ 16,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,1	– 0,0	+ 8,9	+ 0,8
4.Vj.	+ 9,3	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 10,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	– 0,1	+ 0,8	+ 1,9
2023 1.Vj.	+ 6,1	–	– 0,5	–	– 0,5	+ 7,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,5	– 0,1	– 2,0	+ 3,0
2.Vj.	+ 4,7	–	– 0,0	–	– 0,0	+ 5,4	+ 0,4	+ 1,6	– 1,3	+ 0,4	+ 2,0	– 0,0	– 1,6	+ 2,1
Langfristige Kredite														
2022 2.Vj.	+ 42,0	+ 22,2	+ 28,7	+ 20,5	+ 8,1	+ 19,9	+ 7,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,3	– 0,3	+ 2,1
3.Vj.	+ 42,7	+ 23,4	+ 25,7	+ 20,5	+ 5,2	+ 22,6	+ 7,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,3	+ 5,7	+ 0,3	– 0,2	+ 1,2
4.Vj.	+ 19,0	+ 17,2	+ 15,3	+ 14,8	+ 0,5	+ 9,7	+ 5,3	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,1	– 3,1	– 0,1	– 0,2	+ 0,5
2023 1.Vj.	+ 9,6	+ 11,3	+ 5,1	+ 8,6	– 3,5	+ 7,6	+ 2,9	– 0,3	+ 1,7	+ 0,8	– 0,2	– 0,3	– 0,0	+ 3,7
2.Vj.	+ 11,3	+ 11,5	+ 9,1	+ 11,5	– 2,4	+ 6,4	+ 4,8	– 0,6	+ 1,3	+ 0,5	– 0,5	– 0,1	+ 0,8	+ 0,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen

ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					zusammen	Ratenkredite 3)	Debet-salden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensions-konten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
890,8	308,6	63,8	207,9	483,8	48,3	1 429,3	1 196,6	232,7	184,1	6,9	16,7	4,4	2021	
920,4	322,8	68,0	211,5	494,9	49,4	1 467,0	1 232,4	234,6	184,6	7,3	16,9	4,5	2022 2.Vj.	
939,6	329,1	71,2	215,5	500,0	54,1	1 488,6	1 250,6	238,0	187,3	7,5	17,1	4,6	3.Vj.	
957,4	334,0	79,9	218,2	501,7	54,1	1 495,8	1 260,1	235,7	185,9	7,1	17,3	4,6	4.Vj.	
961,2	336,3	78,6	220,4	503,4	54,2	1 496,2	1 261,4	234,7	185,5	7,3	17,4	4,7	2023 1.Vj.	
967,7	340,4	78,1	220,8	504,3	55,0	1 500,1	1 265,2	234,9	186,0	7,3	17,5	4,7	2.Vj.	
65,5	14,5	13,0	10,0	19,7	3,8	28,6	2,5	26,1	1,4	6,9	0,5	0,0	2021	
70,5	15,9	13,7	11,1	20,8	4,5	30,3	2,5	27,9	1,7	7,3	0,7	0,0	2022 2.Vj.	
73,8	15,8	14,9	11,2	20,9	5,3	30,8	2,5	28,3	1,7	7,5	0,6	0,0	3.Vj.	
73,0	16,1	15,6	10,8	20,4	5,0	29,9	2,4	27,5	1,7	7,1	0,6	-	4.Vj.	
72,5	16,5	14,9	11,6	21,0	5,3	30,2	2,3	27,9	2,1	7,3	0,6	-	2023 1.Vj.	
71,7	16,5	14,2	11,0	21,0	6,7	30,1	2,2	27,9	2,3	7,3	0,6	-	2.Vj.	
97,0	23,1	15,2	27,1	30,0	3,3	74,4	19,8	54,6	50,6	-	0,6	0,1	2021	
99,8	24,1	17,1	26,6	29,9	3,2	72,5	19,8	52,7	48,6	-	0,5	0,1	2022 2.Vj.	
103,6	25,2	17,7	27,5	30,4	6,4	73,0	20,1	52,9	48,7	-	0,5	0,1	3.Vj.	
108,2	25,4	20,1	28,4	30,1	6,5	72,3	19,8	52,5	48,0	-	0,6	0,1	4.Vj.	
110,3	25,3	21,4	29,0	30,3	6,4	70,8	19,0	51,8	47,3	-	0,5	0,1	2023 1.Vj.	
113,1	25,9	22,0	29,5	30,9	6,2	70,1	18,6	51,5	46,9	-	0,6	0,1	2.Vj.	
728,4	271,1	35,6	170,8	434,1	41,3	1 326,3	1 174,3	152,0	132,1	-	15,6	4,3	2021	
750,0	282,8	37,3	173,8	444,2	41,7	1 364,2	1 210,1	154,1	134,4	-	15,7	4,4	2022 2.Vj.	
762,2	288,0	38,5	176,7	448,7	42,5	1 384,8	1 228,0	156,7	137,0	-	15,9	4,5	3.Vj.	
776,2	292,6	44,2	179,0	451,1	42,6	1 393,5	1 237,9	155,6	136,2	-	16,1	4,6	4.Vj.	
778,4	294,6	42,4	179,7	452,1	42,5	1 395,1	1 240,1	155,1	136,1	-	16,3	4,6	2023 1.Vj.	
782,8	298,0	41,9	180,3	452,3	42,1	1 399,9	1 244,4	155,5	136,8	-	16,3	4,6	2.Vj.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 14,4	+ 7,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 5,8	+ 0,4	+ 22,2	+ 20,8	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	2022 2.Vj.	
+ 18,3	+ 6,2	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,3	+ 0,2	+ 20,4	+ 18,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.	
+ 13,3	+ 4,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,1	- 0,1	+ 7,5	+ 9,5	- 2,0	- 1,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.	
+ 4,1	+ 2,5	- 1,4	+ 2,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,3	- 0,8	- 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	2023 1.Vj.	
+ 6,2	+ 4,1	- 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,1	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 0,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 1,4	+ 0,6	- 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	2022 2.Vj.	
+ 3,1	- 0,0	+ 1,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	-	3.Vj.	
- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,4	- 0,1	- 0,0	4.Vj.	
- 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	-	-	2023 1.Vj.	
- 1,0	+ 0,0	- 0,8	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	-	2.Vj.	
+ 3,0	+ 1,3	+ 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2022 2.Vj.	
+ 3,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 4,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
+ 2,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 1,6	- 0,8	- 0,7	- 0,7	-	- 0,0	-	2023 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	2.Vj.	
+ 10,0	+ 5,5	+ 0,3	+ 1,8	+ 5,4	+ 0,3	+ 22,0	+ 20,8	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,1	+ 0,1	2022 2.Vj.	
+ 12,0	+ 5,2	+ 1,2	+ 2,9	+ 4,3	+ 0,3	+ 20,0	+ 18,2	+ 1,7	+ 1,7	-	+ 0,2	+ 0,1	3.Vj.	
+ 9,3	+ 4,6	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,1	+ 9,1	+ 9,9	- 0,9	- 0,7	-	+ 0,2	+ 0,1	4.Vj.	
+ 2,1	+ 2,2	- 2,0	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	+ 1,9	+ 2,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	2023 1.Vj.	
+ 4,9	+ 3,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 4,8	+ 4,3	+ 0,5	+ 0,7	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite.
2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)		
2020	3 885,2	2 513,0	783,3	188,9	594,4	47,9	546,5	560,6	28,3	34,4	14,4	0,1			
2021	3 976,3	2 654,6	736,0	161,0	574,9	49,7	525,2	561,2	24,5	34,2	17,1	1,3			
2022	4 162,0	2 720,6	873,5	314,8	558,7	50,5	508,2	533,2	34,6	35,9	18,5	3,9			
2022 Aug.	4 134,3	2 766,8	792,0	226,8	565,1	50,4	514,7	550,6	25,0	33,0	17,5	1,4			
Sept.	4 149,9	2 755,6	823,1	263,8	559,3	45,5	513,8	545,2	25,9	33,2	18,3	1,0			
Okt.	4 168,4	2 748,7	849,3	290,1	559,3	45,6	513,7	542,2	28,1	33,6	18,3	1,6			
Nov.	4 205,6	2 767,9	869,3	309,6	559,7	46,8	512,9	536,9	31,5	34,8	18,4	4,4			
Dez.	4 162,0	2 720,6	873,5	314,8	558,7	50,5	508,2	533,2	34,6	35,9	18,5	3,9			
2023 Jan.	4 199,7	2 722,8	913,5	351,2	562,3	52,1	510,2	522,7	40,6	36,9	18,6	2,1			
Febr.	4 197,1	2 687,7	947,9	381,5	566,4	54,2	512,3	516,0	45,5	37,2	18,7	2,9			
März	4 167,4	2 639,8	968,6	402,4	566,3	55,7	510,6	507,2	51,7	36,4	18,7	3,3			
April	4 167,3	2 632,0	978,5	408,7	569,7	59,4	510,3	498,6	58,3	36,5	18,9	3,0			
Mai	4 172,9	2 623,9	993,0	419,3	573,6	61,7	511,9	490,6	65,4	36,6	20,4	4,1			
Juni	4 176,3	2 600,9	1 020,0	445,4	574,6	64,4	510,2	483,3	72,1	36,5	20,3	2,8			
Juli	4 180,1	2 582,2	1 042,8	468,5	574,3	65,8	508,5	475,9	79,1	36,7	19,9	3,5			
Veränderungen *)															
2021	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	- 27,3	- 18,9	+ 1,5	- 20,5	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	+ 2,7	+ 1,2			
2022	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	+ 152,5	- 9,1	+ 0,6	- 9,7	- 27,5	+ 10,1	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,6			
2022 Aug.	+ 48,1	+ 37,8	+ 11,8	+ 13,1	- 1,3	- 0,4	- 0,9	- 2,4	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2			
Sept.	+ 15,6	- 11,4	+ 31,3	+ 37,0	- 5,7	- 4,9	- 0,8	- 5,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	- 0,4			
Okt.	+ 17,4	- 8,0	+ 26,2	+ 26,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 3,1	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,5			
Nov.	+ 45,3	+ 20,9	+ 26,3	+ 18,7	+ 7,7	+ 1,3	+ 6,4	- 5,3	+ 3,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 2,9			
Dez.	- 43,4	- 47,1	+ 4,2	+ 5,2	- 1,0	+ 3,7	- 4,7	- 3,7	+ 3,2	+ 1,1	+ 0,0	- 0,6			
2023 Jan.	+ 37,6	- 2,9	+ 40,0	+ 36,4	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,0	- 5,5	+ 6,0	+ 1,0	+ 0,1	- 1,8			
Febr.	- 2,5	- 35,0	+ 34,4	+ 30,3	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,0	- 6,7	+ 4,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,8			
März	- 29,6	- 47,3	+ 20,2	+ 20,3	- 0,1	+ 1,5	- 1,6	- 8,7	+ 6,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,3			
April	- 0,1	- 7,9	+ 9,8	+ 6,4	+ 3,4	+ 3,7	- 0,3	- 8,6	+ 6,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2			
Mai	+ 5,6	- 7,9	+ 14,5	+ 10,5	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,6	- 8,0	+ 7,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,1			
Juni	+ 2,3	- 23,0	+ 26,0	+ 25,4	+ 0,7	+ 2,4	- 1,7	- 7,3	+ 6,7	- 0,1	- 0,1	- 1,3			
Juli	+ 3,8	- 18,7	+ 22,9	+ 23,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,7	- 7,3	+ 7,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7			
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)		
2020	229,5	80,1	143,0	59,6	83,5	20,9	62,6	2,7	3,7	25,4	2,1	-			
2021	210,1	82,4	121,9	42,0	79,9	23,8	56,1	2,5	3,3	25,8	2,0	1,0			
2022	279,8	82,5	191,6	106,8	84,9	23,1	61,7	2,0	3,7	27,3	1,9	2,4			
2022 Aug.	272,6	89,1	177,8	96,2	81,5	24,8	56,7	2,4	3,4	25,5	1,9	-			
Sept.	273,0	86,6	180,6	104,6	76,0	20,0	56,1	2,3	3,5	25,7	1,9	-			
Okt.	271,2	86,8	178,6	101,2	77,4	19,6	57,8	2,3	3,5	25,7	1,9	-			
Nov.	304,5	106,0	192,8	109,6	83,2	20,8	62,4	2,1	3,7	26,6	1,9	2,4			
Dez.	279,8	82,5	191,6	106,8	84,9	23,1	61,7	2,0	3,7	27,3	1,9	2,4			
2023 Jan.	299,4	94,5	199,3	114,4	84,9	23,1	61,8	1,8	3,8	27,5	1,9	0,3			
Febr.	317,8	101,4	211,0	123,3	87,6	23,9	63,8	1,7	3,8	27,5	1,9	1,3			
März	308,9	92,6	211,0	123,9	87,1	23,4	63,7	1,6	3,8	26,8	1,9	1,1			
April	295,1	85,4	204,4	116,3	88,1	24,7	63,4	1,5	3,8	26,8	1,9	1,4			
Mai	300,1	92,2	202,7	115,0	87,7	24,3	63,4	1,3	3,9	26,8	1,9	1,7			
Juni	308,1	95,9	207,0	119,2	87,7	24,2	63,5	1,2	4,0	26,6	1,8	0,5			
Juli	298,4	85,7	207,6	121,2	86,4	23,0	63,4	1,1	4,0	26,7	1,8	0,8			
Veränderungen *)															
2021	- 17,9	+ 3,4	- 20,8	- 17,7	- 3,0	+ 2,9	- 6,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,0			
2022	+ 69,1	+ 0,2	+ 69,2	+ 64,7	+ 4,5	- 0,9	+ 5,4	- 0,6	+ 0,3	+ 1,5	- 0,1	+ 1,4			
2022 Aug.	+ 14,3	+ 11,1	+ 3,2	+ 3,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	-			
Sept.	+ 0,4	- 2,4	+ 2,8	+ 8,3	- 5,5	- 4,9	- 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	-			
Okt.	- 1,9	+ 0,2	- 2,1	- 3,4	+ 1,3	- 0,4	+ 1,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-			
Nov.	+ 33,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 8,3	+ 5,6	+ 1,0	+ 4,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,8	- 0,0	+ 2,4			
Dez.	- 24,7	- 23,5	- 1,1	- 2,8	+ 1,7	+ 2,4	- 0,7	- 0,1	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	-			
2023 Jan.	+ 19,7	+ 11,9	+ 7,7	+ 7,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 2,1			
Febr.	+ 18,3	+ 6,8	+ 11,6	+ 8,9	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,9	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,1			
März	- 8,9	- 8,8	- 0,1	+ 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2			
April	- 14,1	- 7,1	- 6,9	- 7,9	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,2			
Mai	+ 5,0	+ 6,6	- 1,6	- 1,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,4			
Juni	+ 8,0	+ 3,8	+ 4,2	+ 4,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,3			
Juli	- 9,7	- 10,2	+ 0,6	+ 1,9	- 1,3	- 1,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,4			

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2020	3 655,7	2 432,9	640,3	129,3	511,0	27,0	483,9	557,9	24,6	9,0	12,3	0,1		
2021	3 766,2	2 572,2	614,1	119,0	495,0	25,9	469,2	558,7	21,2	8,4	15,1	0,3		
2022	3 882,2	2 638,1	681,9	208,0	473,9	27,4	446,5	531,2	31,0	8,6	16,6	1,5		
2022 Aug.	3 861,7	2 677,7	614,2	130,6	483,6	25,6	458,0	548,2	21,6	7,5	15,6	1,4		
Sept.	3 876,9	2 669,0	642,5	159,2	483,3	25,5	457,7	542,9	22,5	7,5	16,3	1,0		
Okt.	3 897,2	2 661,9	670,8	188,9	481,9	25,9	455,9	539,9	24,6	7,9	16,4	1,6		
Nov.	3 901,1	2 661,9	676,5	200,0	476,5	26,0	450,5	534,8	27,8	8,3	16,4	2,1		
Dez.	3 882,2	2 638,1	681,9	208,0	473,9	27,4	446,5	531,2	31,0	8,6	16,6	1,5		
2023 Jan.	3 900,2	2 628,3	714,2	236,8	477,4	29,0	448,4	520,9	36,8	9,4	16,7	1,9		
Febr.	3 879,3	2 586,4	737,0	258,2	478,8	30,3	448,5	514,3	41,7	9,7	16,8	1,6		
März	3 858,5	2 547,3	757,6	278,4	479,2	32,3	446,9	505,7	47,9	9,7	16,9	2,2		
April	3 872,2	2 546,5	774,1	292,5	481,6	34,7	446,9	497,1	54,5	9,7	17,0	1,7		
Mai	3 872,8	2 531,8	790,2	304,3	485,9	37,4	448,5	489,2	61,5	9,8	18,5	2,4		
Juni	3 868,2	2 505,0	813,1	326,1	486,9	40,2	446,7	482,0	68,1	9,9	18,5	2,3		
Juli	3 881,7	2 496,5	835,2	347,3	487,9	42,8	445,1	474,9	75,1	10,0	18,0	2,7		
Veränderungen *)														
2021	+ 113,2	+ 140,9	- 25,5	- 9,6	- 15,9	- 1,4	- 14,5	+ 0,9	- 3,1	- 0,6	+ 2,8	+ 0,2		
2022	+ 122,7	+ 65,6	+ 74,2	+ 87,8	- 13,6	+ 1,4	- 15,1	- 27,0	+ 9,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,3		
2022 Aug.	+ 33,8	+ 26,7	+ 8,6	+ 9,8	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 2,4	+ 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2		
Sept.	+ 15,1	- 8,9	+ 28,5	+ 28,7	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 5,3	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,8	- 0,4		
Okt.	+ 19,2	- 8,2	+ 28,3	+ 29,7	- 1,4	+ 0,4	- 1,8	- 3,0	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,5		
Nov.	+ 12,2	+ 1,7	+ 12,4	+ 10,3	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,8	- 5,1	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5		
Dez.	- 18,7	- 23,7	+ 5,4	+ 8,0	- 2,7	+ 1,4	- 4,0	- 3,6	+ 3,2	+ 0,3	+ 0,0	- 0,6		
2023 Jan.	+ 17,9	- 14,9	+ 32,3	+ 28,7	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,9	- 5,3	+ 5,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3		
Febr.	- 20,8	- 41,9	+ 22,8	+ 21,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	- 6,6	+ 4,9	+ 0,3	+ 0,2	- 0,3		
März	- 20,7	- 38,5	+ 20,3	+ 19,7	+ 0,6	+ 2,0	- 1,4	- 8,6	+ 6,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,5		
April	+ 14,0	- 0,7	+ 16,7	+ 14,3	+ 2,4	+ 2,4	- 0,0	- 8,5	+ 6,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		
Mai	+ 0,6	- 14,6	+ 16,1	+ 11,8	+ 4,3	+ 2,7	+ 1,6	- 7,9	+ 7,1	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,7		
Juni	- 5,6	- 26,8	+ 21,8	+ 21,1	+ 0,7	+ 2,4	- 1,8	- 7,2	+ 6,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1		
Juli	+ 13,6	- 8,5	+ 22,2	+ 21,2	+ 1,0	+ 2,6	- 1,6	- 7,2	+ 7,0	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2020	1 116,1	719,1	381,7	89,2	292,5	15,0	277,5	5,8	9,4	2,3	9,7	0,1		
2021	1 142,7	765,1	364,3	87,4	276,9	15,8	261,1	5,3	8,0	2,3	12,2	0,3		
2022	1 193,5	783,4	397,1	140,8	256,3	16,8	239,5	4,4	8,6	1,9	13,5	1,5		
2022 Aug.	1 205,4	826,9	365,4	96,1	269,3	16,8	252,4	5,1	8,0	1,9	12,6	1,4		
Sept.	1 215,7	815,8	386,8	117,9	268,9	16,6	252,3	5,0	8,1	1,9	13,4	1,0		
Okt.	1 232,8	809,3	410,4	143,0	267,4	16,7	250,7	4,9	8,2	1,9	13,3	1,6		
Nov.	1 223,9	805,3	405,5	144,1	261,4	16,2	245,1	4,7	8,4	1,9	13,3	2,1		
Dez.	1 193,5	783,4	397,1	140,8	256,3	16,8	239,5	4,4	8,6	1,9	13,5	1,5		
2023 Jan.	1 220,2	792,5	414,7	156,8	257,9	17,1	240,8	4,3	8,7	2,0	13,5	1,9		
Febr.	1 199,2	761,5	424,4	166,8	257,6	17,0	240,6	4,3	9,1	2,0	13,6	1,6		
März	1 192,4	749,3	429,7	174,1	255,5	16,8	238,8	4,1	9,3	1,9	13,6	2,2		
April	1 190,6	743,1	433,9	178,0	255,9	17,4	238,6	4,0	9,6	2,0	13,7	1,7		
Mai	1 189,3	742,5	433,2	175,7	257,5	17,9	239,6	3,9	9,7	2,0	15,2	2,4		
Juni	1 181,8	726,7	441,4	185,1	256,2	18,3	237,9	3,8	9,9	2,0	15,1	2,3		
Juli	1 188,8	727,3	447,7	192,5	255,1	18,6	236,5	3,7	10,1	2,1	14,6	2,7		
Veränderungen *)														
2021	+ 28,5	+ 47,1	- 16,8	- 1,2	- 15,7	+ 0,5	- 16,2	- 0,5	- 1,3	+ 0,0	+ 2,6	+ 0,2		
2022	+ 56,2	+ 17,7	+ 38,8	+ 52,1	- 13,3	+ 1,0	- 14,3	- 0,9	+ 0,6	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3		
2022 Aug.	+ 36,6	+ 29,9	+ 6,6	+ 7,6	- 1,0	- 0,7	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2		
Sept.	+ 10,2	- 11,4	+ 21,6	+ 21,8	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,7	- 0,4		
Okt.	+ 16,0	- 7,6	+ 23,6	+ 25,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5		
Nov.	- 0,5	- 2,3	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 0,3	+ 1,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5		
Dez.	- 30,3	- 21,7	+ 8,5	- 3,3	- 5,2	+ 0,6	- 5,7	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,6		
2023 Jan.	+ 26,5	+ 9,0	+ 17,4	+ 15,9	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3		
Febr.	- 21,0	- 31,0	+ 9,7	+ 10,0	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
März	- 6,6	- 11,8	+ 5,1	+ 6,9	- 1,8	- 0,2	- 1,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,5		
April	- 1,6	- 6,2	+ 4,5	+ 4,1	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		
Mai	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 2,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,7		
Juni	- 8,5	- 15,9	+ 7,3	+ 8,9	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,1		
Juli	+ 7,1	+ 0,6	+ 6,4	+ 7,4	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,5	+ 0,3		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2020	2 539,5	1 713,8	1 672,7	291,1	1 215,4	166,2	41,1	258,6	245,1	19,3	190,5	35,2	
2021	2 623,6	1 807,1	1 762,4	308,6	1 288,4	165,4	44,7	249,8	237,8	18,2	185,6	33,9	
2022	2 688,7	1 854,7	1 809,9	307,3	1 342,5	160,1	44,8	284,8	268,7	31,2	200,5	37,1	
2023 Febr.	2 680,1	1 824,9	1 780,9	300,0	1 325,3	155,6	44,0	312,6	295,4	38,1	218,1	39,2	
März	2 666,0	1 798,0	1 754,4	290,0	1 310,9	153,5	43,5	328,0	309,7	42,2	227,2	40,2	
April	2 681,6	1 803,5	1 761,0	291,7	1 315,1	154,3	42,4	340,2	321,6	45,2	235,5	40,9	
Mai	2 683,5	1 789,3	1 746,6	290,0	1 304,9	151,7	42,7	357,0	337,2	48,7	246,6	41,9	
Juni	2 686,4	1 778,3	1 736,0	282,4	1 302,6	151,1	42,3	371,7	351,9	52,1	256,8	43,1	
Juli	2 692,8	1 769,2	1 728,2	285,8	1 293,2	149,1	41,0	387,5	367,2	56,1	267,2	43,9	
Veränderungen *)													
2021	+ 84,7	+ 93,8	+ 90,3	+ 17,3	+ 73,7	- 0,6	+ 3,5	- 8,6	- 7,2	- 1,1	- 4,7	- 1,3	
2022	+ 66,5	+ 48,0	+ 47,8	- 1,5	+ 54,1	- 4,7	+ 0,1	+ 35,4	+ 31,4	+ 12,9	+ 17,2	+ 1,2	
2023 Febr.	+ 0,1	- 10,9	- 10,9	- 5,3	- 4,1	- 1,5	- 0,0	+ 13,1	+ 12,5	+ 3,6	+ 8,0	+ 0,9	
März	- 14,1	- 26,8	- 26,3	- 10,4	- 14,4	- 1,5	- 0,5	+ 15,2	+ 14,1	+ 4,0	+ 9,1	+ 1,0	
April	+ 15,6	+ 5,5	+ 6,6	+ 1,6	+ 4,1	+ 0,9	- 1,1	+ 12,2	+ 11,9	+ 3,0	+ 8,2	+ 0,8	
Mai	+ 1,9	- 14,1	- 14,4	- 1,8	- 10,3	- 2,4	+ 0,3	+ 16,8	+ 15,5	+ 3,5	+ 11,1	+ 1,0	
Juni	+ 2,9	- 10,9	- 10,4	- 7,6	- 2,2	- 0,6	- 0,5	+ 14,5	+ 14,7	+ 3,3	+ 10,1	+ 1,3	
Juli	+ 6,5	- 9,1	- 7,9	+ 3,4	- 9,3	- 1,9	- 1,2	+ 15,8	+ 15,3	+ 4,0	+ 10,4	+ 0,9	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2020	229,5	48,6	4,8	7,2	36,5	0,0	11,3	46,5	21,2	11,4	13,2	0,7	14,1
2021	210,1	43,5	4,2	3,2	36,0	0,1	11,7	47,4	21,7	13,8	11,3	0,6	14,1
2022	279,8	66,8	7,9	24,2	34,6	0,1	11,4	53,8	17,1	25,2	10,9	0,5	15,9
2023 Febr.	317,8	82,5	16,4	29,5	36,6	0,0	11,4	70,3	24,2	34,2	11,4	0,5	16,1
März	308,9	73,3	13,4	23,3	36,6	0,0	11,4	67,7	22,7	33,5	11,1	0,5	15,4
April	295,1	65,9	10,3	19,2	36,4	0,0	11,4	61,6	18,2	32,1	10,9	0,5	15,4
Mai	300,1	62,4	9,7	16,4	36,2	0,0	11,4	59,5	18,6	29,6	10,8	0,5	15,5
Juni	308,1	64,0	13,8	13,8	36,5	0,0	11,1	70,0	23,9	34,9	10,7	0,5	15,5
Juli	298,4	61,5	11,6	13,5	36,3	0,0	11,1	68,6	21,6	36,0	10,7	0,4	15,5
Veränderungen *)													
2021	- 17,9	- 5,0	- 0,5	- 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,3	- 1,8	- 0,1	+ 0,0
2022	+ 69,1	+ 23,0	+ 3,5	+ 20,9	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 6,4	- 4,6	+ 11,3	- 0,3	- 0,1	+ 1,8
2023 Febr.	+ 18,3	+ 8,7	+ 0,9	+ 5,8	+ 2,0	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 2,0	+ 2,9	- 0,2	- 0,0	+ 0,0
März	- 8,9	- 9,2	- 3,0	- 6,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,5	- 1,4	- 0,7	- 0,4	- 0,0	- 0,0
April	- 14,1	- 7,4	- 3,1	- 4,0	- 0,2	-	- 0,0	- 6,4	- 4,5	- 1,7	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0
Mai	+ 5,0	- 3,5	- 0,5	- 2,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	+ 0,5	- 2,5	- 0,1	- 0,0	+ 0,1
Juni	+ 8,0	+ 1,6	+ 4,1	- 2,7	+ 0,2	-	- 0,2	+ 10,5	+ 5,3	+ 5,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0
Juli	- 9,7	- 2,5	- 2,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,0	- 1,3	- 2,3	+ 1,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Nachrichtlich:			
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		Verbindlichkeiten aus Repos								
		zusammen	darunter:						Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾		
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
13,5	40,1	218,5	12,0	206,5	552,0	545,7	6,3	15,1	6,7	2,7	-	2020
12,0	31,7	218,1	10,1	208,0	553,4	547,2	6,2	13,2	6,1	2,8	-	2021
16,0	67,2	217,5	10,6	206,9	526,8	521,8	5,1	22,4	6,8	3,1	-	2022
17,2	91,4	221,3	13,3	207,9	510,0	505,2	4,8	32,6	7,8	3,2	-	2023 Febr.
18,3	104,3	223,7	15,5	208,2	501,5	496,9	4,6	38,6	7,8	3,3	-	März
18,6	114,5	225,7	17,3	208,4	493,1	488,6	4,5	44,9	7,7	3,3	-	April
19,9	128,7	228,4	19,5	208,8	485,3	481,0	4,4	51,8	7,7	3,3	-	Mai
19,7	141,0	230,7	21,9	208,8	478,2	474,0	4,2	58,2	7,8	3,4	-	Juni
20,3	154,8	232,7	24,1	208,6	471,1	467,1	4,0	65,0	7,9	3,4	-	Juli
Veränderungen ^{*)}												
- 1,4	- 8,4	- 0,2	- 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	- 0,1	- 1,9	- 0,6	+ 0,2	-	2021
+ 4,0	+ 35,7	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 26,1	- 25,0	- 1,1	+ 9,2	+ 0,7	+ 0,3	-	2022
+ 0,6	+ 11,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,4	- 6,6	- 6,5	- 0,1	+ 4,5	+ 0,3	+ 0,0	-	2023 Febr.
+ 1,1	+ 12,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,2	- 8,5	- 8,3	- 0,2	+ 5,9	- 0,0	+ 0,0	-	März
+ 0,3	+ 10,2	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2	- 8,4	- 8,3	- 0,1	+ 6,3	- 0,0	+ 0,0	-	April
+ 1,3	+ 14,1	+ 2,7	+ 2,2	+ 0,5	- 7,8	- 7,6	- 0,2	+ 7,0	- 0,0	+ 0,0	-	Mai
- 0,1	+ 12,2	+ 2,3	+ 2,4	- 0,1	- 7,1	- 7,0	- 0,1	+ 6,3	+ 0,1	+ 0,0	-	Juni
+ 0,6	+ 13,8	+ 2,1	+ 2,3	- 0,2	- 7,1	- 6,9	- 0,2	+ 6,8	+ 0,1	+ 0,0	-	Juli

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
68,5	43,2	8,0	12,4	4,9	0,0	66,0	10,9	32,9	21,4	0,8	-	2020
70,9	48,5	6,0	12,0	4,4	0,0	48,3	8,0	19,0	20,5	0,8	-	2021
80,0	49,2	12,5	13,8	4,4	0,0	79,2	8,3	44,9	25,5	0,6	-	2022
76,6	42,9	15,4	14,0	4,3	0,0	88,5	17,9	44,3	25,7	0,7	-	2023 Febr.
73,9	39,1	16,6	14,0	4,2	0,0	94,0	17,4	50,5	25,4	0,7	-	März
73,6	38,7	16,8	14,1	4,0	0,0	94,0	18,4	48,2	26,7	0,7	-	April
80,2	43,7	18,2	14,3	4,0	0,0	98,1	20,1	50,8	26,4	0,8	-	Mai
75,1	38,3	18,6	14,1	4,0	0,0	99,0	19,9	51,9	26,4	0,7	-	Juni
70,8	34,3	18,5	14,2	3,9	0,0	97,4	18,2	53,2	25,3	0,7	-	Juli
Veränderungen ^{*)}												
+ 2,8	+ 5,6	- 2,0	- 0,2	- 0,5	-	- 16,8	- 2,2	- 13,9	- 0,6	+ 0,1	-	2021
+ 10,2	+ 0,9	+ 7,9	+ 1,3	+ 0,1	-	+ 29,6	+ 0,3	+ 24,5	+ 4,9	- 0,2	-	2022
+ 5,2	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,1	- 0,1	-	- 0,3	+ 0,5	- 1,6	+ 0,8	- 0,0	-	2023 Febr.
- 2,6	- 3,8	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	-	+ 5,4	- 0,5	+ 6,2	- 0,3	+ 0,0	-	März
- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	-	- 0,1	+ 1,0	- 2,3	+ 1,3	- 0,0	-	April
+ 6,5	+ 5,0	+ 1,4	+ 0,2	- 0,1	-	+ 4,1	+ 1,7	+ 2,6	- 0,3	+ 0,0	-	Mai
- 5,1	- 5,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	-	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	-	Juni
- 4,3	- 4,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	-	- 1,6	- 1,7	+ 1,3	- 1,2	- 0,0	-	Juli

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundesseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit",

Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an				
	insgesamt	von Inländern				von Ausländern			Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
		zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist			zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2020	566,8	560,6	533,3	288,0	27,3	18,0	6,3	5,7	1,8	30,2	28,3	22,1	1,9
2021	567,1	561,2	537,1	269,0	24,1	14,8	5,9	5,4	1,5	24,7	24,5	19,5	0,2
2022	538,5	533,2	510,3	254,2	22,9	14,2	5,3	4,8	1,4	34,9	34,6	20,8	0,2
2023 März	512,3	507,2	480,6	229,4	26,7	18,4	5,0	4,5	0,1	52,1	51,7	22,9	0,4
April	503,5	498,6	470,4	214,3	28,2	20,1	4,9	4,4	0,1	58,7	58,3	23,7	0,4
Mai	495,5	490,6	460,2	210,0	30,4	22,3	4,9	4,3	0,1	65,9	65,4	24,5	0,5
Juni	488,1	483,3	450,2	206,0	33,0	25,1	4,8	4,2	0,1	72,6	72,1	25,4	0,5
Juli	480,7	475,9	439,9	202,7	36,0	28,2	4,8	4,2	0,1	79,7	79,1	26,1	0,6
Veränderungen *)													
2021	+ 0,3	+ 0,7	+ 3,9	- 18,5	- 3,2	- 3,2	- 0,4	- 0,3	.	- 5,2	- 3,5	- 2,3	- 1,7
2022	- 28,1	- 27,5	- 26,4	- 14,6	- 1,2	- 0,6	- 0,6	- 0,6	.	+ 10,2	+ 10,1	+ 1,3	+ 0,1
2023 März	- 8,8	- 8,7	- 10,3	- 3,9	+ 1,6	+ 1,7	- 0,1	- 0,1	.	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,8	+ 0,0
April	- 8,7	- 8,6	- 10,1	- 4,7	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	- 0,1	.	+ 6,6	+ 6,6	+ 0,8	+ 0,0
Mai	- 8,1	- 8,0	- 10,2	- 4,2	+ 2,2	+ 2,2	- 0,1	- 0,1	.	+ 7,2	+ 7,1	+ 0,9	+ 0,1
Juni	- 7,4	- 7,3	- 9,9	- 4,0	+ 2,6	+ 2,8	- 0,1	- 0,1	.	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,8	+ 0,1
Juli	- 7,4	- 7,3	- 10,3	- 3,3	+ 3,0	+ 3,1	- 0,0	- 0,1	.	+ 7,1	+ 7,0	+ 0,8	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
	insgesamt	darunter:					mit Laufzeit			insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre			
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2020	1 119,0	117,1	12,7	313,6	89,4	94,3	1,5	23,8	3,1	1 000,9	1,1	0,9	34,8	0,4
2021	1 173,6	106,8	13,5	331,4	98,7	106,8	1,9	18,0	4,5	1 048,8	0,9	0,7	34,6	0,1
2022	1 231,5	92,8	15,0	307,8	88,6	98,6	1,4	26,6	3,4	1 106,4	0,8	0,7	37,8	0,1
2023 März	1 274,7	86,0	14,3	300,0	95,3	111,6	1,4	34,2	3,6	1 128,9	0,8	0,8	37,7	0,1
April	1 270,7	85,9	13,6	282,8	91,5	107,1	1,4	33,1	3,7	1 130,4	0,8	0,8	37,6	0,1
Mai	1 305,4	85,9	13,4	299,8	104,6	121,4	1,5	35,8	3,8	1 148,3	0,8	0,8	36,7	0,1
Juni	1 294,5	84,0	14,7	299,6	98,4	118,1	1,4	35,9	3,3	1 140,5	0,5	0,5	37,7	0,1
Juli	1 297,0	84,0	15,9	298,6	91,1	112,8	1,5	36,7	3,4	1 147,5	0,5	0,5	38,2	0,1
Veränderungen *)														
2021	+ 54,0	- 10,3	+ 0,8	+ 17,6	+ 9,4	+ 12,6	+ 0,4	- 5,9	+ 1,3	+ 47,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,3
2022	+ 59,1	- 12,7	+ 1,1	- 23,6	- 9,9	- 8,3	- 0,5	+ 8,5	- 1,1	+ 58,9	- 0,1	+ 0,1	+ 3,5	-
2023 März	+ 16,5	- 8,2	+ 0,1	- 0,3	+ 10,6	+ 13,2	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,3	-
April	- 4,1	- 0,1	- 0,7	- 17,2	- 3,8	- 4,6	+ 0,0	- 1,1	+ 0,1	+ 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	-
Mai	+ 34,7	+ 0,1	- 0,2	+ 17,0	+ 13,1	+ 14,3	+ 0,1	+ 2,6	+ 0,1	+ 17,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	-
Juni	- 9,5	- 1,2	+ 1,3	- 0,2	- 6,2	- 3,2	+ 0,0	+ 0,7	- 0,0	- 7,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,0	-
Juli	+ 2,5	- 0,0	+ 1,2	- 1,0	- 7,3	- 5,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 7,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel

verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bank-schuldver-schrei-bungen 4)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 5)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 7)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2022	18	259,7	30,6	0,0	15,4	11,1	135,0	40,5	22,9	2,5	36,1	185,3	9,3	5,2	12,3	91,3
2023 Mai	18	260,2	29,7	0,0	15,7	12,7	134,8	40,7	22,5	1,8	35,5	184,9	10,4	6,1	13,0	8,4
Juni	18	259,5	28,3	0,1	15,8	13,1	135,0	40,8	22,4	1,7	35,1	184,5	10,3	6,1	13,0	8,3
Juli	18	259,5	28,0	0,1	15,8	13,6	134,9	40,8	22,3	1,5	36,0	183,9	10,3	6,1	13,0	8,0
Private Bausparkassen																
2023 Mai	10	183,6	15,4	0,0	8,3	8,9	104,7	34,7	9,0	0,9	33,0	119,2	10,1	6,1	8,9	5,7
Juni	10	182,9	14,1	0,0	8,4	9,2	104,9	34,8	8,9	0,8	32,4	118,9	9,9	6,1	8,9	5,6
Juli	10	182,8	13,7	0,1	8,5	9,5	104,7	34,7	8,9	0,7	33,1	118,5	9,9	6,1	8,9	5,3
Öffentliche Bausparkassen																
2023 Mai	8	76,5	14,3	0,0	7,5	3,8	30,1	6,0	13,5	0,9	2,5	65,7	0,3	-	4,1	2,8
Juni	8	76,6	14,2	0,0	7,4	4,0	30,2	6,1	13,5	0,8	2,7	65,6	0,3	-	4,1	2,7
Juli	8	76,7	14,2	0,0	7,3	4,2	30,2	6,1	13,4	0,8	2,9	65,5	0,3	-	4,1	2,7

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegan-gene Woh-nungs-bau-prä-mien 13)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 10)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zuteil-lungen 12)	ins-gesamt	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	ins-gesamt	dar-unter aus Zuteilun-gen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 10)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-krediten							
Alle Bausparkassen																
2022	27,5	2,0	8,7	51,5	30,7	48,5	20,2	4,1	5,3	3,8	23,0	16,4	6,7	5,4	4,1	0,2
2023 Mai	2,5	0,1	0,6	4,2	3,2	4,1	2,1	0,3	0,7	0,3	1,3	14,6	7,1	0,4	0,0	0,0
Juni	2,3	0,1	0,6	4,6	3,5	4,3	2,2	0,4	0,8	0,3	1,4	14,3	7,2	0,4	1,0	0,0
Juli	2,1	0,1	0,5	4,6	3,5	4,4	2,3	0,4	0,8	0,4	1,3	14,1	7,2	0,4	.	0,0
Private Bausparkassen																
2023 Mai	1,6	0,0	0,3	2,9	2,1	2,9	1,4	0,2	0,4	0,3	1,0	9,8	3,8	0,3	0,0	0,0
Juni	1,5	0,0	0,3	3,2	2,4	3,0	1,5	0,3	0,5	0,3	1,1	9,7	4,0	0,3	0,7	0,0
Juli	1,3	0,1	0,3	3,2	2,4	3,2	1,6	0,3	0,5	0,3	1,0	9,5	3,9	0,3	.	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2023 Mai	0,9	0,0	0,3	1,3	1,1	1,2	0,7	0,1	0,2	0,1	0,3	4,8	3,3	0,1	0,0	0,0
Juni	0,8	0,0	0,3	1,4	1,1	1,3	0,7	0,1	0,3	0,1	0,3	4,7	3,2	0,1	0,3	0,0
Juli	0,8	0,0	0,2	1,4	1,2	1,3	0,7	0,1	0,3	0,1	0,3	4,6	3,3	0,1	.	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 3 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 4 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 5 Einschl. Ausgleichsforderungen. 6 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 7 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 8 Einschl. Genussrechtskapital und

Fonds für allgemeine Bankrisiken. 9 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 10 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 11 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 12 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 13 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)	
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter		insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)			
Auslandsfilialen														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2020	50	206	1 552,2	376,7	364,0	213,2	150,8	12,7	504,8	409,6	14,3	395,3	95,2	670,7	523,6
2021	51	207	1 504,5	471,2	457,8	297,9	159,9	13,4	497,2	418,8	12,9	405,9	78,4	536,1	404,5
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2022 Sept.	50	208	1 889,5	536,3	522,4	354,4	168,0	13,9	563,5	488,9	10,6	478,3	74,6	789,8	632,4
Okt.	50	207	1 873,5	533,0	519,9	359,7	160,2	13,1	562,1	487,8	11,2	476,5	74,4	778,4	625,8
Nov.	50	207	1 757,8	511,2	498,6	347,3	151,3	12,6	548,7	475,2	10,5	464,7	73,6	697,9	526,6
Dez.	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2023 Jan.	47	201	1 638,4	503,3	488,3	346,1	142,2	14,9	510,1	439,4	9,5	429,9	70,7	625,0	462,3
Febr.	47	200	1 663,9	493,1	477,4	337,8	139,6	15,6	509,2	440,0	9,6	430,5	69,2	661,6	509,3
März	47	199	1 565,2	471,2	454,2	313,9	140,3	17,0	500,4	432,5	9,3	423,2	67,9	593,7	437,7
April	47	196	1 566,1	470,6	453,1	312,2	141,0	17,4	499,2	432,1	8,6	423,5	67,1	596,3	440,8
Mai	47	201	1 616,3	478,9	459,4	310,3	149,1	19,5	506,8	434,7	6,3	428,3	72,1	630,7	462,3
Juni	47	200	1 623,2	466,6	447,7	298,0	149,7	18,9	496,6	426,5	6,1	420,4	70,1	660,1	492,7
Veränderungen *)															
2021	+ 1	+ 1	- 48,4	+ 87,3	+ 87,1	+ 84,9	+ 2,2	+ 0,3	- 26,2	- 6,5	- 1,3	- 5,1	- 19,7	- 136,9	- 128,1
2022	- 4	- 5	+ 124,1	- 13,3	- 14,3	+ 17,8	- 32,1	+ 1,0	+ 6,7	+ 17,5	- 3,2	+ 20,6	- 10,8	+ 108,1	+ 103,0
2022 Okt.	± 0	- 1	- 15,2	- 1,6	- 0,8	+ 5,3	- 6,1	- 0,8	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,3	- 10,6	- 6,0
Nov.	± 0	-	- 113,5	- 17,9	- 17,5	- 12,4	- 5,0	- 0,4	- 0,4	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,5	- 78,3	- 97,0
Dez.	- 3	- 5	- 131,0	- 46,9	- 48,7	- 31,7	- 17,0	+ 1,8	- 23,6	- 19,9	- 0,7	- 19,2	- 3,7	- 49,6	- 11,9
2023 Jan.	± 0	- 1	+ 13,3	+ 42,5	+ 42,0	+ 30,5	+ 11,5	+ 0,5	- 2,7	- 4,8	- 0,3	- 4,6	+ 2,1	- 21,6	- 50,4
Febr.	± 0	- 1	+ 24,5	- 11,7	- 12,4	- 8,3	- 4,1	+ 0,7	- 5,7	- 3,7	+ 0,1	- 3,8	- 2,0	+ 35,6	+ 46,2
März	± 0	- 1	- 97,4	- 20,0	- 21,3	- 24,0	+ 2,6	+ 1,3	- 2,9	- 2,3	- 0,3	- 2,0	- 0,7	- 66,6	- 70,4
April	± 0	- 3	+ 1,3	+ 0,4	- 0,0	- 1,7	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,1	- 0,7	+ 2,8	- 0,5	+ 3,1	+ 3,5
Mai	± 0	+ 5	+ 48,9	+ 5,8	+ 3,8	- 1,9	+ 5,7	+ 2,1	+ 0,6	- 3,7	- 2,3	- 1,4	+ 4,3	+ 33,0	+ 20,1
Juni	± 0	- 1	+ 7,8	- 10,5	- 9,9	- 12,3	+ 2,4	- 0,6	- 6,1	- 4,5	- 0,3	- 4,2	- 1,6	+ 30,3	+ 31,2
Auslandstöchter														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2020	12	36	229,5	44,8	39,9	17,4	22,5	4,9	139,7	114,4	13,1	101,4	25,3	44,9	0,0
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2022 Sept.	11	33	260,5	53,0	47,9	20,8	27,1	5,2	149,3	126,0	13,1	112,9	23,3	58,2	0,0
Okt.	11	33	258,2	53,0	47,0	19,3	27,7	6,0	149,1	127,0	13,3	113,7	22,0	56,1	0,0
Nov.	11	33	258,2	58,1	49,5	19,4	30,1	8,6	148,4	127,0	13,4	113,6	21,4	51,7	0,0
Dez.	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2023 Jan.	11	32	253,0	60,0	49,9	20,0	29,9	10,1	145,3	124,5	13,3	111,3	20,7	47,8	0,0
Febr.	11	32	254,8	60,7	50,6	22,4	28,2	10,1	146,1	125,4	13,4	111,9	20,7	47,9	0,0
März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0
Veränderungen *)															
2021	± 0	- 1	+ 12,0	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,4	- 0,5	+ 1,0	- 2,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 2,1	+ 10,8	± 0,0
2022	- 1	- 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	- 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	- 1,9	- 6,5	± 0,0
2022 Okt.	-	-	- 1,2	+ 0,6	- 0,4	- 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,4	- 1,2	- 2,1	± 0,0
Nov.	-	-	+ 1,7	+ 5,4	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,2	- 0,7	- 4,4	± 0,0
Dez.	-	- 1	+ 0,2	+ 4,1	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,1	- 1,7	- 1,6	- 0,2	- 1,5	- 0,0	- 2,2	± 0,0
2023 Jan.	-	-	- 2,7	- 1,0	- 1,7	- 0,6	- 1,2	+ 0,7	- 0,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 1,6	± 0,0
Febr.	-	-	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,4	- 2,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	± 0,0
März	-	-	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,5	- 1,7	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,6	- 0,1	+ 1,7	- 0,5	- 2,7	± 0,0
April	-	- 1	- 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	- 0,1	+ 0,6	- 0,8	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 4,1	± 0,0
Mai	-	-	- 1,5	- 5,7	- 4,9	- 0,8	- 4,1	- 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	- 3,0	± 0,0

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern

grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit	
von Banken (MFIs)				von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands			
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)			auslän- dische Nicht- banken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen		
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020		
950,2	638,5	461,2	177,3	311,7	8,1	6,3	1,8	303,6	65,2	51,3	437,9	403,4	2021		
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022		
1 072,5	661,9	480,1	181,8	410,6	11,3	9,5	1,9	399,3	89,6	55,4	672,1	629,1	2022 Sept.		
1 054,2	645,1	466,6	178,5	409,1	10,7	8,9	1,8	398,4	85,7	66,2	667,4	622,7	Okt.		
1 041,1	639,9	457,8	182,1	401,2	10,2	8,6	1,6	391,0	82,6	65,5	568,6	523,8	Nov.		
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	Dez.		
985,2	595,5	432,8	162,6	389,7	9,5	8,3	1,2	380,2	85,2	63,2	504,8	462,6	2023 Jan.		
960,9	578,2	420,7	157,5	382,7	9,0	7,8	1,2	373,7	87,3	63,5	552,1	509,9	Febr.		
950,4	574,0	425,9	148,1	376,3	7,8	6,6	1,2	368,6	71,7	63,4	479,7	439,4	März		
940,7	561,4	407,2	154,2	379,3	7,5	6,3	1,2	371,8	79,9	62,9	482,6	442,1	April		
958,9	576,0	416,7	159,4	382,9	7,8	6,5	1,2	375,1	81,4	63,4	512,7	462,9	Mai		
946,8	571,3	412,7	158,6	375,5	7,8	6,6	1,2	367,7	68,6	65,2	542,6	493,9	Juni		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
+ 71,1	+ 43,1	+ 31,0	+ 12,0	+ 28,1	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	+ 31,7	+ 0,1	+ 1,4	- 130,8	- 119,7	2021		
- 6,2	- 64,2	- 22,2	- 42,0	+ 58,0	+ 2,3	+ 2,6	- 0,3	+ 55,7	- 6,3	+ 11,8	+ 119,0	+ 109,5	2022		
- 15,9	- 14,5	- 13,4	- 1,1	- 1,4	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 0,8	- 3,0	+ 10,9	- 4,7	- 6,4	2022 Okt.		
- 7,9	- 0,5	- 8,8	+ 8,3	- 7,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 6,9	- 0,9	- 0,8	- 98,8	- 98,9	Nov.		
- 94,3	- 63,2	- 22,6	- 40,6	- 31,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 31,3	- 19,6	- 2,4	- 11,2	- 10,9	Dez.		
+ 43,3	+ 23,2	- 2,3	+ 25,5	+ 20,1	- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 20,9	+ 24,0	+ 0,1	- 52,5	- 50,3	2023 Jan.		
- 26,5	- 19,3	- 12,2	- 7,1	- 7,2	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 6,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 47,2	+ 47,3	Febr.		
- 7,8	- 1,8	+ 5,2	- 7,0	- 6,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 5,8	- 14,3	- 0,2	- 72,3	- 70,5	März		
- 8,3	- 11,4	- 18,7	+ 7,3	+ 3,1	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 3,4	+ 8,6	- 0,5	+ 2,9	+ 2,7	April		
+ 15,1	+ 11,7	+ 9,4	+ 2,3	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 30,0	+ 20,8	Mai		
- 9,8	- 2,5	- 3,9	+ 1,4	- 7,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 7,3	- 11,9	+ 1,9	+ 29,9	+ 31,0	Juni		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter		
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021		
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022		
191,4	68,3	37,1	31,2	123,0	7,7	5,3	2,3	115,4	14,8	20,0	34,4	0,0	2022 Sept.		
188,7	68,1	37,5	30,6	120,6	7,4	5,1	2,3	113,2	13,8	20,3	35,4	0,0	Okt.		
190,2	68,8	38,7	30,1	121,5	7,1	4,8	2,3	114,4	13,1	20,4	34,4	0,0	Nov.		
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	Dez.		
186,2	66,7	38,5	28,2	119,6	7,0	4,5	2,5	112,6	12,8	20,1	33,9	0,0	2023 Jan.		
187,2	69,3	40,3	29,1	117,9	6,9	4,4	2,5	110,9	12,7	20,2	34,7	0,0	Febr.		
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	März		
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0	April		
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0	Mai		
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0	Juni		
Veränderungen *)													Auslandstöchter		
+ 12,1	+ 3,2	- 1,1	+ 4,3	+ 8,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 8,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0	2021		
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	- 4,2	+ 6,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1	+ 6,7	- 2,9	- 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022		
- 2,0	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,2	- 0,0	- 1,7	- 1,0	+ 0,3	+ 1,4	± 0,0	2022 Okt.		
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	+ 2,1	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 2,4	- 0,7	+ 0,1	- 0,4	± 0,0	Nov.		
+ 0,4	- 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 1,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	± 0,0	Dez.		
- 2,6	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 2,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 2,1	- 0,7	+ 0,0	+ 0,5	± 0,0	2023 Jan.		
+ 0,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 2,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	± 0,0	Febr.		
+ 0,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,3	- 1,9	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,8	- 0,4	+ 0,0	+ 0,4	± 0,0	März		
- 2,7	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	- 2,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 2,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	April		
- 0,6	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,4	- 1,2	± 0,0	Mai		
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	- 0,9	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 1,6	- 1,6	- 0,1	+ 2,5	± 0,0	Juni		

besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbind-

lichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven (ohne Einlagefazilität) ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023 Juni ^{p)}	16 548,3	165,5	165,1	177,4	12,3	0,1
Juli
Aug. ^{p)}	16 563,5	165,6	165,3

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven (ohne Einlagefazilität) ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023 Juni ^{p)}	4 503 620	27,2	45 036	44 902	48 416	3 514	43
Juli
Aug. ^{p)}	4 535 644	27,4	45 356	45 223

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023 Juni	9 115	7 335	2 952	14 343	8 193	137	2 403
Juli
Aug.	9 142	7 079	3 458	14 163	8 176	141	2 538

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023 Juni	3 380 000	16 017	446 421	499 682	119 057
Juli
Aug.	3 396 556	16 278	455 301	484 000	130 799

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze						Basiszinssätze								
Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität		Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)
		Festsatz	Mindest-bietungs-satz					Festsatz	Mindest-bietungs-satz					
2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00		2016 16. März	– 0,40	0,00	–	0,25	2006 1. Jan.	1,37	2012 1. Jan.	0,12
13. Juli	0,75	1,50	–	2,25		2019 18. Sept.	– 0,50	0,00	–	0,25	1. Juli	1,95	2013 1. Jan.	– 0,13
9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00		2022 27. Juli	0,00	0,50	–	0,75	2007 1. Jan.	2,70	1. Juli	– 0,38
14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75		14. Sept.	0,75	1,25	–	1,50	1. Juli	3,19	2014 1. Jan.	– 0,63
2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50		2. Nov.	1,50	2,00	–	2,25	2008 1. Jan.	3,32	1. Juli	– 0,73
2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00		21. Dez.	2,00	2,50	–	2,75	1. Juli	3,19	2015 1. Jan.	– 0,83
13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75		2023 8. Feb.	2,50	3,00	–	3,25	2009 1. Jan.	1,62	1. Juli	– 0,88
2014 11. Juni	– 0,10	0,15	–	0,40		22. März	3,00	3,50	–	3,75	1. Juli	0,12	2016 1. Juli	– 0,88
10. Sept.	– 0,20	0,05	–	0,30		10. Mai	3,25	3,75	–	4,00	2011 1. Juli	0,37	2023 1. Jan.	1,62
2015 9. Dez.	– 0,30	0,05	–	0,30		21. Juni	3,50	4,00	–	4,25			1. Juli	3,12
						2. Aug.	3,75	4,25	–	4,50				

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	Mindest-bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz		
Mio €	% p.a.		Tage					
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2023 2. Aug.	7 367	7 367	4,25	–	–	–	–	7
9. Aug.	5 691	5 691	4,25	–	–	–	–	7
16. Aug.	5 152	5 152	4,25	–	–	–	–	7
23. Aug.	5 891	5 891	4,25	–	–	–	–	7
30. Aug.	7 036	7 036	4,25	–	–	–	–	7
6. Sep.	3 946	3 946	4,25	–	–	–	–	7
13. Sep.	3 966	3 966	4,25	–	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2023 29. Juni	4 327	4 327	2) ...	–	–	–	–	91
27. Juli	3 165	3 165	2) ...	–	–	–	–	91
31. Aug.	2 205	2 205	2) ...	–	–	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt
im Monat

2023 Jan.
Febr.
März
April
Mai
Juni
Juli
Aug.

€STR 1)	EURIBOR ® 2)				
	Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontagsgeld	Zwölfmontagsgeld
1,902	1,89	1,98	2,35	2,86	3,34
2,275	2,30	2,37	2,64	3,14	3,53
2,572	2,57	2,71	2,91	3,27	3,65
2,900	2,88	2,96	3,18	3,52	3,76
3,080	3,09	3,15	3,37	3,68	3,86
3,238	3,25	3,34	3,54	3,83	4,01
3,402	3,40	3,47	3,67	3,94	4,15
3,642	3,63	3,63	3,78	3,94	4,07

* Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktgängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html

1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. 2 Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar. <https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use>
<https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/>

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2022 Juli	0,24	40 392	0,86	217 843	0,04	72 141	0,86	24 213
Aug.	0,30	42 949	0,86	217 606	0,17	79 349	0,92	24 813
Sept.	0,46	50 096	0,86	217 608	0,52	95 994	0,97	24 605
Okt.	0,67	56 389	0,85	217 771	0,76	116 977	1,00	24 179
Nov.	0,94	69 368	0,85	218 426	1,13	121 576	1,00	23 542
Dez.	1,16	84 147	0,86	220 466	1,39	123 678	1,02	22 605
2023 Jan.	1,37	103 036	0,87	221 773	1,67	131 363	1,05	23 299
Febr.	1,57	119 894	0,87	222 671	1,98	140 254	1,07	23 409
März	1,77	140 046	0,88	223 661	2,29	148 756	1,09	22 527
April	1,91	157 796	0,89	224 586	2,44	155 233	1,12	22 140
Mai	2,07	180 323	0,90	225 884	2,65	153 693	1,17	22 199
Juni	2,23	200 501	0,91	226 645	2,86	162 035	1,20	22 133
Juli	2,37	222 528	0,92	227 182	3,01	168 779	1,24	21 499

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2022 Juli	2,28	3 687	1,70	27 244	1,70	1 508 724	6,58	46 813	3,39	77 074	3,27	333 017
Aug.	2,43	3 713	1,76	27 275	1,70	1 515 561	6,75	47 402	3,41	76 990	3,29	334 182
Sept.	2,61	3 627	1,86	27 290	1,70	1 522 592	6,95	48 339	3,46	77 011	3,32	333 384
Okt.	3,06	3 689	2,06	27 325	1,72	1 528 186	7,39	47 749	3,53	76 686	3,42	333 308
Nov.	3,35	3 604	2,21	27 320	1,73	1 533 123	7,51	47 012	3,60	75 908	3,46	333 366
Dez.	3,66	3 497	2,37	26 984	1,74	1 535 823	7,73	47 250	3,68	76 467	3,49	331 711
2023 Jan.	4,10	3 550	2,52	26 527	1,76	1 534 684	8,20	46 598	3,78	75 973	3,55	332 207
Febr.	4,32	3 429	2,64	26 317	1,77	1 536 492	8,44	47 291	3,84	75 755	3,59	332 184
März	4,45	3 493	2,77	26 266	1,78	1 540 365	8,67	48 137	3,94	75 854	3,64	330 164
April	4,72	3 490	2,94	26 102	1,79	1 542 767	8,86	47 023	4,05	75 742	3,72	330 568
Mai	4,93	3 423	3,03	25 960	1,81	1 544 206	9,12	47 513	4,14	75 472	3,77	330 677
Juni	5,10	3 298	3,13	25 865	1,82	1 546 102	9,25	48 284	4,24	76 260	3,83	329 576
Juli	5,34	3 413	3,26	25 707	1,83	1 547 325	9,44	47 254	4,35	76 472	3,90	331 334

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit						
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	
2022 Juli		2,07	194 397	1,69	218 875	1,66	854 793
Aug.		2,24	209 826	1,74	226 447	1,68	861 022
Sept.		2,63	211 369	2,00	230 393	1,80	865 922
Okt.		3,05	209 961	2,26	237 078	1,92	874 758
Nov.		3,49	213 334	2,49	236 253	1,96	879 122
Dez.		3,70	192 635	2,83	240 161	2,01	872 949
2023 Jan.		4,04	199 612	3,07	241 498	2,05	876 315
Febr.		4,28	194 396	3,22	246 124	2,07	878 910
März		4,66	193 205	3,45	245 152	2,13	876 723
April		4,98	194 154	3,65	247 337	2,19	879 353
Mai		5,19	194 261	3,76	252 289	2,22	885 481
Juni		5,42	193 968	3,95	250 107	2,29	883 229
Juli		5,62	194 722	4,09	251 312	2,35	887 112

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47*.)

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2022 Juli	-0,00	1 854 420	0,31	3 227	0,83	776	0,75	1 128	0,07	530 302	0,15	22 255
Aug.	0,00	1 852 118	0,49	4 742	1,04	925	0,95	1 582	0,08	527 959	0,16	22 201
Sept.	0,01	1 854 045	0,84	7 457	1,49	915	1,29	1 289	0,09	522 685	0,19	22 155
Okt.	0,01	1 853 933	1,06	10 188	1,89	1 332	1,49	1 549	0,11	519 453	0,27	22 383
Nov.	0,02	1 858 811	1,34	17 255	1,99	1 783	1,70	1 958	0,13	514 161	0,33	22 556
Dez.	0,07	1 857 241	1,53	20 197	2,01	1 738	1,52	2 138	0,16	510 188	0,40	22 970
2023 Jan.	0,09	1 839 201	1,68	26 082	2,14	2 941	1,97	2 504	0,20	498 875	0,53	23 945
Febr.	0,12	1 828 243	1,95	25 533	2,24	2 346	2,09	1 853	0,26	490 990	0,67	25 179
März	0,17	1 801 473	2,19	29 674	2,36	3 672	2,07	2 194	0,30	480 790	0,84	26 746
April	0,22	1 807 037	2,33	28 088	2,47	3 409	2,35	2 055	0,35	470 731	0,96	28 261
Mai	0,30	1 792 902	2,58	35 359	2,67	4 281	2,39	2 371	0,39	460 587	1,13	30 499
Juni	0,34	1 782 329	2,78	34 870	2,91	4 260	2,53	1 999	0,43	450 713	1,28	33 163
Juli	0,41	1 773 505	2,94	38 938	2,98	3 412	2,59	2 044	0,50	440 519	1,48	36 162

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2022 Juli	-0,07	604 802	-0,11	26 039	1,15	678	1,90	1 466
Aug.	-0,01	636 259	0,07	51 099	0,92	467	-	-
Sept.	0,03	615 838	0,62	73 349	1,93	494	2,75	1 111
Okt.	0,04	617 742	0,81	99 703	1,34	707	1,89	146
Nov.	0,10	612 760	1,43	90 346	2,66	631	1,94	189
Dez.	0,11	601 728	1,66	65 813	2,94	734	2,42	252
2023 Jan.	0,19	595 205	1,96	89 287	2,92	671	2,41	89
Febr.	0,28	580 954	2,31	100 034	3,09	539	2,17	238
März	0,44	568 777	2,58	89 971	2,95	723	2,62	292
April	0,48	558 564	2,82	79 535	3,14	655	2,83	210
Mai	0,55	558 743	3,01	81 462	2,86	625	2,64	225
Juni	0,63	548 727	3,20	88 967	3,48	703	2,90	206
Juli	0,72	550 589	3,34	79 832	3,53	614	3,26	252

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2022 Juli	6,15	6,12	9 064	6,97	1 771	8,76	314	4,80	2 968	6,65	5 782
Aug.	6,33	6,31	8 927	7,25	1 765	8,79	349	4,92	2 931	6,88	5 647
Sept.	6,43	6,43	8 562	7,37	1 613	8,64	346	4,96	2 922	7,09	5 294
Okt.	6,74	6,75	7 362	7,57	1 339	8,79	366	5,28	2 546	7,43	4 450
Nov.	6,81	6,87	7 913	7,92	1 330	7,51	385	5,37	2 868	7,74	4 659
Dez.	6,62	6,71	7 270	7,69	1 091	7,64	465	5,26	3 083	7,79	3 722
2023 Jan.	7,49	7,54	8 159	8,43	1 607	7,95	406	6,01	2 728	8,34	5 025
Febr.	7,56	7,52	7 505	8,42	1 364	8,96	307	6,13	2 664	8,24	4 534
März	7,74	7,70	8 778	8,62	1 592	8,71	322	6,39	3 150	8,42	5 306
April	8,10	7,99	7 348	8,87	1 351	9,77	278	6,69	2 551	8,62	4 519
Mai	8,13	8,07	8 269	9,00	1 505	9,98	296	6,79	2 819	8,66	5 154
Juni	8,05	7,99	9 277	9,15	1 568	10,32	316	6,62	3 493	8,72	5 468
Juli	8,40	8,35	8 628	9,32	1 610	10,91	295	7,04	2 974	8,94	5 359

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkung x s. S. 47*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2022 Juli	2,62	4 606	1,97	1 195	2,06	1 980	3,24	629	2,97	1 997
Aug.	2,94	4 474	2,33	777	2,24	1 627	3,48	730	3,30	2 117
Sept.	2,95	4 255	2,51	1 090	2,60	2 250	3,39	610	3,33	1 395
Okt.	3,40	3 728	2,68	1 190	3,06	1 805	4,00	541	3,61	1 382
Nov.	3,78	3 938	3,28	947	3,52	1 808	4,18	746	3,90	1 384
Dez.	3,90	5 403	3,43	1 210	3,86	3 026	4,24	762	3,80	1 615
2023 Jan.	4,10	3 906	3,74	1 286	3,98	2 082	4,55	621	4,07	1 203
Febr.	4,35	3 065	4,03	814	4,36	1 467	4,83	508	4,10	1 090
März	4,56	4 852	4,29	1 293	4,66	2 388	4,87	761	4,28	1 703
April	4,64	3 803	4,45	1 210	4,76	1 767	4,92	744	4,31	1 292
Mai	4,83	3 400	4,62	997	5,08	1 511	5,10	710	4,37	1 179
Juni	4,93	4 341	4,68	1 388	5,26	1 974	5,19	892	4,33	1 475
Juli	4,96	4 175	4,57	1 249	5,37	1 854	5,12	934	4,31	1 387
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2022 Juli	2,76	2 994	.	.	2,21	1 252	3,36	474	3,08	1 268
Aug.	2,94	2 573	.	.	2,38	1 063	3,68	435	3,19	1 075
Sept.	3,09	2 843	.	.	2,76	1 446	3,53	465	3,37	932
Okt.	3,44	2 570	.	.	3,05	1 244	4,19	405	3,63	921
Nov.	3,91	2 684	.	.	3,69	1 175	4,32	563	3,94	946
Dez.	4,11	3 777	.	.	4,10	2 187	4,51	554	3,89	1 036
2023 Jan.	4,18	2 830	.	.	4,06	1 489	4,75	465	4,07	876
Febr.	4,44	2 297	.	.	4,47	1 105	4,94	411	4,15	781
März	4,69	3 544	.	.	4,75	1 822	5,13	567	4,37	1 155
April	4,77	2 657	.	.	4,90	1 207	5,01	575	4,44	875
Mai	4,98	2 473	.	.	5,28	1 072	5,24	547	4,44	854
Juni	5,04	3 178	.	.	5,36	1 535	5,36	633	4,35	1 010
Juli	5,09	3 051	.	.	5,45	1 424	5,48	593	4,37	1 034

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2022 Juli	2,85	2,80	21 054	2,48	3 828	2,33	2 814	2,64	1 592	2,73	8 023	3,04	8 626
Aug.	2,89	2,84	18 491	2,57	3 215	2,55	2 488	2,78	1 512	2,74	6 880	3,04	7 610
Sept.	3,08	3,01	16 113	2,81	2 719	2,73	2 186	2,93	1 366	2,96	5 969	3,18	6 593
Okt.	3,31	3,25	14 926	2,79	3 204	2,90	2 522	3,23	1 363	3,19	5 433	3,48	5 607
Nov.	3,67	3,60	13 557	3,32	2 689	3,40	2 330	3,75	1 209	3,51	4 846	3,75	5 172
Dez.	3,60	3,52	13 514	3,17	2 756	3,57	2 620	3,74	1 267	3,41	4 837	3,55	4 790
2023 Jan.	3,73	3,66	12 735	3,47	3 076	3,95	2 244	3,80	1 196	3,45	4 531	3,70	4 764
Febr.	3,85	3,79	12 055	3,73	2 724	4,16	2 097	3,99	1 207	3,60	4 229	3,74	4 522
März	3,95	3,88	15 260	3,76	3 248	4,44	2 459	4,10	1 524	3,64	5 388	3,80	5 889
April	3,98	3,93	12 999	4,06	2 870	4,63	2 109	4,23	1 276	3,70	4 471	3,77	5 144
Mai	3,99	3,94	13 657	3,92	2 945	4,82	2 148	4,27	1 359	3,66	5 038	3,76	5 112
Juni	4,12	4,06	13 983	4,28	2 565	5,05	2 301	4,38	1 450	3,73	4 986	3,84	5 246
Juli	4,08	4,02	14 334	4,03	2 844	5,20	1 949	4,37	1 469	3,71	5 352	3,82	5 564
darunter: besicherte Kredite 11)													
2022 Juli	.	2,69	9 711	.	.	2,19	1 031	2,51	802	2,63	3 794	2,91	4 084
Aug.	.	2,74	8 203	.	.	2,36	820	2,63	711	2,68	3 215	2,92	3 457
Sept.	.	2,90	7 168	.	.	2,54	746	2,80	638	2,84	2 725	3,05	3 059
Okt.	.	3,15	6 622	.	.	2,78	916	3,20	661	3,10	2 482	3,31	2 563
Nov.	.	3,47	6 083	.	.	3,22	806	3,62	563	3,42	2 402	3,57	2 312
Dez.	.	3,43	5 975	.	.	3,46	923	3,64	554	3,36	2 213	3,42	2 285
2023 Jan.	.	3,51	5 615	.	.	3,85	813	3,66	584	3,38	2 136	3,47	2 082
Febr.	.	3,64	5 134	.	.	4,04	763	3,84	556	3,49	1 928	3,58	1 887
März	.	3,74	6 734	.	.	4,30	841	4,05	752	3,56	2 520	3,65	2 621
April	.	3,79	5 967	.	.	4,61	824	4,02	601	3,59	2 141	3,62	2 401
Mai	.	3,82	5 821	.	.	4,68	789	4,14	629	3,59	2 225	3,66	2 178
Juni	.	3,85	6 185	.	.	4,81	836	4,13	648	3,61	2 314	3,67	2 387
Juli	.	3,88	6 591	.	.	5,08	728	4,20	661	3,63	2 384	3,72	2 818

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
 Anmerkung 11 s. S. 47*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2022 Juli	7,04	37 549	6,98	28 881	14,80	4 246	2,68	93 897	2,69	93 495		
Aug.	7,17	38 113	7,17	29 170	14,94	4 305	2,73	96 714	2,74	96 288		
Sept.	7,31	39 138	7,36	30 018	14,97	4 359	3,04	97 298	3,05	96 819		
Okt.	7,78	38 898	7,74	30 031	15,66	4 479	3,39	97 186	3,40	96 732		
Nov.	8,44	38 580	8,20	27 368	15,61	6 475	3,74	97 850	3,76	97 371		
Dez.	8,70	38 597	8,53	27 493	15,55	6 515	3,99	94 611	4,01	94 205		
2023 Jan.	9,16	38 116	8,95	27 199	16,34	6 480	4,31	98 205	4,32	97 791		
Febr.	9,40	38 538	9,32	27 356	16,60	6 475	4,63	98 285	4,65	97 859		
März	9,56	39 280	9,54	28 281	16,58	6 390	5,08	98 123	5,11	97 659		
April	9,78	38 352	9,76	27 177	17,13	6 407	5,44	99 534	5,47	99 094		
Mai	9,98	38 906	10,10	27 431	17,19	6 478	5,61	99 175	5,63	98 709		
Juni	10,11	39 692	10,30	28 067	17,23	6 528	5,83	99 351	5,86	98 897		
Juli	10,32	38 818	10,48	27 182	17,58	6 580	6,00	98 185	6,03	97 770		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2022 Juli	1,89	80 810	1,76	22 550	1,95	10 057	3,12	1 435	2,91	1 400	1,66	53 206	2,43	3 997	2,50	10 715
Aug.	1,97	87 373	1,54	20 380	2,17	9 306	3,36	1 327	2,96	1 241	1,80	64 748	2,47	2 987	2,56	7 764
Sept.	2,67	99 740	2,23	28 861	2,60	10 891	3,85	1 435	3,19	1 075	2,61	75 992	2,99	3 670	2,96	6 677
Okt.	2,86	88 486	2,60	25 332	3,12	10 741	4,26	1 591	3,55	989	2,67	64 795	3,83	3 917	3,34	6 453
Nov.	3,14	76 430	3,14	20 220	3,53	10 542	4,71	1 587	3,80	1 046	2,94	51 493	3,51	3 923	3,33	7 839
Dez.	3,45	107 068	3,42	32 607	3,91	11 995	4,98	1 854	3,81	1 138	3,35	75 616	3,55	6 334	3,25	10 131
2023 Jan.	3,59	81 688	3,66	23 420	4,41	10 450	5,10	1 586	3,88	1 021	3,42	60 491	3,85	2 968	3,24	5 172
Febr.	3,88	85 530	3,83	19 830	4,84	10 275	5,58	1 480	4,06	863	3,70	64 785	4,07	2 789	3,66	5 338
März	4,36	102 182	4,20	29 585	5,18	12 826	5,70	2 212	4,13	1 223	4,24	70 035	4,41	5 308	3,91	10 578
April	4,45	73 584	4,46	23 051	5,24	9 722	5,84	1 572	4,32	999	4,36	51 380	4,18	3 476	3,77	6 435
Mai	4,65	79 772	4,62	21 546	5,37	11 322	6,13	1 607	4,22	1 060	4,59	55 568	4,00	3 590	4,00	6 625
Juni	4,88	100 910	4,89	33 256	5,58	12 583	6,39	1 760	4,31	1 219	4,85	72 375	4,70	4 371	3,95	8 602
Juli	5,07	86 605	4,89	28 604	6,39	10 770	6,54	1 840	4,35	1 167	4,92	61 863	5,35	4 155	3,94	6 810

Kredite insgesamt

Erhebungs- zeitraum	darunter: besicherte Kredite 11)															
	insgesamt		neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
	2022 Juli	2,00	11 739	.	.	2,03	487	2,84	102	2,67	398	1,64	7 081	2,99	1 130	2,41
Aug.	2,20	7 929	.	.	2,25	501	2,97	91	2,74	319	2,02	4 945	2,99	603	2,30	1 470
Sept.	2,86	608	3,37	78	3,01	299	.	.	3,16	1 131	2,99	1 712
Okt.	2,82	10 559	.	.	3,01	572	3,48	95	3,32	261	2,71	7 209	3,43	750	2,82	1 672
Nov.	3,50	9 542	.	.	3,45	462	3,93	93	3,49	269	3,56	6 290	3,81	739	3,12	1 689
Dez.	3,41	17 202	.	.	3,72	588	4,08	126	3,41	291	3,41	10 703	4,20	1 417	3,08	4 077
2023 Jan.	4,00	553	3,72	123	.	.	3,92	6 635	4,01	652	3,07	1 196
Febr.	3,93	8 371	.	.	4,34	400	4,37	96	3,61	208	4,03	6 148	3,87	514	3,20	1 005
März	4,15	14 364	.	.	4,60	641	4,73	117	3,62	331	4,22	10 350	4,11	1 117	3,64	1 808
April	4,48	10 295	.	.	4,88	452	4,52	120	3,81	269	4,71	6 760	4,81	541	3,69	2 153
Mai	5,06	456	4,80	108	3,80	268	.	.	4,37	876	3,77	1 623
Juni	5,14	573	4,75	99	3,87	340	.	.	5,16	1 293	3,75	1 183
Juli	4,91	11 569	.	.	5,44	491	4,92	127	3,98	325	4,94	7 242	5,87	1 612	3,94	1 772

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen ³⁾	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2020 3.Vj.	2 561,3	311,1	476,9	373,8	410,1	819,8	4,4	67,1	39,0	58,9
4.Vj.	2 605,6	301,7	485,5	370,6	425,0	853,2	4,7	68,1	38,2	58,7
2021 1.Vj.	2 592,3	292,4	470,7	361,7	437,4	858,1	3,9	71,9	38,9	57,2
2.Vj.	2 609,9	280,5	470,3	361,2	449,2	879,6	3,4	72,5	38,9	54,2
3.Vj.	2 653,1	271,7	474,2	358,2	463,4	899,8	3,3	87,8	38,3	56,3
4.Vj.	2 667,2	261,3	468,6	355,1	472,4	921,6	3,2	85,0	40,8	59,3
2022 1.Vj.	2 547,3	243,7	440,2	333,2	468,7	870,5	2,7	87,5	41,0	59,8
2.Vj.	2 369,7	215,6	390,3	305,5	462,5	803,5	3,0	85,5	41,3	62,5
3.Vj.	2 296,2	202,0	369,9	289,1	461,2	776,7	4,0	84,2	41,4	67,6
4.Vj.	2 274,7	189,5	373,7	279,7	465,8	772,2	3,4	79,5	38,7	72,2
2023 1.Vj.	2 326,9	201,7	380,8	280,2	472,3	790,3	3,6	85,2	38,5	74,4
Lebensversicherung										
2020 3.Vj.	1 378,1	188,4	243,6	225,7	66,0	599,5	3,0	13,6	20,6	17,6
4.Vj.	1 406,7	183,5	246,4	229,9	70,2	623,8	3,3	14,3	20,8	14,5
2021 1.Vj.	1 372,8	170,4	234,3	219,6	74,3	623,1	2,1	14,2	21,5	13,2
2.Vj.	1 384,9	164,4	234,1	219,4	78,0	637,6	2,0	14,1	21,5	13,8
3.Vj.	1 400,1	159,2	233,8	214,8	87,7	654,6	1,9	13,4	20,8	13,8
4.Vj.	1 411,1	152,4	231,9	211,8	93,4	669,1	1,7	14,6	21,9	14,3
2022 1.Vj.	1 317,7	136,8	211,5	193,1	99,7	626,1	0,9	13,9	22,0	13,8
2.Vj.	1 202,1	120,5	180,3	173,1	104,2	569,4	0,9	13,6	22,1	17,9
3.Vj.	1 149,6	110,2	166,6	162,1	107,0	546,4	1,1	12,3	22,3	21,7
4.Vj.	1 130,1	103,6	170,5	155,6	111,4	540,0	1,1	11,5	19,5	16,8
2023 1.Vj.	1 147,9	105,1	170,4	155,6	113,3	553,4	1,0	12,1	19,4	17,5
Nicht-Lebensversicherung										
2020 3.Vj.	697,6	109,3	139,2	83,3	82,6	206,1	0,4	38,5	12,1	26,3
4.Vj.	709,4	105,9	141,9	84,5	85,1	214,2	0,5	37,5	12,7	27,3
2021 1.Vj.	721,2	108,1	140,2	83,6	88,7	218,9	0,4	40,0	12,8	28,6
2.Vj.	724,6	103,3	141,0	83,4	90,5	225,7	0,4	40,3	12,7	27,2
3.Vj.	733,1	98,7	141,0	83,8	93,7	228,4	0,4	46,4	12,8	27,7
4.Vj.	738,4	94,6	140,1	84,7	97,5	234,3	0,3	44,6	14,0	28,4
2022 1.Vj.	722,4	91,4	133,4	80,8	98,5	227,7	0,2	45,7	13,9	30,7
2.Vj.	681,6	81,9	122,0	74,8	98,6	216,5	0,1	44,0	14,1	29,5
3.Vj.	661,1	76,2	116,0	70,3	99,2	212,2	0,1	43,1	14,1	29,7
4.Vj.	659,0	72,7	115,2	69,1	99,8	215,5	0,2	42,4	14,2	30,1
2023 1.Vj.	687,2	81,3	121,2	69,5	102,7	219,8	0,1	45,2	14,2	33,2
Rückversicherung ⁴⁾										
2020 3.Vj.	485,6	13,5	94,1	64,9	261,4	14,3	1,0	15,0	6,3	15,1
4.Vj.	489,5	12,3	97,2	56,3	269,7	15,2	1,0	16,3	4,7	16,9
2021 1.Vj.	498,4	13,9	96,3	58,5	274,4	16,2	1,4	17,7	4,7	15,3
2.Vj.	500,4	12,8	95,2	58,4	280,7	16,4	1,0	18,1	4,6	13,2
3.Vj.	519,9	13,9	99,3	59,6	282,0	16,7	1,0	28,0	4,7	14,8
4.Vj.	517,7	14,3	96,6	58,6	281,4	18,2	1,1	25,9	4,9	16,7
2022 1.Vj.	507,1	15,5	95,3	59,3	270,4	16,7	1,6	27,9	5,0	15,3
2.Vj.	486,0	13,2	88,0	57,5	259,6	17,6	1,9	27,9	5,1	15,1
3.Vj.	485,5	15,6	87,3	56,7	255,1	18,1	2,7	28,8	5,1	16,2
4.Vj.	485,6	13,2	88,0	55,0	254,6	16,7	2,1	25,7	5,0	25,3
2023 1.Vj.	491,8	15,3	89,2	55,0	256,3	17,1	2,4	27,8	4,8	23,7
Pensionseinrichtungen ⁵⁾										
2020 3.Vj.	638,5	91,1	59,6	50,2	10,1	394,7	0,2	11,6	18,5	2,5
4.Vj.	662,9	88,9	60,6	49,5	10,3	419,5	0,2	11,9	18,8	3,1
2021 1.Vj.	664,3	86,1	58,7	48,6	10,8	427,9	0,2	12,1	17,6	2,3
2.Vj.	683,2	85,0	60,2	49,3	11,2	445,2	0,1	12,1	17,8	2,3
3.Vj.	689,8	82,9	60,4	48,9	11,8	453,6	0,1	12,2	17,8	2,2
4.Vj.	709,9	82,1	60,0	48,7	11,2	473,5	0,1	12,4	18,5	3,3
2022 1.Vj.	689,0	75,7	56,6	46,2	11,9	465,3	0,0	12,5	18,5	2,2
2.Vj.	664,2	70,2	52,8	43,2	12,3	452,2	0,0	12,4	18,6	2,5
3.Vj.	654,6	67,6	51,8	42,0	12,7	446,0	0,0	13,2	18,7	2,6
4.Vj.	660,9	67,3	53,0	41,8	12,8	450,2	0,0	13,6	18,8	3,4
2023 1.Vj.	664,9	65,7	55,0	41,8	13,2	454,3	0,0	13,5	18,8	2,6

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger.

4 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite ¹⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen ⁶⁾
					Insgesamt ²⁾	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen ³⁾	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2020 3.Vj.	2 561,3	34,3	80,0	515,8	1 785,6	1 549,2	236,4	1,7	144,0	–
4.Vj.	2 605,6	36,6	79,7	540,4	1 798,9	1 579,2	219,8	1,6	148,5	–
2021 1.Vj.	2 592,3	34,8	81,4	551,7	1 778,6	1 541,3	237,3	2,5	143,4	–
2.Vj.	2 609,9	33,0	81,3	558,7	1 793,5	1 556,3	237,1	2,2	141,1	–
3.Vj.	2 653,1	35,4	82,8	567,0	1 817,7	1 569,1	248,7	2,5	147,6	–
4.Vj.	2 667,2	36,0	81,9	579,3	1 820,7	1 578,3	242,3	2,5	146,8	–
2022 1.Vj.	2 547,3	34,4	82,1	563,1	1 725,9	1 472,6	253,3	4,0	137,7	–
2.Vj.	2 369,7	33,6	78,7	541,6	1 574,4	1 326,8	247,5	6,0	135,3	–
3.Vj.	2 296,2	33,8	73,6	537,4	1 506,0	1 262,3	243,7	7,4	138,0	–
4.Vj.	2 274,7	32,3	70,1	543,7	1 486,5	1 248,7	237,8	5,6	136,5	–
2023 1.Vj.	2 326,9	33,1	71,2	544,7	1 539,1	1 277,1	261,9	4,4	134,4	–
Lebensversicherung										
2020 3.Vj.	1 378,1	3,9	19,5	136,8	1 164,7	1 164,7	–	0,5	52,7	–
4.Vj.	1 406,7	3,9	20,7	142,8	1 185,6	1 185,6	–	0,5	53,2	–
2021 1.Vj.	1 372,8	3,3	19,9	143,1	1 154,3	1 154,3	–	1,0	51,2	–
2.Vj.	1 384,9	3,3	20,4	144,2	1 164,9	1 164,9	–	1,0	51,1	–
3.Vj.	1 400,1	3,3	19,3	148,1	1 176,4	1 176,4	–	1,1	51,9	–
4.Vj.	1 411,1	3,3	20,7	148,2	1 185,5	1 185,5	–	0,9	52,5	–
2022 1.Vj.	1 317,7	3,2	19,9	142,9	1 101,6	1 101,6	–	1,4	48,8	–
2.Vj.	1 202,1	3,1	19,0	141,4	984,5	984,5	–	2,7	51,3	–
3.Vj.	1 149,6	3,0	17,0	138,0	936,9	936,9	–	3,1	51,8	–
4.Vj.	1 130,1	2,7	16,6	136,0	924,9	924,9	–	2,3	47,7	–
2023 1.Vj.	1 147,9	2,8	17,8	133,0	945,8	945,8	–	1,9	46,6	–
Nicht-Lebensversicherung										
2020 3.Vj.	697,6	1,2	9,6	151,9	482,1	362,3	119,8	0,1	52,7	–
4.Vj.	709,4	1,3	9,7	158,0	482,9	368,7	114,2	0,0	57,6	–
2021 1.Vj.	721,2	1,2	10,6	162,7	491,5	362,6	128,9	0,1	55,1	–
2.Vj.	724,6	1,2	10,5	166,2	493,4	366,2	127,1	0,1	53,1	–
3.Vj.	733,1	1,2	10,5	168,9	498,7	367,8	130,9	0,2	53,7	–
4.Vj.	738,4	1,4	10,7	175,8	492,6	367,6	125,0	0,2	57,8	–
2022 1.Vj.	722,4	1,3	11,7	173,1	483,0	347,1	135,9	0,3	53,0	–
2.Vj.	681,6	1,2	11,1	167,6	451,9	322,7	129,2	0,5	49,2	–
3.Vj.	661,1	1,2	10,5	167,9	430,4	307,4	123,0	0,5	50,5	–
4.Vj.	659,0	1,2	10,4	170,2	425,1	306,7	118,4	0,4	51,7	–
2023 1.Vj.	687,2	1,2	10,7	173,0	451,0	314,4	136,7	0,4	51,0	–
Rückversicherung ⁴⁾										
2020 3.Vj.	485,6	29,2	50,9	227,1	138,8	22,1	116,7	1,0	38,6	–
4.Vj.	489,5	31,4	49,3	239,6	130,4	24,8	105,6	1,0	37,7	–
2021 1.Vj.	498,4	30,2	50,9	245,8	132,8	24,4	108,4	1,4	37,2	–
2.Vj.	500,4	28,5	50,4	248,3	135,2	25,2	110,0	1,1	36,9	–
3.Vj.	519,9	30,9	53,0	250,1	142,7	24,9	117,8	1,3	42,0	–
4.Vj.	517,7	31,4	50,5	255,3	142,6	25,3	117,3	1,4	36,5	–
2022 1.Vj.	507,1	30,0	50,4	247,2	141,3	23,9	117,4	2,3	35,9	–
2.Vj.	486,0	29,3	48,6	232,6	138,0	19,6	118,4	2,8	34,7	–
3.Vj.	485,5	29,7	46,2	231,5	138,7	18,0	120,7	3,8	35,7	–
4.Vj.	485,6	28,4	43,1	237,5	136,5	17,1	119,4	2,9	37,1	–
2023 1.Vj.	491,8	29,2	42,8	238,7	142,2	17,0	125,3	2,1	36,8	–
Pensionseinrichtungen ⁵⁾										
2020 3.Vj.	638,5	–	1,6	27,8	510,5	509,9	–	0,3	9,2	89,0
4.Vj.	662,9	–	1,6	28,4	528,5	527,9	–	0,3	9,0	95,1
2021 1.Vj.	664,3	–	1,7	29,1	530,3	529,2	–	0,3	9,0	94,0
2.Vj.	683,2	–	1,8	31,3	536,7	535,0	–	0,2	9,2	104,0
3.Vj.	689,8	–	1,9	31,9	539,8	537,6	–	0,2	9,3	106,8
4.Vj.	709,9	–	1,9	32,0	560,2	557,3	–	0,1	8,9	106,8
2022 1.Vj.	689,0	–	2,0	26,8	559,0	556,8	–	0,1	11,2	89,9
2.Vj.	664,2	–	1,8	23,4	559,7	558,1	–	0,1	11,6	67,7
3.Vj.	654,6	–	1,9	21,2	561,1	560,2	–	0,1	13,0	57,2
4.Vj.	660,9	–	1,8	24,3	580,8	580,5	–	0,1	11,5	42,5
2023 1.Vj.	664,9	–	1,8	24,7	578,9	578,6	–	0,1	11,4	48,1

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durch-

geführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus- länder 7)
2011	33 649	13 575	46 796	850	59 521	20 075	23 876	94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	21 419	98 820	8 701	86 103	73 231	3 767	42 017	3 573	41 823	55 580
2013	15 971	101 616	117 187	153	15 415	85 645	16 409	25 778	12 708	54 895	32 380
2014	58 735	31 962	47 404	1 330	16 776	90 697	44 384	12 124	11 951	68 459	14 351
2015	15 219	36 010	65 778	26 762	3 006	51 229	99 225	66 330	121 164	44 391	84 006
2016	68 998	27 429	19 177	18 265	10 012	41 569	161 776	58 012	187 500	32 288	92 778
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	3 356	39 471	134 192	71 454	161 012	44 634	83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	29 055	62 027	107 155	24 417	67 328	64 244	28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 409	374 034	14 462	88 703	270 870	77 374	285 318	18 955	226 887	39 476	166 091
2021	233 453	221 648	31 941	19 754	169 953	11 805	255 702	41 852	245 198	52 356	22 249
2022	155 940	156 190	59 322	35 221	61 648	219	155 609	2 915	49 774	102 920	331
2022 Aug.	15 672	22 057	2 780	2 225	17 052	6 385	3 617	10 189	726	7 298	19 289
Sept.	9 558	15 007	32 705	3 897	21 595	5 449	18 638	7 491	3 147	14 294	9 080
Okt.	1 614	3 868	6 143	2 570	4 846	2 254	17 813	4 260	3 619	9 934	19 427
Nov.	45 419	36 891	2 672	5 087	29 133	8 528	13 173	193	4 041	8 940	32 246
Dez.	27 425	31 394	15 450	6 091	9 853	4 001	11 231	18 577	6 015	35 823	38 656
2023 Jan.	58 333	26 856	19 250	4 335	3 270	31 477	41 346	10 522	7 783	23 041	16 987
Febr.	24 581	11 680	5 466	1 673	7 886	12 901	25 280	13 504	4 961	16 736	699
März	59 563	39 989	22 802	1 704	18 892	19 573	18 732	8 063	1 710	12 379	40 831
April	8 074	4 404	1 130	3 176	97	12 477	12 253	747	13 293	26 292	4 179
Mai	49 437	34 077	28 468	3 010	2 599	15 359	12 041	1 206	1 655	12 490	37 395
Juni	44 247	22 910	6 490	5 312	24 089	21 337	38 527	16 773	8 853	30 607	5 720
Juli	27 453	27 963	969	7	26 987	511	1 496	8 514	324	9 686	25 956

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	4 120	Inländer			Ausländer 12)
					zu- sammen 10)	Kredit- institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971	
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	4 146	656	
2013	20 187	10 106	10 081	17 337	11 991	5 346	2 851	
2014	43 488	18 778	24 710	43 930	17 203	26 727	443	
2015	56 979	7 668	49 311	46 721	5 421	52 142	10 258	
2016	39 133	4 409	34 724	39 265	5 143	44 408	132	
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662	
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	11 184	100 808	28 224	
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	1 119	44 189	11 759	
2020	72 321	17 771	54 550	105 483	27	105 456	33 162	
2021	115 746	49 066	66 681	102 927	10 869	92 058	12 819	
2022	14 234	27 792	34 858	7 006	8 262	1 256	7 228	
2022 Aug.	1 603	87	1 690	1 049	165	884	2 652	
Sept.	986	1 166	2 152	12 004	529	11 475	11 018	
Okt.	1 785	154	1 939	4 007	1 588	2 419	2 222	
Nov.	5 647	247	5 894	8 903	1 414	10 317	3 256	
Dez.	14 926	20 925	1 169	16 366	3 089	19 455	1 440	
2023 Jan.	6 525	133	6 393	8 105	2 935	5 170	1 580	
Febr.	4 863	2 371	2 492	6 098	4 494	1 604	1 235	
März	1 346	1 696	3 042	650	1 985	1 335	1 996	
April	5 001	2 576	2 426	6 321	3 235	3 086	1 320	
Mai	708	592	1 299	377	2 497	2 874	1 084	
Juni	4 220	1 067	5 287	278	3 322	3 044	3 942	
Juli	4 650	478	4 172	1 797	136	1 933	2 852	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten		
Brutto-Absatz							
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	651 596
2022 Nov.	152 777	70 448	2 969	91	55 905	11 482	61 705
Dez.	80 590	49 026	2 329	979	39 181	6 538	20 028
2023 Jan.	132 817	74 019	10 797	929	52 888	9 405	44 088
Febr.	155 676	81 678	2 245	1 729	63 385	14 319	61 853
März	190 528	99 938	1 252	60	89 786	8 840	79 431
April	129 401	69 020	2 954	543	60 740	4 783	49 772
Mai	169 866	97 645	4 531	760	83 511	8 844	55 885
Juni	171 957	84 953	3 264	1 556	70 601	9 532	65 478
Juli	121 569	53 803	2 876	130	43 766	7 031	53 632

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)

2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	263 932
2022 Nov.	34 411	7 379	1 895	–	2 006	3 478	17 696
Dez.	6 561	2 256	54	4	711	1 488	4 000
2023 Jan.	47 131	21 923	4 927	529	14 197	2 271	21 800
Febr.	51 443	14 927	820	310	10 272	3 525	33 450
März	46 975	14 091	1 147	–	11 809	1 136	31 225
April	33 709	10 326	2 769	500	6 367	690	20 700
Mai	49 315	14 703	2 898	–	9 458	2 347	30 085
Juni	53 960	12 885	2 664	498	9 123	600	30 600
Juli	34 136	10 123	430	2	7 955	1 736	21 715

Netto-Absatz 5)

2012	–	100 198	–	4 177	–	41 660	–	21 298
2013	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–	15 479
2014	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	12 383
2015	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	13 174
2016 3)	21 951	10 792	–	2 176	–	12 979	–	7 020
2017 3)	2 669	5 954	–	6 389	–	4 697	–	10 114
2018	2 758	26 648	–	19 814	–	6 564	–	33 630
2019	59 719	28 750	–	13 098	–	3 728	–	519
2020 6)	473 795	28 147	–	8 661	–	8 816	–	396 113
2021	210 231	52 578	–	17 821	–	7 471	–	122 123
2022	135 853	36 883	–	23 894	–	9 399	–	68 299
2022 Nov.	37 459	2 300	–	2 165	–	944	–	33 744
Dez.	42 448	23 318	–	3 643	–	3 697	–	17 306
2023 Jan.	24 590	14 006	–	6 314	–	1 551	–	7 030
Febr.	9 644	2 700	–	2 433	–	1 512	–	9 486
März	46 022	19 989	–	2 032	–	1 517	–	27 647
April	–	2 812	–	1 244	–	5	–	19 938
Mai	40 674	26 575	–	1 932	–	254	–	11 840
Juni	25 517	7 752	–	509	–	11	–	25 710
Juli	30 257	691	–	53	–	110	–	30 263

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2012	3 285 422	1) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	1) 548 109	1) 220 456	1) 1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	2) 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2019	2) 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	2) 342 325	1 584 136
2020 4)	2) 3 545 200	2) 1 174 817	183 980	55 959	687 710	2) 247 169	2) 379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2022 Nov.	3 981 275	1 333 432	229 589	57 912	784 494	261 438	444 010	2 203 833
Dez.	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023 Jan.	3 948 426	1 313 581	232 105	52 647	763 260	265 568	444 529	2 190 316
Febr.	3 963 852	1 320 844	229 851	54 180	764 148	272 666	442 389	2 200 618
März	4 005 403	1 335 447	227 451	52 890	777 696	277 410	440 399	2 229 557
April	3 977 194	1 330 812	228 764	52 910	772 714	276 424	436 591	2 209 790
Mai	4 027 974	1 364 889	230 966	53 237	799 875	280 811	439 299	2 223 786
Juni	4 052 214	1 354 415	230 474	53 223	788 438	282 281	446 780	2 251 019
Juli	4 076 591	1 353 000	230 443	53 389	786 385	282 783	445 947	2 277 643

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juli 2023

bis unter 2	1 228 454	500 267	59 023	19 013	327 951	94 281	84 972	643 215
2 bis unter 4	744 212	316 635	69 166	15 691	162 527	69 251	76 441	351 135
4 bis unter 6	612 906	219 121	51 398	6 391	116 855	44 476	70 056	323 729
6 bis unter 8	434 930	131 369	24 434	5 211	74 935	26 789	42 653	260 908
8 bis unter 10	300 388	82 164	14 259	2 873	49 433	15 598	29 233	188 991
10 bis unter 15	245 827	58 389	7 973	3 841	36 767	9 808	31 435	156 003
15 bis unter 20	113 535	14 246	3 423	283	8 424	2 116	14 755	84 534
20 und darüber	396 339	30 811	768	87	9 493	20 463	96 401	269 128

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmontat bis zur Endfälligkeit bei gesamtjährigen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtjährigen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)	
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung			
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	—	478	594	—	2 411	1 150 188
2013	171 741	—	6 879	2 971	718	476	—	1 432	—	8 992	1 432 658
2014	177 097	—	5 356	5 332	1 265	1 714	—	465	—	1 044	1 478 063
2015	177 416	—	319	4 634	397	599	—	1 394	—	1 385	1 614 442
2016	176 355	—	1 062	3 272	319	337	—	953	—	2 165	1 676 397
2017	178 828	—	2 471	3 894	776	533	—	457	—	661	1 933 733
2018	180 187	—	1 357	3 670	716	82	—	1 055	—	1 111	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	—	1 673	2 411	2 419	542	—	858	—	65	1 950 224
2020 4)	181 881	—	2 872	1 877	219	178	—	2 051	—	460	1 963 588
2021	186 580	—	4 152	9 561	672	35	—	326	—	212	2 301 942
2022	199 789	—	12 272	14 950	224	371	—	29	—	293	1 858 963
2022 Nov.	186 351	—	57	31	13	—	—	—	—	—	1 918 565
Dez.	199 789	—	13 437	13 584	—	—	—	—	—	—	1 858 963
2023 Jan.	199 778	—	11	16	—	—	—	—	—	0	2 027 004
Febr.	198 334	—	162	149	—	50	—	—	—	0	2 064 749
März	198 157	—	185	178	—	—	—	—	—	—	2 080 189
April	198 426	—	267	431	—	—	—	0	—	6	2 086 578
Mai	198 497	—	71	153	—	—	—	0	—	—	2 048 166
Juni	198 505	—	8	422	—	—	—	262	—	17	2 061 065
Juli	198 406	—	99	52	—	—	—	0	—	89	2 113 570

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmontat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)								
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand		Bankschuldverschreibungen	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand				Bankschuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	
		zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere			zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	zusammen		mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre
							zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 2)					
	% p.a.												
2011	2,7	2,5	2,3	3,0	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3		
2012	1,6	1,3	1,2	1,8	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7		
2013	1,6	1,3	1,2	1,8	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4		
2014	1,2	1,1	0,9	1,3	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0		
2015	0,7	0,4	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4		
2016	0,4	0,1	–	0,1	0,6	0,1	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1		
2017	0,6	0,4	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7		
2018	0,7	0,6	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5		
2019	0,2	–	0,1	–	0,1	–	0,2	–	0,3	0,1	0,3		
2020	0,1	–	0,3	–	0,5	–	0,4	–	0,5	–	0,1		
2021	0,0	–	0,2	–	0,3	–	0,4	–	0,4	–	0,2		
2022	1,6	1,3	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3		
2022 Dez.	2,46	2,13	2,13	3,38	2,53	2,19	2,07	2,09	2,98	2,86	4,18		
2023 Jan.	2,69	2,32	2,32	2,88	2,65	2,34	2,23	2,19	3,06	2,95	4,15		
Febr.	2,86	2,67	2,67	3,33	2,82	2,52	2,41	2,37	3,21	3,07	4,15		
März	2,78	2,53	2,53	3,13	2,89	2,55	2,43	2,38	3,33	3,15	4,39		
April	2,89	2,47	2,47	3,06	2,84	2,53	2,40	2,36	3,29	3,11	4,19		
Mai	2,80	2,41	2,41	3,16	2,82	2,50	2,37	2,34	3,26	3,11	4,17		
Juni	2,89	2,55	2,55	3,31	2,88	2,58	2,46	2,38	3,32	3,12	4,24		
Juli	2,98	2,61	2,61	3,64	2,97	2,67	2,55	2,46	3,43	3,24	4,25		

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfähiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der

in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb					
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer					
		zusammen	Publikumsfonds			Spezialfonds	ausländische Fonds 4)	zusammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Ausländer 5)	
zusammen	Geldmarktfonds		Wertpapierfonds	Immobilienfonds	zusammen				darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile			
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	– 3 873	– 6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 512	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 035
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 437
2013	123 736	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 710
2014	137 294	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	39 583	141 134	819	– 1 745	140 315	41 328	– 3 841
2015	189 802	146 136	30 420	– 318	22 345	3 636	115 716	43 665	181 932	7 362	– 494	174 570	43 171	7 870
2016	149 288	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	29 919	156 236	2 877	– 3 172	153 359	33 091	– 6 948
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	1 048	145 802	52 244	– 2 526
2018	108 293	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544
2020	151 960	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	35 932	150 998	336	– 1 656	150 662	37 588	962
2021	274 261	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	116 401	282 694	13 154	254	269 540	116 147	– 8 433
2022	112 637	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	33 614	115 872	3 170	– 1 459	112 702	35 073	– 3 235
2022 Dez.	24 523	11 942	431	108	– 17	322	11 513	12 581	23 320	1 885	– 534	21 435	13 115	1 203
2023 Jan.	14 093	8 014	2 506	– 218	2 185	557	5 508	6 079	13 890	– 4 078	– 672	17 968	6 751	203
Febr.	13 837	10 533	2 090	– 167	2 077	137	8 444	3 304	12 862	– 426	– 507	13 288	3 811	975
März	3 720	2 204	1 226	300	814	164	984	1 516	3 966	– 1 018	– 416	4 984	1 932	– 246
April	3 367	1 130	297	146	– 61	235	833	2 237	3 340	– 247	96	3 587	2 141	28
Mai	8 348	6 261	1 228	– 144	1 301	21	5 035	2 087	8 074	– 49	– 42	8 123	2 045	274
Juni	– 1 800	– 2 213	– 312	– 31	– 628	271	– 1 901	413	– 437	85	– 19	– 522	432	– 1 363
Juli	16 871	6 405	433	280	69	90	5 972	10 467	17 812	– 437	– 167	18 249	10 634	– 941

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2020	2021	2022	2021			2022			2023
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1. Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	96,82	46,19	67,90	26,03	13,90	- 26,90	51,95	28,96	- 25,80	
Schuldverschreibungen insgesamt	2,99	3,11	4,12	1,16	0,64	- 0,10	3,52	0,05	4,43	
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,27	2,27	1,23	1,12	0,39	- 1,94	3,00	- 0,22	1,92	
langfristige Schuldverschreibungen	1,72	0,85	2,88	0,05	0,25	1,84	0,53	0,26	2,51	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	1,38	1,34	3,40	- 0,64	0,34	0,98	1,65	0,43	3,82	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,17	0,74	0,87	- 0,57	0,17	- 0,17	0,74	0,14	0,76	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	0,12	1,08	1,78	0,56	0,44	0,73	0,66	- 0,05	1,44	
Staat	1,44	- 0,48	0,74	- 0,63	- 0,27	0,43	0,25	0,34	1,63	
Schuldverschreibungen des Auslands	1,61	1,78	0,72	1,80	0,31	- 1,08	1,88	- 0,38	0,60	
Kredite insgesamt	- 7,35	63,01	44,17	35,29	4,29	16,30	31,37	- 7,78	28,55	
kurzfristige Kredite	- 4,27	44,68	27,96	18,60	2,69	12,28	27,97	- 14,97	20,00	
langfristige Kredite	- 3,09	18,34	16,22	16,69	1,60	4,02	3,40	7,19	8,55	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	- 0,12	10,10	22,99	16,16	8,25	2,92	14,54	- 2,72	37,02	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,27	7,11	23,94	13,38	2,44	5,52	8,47	7,51	29,88	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	11,58	2,38	- 1,29	2,63	5,73	- 2,68	5,98	- 10,31	7,13	
Staat	0,57	0,61	0,34	0,15	0,08	0,08	0,08	0,08	0,00	
Kredite an das Ausland	- 7,23	52,92	21,18	19,13	- 3,97	13,38	16,83	- 5,07	- 8,47	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	100,72	166,19	117,27	43,95	40,46	47,34	3,31	26,15	0,40	
Anteilsrechte insgesamt	87,95	144,41	117,12	35,66	38,25	49,16	5,55	24,16	- 0,94	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 77,97	15,33	44,06	16,59	6,03	7,40	34,33	- 3,70	- 10,61	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 78,06	16,89	43,77	18,30	5,58	7,12	34,91	- 3,84	- 10,53	
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,09	- 1,56	0,29	- 1,70	0,46	0,28	- 0,58	0,13	- 0,07	
Börsennotierte Aktien des Auslands	5,01	5,11	5,53	0,70	- 0,26	3,16	0,08	2,55	- 7,75	
Übrige Anteilsrechte 1)	160,91	123,97	67,52	18,37	32,47	38,60	- 28,86	25,31	17,41	
Anteile an Investmentfonds	12,77	21,78	0,16	8,29	2,22	- 1,82	- 2,24	1,99	1,34	
Geldmarktfonds	3,79	0,66	- 0,38	1,73	- 1,22	- 0,42	- 1,12	2,37	- 0,80	
Sonstige Investmentfonds	8,99	21,12	0,53	6,56	3,44	- 1,40	- 1,12	- 0,38	2,14	
Versicherungstechnische Rückstellungen	0,37	18,01	1,61	4,47	4,99	- 1,20	- 1,00	- 1,19	6,30	
Finanzderivate	- 27,54	15,54	29,09	- 1,09	21,27	28,28	10,09	- 30,54	0,21	
Sonstige Forderungen	59,32	71,29	27,54	53,16	- 11,30	- 36,19	- 54,45	129,48	85,66	
Insgesamt	225,34	383,33	291,71	162,97	74,25	27,54	44,79	145,13	99,74	
Außenfinanzierung										
Schuldverschreibungen insgesamt	36,89	20,86	14,16	- 1,12	10,95	3,77	1,37	- 1,93	1,38	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 4,40	2,51	- 0,36	- 1,02	3,85	1,21	- 2,73	- 2,69	- 0,16	
langfristige Schuldverschreibungen	41,29	18,35	14,52	- 0,10	7,10	2,56	4,10	0,76	1,54	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	18,06	9,14	5,87	1,76	5,64	1,62	0,19	- 1,58	1,74	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,17	0,74	0,87	- 0,57	0,17	- 0,17	0,74	0,14	0,76	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	19,80	9,09	4,48	2,59	5,34	1,86	- 0,75	- 1,97	0,41	
Staat	- 0,22	0,09	- 0,07	- 0,10	- 0,01	- 0,08	0,01	0,01	- 0,00	
Private Haushalte	- 1,35	- 0,79	0,59	- 0,15	0,14	0,01	0,19	0,24	0,57	
Schuldverschreibungen des Auslands	18,83	11,73	8,28	- 2,87	5,31	2,15	1,18	- 0,35	- 0,36	
Kredite insgesamt	96,76	135,74	181,21	71,37	34,58	41,22	67,15	38,27	15,31	
kurzfristige Kredite	- 2,80	81,44	105,44	29,93	29,26	21,74	46,53	7,91	- 18,11	
langfristige Kredite	99,56	54,30	75,78	41,44	5,32	19,48	20,62	30,35	33,42	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	38,42	77,53	157,66	40,57	37,71	36,35	59,41	24,18	48,92	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,27	7,11	23,94	13,38	2,44	5,52	8,47	7,51	29,88	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	15,00	56,63	118,38	24,23	33,71	28,07	36,60	20,00	24,15	
Staat	35,68	13,79	15,34	2,96	1,57	2,77	14,34	- 3,33	- 5,11	
Kredite aus dem Ausland	58,34	58,21	23,55	30,79	- 3,14	4,87	7,73	14,08	- 33,61	
Anteilsrechte insgesamt	60,37	61,44	15,39	20,38	3,11	8,99	3,48	- 0,19	- 3,47	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 62,25	26,37	57,07	24,51	12,91	10,14	33,32	0,70	- 13,14	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 78,06	16,89	43,77	18,30	5,58	7,12	34,91	- 3,84	- 10,53	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3,46	- 2,39	2,29	- 0,67	5,17	- 1,43	- 4,47	3,01	- 0,62	
Staat	0,26	- 0,09	0,76	0,04	0,18	0,24	0,25	0,10	- 1,18	
Private Haushalte	12,08	11,96	10,24	6,84	1,98	4,21	2,63	1,43	- 0,82	
Börsennotierte Aktien des Auslands	10,09	18,96	- 9,57	- 6,63	- 12,75	- 2,10	8,05	- 2,78	3,95	
Übrige Anteilsrechte 1)	112,54	16,11	- 32,10	2,50	2,95	0,95	- 37,89	1,88	5,72	
Versicherungstechnische Rückstellungen	5,83	4,25	4,25	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,54	14,32	- 14,10	0,93	- 2,28	- 0,27	1,80	- 13,34	- 3,57	
Sonstige Verbindlichkeiten	22,28	136,29	63,75	49,28	13,84	11,85	20,34	17,73	9,28	
Insgesamt	222,68	372,91	264,67	141,90	61,26	66,62	95,20	41,59	19,99	

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2020	2021	2022	2021		2022			2023	
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1. Vj.	
Geldvermögen										
Bargeld und Einlagen	717,4	727,5	795,3	727,5	731,7	698,7	767,4	795,3	744,3	
Schuldverschreibungen insgesamt	51,5	54,3	53,8	54,3	53,4	51,3	53,7	53,8	58,8	
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,8	7,1	8,4	7,1	7,5	5,6	8,6	8,4	10,3	
langfristige Schuldverschreibungen	46,7	47,2	45,5	47,2	45,9	45,7	45,1	45,5	48,5	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	22,1	23,3	24,7	23,3	23,0	23,0	24,1	24,7	28,7	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	5,3	5,8	5,3	5,2	4,9	5,5	5,8	6,5	
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,4	14,5	15,0	14,5	14,6	14,7	14,9	15,0	16,6	
Staat	4,0	3,5	3,9	3,5	3,2	3,5	3,6	3,9	5,6	
Schuldverschreibungen des Auslands	29,4	31,0	29,2	31,0	30,4	28,2	29,7	29,2	30,1	
Kredite insgesamt	725,1	780,5	827,2	780,5	785,9	806,5	840,9	827,2	855,2	
kurzfristige Kredite	571,1	611,2	640,8	611,2	614,9	629,8	660,0	640,8	660,1	
langfristige Kredite	154,0	169,2	186,3	169,2	171,0	176,7	180,9	186,3	195,0	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	412,5	422,6	445,5	422,6	430,8	433,7	448,3	445,5	482,6	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	327,6	334,7	358,7	334,7	337,2	342,7	351,1	358,7	388,5	
finanzielle Kapitalgesellschaften	76,9	79,3	78,0	79,3	85,0	82,4	88,3	78,0	85,2	
Staat	7,9	8,5	8,9	8,5	8,6	8,7	8,8	8,9	8,9	
Kredite an das Ausland	312,7	357,9	381,6	357,9	355,1	372,7	392,6	381,6	372,6	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 572,7	2 921,5	2 707,2	2 921,5	2 845,3	2 785,3	2 756,1	2 707,2	2 783,1	
Anteilsrechte insgesamt	2 368,0	2 681,3	2 494,6	2 681,3	2 613,1	2 567,9	2 544,3	2 494,6	2 563,9	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	307,0	393,0	331,2	393,0	350,1	305,0	307,5	331,2	361,1	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	298,9	384,9	324,4	384,9	342,4	298,2	301,7	324,4	353,7	
finanzielle Kapitalgesellschaften	8,1	8,0	6,7	8,0	7,7	6,8	5,7	6,7	7,4	
Börsennotierte Aktien des Auslands	66,6	71,5	69,7	71,5	67,0	66,8	65,4	69,7	64,1	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 994,4	2 216,8	2 093,8	2 216,8	2 196,0	2 196,1	2 171,4	2 093,8	2 138,8	
Anteile an Investmentfonds	204,7	240,2	212,6	240,2	232,3	217,5	211,9	212,6	219,2	
Geldmarktfonds	7,0	7,6	7,2	7,6	6,4	6,0	4,9	7,2	6,5	
Sonstige Investmentfonds	197,7	232,6	205,4	232,6	225,9	211,5	207,0	205,4	212,7	
Versicherungstechnische Rückstellungen	62,1	64,8	41,0	64,8	47,8	45,2	42,8	41,0	47,2	
Finanzderivate	30,9	106,0	92,2	106,0	147,8	164,4	199,0	92,2	65,3	
Sonstige Forderungen	1 243,9	1 456,5	1 520,4	1 456,5	1 493,1	1 519,1	1 531,0	1 520,4	1 574,4	
Insgesamt	5 403,7	6 111,0	6 037,1	6 111,0	6 105,0	6 070,5	6 191,0	6 037,1	6 128,2	
Verbindlichkeiten										
Schuldverschreibungen insgesamt	238,3	252,3	228,7	252,3	245,3	229,7	226,7	228,7	231,2	
kurzfristige Schuldverschreibungen	7,1	9,6	9,3	9,6	13,4	14,7	12,0	9,3	9,1	
langfristige Schuldverschreibungen	231,2	242,7	219,4	242,7	231,8	215,1	214,7	219,4	222,1	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	96,1	100,6	90,7	100,6	98,6	92,5	90,3	90,7	93,2	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	5,3	5,8	5,3	5,2	4,9	5,5	5,8	6,5	
finanzielle Kapitalgesellschaften	78,2	83,2	73,4	83,2	81,7	76,7	73,8	73,4	74,4	
Staat	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	
Private Haushalte	12,8	11,8	11,3	11,8	11,2	10,6	10,7	11,3	11,9	
Schuldverschreibungen des Auslands	142,3	151,7	137,9	151,7	146,7	137,2	136,4	137,9	138,0	
Kredite insgesamt	2 270,6	2 403,4	2 587,9	2 403,4	2 439,9	2 485,5	2 559,6	2 587,9	2 602,7	
kurzfristige Kredite	830,0	903,1	1 011,2	903,1	933,5	959,0	1 010,0	1 011,2	991,1	
langfristige Kredite	1 440,5	1 500,3	1 576,7	1 500,3	1 506,4	1 526,5	1 549,6	1 576,7	1 611,6	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	1 391,8	1 470,5	1 627,8	1 470,5	1 508,8	1 542,6	1 603,2	1 627,8	1 675,0	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	327,6	334,7	358,7	334,7	337,2	342,7	351,1	358,7	388,5	
finanzielle Kapitalgesellschaften	962,2	1 020,3	1 138,5	1 020,3	1 054,8	1 080,3	1 118,1	1 138,5	1 160,7	
Staat	102,0	115,6	130,7	115,6	116,9	119,6	133,9	130,7	125,8	
Kredite aus dem Ausland	878,8	932,9	960,2	932,9	931,1	942,9	956,4	960,2	927,7	
Anteilsrechte insgesamt	3 260,9	3 689,0	2 988,1	3 689,0	3 391,9	2 994,2	2 843,1	2 988,1	3 264,2	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	739,9	924,8	760,4	924,8	840,0	733,3	691,4	760,4	854,2	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	298,9	384,9	324,4	384,9	342,4	298,2	301,7	324,4	353,7	
finanzielle Kapitalgesellschaften	171,9	210,3	151,1	210,3	194,3	161,8	138,1	151,1	182,0	
Staat	56,3	69,9	69,2	69,9	70,0	70,7	61,4	69,2	78,9	
Private Haushalte	212,8	259,7	215,7	259,7	233,3	202,6	190,2	215,7	239,6	
Börsennotierte Aktien des Auslands	995,6	1 126,3	824,1	1 126,3	984,0	795,9	732,0	824,1	942,8	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 525,5	1 637,9	1 403,6	1 637,9	1 567,9	1 465,0	1 419,7	1 403,6	1 467,2	
Versicherungstechnische Rückstellungen	283,1	287,4	291,6	287,4	288,4	289,5	290,6	291,6	292,7	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	83,4	137,9	62,6	137,9	143,5	137,1	161,0	62,6	34,0	
Sonstige Verbindlichkeiten	1 275,8	1 525,4	1 603,4	1 525,4	1 546,6	1 566,4	1 651,6	1 603,4	1 603,3	
Insgesamt	7 412,1	8 295,5	7 762,2	8 295,5	8 055,6	7 702,4	7 732,5	7 762,2	8 028,1	

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2020	2021	2022	2021			2022			2023
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1. Vj.	
Geldvermögensbildung										
Bargeld und Einlagen	213,31	146,16	109,27	32,62	10,73	27,30	33,05	38,20	- 16,08	
Bargeld	61,94	60,55	44,93	16,24	13,63	11,48	13,67	6,14	2,80	
Einlagen insgesamt	151,36	85,61	64,34	16,38	- 2,90	15,81	19,37	32,06	- 18,88	
Sichteinlagen	165,34	90,84	47,63	16,35	- 0,99	23,73	20,48	4,41	- 60,51	
Termineinlagen	1,29	- 5,09	32,66	- 0,17	0,16	- 4,31	6,22	30,59	45,14	
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 15,26	- 0,13	- 15,94	0,20	- 2,07	- 3,61	- 7,32	- 2,95	- 3,52	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 5,94	- 5,89	24,97	- 0,62	2,81	4,85	5,36	11,96	29,66	
kurzfristige Schuldverschreibungen	0,08	0,31	1,99	0,03	- 0,02	0,05	0,17	1,79	7,86	
langfristige Schuldverschreibungen	- 6,02	- 6,20	22,98	- 0,64	2,83	4,80	5,18	10,17	21,80	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 2,56	- 3,70	20,30	- 0,39	2,26	3,77	3,76	10,52	25,63	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,32	- 0,83	0,49	- 0,16	0,08	- 0,02	0,21	0,23	0,53	
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,26	- 2,57	17,47	- 0,23	2,34	3,18	2,94	9,01	21,58	
Staat	0,02	- 0,30	2,35	0,00	- 0,16	0,61	0,61	1,29	3,53	
Schuldverschreibungen des Auslands	- 3,38	- 2,19	4,67	- 0,23	0,55	1,08	1,60	1,44	4,03	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	90,18	136,54	78,00	42,10	30,64	22,35	9,21	15,82	13,45	
Anteilsrechte insgesamt	48,53	31,76	27,00	14,30	7,82	10,01	3,98	5,19	1,34	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	16,05	14,21	12,31	6,29	2,70	5,55	3,36	0,70	0,05	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,92	12,64	9,91	6,12	1,97	3,90	2,68	1,36	- 1,09	
finanzielle Kapitalgesellschaften	4,14	1,58	2,40	0,17	0,74	1,64	0,67	- 0,66	1,14	
Börsennotierte Aktien des Auslands	23,29	10,87	8,70	5,26	3,47	2,46	- 0,45	3,22	0,54	
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	9,19	6,68	5,98	2,76	1,64	2,01	1,07	1,26	0,75	
Anteile an Investmentfonds	41,65	104,79	51,01	27,80	22,82	12,34	5,23	10,63	12,12	
Geldmarktfonds	0,09	0,18	0,82	0,18	- 0,02	0,28	0,12	0,44	0,44	
Sonstige Investmentfonds	41,56	104,61	50,19	27,62	22,84	12,05	5,11	10,19	11,68	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	18,34	20,31	- 0,49	5,60	4,49	- 1,86	- 1,31	- 1,81	6,37	
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	47,71	51,63	31,69	11,00	6,57	5,62	12,12	7,39	1,42	
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	33,69	27,36	49,78	10,57	15,74	12,87	8,92	12,25	12,36	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Forderungen ²⁾	- 10,44	- 1,32	- 5,33	- 25,44	14,06	- 0,29	- 0,93	- 18,18	22,71	
Insgesamt	386,85	374,80	287,90	75,84	85,04	70,83	66,41	65,60	69,88	
Außenfinanzierung										
Kredite insgesamt	83,95	98,17	83,67	23,13	20,37	27,92	25,87	9,50	2,64	
kurzfristige Kredite	- 5,61	0,86	2,59	- 1,61	0,66	1,09	0,74	0,10	0,74	
langfristige Kredite	89,55	97,31	81,08	24,74	19,71	26,83	25,14	9,40	1,91	
nachrichtlich:										
Wohnungsbaukredite	85,72	99,89	79,69	25,21	19,24	26,63	23,30	10,53	2,88	
Konsumentenkredite	- 4,29	- 0,89	4,60	- 2,04	0,23	0,91	2,59	0,87	0,54	
Gewerbliche Kredite	2,51	- 0,83	- 0,61	- 0,04	0,91	0,39	- 0,01	- 1,90	- 0,78	
nachrichtlich:										
Kredite von Monetären Finanzinstituten	83,17	94,32	82,56	23,91	20,70	27,94	24,46	9,45	1,80	
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	0,78	3,85	1,11	- 0,78	- 0,33	- 0,02	1,41	0,05	0,84	
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	- 0,00	- 0,00	- 0,00	- 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige Verbindlichkeiten	0,01	0,90	2,97	0,63	- 0,94	0,80	1,18	1,93	- 0,59	
Insgesamt	83,96	99,07	86,65	23,76	19,43	28,73	27,06	11,43	2,06	

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2020	2021	2022	2021				2022				2023
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1. Vj.			
Geldvermögen												
Bargeld und Einlagen	2 860,4	3 005,5	3 116,9	3 005,5	3 017,3	3 047,4	3 084,0	3 116,9	3 099,6			
Bargeld	324,5	385,1	430,0	385,1	398,7	410,2	423,9	430,0	432,8			
Einlagen insgesamt	2 535,8	2 620,5	2 686,9	2 620,5	2 618,6	2 637,2	2 660,1	2 686,9	2 666,8			
Sichteinlagen	1 674,1	1 764,4	1 811,7	1 764,4	1 763,5	1 786,7	1 807,3	1 811,7	1 756,0			
Termineinlagen	302,8	297,3	332,9	297,3	298,5	297,9	307,6	332,9	377,1			
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	558,9	558,8	542,3	558,8	556,7	552,6	545,3	542,3	533,8			
Schuldverschreibungen insgesamt	113,3	109,6	125,1	109,6	109,5	107,8	110,4	125,1	156,9			
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,6	1,8	3,9	1,8	1,7	1,7	1,9	3,9	11,7			
langfristige Schuldverschreibungen	111,7	107,8	121,2	107,8	107,7	106,1	108,5	121,2	145,2			
nachrichtlich:												
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	76,7	75,3	88,4	75,3	75,2	74,7	76,1	88,4	116,1			
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	10,9	9,8	9,5	9,8	9,4	8,9	8,9	9,5	10,1			
finanzielle Kapitalgesellschaften	63,3	63,2	74,6	63,2	63,8	63,3	64,2	74,6	98,2			
Staat	2,6	2,2	4,2	2,2	2,0	2,5	3,0	4,2	7,8			
Schuldverschreibungen des Auslands	36,6	34,3	36,7	34,3	34,3	33,1	34,3	36,7	40,8			
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 536,4	1 900,5	1 730,9	1 900,5	1 841,4	1 694,5	1 661,2	1 730,9	1 822,9			
Anteilsrechte insgesamt	801,8	968,0	874,9	968,0	927,8	845,3	828,2	874,9	930,2			
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	243,3	296,0	255,8	296,0	271,0	236,1	223,2	255,8	281,6			
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	204,0	250,4	207,9	250,4	224,7	195,1	183,3	207,9	231,0			
finanzielle Kapitalgesellschaften	39,2	45,6	47,9	45,6	46,3	41,0	39,9	47,9	50,6			
Börsennotierte Aktien des Auslands	180,6	249,3	213,7	249,3	241,1	210,7	210,2	213,7	226,7			
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	378,0	422,7	405,3	422,7	415,7	398,5	394,8	405,3	421,9			
Anteile an Investmentfonds	734,6	932,5	856,0	932,5	913,6	849,3	833,0	856,0	892,7			
Geldmarktfonds	2,3	2,5	3,3	2,5	2,5	2,8	2,9	3,3	3,7			
Sonstige Investmentfonds	732,2	930,0	852,7	930,0	911,1	846,5	830,1	852,7	888,9			
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	412,2	432,5	41,3	432,5	50,2	46,8	44,0	41,3	47,5			
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 112,1	1 162,2	1 087,0	1 162,2	1 276,4	1 152,8	1 096,9	1 087,0	1 112,5			
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	956,8	986,2	1 118,9	986,2	1 124,1	1 115,0	1 110,8	1 118,9	1 126,3			
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			
Sonstige Forderungen ²⁾	27,9	27,5	26,5	27,5	26,0	27,8	27,5	26,5	27,0			
Insgesamt	7 019,0	7 624,0	7 246,6	7 624,0	7 444,8	7 192,1	7 134,7	7 246,6	7 392,6			
Verbindlichkeiten												
Kredite insgesamt	1 923,8	2 024,3	2 111,8	2 024,3	2 045,4	2 074,6	2 102,7	2 111,8	2 114,5			
kurzfristige Kredite	53,2	53,0	55,5	53,0	53,7	54,8	55,8	55,5	56,6			
langfristige Kredite	1 870,6	1 971,3	2 056,3	1 971,3	1 991,7	2 019,8	2 047,0	2 056,3	2 057,9			
nachrichtlich:												
Wohnungsbaukredite	1 447,5	1 549,3	1 632,3	1 549,3	1 569,5	1 597,8	1 621,3	1 632,3	1 636,2			
Konsumentenkredite	226,1	224,5	228,9	224,5	224,9	225,5	228,1	228,9	229,7			
Gewerbliche Kredite	250,2	250,5	250,6	250,5	251,1	251,3	253,4	250,6	248,6			
nachrichtlich:												
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 824,6	1 920,3	2 004,0	1 920,3	1 941,0	1 968,8	1 995,3	2 004,0	2 005,8			
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	99,1	104,0	107,8	104,0	104,4	105,8	107,4	107,8	108,8			
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			
Sonstige Verbindlichkeiten	19,5	20,3	23,6	20,3	19,5	20,4	21,6	23,6	23,0			
Insgesamt	1 943,3	2 044,6	2 135,4	2 044,6	2 064,9	2 095,0	2 124,4	2 135,4	2 137,6			

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2017	+ 43,7	+ 7,9	+ 13,9	+ 10,7	+ 11,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
2018	+ 65,6	+ 21,0	+ 12,0	+ 16,7	+ 16,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
2019	+ 53,0	+ 21,5	+ 14,0	+ 8,4	+ 9,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020 p)	- 147,7	- 87,1	- 32,6	+ 6,9	- 34,8	- 4,3	- 2,6	- 1,0	+ 0,2	- 1,0
2021 p)	- 129,7	- 144,2	+ 5,6	+ 6,2	+ 2,6	- 3,6	- 4,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022 p)	- 96,9	- 124,3	+ 14,4	+ 4,7	+ 8,3	- 2,5	- 3,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2
2021 1.Hj. p)	- 75,9	- 61,0	- 3,0	+ 1,3	- 13,2	- 4,3	- 3,5	- 0,2	+ 0,1	- 0,8
2.Hj. p)	- 53,8	- 83,2	+ 8,7	+ 4,9	+ 15,8	- 2,9	- 4,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8
2022 1.Hj. p)	- 4,6	- 36,2	+ 18,2	+ 5,8	+ 7,7	- 0,2	- 1,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,4
2.Hj. p)	- 92,3	- 88,0	- 3,8	- 1,1	+ 0,6	- 4,7	- 4,4	- 0,2	- 0,1	+ 0,0
2023 1.Hj. ts)	- 42,1	- 39,2	- 3,1	- 6,8	+ 7,0	- 2,1	- 1,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,3
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2017	2 130,5	1 361,7	616,8	168,3	0,8	65,2	41,7	18,9	5,2	0,0
2018	2 083,4	1 334,7	603,1	161,7	0,7	61,9	39,7	17,9	4,8	0,0
2019	2 068,8	1 312,7	612,6	160,3	0,7	59,5	37,8	17,6	4,6	0,0
2020 p)	2 339,9	1 527,1	664,3	162,0	7,5	68,7	44,9	19,5	4,8	0,2
2021 p)	2 494,6	1 679,8	665,1	164,1	0,4	69,0	46,4	18,4	4,5	0,0
2022 p)	2 563,1	1 776,9	636,6	171,2	2,2	66,1	45,8	16,4	4,4	0,1
2021 1.Vj. p)	2 368,9	1 552,6	667,5	162,0	16,2	69,6	45,6	19,6	4,8	0,5
2.Vj. p)	2 418,8	1 602,7	667,8	163,2	21,2	69,1	45,8	19,1	4,7	0,6
3.Vj. p)	2 452,5	1 630,6	673,1	162,6	24,3	68,9	45,8	18,9	4,6	0,7
4.Vj. p)	2 494,6	1 679,8	665,1	164,1	0,4	69,0	46,4	18,4	4,5	0,0
2022 1.Vj. p)	2 498,8	1 684,9	664,0	163,7	3,1	67,6	45,6	18,0	4,4	0,1
2.Vj. p)	2 536,6	1 724,1	660,2	165,8	3,3	67,4	45,8	17,5	4,4	0,1
3.Vj. p)	2 551,5	1 757,8	644,9	165,6	3,7	66,8	46,0	16,9	4,3	0,1
4.Vj. p)	2 563,1	1 776,9	636,6	171,2	2,2	66,1	45,8	16,4	4,4	0,1
2023 1.Vj. p)	2 589,0	1 799,7	633,2	173,4	3,0	65,7	45,7	16,1	4,4	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*)}

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾	
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen			sonstige
Mrd €													
2017	1 486,9	773,3	549,5	164,2	1 443,3	784,8	250,6	169,5	71,6	33,8	132,9	+ 43,7	1 329,5
2018	1 557,2	808,1	572,6	176,6	1 491,6	805,6	260,3	176,4	78,5	31,2	139,7	+ 65,6	1 387,7
2019	1 616,5	834,7	598,2	183,6	1 563,4	846,2	273,6	187,4	84,2	27,4	144,5	+ 53,0	1 440,0
2020 p)	1 569,9	781,7	608,1	180,1	1 717,6	904,5	285,2	211,3	92,9	21,7	201,9	- 147,7	1 396,7
2021 p)	1 712,9	889,0	632,1	191,8	1 842,6	941,1	295,4	226,6	92,5	21,1	266,0	- 129,7	1 528,7
2022 p)	1 821,2	955,9	666,8	198,6	1 918,1	974,0	307,9	238,4	100,9	26,5	270,4	- 96,9	1 633,4
in % des BIP													
2017	45,5	23,7	16,8	5,0	44,2	24,0	7,7	5,2	2,2	1,0	4,1	+ 1,3	40,7
2018	46,3	24,0	17,0	5,2	44,3	23,9	7,7	5,2	2,3	0,9	4,1	+ 1,9	41,2
2019	46,5	24,0	17,2	5,3	45,0	24,4	7,9	5,4	2,4	0,8	4,2	+ 1,5	41,4
2020 p)	46,1	23,0	17,9	5,3	50,5	26,6	8,4	6,2	2,7	0,6	5,9	- 4,3	41,0
2021 p)	47,3	24,6	17,5	5,3	50,9	26,0	8,2	6,3	2,6	0,6	7,4	- 3,6	42,3
2022 p)	47,0	24,7	17,2	5,1	49,5	25,1	7,9	6,1	2,6	0,7	7,0	- 2,5	42,1
Zuwachsraten in %													
2017	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,1	- 9,3	+ 4,5	.	+ 4,7
2018	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 7,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,9	+ 4,1	+ 9,7	- 7,8	+ 5,1	.	+ 4,4
2019	+ 3,8	+ 3,3	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,8	+ 5,1	+ 5,1	+ 6,2	+ 7,2	- 12,0	+ 3,5	.	+ 3,8
2020 p)	- 2,9	- 6,3	+ 1,6	- 1,9	+ 9,9	+ 6,9	+ 4,2	+ 12,7	+ 10,4	- 20,8	+ 39,7	.	- 3,0
2021 p)	+ 9,1	+ 13,7	+ 3,9	+ 6,5	+ 7,3	+ 4,1	+ 3,6	+ 7,2	- 0,5	- 3,1	+ 31,7	.	+ 9,4
2022 p)	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,5	+ 4,3	+ 5,2	+ 9,0	+ 25,8	+ 1,7	.	+ 6,9

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen					Ausgaben					Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)												
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)								
2016	859,7	705,8	8,8	842,8	251,3	320,8	43,3	48,3	11,7	+ 16,8	601,8	594,8	+ 7,1	1 352,5	1 328,6	+ 23,9	
2017	897,6	734,5	7,7	867,8	261,5	327,2	41,9	51,7	13,8	+ 29,8	631,5	622,0	+ 9,5	1 414,9	1 375,6	+ 39,3	
2018	949,2	776,3	6,0	904,0	272,4	337,3	39,1	55,1	16,1	+ 45,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 488,1	1 429,3	+ 58,8	
2019	1 007,7	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,7	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,2	1 529,2	+ 42,0	
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	- 165,4	719,5	747,8	- 28,3	1 516,2	1 709,9	- 193,7	
2021	1 105,4	833,3	25,3	1 239,9	310,7	530,7	21,0	69,3	26,1	- 134,5	769,2	777,1	- 7,9	1 701,5	1 843,9	- 142,4	
2022 p)	1 146,2	895,9	32,4	1 284,6	325,6	500,9	33,5	72,4	74,4	- 138,4	800,6	794,8	+ 5,9	1 774,0	1 906,5	- 132,5	
2020 1.Vj.	244,8	197,5	2,5	236,4	72,9	90,5	11,9	12,0	2,6	+ 8,4	p) 168,3	p) 175,7	p) - 7,4	p) 380,0	p) 379,1	p) + 0,9	
2.Vj.	215,6	158,1	2,7	275,4	72,2	119,1	8,6	15,4	3,4	- 59,8	p) 175,9	p) 187,0	p) - 11,1	p) 358,1	p) 429,0	p) - 70,9	
3.Vj.	227,5	181,4	4,0	282,1	72,4	101,9	1,4	18,3	34,3	- 54,5	p) 181,1	p) 195,0	p) - 13,9	p) 369,9	p) 438,3	p) - 68,4	
4.Vj.	259,3	201,9	4,5	315,4	81,4	109,2	5,9	22,8	19,6	- 56,1	p) 186,0	p) 189,6	p) - 3,5	p) 410,6	p) 470,2	p) - 59,6	
2021 1.Vj.	240,7	185,3	4,3	300,6	75,5	130,8	7,3	11,1	14,6	- 59,9	p) 182,4	p) 196,3	p) - 13,9	p) 385,2	p) 458,9	p) - 73,8	
2.Vj.	267,0	195,8	7,5	297,1	74,8	122,7	10,7	15,2	10,5	- 30,2	p) 185,9	p) 197,0	p) - 11,1	p) 414,1	p) 455,3	p) - 41,2	
3.Vj.	270,9	210,7	7,4	290,2	75,8	116,3	- 0,4	16,5	10,4	- 19,3	p) 183,4	p) 191,9	p) - 8,6	p) 413,5	p) 441,4	p) - 27,8	
4.Vj.	332,9	237,7	6,1	347,8	84,1	153,4	3,1	26,4	- 9,4	- 14,9	p) 197,3	p) 190,4	p) + 6,9	p) 492,6	p) 500,6	p) - 8,0	
2022 1.Vj.	278,2	224,0	5,0	279,3	79,6	116,8	5,5	11,9	7,0	- 1,0	p) 193,8	p) 199,8	p) - 6,0	p) 430,3	p) 437,3	p) - 7,1	
2.Vj.	288,0	224,6	5,1	294,2	77,8	126,4	10,6	15,3	5,9	- 6,2	p) 199,9	p) 196,7	p) + 3,2	p) 444,7	p) 447,7	p) - 3,1	
3.Vj.	272,3	207,0	13,3	303,4	78,1	117,0	10,8	17,7	10,8	- 31,0	p) 194,0	p) 197,6	p) - 3,6	p) 423,1	p) 457,7	p) - 34,6	
4.Vj. p)	314,6	244,5	9,0	409,6	89,7	139,0	6,5	27,5	55,6	- 95,0	210,5	198,1	+ 12,4	481,8	564,4	- 82,5	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten

werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2016	344,7	338,4	+ 6,2	380,2	372,0	+ 8,2	247,1	241,7	+ 5,4
2017	357,8	352,8	+ 5,0	396,7	385,5	+ 11,3	258,5	247,7	+ 10,7
2018	374,4	363,5	+ 10,9	419,6	399,8	+ 19,9	270,0	260,1	+ 9,8
2019	382,5	369,2	+ 13,3	436,3	419,3	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,7
2020	341,4	472,1	- 130,7	455,5	489,0	- 33,6	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	585,9	- 215,6	509,3	508,7	+ 0,5	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	- 116,0	534,3	523,7	+ 10,6	328,5	325,8	+ 2,7
2020 1.Vj.	92,3	90,4	+ 1,9	105,6	99,7	+ 5,9	57,9	67,7	- 9,8
2.Vj.	70,8	114,8	- 44,0	108,2	128,0	- 19,8	69,4	69,4	+ 0,1
3.Vj.	83,7	105,4	- 21,7	112,9	113,7	- 0,8	67,5	72,6	- 5,1
4.Vj.	94,5	161,5	- 67,0	127,4	146,3	- 18,9	100,3	83,5	+ 16,8
2021 1.Vj.	75,0	127,5	- 52,5	113,7	120,7	- 7,1	61,1	69,7	- 8,6
2.Vj.	86,4	123,5	- 37,1	122,8	122,0	+ 0,8	74,6	71,7	+ 2,9
3.Vj.	93,9	128,7	- 34,7	125,9	120,2	+ 5,7	74,6	74,9	- 0,3
4.Vj.	115,1	206,3	- 91,2	145,6	144,5	+ 1,2	97,6	87,0	+ 10,6
2022 1.Vj.	94,7	114,0	- 19,3	134,6	122,7	+ 11,9	68,4	73,8	- 5,4
2.Vj.	99,7	123,5	- 23,7	133,2	123,6	+ 9,6	81,0	77,3	+ 3,7
3.Vj.	89,0	127,8	- 38,7	126,1	121,4	+ 4,7	81,1	80,3	+ 0,8
4.Vj.	116,1	150,4	- 34,2	139,6	153,4	- 13,8	98,0	94,5	+ 3,5
2023 1.Vj.	96,2	116,9	- 20,7	121,0	122,3	- 1,3	73,3	81,0	- 7,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird,

bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden ³⁾	Saldo nicht verrechneter Steueranteile ⁴⁾		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge ⁵⁾
		zusammen	Bund ¹⁾	Länder ¹⁾	Europäische Union ²⁾				
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+ 186	27 836	
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	- 76	27 368	
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+ 1	26 775	
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998	
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	- 274	30 266	
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321	
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+ 1 387	34 911	
2021 1.Vj.	189 316	159 271	72 814	73 137	13 320	19 882	+ 10 163	6 887	
2.Vj.	191 931	163 158	81 129	74 024	8 005	29 609	- 835	7 438	
3.Vj.	211 364	180 378	87 603	84 312	8 464	29 726	+ 1 260	7 823	
4.Vj.	240 726	204 171	101 442	94 295	8 433	45 784	- 9 229	7 173	
2022 1.Vj.	224 006	189 158	92 112	87 240	9 806	24 772	+ 10 077	7 261	
2.Vj.	224 538	190 982	94 153	86 852	9 977	34 149	- 594	11 576	
3.Vj.	205 544	174 232	84 078	80 020	10 133	33 618	- 2 306	7 953	
4.Vj.	241 767	205 950	101 778	95 471	8 702	41 607	- 5 790	8 121	
2023 1.Vj.	220 950	186 173	93 366	83 536	9 271	26 505	+ 8 271	7 665	
2.Vj.	...	186 597	94 492	82 961	9 144	8 959	
2022 Juli	.	56 770	27 314	26 153	3 303	.	.	3 183	
2023 Juli	.	65 445	32 791	29 498	3 157	.	.	3 378	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten

Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt ¹⁾	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern ⁹⁾	Ländersteuern ⁹⁾	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern ²⁾					Steuern vom Umsatz ⁷⁾			Gewerbesteuerumlagen ⁸⁾				
		zusammen	Lohnsteuer ³⁾	Veranlagte Einkommensteuer ⁴⁾	Körperschaftsteuer ⁵⁾	Kapitalertragsteuer ⁶⁾	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2022	814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
2021 1.Vj.	171 974	86 381	50 854	17 826	10 203	7 498	54 795	45 403	9 392	252	21 712	7 757	1 076	12 703
2.Vj.	175 242	84 505	50 783	14 347	8 860	10 515	57 634	43 399	14 235	1 215	23 210	7 398	1 281	12 085
3.Vj.	193 910	90 619	53 857	17 973	9 853	8 936	69 528	49 052	20 476	1 189	23 469	7 813	1 292	13 532
4.Vj.	219 827	108 791	62 913	22 196	13 208	10 474	68 843	49 777	19 066	2 295	29 780	8 645	1 473	15 656
2022 1.Vj.	203 130	96 245	56 206	20 915	11 178	7 946	73 584	54 234	19 350	615	22 252	8 975	1 459	13 972
2.Vj.	204 740	101 822	60 363	17 194	11 246	13 019	67 763	46 755	21 008	1 521	24 441	7 564	1 630	13 758
3.Vj.	185 552	82 392	43 431	17 598	10 724	10 639	71 164	49 323	21 841	1 471	21 657	7 115	1 753	11 320
4.Vj.	221 464	109 652	67 205	21 704	13 186	7 557	72 339	47 889	24 451	2 740	28 302	6 444	1 987	15 514
2023 1.Vj.	199 764	94 453	55 669	19 728	10 700	8 357	73 522	52 197	21 325	370	23 110	6 815	1 494	13 591
2.Vj.	199 993	98 917	59 538	15 467	12 406	11 506	67 260	47 855	19 405	1 499	24 740	6 142	1 435	13 396
2022 Juli	60 179	25 436	17 708	204	308	7 216	23 610	16 034	7 575	1 212	7 113	2 287	521	3 409
2023 Juli	69 269	30 941	20 130	- 185	- 282	11 278	26 792	20 301	6 491	1 245	7 689	2 104	498	3 824

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvor-

sorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2022: 46,6/50,5/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2022: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Tabaksteuer	Versicherungssteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grundwerbsteuer	Erb-schaftsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	darunter:	
														Gewerbesteuer 2)	Grund-steuern
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	- 4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 257	14 136	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 651	14 553	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 733	14 980	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	14 229	15 672	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2021 1.Vj.	4 126	3 171	2 585	6 776	2 567	1 692	395	400	4 716	2 110	578	353	17 594	13 798	3 503
2021 2.Vj.	8 717	2 546	4 053	2 843	2 469	1 640	528	413	4 231	2 374	538	255	17 904	13 692	4 034
2021 3.Vj.	9 532	2 338	3 636	2 911	2 381	1 618	514	538	4 571	2 457	516	269	18 643	14 215	4 133
2021 4.Vj.	14 745	2 972	4 458	2 449	2 130	1 741	651	633	4 816	2 884	700	244	23 194	19 546	3 316
2022 1.Vj.	4 452	2 840	2 372	7 175	2 594	1 785	531	503	5 061	2 827	701	385	21 492	17 454	3 577
2022 2.Vj.	9 092	3 518	3 648	2 872	2 433	1 722	505	651	4 406	2 238	661	259	21 318	16 839	4 077
2022 3.Vj.	7 103	2 571	3 742	3 059	2 325	1 598	549	710	4 100	2 138	596	281	21 463	16 792	4 249
2022 4.Vj.	13 020	3 049	4 467	2 567	2 147	1 725	606	722	3 555	2 023	611	254	23 043	19 298	3 380
2023 1.Vj.	4 362	2 888	2 669	7 637	2 632	1 749	530	643	3 362	2 368	666	420	21 555	17 471	3 610
2023 2.Vj.	8 796	3 649	3 830	3 091	2 475	1 669	517	712	2 937	2 323	615	267
2022 Juli	2 831	535	1 183	815	837	500	183	230	1 318	674	205	90	.	.	.
2023 Juli	3 038	550	1 403	911	783	579	188	237	988	841	183	92	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)				Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen	
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere	Beteiligungen, Darlehen und Hypotheken 5)		Grundstücke
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten	Krankenversicherung der Rentner							
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	262	56	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	303	56	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	- 3 887	39 880	38 196	1 286	344	55	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	400	52	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	457	51	3 746
2020 1.Vj.	80 578	55 999	24 436	82 622	70 829	5 346	- 2 045	40 840	38 636	1 848	300	56	3 966
2020 2.Vj.	82 098	57 515	24 413	82 875	70 889	5 346	- 777	39 779	37 975	1 446	304	55	3 949
2020 3.Vj.	82 689	58 109	24 418	86 497	74 054	5 591	- 3 808	36 898	35 197	1 333	313	55	3 925
2020 4.Vj.	88 978	64 375	24 412	86 605	73 879	5 576	+ 2 373	39 847	38 186	1 286	321	55	3 916
2021 1.Vj.	83 066	57 351	25 542	86 048	73 799	5 600	- 2 982	36 888	35 326	1 166	342	54	3 887
2021 2.Vj.	86 386	60 666	25 545	86 486	73 905	5 679	- 100	36 941	35 554	988	345	53	3 871
2021 3.Vj.	85 535	59 941	25 468	87 123	74 453	5 718	- 1 588	36 041	34 670	973	345	53	3 840
2021 4.Vj.	92 818	67 211	25 415	87 385	74 556	5 730	+ 5 432	41 974	40 310	1 241	370	52	3 835
2022 1.Vj.	86 684	60 599	25 937	86 841	74 568	5 734	- 157	41 784	39 952	1 367	399	65	3 783
2022 2.Vj.	90 040	63 978	25 879	87 138	74 644	5 756	+ 2 903	44 425	42 441	1 513	406	65	3 761
2022 3.Vj.	89 284	62 891	26 218	92 606	79 400	6 127	- 3 322	41 548	39 767	1 315	415	51	3 775
2022 4.Vj.	96 931	70 750	25 995	93 444	79 944	6 170	+ 3 487	46 082	44 186	1 399	446	51	3 767
2023 1.Vj.	91 370	64 171	26 972	92 422	79 330	6 142	- 1 052	45 109	43 030	1 569	460	51	3 724
2023 2.Vj.	94 735	67 459	26 942	92 585	79 177	6 165	+ 2 151	47 245	45 043	1 693	461	48	3 705

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse

der Kapitalrechnung. 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 3 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 4 Einschl. Barmittel. 5 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizit-ausgleich oder Darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:			insgesamt	darunter:						
		Beiträge	Insolvenz-geldumlage	Bundes-beteiligung		Arbeitslosen-geld 2)	Kurzarbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)		
2016	36 352	31 186	1 114	–	30 889	14 435	749	7 035	595	5 314	+ 5 463	–
2017	37 819	32 501	882	–	31 867	14 055	769	7 043	687	6 444	+ 5 952	–
2018	39 335	34 172	622	–	33 107	13 757	761	6 951	588	8 129	+ 6 228	–
2019	35 285	29 851	638	–	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	–	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	6 913
2021	35 830	29 571	1 302	–	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	16 935
2022	37 831	31 651	1 062	–	37 530	16 588	3 865	7 125	534	6 256	+ 300	423
2020 1.Vj.	8 123	6 851	153	–	9 301	4 469	392	1 934	235	1 470	– 1 179	–
2.Vj.	7 906	6 691	151	–	17 005	4 869	7 977	1 793	254	1 407	– 9 099	–
3.Vj.	8 350	6 934	153	–	18 619	5 737	8 637	1 701	472	1 414	– 10 269	–
4.Vj.	9 299	7 760	174	–	16 088	5 543	5 712	1 957	251	1 785	– 6 789	6 913
2021 1.Vj.	8 228	6 747	289	–	18 260	5 956	8 006	1 935	184	1 391	– 10 033	–
2.Vj.	8 830	7 301	324	–	16 720	5 029	7 495	1 912	108	1 452	– 7 890	–
3.Vj.	8 791	7 290	330	–	12 042	4 447	3 631	1 744	91	1 452	– 3 251	–
4.Vj.	9 982	8 234	359	–	10 547	4 028	1 871	1 884	110	1 785	– 565	16 935
2022 1.Vj.	8 827	7 374	251	–	10 685	4 424	2 087	1 821	135	1 412	– 1 858	–
2.Vj.	9 327	7 857	262	–	9 457	4 091	1 215	1 794	147	1 450	– 130	–
3.Vj.	9 278	7 740	261	–	8 401	4 056	408	1 621	107	1 506	+ 877	–
4.Vj.	10 398	8 679	289	–	8 987	4 016	156	1 889	145	1 888	+ 1 411	423
2023 1.Vj.	9 836	8 442	178	–	9 942	4 727	592	1 858	376	1 550	– 106	–
2.Vj.	10 387	8 976	186	–	9 661	4 604	380	1 902	271	1 689	+ 726	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bil-

dung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	ärztliche Behandlung	zahn-ärztliche Behand-lung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 4)	
		Beiträge	Bundes-mittel 2)									
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2020 1.Vj.	61 949	57 419	3 625	66 438	20 049	11 086	10 806	3 804	4 470	4 061	2 816	– 4 489
2.Vj.	68 108	58 096	9 359	69 487	17 674	10 492	10 908	3 389	3 986	4 143	2 980	– 1 378
3.Vj.	70 130	59 403	10 151	71 063	20 913	10 567	11 642	3 774	4 852	3 829	2 970	– 934
4.Vj.	68 645	62 672	4 805	67 987	19 887	10 729	11 019	3 891	4 725	3 920	3 039	+ 658
2021 1.Vj.	72 970	59 338	13 303	72 660	19 631	11 175	11 564	4 069	4 564	4 287	2 967	+ 310
2.Vj.	71 964	61 819	9 965	74 492	20 287	11 275	11 536	4 219	5 085	4 120	2 850	– 2 529
3.Vj.	70 592	61 899	7 942	73 569	20 748	11 756	10 730	4 060	5 085	4 004	2 849	– 2 977
4.Vj.	74 020	66 678	5 767	73 209	21 340	12 043	11 252	4 062	5 290	4 200	3 109	+ 810
2022 1.Vj.	79 253	62 142	17 049	81 493	20 550	11 891	11 847	4 286	5 216	4 574	3 510	– 2 240
2.Vj.	79 112	64 611	14 280	79 269	21 080	11 533	11 753	4 249	5 335	4 457	2 958	– 158
3.Vj.	75 516	65 242	9 804	75 011	21 164	12 221	11 384	3 956	5 352	4 441	2 996	+ 505
4.Vj.	81 512	70 384	9 091	74 894	21 659	12 242	11 566	4 310	5 442	4 486	3 148	+ 6 617
2023 1.Vj.	73 718	66 513	6 759	77 593	22 196	12 209	12 012	4 370	5 621	4 927	3 169	– 3 875

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und

Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 3 Einschl. Zahnersatz. 4 Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:	insgesamt	darunter:					
		Beiträge		Pflege-sachleistung	stationäre Pflege insgesamt 2)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungs-ausgaben	
2016	32 171	32 100	30 936	4 904	13 539	6 673	983	1 422	+ 1 235
2017	36 305	36 248	38 862	6 923	16 034	10 010	1 611	1 606	- 2 557
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	- 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	- 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	- 2 156
2020 1.Vj.	11 693	11 473	11 444	2 186	4 214	3 067	633	489	+ 249
2.Vj.	11 921	11 732	11 816	2 051	4 015	3 173	664	468	+ 105
3.Vj.	13 924	11 938	12 890	2 263	4 087	3 249	682	500	+ 1 033
4.Vj.	13 079	12 746	12 927	2 306	4 177	3 403	716	481	+ 152
2021 1.Vj.	12 093	11 831	13 344	2 355	3 971	3 387	725	512	- 1 251
2.Vj.	12 933	12 329	13 521	2 287	4 030	3 421	745	510	- 587
3.Vj.	12 624	12 294	13 390	2 393	4 182	3 466	783	509	- 767
4.Vj.	14 853	13 242	13 595	2 475	4 270	3 646	788	503	+ 1 258
2022 1.Vj.	12 912	12 412	14 739	2 564	4 974	3 572	775	529	- 1 827
2.Vj.	15 350	12 951	14 827	2 464	5 026	3 698	795	548	+ 523
3.Vj.	13 708	13 021	15 387	2 638	5 197	3 755	802	542	- 1 679
4.Vj.	15 813	14 067	15 078	2 581	5 281	3 892	837	528	+ 735
2023 1.Vj.	14 283	13 169	14 698	2 876	5 377	3 846	843	570	- 415

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen

an den Vorsorgefonds. 2 Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege. 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bankensystem			Inländische Nichtbanken						Ausland	
	Insgesamt	Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger			
		insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		
			Wertpapiere			Wertpapiere			Wertpapiere		
2016	2 161 570	205 391	191 880	585 456	223 407	211 515	111 843	48 630	14 181	1 110 579	1 012 275
2017	2 130 519	319 159	305 301	557 949	194 619	180 104	81 125	45 106	10 456	1 028 201	941 750
2018	2 083 367	364 731	350 487	516 113	167 506	186 346	89 794	44 124	8 724	972 053	892 223
2019	2 068 810	366 562	352 025	480 190	158 119	183 714	88 771	48 738	7 224	989 607	908 750
2020	2 339 934	522 392	507 534	517 602	157 828	191 231	99 840	41 093	8 372	1 067 616	996 418
2021	2 494 587	716 004	700 921	509 199	144 646	191 580	103 049	39 444	7 436	1 038 360	969 252
2022 p)	2 563 081	741 363	726 147	521 043	126 890	210 888	126 042	43 796	8 972	1 045 990	980 812
2020 1.Vj.	2 114 285	371 076	356 469	492 265	163 767	185 789	92 790	49 820	7 746	1 015 334	935 611
2.Vj.	2 284 382	424 141	409 393	558 876	172 257	186 352	93 968	49 942	8 600	1 065 069	983 910
3.Vj.	2 358 574	468 723	453 952	531 714	167 754	189 475	97 660	51 791	8 100	1 116 871	1 046 047
4.Vj.	2 339 934	522 392	507 534	517 602	157 828	191 231	99 840	41 093	8 372	1 067 616	996 418
2021 1.Vj.	2 368 916	561 443	546 539	491 995	162 961	190 136	99 333	50 869	8 060	1 074 473	1 010 644
2.Vj.	2 418 789	620 472	605 429	494 443	151 182	189 992	99 734	39 995	7 700	1 073 887	1 008 537
3.Vj.	2 452 516	669 659	654 600	496 368	152 068	191 571	101 742	41 857	8 069	1 053 061	987 742
4.Vj.	2 494 587	716 004	700 921	509 199	144 646	191 580	103 049	39 444	7 436	1 038 360	969 252
2022 1.Vj. p)	2 498 760	737 978	722 843	493 359	143 411	194 096	106 165	37 842	6 959	1 035 484	968 957
2.Vj. p)	2 536 603	759 385	744 213	497 517	133 999	202 680	115 576	39 891	8 086	1 037 128	971 366
3.Vj. p)	2 551 520	741 360	726 147	528 509	126 865	202 277	116 267	39 610	8 986	1 039 763	969 223
4.Vj. p)	2 563 081	741 363	726 147	521 043	126 890	210 888	126 042	43 796	8 972	1 045 990	980 812
2023 1.Vj. p)	2 589 018	741 587	726 326	495 838	129 371	209 058	124 774	49 918	16 123	1 092 617	1 029 687

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2016	2 161 570	15 491	69 715	1 483 871	96 254	496 239	.	.
2017	2 130 519	14 298	48 789	1 484 462	88 841	494 129	.	.
2018	2 083 367	14 680	52 572	1 456 160	79 171	480 783	.	.
2019	2 068 810	14 449	56 350	1 458 540	64 464	475 007	.	.
2020 1.Vj.	2 114 285	11 410	84 160	1 472 222	74 813	471 680	.	.
2.Vj.	2 284 382	13 120	134 272	1 533 857	133 665	469 468	.	.
3.Vj.	2 358 574	11 886	190 939	1 582 574	104 075	469 099	.	.
4.Vj.	2 339 934	14 486	173 851	1 596 141	85 384	470 072	.	.
2021 1.Vj.	2 368 916	12 283	190 022	1 637 516	62 725	466 371	.	.
2.Vj.	2 418 789	13 065	182 660	1 689 923	69 272	463 869	.	.
3.Vj.	2 452 516	13 565	192 481	1 711 741	70 629	464 100	.	.
4.Vj.	2 494 587	17 743	195 420	1 729 884	88 684	462 855	.	.
2022 1.Vj. p)	2 498 760	15 676	172 881	1 775 454	70 285	464 464	.	.
2.Vj. p)	2 536 603	17 793	161 918	1 811 322	75 954	469 616	.	.
3.Vj. p)	2 551 520	22 631	150 016	1 797 472	82 941	498 460	.	.
4.Vj. p)	2 563 081	16 985	150 704	1 818 159	92 781	484 452	.	.
2023 1.Vj. p)	2 589 018	14 913	145 846	1 880 435	86 529	461 294	.	.
Bund								
2016	1 365 579	15 491	55 208	1 123 853	50 004	121 022	556	8 567
2017	1 361 680	14 298	36 297	1 131 896	48 305	130 885	1 131	10 618
2018	1 334 661	14 680	42 246	1 107 140	43 067	127 528	933	9 975
2019	1 312 675	14 449	38 480	1 101 866	29 956	127 924	605	10 301
2020 1.Vj.	1 340 794	11 410	56 679	1 103 934	40 120	128 652	605	8 119
2.Vj.	1 487 263	13 120	109 217	1 139 510	96 960	128 457	585	7 026
3.Vj.	1 550 507	11 886	166 559	1 178 687	64 470	128 905	605	11 713
4.Vj.	1 527 062	14 486	154 498	1 180 683	48 414	128 981	609	14 521
2021 1.Vj.	1 552 615	12 283	167 485	1 212 495	31 284	129 068	602	22 929
2.Vj.	1 602 675	13 065	165 374	1 259 206	36 297	128 734	643	29 448
3.Vj.	1 630 577	13 565	170 962	1 280 586	37 116	128 348	687	31 382
4.Vj.	1 679 842	17 743	176 428	1 300 416	57 806	127 448	640	8 080
2022 1.Vj. p)	1 684 879	15 676	155 119	1 340 340	41 903	131 841	531	10 451
2.Vj. p)	1 724 097	17 793	147 674	1 373 617	47 652	137 362	604	10 552
3.Vj. p)	1 757 787	22 631	144 987	1 369 630	56 254	164 285	768	13 203
4.Vj. p)	1 776 883	16 985	146 974	1 391 710	71 867	149 348	8 826	9 159
2023 1.Vj. p)	1 799 711	14 913	140 484	1 456 149	60 887	127 278	3 686	10 642
Länder								
2016	642 291	-	14 515	361 996	20 482	245 298	11 273	1 694
2017	616 790	-	12 543	354 688	19 790	229 769	14 038	2 046
2018	603 143	-	10 332	351 994	19 250	221 567	14 035	1 891
2019	612 559	-	17 873	360 495	19 076	215 115	14 934	1 826
2020 1.Vj.	626 402	-	27 484	372 021	16 329	210 568	12 292	1 783
2.Vj.	648 455	-	25 056	398 404	17 267	207 728	11 059	2 085
3.Vj.	659 035	-	24 382	408 310	20 208	206 136	11 701	2 090
4.Vj.	664 284	-	19 354	419 862	19 481	205 587	11 924	1 410
2021 1.Vj.	667 504	-	22 538	429 641	14 367	200 958	10 942	1 998
2.Vj.	667 750	-	17 287	435 726	16 169	198 568	12 454	2 047
3.Vj.	673 140	-	21 521	436 506	16 312	198 801	11 414	2 119
4.Vj.	665 104	-	18 994	434 930	14 313	196 866	12 441	1 766
2022 1.Vj. p)	663 981	-	17 765	440 766	12 390	193 061	11 697	1 935
2.Vj. p)	660 246	-	14 247	443 413	12 056	190 530	11 449	1 777
3.Vj. p)	644 911	-	5 031	433 503	14 826	191 552	14 099	2 200
4.Vj. p)	636 554	-	3 732	432 252	11 782	188 788	11 704	1 701
2023 1.Vj. p)	633 211	-	5 366	430 184	11 800	185 861	12 020	2 365
Gemeinden								
2016	166 205	-	-	2 404	27 002	136 798	1 819	431
2017	168 305	-	-	3 082	24 909	140 314	1 881	466
2018	161 729	-	1	3 046	20 903	137 779	1 884	497
2019	160 250	-	-	2 996	19 607	137 647	1 856	532
2020 1.Vj.	161 020	-	-	3 128	20 257	137 636	1 824	508
2.Vj.	161 393	-	-	3 094	20 236	138 063	2 084	350
3.Vj.	162 760	-	-	2 961	21 108	138 691	2 106	339
4.Vj.	161 974	-	-	3 366	18 520	140 088	1 402	330
2021 1.Vj.	161 985	-	-	3 121	18 025	140 839	2 009	320
2.Vj.	163 157	-	-	3 121	19 079	140 957	2 070	313
3.Vj.	162 609	-	-	3 000	18 311	141 298	2 127	306
4.Vj.	164 118	-	-	3 241	17 978	142 899	1 768	293
2022 1.Vj. p)	163 678	-	-	3 052	16 821	143 804	1 933	315
2.Vj. p)	165 754	-	-	2 902	16 961	145 891	1 823	361
3.Vj. p)	165 560	-	-	2 856	15 926	146 778	2 247	358
4.Vj. p)	171 150	-	-	2 883	18 210	150 057	1 748	470
2023 1.Vj. p)	173 432	-	-	2 883	18 525	152 024	2 355	487

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2016	1 232	-	-	-	562	670	89	3 044
2017	807	-	-	-	262	545	15	3 934
2018	704	-	-	-	388	316	16	4 506
2019	738	-	-	-	375	363	16	4 753
2020 1.Vj.	806	-	-	-	287	519	16	4 328
2.Vj.	1 015	-	-	-	581	433	16	4 284
3.Vj.	4 640	-	-	-	4 210	430	3 956	4 226
4.Vj.	7 480	-	-	-	7 128	352	6 931	4 606
2021 1.Vj.	16 220	-	-	-	15 985	235	15 853	4 160
2.Vj.	21 234	-	-	-	20 995	239	20 860	4 220
3.Vj.	24 288	-	-	-	24 053	235	23 872	4 292
4.Vj.	392	-	-	-	131	261	19	4 729
2022 1.Vj. p)	3 104	-	-	-	2 863	240	2 720	4 181
2.Vj. p)	3 320	-	-	-	3 078	242	2 939	4 124
3.Vj. p)	3 686	-	-	-	3 439	247	3 311	4 665
4.Vj. p)	2 196	-	-	-	1 589	607	1 424	12 372
2023 1.Vj. p)	2 971	-	-	-	1 895	1 076	2 245	6 812

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. 1 Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumschlag. 2 Forderungen und Verbindlichkeiten gegen-

über anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt 1)	Bargeld und Einlagen 2)		Wertpapierverschuldung										Kredit- verschuldung 1)	
		insgesamt 1)	Tages- anleihe	insgesamt 1)	darunter: 3)										
					konven- tionelle Bundes- anleihen	konven- tionelle Bundes- obligationen	konven- tionelle Bundes- schatzan- weisungen 4)	Unver- zinsliche Schatzan- weisungen 5)	Bundes- schatzbriefe	Grüne Bundes- wertpapiere	inflation- indexierte Bundeswert- papiere 6)	Kapitalin- dexierung inflation- indexierter Wertpapiere			
2007	987 909	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	63 650		
2008	1 019 905	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	78 685		
2009	1 086 173	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	63 121		
2010	1 337 160	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	242 251		
2011	1 346 869	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	215 109		
2012	1 390 377	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	203 467		
2013	1 392 735	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	190 127		
2014	1 398 472	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	180 123		
2015	1 371 933	13 949	1 070	1 188 463	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	169 521		
2016	1 365 579	15 491	1 010	1 179 062	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	171 026		
2017	1 361 680	14 298	966	1 168 193	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	179 190		
2018	1 334 661	14 680	921	1 149 386	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	170 595		
2019	1 312 675	14 449	-	1 140 346	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	157 880		
2020	1 527 062	14 486	.	1 335 181	801 910	179 560	98 543	113 141	9 876	.	58 279	3 692	177 395		
2021	1 679 842	17 743	.	1 476 844	892 464	190 839	103 936	153 978	21 627	.	65 390	6 722	185 255		
2022 p)	1 776 883	16 985	.	1 538 683	947 349	198 084	113 141	137 990	36 411	.	72 357	15 844	221 215		
2020 1.Vj.	1 340 794	11 410	.	1 160 613	721 343	182 095	91 084	23 572	.	.	71 028	5 310	168 772		
2.Vj.	1 487 263	13 120	.	1 248 728	774 587	178 329	95 622	79 987	.	.	56 061	3 752	225 416		
3.Vj.	1 550 507	11 886	.	1 345 246	790 288	191 388	99 276	127 478	6 050	.	57 144	3 737	193 375		
4.Vj.	1 527 062	14 486	.	1 335 181	801 910	179 560	98 543	113 141	9 876	.	58 279	3 692	177 395		
2021 1.Vj.	1 552 615	12 283	.	1 379 980	814 864	189 935	103 910	134 800	11 026	.	60 687	3 857	160 352		
2.Vj.	1 602 675	13 065	.	1 424 579	861 455	184 413	104 997	139 451	16 526	.	62 569	5 056	165 031		
3.Vj.	1 630 577	13 565	.	1 451 549	869 195	198 692	105 398	146 533	19 824	.	63 851	5 456	165 464		
4.Vj.	1 679 842	17 743	.	1 476 844	892 464	190 839	103 936	153 978	21 627	.	65 390	6 722	185 255		
2022 1.Vj. p)	1 684 879	15 676	.	1 495 459	911 280	204 534	108 702	140 427	23 961	.	67 776	7 809	173 744		
2.Vj. p)	1 724 097	17 793	.	1 521 291	937 949	198 472	111 343	138 495	29 425	.	70 217	11 209	185 014		
3.Vj. p)	1 757 787	22 631	.	1 514 617	918 838	208 509	111 675	137 740	35 527	.	71 498	12 879	220 539		
4.Vj. p)	1 776 883	16 985	.	1 538 683	947 349	198 084	113 141	137 990	36 411	.	72 357	15 844	221 215		
2023 1.Vj. p)	1 799 711	14 913	.	1 596 633	987 363	213 514	120 904	127 143	39 459	.	73 591	15 497	188 164		

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. 2 Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem

Münzumschlag. 3 Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. 4 Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandsanstalt (2011 ausgelaufen). 5 Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). 6 Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2020			2021			2022			2023				
	Index 2015=100			Veränderung gegen Vorjahr in %			4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2021	2022	2023	2023	2023	2023	2023	
Preisbereinigt, verkettet														
I. Entstehung des Inlandsprodukts														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	100,8	108,2	107,6	- 7,0	7,4	- 0,5	5,2	1,6	0,7	- 0,9	0,3	- 2,1	0,4	
Baugewerbe	102,8	97,4	94,1	2,5	- 5,3	- 3,3	- 2,2	- 9,6	4,3	- 3,7	- 4,9	- 7,0	- 1,5	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	101,6	102,8	106,3	- 7,1	1,2	3,3	0,6	3,1	8,3	5,1	1,6	- 0,9	0,5	
Information und Kommunikation	120,7	130,1	136,5	0,2	7,8	5,0	7,9	7,2	5,1	4,1	6,8	3,8	3,2	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	94,4	100,8	105,0	- 0,9	6,8	4,2	8,7	5,5	4,6	3,0	2,9	6,3	2,2	
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,3	102,6	103,5	0,2	1,4	0,8	0,5	1,6	1,6	1,2	0,8	- 0,3	1,1	
Unternehmensdienstleister 1)	104,9	109,7	112,5	- 5,1	4,6	2,6	5,6	4,8	6,7	1,5	1,0	1,0	0,2	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,5	106,8	109,6	- 1,2	1,2	2,7	- 0,7	1,5	2,6	2,4	2,5	3,1	1,5	
Sonstige Dienstleister	90,2	90,3	95,7	-12,8	0,2	6,0	0,7	2,9	8,8	7,5	2,4	5,7	1,9	
Bruttowertschöpfung	102,7	106,1	107,9	- 4,0	3,3	1,7	2,6	2,0	3,7	1,7	1,3	0,3	0,7	
Bruttoinlandsprodukt 2)	103,0	106,3	108,2	- 3,8	3,2	1,8	2,4	1,6	4,3	1,6	1,2	0,2	0,1	
II. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	100,9	102,4	106,4	- 5,9	1,5	3,9	2,0	4,1	8,4	6,0	1,8	0,2	0,2	
Konsumausgaben des Staates	113,9	117,5	119,3	4,1	3,1	1,6	1,7	1,5	4,5	1,6	0,1	0,1	- 3,4	
Ausrüstungen	100,6	103,4	107,5	-11,1	2,8	4,0	- 2,8	- 3,0	0,9	0,7	9,5	4,9	7,1	
Bauten	112,9	110,0	108,0	3,9	- 2,6	- 1,8	- 2,4	- 5,9	3,2	- 3,6	- 1,6	- 4,8	- 3,4	
Sonstige Anlagen 4)	114,3	116,7	115,8	- 4,0	2,1	- 0,7	2,8	1,4	- 1,6	- 1,3	- 1,3	1,0	- 0,8	
Vorratsveränderungen 5) 6)	.	.	.	- 0,2	0,9	0,7	1,4	1,2	- 0,4	0,2	1,7	1,3	0,2	
Inländische Verwendung	105,8	108,4	111,8	- 3,1	2,5	3,2	2,7	2,9	5,3	3,2	3,1	1,2	- 0,4	
Außenbeitrag 6)	.	.	.	- 1,0	0,9	- 1,2	- 0,1	- 1,1	- 0,7	- 1,5	- 1,8	- 0,9	0,3	
Exporte	102,0	111,8	115,5	- 9,3	9,7	3,3	7,4	7,3	4,6	3,7	5,3	- 0,2	1,8	
Importe	108,4	118,0	125,9	- 8,3	8,9	6,6	8,8	11,5	7,1	7,8	10,3	1,8	1,2	
Bruttoinlandsprodukt 2)	103,0	106,3	108,2	- 3,8	3,2	1,8	2,4	1,6	4,3	1,6	1,2	0,2	0,1	
In jeweiligen Preisen (Mrd €)														
III. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 3)	1 708,7	1 785,5	1 979,3	- 5,3	4,5	10,9	5,8	8,8	13,4	12,8	9,3	8,5	8,3	
Konsumausgaben des Staates	749,6	796,8	850,9	6,6	6,3	6,8	5,9	5,9	9,3	6,5	5,7	5,8	2,0	
Ausrüstungen	217,1	227,5	253,4	-10,0	4,8	11,4	- 1,1	- 0,3	6,4	7,6	18,1	13,1	15,1	
Bauten	384,6	406,5	463,5	5,9	5,7	14,0	10,2	7,9	18,8	14,8	13,3	9,9	10,8	
Sonstige Anlagen 4)	131,4	136,5	139,3	- 3,5	3,8	2,1	4,6	3,5	2,3	2,0	1,9	2,2	1,6	
Vorratsveränderungen 5)	14,6	69,4	114,1	
Inländische Verwendung	3 206,1	3 422,2	3 800,5	- 1,9	6,7	11,1	8,3	10,1	12,9	12,2	11,3	8,1	5,5	
Außenbeitrag	197,6	195,3	76,3	
Exporte	1 479,8	1 710,3	1 974,2	- 9,6	15,6	15,4	15,0	17,2	16,6	17,8	19,0	9,1	6,5	
Importe	1 282,2	1 515,0	1 897,9	-10,4	18,2	25,3	19,9	27,9	26,8	29,6	33,3	13,4	4,2	
Bruttoinlandsprodukt 2)	3 403,7	3 617,5	3 876,8	- 2,0	6,3	7,2	6,9	6,5	9,1	7,7	5,8	6,2	6,6	
IV. Preise (2015=100)														
Privater Konsum	105,7	108,8	116,1	0,6	3,0	6,7	3,7	4,5	4,6	6,4	7,4	8,3	8,1	
Bruttoinlandsprodukt	109,2	112,5	118,4	1,9	3,0	5,3	4,4	4,8	4,6	6,0	4,5	6,0	6,5	
Terms of Trade	102,8	99,8	95,0	2,0	- 2,9	- 4,9	- 2,8	- 4,7	- 5,9	- 5,5	- 6,5	- 1,9	1,6	
V. Verteilung des Volkseinkommens														
Arbeitnehmerentgelt	1 853,6	1 918,3	2 023,6	- 0,1	3,5	5,5	4,7	4,6	6,8	5,5	4,3	5,4	6,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	712,1	851,0	867,4	- 7,1	19,5	1,9	13,0	16,6	4,6	- 0,5	3,8	- 0,6	10,9	
Volkseinkommen	2 565,7	2 769,3	2 890,9	- 2,2	7,9	4,4	7,2	7,8	6,1	3,7	4,2	3,7	8,0	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 500,9	3 756,8	4 027,6	- 2,9	7,3	7,2	8,4	7,8	9,6	7,6	5,8	6,0	6,4	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2023. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutzpflanzen und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungs-güter-produzenten	Investitions-güter-produzenten	Gebrauchs-güter-produzenten	Verbrauchs-güter-produzenten	Metall-erzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall-erzeugnissen	Herstellung von Daten-verarbeitungs-geräten, elektro-nischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinen-bau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwa-genteilen	
2015 = 100												
Gewicht in % 1)	100	14,04	6,37	79,60	29,44	36,96	2,28	10,92	10,27	9,95	12,73	14,14
Zeit												
2019	102,9	112,7	90,4	102,2	101,8	102,6	106,2	101,0	102,8	106,5	103,4	94,9
2020	95,0	116,2	84,4	92,2	94,9	88,2	97,6	97,2	90,6	98,5	89,5	75,9
2021	98,4	114,3	87,0	96,5	102,6	90,5	103,6	99,1	98,9	108,7	95,9	73,9
2022	97,9	112,5	85,5	96,3	99,5	92,3	105,4	99,6	96,5	114,0	96,7	76,7
2022 2.Vj.	97,5	115,0	82,7	95,6	101,8	89,6	105,5	97,2	98,1	111,2	94,1	75,0
3.Vj.	98,0	116,5	79,7	96,2	99,8	91,6	105,4	100,0	95,9	117,9	96,5	75,2
4.Vj.	100,3	119,9	84,3	98,0	93,2	100,3	106,9	101,4	93,0	116,9	105,7	83,0
2023 1.Vj.	95,9	96,7	85,1	96,7	98,0	95,8	104,7	95,0	95,8	117,6	92,9	90,4
2.Vj. x)	97,3	113,9	66,1	96,9	96,3	97,0	101,8	96,8	95,7	116,1	95,3	88,8
2022 Juli 2)	99,1	121,0	82,2	96,6	102,2	91,5	101,4	97,4	97,5	115,5	95,4	75,9
Aug. 2)	91,5	110,4	78,1	89,2	95,0	81,7	98,2	96,7	90,0	112,0	89,4	60,2
Sept.	103,4	118,1	78,7	102,8	102,2	101,6	116,6	105,9	100,3	126,1	104,6	89,6
Okt.	101,6	121,8	80,8	99,7	100,4	96,7	111,5	105,3	100,7	118,6	98,4	83,7
Nov.	105,8	124,0	85,1	104,2	100,6	106,2	113,6	104,9	100,1	124,2	106,3	95,4
Dez.	93,4	113,9	86,9	90,2	78,6	98,0	95,7	93,9	78,2	108,0	112,3	69,9
2023 Jan.	88,0	80,1	89,2	89,3	93,7	84,7	94,2	92,0	90,3	108,4	83,2	78,3
Febr.	95,1	97,0	82,2	95,8	96,6	96,1	103,2	91,4	94,1	115,9	91,8	93,9
März	104,7	113,0	83,9	105,0	103,6	106,5	116,6	101,5	102,9	128,6	103,7	99,1
April x)	96,3	112,5	73,1	95,4	96,1	94,2	104,1	95,5	95,7	113,7	91,8	87,1
Mai x)	96,4	113,8	64,2	96,0	95,7	96,5	98,4	94,5	95,1	114,3	93,2	90,5
Juni x)	99,1	115,4	61,1	99,2	97,1	100,3	103,0	100,3	96,4	120,4	101,0	88,7
Juli 2)x)p)	97,0	121,1	65,3	95,3	96,3	93,4	96,5	98,8	94,4	115,5	93,9	79,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2019	- 2,3	+ 3,5	- 7,2	- 2,9	- 3,5	- 1,9	± 0,0	- 5,5	- 4,2	- 2,3	- 2,9	- 5,0
2020	- 7,7	+ 3,1	- 6,6	- 9,8	- 6,8	- 14,0	- 8,1	- 3,8	- 11,9	- 7,5	- 13,4	- 20,0
2021	+ 3,6	- 1,6	+ 3,1	+ 4,7	+ 8,1	+ 2,6	+ 6,1	+ 2,0	+ 9,2	+ 10,4	+ 7,2	- 2,6
2022	- 0,5	- 1,6	- 1,7	- 0,2	- 3,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,5	- 2,4	+ 4,9	+ 0,8	+ 3,8
2022 2.Vj.	- 1,5	- 2,7	+ 1,1	- 1,4	- 3,4	- 0,6	+ 2,5	+ 0,7	- 3,5	+ 2,3	- 1,4	+ 0,3
3.Vj.	+ 1,2	- 2,4	- 1,1	+ 2,1	- 2,5	+ 7,7	+ 3,5	- 1,6	- 2,0	+ 8,1	+ 1,9	+ 21,9
4.Vj.	- 1,2	- 4,0	- 9,8	+ 0,1	- 5,7	+ 5,5	- 1,7	- 1,3	- 3,1	+ 6,7	+ 3,4	+ 11,8
2023 1.Vj.	+ 0,1	- 2,1	- 10,8	+ 1,3	- 5,0	+ 9,5	+ 0,9	- 4,8	- 3,1	+ 7,0	+ 2,6	+ 23,2
2.Vj. x)	- 0,3	- 0,9	- 20,0	+ 1,3	- 5,4	+ 8,2	- 3,5	- 0,4	- 2,4	+ 4,4	+ 1,3	+ 18,3
2022 Juli 2)	- 1,3	- 2,1	+ 5,7	- 1,5	- 3,2	+ 0,5	- 0,9	- 3,6	- 3,8	+ 5,3	- 2,7	+ 3,1
Aug. 2)	+ 1,6	- 2,0	- 2,6	+ 2,6	- 2,9	+ 9,7	+ 7,3	- 1,6	- 1,3	+ 7,1	+ 3,4	+ 30,9
Sept.	+ 3,3	- 3,0	- 5,9	+ 5,3	- 1,4	+ 13,4	+ 4,4	+ 0,4	- 0,9	+ 11,8	+ 5,0	+ 36,6
Okt.	- 0,5	- 1,5	- 12,3	+ 0,6	- 3,9	+ 5,5	- 1,3	- 0,9	- 0,8	+ 7,2	+ 2,2	+ 14,0
Nov.	± 0,0	- 2,7	- 8,6	+ 1,2	- 3,7	+ 6,5	- 0,8	- 2,6	- 3,2	+ 9,8	+ 4,4	+ 13,7
Dez.	- 3,1	- 7,8	- 8,7	- 1,6	- 10,3	+ 4,5	- 3,1	- 0,3	- 5,7	+ 2,8	+ 3,6	+ 6,7
2023 Jan.	- 1,7	- 2,1	- 9,8	- 1,0	- 6,0	+ 4,8	- 1,4	- 3,2	- 4,2	+ 5,6	+ 2,5	+ 11,7
Febr.	+ 0,4	+ 0,2	- 13,2	+ 1,5	- 4,5	+ 9,0	- 1,3	- 4,0	- 3,6	+ 7,2	+ 2,8	+ 18,9
März	+ 1,4	- 3,9	- 9,5	+ 3,2	- 4,5	+ 14,0	+ 5,0	- 7,1	- 1,7	+ 8,2	+ 2,5	+ 39,4
April x)	+ 0,7	+ 0,3	- 18,1	+ 2,4	- 5,1	+ 10,2	- 1,2	+ 0,5	- 1,7	+ 5,7	+ 3,1	+ 22,5
Mai x)	± 0,0	- 0,2	- 20,7	+ 1,6	- 5,5	+ 10,0	- 6,2	- 2,3	- 2,5	+ 3,5	+ 1,6	+ 22,6
Juni x)	- 1,5	- 2,8	- 21,4	± 0,0	- 5,5	+ 4,8	- 3,0	+ 0,4	- 3,0	+ 4,1	- 0,6	+ 10,6
Juli 2)x)p)	- 2,1	+ 0,1	- 20,6	- 1,3	- 5,8	+ 2,1	- 4,8	+ 1,4	- 3,2	± 0,0	- 1,6	+ 4,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c o Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2 Beeinflusst durch Verschiebung der

Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ๑)

Zeit	Industrie		davon:				Industrie		davon:			
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
			2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2019	104,9	- 5,1	103,5	- 7,2	105,4	- 4,2	107,0	- 2,7	123,3	+ 3,7	101,7	- 5,0
2020	97,2	- 7,3	97,9	- 5,4	95,6	- 9,3	105,7	- 1,2	124,4	+ 0,9	99,6	- 2,1
2021	119,3	+ 22,7	124,6	+ 27,3	116,3	+ 21,7	117,5	+ 11,2	146,5	+ 17,8	107,9	+ 8,3
2022	126,2	+ 5,8	138,4	+ 11,1	118,3	+ 1,7	129,0	+ 9,8	164,8	+ 12,5	117,2	+ 8,6
2022 Juli	127,7	- 0,3	143,6	+ 12,3	118,9	- 7,5	120,7	- 5,2	149,9	- 0,7	111,0	- 7,1
Aug.	114,5	+ 7,6	128,4	+ 11,1	104,9	+ 4,8	122,2	+ 9,9	161,0	+ 18,9	109,4	+ 5,9
Sept.	123,7	+ 0,9	132,0	+ 6,2	117,1	- 4,6	134,4	+ 17,9	166,4	+ 19,5	123,9	+ 17,2
Okt.	125,5	+ 7,1	134,8	+ 8,0	119,3	+ 6,3	129,0	+ 7,7	173,5	+ 22,3	114,2	+ 1,5
Nov.	124,4	- 0,7	135,4	+ 1,9	117,0	- 3,1	129,4	+ 3,9	149,6	- 0,1	122,8	+ 5,7
Dez.	121,3	- 1,9	127,6	+ 6,2	118,6	- 6,5	112,0	- 2,2	139,8	- 6,2	120,9	- 0,2
2023 Jan.	125,8	- 5,3	139,2	- 3,5	118,1	- 6,9	122,2	- 3,4	135,6	- 11,9	117,8	+ 0,3
Febr.	128,9	+ 0,1	133,7	- 2,1	126,3	+ 1,9	125,8	- 2,4	154,0	+ 0,1	116,6	- 3,4
März	130,2	- 6,3	138,7	- 9,4	124,8	- 3,4	132,5	- 8,9	168,5	- 13,1	120,6	- 6,9
April	115,9	- 6,1	128,6	- 10,0	107,6	- 1,9	118,6	- 13,0	156,3	- 17,2	106,1	- 10,9
Mai	121,4	- 2,0	124,5	- 10,8	120,1	+ 5,5	117,1	- 8,2	133,2	- 25,5	111,8	+ 1,2
Juni	136,6	+ 5,6	128,4	- 9,8	142,7	+ 18,5	128,6	- 5,4	153,2	- 9,0	120,6	- 3,8
Juli ๑)	115,9	- 9,2	120,4	- 16,2	112,4	- 5,5	122,0	+ 1,1	128,4	- 14,3	120,0	+ 8,1
aus dem Inland												
2019	101,2	- 5,6	99,1	- 8,7	103,0	- 3,4	101,2	- 1,7	116,2	+ 1,3	96,2	- 2,7
2020	94,9	- 6,2	94,2	- 4,9	95,1	- 7,7	97,9	- 3,3	105,5	- 9,2	95,4	- 0,8
2021	115,5	+ 21,7	119,6	+ 27,0	113,1	+ 18,9	108,0	+ 10,3	114,9	+ 8,9	105,6	+ 10,7
2022	122,7	+ 6,2	135,4	+ 13,2	112,6	- 0,4	118,2	+ 9,4	125,0	+ 8,8	115,9	+ 9,8
2022 Juli	124,5	- 3,3	143,8	+ 14,0	110,1	- 16,7	110,5	- 8,9	124,7	+ 7,5	105,7	- 14,1
Aug.	110,2	+ 5,5	125,0	+ 12,1	97,9	- 0,5	108,2	+ 2,1	121,3	+ 9,4	103,7	- 0,7
Sept.	120,7	+ 9,7	128,9	+ 9,2	112,9	+ 8,2	125,7	+ 21,9	123,5	+ 16,3	126,4	+ 23,9
Okt.	120,4	+ 4,2	133,7	+ 8,7	108,9	- 1,0	121,8	+ 10,2	123,7	+ 15,9	121,1	+ 8,3
Nov.	123,2	+ 3,2	134,4	+ 6,1	113,3	- 0,4	125,7	+ 8,9	128,2	+ 9,0	124,8	+ 8,9
Dez.	115,5	- 3,0	127,6	+ 14,4	108,6	- 14,9	92,1	- 12,6	99,3	- 2,6	89,7	- 15,9
2023 Jan.	121,5	- 2,6	137,4	- 0,9	110,5	- 3,0	105,0	- 10,7	105,7	- 9,0	104,8	- 11,3
Febr.	125,8	+ 2,0	133,3	+ 0,8	121,4	+ 4,3	111,8	- 5,6	113,6	- 3,4	111,2	- 6,3
März	130,1	- 6,0	137,0	- 7,9	126,0	- 3,7	118,6	- 8,9	133,1	- 6,8	113,7	- 9,8
April	117,5	- 4,9	132,5	- 4,3	106,9	- 2,6	102,9	- 21,1	118,9	- 13,7	97,5	- 23,9
Mai	122,9	+ 0,3	124,7	- 8,6	124,0	+ 10,7	104,9	- 7,3	110,5	- 19,9	103,0	- 1,7
Juni	125,2	- 0,3	120,3	- 12,2	132,6	+ 14,3	104,3	- 16,4	103,1	- 19,1	104,7	- 15,4
Juli ๑)	113,9	- 8,5	118,6	- 17,5	110,8	+ 0,6	107,2	- 3,0	107,8	- 13,6	107,0	+ 1,2
aus dem Ausland												
2019	107,6	- 4,8	108,3	- 5,5	106,9	- 4,6	111,5	- 3,5	129,0	+ 5,6	105,9	- 6,6
2020	98,9	- 8,1	102,0	- 5,8	95,9	- 10,3	111,8	+ 0,3	139,6	+ 8,2	102,8	- 2,9
2021	122,2	+ 23,6	130,1	+ 27,5	118,2	+ 23,3	124,8	+ 11,6	171,9	+ 23,1	109,6	+ 6,6
2022	128,8	+ 5,4	141,6	+ 8,8	121,8	+ 3,0	137,4	+ 10,1	196,8	+ 14,5	118,2	+ 7,8
2022 Juli	130,2	+ 2,0	143,4	+ 10,4	124,2	- 1,7	128,6	- 2,5	170,2	- 4,9	115,1	- 1,4
Aug.	117,7	+ 9,1	132,0	+ 9,9	109,1	+ 7,9	133,1	+ 15,5	193,0	+ 24,4	113,7	+ 11,0
Sept.	125,9	- 4,8	135,4	+ 3,3	119,6	- 10,6	141,2	+ 15,4	200,9	+ 21,2	121,9	+ 12,4
Okt.	129,3	+ 9,1	136,0	+ 7,3	125,5	+ 10,6	134,5	+ 5,9	213,6	+ 25,5	109,0	- 3,6
Nov.	125,3	- 3,5	136,5	- 2,2	119,2	- 4,6	132,3	+ 0,6	166,8	- 5,0	121,2	+ 3,2
Dez.	125,7	- 1,1	127,7	- 1,5	124,6	- 1,5	127,4	+ 4,9	172,4	- 7,8	113,0	+ 12,5
2023 Jan.	129,1	- 7,3	141,2	- 6,0	122,7	- 8,9	135,6	+ 1,6	159,7	- 13,3	127,8	+ 9,3
Febr.	131,3	- 1,2	134,2	- 5,0	129,2	+ 0,6	136,7	- 0,2	186,5	+ 1,9	120,7	- 1,2
März	130,3	- 6,4	140,5	- 11,0	124,0	- 3,3	143,2	- 9,0	197,0	- 16,1	125,9	- 4,8
April	114,6	- 7,0	124,3	- 15,8	108,1	- 1,4	130,7	- 7,2	186,4	- 18,9	112,7	+ 0,4
Mai	120,3	- 3,8	124,2	- 13,0	117,7	+ 2,4	126,5	- 8,7	151,4	- 28,5	118,5	+ 3,1
Juni	145,2	+ 9,9	137,1	- 7,5	148,8	+ 21,0	147,5	+ 1,9	193,5	- 3,8	132,7	+ 5,0
Juli ๑)	117,5	- 9,8	122,3	- 14,7	113,3	- 8,8	133,5	+ 3,8	144,9	- 14,9	129,9	+ 12,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. ๑) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr			Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr		
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2019	146,2	+ 8,2	145,3	+ 10,3	150,4	+ 9,7	142,6	+ 10,8	138,9	+ 10,9	147,1	+ 5,9	148,1	+ 8,8	141,3	+ 6,6
2020	145,6	- 0,4	144,2	- 0,8	160,8	+ 6,9	130,2	- 8,7	141,5	+ 1,9	147,3	+ 0,1	139,6	- 5,7	143,3	+ 1,4
2021	159,0	+ 9,2	164,1	+ 13,8	174,3	+ 8,4	156,6	+ 20,3	158,5	+ 12,0	153,0	+ 3,9	161,5	+ 15,7	146,7	+ 2,4
2022	166,8	+ 4,9	161,7	- 1,5	167,7	- 3,8	155,0	- 1,0	166,8	+ 5,2	172,7	+ 12,9	171,9	+ 6,4	160,5	+ 9,4
2022 Juni	175,2	+ 6,4	166,3	+ 0,7	177,9	+ 0,2	153,3	- 4,3	176,6	+ 24,0	185,6	+ 13,1	177,5	+ 6,5	171,0	+ 10,7
Juli	180,6	+ 12,9	179,3	+ 6,5	171,1	- 4,5	178,0	+ 8,7	211,5	+ 40,4	182,1	+ 21,2	190,1	+ 19,9	175,5	+ 17,1
Aug.	157,2	- 1,1	148,2	- 8,8	145,1	- 13,2	143,0	- 12,4	178,0	+ 23,6	167,6	+ 8,3	155,9	- 1,6	165,9	+ 7,4
Sept.	164,2	- 9,3	159,4	- 15,6	162,5	- 15,1	153,9	- 20,3	169,5	+ 2,6	169,9	- 1,1	166,1	- 13,8	163,2	+ 1,3
Okt.	161,8	+ 2,0	145,1	- 14,1	148,3	- 12,3	140,2	- 18,4	153,0	- 2,7	181,3	+ 23,5	172,5	+ 0,5	157,9	+ 14,8
Nov.	148,3	+ 2,1	134,7	- 5,7	130,9	- 17,9	127,0	- 4,2	176,1	+ 38,6	164,0	+ 10,7	155,2	- 2,7	150,9	+ 25,3
Dez.	166,0	- 10,3	162,2	- 21,0	154,8	- 21,1	165,5	- 4,4	174,5	- 50,9	170,4	+ 5,4	188,6	+ 1,0	146,9	- 16,8
2023 Jan.	132,2	- 7,4	125,7	- 13,6	126,8	- 23,5	128,4	- 4,3	112,1	- 7,5	139,7	- 0,1	145,8	- 2,3	119,8	- 1,6
Febr.	151,8	- 2,5	130,4	- 19,0	127,4	- 27,6	133,0	- 15,9	130,9	+ 7,5	176,6	+ 18,1	167,6	+ 1,5	148,5	+ 12,1
März	192,7	- 8,0	179,4	- 14,0	155,1	- 29,3	197,2	- 2,0	193,1	- 3,5	208,2	- 1,1	216,9	- 0,1	187,8	- 3,5
April	169,9	+ 3,5	147,6	- 6,4	144,6	- 18,8	141,6	- 0,8	179,7	+ 22,7	195,9	+ 14,0	178,4	+ 15,8	175,6	+ 4,8
Mai	176,1	+ 0,1	153,5	- 10,8	153,9	- 15,5	147,4	- 9,6	175,1	+ 0,9	202,4	+ 12,3	187,5	+ 9,8	176,5	- 0,8
Juni	181,0	+ 3,3	164,1	- 1,3	165,3	- 7,1	135,5	- 11,6	266,8	+ 51,1	200,6	+ 8,1	178,6	+ 0,6	193,1	+ 12,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

schafszahlen, Tabelle III.2.f. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◊

Zeit	Insgesamt															
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in jeweiligen Preisen											
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel	Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)						
2019	115,0	+ 3,9	111,0	+ 3,3	112,2	+ 2,4	106,7	+ 1,0	108,9	+ 1,6	107,1	+ 4,0	118,8	+ 5,7	138,3	+ 8,3
2020	121,4	+ 5,6	115,9	+ 4,4	121,4	+ 8,2	81,9	- 23,2	106,9	- 1,8	117,1	+ 9,3	125,4	+ 5,6	169,0	+ 22,2
2021	124,7	+ 2,7	116,7	+ 0,7	121,7	+ 0,2	78,1	- 4,6	95,4	- 10,8	110,5	- 5,6	135,2	+ 7,8	189,9	+ 12,4
2022 3)	134,3	+ 7,7	115,8	- 0,8	128,3	+ 5,4	102,9	+ 31,8	107,6	+ 12,8	122,8	+ 11,1	144,7	+ 7,0	188,6	- 0,7
2022 Juli	135,6	+ 8,0	116,1	- 1,3	130,9	+ 8,5	106,1	+ 3,3	100,2	- 0,9	122,0	+ 0,1	149,0	+ 9,3	182,0	+ 14,0
Aug.	130,2	+ 6,2	110,6	- 3,8	126,2	+ 10,0	98,5	- 2,0	98,5	- 2,4	114,3	- 3,7	142,9	+ 6,7	173,1	+ 4,3
Sept.	133,4	+ 10,7	112,0	- 0,2	125,3	+ 11,9	116,6	+ 16,5	108,7	+ 6,2	119,0	+ 4,9	144,7	+ 10,5	186,7	+ 9,2
Okt.	138,5	+ 6,4	115,0	- 4,6	132,7	+ 11,0	116,5	+ 1,5	111,8	+ 2,4	126,0	+ 0,1	145,5	+ 3,1	193,1	+ 1,4
Nov.	148,4	+ 5,8	123,6	- 4,8	133,6	+ 10,0	117,0	+ 11,4	137,1	+ 1,4	129,9	+ 0,1	156,6	+ 6,5	236,4	+ 0,6
Dez.	152,5	+ 4,8	126,7	- 5,7	147,0	+ 6,9	125,1	+ 28,2	149,4	+ 1,1	123,5	+ 1,1	161,2	+ 3,5	210,4	- 4,3
2023 Jan.	125,1	+ 3,7	104,4	- 5,8	123,7	+ 6,5	87,0	+ 21,7	112,2	+ 0,6	109,2	- 1,0	140,2	+ 1,1	171,8	- 5,4
Febr.	123,4	+ 4,3	101,8	- 5,5	123,9	+ 8,0	85,1	+ 17,7	100,3	+ 3,8	108,9	- 2,9	136,2	+ 4,0	165,9	- 3,1
März	139,1	+ 1,0	113,5	- 7,3	138,5	+ 4,8	100,4	+ 7,3	104,8	+ 3,4	130,5	- 4,0	149,8	+ 2,7	183,4	- 4,5
April	137,7	+ 4,0	111,8	- 4,0	137,8	+ 8,5	109,2	+ 7,2	93,5	- 0,4	128,9	- 1,8	147,2	+ 5,5	176,6	- 2,4
Mai	140,0	+ 4,7	113,6	- 1,9	139,2	+ 9,2	113,4	+ 3,5	89,2	- 0,2	130,1	+ 0,2	149,6	+ 6,8	179,4	- 0,8
Juni	137,3	+ 5,0	111,5	- 1,0	136,7	+ 7,7	119,3	+ 12,9	93,6	+ 0,9	121,0	+ 1,3	149,8	+ 5,9	172,3	- 1,3
Juli	139,0	+ 2,5	113,4	- 2,3	140,0	+ 7,0	112,2	+ 5,7	96,0	- 4,2	119,7	- 1,9	154,6	+ 3,8	177,4	- 2,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsständen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2022 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2018	44 866	+ 1,4	32 964	+ 2,3	9 349	22 532	840	4 671	118	25	2 340	802	5,2	796
2019	45 276	+ 0,9	33 518	+ 1,7	9 479	23 043	751	4 579	145	60	2 267	827	5,0	774
2020	44 915	- 0,8	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695	1 137	5,9	613
2021	44 984	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706
2022	45 596	+ 1,4	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845
2020 2.Vj.	44 723	- 1,1	33 415	+ 0,1	9 387	23 137	640	4 235	5 399	5 388	2 770	1 154	6,0	593
3.Vj.	44 809	- 1,3	33 424	- 0,4	9 359	23 171	640	4 273	2 705	2 691	2 904	1 266	6,3	583
4.Vj.	44 994	- 1,3	33 836	- 0,3	9 395	23 518	676	4 194	2 433	2 361	2 722	1 167	5,9	595
2021 1.Vj.	44 518	- 1,4	33 568	- 0,2	9 294	23 376	665	4 051	3 473	3 157	2 878	1 248	6,3	586
2.Vj.	44 815	+ 0,2	33 718	+ 0,9	9 322	23 446	697	4 066	2 164	2 143	2 691	1 024	5,9	658
3.Vj.	45 161	+ 0,8	33 929	+ 1,5	9 347	23 606	719	4 161	935	915	2 545	920	5,5	774
4.Vj.	45 443	+ 1,0	34 374	+ 1,6	9 415	23 982	727	4 125	835	762	2 341	802	5,1	804
2022 1.Vj.	45 199	+ 1,5	34 242	+ 2,0	9 348	23 943	715	4 061	1 033	792	2 417	874	5,3	818
2.Vj.	45 519	+ 1,6	34 401	+ 2,0	9 372	24 056	718	4 112	337	324	2 311	777	5,0	864
3.Vj.	45 707	+ 1,2	34 522	+ 1,7	9 405	24 133	724	4 159	103	92	2 501	804	5,5	880
4.Vj.	45 959	+ 1,1	34 864	+ 1,4	9 475	24 409	730	4 166	229	139	2 443	778	5,3	817
2023 1.Vj.	45 619	+ 0,9	34 610	+ 1,1	9 395	24 285	695	4 149	...	154	2 610	900	5,7	773
2.Vj.	45 859	+ 0,7	34 680	+ 0,8	9 406	24 338	685	4 193	...	152	2 561	839	5,6	770
2020 April	44 808	- 0,7	33 430	+ 0,1	9 396	23 141	643	4 194	6 007	5 995	2 644	1 093	5,8	626
Mai	44 672	- 1,3	33 328	- 0,3	9 367	23 083	624	4 206	5 726	5 715	2 813	1 172	6,1	584
Juni	44 688	- 1,4	33 323	- 0,3	9 355	23 084	629	4 260	4 464	4 452	2 853	1 197	6,2	570
Juli	44 699	- 1,4	33 233	- 0,4	9 322	23 024	635	4 302	3 319	3 306	2 910	1 258	6,3	573
Aug.	44 737	- 1,3	33 482	- 0,4	9 367	23 218	642	4 266	2 551	2 537	2 955	1 302	6,4	584
Sept.	44 991	- 1,2	33 792	- 0,4	9 421	23 454	656	4 240	2 244	2 229	2 847	1 238	6,2	591
Okt.	45 076	- 1,1	33 862	- 0,3	9 410	23 530	671	4 229	2 037	2 021	2 760	1 183	6,0	602
Nov.	45 031	- 1,3	33 899	- 0,2	9 400	23 559	696	4 186	2 405	2 386	2 699	1 152	5,9	601
Dez.	44 874	- 1,3	33 700	- 0,1	9 327	23 478	666	4 134	2 856	2 676	2 707	1 166	5,9	581
2021 Jan.	44 493	- 1,5	33 515	- 0,3	9 282	23 347	657	4 045	3 638	3 294	2 901	1 298	6,3	566
Febr.	44 490	- 1,5	33 521	- 0,3	9 281	23 343	662	4 026	3 766	3 358	2 904	1 270	6,3	583
März	44 570	- 1,1	33 636	- 0,0	9 309	23 397	685	4 032	3 016	2 818	2 827	1 177	6,2	609
April	44 680	- 0,3	33 689	+ 0,8	9 324	23 427	687	4 039	2 583	2 560	2 771	1 091	6,0	629
Mai	44 799	+ 0,3	33 747	+ 1,3	9 326	23 461	703	4 067	2 342	2 320	2 687	1 020	5,9	654
Juni	44 966	+ 0,6	33 802	+ 1,4	9 324	23 504	716	4 151	1 568	1 548	2 614	961	5,7	693
Juli	45 030	+ 0,7	33 731	+ 1,5	9 304	23 458	715	4 194	1 088	1 068	2 590	956	5,6	744
Aug.	45 101	+ 0,8	33 994	+ 1,5	9 358	23 658	722	4 153	857	838	2 578	940	5,6	779
Sept.	45 352	+ 0,8	34 323	+ 1,6	9 432	23 903	726	4 123	859	839	2 465	864	5,4	799
Okt.	45 440	+ 0,8	34 369	+ 1,5	9 425	23 965	724	4 123	780	762	2 377	814	5,2	809
Nov.	45 496	+ 1,0	34 449	+ 1,6	9 423	24 039	739	4 133	767	750	2 317	789	5,1	808
Dez.	45 393	+ 1,2	34 284	+ 1,7	9 364	23 980	708	4 112	957	772	2 330	803	5,1	794
2022 Jan.	45 126	+ 1,4	34 176	+ 2,0	9 332	23 900	711	4 048	1 123	847	2 462	903	5,4	792
Febr.	45 187	+ 1,6	34 243	+ 2,2	9 346	23 939	719	4 049	1 087	803	2 428	884	5,3	822
März	45 284	+ 1,6	34 334	+ 2,1	9 369	23 999	719	4 061	888	727	2 362	835	5,1	839
April	45 399	+ 1,6	34 368	+ 2,0	9 366	24 037	713	4 091	453	439	2 309	800	5,0	852
Mai	45 536	+ 1,6	34 445	+ 2,1	9 376	24 089	719	4 131	318	305	2 260	771	4,9	865
Juni	45 623	+ 1,5	34 445	+ 1,9	9 376	24 084	724	4 164	241	228	2 363	761	5,2	877
Juli	45 584	+ 1,2	34 322	+ 1,8	9 361	23 988	718	4 176	115	102	2 470	801	5,4	881
Aug.	45 643	+ 1,2	34 571	+ 1,7	9 417	24 169	725	4 151	87	76	2 547	827	5,6	887
Sept.	45 894	+ 1,2	34 899	+ 1,7	9 499	24 401	733	4 136	108	97	2 486	782	5,4	873
Okt.	45 990	+ 1,2	34 893	+ 1,5	9 489	24 414	734	4 161	134	124	2 442	764	5,3	846
Nov.	46 006	+ 1,1	34 897	+ 1,3	9 478	24 435	738	4 179	156	147	2 434	770	5,3	823
Dez.	45 882	+ 1,1	34 705	+ 1,2	9 414	24 357	704	4 182	397	146	2 454	799	5,4	781
2023 Jan.	45 573	+ 1,0	34 550	+ 1,1	9 381	24 240	697	4 138	451	145	2 616	911	5,7	764
Febr.	45 613	+ 0,9	34 601	+ 1,0	9 392	24 279	692	4 148	441	157	2 620	910	5,7	778
März	45 672	+ 0,9	34 655	+ 0,9	9 408	24 316	690	4 142	...	161	2 594	878	5,7	777
April	45 766	+ 0,8	34 666	+ 0,9	9 406	24 329	682	4 172	...	144	2 586	855	5,7	773
Mai	45 875	+ 0,7	34 708	+ 0,8	9 409	24 358	685	4 214	...	150	2 544	829	5,5	767
Juni	45 936	+ 0,7	34 679	+ 0,7	9 399	24 338	686	4 247	...	163	2 535	833	5,5	769
Juli	45 923	+ 0,7	2 617	878	5,7	772
Aug.	2 696	910	5,8	771

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Statistischer Bruch aufgrund von Nacherfassungen der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. 8 Ursprungswerte von der

Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2021 und 2022 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,5 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 61,3 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. 10 Ab Mai 2023 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex							nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	davon					darunter: Tatsächliche Mietzahlungen					Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel 1) 2)	Industrienerzeugnisse ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen 1)	Energie 1)									
Indexstand															
2020	7) 105,8	7) 110,9	7) 104,1	7) 99,0	7) 106,9	107,6	7) 100,0	7) 117,0	103,8	108,0	101,7	97,3	100,0	100,0	
2021	7) 109,2	7) 114,1	7) 106,7	7) 109,0	7) 109,0	109,0	7) 103,1	7) 127,0	114,7	117,5	107,4	110,4	220,7	137,6	
2022	118,7	126,2	112,7	146,8	112,2	110,8	110,2	148,3	152,4	8) 156,2	123,1	139,4	430,8	164,0	
2021 Okt.	7) 110,7	7) 114,5	7) 108,0	7) 114,6	7) 110,0	109,5	7) 104,3		122,8	120,7	111,0	118,2	379,6	141,0	
Nov.	7) 111,0	7) 114,9	7) 108,4	7) 116,7	7) 109,5	109,5	7) 104,5	7) 132,2	123,8	125,6	111,9	121,7	351,0	144,6	
Dez.	7) 111,3	7) 115,7	7) 108,6	7) 115,0	7) 110,3	109,6	7) 104,7		130,0	127,2	113,0	121,8	422,9	150,1	
2022 Jan.	112,3	117,2	108,4	123,7	109,8	109,9	105,2		132,8	129,2	115,0	127,0	370,5	159,0	
Febr.	113,3	118,2	109,1	127,4	110,2	110,0	106,0	138,1	134,6	133,4	116,1	128,6	378,3	167,8	
März	116,1	119,1	110,4	146,1	110,6	110,2	108,1		141,2	153,6	120,7	135,9	552,9	188,4	
April	116,9	122,2	111,3	142,7	111,7	110,4	108,8		145,2	162,3	121,7	138,3	464,4	189,3	
Mai	118,2	124,2	112,3	146,7	112,0	110,6	109,8	147,9	147,5	160,7	122,4	139,5	455,5	177,6	
Juni	118,1	125,4	112,5	147,8	111,0	110,8	109,8		148,4	157,5	123,5	140,9	508,7	164,9	
Juli	119,0	127,6	112,6	147,8	112,1	110,9	110,3		156,3	156,5	126,0	142,9	661,4	152,8	
Aug.	119,5	129,1	113,0	148,6	112,2	111,1	110,7	151,7	168,6	159,8	128,7	149,1	805,0	156,3	
Sept.	122,1	130,9	114,5	158,8	113,9	112,2	112,2		172,5	8) 164,7	127,9	147,8	689,1	154,1	
Okt.	123,5	132,2	115,8	164,5	114,3	111,4	113,5		165,2	166,5	125,5	146,0	395,2	151,4	
Nov.	123,5	133,6	116,3	163,5	113,7	111,6	113,7	155,4	158,7	165,7	124,9	139,4	436,2	147,3	
Dez.	122,0	134,6	116,6	143,9	114,8	111,7	113,2		158,1	165,1	125,0	137,1	459,1	146,0	
2023 Jan.	122,6	136,7	116,4	154,8	113,8	112,1	114,3		154,8	161,9	124,0	135,4	327,7	148,0	
Febr.	123,8	139,5	117,0	154,9	115,0	112,2	115,2	159,7	152,8	160,6	123,8	132,2	296,2	150,4	
März	125,1	141,3	118,3	155,0	116,1	112,5	116,1		150,6	155,3	123,5	130,8	264,3	146,0	
April	125,8	141,1	119,0	156,1	117,1	112,6	116,6		151,1	151,8	123,0	128,6	263,3	142,2	
Mai	125,6	141,1	119,3	154,0	116,9	112,8	116,5	161,0	149,0	148,4	122,5	126,8	221,3	136,6	
Juni	126,1	141,2	119,5	153,7	117,8	113,0	116,8		148,6	149,6	122,4	124,8	221,7	136,9	
Juli	126,7	141,2	118,8	153,6	119,6	113,2	117,1		147,0	150,7	122,0	124,1	218,9	135,0	
Aug.	127,2	141,0	119,2	156,5	119,8	113,5	117,5	241,7	132,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
2020	7) + 0,4	7) + 2,3	7) - 0,1	7) - 4,5	7) + 1,2	+ 1,4	7) + 0,5	7) + 1,4	- 1,0	- 3,1	- 0,7	- 4,3	- 33,4	+ 1,3	
2021	7) + 3,2	7) + 2,9	7) + 2,5	7) + 10,1	7) + 2,0	+ 1,3	7) + 3,1	7) + 8,6	+ 10,5	+ 8,8	+ 5,6	+ 13,5	+ 120,7	+ 37,6	
2022	+ 8,7	+ 10,6	+ 5,7	+ 34,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,9	+ 16,8	+ 32,9	8) + 32,9	+ 14,6	+ 26,3	+ 95,2	+ 19,2	
2021 Okt.	7) + 4,6	7) + 3,9	7) + 3,9	7) + 18,1	7) + 2,2	+ 1,4	7) + 4,4		+ 18,4	+ 16,3	+ 9,5	+ 21,7	+ 258,5	+ 34,2	
Nov.	7) + 6,0	7) + 4,2	7) + 4,2	7) + 21,6	7) + 3,8	+ 1,3	7) + 4,8	7) + 14,0	+ 19,2	+ 20,9	+ 9,9	+ 24,7	+ 220,0	+ 34,1	
Dez.	7) + 5,7	7) + 5,3	7) + 5,0	7) + 18,1	7) + 3,2	+ 1,3	7) + 4,9		+ 24,2	+ 22,1	+ 10,9	+ 24,0	+ 238,9	+ 31,2	
2022 Jan.	+ 5,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 20,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,2		+ 25,0	+ 21,0	+ 11,9	+ 26,9	+ 159,3	+ 30,9	
Febr.	+ 5,5	+ 4,6	+ 3,4	+ 22,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,3	+ 13,9	+ 25,9	+ 22,5	+ 12,4	+ 26,3	+ 156,5	+ 36,1	
März	+ 7,6	+ 5,3	+ 4,4	+ 37,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 5,9		+ 30,9	+ 34,7	+ 15,9	+ 31,2	+ 255,6	+ 45,4	
April	+ 7,8	+ 6,7	+ 5,2	+ 34,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 6,3		+ 33,5	+ 40,0	+ 16,0	+ 31,7	+ 186,8	+ 42,7	
Mai	+ 8,7	+ 8,8	+ 5,6	+ 37,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 7,0	+ 18,2	+ 33,6	+ 35,6	+ 15,9	+ 30,6	+ 157,6	+ 24,3	
Juni	+ 8,2	+ 9,9	+ 5,6	+ 37,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 6,7		+ 32,7	+ 33,8	+ 16,1	+ 29,9	+ 157,7	+ 18,0	
Juli	+ 8,5	+ 11,5	+ 5,8	+ 35,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 6,7		+ 37,2	+ 33,5	+ 17,0	+ 28,9	+ 201,2	+ 12,1	
Aug.	+ 8,8	+ 12,8	+ 6,1	+ 35,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 7,0	+ 17,2	+ 45,8	+ 34,6	+ 18,6	+ 32,7	+ 240,8	+ 16,3	
Sept.	+ 10,9	+ 14,4	+ 6,4	+ 44,2	+ 3,6	+ 1,7	+ 8,6		+ 45,8	8) + 40,3	+ 16,8	+ 29,8	+ 131,9	+ 15,9	
Okt.	+ 11,6	+ 15,5	+ 7,2	+ 43,5	+ 3,9	+ 1,7	+ 8,8		+ 34,5	+ 37,9	+ 13,1	+ 23,5	+ 4,1	+ 7,4	
Nov.	+ 11,3	+ 16,3	+ 7,3	+ 40,1	+ 3,8	+ 1,9	+ 8,8	+ 17,5	+ 28,2	+ 31,9	+ 11,6	+ 14,5	+ 24,3	+ 1,9	
Dez.	+ 9,6	+ 16,3	+ 7,4	+ 25,1	+ 4,1	+ 1,9	+ 8,1		+ 21,6	+ 29,8	+ 10,6	+ 12,6	+ 8,6	- 2,7	
2023 Jan.	+ 9,2	+ 16,6	+ 7,4	+ 25,1	+ 3,6	+ 2,0	+ 8,7		+ 16,6	+ 25,3	+ 7,8	+ 6,6	- 11,6	- 6,9	
Febr.	+ 9,3	+ 18,0	+ 7,2	+ 21,6	+ 4,4	+ 2,0	+ 8,7	+ 15,6	+ 13,5	+ 20,4	+ 6,6	+ 2,8	- 21,7	- 10,4	
März	+ 7,8	+ 18,6	+ 7,2	+ 6,1	+ 5,0	+ 2,1	+ 7,4		+ 6,7	+ 1,1	+ 2,3	- 3,8	- 52,2	- 22,5	
April	+ 7,6	+ 15,5	+ 6,9	+ 9,4	+ 4,8	+ 2,0	+ 7,2		+ 4,1	- 6,5	+ 1,1	- 7,0	- 43,3	- 24,9	
Mai	+ 6,3	+ 13,6	+ 6,2	+ 5,0	+ 4,4	+ 2,0	+ 6,1	+ 8,9	+ 1,0	- 7,7	+ 0,1	- 9,1	- 51,4	- 23,1	
Juni	+ 6,8	+ 12,6	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,1	+ 2,0	+ 6,4		+ 0,1	- 5,0	- 0,9	- 11,4	- 56,4	- 17,0	
Juli	+ 6,5	+ 10,7	+ 5,5	+ 3,9	+ 6,7	+ 2,1	+ 6,2		- 6,0	- 3,7	- 3,2	- 13,2	- 66,9	- 11,6	
Aug.	+ 6,4	+ 9,2	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,8	+ 2,2	+ 6,1	- 70,0	- 15,2	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. 2 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 3 Oh-

ne Umsatzsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 8 Ab September 2022 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2015	1 285,5	4,2	863,3	4,0	410,5	4,2	1 273,8	4,0	1 782,3	2,8	179,4	5,1	10,1
2016	1 337,4	4,0	896,3	3,8	426,2	3,8	1 322,5	3,8	1 841,5	3,3	187,8	4,7	10,2
2017	1 395,4	4,3	932,5	4,0	441,8	3,6	1 374,3	3,9	1 905,2	3,5	202,8	8,0	10,6
2018	1 462,7	4,8	976,1	4,7	455,2	3,0	1 431,3	4,1	1 976,6	3,7	223,2	10,1	11,3
2019	1 524,7	4,2	1 021,8	4,7	477,5	4,9	1 499,3	4,8	2 024,4	2,4	219,8	- 1,5	10,9
2020	1 515,3	- 0,6	1 021,1	- 0,1	523,9	9,7	1 545,0	3,0	2 046,9	1,1	338,2	53,9	16,5
2021	1 571,3	3,7	1 062,9	4,1	534,1	1,9	1 597,0	3,4	2 098,5	2,5	313,0	- 7,5	14,9
2022	1 661,8	5,8	1 118,8	5,3	541,8	1,4	1 660,6	4,0	2 227,5	6,1	248,2	- 20,7	11,1
2022 1.Vj.	389,3	7,5	261,8	7,0	134,8	- 2,3	396,6	3,7	542,4	3,7	77,5	- 31,5	14,3
2.Vj.	399,3	5,8	262,3	4,6	132,0	- 2,4	394,3	2,2	544,2	5,0	55,9	- 34,3	10,3
3.Vj.	410,2	4,3	282,7	4,1	138,5	5,3	421,2	4,5	565,8	8,4	54,6	1,3	9,6
4.Vj.	463,0	5,5	312,0	5,4	136,6	5,5	448,6	5,5	575,1	7,4	60,2	- 1,1	10,5
2023 1.Vj.	416,6	7,0	285,7	9,1	143,9	6,8	429,7	8,4	581,3	7,2	77,8	0,3	13,4
2.Vj.	429,5	7,6	287,5	9,6	141,6	7,3	429,1	8,8	580,7	6,7	64,7	15,7	11,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2023. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre

Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2015=100	% gegen Vorjahr	insgesamt	insgesamt ohne Einmalzahlungen	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr		
2015	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,4	100,0	2,9
2016	102,2	2,2	102,2	2,2	102,2	2,2	102,3	2,3	102,5	2,5
2017	104,5	2,3	104,5	2,3	104,6	2,3	104,7	2,4	105,1	2,6
2018	107,6	3,0	107,6	3,0	107,5	2,8	107,6	2,8	108,4	3,2
2019	110,8	3,0	110,8	3,0	110,6	2,9	110,4	2,6	111,7	3,0
2020	113,2	2,1	113,2	2,2	112,9	2,0	112,6	2,0	111,6	- 0,1
2021	114,9	1,5	114,9	1,5	114,7	1,6	114,3	1,5	115,3	3,3
2022	117,9	2,7	117,9	2,6	117,3	2,2	116,7	2,1	120,1	4,1
2022 1.Vj.	110,8	4,3	110,8	4,2	108,9	2,2	115,5	1,5	113,4	5,6
2.Vj.	109,9	2,0	109,9	1,9	109,3	2,2	116,6	2,2	115,6	4,0
3.Vj.	120,9	2,6	120,9	2,5	120,9	2,5	116,9	2,2	118,5	2,9
4.Vj.	130,1	2,0	130,1	2,0	130,1	2,0	117,8	2,4	132,6	4,2
2023 1.Vj.	115,1	3,9	115,1	3,9	111,7	2,6	118,7	2,7	120,1	5,9
2.Vj.	114,3	3,9	114,2	3,9	112,1	2,5	119,5	2,5	123,3	6,7
2023 Jan.	115,9	6,8	115,9	6,8	110,9	2,7	118,6	2,7	.	.
Febr.	117,6	6,5	117,6	6,5	113,4	2,6	118,6	2,7	.	.
März	111,8	- 1,5	111,8	- 1,5	110,9	2,6	118,7	2,7	.	.
April	112,3	2,5	112,3	2,5	112,0	2,4	119,2	2,4	.	.
Mai	113,0	1,6	113,0	1,6	111,8	2,3	119,3	2,2	.	.
Juni	117,4	7,7	117,4	7,7	112,4	3,0	120,1	2,9	.	.
Juli	150,8	4,8	150,8	4,8	148,8	3,6	120,3	3,0	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert.
 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2023.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zusammen	darunter: Finanzschulden	zusammen	darunter: Finanzschulden	
Insgesamt (Mrd €)																
2019	2 800,6	1 769,7	586,3	737,1	333,4	1 030,9	257,5	237,6	168,4	821,0	1 979,6	1 091,2	676,3	888,4	289,8	207,6
2020	2 850,0	1 797,3	607,6	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,4	857,0	304,4	196,1
2021	3 292,0	1 971,6	680,1	773,8	367,9	1 320,4	272,1	261,5	261,5	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	391,8	236,7
2022 p)	3 432,3	2 057,2	713,5	804,4	368,5	1 375,1	326,0	268,1	244,3	1 133,7	2 298,6	1 195,7	760,3	1 102,8	331,7	273,2
2021 1.Hj.	3 017,6	1 877,0	649,3	745,0	343,7	1 140,6	256,2	242,3	238,5	906,9	2 110,7	1 178,6	763,1	932,1	330,3	206,9
2.Hj.	3 292,0	1 971,6	680,1	773,8	367,9	1 320,4	272,1	261,5	261,5	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	391,8	236,7
2022 1.Hj.	3 593,6	2 108,1	719,1	796,3	387,5	1 485,5	322,4	284,8	225,4	1 075,4	2 518,2	1 237,0	847,9	1 281,2	430,7	260,7
2.Hj. p)	3 432,3	2 057,2	713,5	804,4	368,5	1 375,1	326,0	268,1	244,3	1 133,7	2 298,6	1 195,7	760,3	1 102,8	331,7	273,2
in % der Bilanzsumme																
2019	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,2	31,7	10,4	7,4
2020	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2021	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	7,9	7,9	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	11,9	7,2
2022 p)	100,0	59,9	20,8	23,4	10,7	40,1	9,5	7,8	7,1	33,0	67,0	34,8	22,2	32,1	9,7	8,0
2021 1.Hj.	100,0	62,2	21,5	24,7	11,4	37,8	8,5	8,0	7,9	30,1	70,0	39,1	25,3	30,9	10,9	6,9
2.Hj.	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	7,9	7,9	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	11,9	7,2
2022 1.Hj.	100,0	58,7	20,0	22,2	10,8	41,3	9,0	7,9	6,3	29,9	70,1	34,4	23,6	35,7	12,0	7,3
2.Hj. p)	100,0	59,9	20,8	23,4	10,7	40,1	9,5	7,8	7,1	33,0	67,0	34,8	22,2	32,1	9,7	8,0
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)																
2019	2 302,9	1 396,4	419,6	565,4	319,7	906,5	243,8	188,5	136,8	662,2	1 640,7	887,5	523,8	753,2	257,5	158,0
2020	2 265,0	1 354,9	399,1	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,3	1 628,8	904,7	537,0	724,0	267,3	149,8
2021	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	346,6	1 147,0	254,4	206,3	204,2	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,2	356,3	184,0
2022 p)	2 731,4	1 538,5	461,6	591,8	346,7	1 192,9	307,5	209,0	186,4	880,2	1 851,2	912,8	534,4	938,5	291,1	215,0
2021 1.Hj.	2 392,8	1 398,3	416,6	551,0	322,5	994,6	240,6	190,9	190,1	703,5	1 689,4	892,3	543,2	797,1	294,2	162,1
2.Hj.	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	346,6	1 147,0	254,4	206,3	204,2	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,2	356,3	184,0
2022 1.Hj.	2 898,3	1 582,5	462,4	583,8	362,8	1 315,9	303,6	222,5	177,2	830,9	2 067,4	945,2	616,6	1 122,2	389,8	207,6
2.Hj. p)	2 731,4	1 538,5	461,6	591,8	346,7	1 192,9	307,5	209,0	186,4	880,2	1 851,2	912,8	534,4	938,5	291,1	215,0
in % der Bilanzsumme																
2019	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,3	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2021	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	7,9	7,8	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	13,6	7,0
2022 p)	100,0	56,3	16,9	21,7	12,7	43,7	11,3	7,7	6,8	32,2	67,8	33,4	19,6	34,4	10,7	7,9
2021 1.Hj.	100,0	58,4	17,4	23,0	13,5	41,6	10,1	8,0	7,9	29,4	70,6	37,3	22,7	33,3	12,3	6,8
2.Hj.	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	7,9	7,8	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	13,6	7,0
2022 1.Hj.	100,0	54,6	16,0	20,1	12,5	45,4	10,5	7,7	6,1	28,7	71,3	32,6	21,3	38,7	13,5	7,2
2.Hj. p)	100,0	56,3	16,9	21,7	12,7	43,7	11,3	7,7	6,8	32,2	67,8	33,4	19,6	34,4	10,7	7,9
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2019	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2021	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	55,2	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	52,6
2022 p)	700,9	518,7	251,9	212,5	21,8	182,2	18,5	59,1	57,8	253,5	447,3	283,0	225,9	164,3	40,7	58,1
2021 1.Hj.	624,7	478,7	232,6	194,1	21,2	146,1	15,5	51,4	48,4	203,4	421,3	286,4	219,9	135,0	36,1	44,8
2.Hj.	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	55,2	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	52,6
2022 1.Hj.	695,3	525,7	256,7	212,5	24,8	169,6	18,8	62,2	48,2	244,5	450,8	291,8	231,4	159,0	40,9	53,1
2.Hj. p)	700,9	518,7	251,9	212,5	21,8	182,2	18,5	59,1	57,8	253,5	447,3	283,0	225,9	164,3	40,7	58,1
in % der Bilanzsumme																
2019	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2021	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,3	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	7,9
2022 p)	100,0	74,0	36,0	30,3	3,1	26,0	2,6	8,4	8,3	36,2	63,8	40,4	32,2	23,5	5,8	8,3
2021 1.Hj.	100,0	76,6	37,2	31,1	3,4	23,4	2,5	8,2	7,8	32,6	67,4	45,8	35,2	21,6	5,8	7,2
2.Hj.	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,3	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	7,9
2022 1.Hj.	100,0	75,6	36,9	30,6	3,6	24,4	2,7	9,0	6,9	35,2	64,8	42,0	33,3	22,9	5,9	7,6
2.Hj. p)	100,0	74,0	36,0	30,3	3,1	26,0	2,6	8,4	8,3	36,2	63,8	40,4	32,2	23,5	5,8	8,3

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne

Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2020	2021	2022	2022		2023			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. ^{†)}	April ^{†)}	Mai ^{†)}	Juni ^{†)}
I. Leistungsbilanz	+ 201 555	+ 351 748	- 100 626	+ 8 516	+ 32 220	+ 27 321	+ 3 013	- 12 461	+ 36 769
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 177 403	2 493 451	2 929 483	775 677	737 065	740 356	228 281	250 705	261 370
Ausgaben	1 846 539	2 219 306	3 008 746	768 244	686 809	659 610	213 616	227 363	218 631
Saldo	+ 330 862	+ 274 146	- 79 264	+ 7 433	+ 50 257	+ 80 746	+ 14 665	+ 23 342	+ 42 739
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	883 410	1 029 838	1 258 196	329 297	295 093	320 467	101 540	105 748	113 179
Ausgaben	890 695	926 414	1 131 753	303 119	281 290	292 586	94 585	96 921	101 080
Saldo	- 7 286	+ 103 423	+ 126 446	+ 26 179	+ 13 802	+ 27 880	+ 6 955	+ 8 827	+ 12 098
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	733 848	856 413	948 766	261 644	259 035	268 270	82 988	85 928	99 354
Ausgaben	698 616	722 662	927 128	247 471	248 597	315 935	89 200	121 814	104 921
Saldo	+ 35 231	+ 133 751	+ 21 637	+ 14 173	+ 10 440	- 47 666	- 6 213	- 35 886	- 5 567
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	129 435	159 349	164 740	44 833	39 199	45 002	13 020	16 302	15 680
Ausgaben	286 683	318 921	334 183	84 101	81 477	78 642	25 414	25 047	28 181
Saldo	- 157 250	- 159 574	- 169 443	- 39 268	- 42 279	- 33 640	- 12 394	- 8 744	- 12 502
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 4 591	+ 51 732	+ 146 524	+ 22 555	+ 3 525	+ 6 011	+ 673	+ 1 115	+ 4 223
III. Kapitalbilanz ¹⁾	+ 183 185	+ 377 580	+ 85 607	+ 58 615	+ 47 610	+ 70 341	- 29 781	+ 22 052	+ 78 070
1. Direktinvestitionen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	- 217 132	+ 335 674	+ 232 193	- 14 759	+ 54 639	- 14 213	+ 8 950	- 36 528	+ 13 365
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 66 615	+ 243 047	- 57 545	- 265 500	+ 58 343	+ 43 595	+ 848	+ 19 641	+ 23 106
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 150 518	- 92 628	- 289 741	- 250 741	+ 3 704	+ 57 807	- 8 102	+ 56 169	+ 9 740
2. Wertpapieranlagen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 513 135	+ 321 215	- 290 271	+ 8 838	- 96 443	+ 78 264	+ 33 694	+ 58 816	- 14 246
Inländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 698 531	+ 794 327	- 229 900	+ 95 518	+ 61 565	+ 155 063	+ 40 390	+ 37 268	+ 77 405
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 321 263	+ 369 850	- 188 019	- 811	+ 32 175	+ 10 326	+ 16 983	+ 333	- 6 990
kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 125 759	+ 119 360	- 108 725	+ 58 503	- 59 396	+ 93 954	+ 9 576	+ 17 946	+ 66 432
langfristige Schuldverschreibungen	+ 251 509	+ 305 114	+ 66 844	+ 37 825	+ 88 786	+ 50 784	+ 13 831	+ 18 990	+ 17 963
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 185 394	+ 473 110	+ 60 371	+ 86 681	+ 158 007	+ 76 799	+ 6 696	- 21 548	+ 91 651
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 189 142	+ 641 855	+ 35 137	+ 111 458	+ 24 295	- 8 483	- 9 251	- 19 987	+ 20 755
kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 116 321	+ 30 111	- 66 129	- 23 830	- 2 070	- 20 605	+ 4 444	- 11 693	- 13 356
langfristige Schuldverschreibungen	- 120 070	- 198 853	+ 91 362	- 947	+ 135 782	+ 105 886	+ 11 503	+ 10 131	+ 84 252
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 16 737	+ 57 745	+ 62 512	- 4 106	+ 15 518	+ 6 961	+ 951	+ 13 307	- 7 297
4. Übriger Kapitalverkehr									
Eurosysteem	- 142 738	- 467 427	+ 63 209	+ 59 377	+ 92 355	- 2 574	- 71 527	- 14 902	+ 83 855
Staat	- 205 598	- 449 195	+ 180 651	- 69 841	+ 167 664	+ 76 913	+ 87 972	+ 30 654	- 41 713
Monetäre Finanzinstitute ²⁾	- 15 336	- 80 350	- 51 039	+ 4 630	+ 4 459	- 1 865	- 1 753	- 4 497	+ 4 385
Unternehmen und Privatpersonen	+ 17 691	- 123 761	- 287 895	+ 75 957	- 10 704	- 55 688	- 143 015	- 1 215	+ 88 542
Unternehmen und Privatpersonen	+ 60 505	+ 185 883	+ 221 493	+ 48 632	- 69 063	- 21 934	- 14 733	- 39 844	+ 32 643
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 13 182	+ 130 370	+ 17 964	+ 9 267	- 18 459	+ 1 902	- 1 849	+ 1 358	+ 2 393
IV. Saldo der statistisch nicht aufliegender Transaktionen	- 22 963	- 25 899	+ 39 708	+ 27 544	+ 11 864	+ 37 008	- 33 468	+ 33 398	+ 37 078

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. ¹ Zunahme: + / Abnahme: -. ² Ohne Eurosysteem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz 3)				Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 2)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo 1)								
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 122	+ 24 063	- 34 147	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725	
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 17 642	+ 54 524	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194	
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 25 255	+ 51 306	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760	
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 930	+ 69 087	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902	
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 774	+ 65 658	- 38 703	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882	
2013	+ 184 352	+ 203 802	- 12 523	- 39 321	+ 63 284	- 43 413	- 563	+ 226 014	+ 838	+ 42 224	
2014	+ 211 477	+ 219 629	- 14 296	- 25 303	+ 58 646	- 41 495	+ 3 255	+ 230 931	- 2 564	+ 16 200	
2015	+ 259 781	+ 248 394	- 15 405	- 18 516	+ 69 324	- 39 420	+ 265	+ 237 733	- 2 213	- 22 313	
2016	+ 270 200	+ 252 409	- 19 921	- 20 987	+ 77 258	- 38 480	+ 2 451	+ 258 906	+ 1 686	- 13 744	
2017	+ 255 964	+ 255 077	- 13 613	- 23 994	+ 77 046	- 52 165	- 2 653	+ 268 306	+ 1 269	+ 14 996	
2018	+ 267 609	+ 221 983	- 22 985	- 15 806	+ 112 389	- 50 958	+ 914	+ 242 889	+ 392	- 25 634	
2019	+ 283 849	+ 219 548	- 32 263	- 13 553	+ 128 602	- 50 747	- 3 705	+ 200 312	- 544	- 79 832	
2020	+ 240 239	+ 191 031	- 8 907	+ 7 418	+ 96 014	- 54 224	- 9 120	+ 191 481	- 51	- 39 638	
2021	+ 278 689	+ 194 388	+ 4 757	+ 4 802	+ 138 545	- 59 046	- 1 179	+ 248 551	+ 31 892	- 28 959	
2022	+ 162 033	+ 111 887	+ 9 999	- 31 036	+ 150 017	- 68 835	- 18 644	+ 227 707	+ 4 426	+ 84 319	
2020 3.Vj.	+ 62 279	+ 55 197	- 933	- 4 752	+ 22 659	- 10 824	- 2 450	+ 66 302	- 1 276	+ 6 473	
4.Vj.	+ 76 342	+ 55 114	- 2 996	+ 7 417	+ 32 628	- 18 816	- 4 181	+ 84 069	+ 848	+ 11 908	
2021 1.Vj.	+ 77 373	+ 57 527	+ 679	+ 5 095	+ 32 650	- 17 899	- 834	+ 72 025	+ 385	- 4 514	
2.Vj.	+ 67 702	+ 48 292	+ 868	+ 7 141	+ 21 166	- 8 897	- 2 336	+ 87 467	+ 58	+ 22 101	
3.Vj.	+ 65 695	+ 49 316	+ 145	- 5 830	+ 37 736	- 15 527	+ 1 985	+ 16 702	+ 31 199	- 50 977	
4.Vj.	+ 67 919	+ 39 252	+ 3 064	- 1 604	+ 46 994	- 16 723	+ 7	+ 72 358	+ 250	+ 4 432	
2022 1.Vj.	+ 59 579	+ 34 428	+ 3 927	+ 3 038	+ 40 362	- 18 249	- 3 021	+ 78 775	+ 2 200	+ 22 216	
2.Vj.	+ 30 458	+ 27 027	+ 7 766	+ 5 314	+ 22 259	- 13 513	- 4 780	+ 67 323	+ 597	+ 41 645	
3.Vj.	+ 19 883	+ 19 911	- 361	- 22 180	+ 39 507	- 17 356	- 5 860	- 30 017	+ 784	- 44 040	
4.Vj.	+ 52 112	+ 30 520	- 1 333	- 6 579	+ 47 889	- 19 718	- 4 984	+ 111 625	+ 845	+ 64 497	
2023 1.Vj. r)	+ 69 937	+ 55 177	- 1 396	- 6 692	+ 41 057	- 19 605	- 11 325	+ 99 813	+ 224	+ 41 200	
2.Vj. r)	+ 58 912	+ 55 857	- 983	- 14 337	+ 26 742	- 9 349	- 4 047	+ 63 794	+ 1 096	+ 8 929	
2021 Febr.	+ 22 176	+ 18 147	+ 39	+ 1 739	+ 9 312	- 7 022	- 1 596	+ 22 939	+ 102	+ 2 360	
März	+ 33 795	+ 24 219	+ 441	+ 1 802	+ 12 206	- 4 432	+ 1 430	+ 32 038	- 460	+ 3 186	
April	+ 24 445	+ 16 424	+ 441	+ 3 520	+ 8 407	- 3 905	- 897	+ 29 252	- 251	+ 5 705	
Mai	+ 16 786	+ 14 730	- 102	+ 2 453	+ 1 511	- 1 908	- 528	+ 23 514	+ 211	+ 7 257	
Juni	+ 26 471	+ 17 139	+ 530	+ 1 168	+ 11 248	- 3 084	- 911	+ 34 700	+ 98	+ 9 140	
Juli	+ 21 623	+ 18 516	- 472	- 1 848	+ 10 917	- 5 962	- 487	+ 1 156	+ 102	- 19 980	
Aug.	+ 18 381	+ 12 984	+ 897	- 3 024	+ 13 086	- 4 665	+ 532	+ 17 522	+ 31 254	- 1 391	
Sept.	+ 25 690	+ 17 816	- 280	- 958	+ 13 733	- 4 901	+ 1 939	- 1 977	- 158	- 29 606	
Okt.	+ 18 128	+ 15 135	+ 1 038	- 4 720	+ 13 280	- 5 567	+ 506	+ 13 955	+ 261	- 4 680	
Nov.	+ 22 113	+ 14 414	+ 759	+ 138	+ 13 670	- 6 108	- 1 007	+ 33 852	+ 963	+ 12 746	
Dez.	+ 27 678	+ 9 704	+ 1 266	+ 2 978	+ 20 043	- 5 048	+ 508	+ 24 551	- 974	+ 3 634	
2022 Jan.	+ 16 699	+ 6 950	+ 803	+ 1 740	+ 14 181	- 6 173	- 417	+ 29 438	+ 309	+ 13 156	
Febr.	+ 23 254	+ 15 092	+ 1 472	+ 2 099	+ 11 673	- 5 609	- 1 637	+ 48 042	+ 1 161	+ 26 424	
März	+ 19 626	+ 12 386	+ 1 653	- 801	+ 14 508	- 6 467	- 968	+ 1 295	+ 730	- 17 363	
April	+ 11 358	+ 5 271	+ 2 536	- 917	+ 12 425	- 5 421	- 1 556	+ 19 988	+ 83	+ 10 186	
Mai	+ 3 627	+ 11 096	+ 4 323	- 1 959	- 3 881	- 1 628	- 2 724	+ 893	+ 161	+ 10	
Juni	+ 15 474	+ 10 661	+ 906	- 2 438	+ 13 715	- 6 464	- 501	+ 46 441	+ 353	+ 31 469	
Juli	+ 7 849	+ 7 849	+ 382	- 6 089	+ 13 001	- 6 912	- 2 321	- 23 333	- 484	- 28 861	
Aug.	+ 660	+ 2 096	- 567	- 9 555	+ 14 077	- 5 957	- 1 261	+ 16 672	+ 81	+ 17 273	
Sept.	+ 11 374	+ 9 967	- 176	- 6 536	+ 12 429	- 4 486	- 2 277	- 23 355	+ 1 187	- 32 452	
Okt.	+ 8 585	+ 6 243	- 34	- 5 287	+ 13 076	- 5 447	- 2 212	+ 44 969	+ 672	+ 38 596	
Nov.	+ 18 533	+ 13 428	+ 731	- 2 077	+ 13 661	- 6 479	- 2 129	+ 466	+ 425	- 15 938	
Dez.	+ 24 994	+ 10 849	- 2 030	+ 785	+ 21 152	- 7 792	- 643	+ 66 191	- 252	+ 41 839	
2023 Jan. r)	+ 16 964	+ 11 678	+ 233	- 1 534	+ 12 362	- 5 542	- 4 700	+ 12 744	- 341	+ 481	
Febr. r)	+ 22 466	+ 18 505	- 163	- 2 175	+ 12 175	- 6 039	- 1 789	+ 32 485	+ 143	+ 11 808	
März r)	+ 30 508	+ 24 994	- 1 466	- 2 983	+ 16 520	- 8 023	- 4 835	+ 54 584	+ 423	+ 28 911	
April r)	+ 22 352	+ 16 296	+ 301	- 3 330	+ 14 455	- 5 069	- 640	- 11 298	+ 88	- 33 010	
Mai r)	+ 8 169	+ 15 803	+ 281	- 6 134	- 1 421	- 79	- 2 309	+ 15 902	+ 45	+ 10 042	
Juni r)	+ 28 392	+ 23 757	- 1 566	- 4 874	+ 13 709	- 4 200	- 1 099	+ 59 190	+ 962	+ 31 897	
Juli p)	+ 18 693	+ 18 781	- 638	- 8 072	+ 13 383	- 5 399	- 4 159	+ 6 635	- 118	- 7 899	

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.
2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: - 4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2020	2021	2022	2023					
					Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 206 928	1 379 346	1 576 783	132 676	146 301	122 489	131 342	138 869	126 018
	Einfuhr	1 026 502	1 204 050	1 494 510	115 953	123 740	108 923	117 739	116 639	107 937
	Saldo	+ 180 427	+ 175 296	+ 82 273	+ 16 723	+ 22 561	+ 13 566	+ 13 602	+ 22 231	+ 18 081
I. Europäische Länder	Ausfuhr	824 921	949 744	1 074 139	90 667	98 385	84 127	89 377	93 743	84 274
	Einfuhr	682 477	803 687	966 505	75 945	80 908	69 763	76 906	76 228	69 276
	Saldo	+ 142 444	+ 146 057	+ 107 634	+ 14 721	+ 17 477	+ 14 364	+ 12 471	+ 17 515	+ 14 548
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	635 741	751 322	861 164	72 967	76 917	68 565	71 587	75 516	67 386
	Einfuhr	546 655	638 064	735 956	62 022	65 828	57 231	63 015	62 966	57 261
	Saldo	+ 89 087	+ 113 259	+ 125 208	+ 10 945	+ 11 089	+ 11 334	+ 8 572	+ 12 550	+ 10 124
Euroraum (20)	Ausfuhr	445 225	525 992	605 810	51 838	54 224	48 244	50 200	53 194	48 157
	Einfuhr	372 855	440 248	507 572	41 256	43 994	38 065	42 294	41 770	38 481
	Saldo	+ 72 370	+ 85 744	+ 98 238	+ 10 582	+ 10 230	+ 10 179	+ 7 906	+ 11 425	+ 9 676
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	48 824	58 080	69 637	5 950	6 079	5 406	5 694	6 149	5 851
	Einfuhr	39 584	55 726	66 503	4 717	4 763	4 626	5 270	4 703	4 343
	Saldo	+ 9 240	+ 2 354	+ 3 134	+ 1 232	+ 1 316	+ 781	+ 424	+ 1 446	+ 1 508
Frankreich	Ausfuhr	90 910	102 741	116 034	10 135	10 475	9 604	9 744	10 741	9 227
	Einfuhr	56 364	61 921	69 279	6 216	6 575	5 581	5 904	6 285	5 572
	Saldo	+ 34 546	+ 40 820	+ 46 755	+ 3 919	+ 3 900	+ 4 023	+ 3 840	+ 4 456	+ 3 655
Italien	Ausfuhr	60 634	75 526	87 505	7 858	8 018	6 534	7 180	7 370	6 827
	Einfuhr	53 906	65 389	72 308	6 143	6 819	5 766	6 294	6 336	6 255
	Saldo	+ 6 728	+ 10 137	+ 15 197	+ 1 715	+ 1 199	+ 769	+ 886	+ 1 034	+ 572
Niederlande	Ausfuhr	84 579	101 050	110 612	9 418	9 894	9 298	9 202	9 736	8 643
	Einfuhr	87 024	105 113	119 517	8 658	9 552	8 082	9 036	9 455	8 547
	Saldo	- 2 445	- 4 063	- 8 905	+ 760	+ 342	+ 1 215	+ 165	+ 281	+ 95
Österreich	Ausfuhr	60 118	72 385	88 685	6 843	7 407	6 483	6 663	6 878	6 251
	Einfuhr	40 454	47 492	57 642	4 698	5 097	4 503	4 850	4 895	4 434
	Saldo	+ 19 663	+ 24 893	+ 31 043	+ 2 145	+ 2 310	+ 1 980	+ 1 813	+ 1 983	+ 1 818
Spanien	Ausfuhr	37 618	43 932	49 021	4 504	4 765	4 221	4 577	4 750	4 433
	Einfuhr	31 281	34 180	37 408	3 368	3 719	3 046	3 753	3 315	3 011
	Saldo	+ 6 337	+ 9 752	+ 11 613	+ 1 136	+ 1 046	+ 1 175	+ 824	+ 1 435	+ 1 421
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	190 517	225 331	255 354	21 129	22 693	20 321	21 388	22 322	19 229
	Einfuhr	173 800	197 815	228 383	20 766	21 834	19 165	20 721	21 196	18 780
	Saldo	+ 16 717	+ 27 515	+ 26 971	+ 363	+ 860	+ 1 155	+ 666	+ 1 126	+ 449
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	189 180	198 421	212 975	17 700	21 468	15 562	17 790	18 227	16 888
	Einfuhr	135 822	165 623	230 550	13 924	15 080	12 532	13 891	13 262	12 465
	Saldo	+ 53 358	+ 32 798	- 17 575	+ 3 777	+ 6 388	+ 3 030	+ 3 898	+ 4 965	+ 4 423
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	56 265	60 638	70 628	5 699	6 517	4 913	5 559	5 746	5 352
	Einfuhr	45 556	49 247	55 347	4 045	4 663	3 733	4 556	4 561	3 932
	Saldo	+ 10 708	+ 11 391	+ 15 280	+ 1 654	+ 1 854	+ 1 180	+ 1 003	+ 1 185	+ 1 420
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	67 086	65 002	73 787	6 316	7 559	5 598	6 476	6 779	6 220
	Einfuhr	35 018	32 245	37 918	3 160	3 466	2 938	3 230	3 080	2 908
	Saldo	+ 32 068	+ 32 757	+ 35 869	+ 3 156	+ 4 093	+ 2 660	+ 3 246	+ 3 699	+ 3 311
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	380 292	427 430	497 588	41 651	47 537	37 995	41 581	44 747	41 336
	Einfuhr	343 270	399 604	527 050	39 911	42 716	39 046	40 686	40 236	38 039
	Saldo	+ 37 022	+ 27 827	- 29 463	+ 1 740	+ 4 820	- 1 051	+ 896	+ 4 511	+ 3 298
1. Afrika	Ausfuhr	20 086	23 068	26 464	2 334	2 577	2 078	2 716	2 976	2 148
	Einfuhr	18 758	26 241	33 549	2 606	2 989	2 758	2 951	2 872	2 161
	Saldo	+ 1 328	- 3 173	- 7 085	- 272	- 411	- 680	- 235	+ 104	- 13
2. Amerika	Ausfuhr	141 375	167 735	210 646	17 859	20 677	16 350	17 252	19 047	18 436
	Einfuhr	94 005	101 525	130 591	10 390	11 942	10 543	10 670	10 480	10 532
	Saldo	+ 47 370	+ 66 210	+ 80 055	+ 7 469	+ 8 735	+ 5 807	+ 6 582	+ 8 567	+ 7 904
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	103 476	121 980	156 191	13 129	14 611	11 952	12 508	13 777	13 620
	Einfuhr	67 694	72 316	92 290	7 435	8 793	7 728	7 608	7 598	7 523
	Saldo	+ 35 782	+ 49 664	+ 63 900	+ 5 694	+ 5 818	+ 4 224	+ 4 900	+ 6 178	+ 6 097
3. Asien	Ausfuhr	208 146	224 897	246 458	20 085	22 856	18 565	20 438	21 528	19 614
	Einfuhr	226 646	267 604	355 479	26 277	27 230	25 199	26 447	26 494	24 804
	Saldo	- 18 500	- 42 707	- 109 021	- 6 191	- 4 373	- 6 634	- 6 009	- 4 966	- 5 190
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	25 882	26 090	29 658	2 642	3 124	2 331	2 389	2 663	2 517
	Einfuhr	6 721	7 509	12 803	1 508	1 682	1 577	1 597	1 062	1 100
	Saldo	+ 19 161	+ 18 582	+ 16 855	+ 1 134	+ 1 441	+ 754	+ 792	+ 1 601	+ 1 416
Japan	Ausfuhr	17 396	18 245	20 514	1 747	1 942	1 536	1 659	1 794	1 742
	Einfuhr	21 427	23 477	25 282	2 118	2 404	2 067	2 030	2 301	2 021
	Saldo	- 4 032	- 5 232	- 4 768	- 371	- 461	- 531	- 371	- 507	- 279
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	95 840	103 564	106 879	7 941	9 020	7 729	8 729	8 738	8 271
	Einfuhr	117 373	142 964	192 006	12 949	13 028	12 051	12 880	13 750	12 430
	Saldo	- 21 533	- 39 400	- 85 127	- 5 008	- 4 008	- 4 321	- 4 151	- 5 012	- 4 159
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	50 590	55 295	63 383	5 413	5 986	4 865	4 811	5 858	4 853
	Einfuhr	48 222	55 441	70 583	5 647	5 965	5 828	6 076	5 457	5 225
	Saldo	+ 2 368	- 146	- 7 200	- 233	+ 22	- 963	- 1 266	+ 401	- 372
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 685	11 731	14 019	1 372	1 426	1 002	1 175	1 196	1 139
	Einfuhr	3 861	4 233	7 431	639	556	545	618	390	542
	Saldo	+ 6 824	+ 7 497	+ 6 588	+ 734	+ 870	+ 457	+ 558	+ 806	+ 597

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. Euroraum einschl. Kroatien. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanzdienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Informa-tionsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2018	- 15 806	- 2 044	- 44 543	+ 10 059	+ 17 219	- 7 060	+ 723	+ 3 322	+ 671	+ 112 410	- 692
2019	- 13 553	+ 3 607	- 45 947	+ 10 755	+ 18 368	- 9 763	- 2 948	+ 3 489	+ 492	+ 128 990	- 880
2020	+ 7 418	- 5 302	- 14 678	+ 10 051	+ 17 665	- 7 770	- 4 426	+ 3 368	+ 3 196	+ 94 205	- 1 387
2021	+ 4 802	- 6 635	- 24 323	+ 8 306	+ 32 834	- 8 466	- 9 361	+ 3 531	+ 2 664	+ 137 881	- 1 999
2022	- 31 036	- 8 643	- 55 244	+ 9 464	+ 31 406	- 11 241	- 10 085	+ 4 078	+ 1 993	+ 152 926	- 4 902
2021 4.Vj.	- 1 604	- 3 073	- 8 636	+ 2 551	+ 9 344	- 1 551	- 3 757	+ 763	+ 824	+ 43 098	+ 3 071
2022 1.Vj.	+ 3 038	- 2 849	- 6 033	+ 1 996	+ 11 530	- 3 704	- 1 520	+ 1 063	+ 1 288	+ 40 527	- 1 453
2.Vj.	- 5 314	- 187	- 13 125	+ 2 270	+ 7 307	- 2 182	- 2 722	+ 1 062	+ 425	+ 25 841	- 4 007
3.Vj.	- 22 180	- 3 727	- 22 632	+ 2 159	+ 5 874	- 3 429	- 3 712	+ 1 100	- 82	+ 41 295	- 1 705
4.Vj.	- 6 579	- 1 880	- 13 454	+ 3 039	+ 6 695	- 1 926	- 2 131	+ 853	+ 362	+ 45 264	+ 2 263
2023 1.Vj.	- 6 692	- 2 788	- 8 001	+ 1 777	+ 5 263	- 3 682	- 3 001	+ 1 051	+ 1 224	+ 41 509	- 1 676
2.Vj.	- 14 337	- 1 754	- 14 337	+ 2 074	+ 4 748	- 2 553	- 4 963	+ 776	+ 393	+ 29 351	- 3 002
2022 Sept.	- 6 536	- 706	- 8 123	+ 679	+ 2 659	- 1 199	- 1 090	+ 457	- 7	+ 13 013	- 577
Okt.	- 5 287	- 315	- 7 710	+ 642	+ 2 127	- 1 050	- 108	+ 335	+ 93	+ 13 662	- 680
Nov.	- 2 077	- 836	- 3 469	+ 956	+ 1 859	- 371	- 1 446	+ 327	+ 74	+ 14 226	- 639
Dez.	+ 785	- 729	- 2 276	+ 1 441	+ 2 710	- 505	- 577	+ 192	+ 194	+ 17 376	+ 3 582
2023 Jan.	- 1 534	- 637	- 2 326	+ 771	+ 1 928	- 1 434	- 1 302	+ 391	+ 449	+ 12 557	- 644
Febr.	- 2 175	- 1 101	- 2 334	+ 542	+ 946	- 910	- 398	+ 351	+ 409	+ 12 290	- 524
März	- 2 983	- 1 050	- 3 341	+ 463	+ 2 388	- 1 338	- 1 301	+ 309	+ 366	+ 16 661	- 507
April	- 3 330	- 452	- 3 406	+ 553	+ 2 362	- 1 519	- 1 599	+ 227	+ 104	+ 14 820	- 469
Mai	- 6 134	- 707	- 5 027	+ 677	+ 1 127	- 1 234	- 1 685	+ 220	+ 111	- 666	- 867
Juni	- 4 874	- 595	- 5 904	+ 843	+ 1 259	+ 199	- 1 679	+ 328	+ 178	+ 15 197	- 1 666
Juli p)	- 8 072	- 597	- 6 694	+ 625	+ 1 029	- 1 530	- 1 678	+ 193	- 55	+ 13 864	- 426

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen

ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen						Vermögensänderungsbilanz			
	Insgesamt	Staat		Alle Sektoren ohne Staat 2)			Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen	
		Insgesamt	darunter:	Übersetzungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.	Insgesamt				Persönliche Übertragungen 3)
2018	- 50 958	- 33 109	- 10 849				+ 9 753	- 17 848	.	
2019	- 50 747	- 30 251	- 11 473	+ 11 591	- 20 496	.	- 5 431	- 3 705	- 298	- 3 407
2020	- 54 224	- 36 074	- 13 498	+ 10 767	- 18 150	.	- 5 908	- 9 120	- 3 418	- 5 702
2021	- 59 046	- 36 974	- 11 303	+ 11 888	- 22 072	.	- 6 170	- 1 179	- 392	- 787
2022	- 68 835	- 41 923	- 17 878	+ 14 041	- 26 913	.	- 7 149	- 18 644	- 14 397	- 4 247
2021 4.Vj.	- 16 723	- 11 058	- 5 349	+ 2 135	- 5 664	.	- 1 543	+ 7	+ 963	- 956
2022 1.Vj.	- 18 249	- 10 960	- 3 153	+ 2 477	- 7 288	- 1 995	- 1 719	- 3 021	- 2 865	- 156
2.Vj.	- 13 513	- 5 957	- 3 247	+ 7 339	- 7 556	.	- 1 810	- 4 780	- 3 988	- 792
3.Vj.	- 17 356	- 11 401	- 3 727	+ 2 138	- 5 955	.	- 1 810	- 5 860	- 4 533	- 1 326
4.Vj.	- 19 718	- 13 604	- 7 751	+ 2 086	- 6 113	.	- 1 810	- 4 984	- 3 011	- 1 973
2023 1.Vj.	- 19 605	- 10 860	- 3 352	+ 2 580	- 8 744	.	- 1 731	- 11 325	- 10 563	- 762
2.Vj.	- 9 349	- 3 481	- 1 697	+ 7 492	- 5 868	.	- 1 691	- 4 047	- 3 083	- 964
2022 Sept.	- 4 486	- 2 589	- 587	+ 1 271	- 1 897	.	- 603	- 2 277	- 1 555	- 722
Okt.	- 5 447	- 3 509	- 1 505	+ 524	- 1 938	.	- 600	- 2 212	- 1 559	- 653
Nov.	- 6 479	- 4 468	- 1 623	+ 417	- 2 010	- 619	- 600	- 2 129	- 1 846	- 283
Dez.	- 7 792	- 5 628	- 4 623	+ 1 145	- 2 165	- 616	- 611	- 643	+ 394	- 1 037
2023 Jan.	- 5 542	- 3 794	- 1 910	+ 654	- 1 749	- 604	- 603	- 4 700	- 4 169	- 532
Febr.	- 6 039	- 3 879	- 923	+ 991	- 2 161	- 564	- 1 789	- 1 789	- 1 776	- 13
März	- 8 023	- 3 188	- 519	+ 935	- 4 835	.	- 564	- 4 835	- 4 618	- 217
April	- 5 069	- 3 264	- 1 060	+ 1 070	- 1 806	.	- 564	- 640	- 182	- 458
Mai	- 79	+ 1 974	- 254	+ 5 166	- 2 053	.	- 564	- 2 309	- 2 114	- 195
Juni	- 4 200	- 2 191	- 383	+ 1 256	- 2 010	.	- 564	- 1 099	- 787	- 312
Juli p)	- 5 399	- 3 571	- 1 017	+ 534	- 1 828	.	- 564	- 4 159	- 3 546	- 613

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2020	2021	2022	2022		2023			
				4.Vj.	1.Vj. ^{r)}	2.Vj. ^{r)}	Mai ^{r)}	Juni ^{r)}	Juli ^{p)}
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 724 008	+ 819 754	+ 328 088	- 66 050	+ 129 843	+ 38 191	+ 46 537	+ 33 308	+ 20 527
1. Direktinvestitionen	+ 134 017	+ 180 852	+ 169 006	+ 10 260	+ 27 888	+ 34 896	- 4 809	+ 31 076	- 2 396
Beteiligungskapital	+ 89 898	+ 121 136	+ 114 061	+ 32 688	+ 23 029	+ 23 725	+ 7 030	+ 7 642	+ 1 869
darunter:									
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	+ 17 533	+ 59 185	+ 69 943	+ 12 154	+ 16 481	+ 14 343	+ 1 306	+ 5 791	+ 5 847
Direktinvestitionskredite	+ 44 119	+ 59 716	+ 54 945	- 22 429	+ 4 859	+ 11 172	- 11 839	+ 23 434	- 4 266
2. Wertpapieranlagen	+ 166 417	+ 174 958	+ 16 697	+ 23 963	+ 78 923	+ 49 343	+ 15 459	+ 16 953	+ 12 172
Aktien ²⁾	+ 53 110	+ 46 753	- 16 698	- 9 357	+ 4 072	- 4 568	- 1 987	- 4 797	+ 2 216
Investmentfondsanteile ³⁾	+ 35 932	+ 116 401	+ 33 614	+ 18 537	+ 10 899	+ 4 737	+ 2 087	+ 413	+ 10 467
kurzfristige									
Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 10 507	- 107	+ 12 340	+ 5 126	+ 7 640	+ 2 892	+ 451	+ 481	- 629
langfristige									
Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 66 867	+ 11 912	- 12 559	+ 9 657	+ 56 312	+ 46 281	+ 14 909	+ 20 856	+ 118
3. Finanzderivate und									
Mitarbeiteroptionen ⁶⁾	+ 94 579	+ 60 178	+ 42 677	- 2 054	+ 20 246	+ 11 251	+ 9 554	- 3 595	- 1 229
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 329 046	+ 371 874	+ 95 282	- 99 063	+ 2 562	- 58 395	+ 26 288	- 12 088	+ 12 098
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾	- 4 313	+ 112 903	+ 59 476	- 103 228	+ 65 798	- 23 037	+ 16 899	- 25 917	+ 29 330
kurzfristig	+ 3 683	+ 99 380	+ 34 961	- 109 790	+ 68 459	- 18 346	+ 18 361	- 20 624	+ 23 836
langfristig	- 8 021	+ 13 204	+ 24 474	+ 6 490	- 2 691	- 4 705	- 1 471	- 5 296	+ 5 484
Unternehmen und									
Privatpersonen ⁹⁾	+ 88 179	+ 143 700	+ 46 596	- 5 531	+ 33 033	+ 64 871	+ 10 836	+ 22 081	+ 899
kurzfristig	+ 44 218	+ 113 230	+ 23 769	- 13 198	+ 28 685	+ 60 315	+ 8 347	+ 21 006	- 614
langfristig	+ 22 325	- 13 944	- 7 625	- 244	+ 594	+ 563	+ 1 182	- 772	+ 596
Staat	+ 2 069	- 8 123	- 24 958	+ 645	+ 9 444	- 2 659	- 874	+ 465	+ 27
kurzfristig	+ 3 461	- 7 256	- 23 451	+ 920	+ 3 286	- 1 897	- 691	+ 1 014	- 41
langfristig	- 2 485	- 2 327	- 2 883	- 274	+ 4 337	- 1 000	- 183	- 780	- 409
Bundesbank	+ 243 112	+ 123 394	+ 14 167	+ 9 051	- 105 713	- 97 571	- 574	- 8 716	- 18 159
5. Währungsreserven	- 51	+ 31 892	+ 4 426	+ 845	+ 224	+ 1 096	+ 45	+ 962	- 118
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 532 526	+ 571 203	+ 100 381	- 177 676	+ 30 030	- 25 603	+ 30 634	- 25 882	+ 13 892
1. Direktinvestitionen	+ 138 902	+ 80 483	+ 43 725	- 15 589	- 10 209	+ 21 404	- 1 074	+ 15 202	- 6 234
Beteiligungskapital	+ 45 841	+ 41 374	+ 14 811	+ 3 618	+ 13 182	+ 3 229	- 2 243	- 1 499	- 4 018
darunter:									
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	+ 707	+ 7 659	+ 7 123	+ 1 344	+ 5 976	- 4 384	- 4 402	- 159	- 475
Direktinvestitionskredite	+ 93 061	+ 39 109	+ 28 914	- 19 207	- 23 391	+ 18 174	+ 1 170	+ 16 701	- 2 216
2. Wertpapieranlagen	+ 150 014	- 28 581	- 7 600	- 23 214	+ 53 182	+ 32 870	+ 36 346	+ 1 996	+ 27 866
Aktien ²⁾	- 17 040	+ 2 101	- 4 695	+ 2 941	- 4 868	- 5 005	- 1 323	- 2 361	+ 2 851
Investmentfondsanteile ³⁾	+ 962	- 8 433	- 3 235	- 318	+ 932	- 1 061	+ 274	- 1 363	- 941
kurzfristige									
Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 84 459	+ 29 313	- 37 218	- 24 696	+ 1 551	+ 9 964	+ 14 261	- 509	+ 422
langfristige									
Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 81 632	- 51 563	+ 37 548	- 1 142	+ 55 568	+ 28 973	+ 23 134	+ 6 229	+ 25 534
3. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 243 611	+ 519 301	+ 64 255	- 138 873	- 12 943	- 79 877	- 4 638	- 43 080	- 7 740
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾	+ 108 426	+ 161 287	+ 152 946	- 187 546	+ 108 354	- 33 858	+ 18 973	- 49 315	+ 29 425
kurzfristig	+ 74 908	+ 115 265	+ 160 854	- 181 523	+ 88 506	- 37 871	+ 14 243	- 43 750	+ 27 687
langfristig	+ 33 579	+ 46 044	- 7 910	- 6 025	+ 19 847	+ 4 015	+ 4 730	- 5 563	+ 1 738
Unternehmen und									
Privatpersonen ⁹⁾	+ 32 084	+ 135 961	+ 6 958	- 36 507	+ 5 051	+ 26 516	+ 1 168	- 9 029	- 9 681
kurzfristig	+ 14 969	+ 99 877	- 9 271	- 46 236	- 711	+ 20 334	- 840	- 12 425	- 9 590
langfristig	+ 13 511	+ 12 382	+ 8 907	+ 8 020	+ 4 498	+ 4 758	+ 1 550	+ 2 834	- 562
Staat	- 7 840	- 4 742	- 4 931	- 7 399	+ 1 074	+ 143	+ 1 338	- 2 268	+ 1 155
kurzfristig	- 7 557	- 2 134	- 2 478	- 7 371	+ 1 683	+ 143	+ 1 324	- 2 264	+ 1 325
langfristig	- 280	- 2 605	- 2 451	- 25	- 609	+ 0	+ 13	- 4	+ 21
Bundesbank	+ 110 941	+ 226 796	- 90 717	+ 92 579	- 127 423	- 72 678	- 26 117	+ 17 532	- 28 640
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 191 481	+ 248 551	+ 227 707	+ 111 625	+ 99 813	+ 63 794	+ 15 902	+ 59 190	+ 6 635

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionskredite). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva 3) 4)	Netto-Auslands-position 5)
	Insgesamt	Währungsreserven				Übrige Kapitalanlagen					
		Insgesamt	Gold und Gold-forderungen	Sonder-ziehungs-rechte	Reserve-position im IWF	Bargeld, Ein-lagen und Wertpapier-anlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungs-konten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapier-anlagen 2)		
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2021 März	1 364 046	209 400	155 323	14 367	7 966	31 744	1 098 486	1 081 989	56 160	647 647	716 400
April	1 307 161	210 799	158 143	14 085	7 836	30 735	1 041 472	1 024 734	54 890	604 863	702 299
Mai	1 370 231	221 201	168 678	14 037	7 809	30 677	1 093 721	1 076 918	55 309	621 827	748 404
Juni	1 384 834	213 600	159 995	14 326	8 094	31 184	1 115 447	1 101 897	55 787	670 632	714 202
Juli	1 319 694	219 775	165 984	14 345	8 104	31 343	1 042 015	1 024 970	57 903	657 905	661 789
Aug.	1 360 722	250 742	165 757	45 091	8 174	31 720	1 053 653	1 037 259	56 327	699 773	660 949
Sept.	1 431 909	246 908	160 943	45 606	8 267	32 092	1 130 558	1 115 126	54 443	746 128	685 781
Okt.	1 388 160	250 340	164 602	45 719	8 449	31 570	1 083 141	1 066 604	54 678	735 595	652 564
Nov.	1 456 861	258 815	170 460	46 375	8 405	33 575	1 142 719	1 127 545	55 327	773 217	683 644
Dez.	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022 Jan.	1 479 694	261 965	173 362	46 931	8 504	33 168	1 163 561	1 149 868	54 168	807 889	671 805
Febr.	1 491 552	273 726	184 255	46 854	8 711	33 905	1 164 098	1 149 722	53 729	774 786	716 766
März	1 516 744	277 782	187 779	47 375	8 663	33 965	1 184 501	1 169 952	54 462	808 690	708 055
April	1 491 558	288 953	196 274	48 617	8 799	35 263	1 148 681	1 135 400	53 923	790 221	701 337
Mai	1 505 419	278 174	186 481	48 031	8 681	34 980	1 173 376	1 159 716	53 869	805 179	700 240
Juni	1 566 099	281 157	187 573	48 712	8 948	35 923	1 232 176	1 216 530	52 767	826 280	739 819
Juli	1 514 570	280 910	185 950	49 465	9 086	36 409	1 179 431	1 166 155	54 229	810 881	703 689
Aug.	1 590 572	280 160	184 794	49 614	9 300	36 451	1 258 187	1 245 014	52 225	842 576	747 996
Sept.	1 613 008	281 258	184 022	50 287	9 358	37 592	1 281 266	1 266 647	50 483	829 129	783 879
Okt.	1 569 272	274 421	178 101	49 675	9 527	37 119	1 243 873	1 230 005	50 977	811 035	758 237
Nov.	1 577 175	277 458	183 052	49 168	9 315	35 923	1 248 088	1 233 980	51 629	810 314	766 861
Dez.	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023 Jan.	1 508 507	281 692	190 062	48 256	9 437	33 938	1 176 042	1 162 354	50 772	793 716	714 791
Febr.	1 455 724	276 016	183 755	48 582	9 480	34 199	1 130 353	1 114 888	49 356	743 006	712 718
März	1 522 539	288 131	196 405	48 039	9 373	34 314	1 184 604	1 170 620	49 804	791 478	731 061
April	1 431 180	285 667	194 679	47 642	9 297	34 049	1 096 324	1 081 284	49 189	726 986	704 194
Mai	1 435 049	290 368	197 915	48 658	9 379	34 416	1 095 750	1 081 900	48 931	701 467	733 582
Juni	1 416 292	280 820	188 991	48 618	9 292	33 919	1 087 034	1 068 747	48 438	718 324	697 969
Juli	1 399 374	282 438	191 458	48 368	9 184	33 429	1 068 875	1 052 218	48 061	689 447	709 927
Aug.	1 406 665	284 364	192 914	48 979	9 218	33 253	1 074 575	1 056 420	47 725	687 342	719 322

* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

ung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	insgesamt	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2019	968 277	227 767	740 510	503 698	236 812	220 465	16 348	1 312 974	167 925	1 145 050	932 555	212 495	136 829	75 666
2020	1 030 962	244 325	786 637	546 252	240 385	213 568	26 816	1 419 220	172 112	1 247 108	1 028 217	218 891	130 165	88 726
2021	1 163 639	256 764	906 875	616 964	289 911	261 752	28 159	1 576 549	215 064	1 361 485	1 105 049	256 436	159 446	96 990
2022	1 232 675	251 857	980 818	661 948	318 870	289 264	29 606	1 607 074	174 307	1 432 767	1 139 934	292 833	189 258	103 576
2023 Febr. Ⓜ	1 288 815	294 730	994 085	681 436	312 649	282 699	29 950	1 639 386	203 036	1 436 350	1 158 439	277 911	170 382	107 529
März Ⓜ	1 258 723	285 902	972 822	650 929	321 892	291 477	30 415	1 591 228	184 372	1 406 856	1 120 422	286 434	180 614	105 820
April Ⓜ	1 287 498	326 535	960 963	657 274	303 689	273 260	30 429	1 627 060	207 609	1 419 450	1 142 227	277 223	170 765	106 458
Mai Ⓜ	1 291 982	337 758	954 224	650 906	303 318	271 538	31 780	1 634 912	222 301	1 412 611	1 136 125	276 486	170 424	106 061
Juni Ⓜ	1 330 191	353 858	976 333	665 732	310 602	278 874	31 727	1 640 255	203 806	1 436 449	1 152 362	284 087	176 562	107 525
Juli Ⓜ	1 325 613	357 169	968 444	667 844	300 600	268 608	31 992	1 625 118	202 705	1 422 413	1 149 539	272 874	165 222	107 652
EU-Länder (27 ohne GB)														
2019	573 453	176 913	396 539	304 545	91 994	83 227	8 768	841 017	91 513	749 504	663 166	86 337	63 664	22 674
2020	612 885	185 565	427 320	333 594	93 725	80 717	13 008	899 482	97 582	801 899	712 252	89 647	61 761	27 886
2021	660 557	194 046	466 511	358 320	108 191	95 340	12 851	988 142	151 193	836 949	733 188	103 761	74 174	29 587
2022	703 663	192 412	511 251	387 897	123 354	109 914	13 440	991 655	125 880	865 775	750 939	114 836	82 671	32 165
2023 Febr. Ⓜ	748 489	237 252	511 237	385 937	125 300	111 832	13 468	981 655	119 121	862 533	747 403	115 130	81 543	33 588
März Ⓜ	746 393	231 542	514 851	383 998	130 854	116 916	13 937	972 305	114 893	857 411	738 453	118 958	86 201	32 757
April Ⓜ	783 061	262 600	520 462	394 679	125 782	111 680	14 102	996 850	119 224	877 627	762 940	114 686	81 522	33 165
Mai Ⓜ	789 513	280 245	509 267	385 234	124 033	109 647	14 386	985 185	124 431	860 754	747 268	113 487	81 388	32 099
Juni Ⓜ	807 519	288 895	518 624	392 072	126 552	112 044	14 508	1 015 255	128 117	887 137	768 463	118 675	86 648	32 027
Juli Ⓜ	808 151	290 784	517 368	396 050	121 317	106 305	15 012	996 479	118 245	878 234	766 858	111 376	79 076	32 299
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2019	394 824	50 853	343 971	199 153	144 818	137 238	7 580	471 958	76 412	395 546	269 388	126 157	73 165	52 992
2020	418 077	58 760	359 317	212 658	146 659	132 851	13 808	519 738	74 530	445 208	315 965	129 244	68 404	60 840
2021	503 082	62 718	440 364	258 644	181 720	166 411	15 309	588 407	63 871	524 536	371 861	152 675	85 271	67 403
2022	529 012	59 445	469 567	274 050	195 517	179 351	16 166	615 419	48 427	566 992	388 995	177 997	106 587	71 410
2023 Febr. Ⓜ	540 325	57 477	482 848	295 498	187 350	170 867	16 483	657 732	83 915	573 817	411 036	162 781	88 839	73 942
März Ⓜ	512 330	54 360	457 970	266 932	191 039	174 561	16 477	618 923	69 479	549 444	381 969	167 476	94 413	73 062
April Ⓜ	504 437	63 935	440 502	262 595	177 907	161 580	16 327	630 209	88 386	541 824	379 287	162 537	89 244	73 293
Mai Ⓜ	502 469	57 512	444 957	265 671	179 286	161 892	17 394	649 727	97 870	551 857	388 858	162 999	89 036	73 963
Juni Ⓜ	522 673	64 963	457 710	273 660	184 050	166 831	17 219	625 000	75 689	549 311	383 899	165 412	89 914	75 498
Juli Ⓜ	517 462	66 386	451 076	271 794	179 283	162 303	16 980	628 639	84 459	544 179	382 681	161 498	86 145	75 353
Euroraum (20)														
2019	494 383	158 182	336 201	264 821	71 380	63 742	7 638	764 929	71 012	693 917	626 886	67 031	49 802	17 229
2020	526 584	164 691	361 893	288 485	73 408	61 662	11 746	812 136	75 869	736 267	666 749	69 518	47 547	21 971
2021	555 081	172 032	383 050	297 861	85 189	73 511	11 678	904 888	129 783	775 105	693 366	81 739	58 280	23 459
2022	597 491	173 395	424 096	328 761	95 336	83 244	12 092	903 757	105 435	798 322	709 668	88 654	63 579	25 075
2023 Febr. Ⓜ	644 861	220 008	424 854	328 128	96 725	84 652	12 074	893 319	100 251	793 068	705 928	87 140	61 107	26 033
März Ⓜ	641 632	214 675	426 957	325 761	101 197	88 646	12 550	883 244	95 565	787 679	698 040	89 639	64 217	25 422
April Ⓜ	679 900	246 187	433 713	336 129	97 584	84 845	12 739	909 076	99 419	809 658	723 243	86 415	60 837	25 578
Mai Ⓜ	686 342	262 375	423 967	327 377	96 590	83 622	12 967	896 990	105 532	791 459	705 854	85 604	61 181	24 423
Juni Ⓜ	702 858	272 835	430 023	331 855	98 168	85 070	13 098	924 605	108 954	815 652	725 476	90 176	65 920	24 256
Juli Ⓜ	705 301	275 070	430 231	335 490	94 741	81 133	13 608	909 201	100 002	809 200	724 453	84 746	60 260	24 486
Extra-Euroraum (20)														
2019	473 894	69 585	404 309	238 877	165 432	156 723	8 709	548 045	.	.	.	145 464	87 027	58 437
2020	504 378	79 634	424 743	257 766	166 977	151 907	15 070	607 084	96 243	510 840	361 467	149 373	82 618	66 755
2021	608 558	84 732	523 826	319 103	204 723	188 241	16 481	671 661	85 281	586 380	411 683	174 697	101 165	73 532
2022	635 184	.	.	.	223 535	206 021	17 514	703 317	.	.	.	204 179	125 679	78 501
2023 Febr. Ⓜ	643 953	746 067	.	.	.	190 771	109 275	81 497
März Ⓜ	617 092	707 984	.	.	.	196 795	116 397	80 398
April Ⓜ	607 598	717 983	.	.	.	190 808	109 928	80 880
Mai Ⓜ	605 640	.	.	.	206 729	187 916	18 813	737 921	.	.	.	190 881	109 243	81 638
Juni Ⓜ	627 333	.	.	.	212 434	193 805	18 629	715 649	.	.	.	193 911	110 642	83 269
Juli Ⓜ	620 312	.	.	.	205 859	187 475	18 384	715 916	.	.	.	188 128	104 961	83 166

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
	AUD	CNY	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF	USD	GBP
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2022 April	1,4663	6,9605	7,4391	136,61	1,3652	9,6191	10,3175	1,0211	1,0819	0,83655
Mai	1,4995	7,0830	7,4405	136,24	1,3588	10,1453	10,4956	1,0355	1,0579	0,84969
Juni	1,5044	7,0734	7,4392	141,57	1,3537	10,2972	10,6005	1,0245	1,0566	0,85759
Juli	1,4856	6,8538	7,4426	139,17	1,3180	10,1823	10,5752	0,9876	1,0179	0,84955
Aug.	1,4550	6,8884	7,4393	136,85	1,3078	9,8309	10,5021	0,9690	1,0128	0,84499
Sept.	1,4820	6,9508	7,4366	141,57	1,3187	10,1697	10,7840	0,9640	0,9904	0,87463
Okt.	1,5474	7,0687	7,4389	144,73	1,3477	10,3919	10,9503	0,9791	0,9826	0,87058
Nov.	1,5455	7,3171	7,4387	145,12	1,3708	10,3357	10,8798	0,9842	1,0201	0,86892
Dez.	1,5685	7,3859	7,4377	142,82	1,4379	10,4480	10,9859	0,9865	1,0589	0,86950
2023 Jan.	1,5523	7,3173	7,4383	140,54	1,4474	10,7149	11,2051	0,9961	1,0769	0,88212
Febr.	1,5514	7,3244	7,4447	142,38	1,4400	10,9529	11,1725	0,9905	1,0715	0,88550
März	1,6034	7,3807	7,4456	143,01	1,4649	11,2858	11,2276	0,9908	1,0706	0,88192
April	1,6389	7,5561	7,4518	146,51	1,4792	11,5187	11,3370	0,9846	1,0968	0,88115
Mai	1,6346	7,5948	7,4485	148,93	1,4687	11,7330	11,3697	0,9751	1,0868	0,87041
Juni	1,6157	7,7653	7,4492	153,15	1,4414	11,7164	11,6766	0,9764	1,0840	0,85861
Juli	1,6423	7,9482	7,4508	155,94	1,4618	11,3474	11,6343	0,9663	1,1058	0,85856
Aug.	1,6818	7,9096	7,4522	157,96	1,4703	11,4127	11,8117	0,9588	1,0909	0,85892

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft												
	Erweiterten EWK-Länderkreises 1)			Weiten EWK-Länderkreises 2)			auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)			auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber									
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	27 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	27 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)						
							insgesamt	davon:											
						Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder												
1999	96,2	96,1	95,8	96,1	96,5	95,9	97,9	99,6	95,7	97,7	98,3	98,1	97,8						
2000	87,0	86,8	85,9	85,6	88,0	86,1	91,9	97,5	85,4	91,1	93,1	92,3	91,2						
2001	87,4	87,1	86,6	84,4	90,1	86,9	91,7	96,6	86,0	90,5	93,0	91,7	91,0						
2002	89,7	90,3	89,7	88,0	94,4	90,6	92,3	95,7	88,4	91,0	93,5	92,2	91,9						
2003	100,5	101,6	101,0	99,2	106,5	101,7	95,8	94,8	97,5	95,3	97,0	96,7	96,8						
2004	104,3	105,6	104,2	102,6	111,0	105,6	96,1	93,6	99,9	95,6	98,5	98,2	98,4						
2005	102,9	104,3	102,1	100,8	109,1	103,2	94,7	92,0	98,7	93,3	98,5	97,2	96,7						
2006	102,9	104,3	101,6	99,8	109,3	102,6	93,5	90,4	98,1	91,6	98,6	96,8	96,0						
2007	106,5	107,3	103,9	101,5	112,9	104,8	94,5	89,6	102,0	92,0	100,9	98,3	97,4						
2008	110,4	110,3	106,2	105,5	117,8	107,3	94,9	88,4	105,1	91,3	102,4	98,5	97,6						
2009	111,9	111,1	107,2	109,1	120,8	108,3	95,2	89,2	104,6	92,0	101,9	98,6	97,9						
2010	104,6	103,3	99,0	101,6	112,1	99,3	92,5	88,7	98,1	88,1	98,8	94,3	92,5						
2011	104,4	102,4	97,1	99,8	112,9	98,8	92,1	88,4	97,5	87,3	98,2	93,5	91,9						
2012	98,6	97,0	91,5	94,0	107,6	94,0	90,0	88,3	92,4	84,7	95,9	90,5	88,9						
2013	102,2	100,1	94,6	96,8	112,4	97,0	92,3	88,8	97,4	86,6	98,1	92,3	90,9						
2014	102,4	99,5	94,5	97,0	114,7	97,4	92,9	89,6	97,7	87,4	98,2	92,5	91,5						
2015	92,5	89,7	85,8	86,3	106,1	88,7	89,7	90,2	88,9	83,5	94,3	87,8	86,9						
2016	95,2	91,6	88,1	p)	87,5	110,1	90,6	90,7	90,4	84,9	95,0	88,8	88,1						
2017	97,5	93,6	89,3	p)	88,2	112,5	92,0	91,8	90,8	93,3	85,6	96,3	89,9						
2018	100,0	95,8	90,9	p)	89,9	117,3	95,2	93,1	91,0	96,4	86,7	97,7	91,1						
2019	98,1	93,3	89,1	p)	87,2	115,5	92,5	92,2	91,1	93,5	85,8	89,9	89,4						
2020	99,7	93,7	p)	89,8	p)	88,1	119,2	93,9	92,4	91,5	93,5	96,4	90,1						
2021	99,6	93,7	p)	89,0	p)	86,4	120,5	94,3	92,0	95,6	86,8	97,4	90,9						
2022	95,3	p)	90,8	p)	83,9	p)	81,4	116,1	p)	90,9	92,1	91,9	89,0						
2021 März	100,4	94,4			121,1	94,9					97,7	91,1	91,3						
April	100,7	94,5			121,7	95,2					97,9	91,2	91,6						
Mai	100,9	94,6	89,7	p)	87,1	122,1	95,3	93,3	91,5	96,0	98,1	91,3	91,6						
Juni	100,3	94,1			121,3	94,7					98,0	91,1	91,4						
Juli	99,8	93,8			120,6	94,3					97,7	91,0	91,2						
Aug.	99,4	93,5	p)	88,8	p)	86,1	120,2	93,9	93,7	92,2	95,8	87,0	90,8						
Sept.	99,5	93,6			120,1	93,9					97,3	90,6	90,6						
Okt.	98,5	92,7			119,2	93,1					96,7	90,0	90,1						
Nov.	97,6	92,0	p)	86,9	p)	84,0	118,4	92,6	93,6	92,7	94,8	86,5	89,6						
Dez.	97,0	91,4			118,6	92,4					95,7	88,9	89,3						
2022 Jan.	96,6	91,3			118,2	p)	92,2				96,0	88,9	p)	89,3					
Febr.	96,8	91,8	p)	85,2	p)	82,8	118,5	p)	92,6	92,8	92,1	93,7	85,6	96,1	89,0	p)	89,4		
März	95,8	91,5			117,9	p)	92,6				96,3	89,5	p)	89,9					
April	95,0	90,1			116,0	p)	90,3				96,1	88,9	p)	88,8					
Mai	95,4	90,5	p)	83,7	p)	81,1	115,8	p)	90,2	92,1	91,7	92,5	84,8	96,5	89,5	p)	89,2		
Juni	95,7	90,7			116,1	p)	90,3				95,7	88,7	p)	88,4					
Juli	93,9	89,2			114,1	p)	88,9				94,9	87,9	p)	87,5					
Aug.	93,4	88,9	p)	82,0	p)	79,7	113,6	p)	88,7	91,4	91,8	90,6	84,6	94,4	87,6	p)	87,2		
Sept.	93,9	p)	89,8		113,9	p)	89,3				95,9	89,1	p)	88,6					
Okt.	94,5	p)	91,2		114,8	p)	90,7				96,0	89,7	p)	89,3					
Nov.	95,7	p)	92,1	p)	84,7	p)	81,9	116,6	p)	91,9	92,2	91,9	92,5	85,6	97,0	90,6	p)	90,3	
Dez.	96,8	p)	92,5		118,6	p)	92,7				96,2	89,7	p)	89,7					
2023 Jan.	97,1	p)	92,6		119,2	p)	92,9				97,4	90,3	p)	90,3					
Febr.	97,0	p)	92,7	p)	86,5	p)	84,2	119,3	p)	93,1	93,0	91,7	94,9	86,1	97,6	90,4	p)	90,5	
März	97,3	p)	92,9		119,7	p)	93,4				98,0	90,9	p)	91,0					
April	98,4	p)	93,8		121,5	p)	94,6				98,5	p)	91,6	p)	91,9				
Mai	98,0	p)	93,2	...	120,9	p)	93,9	p)	93,9	p)	92,4	96,1	p)	87,0	98,0	p)	91,0	p)	91,3
Juni	98,2	p)	93,5		121,8	p)	94,5				98,3	p)	91,4	p)	91,9				
Juli	99,2	p)	94,6		123,7	p)	95,9				98,3	p)	91,8	p)	92,4				
Aug.	99,0	p)	94,8	...	123,7	p)	96,1	98,3	p)	91,8	p)	92,5				

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). 1 Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 18 Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko,

Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 5 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. 6 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die gedruckten Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über das Bestellportal der Bundesbank zu beziehen. Aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken stehen im Internet bereit. Darüber hinaus sind mit den Statistischen Fachreihen Daten in einer veränderten Grundstruktur und mit erweiterten Nutzungsoptionen auf der Internetseite der Bundesbank verfügbar.

■ Geschäftsbericht

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Ein Verzeichnis der Aufsätze, die in der Zeit von 2010 bis 2022 veröffentlicht wurden, steht auf der Internetseite der Bundesbank zur Verfügung.

Aufsätze im Monatsbericht

Dezember 2022

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2023 bis 2025
- Energiepreisanstieg, Wechselkurs des Euro und preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands
- Zugang zu Bargeld in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Januar 2023

- Von der monetären Säule zur monetären und finanziellen Analyse
- Zinsstrukturkurven in der volkswirtschaftlichen Analyse
- Die Nutzung von Mobile Payments in Deutschland
- Zugang zu Bargeld in Deutschland: Auswertungen zur räumlichen Verfügbarkeit von Abhebeorten

Februar 2023

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2022/23

März 2023

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2022
- Zur Bedeutung der Digitalisierung für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2021

April 2023

- Geldmarktbedingungen und Verzinsung der Einlagen öffentlicher Haushalte

- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2021
- Zeitenwende im Zahlungsverkehr
- Nachhaltigkeitsrisiken in der Bankenaufsicht

Mai 2023

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2023

Juni 2023

- Mühsame Erholung bei hoher, nur allmählich nachlassender Inflation – Perspektiven der deutschen Wirtschaft bis 2025
- Entwicklung der Bankzinssätze in Deutschland während der geldpolitischen Straffung
- Zur zunehmenden Bedeutung der Extrahaushalte des Bundes

Juli 2023

- Digitales Geld: Optionen für die Finanzindustrie
- Grenzüberschreitende Liquiditätsflüsse – zur Rolle des Bankensystems in der deutschen Zahlungsbilanz
- Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern: alte Probleme und neue Herausforderungen

August 2023

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2023

September 2023

- Wirtschaftsstandort Deutschland: ausgewählte Aspekte der aktuellen Abhängigkeiten und mittelfristigen Herausforderungen
- Heterogene Wirkungen der Geldpolitik im Euroraum?
- Modelle zur kurzfristigen Konjunkturprognose während der jüngsten Krisen
- Finanzbeziehungen der Mitgliedstaaten zu EU-Haushalt und Extrahaushalt Next Generation EU im Jahr 2022
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2022

■ Statistische Fachreihen*)

Außenwirtschaft

- Auslandsvermögen und -verschuldung, monatlich
- Direktinvestitionsstatistiken, April
- Zahlungsbilanzstatistik, monatlich

Banken

- Bankenstatistiken, monatlich
- Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken, September

Geld- und Kapitalmärkte

- Emissionsstatistiken, monatlich
- Investmentfondsstatistik, monatlich
- Kapitalmarktkennzahlen, monatlich

Gesamtwirtschaftliche Rechenwerke

- Finanzierungsrechnung, Juni

Konjunktur und Preise

- Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatlich

Unternehmensabschlüsse

- Jahresabschlussstatistik (Hochgerechnete Angaben), Dezember
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen), Mai
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen – vorläufig), Mai
- Konzernabschlussstatistik, Juni/Dezember

Wechselkurse

- Wechselkursstatistik, monatlich

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2023¹⁾²⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2023²⁾

- | | | | |
|---|---|---------|--|
| 3 | Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ¹⁾²⁾ | 08/2023 | Pricing the Bund term structure with linear regressions – without an observable short rate |
| 7 | Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013 | 09/2023 | Banks of a feather: The informational advantage of being alike |

■ Sonderveröffentlichungen

- | | | |
|--|---------|--|
| Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ¹⁾ | 10/2023 | On the empirical relevance of the exchange rate as a shock absorber at the zero lower bound |
| Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ¹⁾ | 11/2023 | Banks' net interest margin and changes in the term structure |
| Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ¹⁾ | 12/2023 | Long-term deposit funding and demand for central bank funds: Evidence from targeted longer-term refinancing operations |
| Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 | 13/2023 | Mental accounting and the marginal propensity to consume |
| Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 | 14/2023 | Shadow-rate VARs |
| Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 | 15/2023 | Convenient but risky government bonds |
| Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ¹⁾ | 16/2023 | Corporate taxes, productivity, and business dynamism |
| Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ¹⁾ | 17/2023 | The pass-through from inflation perceptions to inflation expectations |
| Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008 | 18/2023 | Monetary policy rules under bounded rationality |
| Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ¹⁾ | 19/2023 | The state-dependent impact of changes in bank capital requirements |

■ Diskussionspapiere^{o)}

- | | |
|---------|--|
| 07/2023 | The rollout of internal credit risk model: Implications for the novel partial-use philosophy |
|---------|--|

Anmerkungen siehe S. 88*.

20/2023

Forecasting banknote circulation during the COVID-19 pandemic using structural time series models

21/2023

Effects of the ECB's communication on government bond spreads

22/2023

Learning monetary policy strategies at the effective lower bound with sudden surprises

23/2023

Capital reallocation under climate policy uncertainty

24/2023

Towards seasonal adjustment of infra-monthly time series with JDemetra+

25/2023

Precision-based sampling for state space models that have no measurement error

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008¹⁾
- 2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Die Statistischen Fachreihen ersetzen die Statistischen Beihefte sowie teilweise die Statistischen Sonderveröffentlichungen und werden ausschließlich auf der Internetseite der Bundesbank in der Rubrik Publikationen/Statistiken angeboten.

○ Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

¹ Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

² Nur im Internet verfügbar.